

MÜNCHENER HISTORISCHE STUDIEN  
ABTEILUNG BAYERISCHE GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON ANDREAS KRAUS

BAND XIV

**Weltwirtschaftskrise  
und Provinz**

**Studien zum wirtschaftlichen, sozialen  
und politischen Wandel im Osten Altbayerns  
1928 bis 1933**

von

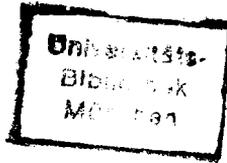
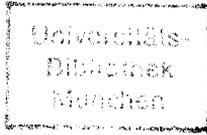
WOLFGANG STÄBLER

VERLAG MICHAEL LASSLEBEN KALLMÜNZ/OPF.

1992

748 1184

*Dem Andenken meiner Eltern*



2 2 2

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort  
und der Ludwig-Maximilians-Universität München

ISBN 3 7847 3014 0

Satz, Druck und Einband:  
Buchdruckerei Michael Laßleben, D 8411 Kallmünz

## INHALT

Vorwort . . . . .	XI
A. Einleitung . . . . .	1
B. Die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur in den zwanziger Jahren . . . . .	7
I. Die Verwaltungs- und Siedlungsstruktur . . . . .	7
II. Die Bevölkerungsstruktur . . . . .	9
1. Die generative Struktur . . . . .	9
2. Familien und Haushalte . . . . .	15
3. Die konfessionelle Gliederung . . . . .	17
4. Wanderbewegungen . . . . .	19
III. Die Wirtschaftsstruktur . . . . .	21
1. Der wirtschaftliche Wandel im frühen 20. Jahrhundert . . . . .	21
2. Die Wirtschaftssektoren . . . . .	23
a) Die Landwirtschaft . . . . .	23
aa) Natürliche Gegebenheiten . . . . .	23
bb) Die Landwirtschaftsstruktur . . . . .	24
cc) Der Ackerbau . . . . .	30
dd) Viehzucht und Milchwirtschaft . . . . .	31
ee) Der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft . . . . .	35
ff) Die landwirtschaftliche Bevölkerung . . . . .	37
b) Industrie und Handwerk . . . . .	39
c) Handel und Verkehr . . . . .	47
C. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Provinz . . . . .	51
I. Die wirtschaftlichen Folgen . . . . .	51
1. Die Landwirtschaft . . . . .	51
a) Die Agrarkrise der zwanziger Jahre . . . . .	51
b) Bevölkerung und Betriebe . . . . .	53
c) Ackerbau und Viehzucht . . . . .	56
d) Die Milchwirtschaft . . . . .	63

e) Die Holzwirtschaft . . . . .	65
f) Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt . . . . .	66
g) Verschuldung, Pfändungen und Vergantungen . . . . .	68
h) Hilfsmaßnahmen . . . . .	73
2. Industrie und Handwerk . . . . .	75
a) Krisenvorzeichen . . . . .	75
b) Die regionale Krisenintensität . . . . .	77
c) Die Gewerbebranche . . . . .	78
aa) Saline und Torfgräberei . . . . .	79
bb) Das Bau- und Baunebengewerbe . . . . .	82
Exkurs: Wohnraumnot und öffentlicher Wohnungsbau . . . . .	84
cc) Die Industrie der Steine und Erden . . . . .	90
dd) Metallwarenherstellung, Maschinen- und Apparatebau . . . . .	96
ee) Die Chemische Industrie . . . . .	98
ff) Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe . . . . .	101
gg) Die Holzindustrie . . . . .	103
hh) Die Textilindustrie . . . . .	107
ii) Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie . . . . .	110
3. Handel und Verkehr . . . . .	113
a) Das Handelsgewerbe . . . . .	113
b) Das Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe . . . . .	116
II. Die Krise im Spiegel der Steuerkraft . . . . .	118
III. Die Auswirkungen der Krise für die Bevölkerung . . . . .	126
1. Die Bevölkerungsbewegung . . . . .	126
2. Die Arbeitslosigkeit . . . . .	129
Exkurs: Die Frau im Berufsleben . . . . .	137
3. Lohnverfall und Preisanpassung . . . . .	143
4. Fürsorgelasten und kommunale Etatnot . . . . .	155
a) Die Finanznot der bayerischen Kommunen . . . . .	155
b) Die Notstandspolitik einzelner Gemeinden . . . . .	160
aa) Rosenheim . . . . .	160
bb) Kolbermoor . . . . .	169
cc) Großholzhausen . . . . .	174
dd) Pang . . . . .	176
ee) Stephanskirchen . . . . .	178
ff) Pocking . . . . .	180
gg) Birnbach . . . . .	183
c) Hilfe und Selbsthilfe . . . . .	184

D. Die politische Entwicklung . . . . .	191
I. <u>Die Provinzpresse als Faktor der politischen Meinungsbildung</u> . . . . .	191
1. Die bayerische Presselandschaft zur Zeit der Weltwirtschaftskrise . . . . .	191
2. Die Provinzpresse . . . . .	194
a) Die „bürgerlichen“ Zeitungen . . . . .	194
b) Die Presse des Bayerischen Bauernbunds und der Neuen Bauern- bewegung . . . . .	208
c) Die sozialdemokratische Presse . . . . .	210
d) Die Presse der KPD . . . . .	211
e) Die nationalsozialistische Presse . . . . .	212
II. Die politische Entwicklung vor 1928 . . . . .	215
III. Die politischen Gruppen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise . . . . .	225
1. Die KPD . . . . .	225
a) Der Parteaufbau . . . . .	225
b) Die Sozialstruktur . . . . .	232
c) Die parteinahen Organisationen . . . . .	234
d) Die Parteipropaganda . . . . .	236
e) Politik und Ideologie: Die kommunistische Erwerbslosenpolitik . . . . .	238
2. Die SPD . . . . .	245
a) Parteiorganisation . . . . .	245
b) Die Tolerierungsstrategie in der Lokalpolitik . . . . .	246
c) Reichsbanner und Eiserne Front . . . . .	251
3. Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund . . . . .	254
a) Zerfallserscheinungen . . . . .	254
b) Bauernbund und „Bauerneinigung“ . . . . .	257
4. Die Neue Bauernbewegung . . . . .	260
a) Gründung und Aufbau . . . . .	260
b) Programmatik und politische Orientierung . . . . .	264
5. Die Bayerische Volkspartei . . . . .	271
a) Parteiorganisation . . . . .	271
b) Klerus und katholisches Vereinswesen . . . . .	274
c) Die Christlichen Bauernvereine . . . . .	278
d) Innere Spannungen . . . . .	281
6. Die Kleinparteien des bürgerlichen Lagers: DDP/Deutsche Staatspartei, DVP und Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei)	286
7. Der Bayerische Heimat- und Königsbund . . . . .	288

8. Bund Chiemgau und Isengau im Bayerischen Heimatschutz . . . . .	292
a) Reorganisation und Ausbau . . . . .	292
b) Die Wehrverbände im politischen Spannungsfeld . . . . .	295
9. Die Deutschnationale Volkspartei . . . . .	303
10. Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten . . . . .	305
11. Die NSDAP . . . . .	307
a) Aufbau der Ortsgruppen . . . . .	307
b) Mitglieder und Sozialstruktur . . . . .	310
c) Finanzbedarf und Sponsoren . . . . .	314
d) Die Untergliederungen der NSDAP . . . . .	317
e) Die Lokalpolitik . . . . .	322
f) Parteipropaganda und Selbstdarstellung . . . . .	324
IV. Der politische Wandel im Spiegel der Wahlentscheidungen . . . . .	335
1. Die Wahlergebnisse im Überblick . . . . .	335
2. Einzelaspekte der Wahlentscheidung . . . . .	338
a) Die Konfession . . . . .	338
b) Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten . . . . .	340
c) Die Wirtschaftsstruktur . . . . .	343
aa) Die Agrargemeinden . . . . .	343
bb) Die Bevölkerung der Marktorte und Kleinzentren . . . . .	347
cc) Die Industrieinseln . . . . .	349
E. Zusammenfassung . . . . .	355
Quellen und Literatur . . . . .	359
Orts- und Personenregister . . . . .	389

## ABKÜRZUNGEN

AAB	Arbeitsamtsbezirk
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AG	Amtsgerichtsbezirk
BA	Bezirksamt
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BHS	Bayerischer Heimatschutz
BStB	Beiträge zur Statistik Bayerns
BVP	Bayerische Volkspartei
BW	Bayernwacht
CBV	Christlicher Bauernverein
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EstDR	Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs
HKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
HMB	Halbmonatsbericht
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LG	Landgericht
MBM	Miscellanea Bavarica Monacensia
N.	Nachrichtenblätter der Polizeidirektion München
NB	Neue Bauernbewegung
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OCBV	Oberbayerischer Christlicher Bauernverein
OG	Ortsgruppe
PND	Polizeilicher Nachrichtendienst
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StDR	Statistik des Deutschen Reichs
StJB	Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern
StJDR	Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich
StA	Stadtarchiv
StALa	Staatsarchiv Landshut
StAM	Staatsarchiv München
VjZ	Vierteljahresschriften für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WP	Wirtschaftspartei
ZAA	Zeitschrift für Agrarsoziologie und Agrargeschichte
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte



## Vorwort

„Wirtschaft als Schicksal? Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns von 1918 bis 1933“ war das Thema eines Seminars, das mein verehrter Lehrer Prof. Dr. Andreas Kraus im Wintersemester 1982/83 am Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München abhielt und das die Anregung zu vorliegender Untersuchung gab. Prof. Kraus verfolgte das Entstehen der Arbeit, die im Sommersemester 1989 als Inauguraldissertation von der Ludwig-Maximilians-Universität angenommen wurde, stets mit förderndem Interesse und ermöglichte auch ihre Aufnahme in geringfügig überarbeiteter Form in die Reihe „Münchener Historische Studien“. Ihm bin ich daher an erster Stelle zu Dank verpflichtet.

Ohne die Hilfe und das Entgegenkommen einer Vielzahl weiterer Personen und Institutionen wäre es aber nicht möglich gewesen, diese Untersuchung durchzuführen. Neben den staatlichen Archiven in München und Landshut waren es die Damen und Herren des Statistischen Landesamts in München, der Stadtarchive Bad Aibling, Kolbermoor, Rosenheim und Wasserburg sowie der Gemeindeverwaltungen Bruckmühl und Raubling, die den Zugang zu dem weitgestreuten Quellenmaterial ermöglichten. Die Darstellung der Krisenauswirkungen auf die Provinzindustrie konnte erst nach Einsicht in Firmenunterlagen und -archive erfolgen, die ein beachtlicher Teil der angesprochenen Betriebe zuvorkommend gewährte. Dank für ihre Aufgeschlossenheit möchte der Verfasser daher den zuständigen Damen und Herren folgender Unternehmen sagen: Alpentorfwerke, Nicklheim; Bayerische und Tiroler Sensenunion AG, Mühlbach; Marmorindustrie Kiefer AG, Kiefersfelden; Papierfabrik Gessner, Bruckmühl; Papierwerke Waldhof-Mannheim AG, Werk Redenfelden; Portlandzementwerke Heidelberg AG, Werk Kiefersfelden; Steinbeis Vermögensverwaltung, Brannenburg; Südbayerisches Portlandzementwerk Gebr. Wiesböck, Rohrdorf; Südchemie AG, München; Ziegelei Meindl, Isen.

Für freundliche Gesprächsbereitschaft und Hintergrundinformationen aus dem Wirtschaftsleben sei gedankt den Herren Walter Gipp, Nicklheim, Hermann Steinbeis, Bruckmühl, und Georg Zischler, Isen. Besonders bedanken möchte ich mich bei Herrn Ewald Thunig, der als aktiv an den politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik beteiligter Zeitzeuge zur Klärung vieler offener Fragen beitrug. Dr. Wolfgang Pledl bewahrte den Verfasser durch konstruktive Kritik davor, an manchen Stellen den Überblick über die Fülle des angesammelten Materials zu verlieren.

Der Druck in ungekürzter Form wurde in erster Linie durch großzügige finanzielle Hilfen des Wissenschaftsfonds der Verwertungsgesellschaft Wort sowie der Universitätsgesellschaft München ermöglicht; darüberhinaus unterstützte meine Heimatstadt Rosenheim die Untersuchung, u.a. durch die Verleihung ihres Kulturförderstipendiums.

Zuletzt, jedoch vor allen anderen, gilt mein Dank aber meiner Frau, die mit bewundernswerter Toleranz das langwierige Entstehen der Arbeit ertrug.



## A. Einleitung

Regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten über die letzte Phase der Weimarer Republik und die Abläufe, die zur nationalsozialistischen Machtergreifung führten, sind spätestens seit dem „Gedenkjahr“ 1933 Legion. Meist unter der Fragestellung entstanden, wie es geschehen konnte, daß sich im März 1933 die Mehrheit des deutschen Volkes für die Regierung Hitlers entschied, stehen dabei der Aufstieg der NSDAP, die politischen Auseinandersetzungen und wahlsoziologische Aspekte im Vordergrund des Interesses<sup>1</sup>. Obwohl immer wieder gängige Topoi wie Arbeitslosigkeit, Not des Mittelstandes oder die Agrarkrise zur Begründung der politischen Abläufe herangezogen werden, wird die Untersuchung der konkreten wirtschaftlichen Situation und ihrer Auswirkungen auf die Bevölkerung weitgehend vernachlässigt. Nur so ist es zu verstehen, daß selbst in großräumigeren, verdienstvollen Darstellungen geradezu haarsträubende Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Situation in den „Provinzgebieten“ in der Endphase der Weimarer Republik zu finden sind<sup>2</sup>.

Der Grund für diese einseitige Betrachtungsweise liegt neben der Sprödigkeit des wirtschaftsgeschichtlichen Materials in der Quellenlage. Ähnlich wie im politisch-ereignisgeschichtlichen Bereich, zu dem in den Archiven der Groß- und Mittelstädte meist ergiebige, leicht zugängliche Aktenmaterial lagert, sind auch die wirtschafts- und sozialhistorischen Abläufe in Ballungszentren und Gemeinden mit Großbetrieben, die meist eigene Archive besitzen, am besten nachvollziehbar und haben inzwischen mehrfach Bearbeiter gefunden. Nur langsam kamen aber die Forschungen zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf regionaler und lokaler Ebene in Gang. Nach Sattlers Studie zu Dortmund<sup>3</sup> und dem Beitrag der DDR-Forschung, Ullrichs wichtigem, zu Unrecht vergessenem Aufsatz über den wirtschaftlichen Niedergang und seine Folgen in

<sup>1</sup> Aufgrund der ausufernden Flut von Darstellungen unterschiedlichster Qualität zu dieser Thematik möchte ich an dieser Stelle auf eine ausführliche Literaturdiskussion verzichten und auf die Anmerkungen dazu in den jeweiligen Kapiteln verweisen. Einen zusammenfassenden Überblick vermittelt Grill, J. H., *Local and Regional Studies on National Socialism. A Review*, *Journal of Contemporary History* 21 (1986), 253–294. Als wichtigste neuere Arbeiten sind zu nennen: Kraus, U., *Von der Zentrums-Hochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935*, Diss. Tübingen 1986; Heinacher, P., *Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933)*, *Schr. d. Ges. f. Flensburger Stadtgesch.* 38, 2 Bd. Flensburg 1986; Bald, A., *Der Aufstieg des Nationalsozialismus in einem punktuell industrialisierten Raum Nordostoberfrankens. Die NSDAP im Bezirksamt Rehau und in der kreisfreien Stadt Selb 1919–1933*, *Archiv f. Gesch. v. Oberfranken* 67 (1987), 373–444.

<sup>2</sup> Z. B. bei Bergmann, H., *Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919–1928*, *Schriftenr. z. Bayer. Landesgesch.* 81, München 1986. Vgl. u. S. 83, Anm. 7.

<sup>3</sup> Sattler, H.-J., *Die Wirtschaftskrise in Dortmund 1929–1933*, Diss. Köln 1954.

der Stadt Görlitz<sup>4</sup>, dauerte es bis zum Beginn der siebziger Jahre, bis sich das Interesse der Geschichtsforschung und Wirtschaftswissenschaften diesem Themenkomplex zuwandte. Petzina beschäftigte sich mit methodischen Problemen einer vergleichenden Interpretation regionaler Krisenbetroffenheit<sup>5</sup>, Arbeiten über Fürth<sup>6</sup>, Offenburg<sup>7</sup>, Köln<sup>8</sup> und Hamburg<sup>9</sup> entstanden. Die wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen außerhalb der Ballungsräume und ihr Zusammenspiel mit den politischen Vorgängen harren dagegen noch weitgehend der Bearbeitung.

In vorliegender Arbeit soll der wirtschaftliche, soziale und politische Wandel in einem Provinzgebiet, das neben Kleinstädten, Marktorten und Industrieseiten zum größten Teil aus landwirtschaftlich genutzten Bezirken bestand, im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Dabei wurde, im Gegensatz zur vorbildlichen Untersuchung Tenfeldes<sup>10</sup>, der Versuch gewagt, nicht die Entwicklungslinien einer einzelnen, strukturell deutlich vom Umland abgesetzten Gemeinde über einen längeren Zeitraum nachzuzeichnen, sondern ein größeres, sehr heterogenes Gebiet während eines eng begrenzten Zeitabschnittes, den Jahren 1928 bis 1933 und damit von den ersten Vorboten der Depression bis zu ihrem Abflauen, unter die Lupe zu nehmen. Die Wahl fiel auf den südostbayerischen Arbeitsamtsbezirk Rosenheim, bestehend aus der kreisunmittelbaren Stadt und dem Bezirk gleichen Namens sowie den Bezirksämtern Aibling und Wasserburg, welcher im Süden an die Alpen und damit an die österreichische Grenze stößt. Dieser Raum erschien deshalb besonders reizvoll, weil sich hier neben einer aufstrebenden Stadt sowohl rein bäuerliche Gebiete, Fremdenverkehrs- und Badeorte als auch an den Wasseradern Industriestandorte mit einer hohen Konzentration großgewerblicher Arbeitskräfte finden. Um einen Vergleich anstellen zu können, inwieweit die Ergebnisse dieser Untersuchung sich auf andere altbayerische Provinzregionen übertragen lassen, wurde den Alpenrandbezirken das niederbayerische Bezirksamt Griesbach gegenübergestellt, das innabwärts ebenfalls an der Grenze des Nachbarlandes und damit an der Peripherie des Reiches gelegen ist. Es schien für die vergleichende Untersuchung besonders geeignet, da wie im größten Teil des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim Viehzucht die Grundlage der Landwirtschaft bildete, es andererseits aber als eines der Kerngebiete des

<sup>4</sup> Ullrich, K.-H., Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 – ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen auf die Stadt Görlitz, Schriften d. Ratsarchivs der Stadt Görlitz 1, Beitr. z. Gesch. d. Görlitzer Arbeiterbewegung 1, Görlitz 1963, 81–128.

<sup>5</sup> Petzina, D., Zum Problem des Verlaufs und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich – Materialien und Interpretationen, in: Blaich, F./Otruba, G./Petzina, D./Winkel, H. (Hg.), Probleme nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, Schr. d. Vereins f. Socialpolitik NF 89, Berlin 1976, 9–42.

<sup>6</sup> Strauß, H., Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928–1933, Nürnberger Werkstücke z. Stadt- u. Landesgesch. 29, Nürnberg 1980.

<sup>7</sup> Lehmann, K.-A., Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930–1933, Die Ortenau, Veröff. d. Hist. Vereins f. Mittelbaden 6 (1980), 220–251.

<sup>8</sup> Zunkel, F., Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, Zs. f. Unternehmensgesch. 26 (1981), 104–128.

<sup>9</sup> Büttner, U., Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamb. Beitr. z. Zeit- u. Sozialgesch. XVI, Hamburg 1982.

<sup>10</sup> Tenfelde, K., Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, München 1982. Zum Begriff der „Provinz“ s. ebd., 4.

Bayerischen Bauernbundes eine andersgeartete politische Ausgangssituation aufwies.

Da die vorliegende Untersuchung damit thematisch weitgehend Neuland betritt, konnte auf kein bewährtes Gliederungskonzept zurückgegriffen werden. Eine der verwaltungsmäßigen Aufteilung folgende Gliederung in mehrere Monographien, um deren Ergebnisse schließlich zu vergleichen, erschien nicht wünschenswert, weil dadurch Verwaltungsgrenzen übergreifende Zusammenhänge und Wechselbeziehungen, etwa der Stadt Rosenheim mit den Bezirksämtern der Umgebung, zertrennt worden wären, aus dem Kontext gerissene Abläufe durch die isolierte Betrachtung wichtige Aspekte eingebüßt hätten. Der Vorzug wurde der Darstellung exemplarischer Vorgänge zu den jeweiligen Fragestellungen aus dem gesamten Untersuchungsgebiet gegeben. Strukturelle Divergenzen oder konträre Abläufe in den einzelnen Verwaltungsbezirken und Wirtschaftszonen treten dennoch klar heraus.

Eine einheitlich flächendeckende Betrachtung des Untersuchungsgebiets war dabei aus Gründen der regional unterschiedlichen Gegebenheiten und der höchst ungleichgewichtigen Quellenlage nicht immer möglich. Nur in den Zentralorten finden sich, wenn auch größtenteils ungeordnet und kaum benützbar, Archive. In den Landgemeinden sind meist lediglich die Beschluß- und Rechnungsbücher der Gemeinderäte vorhanden, deren Auswertung aber in der Regel nicht gestattet wurde. Wie die Einsicht in die erhaltenen Unterlagen von vier inzwischen verschmolzenen Agrar- und Industriegemeinden im Inntal<sup>11</sup> ergab, welche entgegenkommenderweise die Gemeindeverwaltung Raubling ermöglichte, bieten sie aber ohnehin wenig Anhaltspunkte für die wirtschaftliche, soziale und politische Situation im jeweiligen Gemeindebereich. Als wichtigste Quelle mußte daher neben den Akten der übergeordneten Verwaltungs- und der Justizbehörden auf die zeitraubende Auswertung der Meldungen der weitgefächerten Provinzpresse zurückgegriffen werden, die naturgemäß die Vorgänge im Erscheinungs- und damit meist Zentralort in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellte. Statistische Unterlagen aus den Volks-, Betriebs- und Berufszählungen, die nur selten mit detaillierten Angaben die Verwaltungsbezirksebene unterschritten oder aufgrund der langen Zählintervalle keine verlässigen Stützen bieten, können nur dazu dienen, große Linien aufzuzeigen, ohne manche schmerzliche Lücke im Detail auszufüllen.

Dieses von den Quellen implizierte Ungleichgewicht pflanzt sich speziell bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Abläufe fort. Nur von einigen Großbetrieben sind Unterlagen zu ihrer Wirtschaftslage in den Depressionsjahren erhalten oder einsehbar, während in den kleinen Handels- und Handwerksbetrieben, die noch weitgehend das Bild der provinziellen Wirtschaft bestimmten, oft nicht einmal eine geregelte Buchführung existierte. Zufällig erhaltene Umsatzzahlen oder ähnliches Material stellen daher einen seltenen Glücksfall dar.

Die Quellenlage bestimmt auch die Untersuchung der politischen Situation. Die Aktivitäten der Extremparteien wurden von den Polizeiorganen regelmäßig überwacht, so daß die Agitation, aber auch die soziale Schichtung der KPD relativ gut nachzuvollziehen sind. Die Mehrzahl der einst vorhandenen amtlichen Unterlagen über die NSDAP haben die Säuberungsaktionen am Ende des Dritten Reiches nicht überdauert. Kaum aktenkundig wurden dagegen die Parteien der

<sup>11</sup> Großholzhausen, Kirchdorf am Inn, Pfraundorf, Reischenhart.

Mitte und mit ihnen die stärkste politische Kraft, die BVP. Sie stellte ja als „staatstragende“ Partei die politische Richtung dar, die es zu schützen, nicht zu observieren galt. Wieder ist der Rückgriff auf die Zeitungsmeldungen unvermeidlich. Sie vermitteln jedoch in Anbetracht des hohen Grades parteipolitischer Fixierung der bayerischen Presse nur ein einseitiges, von der politischen Couleur des Herausgebers gefärbtes und mit besonderer Vorsicht zu betrachtendes Bild, war es doch lokalen Monopolblättern möglich, sämtliche Aktivitäten des politischen Gegners mit Stumpf und Stiel zu verdammen und verzerrt darzustellen oder, wie oft praktiziert, einfach totzuschweigen. Immer wieder rückt daher die Stadt Rosenheim, in der mehrere Presseorgane aus verschiedener Sicht die Ereignisse kommentierten und wo auch das dichteste Aktenmaterial vorgefunden wurde, als bestdokumentierte Kommune in den Vordergrund, was aber aufgrund ihrer Rolle als Verwaltungs-, Wirtschafts- und vor allem politisches Zentrum des südbayerischen Raumes nicht unberechtigt erscheint.

Die Arbeit gliedert sich in vier Abschnitte: Der erste Teil versucht, die demographischen und sozioökonomischen Grundlagen, die Landwirtschaft und die Industriestandorte vorzustellen und ein Bild der untersuchten Gebiete vor dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise zu zeichnen. Dies erschien notwendig, da für den fraglichen Zeitraum neben wenig zuverlässigen Einzularbeiten keine umfassenden Darstellungen existieren, jedoch die Betrachtung von Veränderungen nur auf dem Fundament einer genauen Kenntnis der Ausgangssituation von Wert sein kann. Basis dieses vor allem statistischen Teils bildet die Auswertung der Resultate der Volks-, Berufs- und Betriebszählungsergebnisse der Jahre 1907 und 1925, was allein wegen des langen Zählungsintervalls, das die Jahre des Ersten Weltkriegs miteinschließt, stets zu berücksichtigende Unsicherheitsfaktoren mit sich bringt. Jeder, der sich schon eingehend mit dem amtlichen statistischen Material befaßt hat, kennt die darüberhinaus auftretenden Probleme: Von Zählung zu Zählung wechselnde Definitionen und Zählraster machen manchen Vergleich unmöglich, in Einzelfällen immer wieder erheblich abweichende Größen in Reichs- und Landesstatistiken untergraben das Vertrauen des Bearbeiters. Außerdem blieben die Daten auf Gemeindeebene meist unveröffentlicht und sind nicht mehr greifbar.

Dennoch war es unerlässlich, auch im zweiten Kapitel, der Darstellung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Wirtschaftssektoren der altbayerischen Provinz, die Berufs- und Betriebszählungen 1925 und 1933 (die für 1930 geplante Zählung fiel aus finanziellen Gründen aus) heranzuziehen, um zumindest ansatzweise Verschiebungen innerhalb der Betriebs-, Bestands- und Beschäftigtenzahlen festzustellen. Um unzulässige Schlüsse zu vermeiden, ist jedoch immer zu beachten, daß die Zahlen des Jahres 1925 keinen exakten Ausgangswert zu Beginn der Krise, die Ergebnisse der Zählung im Juni 1933 nicht den Stand des Tiefpunkts der Wirtschaftslage wiedergeben. Die gesonderte Betrachtung der einzelnen Sparten der Land- wie gewerblichen Wirtschaft soll die Frage klären, in welchem Grad die einzelnen Teilbereiche von den Krisenauswirkungen betroffen waren, was nicht zuletzt für die lokale Einordnung der Einkommens- und Arbeitsmarktlage von Bedeutung ist. Ein Exkurs beschäftigt sich mit dem Problem des sozialen Wohnungsbaus, dessen schrittweises Erliegen in den Krisenjahren der Bauwirtschaft und ihrer in Altbayern stark vertretenen Zulieferindustrie zusätzliche Probleme bereitete. Ein Vergleich der Entwicklung des Steueraufkommens in den Finanzamtsbezirken beschließt diesen Abschnitt.

Die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs für das „tägliche Leben“ beherrschen das dritte Kapitel. In welchem Umfang betraf die Arbeitslosigkeit die Provinzbewohner? Wie wirkte sich der Streit um Lohn- und Preisanpassungen auf das Verhältnis der Wirtschaftsgruppen aus? Welche Maßnahmen wurden zur Unterstützung der Krisengeschädigten ergriffen? Wie sah es aber auch letztlich mit der Finanzkraft der Kommunen aus, denen die schrittweise Aushöhlung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes enorme Lasten aufbürdete, ohne daß von Seiten des Reichs ein adäquater Finanzausgleich geschaffen wurde? An Beispielen aus mehreren Gemeinden unterschiedlicher Größe und Wirtschaftsstruktur soll diesen Fragen nachgegangen werden.

Der letzte Großabschnitt beschäftigt sich mit der politischen Situation. Ihm vorangestellt ist ein Überblick über die Presselandschaft des Untersuchungsgebiets. Einerseits stellte die Lokalpresse einen der wichtigsten Faktoren im Meinungsbildungsprozeß dar, andererseits schien es unabdingbar, die Zeitungen als eine keineswegs neutrale Quelle vorzustellen, um eine entsprechende Einordnung ihrer Berichterstattung zu ermöglichen. Nach einer kurzen Zusammenfassung der politischen Konstellation seit dem Ende der Monarchie folgt die Darstellung der Aktivitäten und des Einflusses der politischen Gruppen, die nicht nur aus den Gliederungen der Parteien bestanden, sondern vielfach in Vereinen, standesorientierten Verbänden oder Wehrvereinigungen ihre bedeutendsten Vertreter hatten.

Der Blick auf die Wahlergebnisse in der Endphase der Weimarer Republik, verbunden mit der Frage, ob und inwieweit Faktoren wie Geschlecht, Konfession und die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wirtschaftsgruppen und vor allem die konkrete Krisenbetroffenheit ausschlaggebend für die politische Entwicklung am Vorabend des Dritten Reiches waren, schließt die Darstellung ab. Die Bibliographie im Anhang der Arbeit verzichtet, um nicht einen kaum mehr überblickbaren und damit wenig hilfreichen Umfang anzunehmen, bewußt auf die Auflistung von Standardwerken zur Gesamtproblematik, sofern sie nicht direkt oder mit Anregungen in die Untersuchung eingeflossen sind. Sie können problemlos anhand der aufgeführten einschlägigen Bibliographien ermittelt werden. Ebenso wurde keine umfassende Zusammenstellung der regional- und lokalhistorischen Forschungen zum Themenkreis Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus angestrebt<sup>12</sup>.

<sup>12</sup> Editorischer Hinweis: Bei Zitaten aus den meist maschinengeschriebenen Quellen wurden offensichtliche Tippfehler verbessert, stilistische Besonderheiten aber beibehalten. Viele Schreibmaschinen der Zeit hatten keine „ß“-Taste, die Endversion wich daher von den handgeschriebenen Konzepten ab. Zur Vereinheitlichung wurde daher „ss“ ggf. durch „ß“ ersetzt.



## B. Die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur in den zwanziger Jahren

### I. Die Verwaltungs- und Siedlungsstruktur

Die flächenmäßig höchst unterschiedliche Aufteilung der bayerischen Verwaltungsbezirke läßt sich in unserem Untersuchungsgebiet besonders deutlich erkennen. Aibling, das an Fläche kleinste Bezirksamt Oberbayerns, erreichte nicht einmal die Hälfte der Ausdehnung des Rosenheimer Bezirks, von dem es im Jahre 1900 abgetrennt worden war<sup>1</sup>:

Tab. 1: Verwaltungseinheiten des Untersuchungsgebiets (1925):<sup>2</sup>

Verwaltungsbezirk	Fläche in ha	Gemeinden	Ortschaften	Wohnbevölkerung
Stadt Rosenheim	1 147	1	2	17998
BA Aibling	33380	22	302	27397
BA Rosenheim	81727	56	1052	47733
davon:				
AG Rosenheim	52270	35	646	30105
AG Prien	29456	21	406	17628
BA Wasserburg	65438	62	1346	39677
davon:				
AG Wasserburg	34850	30	598	21898
AG Haag	30588	32	748	17779
BA Griesbach	49499	37	664	34519
davon:				
AG Griesbach	22397	18	330	16122
AG Rotthalmünster	27102	19	334	18397

<sup>1</sup> Die Reform der Verwaltungseinheiten ab der Jahrhundertwende brachte durch Abtretungen und Arrondierungen mehrere Veränderungen der Bezirke mit sich. Bei der Lösung des Landgerichts Aibling fielen die Gemeinden Breitbrunn, Eggstätt, Gstadt und Chiemsee an den Bezirk Rosenheim, Helfendorf wurde Aibling zugeschlagen. 1913 wurde die Gemeinde Fürstätt der Stadt Rosenheim einverleibt und 1929 das Gebiet des Bezirksamts Rosenheim um 4 Ortschaften mit zusammen 547 Einwohnern erweitert, während der Bezirk Griesbach 1914 die Gemeinde Asenham an Pfarrkirchen verlor. Diese Gebietsverschiebungen konnten in den folgenden Längsschnittvergleichen mangels exakter Ausscheidungsmöglichkeiten nicht generell eingearbeitet werden. Sie erbrachten zwar keine grundsätzlichen Gewichtungsverschiebungen, können aber Trends verzeichnen und sind daher im Einzelfall zu berücksichtigen.

<sup>2</sup> BStB 110, A 1 u. II.

Administrative Mittelpunkte waren die Bezirksamtssitze, die auch das jeweilige Finanzamt beherbergten<sup>3</sup>. Die Rechtspflege übten die Amtsgerichte aus, wobei die Bezirksämter Rosenheim, Wasserburg und Griesbach jeweils in zwei Amtsgerichtsbezirke unterteilt waren. Höhere Gerichtsinstanzen stellten die Landgerichte Traunstein bzw. Passau dar. Jeder Amtsgerichtsbezirk besaß ein Notariat, doch konnte nur die Stadt Rosenheim überregionale Verwaltungseinrichtungen wie Land-, Straßen-, Fluß- und Kulturbauamt, Eich- oder Brandversicherungsamt vorweisen<sup>4</sup>. Hier war auch der Sitz des Arbeitsamts, dessen Zuständigkeitsbereich neben Aibling, Rosenheim Stadt und Land sowie Wasserburg auch fünf Gemeinden des Bezirksamts Ebersberg umfaßte<sup>5</sup>, während die Arbeitsvermittlung im unteren Rottal dem Pfarrkirchner Arbeitsamt oblag.

Die untersten Verwaltungseinheiten, die Gemeinden, setzten sich aus den Ortschaften zusammen, aus deren Zahl sich Rückschlüsse auf die Siedlungsstruktur ziehen lassen. Bis über ein halbes Hundert Ansiedlungen waren in einzelnen Gemeinden zusammengefaßt – Maithenbeth (BA Wasserburg) 59, Malching (BA Griesbach) 51, Kiefersfelden (BA Rosenheim) 50 – ein Zeichen für die hier verstreute Siedlungsform. Ein genaueres Ergebnis bietet die Auszählung aus dem bayerischen Ortschaftenverzeichnis:

Tab. 2: Ortschaftsgrößen 1925:<sup>6</sup>

Von 100 Ansiedlungen bestanden aus ... Wohngebäuden:

	1	2–5	6–10	11–20	über 20
BA Aibling	28,0	39,8	12,5	9,5	10,2
BA Rosenheim	30,7	42,9	13,6	6,4	6,3
davon:					
AG Rosenheim	33,4	39,6	14,3	5,0	7,6
AG Prien	26,3	48,3	12,6	8,6	4,2
BA Wasserburg	41,0	42,8	9,8	4,4	1,9
davon:					
AG Wasserburg	33,2	45,3	13,5	5,7	2,4
AG Haag	47,3	40,8	6,9	3,4	1,6
BA Griesbach	37,8	31,6	13,3	8,4	8,9
davon:					
AG Griesbach	36,0	29,2	15,5	10,9	8,4
AG Rottalmünster	39,5	34,0	11,1	6,0	9,3

Kleinräumigste und zersplitterteste Siedlungsformen besaß demnach das Amtsgericht Haag, wo fast die Hälfte aller Ortschaften aus Einöden bestand, die zusammen mit den Weilern und Kleindörfern mit bis zu fünf Wohngebäuden 88,1 % aller Ansiedlungen ausmachten. Die Weiler und Kleindörfer herrschten dagegen in den Amtsgerichtsbezirken Prien und Wasserburg vor, während die Bezirksämter Aibling und Griesbach mit 19,7 bzw. 17,3 % Ortschaften mit

<sup>3</sup> Das Finanzamt Bad Aibling wurde 1932 aufgelöst; Pletschacher, Kastenamt, 45.

<sup>4</sup> BStB 110, A I u. II.

<sup>5</sup> Aßling, Baiern, Lampferding, Loitersdorf, Schalldorf; vgl. Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 4.

<sup>6</sup> Ausgezählt aus: BStB 109, C.

mehr als zehn Wohngebäuden einen deutlichen Trend zur größeren dörflichen Gemeinschaftssiedlung erkennen lassen<sup>7</sup>.

Große Differenzen zeigten sich bei der Besiedelungsintensität, wobei Streubesiedlung mit hohem Einöden- und Weileranteil keineswegs eine geringe Einwohnerdichte determinierte:

Tab. 3: Bevölkerungsdichte (1925):<sup>8</sup>

	Einwohner pro km <sup>2</sup>
Stadt Rosenheim	1 568,9
BA Aibling	82,1
BA Rosenheim	58,4
davon:	
AG Rosenheim	57,6
AG Prien	59,8
BA Wasserburg	60,6
davon:	
AG Wasserburg	62,8
AG Haag	58,1
BA Griesbach	69,7
davon:	
AG Griesbach	72,0
AG Rothalmünster	67,9
Altbayern	82,8
Bayern	97,1

Die Bevölkerungskonzentration in den Bezirksamtern Rosenheim, Wasserburg und Griesbach war damit neben der im Aiblinger Bezirk, nach München-Land des dichtestbesiedelten Landbezirks Oberbayerns, vergleichsweise gering, doch lagen auch sie noch über dem Durchschnitt der Bezirksamter des jeweiligen Regierungsbezirks (Oberbayern 56,4, Niederbayern 63,0)<sup>9</sup>.

## II. Die Bevölkerungsstruktur

### 1. Die generative Struktur

Die Wandlungen in der generativen Struktur ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeitigten auch im Untersuchungsgebiet eine grundlegende Veränderung der Bevölkerungspyramide. Dem drastischen Rückgang der Mortalitätsrate dank besserer medizinischer und hygienischer Versorgung – im Deutschen Reich stieg die Lebenserwartung von 1850 bis 1881/90 um 10%, von 1881/90 bis 1901/10 um weitere 20%<sup>10</sup> – folgte ab der Jahrhundertwende ein

<sup>7</sup> Zur Einödstruktur im AG Rothalmünster vgl. Fehn, Tertiäres Hügelland, 62f.

<sup>8</sup> BStB 110, A; vgl. für den AAB Rosenheim (1933) Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, Karte I, 32/33.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Marschalck, Bevölkerungsgeschichte, 41.

allgemeines Absinken der Geburtenziffern<sup>11</sup>, das sich in einigen sozialen Schichten bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert abgezeichnet hatte und sich jetzt im Zuge des durchgreifenden Strukturwandels von der Agrar- zur Industriebevölkerung auch im kleinstädtisch-ländlichen Bereich auswirkte.

Im Untersuchungsgebiet setzten sinkende Sterberaten erst mit leichter Verspätung ein, wie die Gegenüberstellung der Sterbfallziffern in den Jahren der Volkszählungen mit der ermittelten Bevölkerung ergibt:

Tab. 4: Mortalität 1885–1925:<sup>12</sup>

Von 100 Personen der Gesamtbevölkerung starben in den Jahren:

	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1925
Stadt Rosenheim	2,4	2,4	2,7	2,7	2,1	1,6	1,4
LG (BA) Aibling*	2,7	–	–	2,4	2,3	1,8	1,2
BA Rosenheim	2,6	2,6	2,6	2,3	2,0	1,6	1,5
BA Wasserburg	3,2	2,7	3,0	2,9	2,4	2,1	1,5
BA Griesbach	2,7	3,1	2,7	2,8	2,4	2,2	1,5
Altbayern	3,1	3,0	2,8	2,9	2,5	2,1	1,5
Bayern	2,8	2,7	2,5	2,5	2,3	1,9	1,3

\* vor 1900 im BA Rosenheim enthalten

Der Rückgang der Geburtenhäufigkeit, die kurz vor der Jahrhundertwende ihren Höchststand erreicht hatte, begann dagegen zeitgleich mit dem überregionalen Trend:

Tab. 5: Geburtenhäufigkeit 1880–1925:<sup>13</sup>

Auf 100 Einwohner trafen Geburten:

	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1925
Stadt Rosenheim	3,1	3,1	3,9	3,6	3,3	2,9	2,0
LG (BA) Aibling	3,6	–	–	3,6	3,6	3,1	2,2
BA Rosenheim	3,3	3,2	3,4	3,3	3,4	3,2	2,3
BA Wasserburg	3,9	3,7	3,7	3,5	3,5	3,1	2,4
BA Griesbach	4,0	3,6	3,8	3,8	3,9	3,7	2,6
Altbayern	4,1	3,8	4,0	3,9	3,7	3,3	2,4
Bayern	3,8	3,6	3,7	3,8	3,6	3,2	2,4

Zuwanderung, wohl meist von jüngeren Arbeitnehmern, gekoppelt mit einer relativ niedrigen Fruchtbarkeitsrate, hatte in der Stadt Rosenheim die Gruppen der Dreißig- bis Sechzigjährigen auf 39,5% der Bevölkerung anschwellen

<sup>11</sup> Ebd., 53ff. Einen zusammenfassenden Überblick über die Theorien für die Gründe der Fruchtbarkeitsschwankungen bietet Höhn/Mackensen, *Determinants of Fertility Trends*, 1980.

<sup>12</sup> Errechnet aus: ZBStL 18 (1886), 202ff. u. 233ff.; 23 (1891), 154ff. u. 272ff.; 28 (1896), 308ff. u. 322ff.; 33 (1901), 174ff. u. 186ff.; 38 (1906), 237ff. u. 340ff.; 43 (1911), 317ff. u. 380ff.

<sup>13</sup> Errechnet aus ebd.; vgl. Marschalck, *Bevölkerungsgeschichte*, 53ff. u. Tab. 1.3.

lassen; in den ländlichen Gebieten, die durch Migration Substanz einbüßten, lag sie auf weit niedrigerem Niveau. Zwischen der Gruppe der Jugendlichen unter 16 Jahren und der Alterstufe der Sechzehn- bis Dreißigjährigen, welche die stärkste Ausdünnung durch Abwanderung erfuhr, klappte hier dagegen ein Einschnitt, der sich nur mit wachsendem Angebot an industriell- gewerblichen Arbeitsplätzen verringerte. Nur die hohe Fertilität in den landwirtschaftlichen Gebieten konnte einen noch weitergehenden Schwund einigermaßen kompensieren:

Tab. 6: Altersaufbau der Wohnbevölkerung 1925 (in %):<sup>14</sup>

	unter 16	16–30	30–45	45–60	über 60 Jahre
Stadt Rosenheim	25,9	25,4	19,9	19,6	9,1
BA Aibling	30,3	26,1	19,0	15,2	9,3
BA Rosenheim	30,9	26,6	18,5	14,9	9,1
BA Griesbach	34,1	24,6	16,9	14,3	10,0
Altbayern	29,4	26,2	19,6	15,7	9,1
davon:					
– unmittell. Städte	21,7	27,6	23,2	18,3	9,1
– Bezirksämter	33,0	25,6	17,8	14,4	9,1
Bayern	29,2	26,5	19,5	15,8	9,0

Die eheliche Fruchtbarkeit überwog deutlich die Zahl der unehelichen Geburten, doch zeigten sich hierbei große regionale Abweichungen:

Tab. 7: Eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit im Jahresdurchschnitt 1924/26 (Lebendgeborene):<sup>15</sup>

Auf 1000 Frauen gebärfähigen Alters (16–45 Jahre) trafen Geburten:

- a) Lebendgeborene
- b) Sterberate im 1. Lebensjahr

	Verheiratete		Unverheiratete	
	a)	b)	a)	b)
Stadt Rosenheim	104,2	11,1 %	37,6	10,8 %
BA Aibling	186,1	11,6 %	24,2	16,8 %
BA Rosenheim	191,5	10,6 %	23,3	14,2 %
BA Wasserburg	230,1	12,2 %	22,6	20,6 %
BA Griesbach	209,7	15,8 %	51,1	23,2 %
Altbayern	179,9	15,8 %	29,0	20,4 %
davon:				
– unmittell. Städte	96,4	11,6 %	28,1	15,4 %
– Bezirksämter	229,2	16,8 %	29,4	22,8 %
Bayern	169,0	12,5 %	22,9	18,5 %

Die eheliche Fruchtbarkeitsquote der untersuchten Bezirksämter blieb mit Ausnahme Wasserburgs weit hinter dem altbayerischen Mittelwert zurück, die

<sup>14</sup> Errechnet aus ebd., Tab. IV c.

<sup>15</sup> Errechnet aus: ZBStL 61 (1929), 4 ff.; hieraus auch die folgenden Zahlenangaben.

des Aiblinger Bezirks auch hinter dem Durchschnitt der oberbayerischen Landbezirke (188,4). Auf gute hygienisch-medizinische Verhältnisse läßt die vergleichsweise niedrige Säuglingssterblichkeit in den südlichen Verwaltungsbezirken schließen, die sich auf städtischem Niveau bewegte und die geringere Geburtenrate etwas ausglich. Nur in der Stadt Rosenheim hatten uneheliche Kinder jedoch die gleiche Chance, das erste Lebensjahr zu überstehen. Vernachlässigung des ungewollten Nachwuchses oder fehlende finanzielle Möglichkeiten zu einer besseren Versorgung waren wohl dafür verantwortlich, daß im Bezirksamt Wasserburg jedes fünfte, im Griesbacher Raum fast jedes vierte lebendgeborene uneheliche Kind bereits nach wenigen Wochen oder Monaten starb.

Außergewöhnlich verbreitet war die außereheliche Fertilität im unteren Rottal, und das mit Tradition. Zwar wurden die Anteile der letzten Jahrzehnte vor der Jahrhundertwende (1880: 80,6 uneheliche Geburten auf 1000 16 bis 50-jährige Frauen, der höchste Wert Altbayerns)<sup>16</sup> nicht mehr erreicht, doch übertraf die Griesbacher Quote 1924/26 den ohnehin in Altbayern führenden Durchschnittswert Niederbayerns (38,9) immer noch um rund ein Viertel und war nach den Bayerwaldbezirken Grafenau und Regen die höchste der bayerischen Bezirksämter. Zahlenmaterial aus dem Jahr 1930 verdeutlicht, daß der hohe Anteil unehelicher Geburten auf die landwirtschaftliche Bevölkerung Griesbachs zurückging<sup>17</sup>. Aufschlußreich ist hierbei der Vergleich mit den restlichen Bezirken des Untersuchungsgebiets und den übrigen Berufsgruppen (Tab. 8).

Nur als Anhaltspunkte lassen sich die Untersuchungsergebnisse in Relation zur Zahl der Angehörigen der Wirtschaftsabteilungen verwenden, zu unterschiedlich war mit Ausnahme der häuslichen Dienstboten, bei denen fast alle Berufsgruppenzugehörigen selbst im Berufsleben standen, die Eingliederung der Familienangehörigen in den Erwerbsprozeß, zu ungleich waren aber auch Alters- und Familienstrukturen. Ein Trend läßt sich jedoch zweifelsfrei ablesen: Größte Geburtenhäufigkeit unter den bedeutenderen Berufsgruppen des Untersuchungsgebiets wie im überregionalen Vergleich hatte die Abteilung Industrie und Handwerk aufzuweisen, während die Landwirtschaft außer im Rosenheimer Stadtgebiet mit ihrer andersgearteten Struktur, gefolgt von Handel, Verkehr und den übrigen Bereichen des Tertiärsektors, dahinter zurückblieben. Uneheliche Fruchtbarkeit war abgesehen von den in der Regel ledigen Dienstmädchen gehäuft in der Land- und Forstwirtschaft und in Handel und Verkehr anzutreffen. Sie war im Bezirksamt Griesbach in allen Berufsabteilungen gegenüber den Vergleichsbezirken leicht erhöht und erwies sich hier unter der Agrarbevölkerung als gang und gäbe. 44,4 % aller Kinder der bäuerlichen Bewohner des unte-

<sup>16</sup> BStB 71, 122; hier auch, 120 ff., eine ausführliche, letztendlich aber ergebnislose Diskussion zur Frage der soziostrukturellen Hintergründe der regionalen Häufung außerehelicher Geburtenlichkeit in Bayern. Vgl. Steinbeisser, Entwicklung, 52 u. Tab. 15 c.

<sup>17</sup> Zur hohen Geburtenhäufigkeit in der niederbayerischen Landwirtschaft vgl. Steinbeisser, Entwicklung, 47: „Die Kinder bedeuten für den Landwirt in erster Linie heranwachsende billige Arbeitskräfte. Sie sollen dem Grundbesitzer die Knechte und Mägde ersetzen, dem Tagelöhner und landwirtschaftlichen Arbeiter sind sie willkommen, weil sie mit ihrem Lohn beitragen, die Lebenshaltung der Eltern <zu> sichern.“

Tab. 8: Die Geborenen nach dem Beruf der Eltern (1930):<sup>18</sup>

- a) ehelich  
 b) unehelich  
 c) Gesamtzahl pro 100 hauptberuflich erwerbstätige Berufszugehörige  
 d) Gesamtzahl pro 100 Berufszugehörige (hauptberuflich Erwerbstätige und Angehörige):

		Land-/Forst- wirtschaft	Industrie/ Handwerk	Handel/ Verkehr	öffentl. Dienst/ Dienstleistungs- gewerbe	Häusl. Dienste	ohne Beruf
Stadt Rosenheim	a)	9	127	52	21	–	14
	b)	15	20	22	–	26	6
	c)	7,5	3,9	2,9	2,6	3,8	1,1
	d)	2,8	2,1	1,3	1,4	3,5	0,7
BA Aibling	a)	149	219	33	13	1	11
	b)	34	18	17	–	27	5
	c)	2,5	4,5	4,2	2,0	4,6	0,8
	d)	1,7	2,3	2,2	1,1	4,1	0,6
BA Rosenheim	a)	367	302	55	31	–	8
	b)	76	28	14	1	18	4
	c)	2,9	4,8	3,2	3,8	1,6	0,4
	d)	1,9	2,4	1,6	2,0	1,4	0,3
BA Wasserburg	a)	413	183	50	17	1	3
	b)	102	4	13	2	17	7
	c)	3,4	5,4	4,7	1,5	3,2	0,2
	d)	2,2	2,8	2,3	0,9	3,0	0,2
BA Griesbach	a)	288	167	33	12	–	5
	b)	230	16	11	1	14	11
	c)	3,8	6,1	5,2	2,6	2,9	0,7
	d)	2,4	2,8	2,5	1,5	2,5	0,5
Altbayern	a)	20638	22703	6439	2870	98	760
	b)	5967	2153	1776	154	2285	783
	c)	3,6	5,4	3,6	2,7	3,1	0,6
	d)	2,3	2,8	1,9	1,5	2,9	0,5
Bayern	a)	41885	61367	15743	7027	142	2814
	b)	9423	5785	2696	242	3899	1705
	c)	3,3	6,0	3,6	3,4	2,9	0,9
	d)	2,2	3,2	1,9	1,7	2,7	0,7

ren Rottals waren unehelich, was diesen Bereich deutlich von den oberbayerischen Bezirken (Rosenheim 20,7 %, Aibling 22,8 %, Wasserburg 24,7 %) unterscheidet<sup>19</sup>.

Daß hierfür nicht allein ein außergewöhnlich hoher Ledigen- und Dienstbotenanteil innerhalb der Bevölkerung ausschlaggebend waren, zeigt die Gegen-

<sup>18</sup> ZBStL 69 (1937), 445 ff.; StDR 405, H. 28 u. 29.

<sup>19</sup> Errechnet aus ebd.

überstellung der niederbayerischen Bezirksämter mit der höchsten Zahl unehelicher Geburten:

Tab. 9: Ledige, Dienstboten und außereheliche Geburten 1924/26:<sup>20</sup>

- a) Ledigenanteil der Wohnbevölkerung  
 b) Dienstbotenanteil der Wohnbevölkerung  
 c) Lebendgeburten auf 1000 ledige Frauen von 16–45 Jahren

	a)	b)	c)
BA Griesbach	63,9 %	13,8 %	51,1
BA Grafenau	61,8 %	4,4 %	53,0
BA Regen	60,8 %	5,9 %	52,2
Niederbayer. Bezirksämter	61,9 %	8,8 %	38,9

Dazu kam, daß es sich bei Griesbach um eines der begütertesten niederbayerischen Bezirksämter handelte, während die Bayerwaldbezirke mit ihren zersplitterten Eigentumsformen zu den ärmsten Bayerns zählten, vergleichbare ökonomisch-soziale Grundlagen also fehlen. Auch die beiden übrigen Rottal-Bezirke, Eggenfelden und Pfarrkirchen, lagen mit 37,9 und 43,1 auf der Linie des niederbayerischen Durchschnitts, wogegen etwa Straubing mit einem gleichhohen Dienstbotenanteil wie Griesbach mit 26,7 am Ende der Tabelle rangierte. Kaum erfaßbare Faktoren wie Mentalität, lokale Traditionen oder ein gelockertes Verhältnis zur katholischen Kirche waren somit wohl der Hauptgrund für die Sonderentwicklung im unteren Rottal<sup>21</sup>.

Die Stadt Rosenheim wies im Intervall 1924/26 die niedrigste eheliche Fruchtbarkeitsrate der bayerischen kreisunmittelbaren Städte nach den Großzentren München (78,5) und Nürnberg (84,4) sowie Neu-Ulm (94,5) und Bad Kissingen (94,9) auf, hatte jedoch in der selben Vergleichsgruppe die höchste Unehelichenquote nach Erlangen (63,7), Ingolstadt (40,5) und Straubing (37,9). Bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kündigte sich diese Entwicklung an. Im Intervall zwischen 1871/75 und 1891/1900 war in der Stadt trotz einer starken Erhöhung der Zahl verheirateter Einwohnerinnen unter 30 Jahren, der Untergruppe mit der größten Gebärwahrscheinlichkeit, die Reproduktionsrate überproportional zurückgegangen, wie eine Gegenüberstellung mit anderen oberbayerischen Städten und den Bezirksämtern des Untersuchungsgebiets zeigt:

Tab. 10: Zu- bzw. Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit im Zeitraum zwischen 1871/75 und 1891 /1900 (a) und des Anteils der unter 30 Jahre alten innerhalb der Gruppe der 16–49jährigen Frauen 1875–1895 (b) in ‰:<sup>22</sup>

Verwaltungsbezirk	a)	b)
Stadt München	– 13,25	– 4,05
Stadt Traunstein	+ 13,45	+ 34,00
Stadt Rosenheim	– 8,62	+ 22,10
BA Rosenheim	+ 0,00	+ 12,04
BA Wasserburg	+ 0,33	– 7,43
BA Griesbach	+ 10,03	+ 8,74

<sup>20</sup> Errechnet aus: ZBStL 61 (1929), 5; BStB 110, A II B; 113, Tab. IV.

<sup>21</sup> Zur bäuerlichen „Eheprobe“ vgl. ZBStL 67 (1935), 154.

<sup>22</sup> BStB 71, 151.

Auch wenn es nur unzureichend möglich ist, sich anhand von Indikatoren wie Reproduktionswerten oder der Zahl der unehelichen Geburten ein Bild von der „Mentalität“ der Bevölkerung zu verschaffen, sind doch die Wandlungen, die sich gerade in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende auf diesem Gebiet vollzogen, für die Einordnung der untersuchten Gebiete nicht ohne Interesse. In der Stadt Rosenheim stand die hohe Zahl unehelicher Geburten bei rasch sinkender Fertilität in dieser Phase für gelockerte Konventionen und bildete somit einen Gradmesser für den Schritt weg von der Enge der Kleinstadt zu „modernen“, mittelstädtischen Lebensformen, im ländlichen Bereich Griesbachs dagegen war sie trotz eines ebenfalls rückläufigen Reproduktionsgrads ein Zeichen für noch lebendige, traditionell- bäuerliche Strukturen.

## 2. Familien und Haushalte

Im Familienstand der Bevölkerung der kreisunmittelbaren Städte und der Bezirksämter Altbayerns war ein deutliches Stadt-Land-Gefälle des Verheiratenanteils unverkennbar. In vorwiegend von der Landwirtschaft geprägten Bezirken waren mehr ledige Menschen anzutreffen als in den städtischen Zentren und industriellen Ballungsräumen, was zunächst auf einen jüngeren Altersaufbau schließen läßt, aber daneben von den in der Regel unverheirateten Dienstboten und sozialen Hemmnissen, die sich im Leben der Stadt oder Großgemeinde bereits verwischt hatten, mitbeeinflusst wurde:

Tab. 11: Familienstand der Wohnbevölkerung 1925 (in %):<sup>23</sup>

	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
Stadt Rosenheim	52,7	40,8	6,0	0,4
BA Aibling	60,0	34,8	5,0	0,2
BA Rosenheim	61,7	33,2	4,8	0,2
BA Wasserburg	62,7	32,0	5,1	0,1
BA Griesbach	63,9	31,3	4,7	0,1
Altbayern:				
Kreisunmittelb. Städte	52,0	40,9	6,1	0,1
Bezirksämter	61,0	33,9	5,0	0,1
Bayern	56,1	37,9	5,6	0,3

Neben der Stadt Rosenheim wiesen die Industriestandorte des Inn- und Mangfallgaus die meisten verheirateten Bürger auf (Kolbermoor 41,1%, Stephanskirchen 39,1%, Kirchdorf a. Inn 38,9%). Eine Zwischenstellung nahmen die Kleinzentren ein (Bad Aibling 37,4%, Markt Griesbach 36,7%, Stadt Wasserburg 36,6%), während in den umliegenden Agrargemeinden meist nur gut ein Viertel der Bevölkerung den Bund fürs Leben geschlossen hatte<sup>24</sup>.

Die Familienstruktur des Untersuchungsgebiets war gekennzeichnet vom Gegensatz zwischen der traditionellen Großfamilie in von der Landwirtschaft dominierten Gebieten, wo zum einen eine größere Kinderzahl die Regel, andererseits das Dienstpersonal in den Familienhaushalt integriert war, und dem

<sup>23</sup> Errechnet aus: BStB 110, A.

<sup>24</sup> Ebd.

Trend zur Kleinfamilie in Industriegebieten und Verwaltungssitzen. Den unterschiedlichen Familienaufbau am Beispiel einiger signifikanter altbayerischer Erwerbsgruppen zeigt folgende Tabelle:

Tab. 12: Von den Familien folgender Erwerbsgruppen Altbayerns beinhalteten ... % Kinder unter 16 Jahren (1933):<sup>25</sup>

	Kinderzahl: 0      1–2      3–4      5 u. mehr			
Selbst. Landwirte	27,2	40,7	22,2	9,9
Selbst. in Industrie u. Handwerk	42,8	42,7	11,9	2,7
Selbst. in Handel u. Verkehr	50,0	41,1	8,3	1,6
Kleine bis mittlere Verwaltungsbeamte	49,4	42,5	7,3	0,8
Angestellte in Handel u. Verkehr	48,3	45,2	5,9	0,7
Arbeiter in Industrie u. Handwerk	30,1	50,6	15,5	3,8

Mit steigender Einwohnerzahl der Gemeinden sank die durchschnittliche Familiengröße deutlich ab<sup>26</sup>. Die erstmals 1933 durchgeführte familienstatistische Aufschlüsselung der Volkszählungsergebnisse brachte für unser Untersuchungsgebiet folgendes Ergebnis:

Tab. 13: Personenzahl pro Haushaltung (1933):<sup>27</sup>

Stadt Rosenheim	3,42
BA Aibling	4,29
davon:	
– Gemeinde Kolbermoor	3,54
– Restbezirk	4,52
BA Rosenheim	4,57
BA Wasserburg	4,97
BA Griesbach	5,07
Altbayern	4,25
Bayern rechts d. Rheins	4,10

Während in den Verwaltungs-, Verkehrs- bzw. Industriezentren Rosenheim und Kolbermoor die 3-Personen- (28,7 bzw. 26,4 % aller Familienhaushalte)<sup>28</sup> und 2-Personen-Haushalte (26,3 bzw. 24,2 %) klar dominierten und die Häufigkeit größerer Familien mit steigender Personenzahl kontinuierlich absank, herrschte vor allem in den Bezirksamtern Rosenheim, Wasserburg und Griesbach der 3- bis 5-Personen-Haushalt vor. Größte der Untergruppen bildeten jedoch sowohl im Wasserburger als auch Griesbacher Bezirk meist bäuerliche Großhaushalte mit acht und mehr Personen (16,8 bzw. 18,9 %). Die Tatsache, daß 1925 bei 45,9 % der Haushaltungen selbständiger Landwirte mit acht und mehr

<sup>25</sup> Errechnet aus: StDR 452, H. 2, 63f.; vgl. H. 3, 11ff.

<sup>26</sup> 1933 entfielen im Dt.Reich auf einen Haushalt in einer Gemeinde mit weniger als 2000 Einwohnern 4,26 Personen, in Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern waren es 3,21, in Berlin nur 2,88; StDR 452, H. 3, 11.

<sup>27</sup> Ebd., Tab. 2.

<sup>28</sup> Ohne 1-Personen-Haushalte.

Personen Dienstboten vorhanden waren und der Familie eingerechnet wurden<sup>29</sup>, erlaubt in Kombination mit der Familienstatistik von 1933 den Schluß, daß gerade in den Streusiedlungsgebieten des Rottals und des Wasserburger Landes die traditionelle Wohngemeinschaft mehrerer Generationen einer Familie mit ihren Dienstboten erhalten geblieben war, während diese großen Hausgemeinschaften in ganz Altbayern nur noch mit 7,8%, in Bayern rechts des Rheins mit 6,8% an der Zahl der Familienhaushalte beteiligt waren<sup>30</sup>.

Eine gewisse Sonderstellung nahmen die 1-Personen-Haushalte ein, die nur in der Stadt Rosenheim (9,7% aller Haushaltungen) und der Gemeinde Kolbermoor (9,4%) eine gewisse Rolle spielten, sich in den Landbezirken dagegen zwischen 5,5% (Wasserburg) und 7,5% (Aibling) bewegten, ein Zeichen für die hier engere Einbindung Alleinstehender in den eigenen Familienverband oder den Haushalt des Arbeitgebers<sup>31</sup>.

### 3. Die konfessionelle Gliederung

Die Bevölkerung des Untersuchungsgebiets bekannte sich überwiegend zum katholischen Glauben, doch war die Zahl der monokonfessionellen Gemeinden im Schwinden begriffen und 1925 bereits weit in der Minderzahl. Nur zwei von 22 Gemeinden im Bezirksamt Aibling waren rein katholisch, im Rosenheimer Bezirk waren es drei von 56, im Wasserburger und Griesbacher Raum dagegen noch 20 von 62 bzw. 17 von 37<sup>32</sup>.

Dieses Nord-Süd-Gefälle basierte auf zwei Faktoren: Zum einen lockte das landschaftlich reizvolle Alpenrandgebiet mit seinen Seen, Bergen und Kurmöglichkeiten Touristen an, die sich oft dazu entschlossen, ihren Lebensabend hier zu verbringen, zum anderen waren es die Industriestandorte an Inn und Mangfall, die Arbeitssuchende auch aus größerer Entfernung anzogen. So fanden sich die größten evangelischen Gemeinden im Badeort Aibling (148 Gläubige  $\hat{=}$  6,1% der Wohnbevölkerung) und in den Industriestandorten Kolbermoor (174  $\hat{=}$  3,6%) und Kirchdorf a.H. (148  $\hat{=}$  5,1%), die zugleich im Bezirk den höchsten Anteil an außerbayerischen Reichsdeutschen und Ausländern aufwiesen. Eine Ausnahme stellte die Gemeinde Großkarolinenfeld dar, die 1802 von Max IV. Joseph mit Hilfe pfälzer Siedler zur Moorkultivierung ins Leben gerufen worden war und wo sich nun bei zu 97,6% bayerischen Einwohnern 147 evangelische Christen (15,5% der Wohnbevölkerung) fanden<sup>33</sup>. Mit Gründungsjahr 1804 war sie, noch vor München (1806), die älteste protestantische Pfarrei Oberbayerns, von der aus die Seelsorge für den südostbayerischen Raum betrieben wurde<sup>34</sup>.

Ähnlich war die Situation im Bezirksamt Rosenheim, wo der Fremdenverkehrsmittelpunkt Prien mit 183 Personen ( $\hat{=}$  6,2%) vor dem Fremden- und

<sup>29</sup> StDR 407, 493.

<sup>30</sup> StDR 452, H. 3, 11 ff.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>34</sup> Zur Gründung der Moorsiedlung: Bergmaier, Großkarolinenfeld, 5 ff.; Blümel, Großkarolinenfeld, 166 ff. Zur evangelischen Gemeinde: Roepke, Protestanten, 333 f. u. 352; Braßler, Abriß, 59 ff.

und Industrieort Kiefersfelden (130  $\hat{=}$  5,2 %) bedeutende evangelische Bevölkerungsteile besaßen. Auf etwa gleicher Höhe lag ihr Prozentsatz in der Stadt Rosenheim (917  $\hat{=}$  5,1 %), während im Bezirk Wasserburg nur die Stadt (175  $\hat{=}$  4,0 %) und die Gemeinde Attel, bedingt durch einen Heimbetrieb, kleinere protestantische Gruppen beherbergten. Im Wasserburger Umland und im Bezirk Griesbach hingen nur einzelne Personen nicht dem katholischen Glauben an<sup>55</sup>. Verwaltet wurde das evangelische Diasporagebiet des östlichen Oberbayern zunächst von München aus, bis ab dem 1. 1. 1933 ein südostbayerisches Dekanat mit den Eckpunkten Burghausen, Mühldorf, Erding und Bad Tölz mit Sitz in Rosenheim installiert wurde<sup>56</sup>.

Tab. 14: Konfessionelle Gliederung 1925:<sup>37</sup>

	katholisch	evangelisch	and. Christen	israelitisch	sonstige
Stadt Rosenheim	94,1	5,3	0,2	0,2	0,2
BA Aibling	96,0	3,7	0,1	0,0	0,1
BA Rosenheim	97,1	2,6	0,1	0,0	0,1
BA Wasserburg	98,9	1,1	0,0	0,0	0,0
BA Griesbach	99,7	0,2	0,0	–	0,0
Altbayern:					
– Städte	84,2	13,1	*	1,2	1,5
– Bezirksamter	96,3	3,5	*	0,0	0,2
Bayern	70,0	28,8	0,1	0,7	0,5

\* enthalten in „sonstige“

Kleinste der konfessionellen Gruppen war die der israelitischen Glaubensangehörigen, die nur in der Stadt Rosenheim mit 39 Personen (1925) eine bedeutendere Zahl erreichten<sup>38</sup>. Zwar wurde schon im Mittelalter in Wasserburg eine Schutzsteuer von jüdischen Bürgern erhoben, sind jüdische Handelsleute 1601 in Rosenheim erwähnt<sup>39</sup>; eine langfristig gewachsene israelitische Gemeinschaft findet sich im Untersuchungsgebiet jedoch nicht (Tab. 15).

Erst in den 1870er Jahren wanderten einige jüdische Familien ins wirtschaftlich prosperierende Rosenheim zu und ließen sich dort zumeist mit kleinen bis mittleren Einzelhandelsgeschäften nieder. Nach einem Höchststand von gut einem halben Hundert Personen vor dem Ersten Weltkrieg war der Umfang der kleinen Gemeinschaft zur Zeit der Weimarer Republik bereits wieder im Sinken begriffen. Den Versuch, einen israelitischen Cultusverein in Rosenheim ins Leben zu rufen, hatte der Stadtrat im Jahr 1900 abgeblockt, gemeinsame Gottesdienste zunächst verboten<sup>40</sup>. Zentrum des religiösen Lebens der Juden des Inn-, Mangfall- und Chiemgauses war daher München, dessen israelitischer Gemeinde sie angeschlossen waren und wo sie ihre Toten bestatteten<sup>41</sup>.

<sup>55</sup> BStB 110, A I u. II.

<sup>56</sup> StA Rosenheim III A 2/19; Chiemgau-Zeitung 15. 12. 1932 (147). Vgl. Rosenheim 100 Jahre Stadt, 36 f.

<sup>57</sup> Errechnet aus BStB 110, A I u. II; StDR 401, I; dabei in Einzelfällen nicht unerheblich abweichende Zahlenangaben.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Dt. Städtebuch V/2, 613 u. 722.

<sup>40</sup> Stadtratsbeschluß 22. 6. 1900, StA Rosenheim III A 2/12.

<sup>41</sup> Ophir/Wiesemann, Jüdische Gemeinden, 62 f.

Tab. 15: Israelitische Glaubensangehörige im Untersuchungsgebiet:<sup>42</sup>

	1867	1871	1875	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1925
Stadt Rosenheim	–	1	3	12	22	14	24	49	45	56	39
LG/BA Aibling	–	2	4	2	–	2	1	5	1	–	10
BA Rosenheim *	–	3	1	3	1	1	1	1	1	3	9
davon:											
AG Rosenheim	–	–	–	1	–	–	–	–	–	1	9
AG Prien	–	3	1	2	1	1	1	1	1	2	–
BA Wasserburg	1	2	4	1	3	1	4	6	10	9	2
davon:											
AG Wasserburg	1	1	1	1	2	1	4	3	6	3	1
AG Haag	–	1	3	–	1	–	–	3	4	6	1
BA Griesbach	1	4	–	–	1	–	2	1	9	10	–
davon:											
AG Griesbach	–	–	–	–	–	–	2	–	–	1	–
AG Rothalmünster	1	4	–	–	1	–	–	1	9	9	–

\* ohne Landgericht Aibling

#### 4. Wanderbewegungen

Als Konsequenz aus der Auflösung der Großfamilie in den Industrie- und Gewerbezentren ergab sich eine Wohnraumverknappung, die durch die Binnenwanderung zusätzlich angeheizt wurde. Aus den gemessen am Arbeitsplatzangebot übervölkerten und keine großen Zukunftsperspektiven bietenden Agrarbezirken wälzte sich ein zwar an Intensität schwankender, aber unablässiger Strom von Arbeitssuchenden in die Wirtschaftsmittelpunkte und Industrieeinseln unseres Untersuchungsgebiets. Die „feste“ Neuansiedlung löste die saisonalen Wanderbewegungen, etwa von Torfstechern aus dem Bayerischen Wald in die Moorgebiete südlich Rosenheims, ab<sup>43</sup>. Von 101 Kolbermoorer Wohnungssuchenden, die eine Umfrage im Jahr 1929 erfaßte, waren 49 erst nach dem 1. 8. 1914 in die Industriegemeinde zugezogen<sup>44</sup>.

Größte Anziehungskraft übte das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer behäbigen Marktstadt zum Verkehrs-, Industrie- und Verwaltungszentrum entwickelnde Rosenheim aus, das mit seinem geradezu stürmischen Bevölkerungswachstum alle bayerischen Städte seiner Größenklasse in den Schatten stellte<sup>45</sup>. 17998 Menschen bewohnten 1925 die Innstadt, womit

<sup>42</sup> BStB 21, III; 28, II; 36, II; 45, I u. III; 53, I u. III; 58, I; 61, I; 63, I; 68, I; 84, A; 110, A.

<sup>43</sup> Vorher waren die Arbeitskräfte nach Abschluß der Stichsaison zur Hopfenernte in die Hallertau, zum Kartoffelklauben im Dachauer Raum, zur Holzarbeit in den Bayerischen Wald oder zur Weinlese in die Pfalz weitergezogen; Ehrenreich, Nicklheim, 20.

<sup>44</sup> Kolbermoorer Volksblatt 5./6. 12. 1929 (281).

<sup>45</sup> Nach Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 35, übertraf das Wachstum Rosenheims 1855–1933 alle bayerischen Städte in der Größenklasse von 15–20000 Einwohnern

sich die Einwohnerzahl seit 1855 verfünffacht, seit 1885 verdoppelt hatte<sup>46</sup>. Die Wanderungsgewinne, also das absolute Bevölkerungswachstum abzüglich der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Geburten und Sterbefälle, lassen die Attraktivität der Stadt für Arbeitssuchende erkennen:

Tab. 16: Wanderungsbilanzen von 1910 bis 1925 (in % der Gesamtbevölkerung):<sup>47</sup>

Stadt Rosenheim	+ 4,1
BA Aibling	+ 0,5
BA Rosenheim	+ 2,2
BA Wasserburg	- 1,5
BA Griesbach	- 10,3
Altbayern	+ 0,0
Bayern	-- 1,1

Obwohl im Inn- Mangfallgebiet um Rosenheim die Industrie Gründungen in Redenfelden/Kirchdorf a. I., Kolbermoor oder Bruckmühl Tausende der begehrten industriellen Arbeitsplätze schufen, konnten auch sie nicht alle Abwanderer aus dem geburtenstarken agrarischen Umland absorbieren und weiträumigere Migrationen verhindern. Langfristig war die Wanderungsbilanz dennoch ausgeglichen, da die Industrieinseln Neuzuwanderer aus Berufsgruppen, deren Bedarf aus dem vorhandenen Arbeitskräftereservoir nicht abgedeckt werden konnte, anzogen. Die negative Tendenz in den Bezirken Wasserburg und vor allem Griesbach resultierte aus fehlenden Erwerbsmöglichkeiten in den außer-agrarischen Berufen. Fast ausschließlich auf die Landwirtschaft ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen machten hier die Abwanderung über die Bezirksgrenzen hinaus nötig, wollte man sein Geld an einem „modernen“ Arbeitsplatz in Industrie oder Handel verdienen.

Neben den Industrieorten erwiesen sich die Fremdenverkehrsgegenden als Magnet für positive Bevölkerungsbewegungen. Der Zuzug Wohlhabender an Seen und Alpenrand schuf neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe und läßt sich anhand der Einwohnerzahlen bevorzugter Fremdenverkehrsgemeinden ablesen (Tab. 17).

Neben der innerbayerischen Binnenwanderung spielte die Außenwanderung keine unerhebliche Rolle. Auf einer jahrhundertealten Tradition beruhte seit der Errichtung eines von Tirol aus betriebenen Hammerwerkes an der Kiefer die Zuwanderung österreichischer Arbeitskräfte in die Grenzgemeinde Kiefersfelden, wo industrielle Arbeitsplätze bei der Metall- und Steinverarbeitung lockten<sup>48</sup>. Mit einem Ausländeranteil von 23,8 % der Wohnbevölkerung (1925) leb-

(1933). Im relativen Bevölkerungszuwachs belegte es nach Ludwigshafen, Nürnberg, Pirmasens, Weiden, Kaiserslautern und München die siebte Stelle. Vgl. Willi, Rosenheim, 117.

<sup>46</sup> StJbB 14 (1919), II A 1, c 3; Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 37.

<sup>47</sup> Errechnet aus BStB 112, Tab. I (1910 ortsanwesende, 1925 Wohnbevölkerung); Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 44 ff., kommt mit Berufung auf inzwischen verschollenes handschriftliches Material des Bayer. Statist. Landesamts zu erheblich abweichenden Ergebnissen. Seine Wanderungsbilanzen für die Jahre 1880 ff. können daher nicht zum Aufzeigen der Entwicklungslinien herangezogen werden.

<sup>48</sup> Zur Entstehung des tiroler Eisenhammers auf bayer. Boden: Moser, Kiefersfelden, 281 ff. Zuzug erfolgte auch aus außerbayerischen Reichsgebieten: Vor der Übernahme der

Tab. 17: Bevölkerungsentwicklung in bevorzugten Fremdenverkehrsorten 1910–1925:<sup>49</sup>

<i>Chiemseegebiet:</i>	Chiemseeinseln	+ 15,4 %
	Breitbrunn	+ 16,5 %
	Prien	+ 18,7 %
	Rimsting	+ 24,7 %
	Eggstätt	+ 26,3 %
<i>Alpenrand:</i>	Wildenwart	+ 17,1 %
	Oberaudorf	+ 17,4 %
	Feilnbach	+ 18,6 %
	Hohenaschau	+ 28,6 %

ten hier mit Abstand die meisten „Gastarbeiter“ des Untersuchungsgebiets, was zugleich eine der höchsten Ausländerraten Bayerns bedeutete. Aber auch andere Inntalgemeinden wie Oberaudorf, in dessen Gemeindebereich ein Teil der Mühlbacher Sensenschmiede lebte (9,2 %), Niederaudorf (10,6 %) und die Industriegemeinde Kirchdorf am Inn (9,7 %) waren bevorzugte Ziele meist österreichischer Zuzügler. Einen zwar geringeren, wenn auch nicht unbedeutenden Ausländeranteil wiesen auch die Industrieinseln des Aiblinger Bezirks auf (Kolbermoor 6,5 %, Kirchdorf a. Haunpold 3,9 %), während die Stadt Rosenheim (2,0 %) auf sie keine Anziehungskraft ausübte. Die Zahl der reichsdeutschen Nichtbayern erreichte nur in den bevorzugten Wohnlagen der Fremdenverkehrsgebiete eine gewisse Bedeutung (Prien 3,3 %, Chiemsee 8,8 %), betrug aber in den Bezirksamtern Rosenheim und Aibling zusammengenommen nur zwei Fünftel der Ausländerzahl. Bedeutungslos war die außerbayerische Zuwanderung für die Bezirke Wasserburg und Griesbach. Hier lebten jeweils weniger als ein Prozent Nichtbayern<sup>50</sup>.

### III. Die Wirtschaftsstruktur

#### 1. Der wirtschaftliche Wandel im frühen 20. Jahrhundert

Von der grundlegenden Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens, die im 19. Jahrhundert Bayern wie ganz Mitteleuropa erfaßte, wurden nicht alle Landstriche und Verwaltungsbezirke gleichermaßen berührt. In ehemals rein agrarisch genutzten Gebieten, die sich für Gewerbeansiedlungen aufgrund ihrer Verkehrs-

Mühlbacher Sensenfabrikation durch einen tiroler Unternehmer wurden schwäbische Schmiede angeworben: Einmayr, Sensenwerk, 12.

<sup>49</sup> Errechnet aus BStB 84, A I, B; 110, A I, B. Besondere Anziehungskraft auf Ansiedler vermochte das Gebiet am bayer. Alpenrand in den dreißiger Jahren zu entwickeln (Bevölkerungszunahme in %):

	Bayern	davon: Bayer. Alpengebiet
1852–1900:	35,2	24,1
1852–1933:	69,2	67,5
1852–1939:	81,2	100,0

Nach: Ager / Beichele, Die wirtschaftl. u. soz. Verhältnisse der Bergbevölkerung des bayer. Alpengebiets, zit. in Jobst, Beziehungen, 85.

<sup>50</sup> Errechnet aus: BStB 110, A I u. II.

lage, von Rohstofflagern oder Möglichkeiten zur Energiegewinnung besonders geeigneten, entstanden nun Industrieinseln und -gürtel, während benachbarte Bezirke in ihrer altüberkommenen bäuerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsform verharren und immer mehr den Anschluß an die veränderten ökonomischen Anforderungen verloren.

Im Untersuchungsgebiet entwickelten sich die Wirtschaftsstrukturen der südlichen und nördlichen Teilregionen scherenförmig auseinander, wie sich am Wandel der Berufsgruppenzugehörigkeit der Bewohner binnen nur dreier Jahrzehnte ablesen läßt:

Tab. 18: Anteil der hauptberuflich Erwerbstätigen an den Berufsabteilungen: <sup>1</sup>

- A: Land- und Forstwirtschaft
- B: Industrie und Handwerk
- C: Handel und Verkehr
- D: Verwaltung, Heer, freie Berufe
- E: Häusliche Dienste, Tagelohn, ohne Betriebsangabe
- F: ohne Beruf

		A	B	C	D	E	F
Stadt Rosenheim	1895:	6,3	39,2	28,7	5,2	2,7	17,8
	1907:	4,8	36,2	29,1	6,3	2,0	21,6
	1925:	3,2	37,6	25,6	10,2	6,9	18,5
BA Aibling	1895:	—*	—*	—*	—*	—*	—*
	1907:	47,3	30,1	6,7	2,1	0,6	13,2
	1925:	43,0	31,0	6,9	3,7	3,6	11,8
BA Rosenheim	1895:	55,6	24,6	6,0	1,8	0,4	11,5
	1907:	58,1	20,9	6,3	1,8	0,6	12,2
	1925:	51,7	23,0	7,4	2,9	3,8	11,2
BA Wasserburg	1895:	60,4	17,9	6,2	3,6	0,4	18,5
	1907:	58,9	13,8	5,3	3,2	0,5	18,2
	1925:	58,7	13,3	5,1	4,8	2,2	15,8
BA Griesbach	1895:	72,4	14,7	4,0	1,6	0,2	7,1
	1907:	70,1	13,2	4,4	1,6	0,4	0,3
	1925:	65,8	14,4	4,1	2,4	2,3	11,0
Altbayern	1895:	48,1	23,9	9,0	5,4	1,1	12,4
	1907:	47,6	22,6	10,2	5,0	1,6	13,0
	1925:	39,9	24,4	12,1	6,0	4,0	13,5
Bayern	1895:	46,3	28,0	8,5	5,3	1,0	10,8
	1907:	45,6	27,4	9,6	4,9	1,1	11,4
	1925:	38,6	29,7	11,1	5,3	3,4	11,8

\* im BA Rosenheim enthalten

Ein Umschwenken von der Landwirtschaft zu Industrie und Gewerbe auf der einen, das Verharren auf den alten, bäuerlichen Strukturen wegen fehlender Entwicklungsmöglichkeiten mit sogar rückläufigen Anteilen des nicht mehr konkurrenzfähigen Handwerks auf der anderen Seite verdeutlichen die Spannungen, die

<sup>1</sup> Errechnet aus StDR 105, 1 u. 2; 109; 205, 1 u. 2; 209, 2; 405, H. 28–30.

selbst in räumlich nahe beieinanderliegenden Gebieten in dieser Epoche des wirtschaftlichen Umbruchs auftreten konnten. Im folgenden sollen die wichtigsten Erwerbszweige schwerpunktmäßig porträtiert und mit den Verschiebungen, die zu der wirtschaftlichen Konstellation der späten zwanziger Jahre führten, dargestellt werden.

## 2. Die Wirtschaftssektoren

### a) Die Landwirtschaft

#### aa) Natürliche Gegebenheiten:

Das Landschaftsbild der untersuchten oberbayerischen Bezirksämter war geprägt von der Tätigkeit der eiszeitlichen Gletscher. Gewaltige Eisstöße hatten das „Rosenheimer Becken“ geformt, Grundmoränenzüge grenzten, flankiert von Drumlinfeldern, das breit aus den Bergen heraustretende Inntal zu beiden Seiten ab, das bei Attel im Bezirk Wasserburg den Endmoränenwall durchstieß und sich der hügeligen ehemaligen Grafschaft Haag zuwandte. Neben den ausgedehnten Moorgebieten am Fuß der Alpen erinnerten im östlichen Teil des Bezirksamts Rosenheim Zungenbecken wie das des Simsees oder die Toteiskessel der Eggstätter Seenplatte zwischen Jungmoränenzügen an die diluvialen Gletscher<sup>2</sup>. Nur am Rande von der landschaftsgestaltenden Kraft der Eiszeit betroffen war das untere Rottal. Die abfließenden Schmelzwassermassen bescherten ihm den fluvioglazialen Niederterrassenfächer der „Pockinger Heide“, doch hatte der Griesbacher Bezirk im übrigen den Charakter eines tertiären Hügellandes bewahrt<sup>3</sup>.

Für die Landwirtschaft wirkte sich die unterschiedliche Entstehung der Bodenformationen in differierenden Qualitäten und Nutzungsmöglichkeiten aus. Fast ausschließlich schlechte bis mittlere Bonitäten herrschten im Bezirksamt Rosenheim vor. Nur an einigen kleinräumigen Terrassen entlang des Inns, an der Schwemfläche des „Wasens“ bei Rosenheim sowie in einigen Beckenlagen des Amtsgerichtsbezirks Prien lagen die Ertragsmeßzahlen auf lehmigen Böden zwischen 60 und 70 und boten damit gute Anbauvoraussetzungen. Ähnlich war die Situation im Bezirksamt Aibling, wo nur einige wenige Flächen an der Mangfall sowie in Au bei Aibling gute Ernteergebnisse versprachen. Weite Moore sowie die Hochlagen der Alpenausläufer waren unbebaubar, wiesen einen höchst geringen Fruchtbarkeitsgrad auf oder erlaubten nur Almwirtschaft.

Bessere Grundlagen fand die bäuerliche Wirtschaft des Bezirksamts Wasserburg vor. Abgesehen von unbedeutenden moorigen Abschnitten war die Bodenbeschaffenheit fast durchwegs von mittlerer Güte und erreichte auf einigen Löß- und sandigen Lehmplateaus nahe des Inns gute Ertragswerte<sup>4</sup>. Bedingt durch die natürlichen Voraussetzungen hatten sich innerhalb des Bezirks variierende Nutzungszonen herausgebildet. Sein südlicher Teil tendierte aufgrund der wechsel-

<sup>2</sup> Grundlegend hierzu: Troll, Inn-Chiemsee-Gletscher, 14 ff.; vgl. Lutz, Böden, 99 ff.; Kuhn, Geologie, 140 ff.; Kraus/Ebers, Landschaft, 85 ff.

<sup>3</sup> Münichsdorfer, Boden, 123 ff.; Fehn, Tertiäres Hügelland, 8 ff.; Rutte, Erdgeschichte, 234.

<sup>4</sup> Bodenqualitätskarte Bayern Blatt 31, 35 u. 36; zur Almwirtschaft im BA Rosenheim vgl. Malaise, Landwirtschaft, 66 ff.

haften Bodenqualitäten zur Grünlandwirtschaft, im Nordteil mit dem Amtsgericht Haag dagegen begünstigten die einheitlich schweren, lößartigen Böden den Ackerbau<sup>5</sup>.

Lehm und Löß bedeckten auch den größten Teil des Bezirksamts Griesbach. Gute, bei Pocking und Kirchham sogar sehr gute Bodenqualitäten waren die Folge, während nur in der „Pockinger Heide“ und den hügeligen Randgebieten mittlere und vereinzelt schlechte Bonitäten geringere Erfolgsaussichten besicherten<sup>6</sup>. Die ertragsreichsten Anbauflächen befanden sich somit entlang des Flußlaufs der Rott; die Bedingungen in den höhergelegenen Zonen, im „Holzland“, versprachen zwar immer noch meist bessere Ernteergebnisse und Weidemöglichkeiten als im oberen Rottal oder in den südlichen Vergleichsgebieten, konnten aber mit den Kernzonen nicht konkurrieren<sup>7</sup>.

Neben den geologischen Voraussetzungen war das Klima entscheidend für erfolgreiche landwirtschaftliche Nutzung. Das unmittelbare Alpenvorland mit wegen seiner Höhenlage und der Stauwirkung der Gebirgskette kühlem, niederschlagsreichem und wechselhaftem Witterungscharakter war für den Anbau empfindlicher Produkte wenig geeignet. Ausnahmen bildeten hierbei geschützte Becken- und Hanglagen, etwa bei Feilnbach (BA Aibling), wo das relativ milde Klima Obstbau in größerem Umfang erlaubte<sup>8</sup>.

Freundlicher waren die klimatischen Bedingungen im unteren Rottal. Geringere Niederschläge und tiefere Lagen bedingten gemäßigte Winter. In den begünstigten Talsenken begann der Saatanfang Mitte März, so daß die Getreideernte bereits Anfang Juni einsetzen konnte, was die Möglichkeit zu Zwischenfruchtanbau von Futterpflanzen eröffnete<sup>9</sup>. Das milde Klima gestattete zudem einen ausgedehnten Obstbau mit dem dichtesten Baumbestand Niederbayerns, der jedoch nicht wie am Alpenrand auf unempfindlichen Sorten zur Mostbereitung und Brennerei fußte, sondern zusehends auf Tafelobst umgestellt wurde und den Landwirten die Gelegenheit zu ansehnlichen Nebeneinkünften bot<sup>10</sup>.

#### *bb) Die Landwirtschaftsstruktur:*

Die Landwirtschaft bildete zur Zeit der Weimarer Republik immer noch einen Grundpfeiler der bayerischen Wirtschaft und ernährte trotz stark rückläufiger Zahlen die größte der Erwerbsgruppen<sup>11</sup>. Auch in den Bezirksamtern des Untersuchungsgebiets hatte die Agrarbevölkerung anteilmäßige Einbußen erlitten, jedoch mit Ausnahme des Bezirksamts Aibling, wo Industrie und Handwerk fast gleichgezogen hatten, ihre tonangebende Stellung behaupten können:

<sup>5</sup> Linder, Landwirtschaft, 86.

<sup>6</sup> Bodenqualitätskarte Bayern Blatt 24 u. 25; Alzheimer, Rottgau, 25, attestiert dagegen überwiegend „sauere Böden“ mit geringem Phosphorgehalt: „Was diesen Landstrich landwirtschaftlich in guten Ruf brachte, ist sein Klima und der Fleiß und die Umsicht seiner Bewohner.“ Zur Bodenbeschaffenheit s. ebd., 23 ff.

<sup>7</sup> Alzheimer, Rottgau, 86.

<sup>8</sup> Schmitt, Inn-Chiemseevorland, 84 ff.; Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 6 ff.; Münchsdorfer, Boden, 102 f.; Schrankemiller, Obstbau.

<sup>9</sup> Alzheimer, Rottgau, 21 f.

<sup>10</sup> Ebd., 42 ff.

<sup>11</sup> BStB 113, \* 9.

Tab. 19: Von 100 Einwohnern lebten von Land- und Forstwirtschaft: <sup>12</sup>

	1882	1895	1907	1925
Stadt Rosenheim	8,9	5,7	4,0	2,7
BA Aibling	–	–	42,8	38,6
BA Rosenheim	61,5	55,6	54,0	47,9
BA Wasserburg	65,2	63,2	58,8	58,8
BA Griesbach	66,8	70,9	66,9	62,2
Altbayern	53,2	48,4	43,5	37,8
Bayern	50,9	45,8	42,1	34,9

\* im BA Rosenheim enthalten

Im Zeitraum von 1907 bis 1925 hatte nur die Landwirtschaft des Bezirksamts Wasserburg ihren relativen Stand gehalten, während sich im Rosenheimer Bezirk auch nach der Abtrennung des Landgerichts Aibling eine rasche Umschichtung der Erwerbsgruppen vollzog. Das mußte kein „Bauernhofsterben“ bedeuten, im Gegenteil: Bereits im Volkszählungsintervall 1895/1907 gelang es der Landwirtschaft des Untersuchungsgebiets, verlorenes Terrain wieder gutzumachen, stieg die Zahl der Höfe nach einer ausgeprägten Rezession in der Zeit der Agrarkrise der 1890er Jahre erneut an, eine Tendenz, die sich im gesamten altbayerischen Raum erst im folgenden Zeitabschnitt abzeichnet:

Tab. 20: Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe: <sup>13</sup>

	1882	1895	1907	1925
Stadt Rosenheim	119	234	105	176
BA Aibling	–*	–*	2130	2222
BA Rosenheim	6687	6413	4535	4682
BA Wasserburg	4874	4424	4492	4500
BA Griesbach	4394	4258	4371	4083
Altbayern	248054	239059	238834	244924
Bayern	681521	663785	669911	666285

\* im BA Rosenheim enthalten

Eine weitere zahlenmäßige Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft in den Jahren bis 1925 läßt sich für die Bezirksamter Aibling, Rosenheim und Wasserburg

<sup>12</sup> Errechnet aus BStB 81, I; 113, I.

<sup>13</sup> Errechnet aus BStB 81, II; 113, II. Die starken Schwankungen der Betriebszahlen für die Stadt Rosenheim beruhen auf einem regionalen Wechsel des Zählrasters (1895 Einbeziehung von städt. Nutz- u. Kleingärten; vgl. Betriebsgrößenstatistik Tab. 21) sowie der Eingemeindung Fürstatts (1913). Kleinere Verschiebungen, die sich aus der Aufteilung des BA Rosenheim (1900) und seiner Arrondierung im Osten ergaben, verzerren das Ergebnis im Detail, ohne die Entwicklungslinie in Frage zu stellen.

feststellen, wobei im Gebiet des ehemaligen Großbezirks Rosenheim jetzt mehr Bauernstellen als 1882 vorhanden waren, während das Wasserburger Land trotz langsamer Erholung noch um 7,7% hinter dem Bestand des Ausgangsjahres unserer Gegenüberstellung zurückblieb. Im Bezirksamt Griesbach, dessen Landwirte das Höfesterben der neunziger Jahre mit Abstand am besten verkraftet hatten, pendelte sich bereits 1907 die Betriebszahl wieder annähernd auf den Stand von 1882 ein, doch folgte nun verspätet eine durchgreifende Auslese- und Konzentrationsbewegung: Binnen 18 Jahren verloren nach Abrechnung der 1914 an Pfarrkirchen abgetretenen Gemeinde Asenham rund 140 Höfe ihre Selbständigkeit oder wurden aufgegeben, ein vor dem Hintergrund der steigenden Betriebszahlen Altbayerns besonders gravierender Vorgang.

Welche Hofgrößen bei den Umschichtungen ab 1882 am meisten in ihrem Bestand gefährdet waren, zeigt eine vergleichende Betriebsgrößenstatistik (Tab. 21).

Hatte der Kleinst- bzw. Parzellenbetrieb unter 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 1882 mit Ausnahme des Bezirksamts Wasserburg noch die zahlenmäßig größte Einzelgruppe dargestellt, so ging sein Anteil trotz leichter Zuwachsraten in den Bezirksamtern Aibling und Rosenheim ab 1907 insgesamt vom Beginn des Vergleichszeitraums an gemessen drastisch zurück. Viele der ehemaligen Kleinbauern, die neben der Bewirtschaftung ihres Hofes bei benachbarten Landwirten als Tagelöhner gearbeitet oder sich durch sonstigen Zuerwerb über Wasser gehalten hatten, wanderten in gewerblich-industrielle Berufe ab und vollzogen den Übergang vom ländlichen ins industrielle Proletariat. Die Konzentrationsbewegung innerhalb der Landwirtschaft kam langfristig den klein- bis mittelbäuerlichen Betrieben zugute, die einerseits mit den freiwerdenden Ländereien ihre Nutzflächen arrondieren und ausbauen konnten, andererseits flexibel genug waren, um auftretenden Marktschwankungen zu begegnen. Groß- und Riesetriebe mit 20–100 bzw. über 100 ha Landbesitz erreichten um 1895 ihre größte Bedeutung, um dann rasch an Zahl zu verlieren. Besonders in den oberbayerischen Bezirksamtern des Untersuchungsgebiets kristallisierte sich der Mittelbetrieb mit 5–20 ha als praktikabelste Hofgröße heraus und erreichte jeweils über 40% der Gesamtzahl, während sich diese Größenklasse im Bezirksamt Griesbach 1925 auch als größte Einzelgruppe präsentierte, mit weniger als einem Drittel der Bauernstellen aber gegenüber den Kleinbetrieben (54,8% unter 5 ha) weit in der Minderheit war.

Es wäre nun verfehlt, aus der Betriebsstruktur im unteren Rottal auf ein wirtschaftlich schwächeres Bauerntum zu schließen<sup>14</sup>. Die weitaus schlechteren äußeren Bedingungen für die Landwirtschaft im Alpen- und Voralpengebiet waren es, die größere Betriebseinheiten erforderten, wollte man bei der oft nur extensiv möglichen Kulturweise überhaupt rentabel wirtschaften<sup>15</sup>. Dazu kam, daß der Wald hier einen beträchtlichen Teil des Betriebsumfangs beanspruchte, die Holzwirtschaft aber gerade bei kleinen und mittleren Bauern nur als Notgroschen angesehen wurde und somit keine kontinuierlichen Einkünfte gewährleistete (Tab. 22).

<sup>14</sup> Vgl. die Fehlbeurteilung bei Holmes, NSDAP, 259 ff.

<sup>15</sup> Vgl. BStB 81, \*33.

Tab. 21: Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1882–1925: <sup>16</sup>

		1882		1895		1907		1925	
	landwirtschaftl. Nutzfläche in ha	Betriebe absolut	in %	Betriebe absolut	in %	Betriebe absolut	in %	Betriebe absolut	in %
Stadt	unter 2	64	53,8	170	72,7	47	44,8	110	62,5
Rosenheim	2– 5	26	21,8	31	13,3	27	25,7	39	22,2
	5– 20	25	21,0	23	9,8	23	21,9	19	10,8
	20– 50	4	3,4	9	3,8	8	7,6	8	4,5
	über 100	–		1		0,4	–	–	
	gesamt	119		234		105		176	
BA Aibling	unter 2	–*	–*			465	21,8	549	24,7
	2– 5					474	22,3	533	24,0
	5– 20	* im BA Rosenheim enthalten				896	42,1	910	40,9
	20– 100					292	13,7	225	10,1
	über 100					3	0,1	5	0,2
	gesamt					2130		2222	
BA Rosenheim	unter 2	1812	33,5	1374	21,4	928	20,5	1094	23,4
	2– 5	1320	24,5	1495	23,3	1054	23,5	1170	25,0
	5– 20	2935	33,1	2899	45,2	2196	48,4	2152	46,0
	20– 100	616	8,8	636	9,9	354	7,8	264	5,6
	über 100	4	0,1	9	0,2	3	0,1	2	0,0
	gesamt	6687		6413		4535		4682	
BA Wasserburg	unter 2	1358	27,9	814	19,0	917	20,4	866	19,2
	2– 5	974	20,0	986	22,3	958	21,3	1026	22,8
	5– 20	1964	40,3	1992	45,0	2010	44,8	2045	45,4
	20– 100	577	11,8	605	13,7	605	13,5	562	12,5
	über 100	1	0,0	–		2	0,0	1	0,0
	gesamt	4874		4424		4492		4500	
BA Griesbach	unter 2	1527	34,7	1328	31,2	1376	31,5	1077	26,4
	2– 5	949	21,6	1028	24,1	1096	25,1	1135	27,8
	5– 20	1251	28,5	1232	28,9	1267	29,0	1318	32,3
	20– 100	664	15,1	666	15,7	630	14,4	551	13,5
	über 100	3	0,1	4	0,1	2	0,0	2	0,0
	gesamt	4394		4258		4371		4083	
Altbayern	unter 2	75088	30,3	62394	26,1	60520	25,3	63761	26,0
	2– 5	57177	23,0	58870	24,6	59047	4,7	64367	26,3
	5– 20	86864	35,0	89137	37,3	92260	38,6	94309	38,5
	20– 100	28605	11,5	28324	11,8	26703	11,2	22170	9,0
	über 100	320	0,1	334	0,1	304	0,1	317	0,1
	gesamt	248054		239059		238834		244924	
Bayern	unter 2	262343	38,5	236575	35,6	241642	36,1	239919	36,0
	2– 5	165429	24,3	165408	24,9	162431	24,2	172297	25,9
	5– 20	207986	30,5	216999	32,7	224640	33,5	220849	33,1
	20– 100	45169	6,6	44182	6,7	40663	6,1	32670	4,9
	über 100	594	0,1	612	0,1	535	0,1	550	0,1
	gesamt	681521		663785		669911		666285	

<sup>16</sup> Errechnet aus BStB 81, II; 113, II.

Tab.22: Verhältnis der forstwirtschaftlich zur landwirtschaftlich genutzten Fläche der Landwirtschaftsbetriebe:<sup>17</sup>

	1907	1925
Stadt Rosenheim	1 : 5,24	1 : 4,01
BA Aibling	1 : 2,85	1 : 2,66
BA Rosenheim	1 : 1,73	1 : 1,59
BA Wasserburg	1 : 3,46	1 : 3,36
BA Griesbach	1 : 6,25	1 : 5,01
Altbayern	1 : 2,74	1 : 1,84
Bayern	1 : 3,32	1 : 1,80

Bezieht man rein forstwirtschaftliche Betriebe in die Berechnungen ein und setzt das Ergebnis in Relation zur Gesamtfläche der Verwaltungseinheiten, so ergibt sich für die Stadt Rosenheim eine zunächst paradox anmutende Situation: 1925 standen 1 147,2 ha Gesamtfläche 2 829,9 ha land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber. Verantwortlich dafür waren Besitzungen und Zupachtungen über die Stadtgrenzen hinaus, wovon die Forstbetriebe der Stadt mit 2 038,5 ha den Löwenanteil beanspruchten. Für die Bezirksämter, bei denen Besitzungen jenseits der Verwaltungsgrenzen nicht auszuscheiden waren, aber nur einen geringen Unsicherheitsfaktor darstellen, ergab sich folgendes Bild:

Tab. 23: Von der Gesamtfläche wurden 1925 genutzt (in %):<sup>18</sup>

	Landwirtschaft	Forstwirtschaft
BA Aibling	56,4	21,2
BA Rosenheim	43,3	27,3
BA Wasserburg	64,6	19,2
BA Griesbach	72,5	14,5
Altbayern	52,8	28,6
Bayern	51,9	28,8

Die auffallend großen Restflächen in den Bezirksämtern Rosenheim und Aibling resultierten aus Gebirgszonen, die auch für die Forstwirtschaft nicht mehr nutzbar waren, den Seeflächen und vor allem den ausgedehnten Moorgebieten des Alpenvorlands, die trotz reger Meliorierungsmaßnahmen im 19. Jahrhundert nur in Randzonen der Landwirtschaft hatten zugeführt werden können<sup>19</sup>.

Die Waldungen waren zu einem weit höheren Maß in Privatbesitz als im Landesdurchschnitt. Umfangreiche Staatsforste fanden sich nur im Bezirk Wasserburg (Rotter Forst), Gemeinde- und Stiftungswälder traten lediglich bei den flächenmäßig geringen Beständen im unteren Rottal in Erscheinung:

<sup>17</sup> Errechnet aus StDR 412, I; BStB 81, IV u. \*103 ff.

<sup>18</sup> Errechnet aus StDR 412, I; BStB 110, A u. B, I.

<sup>19</sup> Vgl. Landwirtschaft Oberbayern, Kartenbeilage „Cultur-Unternehmungen“.

Tab. 24: Besitzstand der Waldflächen 1927 (in %):<sup>20</sup>

	Staat	Privat	sonstige
Stadt Rosenheim	27,0	73,0	–
BA Aibling	13,5	85,2	1,3
BA Rosenheim	11,9	86,4	1,7
BA Wasserburg	22,1	75,5	2,3
BA Griesbach	15,4	77,7	6,8
Altbayern	32,4	62,7	4,9
Bayern	33,7	49,6	16,7

Auf die Frage, wo nun unter Berücksichtigung der genannten Faktoren die Landwirtschaft am lukrativsten war, gibt die Einheitswertschätzung des Deutschen Reichs Aufschluß. Nach der Bewertung des Jahres 1925 ergaben sich folgende hypothetische Erträge (Einheitswert = „das Achtehnfache der künftig mutmaßlich auf die Dauer erzielbaren Jahresreinerträge“<sup>21</sup>):

Tab. 25: Durchschnittliche Einheitswerte der landwirtschaftlichen Betriebe in RM pro ha (1925):<sup>22</sup>

Finanzamtsbezirk	RM
Rosenheim	631,57
Bad Aibling	748,55
Wasserburg	1039,17
Griesbach	1220,89
Landesfinanzamtsbez. München	1032,72
Bayern	943,–

Überdurchschnittliche Einkünfte hatten somit nur die Landwirte Wasserburgs und Griesbachs zu erwarten. Im selben Jahr entfielen auf einen Bezieher land- und forstwirtschaftlicher Einnahmen in den Finanzamtsbezirken folgende von der Einkommensteuer erfaßte Einkünfte:

Tab. 26: Erfaßte Durchschnittseinkünfte der Einkommensteuerpflichtigen mit Bezügen aus Land- und Forstwirtschaft 1925 (in RM):<sup>23</sup>

Finanzamtsbezirk	RM
Rosenheim	1137,30
Bad Aibling	1214,40
Wasserburg	1425,40
Griesbach	1213,00
Landesfinanzamtsbez. München	1402,90
Deutsches Reich	1389,60

<sup>20</sup> Errechnet aus BStB 115, Tab. IV.

<sup>21</sup> EStDR 12, 8.

<sup>22</sup> Ebd., 9 u. 16 f.

<sup>23</sup> EStDR 7, Tab. III.

Damit waren die landwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen der Einkommensteuerepflichtigen im Bezirksamt Wasserburg im Untersuchungsgebiet mit Abstand am höchsten, lagen aber dennoch nur unwesentlich über den überregionalen Werten, während Griesbach trotz besserer Rahmenbedingungen aufgrund geringerer Betriebsgrößen auf den Stand Aiblings zurückfiel. Als Schlußlicht präsentierte sich das Rosenheimer Land, dessen Berg- und Voralpenwirtschaft selbst bei angepaßten Hofgrößen keine lukrative Landwirtschaft gestattete.

*cc) Der Ackerbau:*

Bodennutzung durch Ackerbau erreichte in keinem der untersuchten Bezirksamter mit Ausnahme der genannten Bereiche nördlich Wasserburgs substantielle Bedeutung<sup>24</sup>. Mit zunehmender Gebirgsnähe verschlechterten sich die klimatischen wie geologischen Bedingungen, so daß der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein deutliches Nord-Süd-Gefälle aufwies:

Tab. 27: Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in %):<sup>25</sup>

	1907	1925
Stadt Rosenheim	21,5	21,5
BA Aibling	37,7	29,6
BA Rosenheim	44,2	38,9
BA Wasserburg	59,7	55,8
BA Griesbach	68,7	63,1
Altbayern	63,1	60,4
Bayern	65,7	62,7

Beim Ackerbau stand die Selbstversorgung des bäuerlichen Betriebs im Vordergrund. Das angebaute Brotgetreide wurde für den Eigenbedarf vermahlen, die übrigen Getreidesorten und Futterpflanzen dienten der Stallfütterung, nur die schwankenden Überschüsse, die vom jeweiligen Ernteergebnis abhingen, gingen in den Verkauf. Das traf auch für die Landwirtschaft des Bezirksamts Griesbach zu, die mit Abstand den flächendeckendsten Ackerbau betrieb, der jedoch nicht zuletzt dazu diente, den hohen Futtermittelbedarf der intensiv ausgeübten Viehzucht zu decken. Hier galt die Faustregel: „Getreidebau deckt den Eigenbedarf für Haus und Stall; Schweine, Milcherzeugnisse, Geflügel und ein bißchen Getreideverkauf deckt die laufenden Ausgaben, Verkauf von Großvieh bringt den Reinertrag.“<sup>26</sup>

Typisch für diese Eigenbedarfswirtschaft im verbesserten Drei- bzw. Sechsfeldersystem war die Aufteilung der Ackerflächen in gut ein Drittel Brotgetreide, ein Drittel bis zwei Fünftel Gerste und Hafer und ein Fünftel Kartoffeln und

<sup>24</sup> Umfassend zur landwirtschaftlichen Nutzung des Untersuchungsgebiets: Huber, Studien II; Vgl. Schmitt, Inn-Chiemsee-Vorland, 91 ff.; Sandberger, Landwirtschaft, 442 ff.; Alzheimer, Rottgau, 25 ff.

<sup>25</sup> Errechnet aus BStB 81, II u. IV; 113, III.

<sup>26</sup> Der Pfarrkirchner Ökonomierat Ruhwandl in: Alzheimer, Rottgau, 92.

Futterpflanzen; der Rest war anderweitig genutzt oder Brachland. Seit der Vorkriegszeit war es zwar zu Verschiebungen innerhalb der einzelnen Abteilungen, etwa ausgedehnterem Kartoffelanbau, gekommen, doch berührten sie oder vermehrter Kunstdüngereinsatz die Grundstruktur nicht:

Tab. 28: Nutzung der Anbauflächen:<sup>27</sup>

Vom Ackerland waren bestellt mit ... (in%):

	Weizen	Roggen	Brotgetreide insges.	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Futterpflanzen	Brache/ sonst.
Stadt Rosenheim 1907:	–	–	42,3	0,8	43,1	4,1	5,7	4,0
1925:	14,8	27,7	42,9	9,6	31,8	5,5	5,6	4,6
BA Aibling 1907:	–	–	30,2	5,0	33,3	4,0	18,1	9,4
1925:	17,3	15,3	36,0	9,4	29,1	7,1	13,3	5,1
BA Rosenheim 1907:	–	–	35,2	7,0	30,6	2,9	20,4	3,9
1925:	17,1	17,6	35,7	8,6	26,8	3,6	17,6	7,7
BA Wasserburg 1907:	–	–	34,1	10,0	25,4	5,3	14,0	11,2
1925:	12,0	17,8	34,5	8,9	25,7	5,5	16,6	8,8
BA Griesbach 1907:	–	–	36,6	22,2	11,5	7,2	13,7	8,8
1925:	16,7	17,2	34,4	18,4	14,1	9,0	15,4	8,7
Altbayern 1907:	–	–	34,4	11,0	20,3	9,3	11,5	13,5
1925:	13,4	19,6	33,7	11,3	19,0	10,6	13,4	12,0
Bayern 1907:	–	–	32,0	12,0	17,2	11,8	12,9	14,1
1925:	12,1	18,0	31,5	13,3	15,9	12,6	13,6	13,1

Eine besondere Stellung nahm neben den erwähnten Produkten im Rosenheimer Gebiet der Flachsbau ein. Das Bezirksamt war eines der wichtigsten bayerischen Anbaugelände dieses Leinengrundstoffs, doch verdrängten industriell hergestellte Textilien auf Basis anderer Rohstoffe zunehmend die bodenständige Flachsverwertung<sup>28</sup>.

Ließ sich noch im frühen 19. Jahrhundert eine Tendenz zum Ausbau der Ackerflächen im Inn-Chiemseegebiet erkennen, so verkehrte sich diese Entwicklung schon vor der Jahrhundertwende ins Gegenteil. Die Zollpolitik Caprivi's, die ab 1890 zu einem Verfall der Getreidepreise führte, aber auch geänderte Konsumgewohnheiten der Verbraucher, die sich von Roggen- zu Weizenerzeugnissen umorientierten, leiteten die Abkehr von der kleinräumigen Ackerwirtschaft auf den ohnehin ungünstigen Böden ein. Eine forcierte Umstellung auf Grünland-, Vieh- und Veredelungswirtschaft bahnte sich an<sup>29</sup>.

#### dd) Viehzucht und Milchwirtschaft:

Vor allem Bauern auf Land mit geringer Bonität vollzogen frühzeitig den Schritt zur Grünland- und Veredelungswirtschaft<sup>30</sup>. Wiesen und Weiden über-

<sup>27</sup> Errechnet aus BStB 81, IV; 113, III.

<sup>28</sup> Malaise', Landwirtschaft, 42.

<sup>29</sup> Schmitt, Inn-Chiemsee-Vorland, 93 ff.

<sup>30</sup> Bester Überblick zur Entwicklung der bayer. Viehzucht: Schlögl, Agrargeschichte, 223 ff.; zum Raum Rosenheim/Aibling bis 1907: Huber, Studien II, 56 ff.

übertrafen in den Verwaltungsbezirken Rosenheim und Aibling bereits 1907 die Ackerflächen, wobei sich in den Jahren der Weimarer Republik weitere Verschiebungen zugunsten von Viehzucht und Milchwirtschaft abzeichneten:

Tab. 29: Verhältnis von Acker- und Gartenland zu Wiesen und guten Weiden:<sup>51</sup>

	1907	1925
Stadt Rosenheim	1 : 3,43	1 : 2,79
BA Aibling	1 : 1,54	1 : 2,06
BA Rosenheim	1 : 1,14	1 : 1,40
BA Wasserburg	1 : 0,65	1 : 0,75
BA Griesbach	1 : 0,40	1 : 0,50
Altbayern	1 : 0,55	1 : 0,62
Bayern	1 : 0,54	1 : 0,55

Ein durchgreifender Strukturwandel fand damit seine Fortsetzung, hatte doch das Verhältnis von Acker- und Gartenland zu Wiesen und Weiden nach den Ergebnissen der Montgelas'schen Landeserhebung 1811/12 im Landgericht Rosenheim noch 1 : 0,42, für Wasserburg 1 : 0,25 betragen<sup>52</sup>. Auslöser hierfür war die im Gegensatz zum unrentablen Ackerbau ab Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende günstige Preissituation für Vieh und Veredelungsprodukte. Von 1870 bis 1908 stiegen die Preise pro Pfund für Ochsenfleisch von 53 auf 85 Pfennige, für Butter von 95 Pfg. auf 1,20 M, während etwa der Weizenpreis an der Rosenheimer Schranne im selben Zeitintervall stagnierte (1870: 10,35 M, 1908: 10,84 M)<sup>53</sup>. Mit Hilfe der verbesserten Verkehrserschließung konnten gerade Milchprodukte nun auch in frischem Zustand weiträumiger verteilt werden und gestatteten Erwerbsmöglichkeiten, die bislang der Landwirtschaft fern größerer Ansiedlungen verwehrt gewesen waren<sup>54</sup>. Ein Vergleich der Viehbestandszahlen des Jahres 1925 mit den Angaben der Vorkriegszeit zeigt jedoch, daß die bayerische Landwirtschaft sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht von dem Aderlaß des Krieges und der noch in den Nachkriegsjahren andauernden Zwangswirtschaft erholt hatte (Tab. 30).

Einen durchgängig geringeren Viehbestand als in den Vorkriegsjahren wies das Bezirksamt Griesbach auf, wobei besonders Pferde- wie Schweinezahlen auffallende Einbußen erlitten hatten. Außergewöhnlich stark war das Absinken des Milchkuhanteils in den Bezirken Rosenheim und Wasserburg, während die Landwirtschaft des für einen Absatz in die Großstadt und die Industrieplätze am günstigsten gelegenen Aiblinger Bezirks die kriegsbedingten Rückschläge und staatli-

<sup>51</sup> 1907: Ackerland : Wiesen; 1925: Acker- u. Gartenland : Wiesen u. gute Weiden; Errechnet aus BStB 81, IV; 113, III. Vgl. den kontinuierlichen Anstieg der Wiesenflächen Bayerns auch auf Kosten des Ackerlands 1863ff.: BStB 81, \*105f.; Schmitt, Inn-Chiemsee-Vorland, 93ff.

<sup>52</sup> Errechnet aus: Günther, Südbayern, Tab. 61.

<sup>53</sup> Landwirthschaft Oberbayern 1885, Anhang „Durchschnitts- Preise“; Huber, Studien II, 42.

<sup>54</sup> Huber, Studien II, 42f.; Schmitt, Inn-Chiemsee-Vorland 113ff.; vgl. die Entwicklung im Chiemgau bei Ludwig, Ruhpolding, 65f.

Tab. 30: Viehstandsentwicklung:<sup>35</sup>

		Pferde	Rinder	davon: Milchkühe	Schweine	Schafe
Stadt Rosenheim	1907:	59	591	80,9%	159	3
	1925:	69	540	60,9%	91	141
	Tendenz:	+ 16,9%	- 8,6%	- 20,0%	- 42,8%	+ 4600,0%
BA Aibling	1907:	2 137	17 962	58,9%	3 551	410
	1925:	2 535	18 984	52,7%	3 127	762
	Tendenz:	+ 18,6%	+ 5,7%	- 6,2%	- 11,9%	+ 85,8%
BA Rosenheim	1907:	3 450	39 754	54,2%	2 960	2 313
	1925:	3 419	38 758	44,9%	2 590	2 978
	Tendenz:	- 0,9%	- 2,5%	- 9,3%	- 12,5%	+ 28,7%
BA Wasserburg	1907:	3 475	41 556	52,3%	6 604	3 851
	1925:	3 630	40 528	39,3%	5 555	2 270
	Tendenz:	+ 4,5%	- 2,5%	- 14,0%	- 15,9%	- 15,1%
BA Griesbach	1907:	7 834	35 349	47,5%	25 811	5 188
	1925:	7 301	32 738	43,7%	20 862	2 794
	Tendenz:	- 6,8%	- 7,4%	- 3,8%	- 19,2%	- 46,1%
Altbayern	1907:	189 567	1 740 467	-	728 679	292 131
	1925:	196 092	1 701 546	44,3%	543 263	188 715
	Tendenz:	+ 3,4%	- 2,2%	-	- 25,4%	- 35,4%
Bayern	1907:	3 395 17	3 561 139	-	1 702 256	770 345
	1925:	3 735 545	3 489 729	48,1%	1 311 470	504 261
	Tendenz:	+ 10,0%	- 2,0%	-	- 23,0%	- 34,5%

chen Eingriffe am besten überstanden hatte. Die Steigerung des Rinder-, aber besonders des wertvollen Pferdebestandes setzte hier eine gewisse Kaufkraft voraus und war als Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs einzustufen<sup>36</sup>. Allgemein zurückgegangen waren die Schweinezahlen, zu nachhaltig hatte der „Schweinemord“ von 1916 die Populationen dezimiert. Auch die Schafhaltung zeigte gerade in ehemals gut besetzten Gebieten rückläufige Tendenz. Der Verfall des Wollpreises aufgrund überseeischer Importe machte sie unrentabel. Nur am Alpenrand, wo anderweitig kaum nutzbare Bergweiden zur Verfügung standen, war die Schafzucht zur Deckung des Eigenbedarfs weiterhin von Interesse.

Die Viehstandszahl allein gibt aber nur ein unvollständiges Bild von Zusammensetzung und Wert des Bestandes. In den oberbayerischen Bezirksämtern des Untersuchungsgebietes standen Milch- und Schlachtviehproduktion im Vordergrund. Die im Bezirk Rosenheim wie im übrigen Ostoberbayern gehaltenen „Pinzgauer“-Rinder lieferten gute Milcherträge, ihre „Übertäurer-Ochsen“ waren auf dem Münchner Schlachtviehmarkt begehrt, aber auch kräftige Zugtiere<sup>37</sup>. Wurde

<sup>35</sup> Errechnet aus BStB 81, V; 113, V.

<sup>36</sup> Vgl. Bendel/Gentner, Rinder- u. Pferdezücht.

<sup>37</sup> Huber, Studien II, 64; Niklas, Rinderzücht, 42. Zu den Verschiebungen innerhalb der Rinderzüchtzonen seit 1860 s. die Karten bei Schlögl, Agrargeschichte, 240 ff.

hier die planmäßige Verbesserung des Tiermaterials nur extensiv betrieben, so bildete sie im Bezirksamt Griesbach, einem der führenden Hochzuchtgebiete Bayerns, den Schwerpunkt der viehzüchterischen Bemühungen.

Dank des hochwertigen Weidegeländes war es den Griesbacher Landwirten ohne Schwierigkeiten möglich, sich frühzeitig auf die Zucht ertragreicherer, wenn auch anspruchsvollerer Rassen zu konzentrieren. Binnen 30 Jahren, seit der Ablösung des bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts in ganz Niederbayern verbreiteten „Rückerlvihs“ durch Simmentaler Fleckvieh, das im Zuchtgebiet an der unteren Rott zielstrebig verbessert wurde, hatte sich hier das Durchschnittsgewicht der Rinder verdoppelt; Kälber erreichten jetzt das drei- bis fünffache Schlachtgewicht. Gute Erträge brachte der Verkauf der hochwertigen Zuchtbullen, die auf dem zweimal jährlich in der 1907/08 erbauten Pockinger Viehhalle stattfindenden Zuchtviehmarkt Käufer aus ganz Bayern und Österreich fanden<sup>38</sup>.

Über die Grenzen hinaus bekannt war jedoch vor allem die Rottaler Pferdezucht. Die hohe Pferdedichte im Bezirksamt Griesbach läßt erkennen, daß hier nicht allein wie in den anderen untersuchten Verwaltungsbezirken Pferde primär als Zugtiere gehalten, sondern speziell zum Weiterverkauf gezüchtet wurden. Neben wirtschaftlichen Überlegungen war die Pferdehaltung in Altbayern jedoch letztlich auch eine Prestigeangelegenheit. Der Besitz von Pferden galt wegen der hohen Kapitalbindung und den damit verbundenen Risiken als Stolz des Bauern, der auf die „Ochsenbauern“ als „Häusler“ herabsah<sup>39</sup>.

Tab. 31: Viehbestand pro Betrieb mit Großviehhaltung 1925 (in Stück):<sup>40</sup>

	Anteil Großvieh haltender Betriebe	Pferde	Rinder	davon: Milch- kühe
Stadt Rosenheim	75,4 %	0,7	5,5	3,4
BA Aibling	89,0 %	1,4	10,2	5,4
BA Rosenheim	91,8 %	0,8	9,5	4,3
BA Wasserburg	95,9 %	0,9	9,7	3,8
BA Griesbach	91,1 %	1,9	8,6	3,7
Altbayern	91,4 %	0,9	8,0	3,5
Bayern	81,9 %	0,7	6,9	3,3

Wie bei der Rinderzucht lag das Zentrum der Rottaler Pferdezucht am unteren Flußlauf, im Bezirksamt Griesbach. Von hier stammte das „Rottaler Kutschpferd“, wohl das beste bayerische Warmblut<sup>41</sup>. Im hügeligen östlichen Teil des Griesbacher Bezirks blieb jedoch die Mehrzahl der Landwirte bei der alteingesessenen Zucht schwerer, als bäuerliche Arbeitstiere geeigneter Kaltblüter<sup>42</sup>.

Als Züchter betätigten sich in erster Linie die finanzkräftigen Rottaler Großbauern. Bei den Betrieben über 20 ha standen im Bezirksamt Griesbach durchschnittlich mehr als acht Rösser im Stall, während nur jeder neunte Hof unter

<sup>38</sup> Herold, Viehzucht, 540ff.; Alzheimer, Rottgau, 53ff. Zu den Pockinger Zuchtviehmärkten: StALa Griesbach 6203.

<sup>39</sup> Huber, Studien II, 70.

<sup>40</sup> Errechnet aus BSStB 113, V.

<sup>41</sup> Dürschinger, Rottaler Kutschpferd, 543; Alzheimer, Rottgau, 48ff.

<sup>42</sup> Bierling, Kaltblutzucht, 544f.

5 ha Nutzfläche überhaupt im Besitz eines Pferdes war. Weit weniger kraß waren die Gegensätze in den oberbayerischen Gebieten, wo zwar Kleinbauern mit Pferden ebenfalls die Ausnahme darstellten, aber die dominierenden Mittelbauern nur in den Bezirksamtern Aibling und Rosenheim im Durchschnitt mindestens ein Pferd besaßen und auch die großbäuerlichen Betriebe einen Schnitt von vier Tieren nicht überstiegen. Im Bezirk Wasserburg hielten nur vier von fünf Bauern mit mittleren Hofgrößen Pferde; als Zugtiere dienten hier die billigeren Ochsen<sup>43</sup>.

Mit 20 862 Tieren, 5,2 je Nutztier haltendem Betrieb, war Griesbach daneben bedeutendster Schweinezuchtbezirk Niederbayerns<sup>44</sup>. Im Gegensatz zu den Nachbarbezirken am oberen Flußlauf, Eggenfelden und Pfarrkirchen, widmeten sich hier auch Großbauern der Schweinezucht und -mast. Hauptsächlich wurden Mastferkel für den Bayerischen Wald und den Passauer Raum produziert<sup>45</sup>.

Im oberbayerischen Teil des Untersuchungsgebiets, besonders in den im Bergbauernland am unmittelbaren Alpenrand, boten hochgelegene Weidegebiete gute Voraussetzungen zur Weichkäseproduktion, zudem eröffnete die verkehrsgünstige Nähe Münchens die Möglichkeit, an der dezentralisierten Frischmilchversorgung der Großstadt zu partizipieren<sup>46</sup>. Private und genossenschaftliche Milchsammelstellen und Molkereien mit Zentralen in den Bezirksmittelpunkten Bad Aibling, Rosenheim und Wasserburg sorgten für eine geregelte Verwertung und Verteilung der Milchmengen.

Milchwirtschaftlich geradezu rückständig präsentierte sich dagegen das Bezirksamt Griesbach: Noch nach dem Ersten Weltkrieg gehörte es, abgeschnitten von den großen Verkehrslinien und fern größerer Städte, zur niederbayerischen „Bauernbutterzone“, welche die „milchwirtschaftlich am wenigsten entwickelte Stufe“ (Pirner)<sup>47</sup> darstellte. Erst gegen Ende der zwanziger Jahre, als die im bäuerlichen Haushalt hergestellte Butter den gestiegenen Qualitätsansprüchen der städtischen Verbraucher nicht mehr genügen konnte und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Griesbacher Bauern zwang, ihren Milchüberschuß gewinnbringender zu verwerten, wurde mit der Gründung des Butterwerks Asbach (1929) der erste Schritt zu einer marktgerechten Milchwirtschaft vollzogen<sup>48</sup>.

#### *ee) Der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft:*

Hinweise auf Fortschrittlichkeit und Effektivität der regionalen Landbewirtschaftung, aber auch auf die Aufgeschlossenheit und Anpassungsfähigkeit der Bauern gegenüber neuen, rationelleren Arbeitsmethoden bringt der Vergleich des Mechanisierungsgrades der bäuerlichen Betriebe, wobei stets die örtlichen Nutzungsschwerpunkte zu berücksichtigen sind. Motorpflüge und leistungsstarke Dreschmaschinen waren beispielsweise nur in Gebieten mit großflächigem Ackerbau sinnvoll einzusetzen, elektrische Zentrifugen in Gegenden mit

<sup>43</sup> Errechnet aus BStB 113, V.

<sup>44</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>45</sup> Alzheimer, Rottgau, 48 u. 91.

<sup>46</sup> Das Münchner Milcheinzugsgebiet s. BStB 78, Kartenbeilage.

<sup>47</sup> Pirner, Milchwirtschaft, 22; vgl. Steinbeisser, Wirtschaftl. Entwicklung, 138f.

<sup>48</sup> Zum Butterwerk Asbach: Milchwirtschaftl. Beilage z. Bayer. Genossenschaftsblatt 20/1931, 78f.

geregelter Milchabnahme durch Molkereien ohne Wert. Gerade vor diesem Hintergrund überrascht jedoch das Ergebnis der Betriebszählung:

Tab. 32: Betriebe mit Nutzung von Arbeitsmaschinen (1925):<sup>49</sup>

Stadt Rosenheim	23,9 ‰
BA Aibling	60,9 ‰
BA Rosenheim	62,7 ‰
BA Wasserburg	59,7 ‰
BA Griesbach	54,4 ‰
Altbayern	57,5 ‰
Bayern	51,9 ‰

Gegenläufig zur Zunahme der durch Ackerbau genutzten Bezirksfläche nahm also in den nördlichen Bereichen der Einsatz moderner Technik ab, obwohl es sich bei der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Maschinen um Vorrichtungen handelte, die den Ackerbau erleichterten. Von einigen besonders signifikanten Maschinengruppen trafen auf 100 Höfe:

Tab. 33: Maschinenbestand 1925:<sup>50</sup>

	Dreschmaschinen mit Kraftantrieb	Zentrifugen	Elektromotoren	Gas- u. Ölmotoren
Stadt Rosenheim	15,3	10,7	15,9	0,6
BA Aibling	43,7	48,7	54,5	1,3
BA Rosenheim	36,9	53,0	47,8	1,2
BA Wasserburg	32,3	38,4	41,2	5,3
BA Griesbach	10,8	37,7	26,9	5,5
Altbayern	31,4	32,3	37,7	5,0
Bayern	25,4	29,4	25,4	2,5

Ausschlaggebend für den vergleichsweise niedrigen Mechanisierungsstand in den nördlichen der untersuchten Bezirke war die erst langsam vorankommende Elektrifizierung, da die Anbindung ans Stromnetz in den Streusiedlungsgebieten nur unter hohem Aufwand zu realisieren war. Die mit sinkenden Elektromotorzahlen steigende Nutzung von Verbrennungsenergie konnte das entstandene Modernisierungsdefizit nicht auffangen. Dabei fehlte es im maschinell vergleichsweise unterversorgten Bezirksamt Griesbach keineswegs an der Finanzkraft oder am Willen zu Innovationen, doch verlagerte sich hier das Interesse auf eine besonders prestigeträchtige Neuerung: 13 Traktoren und vier Lastkraftwagen kündeten 1925 bereits von einer neuen Epoche in der landwirtschaftlichen Mechanisierung, während die Zugochsen und Pferde des Wasserburger Landes die Konkurrenz der neuen Technik, repräsentiert durch einen Kraftschlepper auf 4500 Höfe, noch nicht zu fürchten brauchten:

<sup>49</sup> Errechnet aus BStB 113, II u. VI a).

<sup>50</sup> Errechnet aus BStB 113, II; VI a) u. b).

Tab. 34: Zug- und Transportmaschinen in der Landwirtschaft (1925):<sup>51</sup>

	Traktoren	Lastkraftwagen
Stadt Rosenheim	–	–
BA Aibling	7	2
BA Rosenheim	5	1
BA Wasserburg	1	–
BA Griesbach	13	4

*ff) Die landwirtschaftliche Bevölkerung:*

Trotz erster Schritte zur Maschinennutzung seit Ende des 19. Jahrhunderts bestimmte in der Zeit der Weimarer Republik immer noch die menschliche Arbeitsleistung das bäuerliche Wirtschaften. Die Mehrzahl der klein- bis mittelbäuerlichen Betriebe des Untersuchungsgebiets beschäftigte drei bis fünf und mehr Personen, größere Betriebseinheiten erforderten in der Regel über sechs Arbeitskräfte<sup>52</sup>. Diese setzten sich aus dem Betriebsleiter, der im überkommenen bayerischen Eigenwirtschaftssystem fast durchweg Eigentümer des Hofes war, mithelfenden Familienangehörigen sowie Dienstboten und Saisonarbeitern zusammen, wobei der bäuerliche Familienverband die Hauptlast der Arbeit trug. Nur ein Viertel bis ein knappes Drittel aller Beschäftigten im oberbayerischen Teil des Untersuchungsraumes, die kleinflächige, vom Gartenbau bestimmte Landwirtschaft im Rosenheimer Stadtgebiet ausgenommen, waren familienfremde Arbeitnehmer. Dagegen arbeiteten im Bezirksamt Griesbach neben dem Eigentümer mehr Dienstboten als Familienangehörige:

Tab. 35: Die hauptberuflich in der Landwirtschaft Erwerbstätigen setzten sich 1925 zusammen aus (in %):<sup>53</sup>

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter	davon: Knechte	mithelfende Familien- angehörige
Stadt Rosenheim	19,9	3,0	51,7	71,7	25,3
BA Aibling	21,9	0,7	29,5	56,8	47,8
BA Rosenheim	22,4	1,5	31,0	51,0	45,2
BA Wasserburg	24,2	0,3	26,6	52,4	48,9
BA Griesbach	23,7	0,3	38,4	51,5	37,5
Altbayern	24,3	0,8	25,9	53,2	49,1
Bayern	25,6	0,7	19,5	53,9	54,3

Einen Anhaltspunkt für die Zahl der Nebenerwerbslandwirte, also der Bauern, die neben ihrem Hauptberuf selbständig einen Hof bewirtschafteten, bietet der Vergleich der Berufsstatistik mit den Ergebnissen der landwirtschaftlichen

<sup>51</sup> BStB 113, VI b).

<sup>52</sup> BStB 113, IV.

<sup>53</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 28 u. 29.

Betriebszählung 1925, die in ihrer Fragestellung nach der Gesamtzahl aller in der Landwirtschaft Beschäftigten auch diesen Personenkreis erfaßte:

Tab. 36: Nebenerwerbslandwirte (Differenz der Summe aller selbständigen und der Zahl der hauptberuflich selbständigen Bauern 1925):<sup>54</sup>

Stadt Rosenheim	42,9 %
BA Aibling	*
BA Rosenheim	14,4 %
BA Wasserburg	8,6 %
BA Griesbach	10,3 %
Altbayern	14,2 %
Bayern	22,6 %

\* nicht ermittelbar

Stellen diese Zahlen auch wegen der im einzelnen nicht absoluten Zuverlässigkeit der Berufsstatistik aufgrund von Mehrfachzählungen kaum mehr als einen groben Anhaltswert dar – für das Bezirksamt Aibling konnte kein Prozentsatz errechnet werden, da die Reichsberufsstatistik infolge definitorischer Inkongruenz oder fehlerhafter Zählung mehr hauptberuflich selbständige Landwirte auführt, als in der bayerischen Betriebszählung insgesamt im Bezirk ermittelt wurden – so läßt sich doch abschätzen, daß in den untersuchten Bezirksamtern rund ein Zehntel der Bauern ihre Höfe als Zuerwerb bewirtschaftete, wobei die Zahl der Nebenerwerbslandwirte vor allem im Bezirksamt Wasserburg, aber auch an der unteren Rott deutlich den altbayerischen Mittelwert unterschritt<sup>55</sup>. Ungleich höher war ihr Anteil bei dem ohnehin kleinen Stamm der Landwirte von Rosenheim-Stadt, wo das Gros der Kleinstbetriebe (62,5 % unter 2ha Nutzfläche)<sup>56</sup> dieser Kategorie zuzurechnen war, und auch im Bezirksamt Rosenheim begünstigte die Nähe der Industriestandorte die Möglichkeit, den ererbten Betrieb trotz anderweitiger Berufstätigkeit weiterzubewirtschaften.

Landwirtschaftliche Arbeit war 1925 in weit höherem Maße als im gewerblichen Sektor üblich Frauenarbeit<sup>57</sup>. Nach den Ergebnissen der Betriebszählung waren 50,8 % aller in der bayerischen Landwirtschaft Beschäftigten weiblichen Geschlechts, während nur 28,5 % der gewerblichen Arbeitsplätze an Frauen vergeben waren<sup>58</sup>. Zwischen 61,2 % (BA Griesbach) und 67,4 % (BA Aibling) der „mithelfenden Familienangehörigen“ stellten Ehefrauen, Töchter und Schwestern des Hofinhabers dar<sup>59</sup>. Bei den fest angestellten Dienstboten fanden sich dagegen im Untersuchungsgebiet wie in ganz Bayern mehr Knechte als Mägde<sup>60</sup>.

<sup>54</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 29; BStB 113, IV.

<sup>55</sup> Ein höherer Wert für Bayern errechnet sich auf Basis der wohl etwas weit gefaßten Berufsstatistik 1925, StDR 405, H. 28: Nebenerwerbslandwirte 29,4 %, Landwirte mit nachgeordnetem Nebenberuf 14,0 % aller selbständigen Bauern. Zur unterschiedlichen Fragestellung der Erhebungen: BStB 113, \* 80.

<sup>56</sup> Vgl. o. S. 27, Tab. 21.

<sup>57</sup> Zur Rolle der Frauenarbeit in der bayerischen Landwirtschaft (1913) s. Kempf, Frau, 50 ff.

<sup>58</sup> BStB 113, \*80.

<sup>59</sup> Errechnet aus StatDR 405, H. 29.

<sup>60</sup> Vgl. o. S. 37, Tab. 34.

Aushilfs-, Saison- und Erntearbeiter spielten lediglich in der Stadt Rosenheim (18,9 % der fremden Arbeitskräfte) und im Bezirksamt Griesbach (6,4 %) eine größere Rolle, während nur 1,4 % der Wasserburger, 2,5 % der Aiblinger und 2,8 % der im Rosenheimer Bezirk im Laufe des Jahres 1925 tätigen landwirtschaftlichen Arbeiter aushilfsweise engagiert waren<sup>61</sup>.

### *b) Industrie und Handwerk*

Erste Ansätze zu einer großgewerblichen Entwicklung brachte die Metallverarbeitung ins bayerische Oberland. Auf tiroler Initiative ging die Gründung eines Eisenschmelz- und Hammerwerks in Kiefersfelden zurück, das nach langwierigen Verhandlungen endlich Ende des 17. Jahrhunderts mit 200 Arbeitern aus dem Zillertal den Betrieb aufnehmen konnte<sup>62</sup>. In Mühlbach, ebenfalls im Kiefersfeldener Gemeindebereich, fanden sich zu dieser Zeit bereits einige kleinere Eisenhämmer, deren Entstehung ins 15./16. Jahrhundert zurückreichte und die sich im Laufe der Zeit zunehmend auf die Fabrikation von Sensen spezialisierten<sup>63</sup>.

Der Metallverarbeitung diente auch die erste größere Gewerbeansiedlung im Markt Rosenheim, ein Kupferhammer. Er wurde 1717 durch ein im Sinne des Merkantilismus staatlich privilegiertes und gefördertes Messinghammerwerk ausgebaut, das 1811/12 mit 31 Arbeitern eine Jahresproduktion im Wert von 80000 fl. erreichte. Der Großteil der Erzeugung dieses in seiner Art einzigen Betriebes Altbayerns ging in den Export (50000 fl.). Eine Drahtzieherei rundete das Bild Rosenheims als ländliches Zentrum der Metallverarbeitung ab. Auch in der Stadt Wasserburg fanden sich ähnliche Unternehmungen, die aber nur für den lokalen Bedarf produzierten<sup>64</sup>, während ehemals überregional bedeutende Hammerwerke in Hohenaschau mit dem Niedergang des Chiemgauer Eisenerzbergbaus um Siegsdorf und Bergen an Bedeutung verloren<sup>65</sup>.

Nur von kurzzeitiger Bedeutung war auch die Nutzung von Kohlelagerstätten im Landgericht Aibling. Ein im 19. Jahrhundert in Au begonnener Anschlußstollen an die Haushamer Pechkohlevorkommen wurde schon nach wenigen Jahren als unrentabel aufgegeben<sup>66</sup>.

Einen Meilenstein in der Entwicklung Rosenheims bedeutete der Bau der 1810 fertiggestellten Saline, die über eine Soleleitung von Reichenhall beliefert wurde. Die Standortwahl war auf den Markt gefallen, da hier die Möglichkeit einer langfristigen Versorgung mit dem reichlich benötigten Brennmaterial durch Holztriften auf der Mangfall und Ausbeutung der nahegelegenen Torfbestände gegeben war, dazu die verkehrsgünstige Lage mit billigen Transportgelegenheiten auf dem Inn die Verteilung des fertigen Produkts erleichterte<sup>67</sup>. Der frühzeitige Anschluß ans Eisenbahnnetz durch die Linie München–Rosenheim (1857), bald nach Kufstein (1858) und Salzburg (1860) weitergeführt<sup>68</sup>, und die damit ver-

<sup>61</sup> Errechnet aus BStB 113, IV.

<sup>62</sup> Moser, Kiefersfelden, 281 ff.

<sup>63</sup> Ebd., 687 ff; Einmayr, Sensenwerk, 9 ff.

<sup>64</sup> Günther, Südbayern, Tab. 84 a; vgl. Priesner, Messing, 25 ff.

<sup>65</sup> Schremmer, Gewerbe, 760.

<sup>66</sup> Bergmaier, Kohlebergwerk, 111 ff.

<sup>67</sup> Zur Saline: Freundl, Salz, 60 ff.

<sup>68</sup> Steinkohl, Rosenheim, 34.

bundene Ausbildung Rosenheims zum Verkehrsknotenpunkt und wirtschaftlichen Zentrum der Region, das nun auch als Verwaltungssitz eine Rolle übernahm, wie sie seit dem Mittelalter das als Innhafen der Münchner Herzöge politisch wie wirtschaftlich ungleich bedeutendere Wasserburg eingenommen hatte, legte den letzten Grundstein zu einer stürmischen Ausweitung von Gewerbe und Handel in und um Rosenheim. Bis zum Ersten Weltkrieg entstand ein Industriegürtel, der sich von Bruckmühl im Westen entlang der Mangfall über Kolbermoor nach Rosenheim und von hier aus innaufwärts über Redenfelden nach Kiefersfelden an der Grenze Tirols zu erstreckte.

Breit gestreut zeigten sich die Industriezweige an Mangfall und Inn Mitte der zwanziger Jahre<sup>69</sup>:

Geradezu ideale Standortverhältnisse für industrielle Neugründungen bot der Aiblinger Bezirk. Reichtum an Brennmaterialien, billig nutzbare Wasserkraft, große Ödlandflächen, die günstig erworben werden konnten, und daneben die verkehrsgünstige Lage zwischen der Landeshauptstadt und dem als Absatzmarkt beliebten Österreich sprachen für das Mangfalltal als Industriestandort. Der erste Großbetrieb, der sich hier niederließ, war die 1857 auf Anregung Justus v. Liebig's ins Leben gerufene „Aktiengesellschaft für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate“ in Heufeld, wobei die Nähe wichtiger Rohstoffe (Salz und Kalk) ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten dieses industriellen Neulands war. Produziert wurden Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, Soda, Kunstdünger und seit 1919 Bleicherde; etwa die Hälfte der erzeugten Güter ging ins südliche Nachbarland<sup>70</sup>.

In nächster Nähe ließ sich im Jahr 1904 in der im Gebiet der Gemeinde Kirchdorf am Haunpold neu entstehenden und nach der Bahnstation „Bruckmühl“ genannten Siedlung durch die Umwandlung der Heufeld-Mühle in eine Wolldecken-, Loden- und Tuchfabrik ein zweiter gewichtiger Industriebetrieb nieder. Dadurch entstand nach der Erweiterung und Konzentration bereits am Ort bestehender Holzverarbeitender Betriebe und Errichtung einer Papierfabrik, die 1914 vom Brannenburger Großindustriellen Otto v. Steinbeis übernommen und mit einer Sägemühle kombiniert wurde, ein vielschichtiger wirtschaftlicher Ballungsraum, in dem 1911 bereits 700 Arbeiter beiderlei Geschlechts beschäftigt waren<sup>71</sup>.

Einige Jahre vor der „Wolldeckenfabrik Bruckmühl“ war ein weiteres Werk aus dem Textilsektor an der Mangfall errichtet worden, das ebenfalls die vorhandenen Wasserkräfte ausnützte und zum bedeutendsten Einzelunternehmen und Arbeitgeber des Untersuchungsgebiets aufsteigen sollte. Ursprünglich am östlichen Ortsrand Aiblings geplant, aber nach massiven Interventionen der Gemeindevertreter aus Furcht vor Schädigungen des Kurbetriebs ins unwirtliche Kolbermoor zwischen Aibling und Rosenheim verlegt, wuchs ab 1860 binnen kürzester Zeit aus einer kleinen Torfstechersiedlung ein moderner Industrieort heran, dessen Einwohnerzahl 1892, also gut 30 Jahre nach der Grundsteinlegung

<sup>69</sup> Der folgende Überblick basiert auf: Eid, Aufbau, 109ff.; Ludwig, Industrie, 729ff.; ders., Industriebezirk, 482ff.; Bremicker, Industriebezirk, 19ff.; Rosenheim 100 Jahre Stadt, 65ff.

<sup>70</sup> Südkemrie-Zeitung, Sdh. „100 Jahre Werk Heufeld“; Kuhlo, Geschichte, 330; Schlögl, Agrargeschichte, 62f.

<sup>71</sup> Gebhart, Mühle, 100ff.; Stuckenberger, Existenzbedingungen, 93ff.; Aiblinger Wochenblatt 4. 7. 1929 (78).

der Baumwollspinnerei, bereits die 3000 überschritt<sup>72</sup>. Neben dem Textilbetrieb, dem einzigen seiner Art in Südostbayern und nach der Vereinigung mit drei schwäbisch-württembergischen Spinnereien zum „Kolbermoor-Konzern“ einem der größten Süddeutschlands, boten seit 1870 ein Tonwerk von Steinbeis u. Co., das 1908 mit den angeschlossenen Torfstichen 450 Betriebsangehörige beschäftigte und Zweigniederlassungen in Niederbayern unterhielt, sowie als neueste Gründung eine Elektrodenfabrik (Conradty) Arbeitsmöglichkeiten, wobei allerdings die Spinnerei mit ihren rund 1000 Arbeitern und Angestellten stets das wirtschaftliche Rückgrat der Gemeinde darstellte<sup>73</sup>.

Nachfolger des ehemaligen Rosenheimer Messinghammers war die Gießerei und Maschinenfabrik Stumbeck, 1922 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die frühzeitig auf modernen Maschinenbau umgesattelt hatte, so etwa 1883 für den Steinbeis-Konzern die erste praktisch ausgeführte elektrische Lokomotive Deutschlands konstruierte und in weiterer Zusammenarbeit mit dem Brannenburg-Industriellen Holzbearbeitungsmaschinen, aber auch Krane und Eisenkonstruktionen lieferte. Mit Motordraisinen und ähnlichen Geräten wies die ebenfalls „am Hammer“ gelegene Maschinenfabrik Beilhack eine vergleichbare Produktpalette auf. Eine Landmaschinenfabrik (Konrad) und ein weiteres Eisenwerk, das sich auf den Bau von Schiebetoren für Flugzeug- und Industriehallen spezialisiert hatte (Wolf), sowie eine nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Blitzableiter- und Röhrenfabrik (Kathrein) vervollständigten das metallverarbeitende bzw. elektrotechnische Gewerbe.

Die Verarbeitung des heimischen Holzes, am Alpenrand in zahllosen kleinen Sägewerken betrieben, war auch in der Stadt Rosenheim ein wichtiger Wirtschaftsfaktor<sup>74</sup>. Steinbeis u. Co. unterhielten an der „Obermühle“ ein Fenster-, Türen- und Holzröhrenwerk. Auf dem Gelände der ehemaligen „Sanierungsanstalt“ am westlichen Stadtrand entstand nach einer Parkettfabrik (Süddeutsche Holzindustrie AG)<sup>75</sup> 1926 ein Säge- und Holzbearbeitungswerk (Aicher). Die „Papierfabrik Niedermayr AG“ war eine Gründung (1878) des Besitzers des „Rosenheimer Anzeigers“, der größten oberbayerischen Provinzzeitung. Sie war auf die Herstellung von Papiertüten, -säcken und Zigarettenspitzen spezialisiert und betrieb mehrere Zweigniederlassungen in Nordbayern.

Das Nahrungsmittelgewerbe repräsentierte die „Kunstmühle Rosenheim“, die sich neben Maisveredelung und Weizengrieserzeugung vor allem mit der Herstellung von Weizen- und Roggenmehl beschäftigte, wobei die jährliche Vermahlmenge bis zu 300000 Doppelzentner erreichte<sup>76</sup>. Aus mehreren mittelständischen Brauereien ragte die „Auerbrauerei“, seit 1923 Aktiengesellschaft, hervor, die ihren Bierausstoß durch kontinuierlichen Aufkauf kleiner Landbrauereien, allein sieben zwischen 1914 und 1923, auf jährlich 50–60000 hl. zu steigern vermochte<sup>77</sup>.

<sup>72</sup> Zur Firmengründung s. „Calculation für eine Baumwoll-Spinnerei“, StAM Saline Rosenheim 1348.

<sup>73</sup> Kalhammer, Entwicklung I, 97 ff.; II, 113 ff.; ders., Chronik Kolbermoor II/3 (Stadtarchiv Kolbermoor), 121; Kuhlo, Geschichte, 343; Mackh, Textilindustrie, 668 f.

<sup>74</sup> Fischer, Holzindustrie, 700.

<sup>75</sup> Kuhlo, Geschichte, 410.

<sup>76</sup> Zum Mühlengewerbe Rosenheims: Aiblinger Zeitung 6.9.1934 (204).

<sup>77</sup> Industrielle Welt, Dt. Brauereien, „Auerbräu“; Kuhlo, Geschichte, 479.

Bekanntester Zweig der Rosenheimer Industrie war jedoch die Sportartikelherstellung. Seit 1907 das erste noch handwerklich gefertigte Faltboot die Firma Klepper verlassen hatte, war es zu einem ungeheuren Aufschwung dieses Sportgeräts gekommen, der ab den zwanziger Jahren seinen Höhepunkt erreichte. 1919 begann in den Klepperwerken die Großserienfabrikation; Regenmäntel und Zelte ergänzten das Programm<sup>78</sup>. Eine Betonwarenfabrik (Bernrieder), eine Weberei (Weinberger), eine Bürstenfabrik (Pruckner AG) und, nicht zu vergessen, die mit einer jährlichen Siedeleistung von 500000 Ztr. Salz größte Saline Bayerns, die am Anfang des wirtschaftlichen Aufschwungs gestanden hatte, waren weitere Bestandteile des breitgefächerten Wirtschaftslebens der Stadt.

Im Raum Stephanskirchen-Thansau, am rechten Innhochufer in nächster Nähe Rosenheims gelegen, war ein weiteres Gewerbezentrum entstanden. Seit 1830 erzeugte hier die älteste Pulvermühle Bayerns Schwarzpulver. Nach kurzer Hochkonjunktur in den Kriegsjahren wurde sie von den Beschränkungen des Versailler Vertrags stark in Mitleidenschaft gezogen und 1923 von der Münchener „Monachitwerke AG“ aufgekauft<sup>79</sup>. Der Pulverfabrik zunächst angeschlossen waren die „Chemischen Werke Thansau“, die 1914/15 zur Kriegsproduktion von Granatensprengstoff gegründet<sup>80</sup>, 1918 von den „Bayerischen Sprengstoffwerken Nürnberg“ übernommen und 1922 in eine eigene Aktiengesellschaft überführt worden waren und seither glücklos mit mehrfachen Produktionsumstellungen versuchten, die freien Kapazitäten aufgrund fehlender Rüstungsaufträge auszufüllen. Der nahe Ziegelberg über dem Inn war schließlich Sitz der 1886 gegründeten „Industriewerke Hamberger“, die sich neben Ziegelei und Blumentopffabrikation der Holzverarbeitung widmeten. Täglich konnten 500000 Schachteln Zündhölzer das Werk verlassen; darüberhinaus erreichte die Firma mit Artikeln des Sanitärbereichs beachtliche Exportergebnisse.

In Redenfelden, Gemeinde Kirchdorf am Inn, wurde 1907 mit dem Bau einer Zellstoff- und Papierfabrik begonnen. Ähnlich wie bei der Gründung der Spinnerei Kolbermoor hatte sich das Unternehmen zunächst um einen Standort im Zentralort, in diesem Fall in Rosenheim, bemüht, war aber im Magistrat auf Widerstand gestoßen, der sich nicht zuletzt auf die Furcht vor einer zu komplexen Industrieballung und weiterer Arbeiterkonzentration mit ihren Auswirkungen auf das politische Leben gründete<sup>81</sup>. So entstand etwa 10 Kilometer südlich der Stadt eine weitläufige Anlage, deren Mittelpunkt das 40 Meter hohe Kochereigebäude mit dem zum Zeitpunkt der Aufstellung größten Zellstoffkocher der Welt bildete. Durch den Arbeiterzustrom stieg die Bevölkerung Kirchdorfs sprunghaft von 648 (1907) auf 1702 (1925) an<sup>82</sup>. Neben den Neuzugezogenen fanden auch viele Nebenerwerbslandwirte Arbeit, deren Kleinanwesen am Rande der Moorgebiete am Eingang des Inn­tals nicht als alleinige Existenzgrundlage ausreichten.

In diesen „Filzen“ zwischen Pang, Raubling, Großholzhausen und Feilnbach war ab 1876 ein regelrecht industrieller Torfabbau aufgenommen worden mit dem Ziel, damit den enormen Energiebedarf der neuerrichteten Eisenbahnlinien

<sup>78</sup> Meyer, Faltbootindustrie, 246 f.

<sup>79</sup> Neuss, Bayer. chem. Industrie, 630 ff.

<sup>80</sup> Vgl. StAM LRA 110 530.

<sup>81</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 29./30. 8. 1930 (198).

<sup>82</sup> BStB 68, I; 110, A 1.

zu decken. Neben dem unter der Oberaufsicht der Bayerischen Staatsbahndirektion von Subunternehmer Joseph Nickl geleiteten Torfwerk „Kollerfilze“ bildete sich eine Barackensiedlung, die als Ortschaft „Nicklheim“ 1907 Teil der Gemeinde Großholzhausen wurde, während ein zweiter industrieller Torfstich („Hochrunstfilze“) zum Gemeindebereich Pang zählte. Da mit steigender Leistungsfähigkeit der Lokomotiven auch die Ansprüche an die Güte des Heizmaterials stiegen und somit Kohle die Torfbefuerung ablöste, belieferte die „Königliche Torfgewinnungsanstalt Raubling“ ab der Jahrhundertwende die Rosenheimer Saline, die bislang ihren Energiebedarf aus den inzwischen abgetorften Beständen von Kolbermoor und Großkarolinenfeld bei Bad Aibling gedeckt hatte<sup>83</sup>. 1919 erfolgte der Zusammenschluß der süddeutschen Torfwerke der Staatsforst- und Salinenverwaltung unter Beteiligung der Bayerischen Staatsbank zu den „Bayerischen Landestorfwerken“, denen neben den genannten Stichen auch Betriebe bei Bernau am Chiemsee angehörten. Eine noch nähere Bindung an die Saline Rosenheim brachte 1925 die Herauslösung aus dem Verband und die Eingliederung in die staatliche „Bayerische Berg-, Hütten- und Salz AG“<sup>84</sup>.

Wenige Kilometer innaufwärts befand sich in Brannenburg seit dem Erwerb des dortigen Schloßguts die Zentralverwaltung des Steinbeis-Imperiums. Die Firma, deren Haupteinkunftsquelle, die holzwirtschaftliche Verwertung riesiger Waldgebiete in Bosnien, im Ersten Weltkrieg verloren gegangen war, betrieb hier neben den bereits genannten Werken in Bruckmühl, Kolbermoor und Rosenheim eine Möbelschreinerei nebst Imprägnieranlagen für Eisenbahnschwellen und Telegrafmasten, wobei sie auf Holz ihres umfangreichen Bergwaldbesitzes im Inntal zurückgreifen konnte. Krönung des Lebenswerks des Firmengründers Otto v. Steinbeis, eines der rühmlichsten bayerischen Industriellen des ausgehenden 19. Jahrhunderts, war 1910/12 der Bau der ersten Bergbahn Deutschlands auf den Wendelstein, die sich zu einer erstrangigen Fremdenverkehrsattraktion des Inntals entwickelte<sup>85</sup>.

Steinbrüche bestimmten neben der Landwirtschaft das Wirtschaftsleben der Gemeinden südlich Brannenburgs. Neben Nagelfluh wurde Kalk abgebaut und zu Schotter für den Straßenbau und Baumaterial verarbeitet<sup>86</sup>. Auch die Wirtschaft der Grenzgemeinde Kiefersfelden bestimmte nun die Industrie der Steine und Erden. Das tiroler Hüttenwerk war 1883 eingegangen, da trotz anerkannter Qualität und Exporten nach Italien und der Schweiz eine Produktionsstätte, die auf die kostspielige Zufuhr von Erz wie Kohle angewiesen war, nach der Einverleibung Elsaß-Lothringens ins Reich nicht mehr der neuen Konkurrenz standhalten konnte. An seine Stelle trat die „Marmorindustrie Kiefer AG“, die einen Teil der Belegschaft übernahm und jetzt auch Frauen beschäftigte. Im Hauptsitz Kiefersfelden und Zweigniederlassungen in München, Frankfurt und Österreich wurde meist Salzburger und Untersberger Marmor zu Skulpturen, Säulen, Terrazzoplatten und sonstigem Baubedarf für gehobene Ansprüche verarbeitet, was

<sup>83</sup> Zur Lage der einzelnen Mooregebiete s. Karte bei Souci, Bademoor, 298.

<sup>84</sup> Ehrenreich, Nicklheim, 9 ff.; Gipp, Moor- u. Torfnutzung, 305 ff.; ders., Torfabbau (Manuskr.); StAM Saline Rosenheim 861.

<sup>85</sup> Würdigung Steinbeis' in Kuhlo, Geschichte, 253 ff. Zur Firmengeschichte s. die vorbildliche „Chronik der Fa. Steinbeis u. Cons. 1863–1963“; vgl. Ludwig, Bergbahn, 109 ff.

<sup>86</sup> Zur Entwicklung des Fischbacher Kalkwerks Unterholzer s. Rosenheimer Anzeiger 12./14.6.1931 (153).

gerade im Bauboom der repräsentationsfreudigen Prinzregentenzeit einen reichenden Absatz sicherte<sup>87</sup>. Daneben siedelte sich in den Nachkriegsjahren ein zweites Unternehmen der Bauzulieferindustrie an. 1923 konnte die „Bayerische Portlandzementwerk Kiefersfelden AG“ mit einem maximalen Jahresproduktionsvolumen von 80000 t Zement und 5000 t Kalk die Arbeit aufnehmen, nachdem zunächst Befürchtungen, das Werk könne abträglich für den Fremdenverkehr des oberen bayerischen Inntals sein, der Gründung entgegengestanden hatten<sup>88</sup>.

Überdauert hatte die Metallindustrie nur im Ortsteil Mühlbach. Aus den Hammerwerken und Schmieden zwischen Kiefersfelden und Oberaudorf entwickelte sich nach ihrer Vereinigung (1875) und Übernahme durch einen tiroler Unternehmer (1895) die „Bayerische und Tiroler Sensenunion“ mit Schwesterbetrieb in Jenbach (Tirol), die einzige bayerische und größte deutsche Sensenfabrik. 1922 wurde sie in eine Aktiengesellschaft mit Verwaltungssitz in München umgewandelt<sup>89</sup>.

Bei diesen Aktiengesellschaften, die als Unternehmensform gerade zu Beginn der zwanziger Jahre viele der bisher in Familien- oder Gesellschafterbesitz befindlichen Firmen ablösten, handelte es sich meist um Klein-AG's, deren Kapitalausstattung nur in Einzelfällen die Grenze von 1000000 RM überschritt, wodurch dem Investitionsspielraum, aber auch der Unabhängigkeit von Fremdmitteln Grenzen gesetzt waren:

Tab. 37: Aktienkapital einiger Unternehmen (1925).<sup>90</sup>

Aktiengesellschaft	Kapital in RM
Bürstenfabrik Pruckner, Rosenheim	96000.-
Bayer. u. Tiroler Sensenunion, Kiefersfelden/München	300000.-
Tonwerk Steinbeis, Kolbermoor	800000.-
Papierfabrik Steinbeis, Bruckmühl	1000000.-
Marmorindustrie Kiefer, Kiefersfelden	1000000.-
Bayer. Wolldeckenfabrik, Bruckmühl	3000000.-
Kolbermoor-Konzern (4 Spinnereien)	3065000.-

Die Industrieansiedlungen an Mangfall und Inn zogen Baugewerbe und Zulieferfirmen an, um die Produktionsstätten und Wohnungen für die rasch wachsende Bevölkerung zu errichten. Einen Eindruck von dem ungeheuren Bauboom, der vor allem die Stadt Rosenheim um die Jahrhundertwende erfaßte, gibt die Gegenüberstellung dreier Betriebszählungsergebnisse innerhalb von 30 Jahren. Dem Anstieg auf die mehr als vierfache Beschäftigtenzahl im Bau- und Bauneben-gewerbe folgte allerdings ein ebenso rascher Rückschlag, während sich in den benachbarten Bezirksämtern das Baugewerbe Mitte der zwanziger Jahre auf dem

<sup>87</sup> BayHStA MWi 7714; StAM LRA 110 528; Moser, Kiefersfelden, 683 ff.; Ludwig, Marmor, 202 f.

<sup>88</sup> „Geschichte d. Werksgründung“ (Archiv d. Portlandzementwerke Heidelberg AG, Werk Kiefersfelden), 1.

<sup>89</sup> Moser, Kiefersfelden, 687 ff; Einmayer, Sensenwerk, 9 ff.

<sup>90</sup> Bründl, Bilanzen, 416 ff.

Vorkriegsstand halten konnte. Unbeeinflusst von diesen Entwicklungen blieben erwartungsgemäß Wasserburg und Griesbach:

Tab. 38: Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Baugewerbe: <sup>91</sup>

	1895		1907		1925	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim	49	300	45	1426	69	557
BA Aibling	—*	—*	76	438	110	458
BA Rosenheim	278	895	184	1017	176	1037
BA Wasserburg	281	478	139	420	162	506
BA Griesbach	339	377	134	409	207	400

\* im BA Rosenheim enthalten

Auch die Ausweitung von Handel und Nahrungsmittelgewerbe wirkte sich auf die Gebiete außerhalb der Industriezentren nur marginal in Veränderungen des Wirtschaftslebens aus. Bis auf die Industrien um Stephanskirchen hatte der östliche Teil des Bezirksamts Rosenheim seine agrarische Struktur bewahrt, die nur von mittelständischen Gewerbebetrieben, meist Sägemühlen, durchbrochen wurde. Ähnlich gestaltete sich die Situation innabwärts, im Bezirk Wasserburg. Die einstmals strategisch günstige Lage der Stadt Wasserburg auf einer von einer Flußschleife gebildeten Halbinsel, die rundum vom Innhochufer abgeriegelt wurde, erwies sich als Hemmschuh für eine räumliche Ausdehnung, Weiterentwicklung oder Industrieansiedlung. Endgültig verlor die Stadt den wirtschaftlichen Anschluß, als die Innschiffahrt trotz Versuchen, sie durch den Einsatz von Dampfschiffen konkurrenzfähig zu erhalten <sup>92</sup>, rasch von der Eisenbahn abgelöst wurde. Verhängnisvoll wirkte sich dabei aus, daß Rosenheim als Streckenkreuzungspunkt und Durchgangsbahnhof nach Österreich gewählt wurde, dagegen die „Inntal-Bahn“ Rosenheim–Mühldorf erst 1876 über Wasserburg-Bahnhof in Betrieb gehen konnte, die Stadt selbst gar bis 1902 auf die direkte Anbindung ans Eisenbahnnetz mittels einer Stichstrecke warten mußte <sup>93</sup>. Die Gewerbestruktur war unter diesen Umständen auf dem präindustriellen Stand stehengeblieben. Großbetriebe fehlten völlig, mittelständisches Gewerbe wie Brauereien (Fletzing-, Bruckbräu) und Handwerk bestimmten das Erscheinungsbild.

Vermittelte der Aufschwung Rosenheims auch dem Umland wesentliche Impulse zur wirtschaftlichen Modernisierung, fiel im Wasserburger Bezirk der Verwaltungsmittelpunkt als Innovationszentrum und Ausgangspunkt wirtschaftlicher Neu- und Umorientierung aus. Die herkömmliche Verarbeitung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten in Mühlen und Brauereien nebst ländlichem Handwerk zur lokalen Bedarfsdeckung konnte nicht die benötigte Zahl von außeragraren Arbeitsplätzen bieten. Als einziges überregional in Erscheinung tretendes Unternehmen und bedeutender Arbeitgeber hatte sich im Markt Isen eine Großziegelei (Meindl) entwickelt, die hier die Tonvorkommen des Flußtals

<sup>91</sup> StDR 118, H. 2; 219, H. 2; 417, H. 12 a.

<sup>92</sup> Neweklowsky, Innschiffahrt, 142 ff.; Freundl, Dampfschiffahrt, 23 ff.

<sup>93</sup> Freundl, Bahnhof, 104 ff.

nutzte<sup>94</sup>, doch war es ihr nicht möglich, den Arbeitskräfteüberschuß der gesamten Region aufzufangen. Permanente Abwanderung war die Folge.

Noch ungünstiger stellte sich die Verkehrssituation im unteren Rottal dar. Fernab von Durchgangsstraßen oder lukrativen Großstadtmärkten konzentrierte sich das Wirtschaftsleben auch nach der Eröffnung der „Rottalbahn“ (1879) auf die Landwirtschaft, zumal die natürlichen Gegebenheiten diesem Erwerbszweig ein gutes Auskommen sicherten, also auch keine dringende Notwendigkeit zur raschen Umgestaltung bestand<sup>95</sup>. Das Handwerk verstand sich in der Hauptsache als Zulieferer der bäuerlichen Bevölkerung: Hufschmiede, Sattler, Näherinnen und Schuster gehörten zu den am häufigsten vertretenen Handwerkszweigen. Laut Gewerbekataster 1923 beschäftigten von 772 Handwerks- und Industriebetrieben 753 weniger als fünf, nur sechs 21 und mehr Personen. Die Mehrzahl dieser größeren Firmen konzentrierte sich auf das Gebiet der Gemeinde Ruhstorf, nahe Pocking am linken Rottufer gelegen, wo die „Pockinger Heide“ keine erstklassigen landwirtschaftlichen Nutzungsergebnisse gewährte. Zwei Motorenfabriken, Hatz und Loher, hatten sich hier niedergelassen, daneben eine Ziegelei (Pilzwegler). Größter Arbeitgeber zur Zeit der Katasteraufnahme war die Ziegelei Schätz (Penning/Rotthalmünster) mit 67 Beschäftigten, während die Belegschaftszahlen der führenden Betriebe des Markts Rotthalmünster, eines Bauunternehmens (Maier) und der Wochingerbrauerei, nur knapp zwei Dutzend Personen erreichten<sup>96</sup>.

Der Vergleich verdeutlicht das Betriebsgrößendefizit und die Strukturschwäche Griesbachs und Wasserburgs gegenüber den südlichen Bezirken und dem Landesdurchschnitt:

Tab. 39: Durchschnittliche Belegschaftszahl der Handwerks- und Industriebetriebe (1925):<sup>97</sup>

Stadt Rosenheim	5,8 Personen
BA Aibling	6,0 Personen
BA Rosenheim	4,7 Personen
BA Wasserburg	2,5 Personen
BA Griesbach	2,1 Personen
Altbayern	4,7 Personen
Bayern	5,2 Personen

Zusammenfassend lassen sich für unser Untersuchungsgebiet zur Zeit der Weimarer Republik folgende Unternehmen als größte Arbeitgeber nennen, wobei die angeführten gerundeten Beschäftigtenzahlen nur als Anhaltspunkt zum Größenvergleich dienen sollen:

<sup>94</sup> Pfest, Isen, 132.

<sup>95</sup> Haushofer/Kapfinger, Rottal, 25 f.

<sup>96</sup> 10 Betriebe beschäftigten 6–10, 3 zwischen 11 und 20 Arbeitnehmer; StALa Rep. 164/6, 6091.

<sup>97</sup> StDR 417, H. 12 a.

Tab. 40: Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten (um 1925).<sup>98</sup>

	Betriebsangehörige ca.:
Baumwollspinnerei Kolbermoor	1000
Papier- u. Zellstoffwerke Redensfelden	800
Steinbeis u. Cons., Brannenburg	650
davon:	
– Holzverarbeitende Betriebe (Rosenheim, Brannenburg, Bruckmühl)	300
– Tonwerk Kolbermoor	200
– Papierfabrik Bruckmühl	100
Industriewerke Hamberger, Ziegelberg	500
Woldeckenfabrik Bruckmühl	450
Klepper-Werke, Rosenheim	250
Marmorindustrie Kiefersfelden	200
Portlandzementwerk Kiefersfelden	200
Ziegelei Meindl, Isen	200
Sensenunion Mühlbach	150
Chemische Werke Heufeld	120
Saline Rosenheim	120

### c) Handel und Verkehr

Warenumschlagplätze und Handelsmittelpunkte der ländlichen Gegenden waren seit jeher die Märkte und Kleinstädte, in denen die Bevölkerung der umliegenden agrarisch dominierten Bezirke besonders an Markttagen zu Kauf und Verkauf zusammenströmte, wo aber auch außerhalb der Marktzeiten Händler Waren bereithielten, die oft in den kleinen Universalläden der Landgemeinden nicht erhältlich waren<sup>99</sup>. Solche Kleinzentren des Handels und Handwerks, auch in ihrer Verfassungsstellung als „Markt“ aus der Vielzahl der Landgemeinden hervorgehoben, waren im westlichen Untersuchungsgebiet Bad Aibling, im Bezirksamt Rosenheim Neubeuern und Prien; Rosenheim selbst war 1864 zur Stadt aufgestiegen. Im Bezirk Wasserburg lagen die drei Märkte Gars, Haag und Isen im Amtsgericht Haag, während ihre Funktion im Süden die Stadt Wasserburg übernahm. Im unteren Rottal besaßen neben dem Verwaltungssitz Griesbach auch Hartkirchen, Kößlarn und Rothalmünster Marktverfassung<sup>100</sup>.

Oft verschoben sich jedoch die Gewichtungen, waren die alten Handelsmittelpunkte von Nachbarorten überflügelt worden und hatten nur noch ihren Titel

<sup>98</sup> Die Beschäftigtenzahlen beruhen auf Angaben der oben (S. 40, Anm. 69) genannten Quellen und Literatur oder sind aus der Betriebs- u. Berufszählung 1925, StatDR 405, H. 29 u. 417, H. 12a, erschlossen. Hierbei sind exakte Zahlenangaben nicht möglich, wenn, wie meist der Fall, mehrere Betriebe der gleichen Gewerbcategorie im selben Verwaltungsbezirk tätig waren. Im Zweifelsfall wurde den statistischen Unterlagen gegenüber den oft überhöhten Zahlen der Literatur der Vorzug gegeben.

<sup>99</sup> Zur Gesamtentwicklung: Schremmer, Wirtschaft, 18 ff. u. 69 ff.; Mauerer, Märkte, 4 ff. Einer der dabei näher untersuchten Markorte ist Rothalmünster im BA Griesbach.

<sup>100</sup> BStB 110, A I u. II. Hoffmann, Märkte, 46, räumt den oberbayer. Markorten eine mit den schwäbischen Kleinstädten vergleichbare Stellung ein. In der Regel lagen die Märkte an den alten Durchgangsstraßen, wobei Griesbach u. Kößlarn eine Ausnahme bildeten; vgl. Fehn, Hügelland, 52.

bewahrt<sup>101</sup>. Ein Beispiel hierfür war Pocking im Rottal, das spätestens seit der Errichtung seiner Viehmarkthalle 1908 zum Handelszentrum des Bezirks angewachsen war und sich zur mit Abstand volkreichsten Gemeinde des Verwaltungsbezirks entwickelt, aber dennoch die Verfassung einer Landgemeinde beibehalten hatte.

Viehmärkte übten in der Regel die größte Anziehungskraft auf das ländliche Publikum aus. Zu den zweimal jährlich in Pocking stattfindenden großen Zuchtviehmärkten trafen sich Tausende von Interessenten aus dem In- und Ausland, und auch der Rosenheimer Viehmarkt, der regelmäßig als Wochen- und mehrmals jährlich als Hauptviehmarkt auf der „Bayerwiese“ nahe dem Stadtzentrum abgehalten wurde und in seiner Bedeutung zumindestens teilweise den Nachfolger der erlöschenden Schranne darstellte<sup>102</sup>, zog nicht nur Beschicker und Kauflustige aus dem Chiemgau und dem Oberland an, sondern auch Münchner Aufkäufer, die hier Schlachtvieh für den Bedarf der Großstadt erwarben. Insgesamt 67 Zucht- und Schlachtviehmärkte waren es 1906 in Stadt und Bezirksamt Rosenheim, wobei 260 Pferde, 231 19 Rinder und 3920 sonstige Tiere, zumeist Schweine, zugetrieben wurden<sup>103</sup>.

Ein besonderer Anziehungspunkt hatte sich mit dem Rosenheimer „Schlenkmarkt“ herausgebildet, der allerdings mit einem Markt im eigentlichen Sinne des Wortes wenig gemein hatte. Am ersten Donnerstag im Februar strömten „ausgestandene“ Knechte und Mägde aus nah und fern in der Stadt zusammen, um unter den ebenfalls hier versammelten Bauern der Umgebung einen neuen Dienstherrn zu finden. Das kam nicht nur der Gastronomie zugute, sondern auch der ansässigen Geschäftswelt, da bei dieser Gelegenheit gleich ein Teil der ausgehandelten üblichen Sachleistungen, etwa Bekleidung, angeschafft wurde.

Die gute Entwicklung des Handels in der Stadt bewirkte steigende Geschäftszahlen, aber vor allem die Aufstockung der vorhandenen Kapazitäten:

Tab. 41: Betriebe und Beschäftigte des Handelsgewerbes:<sup>104</sup>

	1907		1925	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim	383	795	463	1441
BA Aibling	384	402	332	506
BA Rosenheim	483	476	504	780
BA Wasserburg	587	644	504	790
BA Griesbach	499	595	537	817
Altbayern	46528	79857	51875	129506
Bayern	122786	195988	126425	298531

<sup>101</sup> Vgl. Schremmer, Wirtschaft, 609ff.

<sup>102</sup> Der Weizenumschlag der Rosenheimer Schranne ging von 1870–1907 um 81 % zurück, der von Gerste gar um 91,1 %. Errechnet aus Huber, Studien II, 42.

<sup>103</sup> Huber, Studien II, 65. Vgl. „Das Marktwesen Rosenheims“ in: Rosenheim 100 Jahre Stadt, 59ff.

<sup>104</sup> StDR 219, H. 2; 417, H. 12a. Eine gewisse Fehlerquelle ergibt sich daraus, daß 1907 zwischen Haupt- u. Nebenerwerbsbetrieben unterschieden wurde und die in den Nebenerwerbsbetrieben beschäftigten Personen, falls nebenberuflich tätig, nicht in der Statistik erscheinen. 1925 verzichtete man auf diese Differenzierungen.

Ausnehmend zahlreich waren in der Stadt Angehörige des Verkehrsgewerbes vertreten. Allein im Rosenheimer Knotenbahnhof und den angeschlossenen Betrieben der Reichsbahn arbeiteten 1925 1120 Personen, davon 583 Angestellte und Beamte. Die Reichspost beschäftigte in ihrer Verteilzentrale 109 Beamte und Angestellte sowie 41 Arbeiter. Fast jeder fünfte der im Rosenheimer Gewerbe Beschäftigten (19,0 %) war somit im Staatsdienst, während in den Bezirksämtern nur zwischen 3,1 % (BA Aibling) und 4,8 % (BA Rosenheim) der gewerblichen Arbeitnehmer den beiden Monopolunternehmen angehörten<sup>105</sup>.

Als einträgliche Neben-, aber auch Haupteinnahmequelle erwies sich am Gebirgsrand wie in den Anrainergemeinden der oberbayerischen Seen der Fremdenverkehr. Im Aiblinger Bezirk präsentierten sich als Kurorte mit Sole- und Moorbadmöglichkeiten das 1895 zum Bad erhobene Aibling und die Gemeinde Feilnbach<sup>106</sup>, wogegen in der Stadt Rosenheim der jahrhundertlange Badebetrieb zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war. Regen touristischen Besuch wiesen Inntalorte wie Oberaudorf und Kiefersfelden oder Hohen- und Nieder- aschau im Priental auf. Chiemgauer Touristenzentrum war aber der Chiemsee mit dem Hauptort Prien nebst den umliegenden Gemeinden. Mit 629 Fremdenbetten, die im Sommerhalbjahr 1925 durchschnittlich jeweils 95 mal belegt waren, rangierte Prien in der Spitzengruppe der erfolgreichsten bayerischen Fremdenverkehrsgemeinden und stellte damit auch Bad Aibling in den Schatten, das bei größerer Kapazität (825 Betten) beim Publikum vergleichsweise deutlich geringeren Anklang fand (52 Durchschnittsbelegungen)<sup>107</sup>. Dem Fremdenstrom folgte eine Umstrukturierung der betroffenen Gemeinden. Dienstleistungsgewerbe und Gastwirtschaften mehrten sich, doch auch andere Sektoren, etwa die heimische Bauwirtschaft oder der Einzelhandel, konnten an dem kleinräumigen Aufschwung partizipieren<sup>108</sup>.

<sup>105</sup> Errechnet aus StDR 417, H. 12 a.

<sup>106</sup> Meyer, Bad Aibling, IV ff.; Ruland, Entwicklung, 9 ff.; Noll, Bad Aibling, 293 ff.; Pfaffinger, Feilnbach, 303.

<sup>107</sup> ZBStL 58 (1926), 117 ff.

<sup>108</sup> Vgl. Ludwig, Entwicklung, 51 ff.



## C. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Provinz

### I. Die wirtschaftlichen Folgen

#### 1. Die Landwirtschaft

##### a) Die Agrarkrise der zwanziger Jahre

Bereits Mitte des Jahres 1923 machte das Wort von einer deutschen Agrarkrise die Runde, die, zuerst noch verschleiert von den Auswirkungen der Inflation, als Teil einer weltweiten Überproduktionskrise seit Ende des Ersten Weltkriegs nicht nur die Getreidegroßerzeuger des deutschen Ostens erfaßte, sondern auch die kleinstrukturierte Veredelungswirtschaft Südbayerns erreichte und sich gegen Ende der zwanziger Jahre von einer latent schwelenden zu einer offen zutage tretenden Depression auswuchs<sup>1</sup>. Neben dem Überangebot an Agrarerzeugnissen verschärften weitere negative Faktoren die Lage: Allein die Steuerbelastung der deutschen Agrarwirtschaft hatte bis 1924/26 das Drei- bis Vierfache der Vorkriegsjahre erreicht, was dazu beitrug, daß das Einkommen der selbständigen Bauern in den Jahren 1928/29 gegenüber 1913 wertmäßig um knapp 60 % zurückging, während der Realwert des Volkseinkommens insgesamt wieder auf die Höhe des letzten Friedensjahres in der Monarchie kletterte<sup>2</sup>.

Seit 1928 klappte die Preisschere des landwirtschaftlichen Preisindex, der in den Jahren der nachinflationären Scheinblüte leichte Tendenzen zugunsten der bäuerlichen Erzeugnisse hatte erkennen lassen, plötzlich zuungunsten der Landwirte auseinander. Sachgüter, die zu Anbau und Viehhaltung vonnöten waren, fielen zwar nominal im Preis, verteuerten sich aber relativ, da die Erlöse für die Agrarprodukte einen noch heftigeren Rückgang zu verzeichnen hatten (Tab. 42). Damit lagen die landwirtschaftlichen Verkaufspreise am Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung 41,2 % unter dem Level der letzten Vorkrisenjahre, die der notwendigen Sachmittel waren dagegen nur um 26,4 % gesunken.

Neben diesen Mindereinnahmen und Absatzproblemen war es die drückende Neuverschuldung, die der deutschen Landwirtschaft zu schaffen machte und sich besonders dort negativ auswirkte, wo nach den Erfahrungen der Inflations-

<sup>1</sup> Stiegler, Landwirtschaft, 292 ff.; Henning, Landwirtschaft 2, 192 ff. Vgl. Abelshauer, Weimarer Republik, 29: „Für die Bauern ... entsprachen die Jahre der Weimarer Prosperität sogar eher einer Depressionsperiode zwischen Vorkriegszeit und Drittem Reich.“ Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, 84 ff., läßt dagegen die Frage offen, ob eine autonome Agrarkrise vor Oktober 1929 bestand.

<sup>2</sup> StjDR 49 (1930), XVII, D 2 a; BStB 134, 2; Ebbinghaus, Steuerbelastung, 305.

<sup>3</sup> ZBStL 69 (1937), 28.

Tab. 42: Landwirtschaftlicher Preisindex 1924–1933 (1927/29 = 100):<sup>5</sup>

Wirtschaftsjahr	Sächl. Betriebsmittel	Verkaufserzeugnisse
1924/25:	96,2	97,1
1925/26:	94,5	100,8
1926/27:	94,6	102,3
1927/28:	99,8	99,2
1928/29:	100,2	100,8
1929/30:	92,3	96,4
1930/31:	87,4	82,4
1931/32:	79,6	67,9
1932/33:	74,4	58,8

zeit nicht nur Kredite zu produktiven Zwecken, sondern „zur Befriedigung durchaus entbehrlicher Bedürfnisse“<sup>4</sup> aufgenommen worden waren. Obwohl sich ab 1929 die Zuwachsraten der Neuverschuldung auf den bayerischen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken verlangsamte, betrug die Verbindlichkeiten Ende 1932 das 7,9-fache der Summe bei Stabilisierung der Mark, während die Belastung städtischer und gewerblicher Grundstücke „nur“ auf das 5,3-fache geklettert war, absolut aber weit höher lag<sup>5</sup>. War dieser Verschuldungsgrad in Jahren mit gesichertem Absatz durchaus erträglich, so erwiesen sich die fälligen Zins- und Rückzahlungen zu Zeiten sinkender Nachfrage und weltweit nachgebender Erzeugerpreise als schwere Bürde:

Tab. 43: Verkaufserlöse und Zinsbelastung der deutschen Landwirtschaft 1913–1932:<sup>6</sup>

	Verkaufserlöse in Mrd. M/RM	Zinszahlungen in Mrd. M/RM	Zinsen in % der Verkaufserlöse
1913:	10,750	0,750	6,98
1924/25:	7,490	0,425	5,60
1925/26:	8,036	0,610	7,50
1926/27:	8,447	0,625	7,28
1927/28:	9,245	0,785	8,32
1928/29:	10,173	0,920	8,93
1929/30:	9,847	0,950	9,74
1930/31:	8,691	0,950	10,69
1931/32:	7,364	1,005	13,82

Hoch verschuldet und damit außerordentlich verletzlich stolperte die deutsche Landwirtschaft dem Kulminationspunkt der Krise entgegen, wobei außeragrari-

<sup>4</sup> HMB d. Regierungsprärs. v. Ndb. 122 (4. 2. 1929), StAla Rep. 168/5, 560.

<sup>5</sup> Verschuldung land- u. forstwirtsch. Grundstücke in Bayern 1932: 2,24 Mrd.; städtisch-gewerbliche Grundstücke: 4,03 Mrd. RM; BStB 139, 31. Vgl. den Geschäftsbericht der Bank f. Landwirtschaft u. Gewerbe Vilshofen, die auch eine Filiale in Griesbach unterhielt, v. 17. 5. 1931: Gegenüber 1928 sei der Anteil der Landwirte unter ihren Schuldnern von 31 auf 60% angewachsen; Bayer. Volksbote 3. 6. 1931 (126).

<sup>6</sup> Nach Henning, Landwirtschaft 2, 206.

sche Abläufe zum fortschreitenden Niedergang beitrugen. Die Depression in der industriellen Wirtschaft und die allumfassende Finanzierungskrise drohte, nun auf dem Umweg über Kaufkraftschwund, zusammen mit kontinuierlich sinkenden Weltmarktpreisen und Marktvorteilen ausländischer Konkurrenten bei gleichzeitigem Konsumrückgang auch viele bayerische Landwirte in den Ruin zu treiben<sup>7</sup>.

### b) Bevölkerung und Betriebe

Die Regression der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegenüber den Angehörigen der übrigen Wirtschaftssektoren setzte sich auch im Intervall 1925/33 fort. Erstmals fanden sich nun auf Landesebene unter den Berufszugehörigen mehr Angehörige von Industrie und Handwerk, während die Beschäftigten von Land- und Forstwirtschaft nach wie vor die größte der Erwerbsgruppen bildeten:

Tab. 44: Erwerbspersonen und Berufszugehörige in Bayern 1925 und 1933 (in %):<sup>8</sup>

	Erwerbspersonen		Berufszugehörige	
	1925	1933	1925	1933
Land- u. Forstwirtschaft	38,6	35,4	34,9	31,5
Industrie u. Handwerk	30,0	29,0	34,4	33,6
Handel u. Verkehr	11,1	12,1	13,2	13,3
Dienstleistungsgewerbe	5,3	6,3	5,9	6,9
Ohne Beruf	11,8	14,0	9,6	12,7

Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen war dabei in gleichem Maße wie der ihrer männlichen Kollegen gestiegen (je 3,8 %), jedoch im Landwirtschaftssektor stärker zurückgegangen (-6,0 gegen -3,6 %). Dafür wurden sie durch eine besonders im Handels- und Verkehrsbereich wachsende Eingliederung in sozial höherbewertete Berufsgruppen entschädigt (Zuwachs der Erwerbspersonen in Handel/Verkehr: männlich 15,5 %, weiblich 43,1 %; Veränderungen Angestellte und Beamte: männlich -5,9 %, weiblich + 18,7 %)<sup>9</sup>. Die Entwicklung der hauptberuflich Erwerbstätigen verdeutlicht Tabelle 45.

Entgegen der landesweiten Entwicklung stieg damit die Zahl der Personen, die ihr Geld hauptberuflich in Land- und Forstwirtschaft verdienten, in den Bezirken Rosenheim, Wasserburg und Griesbach an, was dem unteren Rottal zusammen mit der Personalaufstockung im Tertiärsektor insgesamt eine positive

<sup>7</sup> Die völlig abwegige und durch nichts gestützte Behauptung Bergmanns, Bauernbund, 326, „wirkliches Elend“ hätten „die Bauern (vor allem der Mittelgebirgsgegenden) dagegen erst nach der Weltwirtschaftskrise“ erfahren, rührt wohl daher, daß er „Weltwirtschaftskrise“ mit einem nicht näher definierten, punktuellen Ereignis des Jahres 1928 (!) gleichsetzt, wie die Abgrenzung seines Arbeitszeitraums, ebd., 3, vermuten läßt.

<sup>8</sup> ZBStL 66 (1934), 200 f.

<sup>9</sup> Ebd.

Bilanz bescherte. Am wenigsten Attraktivität und Aufnahmefähigkeit zeigten die Agrarbetriebe im industriellen Umfeld. Nicht nur in der Stadt Rosenheim, sondern auch im Bezirksamt Aibling ging die Arbeitskräftezahl in der bäuerlichen

Tab. 45: Zu- bzw. Abnahme der hauptberuflich Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen 1925–1933 (in %):<sup>10</sup>

	a)	b)	c)	d)	e)	f)
a) Land- u. Forstwirtschaft						
b) Industrie u. Handwerk						
c) Handel u. Verkehr						
d) öffentl. u. private Dienstleistungen						
e) häusliche Dienste						
f) Zu- bzw. Abnahme der hauptberuflich Erwerbstätigen insgesamt gegenüber 1925						
Stadt Rosenheim	– 37,7	– 15,0	– 0,9	– 8,5	– 22,5	– 9,5
BA Aibling	– 2,4	– 23,8	– 5,3	– 12,9	– 18,5	– 11,2
BA Rosenheim	+ 1,6	– 19,1	– 1,0	– 36,3	– 17,4	– 3,6
BA Wasserburg	+ 3,5	– 21,4	– 13,9	– 1,0	– 20,2	– 2,4
BA Griesbach	+ 5,6	– 7,4	+ 15,2	+ 8,0	– 14,8	+ 3,5
Altbayern	– 2,7	– 7,8	– 0,1	+ 16,4	– 17,5	– 8,6
Bayern	– 6,3	– 26,9	– 0,1	+ 17,0	– 15,3	– 11,4

Wirtschaft nach den Ergebnissen der Berufszählung zurück und blieb auch im Rosenheimer Bezirk unter den Steigerungsraten der nördlicheren, agrarisch dichteren Regionen.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung ging der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Berufszugehörigen, also der Personen, die als Erwerbstätige oder deren Angehörige auf Verdienste aus dem Agrarsektor angewiesen waren, dagegen auf breiter Front weiter zurück, doch erwiesen sich auch hierbei die landwirtschaftlichen Kerngebiete als weit stabiler, in denen nicht die Zuwanderung gewerblicher Arbeitskräfte den Wandlungsprozeß beschleunigte:

Tab. 46: Landwirtschaftliche Berufszugehörige (in % der Wohnbevölkerung):<sup>11</sup>

	1925	1933
Stadt Rosenheim	2,7	2,2
BA Aibling	38,6	36,2
BA Rosenheim	47,9	44,8
BA Wasserburg	58,2	58,1
BA Griesbach	63,2	62,7
Altbayern	37,8	34,6
Bayern	34,9	31,5

Um schichtungsspezifische Verlagerungen innerhalb der landwirtschaftlichen Berufstätigen zu untersuchen, ist man gezwungen, auf die Betriebszählungsergeb-

<sup>10</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 28–30; 456, H. 28–30.

<sup>11</sup> Errechnet aus BStB 113, I; StDR 456, H. 28–30.

nisse auszuweichen, da die Berufszählung 1933 für die kleineren Verwaltungseinheiten nur begrenzte Differenzierungen bietet. Nicht alle Tendenzen der unter verschiedenen Fragestellungen und Blickwinkeln erstellten Statistiken – die Berufszählungsbögen hatte der Haushaltsvorstand auszufüllen, die Betriebszählungsfragen der Betriebsleiter zu beantworten – stimmen hierbei überein. Änderungen im Zählraster ergeben einen weiteren Unsicherheitsfaktor<sup>12</sup>. Die positive Personalentwicklung im Bezirk Griesbach läßt sich jedoch auch hier ablesen:

Tab. 47: Personalentwicklung in landwirtschaftlichen Betrieben über 2 ha Gesamtfläche 1925/33 (ständige Arbeitskräfte):<sup>13</sup>

- a) Zu- bzw. Abnahme der Personenzahl 1925/33
- b) Zu- bzw. Abnahme in % des Ausgangswerts (1925)
- c) Personalentwicklung insgesamt in %

	Betriebsleiter u. Angehörige		familienfremde Arbeitnehmer		insgesamt c)
	a)	b)	a)	b)	
St. Rosenheim	-3	- 2,2	+ 2	+ 2,1	- 0,4
BA Aibling	+ 158	+ 2,8	-271	- 12,6	- 1,4
BA Rosenheim	+ 406	+ 3,4	-528	- 12,6	- 0,7
BA Wasserburg	-575	- 4,3	-323	- 8,4	- 5,3
BA Griesbach	+ 1 075	+ 11,0	-382	- 8,1	+ 4,8
Altbayern	-5 755	- 0,9	-18 474	- 10,9	- 3,1
Bayern	-99 536	- 6,8	-22 519	- 7,7	- 6,9

Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung deuten damit darauf hin, daß die bäuerliche Arbeit sich nun wieder zunehmend auf die Mitglieder des Familienverbandes stützte, wogegen die Dienstboten zumeist aus Kostengründen abgebaut wurden. Aber auch andere Faktoren spielten hierbei eine Rolle: So wurde etwa Anfang 1930 aus dem Rottal berichtet, die wirtschaftliche Situation der Kleinbauern, der „Gütler“, habe sich stabilisiert, was ihnen gestatte, ihre Töchter im eigenen Betrieb zu beschäftigen, anstatt sie in fremde Dienste zu

<sup>12</sup> Probleme ergeben sich bei der vergleichenden Berechnung daraus, daß in der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik 1925, StDR 412, die Gesamtzahl der beschäftigten Personen, also auch von Wanderarbeitern und Aushilfspersonal, erfaßt wurde, die Zählung 1933, StDR 461, dagegen neben Betriebsleitern und mithelfenden Familienangehörigen ohne eigenen Beruf nur die vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräfte miteinbezieht sowie neben einem Betriebsgrößenlimit von 0,5 ha auch eine Altersgrenze von 14 Jahren setzt. Für 1925 mußte daher die Veröffentlichung des Bayer. Statistischen Landesamts, BStB 113, IV, herangezogen werden, die eine weitergehende Aufschlüsselung bietet. Um weitere Fehlerquellen auszuschalten, wurde nur das Personal der Betriebe mit mehr als 2 ha Gesamtfläche erfaßt.

<sup>13</sup> Errechnet aus: BStB 113, IV; StDR 461, Tab. 9 u. 9a.

schicken<sup>14</sup>. Die davon hervorgerufene kurzfristige Arbeitskräfteverknappung löste sich aber schnell, als auch die landwirtschaftlichen Dienstboten in den Sog der Massenarbeitslosigkeit gerieten. Da die mittel- und großbäuerlichen Betriebe die Chance, den bislang eklatanten Arbeitskräftemangel aus dem wieder reichlichen Angebot zu decken, aus finanziellen Gründen nur halbherzig wahrnehmen konnten, ergab sich auch am Unterlauf der Rott ein, wenn auch vergleichsweise mäßiger Rückgang der familienfremden Arbeitskräften.

Doch auch die Arbeitsmarktlage im industriell-gewerblichen Bereich machte sich bei der statuellen Gleiderung der agrarischen Arbeitskräfte bemerkbar. Von den mithelfenden Familienangehörigen aller Hofgrößen über 0,5 ha Gesamtfläche, welche die Registrierung im Juni 1933 erfaßte, waren gut zwei Prozent (Oberbayern 2,1 %, Niederbayern 2,0 %, Bayern 2,4 %) Personen, die in ihrem Hauptberuf arbeitslos geworden und nun auf den heimatlichen Hof zurückgekehrt waren<sup>15</sup>.

Auch die Zu- bzw. Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe läßt sich aufgrund der Datenlage nur schwer überblicken und setzt eine vorsichtige Einschätzung der Ergebnisse voraus, da wie so oft Änderungen der Zählmodalitäten durch das Statistische Reichsamte eine ungehinderte Betrachtung verwehren. Ein direkter Vergleich des Betriebszählungsergebnisses 1933 mit dem Material des Jahres 1925 ist unpraktikabel, da 1933 die Vielzahl der bislang aufgenommenen Kleinstbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche unberücksichtigt blieb, so daß eine Gegenüberstellung erst ab der zweiten Erfassungstufe, den Betrieben ab 2 ha, erfolgen kann. Darüberhinaus wurden nun vor allem die forstwirtschaftlichen Flächen der Großbetriebe vollständiger erfaßt, was im Vergleich zu weiteren Ungenauigkeiten führt<sup>16</sup>. In der nachfolgenden Tabelle sind daher nur die landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die Höfe über 2 ha erfaßt (Tab. 48).

Meist setzte sich der Trend einer Konsolidierung der mittel- und großbäuerlichen Betriebe zu Lasten des Kleinbauernums fort. Allein im Bezirksamt Griesbach gelang es auch den Landwirten mit Höfen von 2–5 ha Nutzfläche, gegenläufig dazu ihre Stellung zu behaupten. Wie die durchweg relativ stabile Zahl der Hofstellen zeigt, handelte es sich bei den „Aufsteigern“ in eine höhere Kategorie zumeist um Besitzungen, die durch Zukauf oder -pacht ausgebaut werden konnten. Verdeutlicht die Statistik die insgesamt hohe Stabilität des mittleren Bauernums, so dürften die teilweise sprunghaften Bewegungen bei den großbäuerlichen Betrieben nicht zuletzt das Produkt verfeinerter Erfassungstechniken sein.

### *c) Ackerbau und Viehzucht*

Sinkende Erlöse für Vieh, Milch und Holz waren es, die der Landwirtschaft unseres Untersuchungsgebiets in erster Linie zu schaffen machten. Die Schutzpolitik, welche die Reichsregierung für die Getreidebauern mit Blick auf die ostdeutschen Großerzeuger gestartet hatte und die den Getreidegebieten spürbare

<sup>14</sup> Bericht der Landwirtschaftsstelle Pfarrkirchen Januar 1930, StALa Rep. 164/6, 6135.

<sup>15</sup> StDR 461, H. 1, Tab. 9; vgl. ebd., 15; ZBStL 66 (1934), 216.

<sup>16</sup> Vgl. ZBStL 65 (1933), 206.

Tab. 48: Zu- bzw. Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe über 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und der bewirtschafteten Flächen 1925–1933:<sup>17</sup>

			Betriebe				landw. Nutzfläche	
			1925	1933	±	%	±	%
St. Rosenheim	2– 5 ha		39	29	–	25,6	–	32,3
	5– 20 ha		19	25	+	31,6	+	36,1
	20– 50 ha		8	7	–	12,5	–	12,0
	insgesamt		66	61	–	7,6	+	1,8
BA Aibling	2– 5 ha		533	532	–	0,2	–	0,7
	5– 20 ha		910	967	+	6,3	+	18,5
	20– 50 ha		219	228	+	4,1	–	12,2
	50– 100 ha		6	11	+	83,3	+	64,8
	über 100 ha		5	3	–	40,0	–	33,3
insgesamt		1673	1741	+	4,1	+	3,5	
BA Rosenheim	2– 5 ha		1170	1114	–	4,8	–	4,5
	5– 20 ha		2152	2167	+	0,7	–	2,0
	20– 50 ha		248	351	+	41,5	+	48,2
	50– 100 ha		16	18	+	12,5	+	0,1
	über 100 ha		2	5	+	150,0	+	296,0
insgesamt		3588	3655	+	1,9	+	11,4	
BA Wasserburg	2– 5 ha		1026	1090	+	6,2	+	0,1
	5– 20 ha		2045	2151	+	5,2	+	1,3
	20– 50 ha		549	576	+	4,9	+	4,5
	50– 100 ha		13	11	–	15,4	–	9,9
	über 100 ha		1	1	+	0,0	+	9,2
insgesamt		3634	3829	+	5,6	+	2,6	
BA Griesbach	2– 5 ha		1135	1161	+	2,3	+	3,9
	5– 20 ha		1318	1345	+	2,0	+	0,9
	20– 50 ha		517	524	+	1,3	+	2,1
	50– 100 ha		34	42	+	23,5	+	27,4
	über 100 ha		2	2	+	0,0	–	0,7
insgesamt		3006	3074	+	2,3	+	3,2	
Altbayern	2– 5 ha		64367	61738	–	4,1	–	3,6
	5– 20 ha		94309	99249	+	5,2	+	5,1
	20– 50 ha		20703	21585	+	4,3	+	4,5
	50– 100 ha		1467	1674	+	14,1	+	15,2
	über 100 ha		317	328	+	3,4	+	10,1
insgesamt		181163	184574	+	1,9	+	4,8	
Bayern	2– 5 ha		172298	160128	–	7,1	–	6,1
	5– 20 ha		220849	234914	+	6,4	+	6,9
	20– 50 ha		30671	33134	+	8,0	+	8,3
	50– 100 ha		1999	2389	+	19,5	+	20,5
	über 100 ha		544	656	+	20,6	+	21,4
insgesamt		426361	431221	+	1,1	+	6,1	

<sup>17</sup> Errechnet aus StDR 412, H.1; 459, H.3. Die überproportionale Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzflächen im BA Rosenheim ist z.T. Produkt der Arrondierung 1929.

Erleichterungen bescherte, kam hier kaum zum Tragen<sup>18</sup>. Im Bereich des Untersuchungsgebiets kamen die Schutzmaßnahmen besonders den Gebieten mit den größten Ackerflächen, den Bezirken Griesbach und Wasserburg und davon in erster Linie dem Amtsgerichtsbezirk Haag zugute. Landwirte, deren Böden einen umfangreichen Brotgetreideanbau gestatteten, konnten mit einem weitgehend stabilen Preisgefüge rechnen, wie die Durchschnittsnotierungen an den bayerischen Produktenbörsen erkennen lassen:

Tab. 49: Durchschnittsnotierungen an den bayerischen Produktenbörsen 1928–1932 (in RM je Ztr.):<sup>19</sup>

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
1928:	12,45	12,29	13,49	11,31
1929:	9,98	11,61	10,70	9,74
1930:	8,21	12,93	9,68	7,93
1931:	9,61	12,97	9,96	8,07
1932:	9,71	11,62	9,05	6,83

Konnten sich die Viehpreise bis 1930 noch in etwa behaupten, so sackten sie ab 1931 auf allen Ebenen ab, da sich die Bevölkerung kaum mehr höherwertige Nahrungsmittel leisten konnte. Am „schwarzen“ 25.2.1931 wurden auf dem wichtigsten bayerischen Schlachtviehmarkt in München bei einem Auftrieb von 3160 Stück trotz niedrigster Preise seit Jahren gerade 1221 Tiere abgesetzt, was einen Negativrekord seit Bestehen des Markts bedeutete<sup>20</sup>. Diese Entwicklung pflanzte sich auch auf die Märkte der Provinz fort, die ja den Aufkäufern der Großstadt als Bezugsquelle dienten. Beim Rosenheimer „Mittefasten-Hauptviehmarkt“ am 12. 3. 1931 wurden ganze 359 Tiere gegenüber 1000–1200 in der Vorkriegszeit aufgetrieben, wofür nicht allein die widrigen Witterungsverhältnisse ausschlaggebend waren. Obwohl das Angebot somit auf ein Minimum beschränkt war und das Preisniveau unter dem Vorkriegsstand lag, war der Absatz

<sup>18</sup> Vgl. Heim, Kampf, 37 f.: „Den Getreidebauern geht es dank der von Landwirtschaftsminister Schiele begonnenen Schutzpolitik erträglich. Die deutsche Landwirtschaft bezieht aber nur den vierten Teil ihres Einkommens aus dem Körnerbau, den weitaus größeren Teil aus Viehwirtschaft und Stallproduktion. Je mehr ein landwirtschaftlicher Betrieb auf diese Einnahme angewiesen ist, um so schlimmer ist seine Lage. Seit Jahren leben diese Betriebe dank der ungeheuer niedrigen Preise nur noch von der Substanz. Diese erschöpft sich jetzt mehr und mehr. Im bayerischen Vorgebirge, wo nur Graswirtschaft aus klimatischen Gründen (Höhenlage, Niederschläge) möglich ist, herrscht der Hunger. Die Zahl der Vergantungen der schönsten Gebirgshöfe steigt. Noch größer ist die Zahl der freiwillig verkauften Höfe. Alteingesessene, jahrhundertlang auf ihren Höfen hausende Familien verkaufen an Liebhaber, wandern ab und sind ein für allemal proletarisiert.“

<sup>19</sup> StJB 19 (1930), VIII, B 1; 20 (1934), VIII, B 1. Vgl. o. Tab. 27. Da von der Betriebszählung 1933 für die unteren Verwaltungseinheiten weder Aufschlüsselungen der Ackerflächen noch der angebauten Produkte veröffentlicht wurden und auch sonst kaum Material zur Situation der Ackerbauern wie Eingaben oder Resolutionen von Notkundgebungen in unserem Untersuchungsgebiet vorliegt, was auf eine vergleichsweise befriedigende Lage schließen läßt, muß eine eingehende Darstellung der Ackerbauentwicklung entfallen.

<sup>20</sup> Rosenheimer Anzeiger 28.2./1.3.1931 (49). „Auch die großen Viehtransportautos auswärtiger Händler fehlen seit einiger Zeit ...“ Aiblinger Zeitung 14.3.1931 (61).

nur flau<sup>21</sup>. Auch aus den ländlichen Marktorten, etwa Prien und Mauerkirchen, wurden „nahezu katastrophale Rückgänge“ des Viehabsatzes gemeldet<sup>22</sup>. Beim Markt am 1. 10. 1931 kamen auswärtige Händler endlich zu dem Schluß, „daß ein derart schlechter Geschäftsgang wie heute von ihnen in Rosenheim noch niemals beobachtet wurde“<sup>23</sup>.

Auf dem Münchner Schlachtviehmarkt, dessen Bewertungen auch die Preise in unserem Untersuchungsgebiet bestimmten, ergaben sich folgende Notierungen:

Tab. 50: Schlachtviehpreise München (für 50 kg Lebendgewicht) in RM:<sup>24</sup>

	Mastochsen	Kälber	Schweine
1926:	54,8	72,1	77,3
1927:	59,6	77,0	63,7
1928:	54,6	73,7	65,4
1929:	57,4	76,6	82,5
1930:	55,9	73,9	68,5
1931:	45,3	51,0	47,7
1932:	34,6	36,5	40,5
1933:	30,6	36,3	39,8

Parallel hierzu gingen die Zuchtviehpreise zurück. Beim Pockinger Zuchtviehmarkt verringerten sich die Durchschnittserlöse für Jungbullen von März 1930 bis zum gleichen Monat des Jahres 1933 von 728 auf 467 RM, die für Zuchtkälber von 197 auf 99 RM<sup>25</sup>. Zwischenzeitliche Absatzbelebungen mit regem Geschäft und sprunghaft steigenden Notierungen wie im Herbst 1932 konnten die insgesamt negative Tendenz nicht umkehren<sup>26</sup>.

Welche Auswirkungen hatte der Verfall der Vieh- und Fleischpreise auf den Viehbestand? Die Gegenüberstellung der Viehzählungsergebnisse zeigt, daß die nachlassende Rentabilität der Viehhaltung und die oftmals beklagten Notverkäufe um jeden Preis keine einschneidenden Veränderungen innerhalb der Bestände mit sich brachten:

<sup>21</sup> Rosenheimer Anzeiger 12. 3. 1931 (59).

<sup>22</sup> Gemeinderat Grassau an BA Rosenheim 16. 3. 1931, StAM LRA 56 536.

<sup>23</sup> Aiblinger Zeitung 4. /5. 10. 1931 (228).

<sup>24</sup> StJDR 49 (1930), VIII, 9; 54 (1935), VIII, 7. Vgl. die Notierungen der Rosenheimer Mitfefastenmärkte (in RM):

	1931	1933
Gangochsen	300–600	200–350
Kälberkühe	300–550	250–350
Ferkel	15– 18	16– 18

Aiblinger Zeitung 14. 3. 1931 (61); 4. 3. 1933 (53).

<sup>25</sup> StALa Rep. 168/6, 6203.

<sup>26</sup> Beim Pockinger Herbstviehmarkt 1932 herrschte sehr lebhafter Absatz bei befriedigenden Durchschnittspreisen: Bullen 558.– (Frühjahrsmarkt: 423.–), Kalbinnen 432.– (367.–). HMB d. Regierungsprärs. v. Ndb. 1103 (6. 10. 1932), StALa Rep. 168/5, 560.

Tab. 51: Viehbestandszahlen 1925–1933:<sup>27</sup>

		Pferde	Rinder	davon: Milchkühe	Schweine
St. Rosenheim:	1929:	125	506	337	306
	1930:	102	496	318	350
	1931:	104	552	314	404
	1932:	103	518	320	348
BA Aibling:	1929:	2274	20748	11514	4739
	1930:	2209	21470	11667	6319
	1931:	2080	21653	11774	6248
	1932:	2007	21199	11861	6450
BA Rosenheim:	1929:	3414	42383	20146	5772
	1930:	3322	42736	19657	7430
	1931:	3176	42717	19531	7472
	1932:	3142	41712	19971	7597
BA Wasserburg:	1929:	3831	46221	19409	10818
	1930:	3745	45552	19957	13276
	1931:	3619	47335	19821	12889
	1932:	3526	46521	20210	12748
BA Griesbach:	1929:	6879	33806	16294	30532
	1930:	6801	34162	16629	35434
	1931:	6543	33364	16276	32691
	1932:	6586	33254	16129	32749
Altbayern:	1929:	203987	1850038	840712	928872
	1930:	199090	1870696	839902	1098430
	1931:	191631	1902820	846073	1082418
	1932:	187983	1872228	845372	1075751
Bayern:	1929:	396472	3769482	1841299	2094589
	1930:	388895	3847231	1844805	2547598
	1931:	378296	3964522	1871734	2560819
	1932:	370363	3902718	1878142	2489035

Mit Ausnahme des Pferdebestandes, dessen kontinuierlicher Abbau als Folge der Mechanisierung und damit unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen ist, erreichten die Viehzählungsergebnisse 1930/31 ihren Nachkriegshöchststand, bröckelten jedoch daraufhin auf breiter Ebene ab. Waren die Bauern meist 1931 noch in der Lage, ihre Bestände wegen des zu geringen Erlöses zurückzuhalten und damit aufzustoeken, so zwang sie spätestens 1932 die fehlende Kapitaldecke, notfalls unter dem Gestehungspreis zu verkaufen, um die nötigsten Barmittel für ihren Betrieb zu erhalten.

Daß die Viehbestände sich insgesamt vom Aderlaß der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre erholt hatten und selbst 1932 meist über der Höhe der vielgepriesenen Vorkriegsjahre lagen, zeigt am Beispiel des Rinder- und Schweinebestandes die Umrechnung auf die Indexzahl von 1913:

<sup>27</sup> Stand: Anfang Dezember. ZBStL 62 (1930), 80ff.; 63 (1931), 286ff.; 64 (1932), 272ff.; 65 (1933), 260ff.

Tab 52: Rinder- und Schweinebestand (1913 = 100):<sup>28</sup>

		Rinder	Schweine
Stadt Rosenheim	1925:	94,7	134,7
	1929:	81,0	116,8
	1930:	79,4	133,6
	1931:	88,3	154,2
	1932:	82,9	132,8
BA Aibling	1925:	104,9	106,8
	1929:	110,2	126,5
	1930:	114,1	168,6
	1931:	115,0	166,7
	1932:	112,6	172,1
BA Wasserburg	1925:	96,8	82,6
	1929:	107,6	110,8
	1930:	110,7	135,9
	1931:	110,2	132,0
	1932:	108,3	130,5
BA Griesbach	1925:	94,0	86,0
	1929:	100,5	109,6
	1930:	101,6	127,2
	1931:	99,2	117,4
	1932:	98,9	117,6
Altbayern	1925:	97,0	81,6
	1929:	105,0	104,2
	1930:	106,1	123,2
	1931:	108,0	121,4
	1932:	106,2	120,6
Bayern	1925:	95,4	80,4
	1929:	101,8	97,0
	1930:	103,9	117,9
	1931:	107,1	118,5
	1932:	105,4	115,2

Mit Ausnahme der Landwirtschaft in der Stadt Rosenheim, bei der die Großviehhaltung an Bedeutung verlor, war es damit den Bauern gelungen, in den späten zwanziger Jahren wieder das Vorkriegsniveau des Rinderbestandes zu erreichen oder sogar, wie in den Bezirken Aibling und Wasserburg, deutlich zu überschreiten. Lediglich in Griesbach hinkte die Intensität der insgesamt positiven Entwicklung den übrigen Verwaltungsbezirken hinterdrein, fiel ab 1931 sogar wieder unter den Vorkriegsstand. Auch bei der Schweinezucht, die am flexibelsten auf die Marktlage reagieren konnte und daher den größten Schwankungen unterlag, hielten sich die Zuwachsraten im unteren Rottal in Grenzen, während auch hier Aibling, allerdings auf der Basis geringer Ausgangsbestände, die steilste Aufwärtsbewegung erlebte.

Setzt man in Rechnung, daß im Griesbacher Zuchtgebiet auch der Pferdebestand einen fortwährenden, allerdings in den endzwanziger Jahren gebremsten

<sup>28</sup> Errechnet aus ebd. u. 46 (1914), 176 ff.; 58 (1926), 196 ff.

Schwund erfuhr, so läßt sich erkennen, daß hier der enorme Aufschwung, den die Viehwirtschaft Ende des 19. Jahrhunderts erlebt hatte, einer Phase der Stagnation gewichen war. In dem Maße, wie es verkehrsgünstiger gelegenen Agrarregionen gelang, den Qualitätsvorsprung der Rottaler Viehzüchter aufzuholen, verringerte sich deren Überlegenheit und damit die Ertragslage ihrer hochspezialisierten Landwirtschaft.

Für den Bezirk Griesbach bedeutete der Verfall der Zuchtviehpreise die Schmälerung der Haupteinnahmequelle, machte doch der Großviehverkauf den wirklichen Betriebsgewinn der Landwirte aus<sup>29</sup>. Dennoch geht aus den plastischen Berichten des Leiters der Pfarrkirchner Landwirtschaftsstelle hervor, daß besonders Besitzer kleinerer Anwesen bei entsprechender Wirtschaftsweise in den Anfangsjahren der Krise noch relativ gut über die Runden kamen. Man könne sehen, erklärte Ökonomierat Ruhwandl im Frühjahr 1930,

„daß diejenigen, welche gut füttern und sehr gut düngen, trotz der Not der Zeit erhebliche Reinerträge haben, während diejenigen, die das Hauptaugenmerk in Verbesserung ihrer Maschinenverwendung sehen, sehr häufig rückwärts gehen. Im gesamten ist die Rentabilität der Bauernanwesen, besonders der kleinen viel besser als allgemein angenommen und in den Zeitungen verkündet wird. Wenn es ihnen immer wieder vorgeredet wird, muß es der kleine Mann ja selbst glauben wie schlecht es ihm geht. Die größeren Bauernhöfe des unteren Rottals machen hier freilich eine Ausnahme. Hier ist oftmals der Wohlstand rein äußerlich, während in Wirklichkeit ziemlich Not herrscht. Freilich gibt es auch größere Höfe, die auch im Bezirk Griesbach sehr gut stehen. Im großen und ganzen lebt man aber dort vielfach über seine Verhältnisse“.

Man baue zu aufwendig und kaufe sinnlose Maschinen nur, um den Nachbarn zu imponieren. Als typisches Zeichen der Zeit sah Ruhwandl es schließlich an, daß bei einer Exkursion im Herbst 1930 die Landwirtschaftsschüler neben Motorrädern erstmals auch eigene PKWs benutzten<sup>30</sup>.

Mangelnde Flexibilität der Großbauern, die „großzügiger lebten, weniger sparsam wirtschafteten und sich nun schwerer in die neuen Verhältnisse ein-

<sup>29</sup> Vgl. o. S. 30f. S. a. den Geschäftsbericht der Bezirksbauernkammer Rosenheim, Sitzung v. 24. 3. 1932: „Der schlechte Spätsommer und Herbst, der frühe Schneeeinfall, zwang zu vorzeitigem Almatrieb mit der Folge bald fühlbaren Futtermangels und der Notwendigkeit, Tiere in der Zeit abzustoßen, wo das Angebot am größten war. Diese Notverkäufe erzielten nun niedrigere Preise und übten weiterhin einen Preisdruck aus. Nachdem nun die Viehwirtschaft im Bezirk 70–75 % des gesamten landwirtschaftlichen Umsatzes darstellt, und Preisrückgänge bis teilweise auf 30 % des Friedensstandes zu verzeichnen waren, hat besonders die lange Dauer dieses Zustandes katastrophale Folgen. Die sonstige Einnahmequelle, Erlös aus Holz, versagt vollständig und verhindert eine Sanierung, da die Bringungskosten teilweise höher sind als der Gesamterlös...“ Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29. 5. 1932 (120).

<sup>30</sup> Berichte der Landwirtschaftsstelle Pfarrkirchen, März 1930, September 1930, Dezember 1930, StAla Rep. 164/6, 6135. Ruhwandl attestierte der Landwirtschaft im Amtsgerichtsbezirk Roththalmünster ab Ende 1930 jedoch „eine außerordentliche Einbuße an Einnahmen“; Landwirtschaftsstelle Pfarrkirchen an BA Griesbach 31.10.1932 (Zwangsversteigerungsgutachten), StAla Rep. 164/6, 6114. Vgl. die Einschätzung durch das Regierungspräsidium von Niederbayern: „Es scheint allmählich eine Art Galgenhumor oder Wurstigkeit gegenüber der wirtschaftlichen Bedrängnis bei dem Großteil der Landwirtschaft einzureißen, sonst könnten manche überflüssigen Ausgaben nicht verstanden werden“; HMB d. Regierungspräs. v. Ndb. 80 (3.2.1930), StAla Rep. 168/5, 560. „Im schroffsten Gegensatz“ zu Klagen über Bauernnot und Bierpreis sei die „Fest- und Jubiläumsseuche“, die immer mehr überhand nehme; ebd., 380 (3.7.1930).

fügen“, sah auch die Regierung von Niederbayern als Grund für die tiefgreifendere Krisenbetroffenheit wohlhabender Landwirte gegenüber ihren „kleinen“ Berufskollegen an<sup>31</sup>. Mit dem drohenden Abgleiten auf ein mittelbäuerliches Einkommens- und Lebensführungsniveau war man zwar noch weit von konkreter Not entfernt, doch wog allein schon der befürchtete Prestigeverlust bei dieser agrarischen Führungsschicht schwer. Wollte man nach außen den bisherigen Lebensstil beibehalten, mußte das auf Kosten einer vernünftigen, der tatsächlichen Lage angepaßten Wirtschaftsführung gehen und Substanzverluste hervorrufen. Die Neuaufnahme von Krediten und Hypotheken war oft der einzige Ausweg, den bedrohten status quo zu erhalten<sup>32</sup>. Sollte sich die Krise nicht bald ihrem Ende nähern, war der Zusammenbruch der Wohlstandsfassaden abzusehen.

#### d) Die Milchwirtschaft

Besonders enttäuschend empfanden die Landwirte den Verfall des Milchpreises, hatten sie doch gerade auf die in den letzten Jahren forcierte Umstellung auf Milchwirtschaft, die regelmäßige Einnahmen und eine rasche Umwälzung des Betriebskapitals versprach, große Hoffnungen gesetzt<sup>33</sup>. Binnen weniger Jahre waren dadurch die Milchkuhbestände, ausgenommen in der Stadt Rosenheim, um rund zehn Prozent gestiegen. Trotzdem überrascht, daß angesichts der angespannten Marktsituation für Milch und ihre Verarbeitungsprodukte der Trend zur Milchwirtschaft ungebrochen anhielt und die Zahl der Milchkühe selbst 1932, bei gleichzeitig rückläufigen Rinderzahlen, in den meisten der untersuchten Verwaltungsbezirke weiter anwuchs:

Tab. 53: Milchkuhbestände 1929–1932 (1925 = 100):<sup>34</sup>

	1929	1930	1931	1932
Stadt Rosenheim	88,5	83,2	82,2	83,8
BA Aibling	108,6	110,0	111,0	111,8
BA Rosenheim	110,7	108,0	107,3	109,7
BA Wasserburg	111,4	114,5	113,7	115,4
BA Griesbach	109,4	111,3	108,9	108,0
Altbayern	107,7	107,6	108,4	108,3
Bayern	105,4	105,6	107,1	107,5

<sup>31</sup> HMB d. Regierungspräsid. v. Ndb. 294 (18.3.1932), StAla Rep. 168/5, 560. Die Schwankungsbreite der individuellen Hoferträge zeigen die von den landwirtschaftlichen Buchstellen der Bayer. Landesbauernkammer veröffentlichten Buchführungsergebnisse für 1926–1933. Da die keineswegs ausgeglichene Zahl der ausgewerteten Betriebsergebnisse, die sich noch dazu von Jahr zu Jahr änderte, die Gefahr von Verzeichnungen und Zufälligkeiten in sich birgt, außerdem keine nähere Lokalisierung der erfaßten Betriebe möglich war, wurde auf eine statistische Auswertung verzichtet. Zum Reinertrag vgl. den Textband 1930/31, Schriftenr. 6, 76 ff.

<sup>32</sup> Vgl. o. S. 52 Anm. 5.

<sup>33</sup> Als Beispiel für die Kampagne zugunsten der Milchproduktion vgl. Pirner, Milchwirtschaft u. Molkereiwesen (1925), 19.

<sup>34</sup> Errechnet aus ZBStL 58 (1926), 196 ff.; 62 (1930), 80 ff.; 63 (1931), 286 ff.; 64 (1932), 272 ff.; 65 (1933), 260 ff.

Neben dem weltweiten Preisverfall machte den Alpenvorlandbauern die Tatsache zu schaffen, daß selbst bei vergleichsweise hochstehender Milchwirtschaft immer noch nicht alle Möglichkeiten zu einer lukrativen Verwertung des Rohprodukts ausgeschöpft waren, bestehende Einrichtungen im Interesse der Milchlieferanten dringender Verbesserungen bedurften.

Die genossenschaftliche Milchverwertungszentrale Rosenheim, die Weiterverarbeitung und Absatz der Erzeugung des Umlands steuern sollte, kränkelte trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen bereits seit Jahren vor sich hin, da der örtliche Milchhandel nicht zu einer Zusammenarbeit zu bewegen war, und wurde schließlich Ende 1930 an die französische Gervais-Gruppe verpachtet, die sie ungeachtet heftiger nationaler Ressentiments, welche die Transaktion im Rosenheimer Raum auslöste, zum Jahresbeginn 1933 käuflich erwarb<sup>35</sup>. Für die Milchproduzenten sicherte der Anschluß an das überregionale Unternehmen zwar höhere Abnahmemengen, doch konnte das den katastrophalen Preisverfall in keiner Weise ausgleichen. Hatte die Bezirksmolkerei Rosenheim mit ihren acht angeschlossenen Zweigstellen im Jahresdurchschnitt 1929 noch 17 Pfg. je Liter Milch bezahlt, so belief sich der Rampenpreis in der Stadt im März 1932 nur noch auf 13,7, im Januar 1933 auf 12 Pfg. Der Werkmilchpreis frei Molkerei war auf ganze 8 Pfg. zusammengeschrumpft, womit die Gesteungskosten der Erzeuger – nach Berechnungen eines Landwirts aus der Wasserburger Gegend 18,4 Pfg. – nicht mehr zu decken waren<sup>36</sup>.

Wie weit die Rentabilität der bergbäuerlichen Milchwirtschaft abgesunken war, zeigten Überlegungen der Alm- und Weidegenossenschaft Samerberg (BA Rosenheim), den Almbetrieb ab 1932 völlig einzustellen. Wegen Notverkäufen in den letzten verhegelten Wirtschaftsjahren waren die Viehstandszahlen rapide zurückgegangen. Trotz des geringen Weidegelds von 15–20 RM pro Tier wurden nur zehn Stück Vieh für die Sommersaison angemeldet, da die Bauern nicht mehr in der Lage waren, selbst diese Summe aufzubringen, von der nicht sicher war, ob sie sich beim Milchertrag oder Viehverkauf wieder auszahlen würde. Nur der Zusicherung des Rosenheimer Bezirksamtsvorstands Roth, sich um Reichsmittel für die Genossenschaft zu bemühen, brachte die Mitglieder von dem Gedanken ab, die Alm zu verpachten oder zu verkaufen<sup>37</sup>.

Lediglich in bislang milchwirtschaftlich rückständigen Gebieten brachte die modernisierte Verwertung den Viehhaltern neue Einnahmequellen, die sinkende Preise einigermaßen kompensieren konnten. Im Bezirk Wasserburg, dessen Milchviehbestand seit 1925 überdurchschnittlich angewachsen war, wurden bei einer täglich anfallenden Liefermenge von 80000 Litern rund 10000 l. an die Verbraucher im Bezirksamt abgesetzt, 4–5000 l. nach München verkauft und 15000 l. zur Butter- und Käseproduktion genutzt, während der Rest von

<sup>35</sup> BayHStA ML 2196, 2197, 2208. Zur Genossenschaftsmolkerei Rosenheim s. StAM LRA 57954. Kolbermoorer Volksblatt 24./25. 11. 1928 (272); 7./8. 1. 1932 (4); 31. 3./1. 4. 1932 (73).

<sup>36</sup> Kolbermoorer Volksblatt 31. 3./1. 4. 1932 (73); 14./15. 1. 1933 (11). Zuschrift in Wasserburger Anzeiger 20. 2. 1932 (42). Vgl. den Leserbrief eines Milchbauern in Aiblinger Zeitung 18./19. 5. 1930 (114): „Während früher das Verhältnis des Milchpreises zum Bier wie 1:2 war, hat sich dieses Verhältnis jetzt sehr zuungunsten der Milch verschoben. Bier kostet heute viermal soviel als Milch. Wie soll da der Landmann auf seine Kosten kommen?“

<sup>37</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 24./25. 5. 1932 (117).

50000 l. in den Betrieben verblieb und besonders im verkehrungünstigen Osten des Verwaltungsbezirks zu Butterschmalz und unrentabler Landbutter verarbeitet wurde. Seit Januar 1931 organisierte eine Wasserburger Molkerei hier eine Aktion zur Rahmverwertung. Per LKW war es möglich, die kleinen Rahmmengen aus den abgelegenen Gebieten nach Wasserburg zu transportieren, wobei den Bauern die Magermilch zur Verfütterung blieb. Für die im Herbst 1931 teilnehmenden 50 Landwirte bedeutete das eine monatliche Gesamteinnahme von fast 4000 RM, ein Betrag, der bei der herkömmlichen Milchverwertung nicht zu Erlösen gewesen wäre<sup>38</sup>.

#### e) Die Holzwirtschaft

Nur spärliche Aussagen sind zu den Auswirkungen des Preisverfalls auf dem Holzmarkt für die bäuerlichen Erzeuger möglich, handelte es sich doch bei diesem Produkt um ein Erzeugnis, das langfristige Investitionen erforderte und an dem sich daher nicht, wie etwa an Viehbestandszahlen, die Auswirkungen der gedrückten Absatzlage anhand von Betriebsumstellungen binnen weniger Jahre ablesen lassen. Die rapiden Preiseinbrüche, weniger durch die vielkritisierete russische Dumpingpolitik als die Marktlage im Inland, besonders die Krise des Baugewerbes bedingt, blieben jedoch gerade für die Landwirtschaft im Alpenland, die auf Nebeneinnahmen aus der Nutzung der Bergwälder angewiesen war, nicht ohne negative Folgen, betrafen aber auch im Flachland Bauern, die sich angesichts ihrer prekären Finanzlage auf ihren hölzernen Notgroschen besannen, doch erkennen mußten, daß ihre Waldungen fast wertlos geworden waren.

Tab. 54: Preisentwicklung auf dem Holzmarkt 1928–1933:<sup>39</sup>

	Bauholz (1913 = 100)	Schnittholz (1928/30 = 100)
1928:	162,9	106,7
1929:	155,3	101,8
1930:	137,2	91,5
1931:	112,3	73,4
1932:	92,1	59,2
1933:	–	62,8

Langholz wurde von Januar 1930 bis November 1932 um 61 %, Papierholz um 58 % billiger gehandelt<sup>40</sup>. Nicht allein der Holzeinschlag in den Staatsforsten, der den Kleinbauern wertvolle Verdienstmöglichkeiten zur Überbrückung des Winters gewährt hatte, kam nun zum Erliegen<sup>41</sup>, auch die Nutzung der privaten Bestände erwies sich unter diesen Umständen als unrentabel. Besonders im Gebirge, wo erschwerte Bedingungen die Bringungskosten erhöhten, war ein

<sup>38</sup> Haager Bote 24. 9. 1931 (112); Wasserburger Wochenblatt 24. 9. 1931 (115).

<sup>39</sup> StfB 20 (1934), VIII, 14.

<sup>40</sup> OCBV, Bauernhofsterben, 10.

<sup>41</sup> Aiblinger Zeitung 29. 11. 1930 (276); vgl. u. S. 105. Zur Entlassung von Forstarbeitern im BA Rosenheim: Berichte d. Bayer. Landesamts, Juni 1931/1, StALa Rep. 168/1, Fasc. 2622, Nr. 8419.

Stockzins kaum noch zu erzielen<sup>42</sup>. Der Notbehelf der Landwirte, einer Schuldenaufnahme durch den Rückgriff in die „Sparbüchse des Bauern“<sup>43</sup> zu entgehen und somit die Belastungen der Agrarkrise aus eigener Kraft abzudecken, war damit verwehrt.

### f) *Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt*

Ein für die Bauern zunächst willkommener Aspekt der Krise war die Ausweitung des landwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots, das bisher stets Anlaß für Klagen gegeben hatte. Im Rottal warben seit Jahren gewerbsmäßige Stellenvermittler Dienstboten ab, um sie in die Industriegebiete Mitteldeutschlands zu transferieren<sup>44</sup>. Knechte und Mägde zog es darüberhinaus in die Umgebung Münchens, da dort fast doppelt so hohe Löhne als im Rottal bezahlt wurden<sup>45</sup>, sofern sie nicht gleich ihr Glück in der Großstadt suchten. In Verbindung mit steigendem Wohlstand der einheimischen Gütler, die es nicht mehr nötig hatten, ihre Töchter in fremden Dienst zu schicken, sondern sie am eigenen Hof beschäftigten<sup>46</sup>, hatte dies ab Mitte der zwanziger Jahre zu einem einschneidenden Personalangel geführt. Nun wendete sich das Blatt: Im Laufe des Jahres 1930 ließ die Abwanderung in die Industriezentren nach und das Rottal meldete erstmals ein Überangebot von Knechten<sup>47</sup>, doch hielten sich die Bauern jetzt bei Neueinstellungen aus Kostengründen zurück und tendierten ihrerseits zu Per-

<sup>42</sup> Industrie- u. Handelskammer München, Wirtschafts- u. Geschäftsjahr 1931, 34.

<sup>43</sup> Vgl. den Geschäftsbericht der Bezirksbauernkammer Rosenheim, Sitzung v. 24. 5. 1932, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29. 5. 1932 (120).

<sup>44</sup> Die Bezirksbauernkammer Griesbach berichtete dem Bezirksamt am 7. 7. 1928: „In der heutigen Sitzung wurde festgestellt, daß aus 11 vertretenen Gemeinden im heurigen Jahre bereits 160 Dienstboten und zwar gerade die besten und tüchtigsten Kräfte abgewandert sind. Die Abwanderung namentlich auch überwiegend weiblicher Dienstboten, von gewissen Werbern plan- und gewerbsmäßig betrieben, erfolgt in die Industriegebiete nach Sachsen und Thüringen. Von dort kehren die Arbeiter in der Regel nach 30–35 wöchiger Arbeitszeit wieder zurück und beziehen bis zur Wiedereinstellung Erwerbslosenfürsorge. Durch die dabei zur Schau getragene Bequemlichkeit des Lebens verseuchen diese Leute die ganze Gegend und wird sich der Strom der Abwanderer schon in den nächsten Jahren katastrophal für die Landwirtschaft auswirken“. StALa Rep. 164/6, 6124.

<sup>45</sup> Rund 10.– statt 5–6 RM im Rottal (incl. Verpflegung); HMB d. Regierungsprärs. v. Ndb. 479 (17. 6. 1929), StALa Rep. 168/5, 560.

Zur Situation der landwirtschaftlichen Dienstboten im Rottal s. Ökonomierat Ruhwandl (1929) in Alzheimer, Rottgau, 92f.: „Die Arbeiterverhältnisse sind im Rottgau noch als günstig zu bezeichnen. Freilich wollen das viele Landwirte nicht glauben und Klagen gibt es auch tatsächlich genug ... Die Lohnsätze sind jedoch im Rottal niedriger als in anderen Gegenden, während die sog. ‚Zukehrung‘, bestehend in Hemden, Stiefeln, Pantoffeln und ähnlichem reichlich bemessen ist. Die Dienstboten sind oft Kinder benachbarter Kleingütler, welche dann vom Bauern Leihgespanne erhalten, gelegentlich auch Streustroh und sog. Kartoffelbifänge. Das Verhältnis vom Dienstboten zum Dienstherrn ist vielfach noch patriarchalisch. Man ißt zusammen am gleichen Tisch und vollkommen die gleiche Kost. Diese ist entschieden besser als in anderen Gegenden. Nicht nur, daß es alle Tage mit Ausnahme des Freitag Fleisch gibt, sondern es wird auch in den allermeisten Höfen das gesamte überreichlich vorhandene Geflügel im eigenen Betrieb verzehrt, wobei die Dienstboten den gleichen Anteil haben. Jedenfalls wird an der Kost in keiner Weise gespart.“

<sup>46</sup> Bericht d. Landwirtschaftsstelle Pfarrkirchen Januar 1930, StALa Rep. 164/6, 6135.

<sup>47</sup> Ebd., Dezember 1930.

sonaleinschränkungen<sup>48</sup>. Die Arbeitslosigkeit griff nun auch auf die Agrargebiete über<sup>49</sup>.

Ähnlich war die Arbeitsmarktlage im Alpenvorland. Herrschte beim Rosenheimer „Schlenklmarkt“ 1930 noch Dienstbotenmangel wie in den Vorjahren<sup>50</sup>, erhielten die begehrten Arbeitskräfte Löhne geboten, die auf gleichem Niveau oder oft über denen städtischer Hausangestellter lagen<sup>51</sup>, so änderte sich auch hier binnen Jahresfrist die Situation grundlegend. Am „Blasitag“ 1931, an dem der Stellenwechsel im Wasserburger Land erfolgte, blieben allein hier 70 Knechte ohne Dienstherrn<sup>52</sup>, im gesamten Arbeitsamtsbezirk waren es rund 500, wobei für die hohe Zahl viele Rückwanderer verantwortlich waren, die vor Jahren in Industrie und Gewerbe abgewandert waren und jetzt nach Verlust ihres Arbeitsplatzes versuchten, wieder in der Landwirtschaft Fuß zu fassen<sup>53</sup>. Zum Schlenklmarkt 1932 trafen im Rosenheimer Arbeitsamt schließlich 700 Dienstboten auf 150 Bauern. Bei Durchschnittswochenlöhnen um 4 RM, weniger als der Hälfte früherer Verdienste, konnte bis Mittag nur jeder siebte der Arbeitssuchenden vermittelt werden<sup>54</sup>.

Das plötzliche Überangebot äußerte sich auf Landesebene in rigorosen Kürzungen der Tariflöhne:

Tab. 55: Tarifliche Jahresbarlöhne landwirtschaftlicher Dienstboten (Ortsklasse II bzw. B, in RM):<sup>55</sup>

	1. Knecht	1. Magd
1928:	351–412	260–307
1930:	421–494	313–368
1931:	380–445	282–331
1932:	300–353	224–263
1933:	270–318	202–237

Neben diesen offiziellen Einbußen trafen die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer weitere Abstriche, die in den Statistiken nicht aufscheinen. Den Bauern, die ja selbst oft um ihre Existenz kämpften, fiel es bei dem Überschuss an Arbeitswilligen nicht schwer, den kaum organisierten Dienstboten individuelle Gehaltsabschläge aufzuzwingen. Bei Bestehen eines Vertrages seien einseitige Lohnkürzungen zwar unzulässig, erklärte die Bezirksbauernkammer Wasserburg im

<sup>48</sup> HMB d. Regierungspäs. v. Ndb. 148 (18. 2. 1932), StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>49</sup> Vgl. den Bericht des Pockinger Bürgermeisters zur Fürsorgefrage 30. 5. 1933: „Und sieht man die Herren Wohlfahrtserwerbslosen näher an, es sind lauter abgehalfterte oder gern ausgestandene Bauernknechte, nicht ein Spezial- oder Facharbeiter ist darunter.“ StALa Rep. 164/6, 4508.

<sup>50</sup> Von 227 vom Arbeitsamt Rosenheim annoncierten Stellen konnten nur 198 besetzt werden; Rosenheimer Anzeiger 16. 1. 1930 (12); 1./2. 3. 1930 (50). Ende Mai meldete das Arbeitsamt ebenfalls per Inserat 143 offene Stellen: 133 der gesuchten Kräfte waren landwirtschaftliche Dienstboten. Rosenheimer Anzeiger 29. 5. 1930 (123).

<sup>51</sup> Kolbermoorer Volksblatt 1./2. 3. 1930 (50).

<sup>52</sup> Wasserburger Anzeiger 7. 2. 1931 (31).

<sup>53</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 5./6. 2. 1931 (29).

<sup>54</sup> Rosenheimer Anzeiger 4. 2. 1932 (28).

<sup>55</sup> Für 1928–1930: Stand 1. Februar; 1931 ff.: 1. Juli. StJB 19 (1930), VIII, 4 b; 20 (1934), VIII, 6 b.

Oktober 1931, „verständige Dienstboten“ würden aber „solche Wünsche unter dem heutigen schlimmen wirtschaftlichen Druck verstehen“<sup>56</sup>. Anlässlich einer landwirtschaftlichen Arbeitgeberversammlung in Rosenheim im Dezember des selben Jahres rief der Referent auf, von den Möglichkeiten zu Lohnabschlägen, die die Notverordnung biete, ausgiebig Gebrauch zu machen. Man überspanne allerdings den Bogen, wenn man, wie von einem Versammlungsteilnehmer berichtet, einem Knecht wöchentlich nur noch ein bis zwei Mark Taschengeld zahle. Lohnkürzungen in solchem Ausmaß brächten die Gefahr einer Radikalisierung der Dienstboten mit sich<sup>57</sup>. Eine Bauernversammlung in Isen nannte wenig später Barlohnskungen von 30% und beschloß darüberhinaus, die „Trümmer“, also die Deputate, ersatzlos wegfallen zu lassen<sup>58</sup>.

Die Bezirksbauernkammer Griesbach scheute schließlich nicht davor zurück, die ärztliche Versorgung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Frage zu stellen. Es genüge, die Dienstboten nur in besonders ernsten Fällen ins Krankenhaus zu bringen, wobei ein Pferdewagen anstelle teurer Krankentransporter eingesetzt werden solle. „Wie oft kann auch ein freundliches Wort bei Erkrankung eines Dienstboten, ein gereichtes alterprobtes Hausmittel und ein warmes Stüberl im Hause Wunder wirken und den Kassen Tausender ersparen“, was im Endeffekt den Bauern im Umweg über sinkende Beitragszahlungen zugute komme<sup>59</sup>.

#### g) Verschuldung, Pfändungen und Vergantungen

Die angespannte Finanzlage der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns führte zu einer Flut von Pfändungen und Zwangsversteigerungen, die als vielzitiertes, augenfälligstes und gravierendstes Symptom der angegriffenen Agrarwirtschaft die Gemüter der bäuerlichen Bevölkerung erhitzen. Gerade in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise zeigte sich jedoch, daß rein landwirtschaftliche Betriebe verhältnismäßig resistent gegen diese letzte Konsequenz der Überschuldung waren. Von 510 im Jahre 1929 in Bayern zwangsversteigerten Anwesen waren nur 236 ausschließlich vom Verkauf der erzeugten Agrarprodukte abhängig, dagegen 274 mit Gewerbebetrieben, etwa einem Handwerk, einer Gastwirt-

Tab. 56: Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe:<sup>60</sup>

Jahr	Bayern		Oberbayern		Niederbayern		verhinderte Zwangsveräußerungen (Bayern)
	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha	
1928:	415	4299	66	1768	107	880	679
1929:	510	765	91	1188	130	1352	466
1930:	690	5642	110	1029	145	1367	–
1931:	1275	12406	266	3099	274	3320	435
1932:	1923	17490	313	4087	411	4445	–

<sup>56</sup> Haager Bote 24. 10. 1931 (125).

<sup>57</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 12./13. 12. 1931 (186).

<sup>58</sup> Haager Bote 28. 1. 1932 (10).

<sup>59</sup> Bezirksbauernkammersitzung 27. 1. 1933, Pockinger Zeitung 7. 2. 1933 (16).

<sup>60</sup> ZBSStL (1930), 281 u. 396f.; 64 (1932), 265ff.; 65 (1933), 276ff.

schaft oder einer Krämerei verknüpft. Ihr Anteil von 53,7 % war damit aber im Vergleich zum Vorjahr (57,3 %) bereits im Sinken begriffen, während die Gesamtzahl der Vergantungen sprunghaft emporschnellte<sup>61</sup> (Tab. 56).

Waren die Vergantungszahlen bis 1930 noch einigermaßen im Rahmen der Vorkriegsergebnisse geblieben (Landesdurchschnitt 1909/13: 502 Zwangsversteigerungen mit 3908 ha Fläche)<sup>62</sup>, so erreichten sie jetzt ungeahnte Höhen, wobei allerdings die Miteinbeziehung einzelner Grundstücke in die Statistik ab 1931, die rund ein Fünftel der versteigerten Objekte ausmachten, den Vergleich verzeichnet<sup>63</sup>.

Für die konkreten Gründe der einzelnen Betriebszusammenbrüche lassen sich nur hypothetische Aussagen treffen. Eine Zusammenstellung des Bayerischen Statistischen Landesamts für die Jahre 1928 und 1929, die auf den natürlich sehr subjektiven Angaben der Gemeindeverwaltungen basierte, läßt aber den Schluß zu, daß zumindest in dieser Phase, in der die Agrarkrise noch nicht ihren Kulminationspunkt erreicht hatte, Mißwirtschaft und andere, oft persönliche und nicht direkt und ausschließlich von der momentanen Marktlage beeinflusste Faktoren als Hauptgrund für die Mehrzahl der Vergantungen anzusehen sind<sup>64</sup>. Darauf deuten auch die Berichte der Gemeinden an das Bezirksamt Griesbach hin: Von den 1929/30 vorgekommenen Güterzertrümmerungen waren elf auf persönliche Gründe, etwa Erbauseinandersetzungen oder Wegzug, zurückzuführen, drei auf schlechte Wirtschaftsführung und fünf auf allgemeine Überschuldung<sup>65</sup>.

Der sprunghafte Anstieg der Zwangsversteigerungen nach 1930 zeigt jedoch, daß nun die sinkenden Preise einen weiteren Betriebskreis in erste finanzielle Schwierigkeiten brachten. Vor allem ohnehin wenig rentable Höfe hielten jetzt dem Druck nicht mehr stand, aber auch Bauern, die im Vertrauen auf ihre Sachwerte und aus den Erfahrungen der Inflationszeit heraus größere Investitionen getätigt hatten und nun vom einsetzenden scherenförmigen Auseinanderdriften von Verbindlichkeiten und Erlösen ihrer Produkte überrascht wurden.

Die Vergantungsstatistik zeigt dabei bei weitem nicht alle Höfe, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise notgedrungen den Besitzer wechselten. Vielfach konnte noch vor der Ausschreibung zur Versteigerung ein Notverkauf getätigt werden, der aber, wie die Versteigerungserlöse, kaum dem Wert des Objekts entsprach. Geradezu Spottgelder wurden für landwirtschaftliche Anwesen erzielt: Ein Hof in Feilnbach (BA Aibling) mit über 200 Tagwerk Grund, lebendem und totem Inventar, erbrachte im Frühjahr 1931 gerade 14000 RM<sup>66</sup>. Wenig später

<sup>61</sup> ZBStL 62 (1930), 280f.; vgl. 61 (1929), 262f. Haager Bote 3. 5. 1930 (49).

<sup>62</sup> ZBStL 62 (1930), 397.

<sup>63</sup> ZBStL 64 (1932), 265 ff.

<sup>64</sup> Beyer, Agrarkrise, 80, Anm. 17, stellt die Angaben für 1928 Behauptungen „der Presse der Linken“ gegenüber, „ein großer Teil der zur Zwangsversteigerung gekommenen Betriebe sei den Besitzern verloren gegangen, weil sie schlecht gewirtschaftet hatten oder bei Trunk und Spiel große Schulden machten.“ Er berücksichtigt dabei jedoch nur die Zahlen der Sparten „schlechte Bewirtschaftung“ und „Mangel an Sparsamkeit/Trunksucht“, läßt aber andere Gründe, die durchaus auf ein Verschulden des Bewirtschafters hindeuten („schlechte Geschäftsführung im Gewerbebetrieb“, „Spekulationen und Bauaufführungen“) außeracht. Nur 13 der 415 Vergantungen wurden auf Unglücksfälle und Brände zurückgeführt.

<sup>65</sup> StALa Rep. 164/6, 6282.

<sup>66</sup> Haager Bote 12. 3. 1931 (31).

wechselte ein Gut nordöstlich Rosenheims, das in der Vorkriegszeit einen Wert von 80–100 000 M repräsentiert hatte, für 23 000 RM den Besitzer.<sup>67</sup>

Die Maßnahmen der bayerischen Regierung zur Sanierung in Bedrängnis geratener Betriebe bewirkten zwar, daß viele Versteigerungen verzögert oder noch im letzten Moment abgewendet wurden, doch fehlten dem ausführenden Organ, der Bayerischen Landessiedlung, die Finanzmittel, noch effektivere Hilfe zu leisten. Nicht zuletzt die Kreditkrise des Sommers 1931, besonders die Einstellung des langfristigen Hypothekarkredits an sich behinderte die Arbeit der Institution, und auch eine alternative Aktion zur Umschuldung der Landwirtschaft bot nur einen beschränkten Ausgleich. Von 1547 Umschuldungsgesuchen, die dem bayerischen Finanzministerium am 22. Mai 1930 zur Bearbeitung vorlagen, wurden lediglich 439 positiv bewertet, in 323 Fällen konnte wenigstens eine anderweitige, günstige Regelung durch die Bayerische Landessiedlung getroffen werden.<sup>68</sup> Von 2897 im Kalenderjahr 1931 von der Bayerischen Landessiedlung behandelten Eingaben zur Besitzfestigung wurden schließlich lediglich 435 im Sinne der Antragsteller entschieden.<sup>69</sup> Im Juni 1932 gab die staatliche Hilfsstelle bekannt, es könnten nur noch die dringendsten Fälle behandelt werden, im Oktober waren ihre Mittel völlig erschöpft.<sup>70</sup>

Inwieweit wurde nun unser Untersuchungsgebiet im einzelnen von Verschuldungen und Vergantungen erfaßt? Da in den amtlichen Statistiken die kleineren Verwaltungseinheiten nicht gesondert ausgewiesen sind, muß zur Klärung dieser Frage auf die Untersuchung des Oberbayerischen Christlichen Bauernvereins zum „Bauernhofsterben im bayerischen Oberland“ vom Januar 1933 zurückgegriffen werden, die allerdings nur Material für den Raum am unmittelbaren Alpenrand und damit auch die Bezirke Aibling und Rosenheim beinhaltet.

Eine stichprobenartige Auswertung der Verschuldung von 419 Betrieben in 11 Bezirksämtern ergab, daß vor allem die Kleinbetriebe, aber teilweise auch Großbauern mit den höchsten Schuldenbergen zu kämpfen hatten. Auch für Aibling und Rosenheim läßt sich diese Aussage treffen (Tab. 57).

Bei der Durchschnittverschuldung lag danach Aibling hinter Traunstein, Garmisch und Wolfratshausen an vierter Stelle der elf Alpenrandbezirke, gefolgt von Miesbach und Rosenheim.<sup>71</sup> In Aibling war es auch, wo das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in den Strudel des wirtschaftlichen Niedergangs geriet. Aufgrund der massiven Preiseinbrüche auf dem Futtermittelmarkt wurde die Aiblinger Lagerhausgenossenschaft im Frühjahr 1931 illiquid und schloß ihre Geschäfte mit einem Minus von 100 000 RM. Zwar konnten die Gläubiger durch das Eingreifen der örtlichen Darlehenskassenvereine befriedigt werden, die 170 Genossenschaftsmitglieder, meist kleine Bauern, verloren jedoch 330 Anteile zu je 300 RM, was nicht nur für die Betroffenen einen schweren Schlag bedeutete, sondern auch das Vertrauen in den Genossenschaftsgedanken untergrub.<sup>72</sup>

<sup>67</sup> Rosenheimer Anzeiger 28./29.3.1931 (72).

<sup>68</sup> Bayer. Staatsministerium d. Finanzen an Bayer. Staatsministerium d. Äußern 22.5.1930, BayHStA MWi 460.

<sup>69</sup> ZBStL 64 (1932), 267.

<sup>70</sup> StALa Rep. 164/6, 6163.

<sup>71</sup> OCBV, Bauernhofsterben, 7.

<sup>72</sup> Aiblinger Tagblatt 3.2.1931 (22); 26.6.1931 (120); 16.4.1932 (74); Rosenheimer Anzeiger 8.5.1931 (105); Aiblinger Zeitung 23.5.1931 (117); 31.5.1931 (123). Die Zeitung meldete am 31.3.1931 (74), die BayWa plane, die zusammengebrochene Genossenschaft zu übernehmen.

Tab. 57: Verschuldung landwirtschaftlicher Betriebe in den Bezirksamtern Aibling und Rosenheim zum Jahresende 1932:<sup>73</sup>

		Erfaßte Betriebe		Festgestellte Verschuldung		
Betriebsgröße in Tgw.	Zahl	Fläche in Tgw.	Einheitswert RM	Schulden RM	in % des Einheitswerts	pro Tgw. RM
unter 15	2	26	7 800.—	7 800.—	100	300.—
15– 60	14	536	157 700.—	205 411.—	130	383.—
60– 150	5	509	154 000.—	99 980.—	65	196.—
150– 300	5	1 139	220 472.—	336 500.—	152	290.—
insgesamt	26	2 210	539 972.—	649 691.—	120	293.—
<i>Bezirksamt Rosenheim</i>						
unter 15	12	125	44 900.—	77 650.—	173	621.—
15– 60	47	1 647	453 820.—	586 068.—	129	355.—
60– 150	24	2 093	464 788.—	486 038.—	104	280.—
150– 300	4	686	77 500.—	129 000.—	166	188.—
insgesamt	87	4 551	1 041 008.—	1 278 756.—	122	280.—

Als Folge der Überschuldung war der Gerichtsvollzieher ein häufiger Gast bei den bayerischen Bauern. Das Amtsgericht Rosenheim schätzte, daß von den 8381 Anträgen auf Zwangsvollstreckung an Mobilien, die 1931 in seinem Zuständigkeitsbereich einliefen (1. 1. 1932–31. 10. 1932: 7 214), etwa 65–70 % auf Maßnahmen gegen Landwirte entfielen. Vergleichbar war die Situation im Amtsgerichtsbezirk Prien, wo 1931 840, 1932 bereits 960 Anträge bearbeitet wurden<sup>74</sup>.

Letzte Konsequenz aus der Überschuldung der Höfe war schließlich die Zwangsversteigerung, hatte der Besitzer nicht noch rechtzeitig sein Anwesen veräußert, um mit dem Erlös die Verbindlichkeiten zu begleichen (Tab. 58).

Im Hinblick auf die Gesamtzahl der bäuerlichen Anwesen war die Anzahl der Fälle, in denen Landwirte wegen uneinbringbarer Zahlungsrückstände tatsächlich Haus und Hof verloren, damit nur gering. Schwerer im Bewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung wog die Tatsache, daß eine Vielzahl weiterer Bauernanwesen knapp am Rande des finanziellen Abgrunds stand und bei einer Zurücknahme des Vollstreckungsschutzes jederzeit unter den Hammer kommen konnte<sup>75</sup>. Wenn aus einem Bergbauerndorf wie Törwang am Samerberg (BA Rosenheim) gemeldet wurde, von den 45 Höfen der Gemeinde seien zehn so

<sup>73</sup> OCBV, Bauernhofsterben, 5f. Zu Jahresbeginn 1933 waren im BA Wasserburg rund 400 Höfe zu mehr als 50 % ihres Einheitswerts verschuldet; Versammlung d. Landwirtschafts. Bezirksvereins Wasserburg 3. 2. 1933, Wasserburger Anzeiger 5./6. 2. 1933 (30).

<sup>74</sup> OCBV, Bauernhofsterben, 10f. Im Amtsgerichtsbezirk Rosenheim waren 1928 6931 Zwangsvollstreckungen durchgeführt worden, 1929 7280; Aiblinger Zeitung 16. 1. 1930 (12).

<sup>75</sup> Vgl. die Korrespondenz zwischen BA Griesbach. Notariat und Gemeinden wegen zur Zwangsversteigerung ausgeschriebener Besitzungen, wobei in der Regel ein Moratorium mit Berufung auf die Notverordnung v. 8. 12. 1931 bzw. ihre Neufassungen v. 14. 6. 1932, 27. 9. 1932 und 17. 1. 1933 erreicht wurde: StA La Rep. 164/6, 6114.

Tab. 58: Notverkäufe und Zwangsversteigerungen von Bauernhöfen in den BÄ Aibling und Rosenheim:<sup>76</sup>

Verwaltungsbezirk	Jahr	Zahl	Fläche in Tgw.	Belastung in RM	Erlös
<i>Notverkäufe</i>					
BA Aibling	1931	3	281	120000.–	146000.–
	1932	5	228	83000.–	91500.–
BA Rosenheim	1932	6	191	67000.–	88000.–
<i>Zwangsversteigerungen</i>					
BA Aibling	1931	1	165,5	116800.–	53200.–
	1932	5	42,9	37000.–	25700.–
BA Rosenheim	1931	7	316,5	289700.–	162200.–
	1932	6	59,1	62400.–	48400.–

schwer verschuldet, daß sie sich nicht mehr lange halten könnten, und auch der Bestand der übrigen sei gefährdet<sup>77</sup>, so läßt das die Existenzangst erahnen, die sich unter den Landwirten ausbreitete, wozu sich verletzter Stolz und Trotz der auf ihre Unabhängigkeit bedachten Bauern mischte.

Schlagworte wie das einer drohenden Überfremdung des Alpenvorlands durch Aufkäufer aus Norddeutschland und den Industriegebieten, vor allem vom Christlichen Bauernverein verbreitet<sup>78</sup>, fanden bereitwillig Gehör. In sechs Monaten seien im Inn-, Chiem- und Rupertigau 60 Höfe verkauft worden, davon ca. 50 „Sitze jahrhundertalter Bauerngeschlechter“, meldete die Bayerische Staatszeitung<sup>79</sup>. „Es gelte, den Gebirgler nicht zum Hausknecht der Fremden zu machen“, forderte eine auch von der Rosenheimer Presse verbreitete Zuschrift an die Münchner Neuesten Nachrichten<sup>80</sup>. Das Schreckbild eines entwurzelten Bauernstandes, verbunden mit dem Niedergang von Sitte und Tracht durch „norddeutsche Unterwanderung“<sup>81</sup>, entfachte neue Aggressionen und heizte die Stimmung gegen die bestehenden Zustände weiter an.

<sup>76</sup> OCBV, Bauernhofsterben, 11 f.

<sup>77</sup> Ebd., 8.

<sup>78</sup> Die Denkschrift des OCBV warnte eindringlich vor einer „Überfremdung ... in völkischer Hinsicht“ und „moralischer Beziehung“ und nannte als Erwerber von 154 Höfen im Alpenvorland 34 Landwirte, aber 120 Angehörige anderer Berufe; ebd., 12 ff. Ähnlich CBV-Vorsitzender Heim in Regensburg 15. 1. 1933, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 16./17. 1. 1933 (12). Vgl. A. Hundhammer (BVP) im Bayer. Landtag 23. 11. 1932: „Wenn wir die Besitzveränderungen im Alpengebiet beobachten, dann sehen wir, daß der eingesessene Bauernstand mehr und mehr aufgekauft wird von Industriearabern aus dem Norden, (sehr richtig!), die ihr Geld noch da herunter gut anlegen wollen, weil sie noch großes Vertrauen zur politischen Zukunftsgestaltung in Bayern haben und glauben, daß wir mit unserer Kommunistischen Fraktion noch eher fertig werden, als das in Berlin der Fall sein dürfte. (Heiterkeit).“ Verhandlungen 1932/33, Stenograph. Berichte Bd. I, 298. Hundhammer stellte zu dieser Problematik auch eine Anfrage im Landtag; Verhandlungen 1932/33, Übersicht, 7 (Kurze Anfrage 47).

<sup>79</sup> Zit. nach Aiblinger Tagblatt 27. 7. 1932 (143).

<sup>80</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 14./15. 11. 1932 (262).

<sup>81</sup> Aiblinger Zeitung 9. 2. 1933 (33).

### h) Hilfsmaßnahmen

Beschnitt der Preisverfall von Vieh- und Veredelungsprodukten die Einkommen der Landwirte am Alpenrand existenzbedrohend, nahm ihnen die mangelhafte Nachfrage nach Holz die Möglichkeit, sich in der Holzwirtschaft einen Nebenverdienst zu erarbeiten oder auf eigene Waldbestände zurückzugreifen, um die Notjahre zu überbrücken, so wurde die Situation der Berg- und Voralpenbauern geradezu hoffnungslos, wenn zusätzlich Naturkatastrophen die ohnehin geringen Erträge schmälerten. Ein schwerer Hagelschlag, der am 5.6.1932 besonders in dem unmittelbar am Fuß der Alpen liegenden südlichen Teil des Rosenheimer Bezirks die Getreide-, Futter- und Obsternte fast völlig vernichtete sowie schwere Gebäudeschäden verursachte, machte staatliche Eingriffe notwendig, um wenigstens den akuten Getreidemangel der Gebirgsgegenden zu beheben.

Ein Brief des Landesbauernkammervorsitzenden Direktor Michael Melchner vom Oberbayerischen Christlichen Bauernverein an Innenminister Stützel vom Juni 1932 führt die hoffnungslose Lage in den betroffenen Gebieten plastisch vor Augen:

„Die Not in unserem oberbayerischen Alpen- und Voralpengebiet steigert sich ins Unerträgliche. Es sind uns nicht wenige Fälle bekannt, wo Landwirte, selbst solche mit größerem Besitz, schon wochenlang kein Stückchen Brot mehr haben. Den Leuten fehlen die nötigen Einnahmen, um Brotgetreide oder Mehl kaufen zu können. Diese Erscheinung ist, wie allgemein bekannt, darauf zurückzuführen, daß die Viehpreise vollständig ungenügend sind und Holz überhaupt unverkäuflich ist. Die wenigen Einnahmen aus dem Verkaufe von Milch werden verschlungen von den Steuern, Löhnen, öffentlichen Lasten und Schuldzinsen, die bezahlt werden müssen.

Wenn zu allem Unglück die Leute auch noch von Unwetterkatastrophen heimgesucht werden, wie das erst vergangene Woche in Teilen des Miesbacher, Rosenheimer, Aiblinger, Traunsteiner und Reichenhaller Bezirks der Fall war, wo die gesamte Ernte nicht nur in Getreide, sondern auch in Grünfutter und Obst vernichtet wurde, dann kann man verstehen, wenn sich allmählich eine Verzweiflungsstimmung breitmacht, die das Schlimmste befürchten läßt. Wir erhalten tagtäglich von unseren Obmännern Zuschriften, aus denen der furchtbare Ernst der Lage spricht und die die tatsächliche Stimmung in unserem Alpen- und Voralpengebiet wiedergeben. Die Leute sagen sich, für alles Mögliche hat der Staat Geld, nur für uns hat er keines, um uns in unserer furchtbaren Lage zu helfen; für Hühner hat man billigeren zollfreien Weizen und uns läßt man verhungern. Wenn die Kommunisten am Ruder sind, kann es uns auch nicht schlechter ergehen.

Wir fühlen uns in wohlmeinendem Staatsinteresse verpflichtet, auf diese dumpfe Verzweiflungsstimmung, wie sie bereits viele Gebirgsbauern befallen hat, aufmerksam zu machen. Es muß etwas geschehen, bevor es zu spät ist.“<sup>82</sup>

Als Hilfsmöglichkeit bot sich ein verbilligtes Auslandsroggenkontingent von 1500 t an, welches das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf Antrag der Bayerischen Staatsregierung vom 31.5.1932 kurz zuvor zur Verfügung gestellt hatte<sup>83</sup>. Bereits am 14.6.1932 wurde die Regierung von Ober-

<sup>82</sup> BayHStA ML 5121. Vgl. das Schreiben der BVP- Landtagsabg. Hundhammer, Gasteiger u. Breitenbach an Innenmin. Stützel 8.6.1932, ebd.

<sup>83</sup> Die für das Reichsgebiet zur Verfügung gestellte Gesamtmenge von zunächst 5000 t wurde bereits am 17.6.1932 um weitere 2380 t aufgestockt; Reichsmin. f. Ern. u. Landwirtsch. an Bayer. Innenministerium, Abt. Landwirtsch. 17.6.1932, BayHStA ML 5121. Nach Zahlenangaben des Innenministeriums v. 19.1.1933 wurden 1932 in Bayern insgesamt

bayern ermächtigt, 4 200 Ztr. Roggenmehl über die genossenschaftlichen Lagerhäuser der GeWa und BayWa in den Hagelgebieten zu verteilen, wobei der Bezirk Rosenheim mit 1 600 Ztr. den Löwenanteil erhielt (BA Aibling: 500 Ztr.). Auch bei einer zweiten Vergabe am 18. Juni, bei der auch nicht vom Unwetter geschädigte Gebiete in die Zuteilung einbezogen wurden, war der Rosenheimer Bezirk mit weiteren 900 Zentnern mit am besten berücksichtigt<sup>84</sup>, doch reichten diese Mengen nicht aus, um den enormen Bedarf zu decken. Auf Bitten des Rosenheimer Bezirksamts befürwortete die Regierung von Oberbayern im August weitere Lieferungen von Restmehlmengen in diese besonders betroffene Region<sup>85</sup>.

Wurde die Hilfsaktion auch von allen Beteiligten einhellig begrüßt, so regte sich doch Kritik an den Modalitäten der Verteilung. Die „Neue Bauernbewegung“, eine in der Umgebung Rosenheims entstandene bäuerliche Protest- und Selbsthilfegruppe<sup>86</sup>, bemängelte die Bedingung des Reichsministeriums, die Roggenabgabe nur in vermahlenem Zustand zuzulassen, um die bestimmungsmäßige Verwendung zu gewährleisten. Neben Brotgetreide fehle es auch an Futtermitteln, zudem sei den kleinen Landmüllern nun schon seit zwei Jahren „fast kein Getreide auf die Mühle gebracht“ worden. Bei einer Vermahlung vor Ort würde das ländliche Mühlengewerbe beschäftigt, zudem könne die abfallende Kleie als Beifutter dienen<sup>87</sup>.

Der Erfolg der Roggenaktion veranlaßte das Bayerische Innenministerium, bei der Reichsregierung auf eine Weiterführung zu drängen. Am 11.1.1933 schrieb Innenminister Stützel an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Verhältnisse in den bayerischen Mittelgebirgen und im Voralpenland seien „infolge der weiter gesunkenen Vieh-, Milch- und Holzpreise noch trostloser geworden, sodaß eine neuerliche Hilfsmaßnahme nicht zu umgehen“ sei. Vielleicht könnte wenigstens aus den Lagerbeständen der Geflügelfutterfabriken verbilligtes Getreide abgegeben werden. Obwohl er darauf hinwies, „daß es in der Öffentlichkeit nicht verstanden würde, wenn sehr erhebliche Mittel zur Verbilligung von Futtermitteln aufgewendet, zur Erhaltung der infolge der Arbeitslosigkeit und des Darniederliegens der Veredlungswirtschaft hungernden Bevölkerungskreise Maßnahmen aber nicht ergriffen würden“<sup>88</sup>, signalisierte Berlin die prinzipiell ablehnende Haltung der Reichsregierung. Selbst die eiligst aus München nachgeschobene Einschränkung, sollte für die von Bayern geforderte Subventionierung von Brotgetreide, Futtermitteln und 10 000 Ztr. Weichkäse kein Geld zur Verfügung stehen, wären die ersteren Maßnahmen als beson-

3880t Roggen verteilt. Der Einheitspreis pro Ztr. Mehl betrug gegen Bezugsschein 10,50 RM; ebd.

<sup>84</sup> Reg. v. Oberbayern an Bayer. Innenministerium, Abt. Landwirtsch. 6. 7. 1932, ebd.

<sup>85</sup> BA- Chef Roth an Reg. v. Oberbayern 29.8.1932; BayWa an Bayer. Innenministerium, Abt. Landwirtsch. 7. 9. 1932, ebd.

<sup>86</sup> S. u. S. 260 ff.

<sup>87</sup> „Sollte man vielleicht diese Zwischenstation um der schönen Augen der vertrauten Großmühlen halber gemacht haben, so wäre dies bedauerlich und nicht im Sinne des schaffenden notleidenden Volkes gehandelt. Viele Bauern und Landmühlenbesitzer sind der Meinung, daß hier wieder aus der Not des Volkes andere den Profit einstecken.“ Der Vorstand der Neuen Bauernbewegung (Jos. Altenburger, Joh. Wöstner) an den Regierungspräsi. v. Oberbayern, v. Knözinger, 28. 6. 1932, BayHStA ML 5121.

<sup>88</sup> Innenmin. Stützel an Reichsmin. f. Ern. u. Landwirtsch. 11. 1. 1933, ebd.

ders dringlich vorzuziehen, konnten das Ernährungsministerium nicht umstimmen. Die Verbilligungsaktion des Jahres 1932 sei eine einmalige Ausnahme aufgrund der damaligen Marktlage gewesen, darüberhinausgehende Maßnahmen entzögen sich der Zuständigkeit des Reichs, lautete die Antwort aus Berlin: „Einmal muß grundsätzlich festgehalten werden, daß die Behebung besonderer örtlicher Notstände Sache des Landes ist.“<sup>89</sup>

Angesichts der keineswegs ausreichenden Hilfsprogramme der öffentlichen Hand sahen sich auch Landwirtschaftsorganisationen und karitative Einrichtungen genötigt, zugunsten der am schwersten von der Krise in Mitleidenschaft gezogenen Agrargebiete einzugreifen. Bereits im Frühjahr 1932 rief der Christliche Bauernverein in den wohlhabenderen Teilen Ober- und Niederbayerns zu Solidarbeiträgen für die in Not geratenen Berufskollegen auf. Unter dem Motto: „Bergbauer in Not“ bat man die Mitglieder in den Getreidegegenden mit Hinweis darauf, daß nach den 1929 verschärften Getreidezöllen die Erlöse der Ackerbauern relativ stabil geblieben seien, um Spenden für die Veredelungslandwirte der Hochlagen. Willkommen waren neben Geld auch Getreide, Kartoffeln oder sonstige Nahrungsmittel<sup>90</sup>.

Dieser Aufruf blieb nicht ohne Gehör. Allein im Bezirksamt Wasserburg konnte der Bauernverein gegen Ende der Sammelaktion zum 15. 6. 1932 Geldspenden von über 2500 RM und Getreidelieferungen von 339 Ztr. melden. Bis Mitte September war es möglich, aus der Verreinskollekte Mehl im Wert von 7500 RM an bedürftige Gebirgsbauern abzugeben<sup>91</sup>.

Im Rottal, in dem der CBV keine tonangebende Rolle wie in den oberbayerischen Bezirksamtern spielte, übernahmen karitative Organisationen und das Bezirksamt die Sammlung für hilfsbedürftige Mittelgebirgslandwirte. Von den ansehnlichen Ergebnissen der Griesbacher Winterhilfsaktionen 1931/32 und 1932/33 kam jeweils nur etwa die Hälfte der vergleichsweise kleinen Gruppe von Notleidenden im eigenen Administrationsbereich zugute. Der Rest wurde dem „Patenbezirk“ Wegscheid im Bayerischen Wald in Form von Getreide, das in Rottaler Mühlen vermahlen wurde, übermittelt<sup>92</sup>.

## 2. Industrie und Handwerk

### a) Krisenvorzeichen

Nur am Rande, wie von einer kuriosen Blüte ausufernden Gewinnstrebens im fernen Amerika, erfuhren die Leser der meisten Provinzzeitungen Bayerns Ende Oktober 1929 in knappen Meldungen vom Zusammenbruch der Aktienkurse an der New Yorker Börse<sup>1</sup>. Nicht ohne Schadenfreude kommentierte das Rosen-

<sup>89</sup> Reichsmin. f. Ern. u. Landwirtsch. an Bayer. Staatsmin. d. Innern, Abt. Landwirtsch. 30. 1. 1933; vgl. den vorhergegangenen Schriftwechsel 11. 1. 1933 ff. ebd.

<sup>90</sup> Aufruf des OCBV in Aiblinger Zeitung 16. 3. 1932 (63); Haager Bote 13. 4. 1932 (85).

<sup>91</sup> Wasserburger Anzeiger 12./13. 6. 1932 (134); 17. 9. 1932 (216).

<sup>92</sup> Bayer. Volksbote 29. 1. 1932 (23); 21. 10. 1932 (243). Dankschreiben des BA-Vorstands Wegscheid an BA Griesbach 17. 2. 1932 für die Spende von 104 Ztr. Weizenmehl, StAla Rep. 164/6, 5274; vgl. den Bericht des BA Griesbach zur Winterhilfsaktion 1932/33 an die Reg. v. Niederbayern 23. 1. 1933, ebd., 6079.

<sup>1</sup> Zusammenfassend zum „Schwarzen Freitag“: Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, 111 ff.; Erickson, Great Crash, 3 ff.

heimer Tagblatt Wendelstein, der „Tanz ums goldene Kalb“, aufgebaut auf Kriegsgewinnen, sei damit beendet, Europa und Deutschland biete sich die Chance, wieder mehr ins Interessenfeld Amerikas zu rücken und daraus Vorteile zu ziehen<sup>2</sup>. Daß mit den New Yorker Entwicklungen ein neues Kapitel in der sich verschlechternden wirtschaftlichen Weltlage begann, war nur den wenigsten Zeitgenossen bewußt.

Tatsächlich hatte sich die heraufdämmernde Krise in Deutschland schon seit Monaten abgezeichnet. Der Wiederherstellung eines geregelten Geldverkehrs zur Jahreswende 1923/24 und zwei kurzen Stabilisierungskrisen 1924/26 war zwar bis in den Spätsommer 1927 „eine beispiellose Explosion der Aktivitäten“ (Borchardt)<sup>3</sup> mit einem enormen Anstieg der industriellen Produktion gefolgt, die jedoch bis 1929 ohne weitere größere Zuwachsraten auf hohem Niveau verharrte, während andere Konjunkturindikatoren wie Bruttosozial- oder Nettoinlandsprodukt bereits ihren Scheitelpunkt überschritten hatten<sup>4</sup>.

Die aufziehende wirtschaftliche Depression warf in der altbayerischen Provinz schon 1928 ihre Schatten voraus. Litt die Landwirtschaft bereits seit einigen Jahren permanent an Überproduktion, Preisverfall und Neuverschuldung, so zeigten sich nun für Teile der in Industrie und Gewerbe beschäftigten Bevölkerung erste Ansätze von Arbeitslosigkeit und Not. Das Arbeitsamt Rosenheim meldete im Juni 1928 „eine ungewöhnlich ungünstige Lage des Arbeitsmarktes“ mit über 500 Unterstützungsbeziehern aus dem Stadtgebiet, 383 aus dem Bezirk und 271 aus dem Aiblinger Raum. Daneben standen rund 100 männliche Dauererwerbslose in städtischer Wohlfahrtsunterstützung<sup>5</sup>.

Die Kolbermoorer Spinnerei, der größte Arbeitgeber des Untersuchungsgebiets, litt nach Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens unter der Überschwemmung der Märkte durch billige Auslandsgarne, so daß der Beschäftigungsgrad von Juni bis November 1928 auf etwa 62 % der Normalproduktion absackte und erst im Juni 1929 wieder Vollbetrieb aufgenommen werden konnte<sup>6</sup>. Ein Großbrand im Tonwerk wirkte sich zusätzlich ungünstig auf die Beschäftigungssituation in der Industriegemeinde aus. Vom Sommer 1928 bis zur Jahreswende hielt sich die Erwerbslosenzahl auf einer konstanten Höhe von rund 300 Personen, was für die 1350 Haushalte zählende Gemeinde eine außergewöhnliche Belastung darstellte<sup>7</sup>.

Auslöser für die Verschärfung der Situation auch in anderen Industriegemeinden des Untersuchungsgebiets war der strenge Winter 1928/29, der mit einer wochenlangen Kältewelle Bau- und andere Außenarbeiten unmöglich machte, Flüsse zufrieren ließ und Kraftanlagen außer Betrieb setzte<sup>8</sup>. Sofort wuchs die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft an und überstieg im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim Anfang Januar die Marke von 5000 Personen, um schließlich am 1. März

<sup>2</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 31. 10./1. 11. 1929 (252).

<sup>3</sup> Borchardt, Wachstum, 704. Petzina, Grundriß, 673, sieht dagegen das Wachstumstempo zwischen 1925 und 1928 nur „der Vorkriegszeit vergleichbar“ an.

<sup>4</sup> Borchardt, Wachstum, 704; vgl. Petzina, Grundriß, 668 ff.; Bracher, Auflösung, 222.

<sup>5</sup> Arbeitsamt Rosenheim an Reichsbahnamt 19. 6. 1928, StA Rosenheim VI Qu 2/186.

<sup>6</sup> Kolbermoorer Volksblatt 13./14. 5. 1929 (61); 27./28. 6. 1929 (146).

<sup>7</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21. 8. 1928 (191); 5. 9. 1928 (204); 6. 10. 1928 (231); 28. 11. 1928 (275); 20. 12. 1928 (293); Kalhammer, Vergangenheit III, 176.

<sup>8</sup> Vgl. die Schilderung des Brückmühler Werksleiters Wirz Müller, Geschichte Heufelds (Archiv d. Südchemie AG), 28.

auf einen Höchststand von 6357 zu klettern<sup>9</sup>, ein Wert, der erst auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wieder erreicht werden sollte. Schien die Freisetzung der Arbeitskräfte anfangs kein besonders beunruhigendes Zeichen, da die deutsche Volkswirtschaft seit Errichtung der Weimarer Republik selbst in Hochkonjunkturphasen nur kurzfristige Perioden relativer Vollbeschäftigung erlebt hatte, zudem saisonale Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft, den reichlich vorhandenen Zulieferindustrien wie Steinbrüchen oder Ziegeleien, vor allem aber in den Torfstichen als selbstverständlich galt und nicht zuletzt nach Ende der außerordentlichen Witterungsbedingungen eine rasche Besserung zu erhoffen war, so alarmierte doch die Menge der im Frühjahr immer noch erwerbslosen Personen. 4001 Männer und Frauen hatten am 11. April 1929 trotz Wiederauflebens der Bautätigkeit und öffentlicher Notstandsarbeiten immer noch keine Anstellung gefunden<sup>10</sup>. Erst gegen Monatsende sank die Arbeitslosenquote rapide ab; ein aufgetauter Nachholbedarf machte Personalaufstockungen nötig, die Lage schien sich zu stabilisieren.

Im August 1929 erfolgte endgültig der Bruch in der sich scheinbar normalisierenden Entwicklung. Mitten im Sommer kam die Bautätigkeit in den untersuchten Verwaltungsbezirken fast völlig zum Erliegen. Die Erwerbslosenziffer im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim näherte sich wieder der Tausender-Marke, ein höchst ungünstiges Omen für den nächsten Herbst und Winter<sup>11</sup>. Die „katastrophale Wirtschaftslage“, die der Rosenheimer Anzeiger am 18.10.1929 seinen Lesern prophezeite<sup>12</sup>, sollte schon bald in einem weit größerem Maße als vorhersehbar auch die altbayerische Provinz in Mitleidenschaft ziehen.

#### *b) Die regionale Krisenintensität*

Die deutschen Länder und Landesteile wurden von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht gleichmäßig betroffen. Eine vergleichende Untersuchung des Statistischen Reichsamts anhand der Betriebszählungsergebnisse 1925 und 1933<sup>13</sup> ergab, daß Regionen mit ausgeglichener Mischung zwischen bäuerlichen und gewerblichen Strukturen wie Württemberg, Nordbayern oder die Pfalz neben überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Regionen die Krise mit den relativ höchsten positiven Veränderungen der Betriebszahl und den geringsten Arbeitsplatzeinbußen überstanden. Das Land Bayern zeigte sich insgesamt anderen deutschen Ländern gegenüber nur mäßig krisenanfällig. Nach dieser Untersuchung aus dem Jahr 1937, deren Datenbasis allerdings teilweise von den veröffentlichten und auch im folgenden benutzten Zählergebnissen abweicht, stieg die Zahl der bayerischen Gewerbebetriebe im fraglichen Zeitraum sowohl in den Sektoren Industrie und Handwerk als Handel und Verkehr an, während die industriell-handwerklichen Arbeitsplätze zwar unterdurchschnittliche, aber dennoch spürbare Einbußen erlitten:

<sup>9</sup> Rosenheimer Anzeiger 12. 4. 1929 (84).

<sup>10</sup> Rosenheimer Anzeiger 12. 4. 1929 (84).

<sup>11</sup> Rosenheimer Anzeiger 17./18. 8. 1929 (188).

<sup>12</sup> Rosenheimer Anzeiger 18. 10. 1929 (241).

<sup>13</sup> StDR 466, 103.

Tab. 59: Veränderungen in Industrie/Handwerk und Handel/Verkehr in Bayern, dem Dt. Reich und Vergleichsgebieten 1925 bis 1933:<sup>14</sup>

	<i>Industrie u. Handw.</i>		<i>Handel u. Verkehr</i>	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Bayern:	+ 9,1	-21,2	+ 9,4	+ 6,2
davon Südbayern:	+ 9,6	-21,1	+ 12,4	+ 8,0
Preußen:	+ 2,1	-31,9	+ 6,9	- 1,8
Sachsen:	- 20,6	-57,3	+ 2,5	- 2,6
Württemberg:	+ 4,1	- 15,3	+ 15,2	+ 8,7
Deutsches Reich:	- 0,1	- 30,3	+ 6,4	- 1,2

*c) Gewerbebezüge*

Entscheidend für die wirtschaftliche Lage der einzelnen Teilgebiete war die Krisenanfälligkeit der vorherrschenden Gerwerbezüge. Daraus resultierte auch die unterschiedliche Betroffenheit der untersuchten Bezirke:

Tab. 60: Wirtschaftliche Entwicklung 1925–1933:<sup>15</sup>

		<i>Industrie und Handwerk</i>		<i>Handel und Verkehr</i>	
		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim:	1925:	598	3499	546	3014
	1933:	657	3371	605	2738
Tendenz:		+ 9,9%	- 3,7%	+ 10,8%	- 9,2%
BA Aibling:	1925:	792	4763	495	1130
	1933:	901	4079	518	1231
Tendenz:		+ 13,8%	- 14,4%	+ 4,6%	+ 8,6%
BA Rosenheim:	1925:	1319	6234	770	1955
	1933:	1613	5485	924	2353
Tendenz:		+ 22,3%	- 12,0%	+ 20,0%	+ 20,4%
BA Wasserburg:	1925:	1209	3083	711	1338
	1933:	1338	3079	737	1595
Tendenz:		+ 10,7%	- 0,1%	+ 3,7%	+ 19,2%
BA Griesbach:	1925:	1241	2589	736	1264
	1933:	1362	2706	681	1353
Tendenz:		+ 9,7%	- 4,5%	- 7,5%	+ 7,0%
Altbayern:	1925:	92284	426805	70285	154237
	1933:	102149	342265	77798	256913
Tendenz:		+ 10,7%	- 19,8%	+ 10,5%	+ 8,3%
Bayern:	1925:	242736	1260417	171612	530742
	1933:	271539	1019961	187666	578972
Tendenz:		+ 11,9%	- 19,1%	+ 9,3%	+ 9,1%

Stagnierende Beschäftigtenzahlen in Industrie und Handwerk des Bezirksamts Wasserburg standen erheblichen Einbrüchen in den Bezirken Aibling und

<sup>14</sup> Ebd.; Südbayern: Ober- u. Niederbayern, Schwaben.

<sup>15</sup> Errechnet aus: StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

und Rosenheim gegenüber; konträr zu sprunghaften Aufwärtsbewegungen im Handels- und Verkehrsbereich von Wasserburg und Rosenheim-Land verlief die Entwicklung in so heterogen strukturierten Gebieten wie der Stadt Rosenheim und dem Rottaler Griesbach. Um den Ursachen für diese Sonderentwicklungen auf engem Raum auf die Spur zu kommen, scheint es nötig, zunächst die Einflüsse des wirtschaftlichen Niedergangs auf die wichtigsten Wirtschaftszweige des Untersuchungsgebiets und damit die regionale Krisenbetroffenheit und ihre Auswirkungen im Detail zu untersuchen.

*aa) Saline und Torfgräberei:*

Nicht durch spektakuläre Entwicklungen, sondern kontinuierliche Arbeit mit nur geringen Schwankungen im Betriebsumfang hatte sich die Rosenheimer Saline bislang ausgezeichnet. Umso auffälliger waren die Produktions- und Personaleinschränkungen; die das Zweigwerk der staatlich kontrollierten Berg-, Hütten- und Salz AG nach einem Höhepunkt der Erzeugung im Jahr 1927 erlebte. Hatte sich das bayerische Salz trotz großer Konkurrenz auf den Binnen- und Auslandsmärkten bislang gut gehalten, so entwickelte sich seit Ende 1929 durch das Eindringen billigen lothringischen Salzes nach Deutschland ein Kampf um die Marktanteile, der für die bayerischen Produzenten schwer zu führen war, da der deutsche Salzzoll nur 80 Pfennige pro Tonne, der französische aber 2.40 RM je 100 kg betrug<sup>16</sup>. Im Mai 1931 konnte der ruinöse Wettlauf zwar durch ein deutsch-französisches Abkommen beendet werden, doch verpflichtete es die deutschen Salinen als Gegenleistung für die Zusicherung der Lothringer, jeden weiteren Wettbewerb zu unterlassen, ein bestimmtes Salzkontingent von ihren Konkurrenten zu übernehmen<sup>17</sup>.

Die Auswirkungen auf die Beschäftigungslage an der Rosenheimer Saline waren niederschmetternd. Rationalisierung und Betriebseinschränkungen führten zu einer kontinuierlichen Reduzierung der Belegschaft; an Überschichten (1927: 1743, 1928: 959)<sup>18</sup> war nicht mehr zu denken:

Tab. 61: Produktion und Personal der Saline Rosenheim 1925/ 1933:<sup>19</sup>

	Salzproduktion in t.	durchschnittliche Belegschaft	
		Arbeiter	Angestellte/Beamte
1925:	25 589	112	7
1926:	26 045	112	5
1927:	26 290	106	6
1928:	24 188	95	6
1929:	21 641	96	7
1930:	22 687	87	8
1931:	21 903	86	7
1932:	20 885	86	6
1933:	17 929	75	5

<sup>16</sup> Geschäftsbericht der BHS AG 1930/31; StAM Saline Rosenheim 14.

<sup>17</sup> Verlautbarung der. Amtl. Bayer. Pressestelle, Rosenheimer Anzeiger 7. I. 1932 (4).

<sup>18</sup> Jahresberichte d. Salinenamts Rosenheim 1925 – 1933, StAM Saline Rosenheim 92.

<sup>19</sup> Ebd.; Belegschafts- u. Arbeitszeitstatistik 1926 – 1933, StAM Saline Rosenheim 92. Vgl. Betriebsstatistik 1925 – 1937, StAM Saline Rosenheim 988, mit leicht abweichenden Produktionszahlen.

Empört reagierte die Rosenheimer Öffentlichkeit deshalb auf Pressemeldungen, Waggon mit angekauftem französischen Salz seien in der Saline eingetroffen. Es sei geradezu unglaublich, entrüsteten sich die Rosenheimer Zeitungen, daß man Sendungen „aus dem feindlichen Ausland“ beziehe, während in der Saline nur zwei von sechs Sudpfannen arbeiteten und einheimische Salinenbedienstete arbeitslos seien<sup>20</sup>. Betroffene Arbeiter richteten daraufhin in der „Münchner Post“ die Bitte an die SPD-Landtagsfraktion, sie möge von der bayerischen Regierung erfragen, „was sie zu tun gedenkt, um der staatlichen Salinenverwaltung beizubringen, daß in erster Linie die einheimischen Arbeiter beschäftigt werden müssen, bevor ausländisches Salz aufgekauft wird.“ Besonders wurde der Verwaltung angekreidet, daß die Arbeiter ihre Stellung verlören, während den Salinbeamten „nach wie vor täglich 2–3 Stunden Dienst bei schönem Gehalt sicher sei“<sup>21</sup>. Die Verlautbarung der Bayerischen Amtlichen Pressestelle, die Abnahme des französischen Salzes sei ja gerade erfolgt, um das deutsch-französische Abkommen zu erfüllen und damit die Arbeitsplätze zu sichern, stieß in weiten Kreisen auf Unverständnis<sup>22</sup>.

Auf das engste mit dem Schicksal der Saline verbunden waren die Raublinger Torfstiche, die das Werk mit dem nötigen Brennstoff versorgten. Volle Torflager waren die Folge der eingeschränkten Salzerzeugung, so daß auch hier seit dem Geschäftsjahr 1930/31 die Förderung gedrosselt, Stecher entlassen wurden<sup>23</sup>. Technische Gründe wirkten sich daneben negativ auf die Torfwirtschaft aus: Die hochwertigsten Bestände in den Filzen waren erschöpft, so daß seit Ende der zwanziger Jahre die Umstellung der Salinanlagen auf Kohlefeuerung, die sich damit vergleichsweise verbilligte, betrieben wurde<sup>24</sup>. Arbeiteten 1930 noch 65 Stecher mit drei Maschinen in den Nicklheimer Mooren, so kamen bei Saisonbeginn im Mai 1931 nur mehr zwei Maschinen und 30 bis 40 Personen zum Einsatz<sup>25</sup>, bis ein Schlechtwettereinbruch bereits nach vier Monaten die Stichzeit beendete<sup>26</sup>. Im April 1932 wurden die Arbeiten mit 50 Stechern aus der Moorkolonie schließlich erst wieder aufgenommen, nachdem sie sich mit einer zehnprozentigen Lohnkürzung einverstanden erklärt hatten<sup>27</sup>.

Besonders hart traf die Absatzkrise der Torfwirtschaft aber die Privatunternehmen, die keinen festen Abnehmer wie der Nicklheimer Staatsbetrieb aufweisen konnten. Die Torfwerk Feilnbach AG (Sitz Au b. Aibling) schrieb jährlich wachsende Verluste (1930: 8766.–, 1931: 26986.–)<sup>28</sup> und klagte über eklatante Absatzrückgänge. Nur mit Mühe war die Firmenleitung zur Wiederaufnahme der Arbeiten im Frühjahr 1932 zu bewegen, wodurch zumindest die meisten Torfstecher der Gemeinde Feilnbach wie im Vorjahr wieder für eine Saison

<sup>20</sup> Rosenheimer Anzeiger 2./4.1.1932 (2); vgl. Saline Rosenheim an BHS München 4.1.1932, StAM Saline Rosenheim 67.

<sup>21</sup> Münchner Post 7.1.1932 (4).

<sup>22</sup> Rosenheimer Anzeiger 8.1.1932 (5).

<sup>23</sup> Geschäftsbericht der BHS AG 1930/31, StAM Saline Rosenheim 14.

<sup>24</sup> Kolbermoorer Anzeiger 5.10.1928 (230).

<sup>25</sup> Aiblinger Tagblatt 6.5.1932 (86).

<sup>26</sup> Kolbermoorer Volksblatt 22./23.9.1931 (217).

<sup>27</sup> Aiblinger Tagblatt 20.4.1932 (76); Aiblinger Zeitung 20.4.1932 (91).

<sup>28</sup> Aiblinger Tagblatt 20.1.1931 (12); 11.3.1932 (49); Kolbermoorer Volksblatt 9./10.3.1932 (57). Einschließlich des Verlustvortrags der Vorjahre standen 1932 damit einem Aktienkapital von 300.000.– Passiva in Höhe von 83.962.– gegenüber.

beschäftigt werden konnten. An eine Betriebsausweitung durch Anwerbung auswärtiger Saisonkräfte war aber nicht mehr zu denken<sup>29</sup>.

Nur mehr als reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ohne wirtschaftliche Gewinnaussichten erwies sich auch das einzige Torfwerk im Bezirk Wasserburg, das sich im Besitz der Stadt befand. Wie ähnliche gemeindliche Betriebe, etwa in Kolbermoor<sup>30</sup>, diente es zwar ursprünglich der Beschaffung des Brennstoffbedarfs öffentlicher Gebäude und billigen Heizmaterials für in Fürsorge stehende Personen, in zweiter Linie jedoch auch zur Aufbesserung des Stadtsäckels. Bereits 1930 mußte die Torfwerkskommission des Wasserburger Stadtrats aber einen Verlust von 1118,40 RM im abgelaufenen Geschäftsjahr bekanntgeben, obwohl an Regentagen die Arbeiter entlassen und nach Hause geschickt wurden, um Kosten zu sparen und einigermaßen rentabel zu produzieren. Bei Stundenlöhnen von 55 Pfg. (Arbeiterin), 82 Pfg. (Arbeiter) und 90 Pfg. (Vorarbeiter; Saison 1930) arbeiteten hier nun fast ausnahmslos ausgesteuerte Erwerbslose, die auf diese Weise in die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung zurückgeführt werden sollten. Frauen, deren Männer anderweitig beschäftigt waren, wurden nicht mehr eingestellt<sup>31</sup>.

Der Vergleich der Zählungsergebnisse 1925 und 1933 zeigt den Niedergang der bayerischen Torfwirtschaft:

Tab.62: Torfgräberei und Saline 1925/1933.<sup>32</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	1	149	1	85
BA Aibling	33	207	8	107
BA Rosenheim	6	114	7	176
BA Wasserburg	1	30	1	21
Altbayern	173	11 246	82	8 480
Bayern	211	12 936	136	9 047

In Altbayern mußten im Zählintervall ein Viertel der Betriebe (24,6 %) die Arbeit einstellen, in ganz Bayern waren es sogar fast ein Drittel (30,1 %). Überproportional betroffen von dieser Entwicklung war das Bezirksamt Aibling, das als Folge der Einstellung des vom Tonwerk Kolbermoor betriebenen Torfabbaus<sup>33</sup> rund drei Viertel (75,8 %) aller Stiche und die Hälfte der Belegschaften (48,3 %) verlor. Nur ein Teil davon war aber der Absatzstockung in der Wirtschaftskrise zuzuschreiben. Schuld daran waren vielmehr erschöpfte Lager um Großkarolinienfeld und Kolbermoor, die eine Verlagerung der Aktivitäten in die nahen Moorgebiete des Bezirks Rosenheim zur Folge hatten. Hier stieg die Beschäftigtenzahl sogar sprunghaft an, ohne aber alle stellungslosen Aiblinger Torfarbeiter auffangen zu können.

<sup>29</sup> Aiblinger Zeitung 16. 5. 1931 (111); Aiblinger Tagblatt 28. 5. 1932 (101).

<sup>30</sup> Fleischmann, Bewegte Vergangenheit (StA Kolbermoor), 9f.

<sup>31</sup> Sitzungsprotokoll Stadtrat Wasserburg 2. 6. 1930, StA Wasserburg II, Kasten 63, Fach 1, Nr. 62.

<sup>32</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12. Im BA Griesbach waren keine Betriebe dieses Gewerbebezugs vorhanden.

<sup>33</sup> Kalhammer, Chronik Kolbermoor II/3 (StA Kolbermoor), 121.

Die Torfwirtschaft hatte sich insgesamt überlebt. Für die steigenden Ansprüche von Industrie und Verkehrswesen erwies sich dieser Energieträger als unrentabel, der Heizwert als zu gering, und auch in den Privathaushalten lösten kompakte Kohle- und Ölöfen allmählich die torfbeheizten Kachelöfen ab. Die Krisenjahre brachten somit diesem für das Alpenvorland typischen und einst für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Gewerbebezweig keinen überraschenden Einbruch, sondern beschleunigten nur den bereits seit Jahren schwellenden Schrumpfungsprozess.

#### *bb) Das Bau- und Baunebengewerbe:*

Eine besondere Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Gefüge kam dem Bausektor zu, dem man in seiner arbeitsintensiven Struktur sowie der großen Zahl der von ihm abhängigen Rohstoff- und Zulieferindustrien die Funktion eines „Schlüsselsektors“ zuerkennen muß<sup>34</sup>. Besonders in Altbayern spielte das Baugewerbe einschließlich seiner Unterabteilungen, mit 66 707 Beschäftigten (1925) größte der Gewerbegruppen, eine führende Rolle. 15,6 % aller hier in Industrie und Handwerk Tätigen waren dieser Sparte zuzurechnen. Bezieht man die Industrie der Steine und Erden ein, war sogar fast jeder dritte (29,6 %) der in Handwerks- und Industriebetrieben Beschäftigten von einer florierenden Baukonjunktur abhängig<sup>35</sup>, ein Wert, der sich bei Berücksichtigung weiterer Hilfs- und Zulieferindustrien, etwa der Holzwirtschaft, noch beträchtlich erhöhte. Bei der sensiblen Marktlage der Bauwirtschaft, die mehr als andere Sektoren neben privater und privatwirtschaftlicher Investitionsfähigkeit auch auf liquide öffentliche Finanzen angewiesen war, ergab sich daraus gerade außerhalb industrieller Ballungszentren eine gefährliche Fixierung des Landesteils auf diesen Wirtschaftszweig.

Als stabilisierendes Element innerhalb der Bauwirtschaft erwies sich der Wohnungsbau, nicht zuletzt durch die öffentliche Hand betrieben und gefördert, der durchaus in der Lage war, Auftragseinbußen durch Depressionen im Gewerbebereich kurzzeitig zu überbrücken oder wenigstens abzuschwächen. Ihm war es zuzuschreiben, daß der Hochbau nach der fast völligen Stornierung anderweitiger Aufträge die Auswirkungen der krisenhaften Entwicklung in voller Wucht erst mit etwa einem Jahr Verzögerung zu spüren bekam<sup>36</sup>.

Die rückläufige Zahl der Hochbauprojekte rief im Bau- und Baunebengewerbe unter den oftmals Klein- und Familienbetrieben einen geradezu ruinösen Konkurrenzkampf hervor. Als „erschütternde Geschichte von der Tragödie unseres untergehenden Handwerksstandes“ wertete die Rosenheimer Presse das Ergebnis einer Ausschreibung für einen der letzten städtischen Wohnhausneubauten im Jahr 1930. Fast um jeden Preis waren manche Handwerker nun bereit, Arbeiten durchzuführen, um nur überhaupt Aufträge zu bekommen<sup>37</sup>.

<sup>34</sup> Ruck, Wohnungsbau, 116.

<sup>35</sup> Errechnet aus StDR 417, H. 12 a.

<sup>36</sup> Ruck, Wohnungsbau, 115.

<sup>37</sup> „Ein grelles Schlaglicht auf die wirtschaftliche Not des Handwerksstandes wirft das Ergebnis dieser Submission. Die von unserem Handwerk geforderten Summen sind auf ein so bescheidenes Maß herabgedrückt, daß von einem Verdienst kaum noch gesprochen werden kann. Man nehme nur ein Beispiel heraus: Das Höchstgebot für die Spenglerarbeiten

Diese Handwerksnot im Bausektor kam auch in einer Sitzung des Rosenheimer Verwaltungssenats vom 27. 5. 1930 zur Sprache. Da sich Gesuche um Unterstützung von Seiten notleidender Handwerker, aber auch anderer Gewerbetreibender an den Stadtrat häuften, sah sich dieser gezwungen, auf die beschränkten Mittel der Stadt hinzuweisen und zu betonen, daß Hilfe nur im Rahmen von Arbeits- und Auftragsvergaben möglich sei<sup>38</sup>. Die stockende kommunale Bautätigkeit beendete aber rasch auch diese indirekte Fürsorgemöglichkeit. Entlassungen der unterbeschäftigten Bauarbeiter waren unvermeidlich, was die Arbeitsplatzsicherheit der verbliebenen Bauhandwerker aber kaum verbesserte<sup>39</sup>. Für die kleinen Reparaturarbeiten, die private Immobilienbesitzer nur noch in unaufschiebbaren Fällen durchführen ließen, waren die stellunglosen Gesellen und Hilfskräfte billig und relativ risikolos einzusetzen. Das „Pfuschartum“, die Schwarzarbeit, wurde zum ernststen Problem und gefährdete weitere Arbeitsplätze<sup>40</sup>.

Waren es im Hochbau zuletzt fehlende öffentliche Aufträge, die den Unternehmen zu schaffen machten, so sahen sie sich im Tiefbau wachsender Konkurrenz der Städte und Gemeinden ausgesetzt, die im Zuge wertschaffender Erwerbslosenfürsorge die von ihnen zu unterstützenden Wohlfahrtserwerbslosen zu Erd-, Kanalisierungs- und Straßenbauarbeiten einsetzten. Um ein völliges Ausbluten des Baugewerbes zu verhindern, wurden diese Projekte jedoch teilweise an Privatfirmen vergeben, allerdings mit der klaren Weisung, so weit als möglich nur ortsansässige langfristig Erwerbslose einzusetzen, um damit die kommunale Fürsorge zu entlasten und sie nach den vorgeschriebenen Arbeitswochen wieder der Versorgung durch die Arbeitslosenversicherung zuzuführen.

Auch im Bau- und Baunebengewerbe traf der konjunkturelle Einbruch die industriell durchsetzten Gebiete am Alpenrand am heftigsten (Tab. 63). Auffällig war hier jedoch der unterdurchschnittliche Beschäftigungsrückgang im Bezirksamt Rosenheim (– 13,8 %; Altbayern – 29,5 %, Bayern – 25,7 %). Eine gegenläufige Entwicklung ergab sich in der Stadt Rosenheim (– 45,4 % und besonders im Bezirk Aibling, wo mit 49,1 % fast die Hälfte aller rund um den Bau

betrug 1555 M., das niedrigste Angebot 1079 M. Um diesen Betrag soll ein Spenglermeister zu heutiger Zeit bei horrenden Materialpreisen und sehr hohen Arbeitslöhnen die anfallenden Arbeiten für einen Sechswohnungsbau liefern! Unter normalen Umständen stimmt die Rechnung noch leidlich. Treten jedoch Zwischenfälle ein, wie z. B. Verzögerungen durch das Eintreten schlechter Witterung, dann bedeutet die Übernahme der Arbeiten zu solchen Bedingungen ein glattes Verlustgeschäft. Wer den Sinn von Zahlen zu deuten versteht, dem erzählt das Ergebnis der Submission ... eine erschütternde Geschichte von der Tragödie unseres untergehenden Handwerksstandes“. Rosenheimer Anzeiger 23. 4. 1930 (98).

<sup>38</sup> Rosenheimer Anzeiger 28. 5. 1930 (122).

<sup>39</sup> Im Dt. Reich waren von 100 Mitgliedern des Baugewerksbundes jeweils im Juli, also dem Monat mit dem höchsten Beschäftigungsgrad, ohne Arbeit:

1928:	6,0
1929:	8,9
1930:	38,0
1931:	56,0
1932:	76,8

Werner, Organisation, 160, Anm. 45.

<sup>40</sup> Das Gewerbebüro Rosenheim arbeitete zum „Abwehrkampf gegen Pfuschartum und Schwarzarbeit ... ein Schema über die z. Zt. anwendbaren Abwehrmittel“ aus und bat um vertrauliche Mitteilungen über Verstöße. Rosenheimer Anzeiger 14. 11. 1930 (263).

Tab. 63: Bau- und Baunebengewerbe 1925/1933:<sup>41</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	69	557	80	304
BA Aibling	110	458	114	233
BA Rosenheim	176	1037	209	894
BA Wasserburg	162	506	171	478
BA Griesbach	207	400	196	375
Altbayern	12616	66707	13758	47053
Bayern	30599	159759	34118	118623

Beschäftigten und damit nach Abrechnung der selbständigen Betriebsleiter fast zwei Drittel der in Lohnarbeit stehenden Bauarbeiter ihre Stellung verloren. Stabil erwiesen sich auch in dieser Branche die Klein- und Kleinstfirmen der Agrarbezirke Wasserburg (– 5,5 %) und Griesbach (– 6,2 %)<sup>42</sup>. Bei Betriebsgrößen von zwei bis drei Mann waren die Möglichkeiten begrenzt, durch Personalabbau Einsparungen vorzunehmen. Als äußerste Reaktion auf längeranhaltende Auftragsflauten blieb den Kleinstunternehmern nur der Ausweg der Geschäftsaufgabe, worauf die im Bezirk Griesbach gegenläufig zum allgemeinen Trend erkennbaren Betriebsschließungen hindeuten. Konkret krisenbedingte Existenzbedrohung, aber auch die schwelende gewerbliche Reduktionstendenz im unteren Rottal trafen hier zusammen.

#### *Exkurs: Wohnraumnot und öffentlicher Wohnungsbau*

„Ohne Zweifel ist das Wohnen der Arbeiter die dürftigste Seite ihrer Existenz.“ Dieser Satz aus einer 1890 von F. Wörishoffer, dem „wohl besten neutralen Kenner der süddeutschen Arbeiterverhältnisse“ (Ritter) durchgeführten Enquete<sup>43</sup>, hatte trotz vielfältiger sozialpolitischer Bemühungen auch in den späten Jahren der Weimarer Republik kaum an Aktualität eingebüßt. Das Titelphoto einer Ausgabe der Rosenheimer „Illustrierten Sonntagszeitung“ des Jahres 1928 zeigte spielende Kinder vor einem als Notwohnung bei Kolbermoor aufgestellten ausgeschlachteten Eisenbahnwaggon, ein Zeichen für die noch immer eklatanten Mißstände, aber auch für das Interesse der Öffentlichkeit, das der Behebung der Wohnraumnot als einem der drängendsten sozialen Anliegen entgegengebracht wurde<sup>44</sup>.

Obwohl Artikel 155 der Weimarer Verfassung es zum Ziel des neuen Staatswesens erklärte, „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern“<sup>45</sup>, und der nach dem Zusammenbruch der Monarchie entstandene staatliche Wohlfahrtsinterventionismus diesem Anspruch mit forciertem Bau von Wohnraum nachzukommen suchte, der sowohl von Größe wie hygienischer Ausstattung her zumindest die Grund-

<sup>41</sup> StDR. 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>42</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>43</sup> Zitate nach Blaich, Eisenbahnpolitik, 89.

<sup>44</sup> Ill. Sonntagszeitung 19. 8. 1928 (34).

<sup>45</sup> Anschütz, Verfassung, 722; vgl. Ruck, Wohnungsbau, 96 f.

anforderungen gesunden Wohnens erfüllen sollte, verhinderte der ungebrochen andauernde Zuzug in die Industriezentren eine durchgreifende Lösung des Problems.

Dabei waren die Anstrengungen der öffentlichen Hand in dieser Hinsicht enorm. Nach Petzina entfielen von 1925 bis 1930 6,6 % aller öffentlichen Ausgaben, eingerechnet die Sozialversicherung, auf staatliche oder kommunale Wohnbauprojekte sowie die Förderung privater Bauvorhaben, ein Haushaltsanteil, der das Doppelte des Verteidigungsetats bedeutete. Vier von zehn der im Jahrfünft 1924/29 errichteten Wohnungen gingen auf gemeinnützige, staatlich geförderte Unternehmungen zurück, eine auf Initiative von Staat, Städten und Gemeinden; nur 50 % waren Bauten privater Auftraggeber<sup>46</sup>.

Gerade innerhalb dieses drängenden Gebiets im Bereich des Sozialsektors wirkten sich aber die Einsparungen aus, die zwangsläufig durch die Verlagerung der Mittel auf die ins unermeßliche steigenden Fürsorgeposten eintraten. Innerhalb der Staatsausgaben aller Ebenen, also von Reich, Ländern und Gemeinden, für soziale Belange verlor der Wohnungsbau nach jahrelanger Priorität in der Krise zusehends an Boden, mußte etwa auf Gemeindeebene den größten Abbau aller Einzelposten hinnehmen<sup>47</sup>:

Tab. 64: Staatsausgaben im Sozialsektor je Einwohner (Preise von 1913 in Millionen):<sup>48</sup>

	1913		1925		1929		1932	
	M	Index	RM	Index	RM	Index	RM	Index
Sozialsektor insges.	20,5	100	64,7	316	101,6	496	106,3	519
davon:								
Sozialversicherung	12,2	100	23,3	190	49,2	403	50,0	410
Gesundheitswesen u. Sozialhilfe	7,9	100	31,4	388	39,2	496	51,8	656
Öffentl. Wohnungs- bau	0,4	100	10,1	2525	13,2	3300	4,5	1125

Auch in den Industriegemeinden unseres Untersuchungsgebiets herrschte akuter Wohnraumangel. Es fehlte einerseits an Kleinwohnungen für die „moderne“ Kleinfamilie, die kein Geld für zu groß dimensionierte Wohnungen ausgeben konnte oder wollte, andererseits an großen, aber trotzdem preisgünstigen Unterkünften für die nicht unbeträchtliche Zahl kinderreicher Arbeiterfamilien.

Die Wohnsituation in einer Industriegemeinde illustriert eine Erhebung, die die Gemeinde Kolbermoor im Herbst 1929 unter den vorgemerkten Wohnungssuchenden durchführte<sup>49</sup>. Aus den 101 ausgefüllt abgegebenen und verwertbaren Fragebogen – ein Teil der registrierten Personen hatte die Erfassungsbögen aus Unverständnis oder Desinteresse nicht oder nur unvollständig beant-

<sup>46</sup> Petzina, Wirtschaftsgeschichte, 732. Zur Gesamtentwicklung 1928–1933 s. Preller, Sozialpolitik, 483 ff. Ausführlich zum gemeinnützigen Wohnungsbau: Drupp, Bauvereine, 124 ff.

<sup>47</sup> EStDR 32, 64 ff.

<sup>48</sup> Nach Schulze, Weimar, 66.

<sup>49</sup> Detailliert veröffentlicht in Kolbermoorer Volksblatt 5./6. 12. 1929 (281). Hieraus auch die folgenden Zitate und Zahlenangaben.

wortet – gehen als drängendstes Problem die geringen Wohnungsgrößen hervor. Als Grund des beabsichtigten Wohnungswechsels wurde angegeben:

– zu klein	58
– gesundheitsschädlich	4
– zu klein und gesundheitsschädlich	18
– persönliche Gründe	13

Es wohnten, um nur die krassesten Fälle herauszugreifen, neun- und zehnköpfige Familien in Ein-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Kammer, sechs bis sieben Personen drängten sich in einem Raum nebst Küche. Eine Wohnung war so defekt, daß sie nur unter Lebensgefahr bereitet werden konnte, eine andere lediglich über eine Leiter und den Heuboden erreichbar. Die Begründung für die Bitte um Vermittlung einer größeren Wohnung lautete: „Weil zu klein, da das Kind schon bald selbst ein Bett braucht (9 Jahre) und da kein Platz zum Stellen für ein weiteres Bett ist.“<sup>50</sup>

Gemessen an den Familiengrößen waren die Vorstellungen von der neuen Wohnung bescheiden, wohl aus der Erkenntnis, daß noch größerer Wohnraum gänzlich unerschwinglich sei. Gewünscht wurden:

– 1 Zimmer mit Küche	14
– 2 Zimmer mit Küche	58
– 3 Zimmer mit Küche	15
– 3 Zimmer mit Küche und 2 Kammern	1 <sup>51</sup>

Der Kommentator der Wohnungserhebung bemängelte besorgt, daß „vom moralisch sittlichen Standpunkt aus“, der getrennte Schlafzimmer von Eltern und Kindern beiderlei Geschlechts von einem gewissen Alter ab fordere, mindestens 33 Familien eine 3-Zimmer-Wohnung beantragen müßten. Jede Familien- und Wohnungskultur werde durch derart skandalöse Zustände unmöglich gemacht, das Zusammenleben zur Qual. Es sei „vornehmste Pflicht des kommenden Gemeinderates“, im Zusammenspiel mit staatlichen Behörden hier Abhilfe zu schaffen.<sup>52</sup>

Auch der Kolbermoorer Bürgermeister Fleischmann sah bei seinem Amtsantritt im Jahr 1928 „die vordringlichste aller gemeindlichen Aufgaben ... in der

<sup>50</sup> Vgl. den Bericht über die Besichtigung der schlechtesten Wohnungen durch Kolbermoorer Gemeinderäte und Mitglieder des Bezirksausschusses, Kolbermoorer Volksblatt 22./23.4.1930 (91): „Einige der Herren waren direkt ergriffen von den überaus traurigen Zuständen.“ Der Rosenheimer BVP-Wahlkreisabgeordnete im Bayer. Landtag 5.6.1930 zur Kolbermoorer Wohnungssituation: „Wenn man diese Fälle liest, dann möchten einem die Haare zu Berge stehen ... Für eine siebenköpfige Familie ist oft nur ein Raum da, der als Werkstätte, Küche, Wohn- und Schlafräum dient ...“ Junge Leute könnten nicht heiraten, da sie jahrelang warten müßten, um eine Wohnung zugeteilt zu bekommen, was sich im Rückgang des Geburtenüberschusses bemerkbar mache. Verh. d. Bayer. Landtags 1929/30, Stenograph. Berichte Bd. III, 731.

<sup>51</sup> Vgl. die Angaben in der Wohnungssuchkartei, die bei der Gemeinderatssitzung v. 26.11.1930 zur Sprache kamen. Gesucht wurden: 30 x 1 Zimmer, 35 x 1 Zi. u. Küche, 30 x 2 Zi. u. Küche, 20 x 3 Zi. u. Küche, 5 x 4 Zi. u. Küche. Kolbermoorer Volksblatt 27./28.11.1930 (274).

<sup>52</sup> „Wie soll da Freude in Kinderherzen entstehen? Muß da nicht Verbitterung mit ihnen groß wachsen?“ Ebd., 5./6.12.1929 (281).

Beschaffung neuer Wohnungen“, um „der beispiellosen, großen Wohnungsnot“ zu begegnen<sup>53</sup>. Er konnte dabei an bereits teilweise realisierte Bestrebungen anknüpfen, auf dem „Glasberg“ eine gemeindliche Siedlung zu errichten. Bis Ende 1929 stellte die Gemeinde 35 Familien mit 176 Personen insgesamt 112 Räume zur Verfügung, was angesichts der angespannten Situation – im Mai 1929 waren 330 Wohnungssuchende registriert<sup>54</sup> – jedoch nur eine vorübergehende Entlastung bedeutete<sup>55</sup>.

Immer schwieriger gestaltete sich von nun an die weitere Durchführung von Bauprojekten, da die Gemeindefinanzen erschöpft waren und sich Baudarlehen bei der Kreissparkasse zu einem weiteren gemeindlichen Wohngebäude in dem Moment als schwere Belastung des Etats entpuppten, in dem die Bewohner nicht mehr fähig oder willens waren, die geforderten Mieten, die nach Planung der Gemeindeverwaltung den Zinsdienst abdecken sollten, zu bezahlen. Unter diesen Umständen kam der Wohnraumbau der Gemeinde Kolbermoor nach einem letzten Projekt, das 1930 mit staatlichen Förderkrediten und Mitteln der Landesversicherungsanstalt zur Beschäftigung ausgesteuerter Erwerbsloser realisiert werden konnte, völlig zum Erliegen<sup>56</sup>. Da private Aufträge schon seit Jahren fast unbekannt waren<sup>57</sup>, verlor das örtliche Baugewerbe damit seine letzte Stütze.

Trotz weiterer brennender Wohnraumprobleme trug das etwas langsamere Wachstum Kolbermoors in den Jahren der Weltwirtschaftskrise schließlich dazu bei, daß die Gemeinde daran gehen konnte, im Frühjahr 1931 die als Notwohnungen aufgestellten, ausgeschlachteten Eisenbahnwaggons, die den Ärmsten der Armen seit Jahren als Unterkunft gedient hatten, bis auf einen abzubauen<sup>58</sup>.

Neben Kolbermoor war vor allem die Stadt Rosenheim von akuter Wohnraumnot betroffen. Zwar waren von 1918 bis 1927 im Stadtgebiet 503 Wohnungen errichtet worden, doch waren am Stichtag der Reichswohnungszählung (16. 5. 1927) bei einer Gesamtkapazität von 4779 Wohnungen 187 Familien als wohnungslos gemeldet, lagen dem städtischen Wohnungsamt Mitte April 1929 immer noch 423 Bewerbungen um Vermittlung geeigneter Räume vor<sup>59</sup>, eine Zahl, die weiterhin steigende Tendenz aufwies (1. 1. 1932: 446 Wohnungslose,

<sup>53</sup> Fleischmann, *Bewegte Vergangenheit* (StA Kolbermoor), 10.

<sup>54</sup> Kolbermoorer Volksblatt 17./18. 5. 1929 (113).

<sup>55</sup> Kolbermoorer Volksblatt 6./7. 12. 1929 (282). Vgl. ebd., 5./6. 4. 1929 (78), 6./7. 6. 1929 (128), 28./29. 6. 1929 (147). Empörung rief im Gemeinderat angesichts der akuten Wohnungsknappheit die Ablehnung eines 12-Wohnungs-Baus durch die Regierung v. Oberbayern „aus städtebaulichen Gesichtspunkten“ hervor. Ebd. 7./ 8. 3. 1929 (56).

<sup>56</sup> Fleischmann, *Bewegte Vergangenheit* (StA Kolbermoor), 11 ff.

<sup>57</sup> „Es war beinahe ein Fest“, erinnert sich Fleischmann zur privaten Bautätigkeit, „wenn im Bauausschuß, wie der Volksmund sich ausdrückt, ‚alle heiligen Zeiten einmal‘ der Plan für einen Wohnhausbau begutachtet werden konnte.“ Ebd., 25.

<sup>58</sup> Kalhammer, *Chronik der Marktgemeinde Kolbermoor. I u. II, Kommunale Entwicklung 1*, 161 (StA Kolbermoor); ders., *Kolbermoors Vergangenheit III*, 179. Der letzte Eisenbahnwaggon war noch nach dem Zweiten Weltkrieg bewohnt.

<sup>59</sup> BStB 108, I, 10; Rosenheimer Anzeiger 30. 4. 1929 (99). Vgl. Bericht Kreiskonferenz d. Bayer. Baukartells f. d. Regierungsbez. Obb., Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 20. 12. 1929 (293) mit stark differierenden Zahlenangaben.

345 Tauschvormerkungen)<sup>60</sup>. Auch hier mangelte es nicht an katastrophalen Zuständen: Eine siebenköpfige Familie hauste in einem Raum, drei Familien mußten zwei Zimmer teilen<sup>61</sup>. Eine Notlösung bildete für viele Mittel- und Obdachlose das Barackenlager der „Sanierungsanstalt“ an der Straße nach Kolbermoor, das 1915 zur Entlausung heimkehrender Fronttruppen errichtet worden war<sup>62</sup>. 1927 waren in der Stadt Rosenheim 59 nicht als Wohngebäude klassifizierbare Unterkünfte, davon 12 Baracken, bewohnt<sup>63</sup>.

Ein Bruch im insgesamt erfolgreichen Bemühen der Stadt, zumindestens die allernötigsten Räumlichkeiten für die wachsende Bevölkerung zur Verfügung zu stellen und die Notunterkünfte überflüssig zu machen, kündigte sich ab 1929 an. Konnten in Rosenheim im Jahr 1928 noch 124 neue Wohnungen erstellt werden, so waren im Mai des folgenden Jahres nur 28 Wohnungen für die laufende Saison projektiert, das Notstandsbauprogramm wegen der Defizite im Stadtsäckel in der Schublade verschwunden. Die staatlichen Zuschüsse für das Frühjahrsprogramm reichten gerade aus, einige Baracken im Sanierungsgelände durch feste Bauten zu ersetzen. Ein Vorhaben der Baugenossenschaft des Verkehrspersonals wurde auf ein Viertel des geplanten Umfangs zusammengestrichen. „Wo der Zuschuß fehlt, hört das Bauen auf“, lautete die Begründung<sup>64</sup>.

Der Zusammenbruch des „Kleinhausbauvereins“ im August 1929, dem der Stadtrat Anfang 1928 ein Darlehen in Höhe von 188000. – zur Errichtung von 72 Wohnungen gewährt hatte<sup>65</sup>, sorgte nicht nur für Zündstoff im Vorfeld der Neubesetzung des Bürgermeisterpostens und der Stadtratswahl, sondern belastete noch jahrelang den städtischen Bauetat. Mit Verärgerung wurde darüber hinaus bemerkt, daß zum Jahresbeginn 1931 16 Häuser des KBV, die zum Großteil an die Landeskulturrentenanstalt gefallen waren, wegen überhöhter Mieten leerstanden, während zur selben Zeit 483 Vormerkungen Wohnungssuchender und 200 Anträge auf Wohnungsaustausch dem Wohnungsamt der Stadt vorlagen<sup>66</sup>. Die Fertigstellung der Reihenhaussiedlung „Weinlände“, die im Sommer 1929 mit 19 Häusern für „zahlungsfähige Mieter“ eingeweiht wurde<sup>67</sup>, sollte vorläufig das letzte größere Bauprojekt der Stadt bleiben. Zwar konnte die letzte Notunterkunft in der „Sanierung“ Anfang 1930 abgebrochen und die letzten der ehemals hier wohnenden 50 Familien umgesiedelt werden<sup>68</sup>, entscheidende Impulse vermochten aber kommunale Bauvorhaben der darniederliegenden Bauwirtschaft nicht mehr zu vermitteln. Der chronische Finanzmangel verhinderte über Einzelbauten im Zuge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinausgehende Projekte, da sich im Sozialbereich alle Anstrengungen auf die Finanzierung der städtischen Fürsorgelasten konzentrierten und die „wertschaffende Fürsorge“

<sup>60</sup> Inntal-Bote 13. 1. 1932 (9).

<sup>61</sup> Rosenheimer Anzeiger 5. 6. 1929 (127).

<sup>62</sup> Zur ursprünglich aus 105 Baracken bestehenden „Sanierungsanstalt“ s. Kögl. Revolutionskämpfe, 19, Anm. 5.

<sup>63</sup> BStB 108, I, 10.

<sup>64</sup> Rosenheimer Anzeiger 17. 1. 1929 (14); 2. 5. 1929 (101); vgl. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 6./7. 5. 1930 (103).

<sup>65</sup> Rosenheimer Anzeiger 9. 2. 1928 (33); 20. 8. 1929 (190); 30. 8. 1929 (199).

<sup>66</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 15./16. 1. 1931 (11); 30./31. 3. 1931 (73).

<sup>67</sup> Rosenheimer Anzeiger 20. 8. 1929 (190). Auf die neugeschaffenen 22 Wohnungen trafen 122 Bewerber; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 26/27. 6. 1929 (145).

<sup>68</sup> Rosenheimer Anzeiger 10. 2. 1930 (33).

aufgrund des kurzzeitig gerechnet höheren finanziellen Aufwandes auf der Strecke blieb.

Auch Vorstöße wie der des Rosenheimer BVP-Wahlkreisabgeordneten Breitenbach im Bayerischen Landtag am 18.6.1931, der die schlechte Finanzlage Rosenheims schilderte und anregte, durch Einsparungen an der Ausstattung kostengünstigere Wohnungen zu erstellen, um überhaupt neuen Wohnraum schaffen zu können<sup>69</sup>, blieben angesichts der desolaten Finanzsituation ohne konkreten Erfolg. Der Stadtrat sah sich schließlich im April 1932 gezwungen zu versuchen, über das Bauamt auf die Hausbesitzer einzuwirken, Hausreparaturen durchzuführen, um den völligen Ruin des Baugewerbes nach Ausbleiben der kommunalen Aufträge zu verhindern: „Man solle sich dabei an das notleidende Handwerk und an die an das achte Hundert heranreichende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erinnern, die mit Sehnsucht auf Arbeit warten.“<sup>70</sup> Daß diese Appelle ohne größeren Widerhall blieben, war aber zu erwarten, hatte sich doch der Stadtrat bereits am 13. 5. 1930 gezwungen gesehen, „bedürftigen Hausbesitzern“ zur Instandhaltung ihrer Wohngebäude niedrig verzinsliche Darlehen anzubieten. Gedacht war hierbei nur an die Beseitigung von Schäden, die den Bestand des Gebäudes gefährdeten; „Schönheitsreparaturen“ waren ausgeschlossen<sup>71</sup>.

Trotz des gestiegenen öffentlichen Interesses für den kommunalen Wohnungsbau war immer noch der Einsatz der Gemeindegremien entscheidend für die konkret getroffenen Maßnahmen, wie unser drittes Beispiel, die Gemeinde Stephanskirchen (BA Rosenheim), zeigt. Obwohl das Wohnraumangebot in dieser gemischtstrukturierten Gemeinde, in der das industrielle Element noch nicht die Oberhand über die Agrarwirtschaft gewonnen hatte, keineswegs der Anforderungen entsprach, etwa die Siedlung entlang des Inns regelmäßig unter Wasser stand, konnten sich die noch dem bäuerlichen Denken verhafteten Volksvertreter nicht entschließen, die erforderlichen Wohnhausbauten durchzuführen. Die geringste Neubaudichte aller in den Wohnraumzählungen erfaßten Gemeinden des Untersuchungsgebiets war die Folge, da es auch an privaten Investitionen fehlte (Tab. 65).

Erst nach jahrelangem Bemühen gelang es Bezirksamtsvorstand Roth, die Gemeindevertreter von dem Plan abzubringen, nach Kolbermoorer Muster Eisenbahnwaggon als Notunterkünfte aufzustellen. Er setzte den Bau zweier Häuser mit insgesamt 17 Wohnungen durch, von denen ein sehr einfaches 8-Familien-Haus, errichtet unter Verwendung des Abbruchmaterials der alten Kirche, zur Unterbringung der gerade im Ortsteil Schloßberg in großer Zahl vorhandenen „sogenannten unsozialen Mieter“ dienen sollte<sup>72</sup>.

<sup>69</sup> „Wir wollen die Ausstattung lieber zurücksetzen, aber unseren Familien Wohnungen geben, in denen sie Luft, Licht und Sonne haben, das einzige, was die Leute nichts kostet . . . Der Bayer wohnt am liebsten in der Küche und wenn diese entsprechend groß und eine Kammer dabei ist, so kann manchmal auf ein Zimmer verzichtet werden und das verbilligt das Bauen wesentlich.“ Verhandlungen 1930/31, Stenograph. Berichte Bd. V, 980.

<sup>70</sup> Stadtrats-Sitzung v. 27. 4. 1932, Rosenheimer Anzeiger 28. 4. 1932 (97).

<sup>71</sup> Stadtrats-Sitzung v. 13. 5. 1930, Rosenheimer Anzeiger 14. 5. 1930 (110).

<sup>72</sup> Roth an Reg. v. Obb., Kammer d. Innern, 25. 5. 1928; StAM LRA 56790. Vgl. Roth an Vorstand d. Landesversicherungsanstalt f. Obb. 16. 2. 1928, ebd.: Der Wohnungsmangel war so groß, daß einer „emittierten“ Arbeiterfamilie ein vorübergehend freier Schulsaal als Unterkunft angewiesen werden mußte.

Tab.65: Wohnungsbau 1.7. 1918–16.5. 1927:<sup>73</sup>

	Wohnbevölk. 1925	neuerrichtete Wohnungen	in % des Ge- samtbestandes
Rosenheim	17998	503	10,5
Kolbermoor	4782	207	16,2
Wasserburg	4389	109	10,5
Bad Aibling	4310	107	10,1
Stephanskirchen	3089	53	7,4
Prien	2959	61	9,0
Kirchdorf a. H.	2900	98	14,4
Kiefersfelden	2515	72	12,2
Pocking	1922	44	10,4
Kirchdorf a. I.	1702	85	21,7
Altbayern	3069797	37800	9,7
Bayern	6447839	97939	10,5

Mit der späten Entscheidung für das Projekt lud sich die Gemeinde jedoch eine Belastung auf, die sich in der heraufziehenden Krise verhängnisvoll auswirken sollte. Trotz staatlicher Fördermittel mußte der Gemeinderat wenige Monate nach Baubeginn am 14.12.1928 die Aufnahme eines weiteren Kredits bei der Kreissparkasse beschließen, um die Handwerker bezahlen zu können<sup>74</sup>; kaum drei Monate später weitete sich die Kreditaufnahme erneut aus<sup>75</sup>. Vor dem Höhepunkt der Krise somit bereits stark verschuldet, erwies sich die Belastung Stephanskirchens bei steigender Arbeitslosigkeit als schier unerträglich und führte letztendlich zum Kollaps der Gemeindefinanzen<sup>76</sup>.

Dieser Niedergang des kommunalen Engagements im Wohnungsbau läutete schon in der ersten Phase der krisenhaften Entwicklung eine neue Runde im verhängnisvollen Kreislauf der Arbeitslosigkeit ein. Wurden die Sozialhaushalte zur Bestreitung der Erwerbslosenfürsorge aufgebraucht, mußten Baumaßnahmen gestrichen werden<sup>77</sup>, was neben der besonders arbeitsintensiven Bauwirtschaft die Zulieferbetriebe, die Ziegeleien, Steinbrüche und Sägewerke des Umlandes der Industriegemeinden, in Bedrängnis brachte und somit die Arbeitslosigkeit auch in ländliche Bereiche außerhalb der Städte, Industrieinseln und gewerblichen Kleinzentren verpflanzte.

### cc) Die Industrie der Steine und Erden:

Eng gekoppelt an das Schicksal der Bauwirtschaft waren ihre Zulieferbetriebe aus dem Sektor der Steine und Erden. Jede Konjunkturschwankung des Bauwesens mußte sich vehement auf die südbayerischen Ziegeleien und die steinverarbeitenden Betriebe des Alpengebiets auswirken, zumal sie nicht nur für den heimischen Bedarf produzierten, sondern ihre Baustoffe auch in andere

<sup>73</sup> Errechnet aus BStB 108, I; 110. I.

<sup>74</sup> Gemeinderatsprotokoll 14.12.1928; StAM LRA 56790.

<sup>75</sup> Gemeinderatsprotokoll 5.2.1929; ebd.

<sup>76</sup> Vgl. u. S.178 ff.

<sup>77</sup> Ruck, Wohnungsbau, 116ff., sieht als Ursache der Verminderung nicht krisenbedingte wirtschaftliche Zwänge, sondern primär den wachsenden Einfluß der Gegner sozialinterventionistischer Wohnbaupolitik.

Landesteile verschickten. Im Inntal, dessen Industrien zu einem Großteil auf der Nutzung der Gesteinsvorkommen basierten, zog der Rückgang der Bautätigkeit verhängnisvolle Folgen für Absatz- und Arbeitsmarkt nach sich. In Kiefersfelden an der Tiroler Grenze war davon vor allem die junge Zementfabrik betroffen. Ihr Hauptaktionär war 1928 die den süddeutschen Markt beherrschende „Mannheim-Heidelberg-Stuttgart AG“ geworden, die das Unternehmen als Pachtwerk des Konzerns weiterführte, so daß sich die Intention der Befürworter der umstrittenen Firmengründung, etwa Dr. Heims, mit ihr ein bayerisches Zementwerk außerhalb der überregionalen Kartellbindungen ins Leben zu rufen, auf Dauer nicht durchgesetzt hatte<sup>78</sup>. War die Beschäftigungslage noch bis 1930 zufriedenstellend, so erfolgte im Geschäftsjahr 1931 ein jäher Einbruch. Binnen eines Jahres schrumpfte der Zementabsatz auf ein Zehntel der Vorjahresmenge<sup>79</sup>:

Tab.66: Absatz des Zementwerks Kiefersfelden 1925 bis 1933 (Produktionskapazität 7000 Wagen):<sup>80</sup>

	Zement	Zementkalk
1925:	2572 Wagen	141 Wagen
1926:	2429 Wagen	261 Wagen
1927:	4020 Wagen	261 Wagen
1928:	3787 Wagen	260 Wagen
1929:	3972 Wagen	421 Wagen
1930:	3298 Wagen	341 Wagen
1931:	315 Wagen	41 Wagen
1932:	208 Wagen	55 Wagen
1933:	868 Wagen	98 Wagen

Aufgrund der rapide nachlassenden Aufträge stellte die Konzernleitung die Arbeit im Kiefersfeldener Zweigbetrieb zum 1. November 1930 ein. Von 112 Arbeitern schieden zunächst 88 aus, die 16 Angestellten wurden weiterbeschäftigt<sup>81</sup>; die kleine Restbelegschaft sorgte nur mehr für den spärlichen Versand aus den Lagerbeständen. Wohl nicht zu Unrecht vermuteten die Entlassenen in der Stilllegung in erster Linie einen konzernpolitischen Schachzug, der den übrigen Produktionsstätten des Syndikats zugute kommen sollte. Ohne Verständnis für die Beteuerungen der Direktion, der Herstellungsprozeß in Kiefersfelden sei zu kostenintensiv und deshalb eingestellt, verwies der Betriebsrat auf ein erst 1931 nur wenige Kilometer nördlich eröffnetes kleines Zementwerk, das seit seiner Inbetriebnahme mit etwa 50 Personen auf Hochdruck arbeitete, auch im Winter produzierte und kaum imstande war, die eingehenden Aufträge zu bewältigen<sup>82</sup>.

<sup>78</sup> Geschichte der Werksgründung, (Archiv d. Portland-Zementwerke Heidelberg AG, Werk Kiefersfelden), 1. Vgl. die Verhandlungen in BayHStA MWi 7311.

<sup>79</sup> Portland-Cementwerke AG Heidelberg-Mannheim-Stuttgart an Bayer.Staatsmin. f. Wirtschaft, Abt. Handel, Industrie u. Gewerbe, 11. 8. 1933, BayHStA MWi 7311.

<sup>80</sup> Geschichte der Werksgründung, (Archiv d. Portlandzementwerke Heidelberg AG, Werk Kiefersfelden), 2.

<sup>81</sup> Reg. v. Obb. an Staatsmin. d. Äußern 26. 11. 1930, BayHStA MWi 7311.

<sup>82</sup> Betriebsrat an MdL Keppler 28. 7. 1933 und den Betriebsratsvorsitzenden der Hauptverwaltung Heidelberg, W. Schmid, 25. 6. 1933, BayHStA MWi 7311.

Stand in Kiefersfelden ein moderner Maschinenpark still, so kämpfte das Zementwerk der Gebrüder Wiesböck in Rohrdorf vor allem mit technischen Problemen, die gebraucht gekaufte, unzuverlässige Produktionsmittel bereiteten, so daß in Frühjahr und Herbst 1932 nicht alle Bestellungen ausgeliefert werden konnten<sup>85</sup>. Auch hier stellten sich finanzielle Schwierigkeiten ein, die dem Heidelberger Zementtrust die Gelegenheit boten, sich mit einer Minderheitsbeteiligung in den Konkurrenzbetrieb einzukaufen und ihn an die Kontingentierungen des Kartells zu fesseln<sup>84</sup>, doch zeugte der Erfolg des Rohrdorfer Werks trotz seiner ineffektiven, personalintensiven Arbeitsweise – die Kiefersfeldener Betriebsräte behaupteten, mit gleichem Personaleinsatz könnte in ihrem Betrieb die zehnfache Menge erzeugt werden<sup>85</sup> – davon, daß durch Initiative und unternehmerisches Geschick selbst in krisengeschwächten Branchen durchaus die Chance zu positiven Resultaten gegeben war<sup>86</sup>.

Im Sommer 1932 nahm auch die Kiefersfeldener Zementfabrik die Arbeit mit 60 Mann in begrenztem Umfang wieder auf, entließ die Belegschaft jedoch nach drei Monaten erneut, da der Absatz in diesem Zeitraum kaum dem einer Woche zu „normalen Zeiten“ während der Bausaison entsprach<sup>87</sup>. Erst nach einer Fülle von Eingaben des Betriebsrats und der Gemeinde sowie massiver Interventionen der bayerischen Regierung entschloß sich der Zementkonzern im März 1934, in der Grenzgemeinde wieder zu geregelter Produktion überzugehen<sup>88</sup>.

Kaum weniger von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurde die Kiefersfeldener Marmorindustrie. Gerade ihre hochwertigen, teuren Produkte für repräsentative Bauten fanden in einer Phase wirtschaftlichen Niedergangs keine Abnehmer mehr. Meldete der Vorstand im Geschäftsbericht für 1928/29 einen verschärften Wettbewerb und bereits seit 1927 schrumpfenden Absatzmarkt, in dem die deutsche Marmorindustrie durch hohe Betriebs- und Lohnkosten sowie ungenügenden Zollschatz für Halbfertigprodukte mehr und mehr in die Defen-

<sup>85</sup> Bericht des Aufsichtsrats z. 1. Generalvers. 8.4.1933, Protokollbuch d. Südbayer. Zementwerke Gebr. Wiesböck, Firmenarchiv. Zur Gründung s. die Zusammenstellung der Werksgeschichte, ebd.

<sup>84</sup> Sitzungsprotokolle 11.2.1932 ff., Protokollbuch ...; vgl. Werksgeschichte, 4.

<sup>85</sup> Betriebsrat an den Betriebsratsvorsitzenden d. Hauptverwaltung Heidelberg, W. Schmid, 25.6.1933, BayHStA MWi 7311.

<sup>86</sup> Das unterstreicht auch die 1931 durchgeführte Erweiterung und Modernisierung des Kalkwerks Unterholzer/Fischbach; Rosenheimer Anzeiger 13./14.6.1931 (133).

<sup>87</sup> Anzeiger f. Oberaudorf u. Kiefersfelden 26.11.1932 (48).

<sup>88</sup> BayHStA MWi 7311; die geradezu hoffnungslose Lage der Arbeiterschaft schildert das Schreiben des Kiefersfeldener Betriebsrats an den Betriebsratsvorsitzenden in der Hauptverwaltung Heidelberg, W. Schmid, v. 25.6.1933, ebd.: „Unser Werk steht still seit Ende Oktober 1930 und war seither nur 3 Monate in Betrieb. Die Folge ist eine Verelendung in den Familien. Fast alle Arbeitskollegen sind auf Wohlfahrtsfürsorge angewiesen, mit der sie nicht leben und nicht sterben können, weil eben eine andere Beschäftigungsmöglichkeit in unserer industriearmen Gegend nicht vorhanden ist. Zum großen Teil sind die Kollegen wegen der Zementfabrik von auswärts hierhergezogen in der Hoffnung, ihren Lebensunterhalt hier verdienen zu können und nun ist es nicht einmal mehr möglich, im Jahre solange zu schaffen, daß sie wenigstens wieder die Erwerbslosenfürsorge beanspruchen können. Infolge dieser traurigen Lage sind fast alle Kinder unterernährt und auch bei den Frauen und Männern ist dies der Fall und Krankheiten in den Familien sind wegen der Unterernährung sehr häufig ... Wie es bei einem Arbeiter an Kleidung usw. aussieht, wenn er 2 ½ Jahre lang ohne ordentlichen Verdienst ist, wissen Sie ja wohl selbst.“

sive gedrängt wurde, so waren im Frühjahr 1930 die Stornierung bereits erteilter Aufträge und vor allem die Zurückstellung staatlicher und kommunaler Repräsentationsbauten zu beklagen. Im Rechnungsjahr 1931/32 betrug der Umsatz schließlich gegenüber dem Vorjahr nur noch die Hälfte, im Vergleich zu 1929/30 ein Drittel. Binnen dreier verlustreicher Jahre häuften sich bis zum Frühjahr 1933 Schulden in Höhe von 75 % des Aktienkapitals an, so daß die Sanierung des Unternehmens nur durch eine drastische Kapitalherabsetzung und Abfindung der Hauptaktionäre mit werkseigenen Grundstücken zu bewältigen war<sup>89</sup>.

Die Werksleitung war bemüht, ihr speziell ausgebildetes Fachpersonal auch über die Depressionsphase hinaus der Firma zu erhalten und die mangelhafte Auslastung der Produktionskapazitäten bis 1931 mit Kurzarbeit und der Fabrikation von Lagerware zu überbrücken, doch kam es auch hier schließlich zu Massenentlassungen<sup>90</sup>. Von rund 220 Arbeitern im Kiefersfeldener Stammwerk in den späten zwanziger Jahren verblieben bis zum Herbst 1933 nur etwa zehn in ihrer Stellung<sup>91</sup>.

Die bayerische Ziegeleiindustrie traf der Niedergang der Bauwirtschaft mit am heftigsten. Kleinere Betriebe, denen neben dem Abatzmangel zudem der Kartellierungsdruck regionaler Trusts zu schaffen machte<sup>92</sup>, wurden, wie das Tonwerk Westerndorf St. Peter bei Rosenheim, geschlossen und abgebrochen<sup>93</sup>, oder, wie in anderes Unternehmen im nahen Großkarolinenfeld, schließlich zwangsversteigert. Hier griff allerdings die Gemeinde ein, um die Arbeitsplätze zu erhalten, und betrieb das Werk mit wechselndem Erfolg in eigener Regie weiter<sup>94</sup>.

Relativ widerstandsfähig erwies sich dagegen die Ziegelei Meindl in Isen, mit rund 200 Beschäftigten vor Beginn der Weltwirtschaftskrise bedeutendster Arbeitgeber des Wasserburger Bezirks. Das Werk, das im Gegensatz zu kleineren „Sommerziegeleien“ auf eine ganzjährige Produktion ausgelegt war, arbeitete noch im milden Winter 1929/30 mit voller Kraft durch, mußte aber ab 1931

<sup>89</sup> Geschäftsberichte der Marmor-Industrie Kiefer AG 1928/29 bis 1933/34, Firmenarchiv.

<sup>90</sup> Direktor R. Kröner: „Denkschrift über Arbeitsbeschaffung der Marmorindustrie Kiefer zur Behebung der langjährigen Arbeitslosigkeit in der Gemeinde Kiefersfelden“ v. 22. 9. 1933, BayHStA MWi 7714.

<sup>91</sup> Beschluß des Gemeinderats Kiefersfelden 20. 11. 1933, BayHStA MWi 7714; Kröner nennt in seiner Denkschrift, ebd., als Restbelegschaft durchschnittlich 50 Arbeiter und einen Teil des Verwaltungspersonals. Hier auch Angaben zu Löhnen und Gehältern des Unternehmens, die den Personalabbau widerspiegeln:

1913:	500 000. –
1929:	390 000. –
1930:	367 000. –
1931:	139 000. –
1932:	126 000. –

<sup>92</sup> Vgl. das Schreiben des Tonwerks Kolbermoor, Filiale Hebertsfelden, an das BA Griesbach 28. 2. 1928: Von amtlicher Seite müsse Druck auf Italiener ausgeübt werden, die in Birnbach eine Handschlagsziegelei betrieben, sich weigerten, der Niederbayer. Mauersteinvereinigung beizutreten und unter deren Preisen verkaufen; StALa Rep. 164/6, 5422.

<sup>93</sup> Aiblinger Zeitung 10. 9. 1929 (209); Rosenheimer Anzeiger 18. 9. 1929 (215).

<sup>94</sup> Aiblinger Tagblatt 25. 1. 1931 (9); 4. 9. 1931 (170); Aiblinger Zeitung 30. 4. 1931 (98); Kolbermoorer Volksblatt 24./25. 12. 1932 (296).

seine Neuproduktion begrenzen. Zwar beschränkten sich die Stilllegungen nach wie vor auf kurze, spätwinterliche Reparaturpausen, doch verringerte sich der Personalstand sich jetzt auch in der Hochsaison<sup>95</sup>. Da noch immer Arbeitssuchende aus der Umgebung hofften, eine Anstellung in der Ziegelei zu finden, sah sich der Marktgemeinderat Isen gezwungen, vor weiterem Zuzug ausdrücklich zu warnen. Neueinstellungen seien ausgeschlossen, eher eine leichte Verringerung des Personals zu erwarten<sup>96</sup>. Das Gros des Stammpersonals konnte jedoch, wengleich mit Arbeitszeitbeschränkungen, weiterbeschäftigt werden:

Tab. 67: Beschäftigte Arbeiter des Dachziegelwerks Meindl/Isen  
(jeweils letzte Juliwoche):<sup>97</sup>

1928:	192
1929:	198
1930:	198
1931:	180
1932:	141
1933:	142

Trotz dieser relativ stabilen Lage des regionalen Marktführers war jedoch auch in der Wasserburger Ziegeleiindustrie ein langfristiger Personalabbau unverkennbar. Die drei Unternehmen des Bezirks verminderten im Betriebszählungsintervall 1925/1933 ihre Belegschaft um rund ein Viertel (24,4%)<sup>98</sup>.

Wesentlich schlechter war die Lage der zweiten Großziegelei im Untersuchungsbereich, dem Tonwerk Kolbermoor des Steinbeis-Konzerns. Noch geschwächt von einem Großbrand im Jahre 1928<sup>99</sup> hatte das Unternehmen von Anfang an Mühe, die mangelnde Nachfrage an Baumaterialien zu überstehen. Schon die ersten Absatzstockungen trafen das Werk derart, daß es zum 31. 12. 1929 seine Illiquidität erklären mußte, ein schwerer Schlag für den Familienkonzern, der zu seinen wachsenden Betriebsverlusten damit auf der Aktivseite das Aktienkapital der Tonwarenfabrik in Höhe von 445 000.– einbüßte, was sich in der Folgezeit ungünstig auf die Finanzlage der gesamten Gruppe und damit auch negativ auf die Arbeitsplatzsicherheit in den übrigen Unternehmungen auswirkte.

Die Bilanzen der Firmengruppe wiesen von nun an ins Ungeheure steigende Verluste auf<sup>100</sup>. Hatten sich die in Anspruch genommenen Bankkredite des

<sup>95</sup> Georg Zischler (ehem. Betriebsleiter) 12. 7. 1988; Wasserburger Anzeiger 20./ 21. 1. 1929 (17), 10. 2. 1931 (33); Haager Bote 22. 9. 1931 (111), 14. 4. 1932 (42).

<sup>96</sup> Wasserburger Wochenblatt 12. 2. 1931 (19).

<sup>97</sup> Ausgezählt aus Lohnlisten, Archiv d. Ziegelei Meindl, Isen.

<sup>98</sup> Errechnet aus StDR 417, H 12 a; 465, H. 12.

<sup>99</sup> Kolbermoorer Anzeiger 21. 6. 1928 (141).

<sup>100</sup> Bilanzmäßige Verluste von Steinbeis u. Cons. 1927–1932:

1927:	5277.–
1928:	231 841.–
1929:	1 277 982.–
1930:	1 776 035.–
1931:	2 174 064.–
1932:	2 437 241.–

Chronik Steinbeis u. Cons. (Firmenarchiv), 358.

Konzerns von 1924 bis 1927 in mäßigen Grenzen bewegt, so erreichte die Verschuldung nun ein geradezu beängstigendes Ausmaß. Verschärfend wirkte zusätzlich die Krise des internationalen Kreditgeschäfts. Anleihen in Dollar, Schweizer Franken und Holländischen Gulden, die zum Teil über die Darmstädter- und Nationalbank kurzfristig aufgenommen worden waren, wurden plötzlich abgezogen und von den selbst in Schwierigkeiten geratenen Geldgebern rigoros eingefordert. Nur mit Mitteln aus der Substanz, erlöst durch den Verkauf von Immobilien und Lagerbeständen um jeden Preis, gelang es der Konzernführung, den völligen Zusammenbruch zu verhindern<sup>101</sup>.

Auf Sanierungsmaßnahmen durch Finanzspritzen des Mutterkonzerns konnte das Tonwerk Kolbermoor unter diesen Umständen nicht rechnen. Nach der Entlassung der verbliebenen 200 Arbeitskräfte zum Jahresende 1929 und einer ausgedehnten Winterpause lief im März 1930 zwar die Produktion wieder an, jedoch mit erheblich verminderter Belegschaftszahl<sup>102</sup>. Auch in den folgenden Jahren mußten die Arbeiter, die nicht von vorneherein entlassen worden waren, monatelange Arbeitslosigkeit wegen häufiger Betriebsschließungen in Kauf nehmen. Nachdem die jährlichen Verluste trotz Stilllegungen und drastischen Personalabbaus stetig weiterkletterten<sup>103</sup>, stellte das Werk Anfang März 1933 endgültig die Zahlungen ein und wechselte den Besitzer<sup>104</sup>.

Mit Ausnahme der Tonwarenerzeuger des Bezirksamts Aibling überstanden die Industrien der Steine und Erden die Absatzkrise jedoch ohne größere Betriebsaufgaben:

Tab. 68: Industrie der Steine und Erden 1925–1933:<sup>105</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	7	86	6	12
BA Aibling	13	373	9	179
BA Rosenheim	30	838	29	460
BA Wasserburg	13	252	14	191
BA Griesbach	16	119	14	101
Altbayern	1973	59726	1950	26669
Bayern	5 141	108 348	5 285	70 654

Am robustesten erwiesen sich die Kleinbetriebe des unteren Rottals, bei denen die Personalreduzierung mit 15,1% weit unter dem Landesdurchschnitt Bayerns

<sup>101</sup> Ebd., 359f.; Hermann Steinbeis 8. 5. 1987.

<sup>102</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 12. 1929 (295); 30./31. 12. 1929 (300). Im Frühjahr wurden nur noch 120 Arbeiter eingestellt; ebd., 24./25. 2. 1930 (45); 1./2. 3. 1930 (50); Kalhammer, Chronik II/3 (StA Kolbermoor), 120f.: Durch die Elektrifizierung des Betriebsablaufs und die damit verbundene Aufgabe der Torfstiche war die Belegschaftszahl bereits bis 1929 von einst 450 (1908) auf 200 geschrumpft. Vgl. Fleischmann, Bewegte Vergangenheit, (StA Kolbermoor), 12.

<sup>103</sup> Geschäftsjahr 1930/31: 74 552.–, 1931/32: 205 850.–; Aiblinger Tagblatt 11. 10. 1932 (196).

<sup>104</sup> Aiblinger Tagblatt 11. 3. 1933 (50); 22. 2. 1933 (37); Kalhammer, Entwicklung III, 182. Zum Verkauf des niederbayer. Zweigwerks Hebertsfelden: Bayer. Volksbote 16. 2. 1933 (63).

<sup>105</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

(– 34,8%) lag. Sie produzierten für den lokalen ländlichen Markt des nächsten Umlandes, der sich vom Konjunkturverlauf unbeeinflusster und langfristig stabiler erwies als die von Großaufträgen abhängige Massenproduktion. Eine geradezu vernichtende Arbeitseinschränkung erlitten dagegen die Steinmetz- und Baustoffbetriebe der Stadt Rosenheim, deren Belegschaft um 86,0% zurückging, während der Personalstand im Aiblinger und Rosenheimer Bezirk (– 52,0 bzw. – 45,1 %) sowie besonders im Bezirksamt Wasserburg (– 24,2 %) eine geringere Verminderung als im übrigen Altbayern (– 55,3 % und damit der vom Personalabbau am härtesten getroffene Wirtschaftszweig) erfuhr<sup>106</sup>.

*dd) Metallwarenherstellung, Maschinen- und Apparatebau:*

Wenig Erfreuliches gab es auch aus den metallverarbeitenden Betrieben und Maschinenfabriken zu vermelden. Die Landwirte zögerten Neuanschaffungen von Werkzeugen und Maschinen so lange als möglich hinaus, die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft des Gewerbes näherte sich dem Nullpunkt, und die geringe Bautätigkeit bot ebenfalls kaum Beschäftigungsmöglichkeiten.

Der Sensenfabrikation im Kiefersfeldener Ortsteil Mühlbach waren bis in die späten zwanziger Jahre wirtschaftliche Probleme kaum bekannt. Die sichere Stellung nicht nur im deutschen Markt, sondern auch im europäischen und überseeischen Ausland garantierte gute Erträge und Vollbeschäftigung. „Das Sensenschmieden kommt gleich nach dem Geldmachen“, lautete ein geflügeltes Wort der Belegschaft<sup>1</sup>. Ab den Jahren 1929/30 kam jedoch der traditionelle Osthandel mit Rußland, Polen und dem Baltikum fast völlig zum Erliegen, da besonders die UdSSR nun versuchte, den Bedarf dieser Region durch eigene Industrien zu decken. Absatzschwierigkeiten auch in anderen Ländern wurden durch die rückläufige Nachfrage von Seiten der angeschlagenen deutschen Landwirtschaft verschärft<sup>2</sup>, worauf die Reingewinne des Unternehmens vom Geschäftsjahr 1927/28 ab binnen zweier Jahre von 62 146.– auf 7 661.– zurückgingen; an Gewinnausschüttungen, 1928 noch stolze 15 %, war unter diesen Umständen nicht mehr zu denken<sup>3</sup>. Einer langanhaltenden „saisonalen Stilllegung“ des Werkes im Frühjahr 1931, die alle 103 Sensenschmiede und Hilfsarbeiter traf, folgten im Frühsommer Entlassungen<sup>4</sup>, welche die Arbeitsmarktlage in der ohnehin von drückender Arbeitslosigkeit überbürdeten Gemeinde weiter verschlechterten.

Auch das Metallgewerbe in der Stadt Rosenheim blieb von der rückläufigen Nachfrage nicht verschont. Die Stumbeck AG, das älteste Unternehmen der Branche am Platze, arbeitete ab 1930 mit Verlust und geriet in finanzielle Schwierigkeiten:

<sup>106</sup> Errechnet aus StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>1</sup> Zit. n. Einmayr, Sensenwerk Mühlbach (Archiv d. Bayer. u. Tiroler Sensenunion), 20.

<sup>2</sup> Ebd., 20 ff.

<sup>3</sup> Münchner Neueste Nachrichten 30.6.1929 (175); Rosenheimer Anzeiger 5. 6.7. 1930 (152).

<sup>4</sup> Berichte des Landesarbeitsamts über die Arbeitsmarkt- u. Wirtschaftslage Febr. 1931, April 1931, Juni 1931, StALa Rep. 168/1, Fasc. 2622, 8419.

Tab. 69: Reingewinn bzw. Verluste der Stumbeck AG 1928–1932:<sup>5</sup>

1928/29:	+ 10 399.–
1929/30:	+ 3 493.–
1930/31:	– 2 068.–
1931/32:	– 49 300.–

Der Lokalrivale des ehemaligen Messinghammers, die Maschinenfabrik Beilhack, übernahm schließlich Ende Dezember 1931 die Aktienmehrheit des stillliegenden Konkurrenten<sup>6</sup>. Versteigerungen einer Kettenfabrik im „Sanierungs-gelände“<sup>7</sup> sowie eines in Konkurs gegangenen Bad Aiblinger Eisenwerks<sup>8</sup> unterstrichen die bedrohliche Lage der metallverarbeitenden Industrie im Inn-Mangfallgebiet.

Der sinkende Maschinenabsatz traf auch das Gewerbe unseres Rottaler Vergleichsbezirks. Die Ruhstorfer Maschinenfabrik Hatz, die im Frühjahr 1930 mit rund 100 Arbeitnehmern der mit Abstand bedeutendste Industriebetrieb des Bezirksamts gewesen war<sup>9</sup>, entließ Anfang Juli 1931 40 Arbeiter, konnte damit aber den Auftragsschwund nicht ausgleichen. Bereits zwei Wochen später mußte der Betrieb völlig eingestellt werden, wodurch nochmals rund 30 Beschäftigte ihre Stellung verloren<sup>10</sup>. Ein Ausweichen in nahegelegene, branchengleiche Betriebe war in dem industriearmen Gebiet unmöglich, da auch die benachbarte Herdfabrik Hörl mit akuten Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte<sup>11</sup>.

Ohne typische Linien verlief die wirtschaftliche Entwicklung des metallverarbeitenden Gewerbes mit seinen sich überlappenden und kaum trennbaren Untergruppen (Tab. 70). In der Eisen- und Metallwarenherstellung bewegten sich bei nur im Bezirksamt Griesbach sinkenden Produktionsstättenzahlen die Arbeitsplatzverluste mit Ausnahme der Bezirke Aibling (– 44,5%) und Wasserburg (– 18,1%) unter der 10%-Marke, während in Altbayern 17,9%, in Bayern 28,1% der Stellen von 1925 bis zum Jahr 1933 verloren gingen. Im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau begünstigte die zunehmende Mechanisierung die Gründung von Kleinbetrieben, insbesondere von Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge und Landmaschinen. Bei kräftig anziehenden Betriebszahlen legte auch die Beschäftigtenziffer innerhalb dieser Gruppe zu, doch sanken dabei die Betriebsgrößen ab. Der Durchschnittspersonalstand rutschte im Aiblinger Bezirk von 5,2 auf 3,3, in Rosenheim-Land von 3,1 auf 2,1 und in Wasserburg von 2,4 auf 2,0 Personen. Am härtesten traf die Krise die mittleren bis großen Produzenten. Im Bezirksamt Griesbach beschäftigten jetzt fast doppelt so viele Betriebe nur noch knapp die Personalzahl von

<sup>5</sup> Münchner Neueste Nachrichten 25. 6. 1930 (170); Rosenheimer Anzeiger 17. 7. 1931 (160); Aiblinger Tagblatt 26. 2. 1932 (39).

<sup>6</sup> Rosenheimer Anzeiger 29. 12. 1931 (298).

<sup>7</sup> Aiblinger Zeitung 23. 9. 1930 (219).

<sup>8</sup> Aiblinger Zeitung 9./10. 3. 1930 (57); Aiblinger Tagblatt 10. 4. 1931 (68).

<sup>9</sup> BA Griesbach an Reg. v. Niederbayern 24. 5. 1930 (Besichtigungsvorschlag f. Reise d. Ministerpräs. Held, die aber entfiel), StAla Rep. 164/6, 3037.

<sup>10</sup> Bayer. Volksbote 4. 7. 1931 (151); Gendarmerie Pocking an BA Griesbach 19. 7. 1931, StAla Griesbach 4565.

<sup>11</sup> Herdfabrik Hörl an BA Griesbach, StAla Rep. 164/6, 5282.

Tab. 70: Metallverarbeitendes Gewerbe 1925/1933:<sup>12</sup>

- a) Herstellung von Eisen- und Metallwaren  
 b) Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim a)	32	147	41	136
b)	15	246	20	109
BA Aibling a)	67	272	69	151
b)	10	52	23	76
BA Rosenheim a)	121	380	132	344
b)	22	69	38	81
BA Wasserburg a)	116	223	121	204
b)	30	73	46	93
BA Griesbach a)	115	243	102	199
b)	23	138	43	133
Altbayern a)	8176	24924	8713	20459
b)	1922	29873	2493	15000
Bayern a)	20458	87687	21868	63018
b)	4290	111141	5604	56556

1925 (– 3,6%), während in der Stadt Rosenheim der Arbeitsplatzrückgang gar 58,7% erreichte und damit die ohnehin hohen Ausfallraten Altbayerns (– 49,8%) und Bayerns (– 49,1%) deutlich übertraf<sup>13</sup>.

*ee) Die Chemische Industrie:*

Dank ihres Außenhandels, der ihr begehrte Devisen bescherte, mit deren Hilfe sich die heimischen Unkosten spielend begleichen ließen, hatten die Chemischen Werke in Heufeld die Zeiten der Inflation glänzend überstanden, sahen sich aber nach der Stabilisierung der Mark wachsendem Konkurrenz- und Preisdruck größerer deutscher Chemieproduzenten ausgesetzt<sup>14</sup>. Folge davon war die Einstellung der meisten Betriebszweige wie der Schwefelsäure-, Glaubersalz- und Superphosphatproduktion, so daß Ende 1925 neben dem Elektrizitätswerk nur noch die Salzsäure-Sulfatanlage mit gedrosselter Intensität arbeitete und die Hälfte der Belegschaft entlassen wurde. Ganze 60 Mann waren nötig, um den Restbetrieb aufrecht zu erhalten.

Neuen Aufschwung erhielt das angeschlagene Unternehmen ab 1926 mit dem Ausbau der Bleicherdeherstellung, eines chemisch aufbereiteten Tones zum Filtern mineralischer wie pflanzlicher Öle. Hierzu konnten im eigenen Werk produzierte Säuren Verwendung finden, was einige zwischenzeitlich stillgelegte Teilbereiche erneut auslastete. Obwohl die Produktionsumstellung den Heufelder Werken neue Zukunftsperspektiven erschlossen hatte, traf auch sie Verbrauchs-

<sup>12</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>13</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>14</sup> S. hierzu, auch im folgenden, die ausführlichen Erinnerungen des ehemaligen Werksleiters Dr. A. Wirzmüller, „Beiträge z. Geschichte Heufelds“ (Archiv der Südchemie AG), 2ff.

rückgang und Preisverfall mit Beginn der wirtschaftlichen Depression. Der Absatz der landwirtschaftlichen Fabrikate litt unter der schlechten Lage der Agrarwirtschaft<sup>15</sup>. Darüberhinaus mußten Auslandskredite, die zur Neuorganisation und Erweiterung der Produktionsanlagen aufgenommen worden waren, kurzfristig zurückgezahlt werden, die Zinssätze der Investitions- und Betriebskredite, die inzwischen auf die Höhe des Aktienkapitals angewachsen waren, verdoppelten sich. Erst mit einer Kapitalzusammenlegung und Neuausgabe von Vorzugsaktien gemäß den Möglichkeiten, welche die Notverordnung vom 6. 10. 1931 geschaffen hatte, gelang es, die Schuldenlast abzutragen und damit das Unternehmen auf eine gesunde Basis zu stellen<sup>16</sup>.

Obwohl die Produktion einzelner Artikel krisenbedingt rapide zurückging – im Geschäftsjahr 1932/33 wurde nur mehr ein Zehntel der Vorkriegsmenge an Superphosphat zu Düngezwecken fabriziert – stiegen die Gewinne trotz reger Investitionstätigkeit antizyklisch zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ab 1928 kontinuierlich an, so daß 1932/33 erstmals wieder eine Dividende von 4 bzw. 8 % für Vorzugsaktien ausgeschüttet werden konnte<sup>17</sup>:

Tab. 71: Reingewinn/Verlust der AG für landwirtschaftlich-chemische Fabrikate Heufeld:<sup>18</sup>

1925/26:	– 244 850.–
1926/27:	+ 46 623.–
1927/28:	+ 31 756.–
1928/29:	+ 2 390.–
1929/30:	+ 4 482.–
1930/31:	+ 14 265.–
1931/32:	+ 40 252.–
1932/33:	+ 74 437.–

Gute Beschäftigung und steigende Umsatzziffern, die der Vorstand im Frühjahr 1932 vermelden konnte<sup>19</sup>, waren der Ausweitung der Bleicherdeproduktion zu danken. Sie hing eng mit dem Rückgang der Kaufkraft weiter Bevölkerungsteile zusammen, die jetzt vom Butter- zum Margarinekonsum überschwenkten, was den Zulieferern der Speisefettindustrien zu statten kam<sup>20</sup>. Allein von 1930 auf 1931 stieg der Umsatz des Heufelder Werks in diesem Teilbereich um 25 %, so daß es trotz vielfältiger Bemühungen, die Kapazitäten zu erhöhen, kaum

<sup>15</sup> Geschäftsbericht 1929/30, abgedr. ebd. 34 f.

<sup>16</sup> Geschäftsbericht 1931/32, abgedr. ebd. 53 ff.

<sup>17</sup> Geschäftsbericht 1932/33, abgedr. ebd. 58.

<sup>18</sup> Geschäftsberichte, abgedr. ebd., 9 ff. Eine Sammlung von Presseberichten zum Geschäftsgang auch in BayHStA MWi 5966.

<sup>19</sup> Geschäftsbericht 1932/33, abgedr. ebd. 58.

<sup>20</sup> Der Werksleiter erinnert sich: „So paradox es klingen mag, die große allgemeine Wirtschaftsdepression kam uns hierbei zu Hilfe; denn nie waren die Speiseöl- und Margarinefabriken besser beschäftigt als zu der Zeit, wo die Bauern auf ihren vollen Butterfässern sitzen blieben, während die ganze Verbraucherschaft auf die billige Margarine überging. Die Margarinefabriken und mit diesen die Bleicherdefabriken wurden also damals zu Nutznießern der allgemeinen erbärmlich schlechten Zeiten und mit Staunen vermerkte die ganze Umgebung Heufelds, daß wir zu keinen Arbeiterentlassungen gezwungen waren, während alle anderen Werke der Nachbarschaft damals stärkste Ausstellungen und Arbeitszeitverkürzungen vornahmen, ja teilweise ganz zum Erliegen kamen“. Ebd. 36.

möglich war, die geforderten Mengen zu erzeugen<sup>21</sup>. Für die Arbeitnehmer garantierte dies sichere Arbeitsplätze, zumal auf eine Belegschaft Wert gelegt wurde, die universell einsetzbar war, also bei Stockungen in einem Betriebszweig in einem anderen aushelfen konnte, was sie weitgehend vor längeranhaltender Arbeitslosigkeit schützte. Darüberhinaus eröffneten die günstigen Aussichten der Heufelder chemischen Industrie sogar durch „erhebliche Neueinstellungen“<sup>22</sup> arbeitslosen ehemaligen Beschäftigten der übrigen, teils stillgelegten Betriebe des Bruckmühler Raums die Möglichkeit, wieder in Arbeit und Brot zu kommen. Bis Juni 1933 wuchs so die Belegschaft auf 255 Personen an<sup>23</sup>.

Trug damit die chemische Industrie des Aiblinger Bezirks zum Erhalt wertvoller Arbeitsplätze bei, so erwies sie sich im Bezirksamt Rosenheim als wirtschaftlicher Destabilisierungsfaktor. Die um das stadtnahe Stephanskirchen angesiedelten Anlagen mußten überdurchschnittliche Arbeitsplatzverluste hinnehmen:

Tab. 72: Die Chemische Industrie 1925/33:<sup>24</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
BA Aibling	5	208	1	255
BA Rosenheim	3	539	3	295
Altbayern	428	8975	396	6610
Bayern	1066	43955	1029	32902

Während in Altbayern und Bayern die Beschäftigtenzahlen der chemischen Industrien um rund ein Viertel zurückgingen (26,3 bzw. 25,1 %), im Bezirksamt Aibling dagegen um 18,4 % anstiegen, verloren im Bezirk Rosenheim 45,3 % aller Arbeitnehmer dieser Sparte ihren Arbeitsplatz<sup>25</sup>. Schon im Herbst 1929 waren die Chemischen Werke Thansau stillgelegt worden<sup>26</sup>. Erst nachdem das Gelände über ein Jahr brachgelegen hatte, nahmen ein kleiner chemischer Betrieb, dazu eine Eisengießerei und eine Lederknopffabrik in den leerstehenden Hallen die Arbeit auf<sup>27</sup>. Ein Röhrenwerk, das ebenfalls auf dem Betriebsgelände Unterkunft gefunden hatte, erwies sich als unrentabel und mußte nach kurzer Betriebsdauer wieder aufgegeben werden<sup>28</sup>.

Noch trostloser wirkte das Ende der traditionsreichen Sprengstofffabrik, die einst das Rückgrat des Stephanskirchener Wirtschaftslebens dargestellt hatte. Ende 1931 schloß die Süddeutsche Sprengstoffwerke AG ihren Zweigbetrieb,

<sup>21</sup> Geschäftsbericht 1930/31, ebd., 43 f.

<sup>22</sup> Aiblinger Tagblatt 11. 10. 1932 (196).

<sup>23</sup> StDR 465, H. 12.

<sup>24</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12. In den Bezirken Wasserburg und Griesbach sowie der Stadt Rosenheim (1925: insges. 6 Betriebe, 16 Beschäftigte) spielte die chemische Industrie keine Rolle.

<sup>25</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>26</sup> Rosenheimer Anzeiger 11. 10. 1928 (235), 27. 2. 1929 (49); Kolbermoorer Volksblatt 12./13. 6. 1929 (133).

<sup>27</sup> Rosenheimer Anzeiger 19./20. 10. 1929 (242); 24./25. 5. 1930 (119); 1. 7. 1930 (148). Zur Verlagerung der Lederknopffabrik J. Ganzer, die in Rosenheim 2 Angestellte, 7 Arbeiter u. 22 Arbeiterinnen beschäftigt hatte, s. StA Rosenheim VI P 5/39.

<sup>28</sup> Rosenheimer Anzeiger 6. 3. 1931 (54).

die letzten 12 Arbeiter wurden entlassen. Während Firmensprecher die Beschränkungen des Versailler Vertrags für die Stilllegung verantwortlich machten, vermutete die Lokalpresse einen konzernpolitischen Schachzug des zu Dynamit Nobel und der IG Farben gehörenden Unternehmens. Zur Vermeidung von Folgelasten kündigte die Werksleitung an, die Maschinen würden verschrotet, die Firmengebäude abgerissen<sup>29</sup>. Von den Chemiebetrieben vor den Toren der Stadt überstand schließlich nur die chemische Abteilung der Industrierwerke Hamberger mit ihrer Zündholzproduktion, seit Ende 1929 dem staatlichen Zündwarenmonopol angeschlossen<sup>30</sup>, ohne nennenswerte Einschränkungen die Endphase der Weimarer Republik.

#### *ff) Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe:*

Mit dem Geschäftsjahr 1928/29 machte sich der allgemeine Konjunkturabstieg auch in der Papierbranche bemerkbar. Die Bruckmühler Papierfabrik meldete gedrückte Preise bei steigenden eigenen Aufwendungen, und bald wurde auch der Export wegen der bestehenden Mißverhältnisse zwischen Weltmarktpreisen und Gestehungskosten unmöglich<sup>31</sup>. Verminderte Auftragseingänge zwangen ab der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1930/31, die Belegschaft, 130 Arbeiter und 17 Angestellte<sup>32</sup>, teilweise auf Kurzarbeit zu setzen. Auch im Winter 1931/32 arbeitete das Werk nur fünf Tage in der Woche, ebenso im Herbst 1932 im Rahmen einer dreizehnwöchigen Kampagne des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, die darauf zielte, durch Einschaltung eines Stillstandstages pro Woche der Überproduktion entgegenzuwirken. Daß die Krise ohne einschneidenden Personalabbau bewältigt wurde<sup>33</sup> und die Papierfabrik sich als stabilstes Glied der Steinbeis'schen Firmenkette erwies, war neben ihrer vielfältigen Produktpalette auf die flexible Politik der Firmenleitung zurückzuführen, der es gelang, sinkende Quotenzuteilungen des Papierkartells mit neuen Aufträgen des freien Markts wenigstens einigermaßen aufzufangen<sup>34</sup>, so daß erst im letzten Geschäftsjahr des Unternehmens vor der Auflösung der AG zum 30. 4. 1933 im Zuge der Sanierung des Gesamtkonzerns rote Zahlen geschrieben werden mußten (Tab. 73).

Gelang es damit der Bruckmühler Papierfabrik, die Jahre des Niedergangs der Weltwirtschaft einigermaßen unbeschadet zu überstehen, so nahm sich der

<sup>29</sup> Rosenheimer Anzeiger 17. 11. 1931 (265); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 11. 1931 (267).

<sup>30</sup> Zum Zündholzmonopol vgl. „Kreuger-Konzern“ in: Der große Brockhaus Bd. 10 (1931), 589.

<sup>31</sup> Geschäftsbericht 1929/30, abgedr. in: Chronik Steinbeis (Firmenarchiv), 348. Zum folgenden vgl. ebd., 348 ff.

<sup>32</sup> Ebd., 355.

<sup>33</sup> Am 1. 1. 1933 waren 132 Arbeiter beschäftigt; Steinbeis u. Co. an Bayer. Wirtschaftsministerium 26. 10. 1934, BayHStA MWi 7241.

<sup>34</sup> Die Firmenchronik, 351, sieht daneben als maßgeblich für die relativ gute Überbrückung der Krisenjahre „ein Höchstmaß an Arbeitsleistung und sparsame Haushaltung durch die Arbeiter- und Angestelltenschaft, die dem Betrieb und seiner Leitung treu ergeben waren“.

Tab. 73: Gewinn bzw. Verlust und Dividenden der Papierfabrik Bruckmühl AG:<sup>35</sup>

Geschäftsjahr	Gewinn/Verlust	Dividenden	
		Stamm-	Vorzugs-
		Aktie	
1926/27:	+ 238 351.–	4 ‰	10 ‰
1927/28:	+ 213 957.–	4 ‰	10 ‰
1928/29:	+ 129 037.–	4 ‰	10 ‰
1929/30:	+ 81 774.–	4 ‰	4 ‰
1930/31:	+ 27 087.–	–	–
1931/32:	+ 30 224.–	–	–
1932/33:	– 12 747.–	–	–

Erfolg des Rosenheimer Repräsentanten der Branche, der Papierwarenfabrik Niedermayr AG, geradezu traumhaft aus. Wohl dank seiner speziellen Erzeugnisse und im Markt fest verankerten Stellung konnte das Unternehmen selbst in der Phase des absoluten wirtschaftlichen Tiefpunkts ausgiebige Gewinne verbuchen. Rückläufige Umsatzziffern und sinkende Erlöse gab es auch hier, doch blieb die Beschäftigungslage nach wie vor zufriedenstellend. Im Geschäftsjahr 1931/32, das im September 1932 endete, konnte das Werk bei einem Aktienkapital von 1 000 000.– Mark einen Rohüberschuß von 665 883.– vorweisen und seine Hypothekenschulden begleichen. Damit war der Ertrag zwar etwas geringer als im Vorjahr (1930/31: 791 622 RM), doch kamen nach 10 und 7 % jetzt immer noch 6 % Dividende zur Verteilung an die Aktionäre. Darüberhinaus sprach die Geschäftsleitung von „kleinen Anzeichen einer konjunkturellen Besserung“, die sich, falls nicht weitere politische Störungen einträten, bald positiv auf die Ertragslage auswirken müßten<sup>36</sup>.

Spärlich sind die Nachrichten vom Geschäftsgang der Zellstoff- und Papierfabrik Redenfelden, dem bedeutendsten Arbeitgeber der Papierbranche im Untersuchungsgebiet. Auch sie litt unter Überkapazitäten, da in den Jahren der wirtschaftlichen Scheinblüte weltweit die Produktionsanlagen vergrößert worden waren, was bei den krisenbedingten Nachfragestockungen ab 1929 einen einschneidenden Preisverfall verursachte. Darüberhinaus schädeten der deutschen Zellstoffindustrie Währungsverschiebungen, so die Loslösung des englischen Pfundes vom Goldstandard, die ein Valuta-Dumping skandinavischer Erzeuger und schmerzliche Verluste von Marktanteilen nach sich zogen. Allein im Geschäftsjahr 1931 ging dadurch die Zelluloseerzeugung des weitverzweigten Mutterkonzerns, der AG für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg, um 31 % zurück, während sich der Papierausstoß auf Vorjahreshöhe hielt<sup>37</sup>. Für Redenfelden bedeutete das Kurzarbeit und Entlassungen. Ab April

<sup>35</sup> Chronik Steinbeis, 352. Zu den Verlusten des Abrechnungszeitraums 1932/33 trugen die Verbote Münchner Zeitungen bei, die bislang mit Papier beliefert worden waren; Aiblinger Tagblatt 14. 3. 1933 (51).

<sup>36</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 21./22. 12. 1932 (293). Vgl. Rosenheimer Anzeiger 18. 2. 1930 (39), 16./17. 8. 1930 (187); Aiblinger Tagblatt 29. 12. 1931 (251).

<sup>37</sup> Geschäftsbericht d. AG f. Zellstoff- u. Papierfabr. Aschaffenburg 1931, Archiv d. PWA Werk Redenfelden. Der Großkonzern besaß die Aktienmehrheit der Oberbayer. Papierfabriken Redenfelden/Miesbach und gliederte sie auf dem Weg einer Fusion 1932 dem Hauptunternehmen an; Geschäftsber. 1932 u. 1933, ebd.

1931 wurde die Arbeitszeit der Betriebsangehörigen von 40 auf 36 Wochenstunden gekürzt<sup>38</sup>, doch zwang die anhaltende Flaute zu tiefgreifenderen Maßnahmen. Am 19. 9. 1931 setzte das Unternehmen 95 Arbeiter frei, wodurch sich die Belegschaft auf rund 700 Personen verringerte<sup>39</sup>. In den drei papiererzeugenden Werken des Bezirksamts Rosenheim waren 1933 schließlich nur mehr 612 Arbeitnehmer beschäftigt (1925: 822)<sup>40</sup>, was weitere umfangreiche Einschränkungen erkennen läßt und sich auch in den Betriebsstatistiken der gesamten Papier- und Druckbranche niederschlägt:

Tab. 74: Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe 1925/ 1933:<sup>41</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	17	240	20	235
BA Aibling	13	220	11	186
BA Rosenheim	11	842	24	657
BA Wasserburg	10	29	11	40
BA Griesbach	10	19	10	34
Altbayern	1666	25033	1801	19011
Bayern	3955	54961	4333	44452

Obwohl sich die Betriebszahl der Branche im Bezirksamt Rosenheim seit 1925 durch Neugründungen von Druckereien und ähnlichen Verarbeitungsfirmen mehr als verdoppelt hatte, ging die Beschäftigtenzahl um 22% zurück und lag damit zwischen dem bayerischen (- 19,1 %) und altbayerischen Wert (24,1 %); geringere Verluste ergaben sich im Bezirk Aibling (- 16,4 %)<sup>42</sup>. Erwies sich das Papiergewerbe in der Stadt Rosenheim stabil, so konnten die Kleinbetriebe Wasserburgs und Griesbachs sogar beachtliche Zuwachsraten ihres Personalstands erzielen. Druckereien und papierverarbeitendes Gewerbe zeigten sich damit krisenresistenter als große Rohstoffherzeuger.

#### gg) Die Holzindustrie:

Unter der Überschrift: „Immer tiefer ins Elend hinein!“ berichtete die Lokalpresse Anfang Oktober 1930 von der Stilllegung des Rosenheimer Türen- und Fensterwerks der Steinbeis-Firmengruppe. Der letzte Rest der ehemals aus 60 Schreibern und einer großen Anzahl Hilfskräften bestehenden Belegschaft wurde entlassen und es erschien angesichts der angespannten Situation im holzverarbeitenden Gewerbe fast aussichtslos, sie in absehbarer Zeit wieder in den Produktionsprozeß zu integrieren<sup>43</sup>. Hauptgrund für die katastrophale Lage war, wie bereits bei einer mehrmonatigen Arbeitsruhe im Vorjahr angeführt, „daß sämtliche Gemeindebehörden den auswärtigen Bezug von Fenstern verbieten

<sup>38</sup> Aiblinger Zeitung 15. 4. 1931 (85).

<sup>39</sup> Aiblinger Tagblatt 23. 9. 1931 (183); Chiemgau-Zeitung 24. 9. 1931 (113).

<sup>40</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>43</sup> Rosenheimer Anzeiger 3. 10. 1930 (228).

mit der Begründung, daß das einheimische Gewerbe in erster Linie zu berücksichtigen sei“.<sup>44</sup>

Neben der Rosenheimer Großschreinerei kam auch der Brannenburger Betriebszweig des Konzerns in beträchtliche Schwierigkeiten. Mit großem Aufwand ins Produktionsprogramm aufgenommene Neuheiten, die Fertigung riesiger Holzlöhren für Kraftwerksprojekte und von Holzmatten für Bauzwecke, erlitten durch den konjunkturellen Rückgang Umsatzeinbrüche, bevor sie sich fest auf dem Markt etablieren konnten. Beide Abteilungen brachten mit Einsetzen der wirtschaftlichen Turbulenzen jährlich beträchtliche Verluste ein, so daß die Mattenherstellung ab 1930 gänzlich aufgegeben wurde<sup>45</sup>.

In den Sägewerken des Steinbeis-Konzerns mit dem Bruckmühler Betrieb als Rückgrat dieses Unternehmenszweigs machte sich die Flaute in der bayerischen Holzindustrie drastisch bemerkbar. Vor dem Hintergrund russischer Dumpingexporte wirkten sich sinkende Aufträge der Wirtschaft für Schnittholz oder Verpackungskisten ebenso katastrophal wie vor allem die niederschmetternde Lage des Baumarkts aus. Die Industrie- und Handelskammer München schätzte, daß die im Kalenderjahr 1930 erzielten Umsätze der bayerischen Sägeindustrie mengenmäßig um ein Viertel, wertmäßig um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen seien. Bei mit der Preissituation in den Vorkriegsjahren vergleichbaren Erlösen des Holzgroßhandels hätten sich gleichzeitig allein die Frachtsätze in die Hauptabnahmegebiete um rund 60 % erhöht<sup>46</sup>.

Mit Kurzarbeit ab 1930<sup>47</sup>, Stilllegungen und Entlassungen zog die Firmenspitze die Konsequenz aus der Preis- und Absatzkrise. Das Bruckmühler Werk, das es in der Vorkriegszeit (1910) noch auf eine Jahresverschnittmenge von 26360 m<sup>3</sup> Rundholz gebracht hatte, erreichte 1932 ganze 7164 m<sup>3</sup><sup>48</sup>. Die Verluste der Sägeabteilung gingen zwar ab 1930 zurück, doch war das einzig darauf zurückzuführen, daß nur noch das Nötigste produziert, ansonsten auf die Lagerbestände zurückgegriffen wurde:

Tab. 75: Verluste der Sägereiabteilung von Steinbeis u. Co. 1928–1932:<sup>49</sup>

1928:	137 630.–
1929:	268 163.–
1930:	167 819.–
1931:	130 704.–
1932:	22 702.–

Nur der Verkauf von Immobilien und die Übernahme der zum Brannenburger Schloßgut gehörenden umfangreichen Bergwaldbestände im Inntal durch einen

<sup>44</sup> Stilllegungsmittelung an die Regierung v. Oberbayern 4. 10. 1929, StA Rosenheim VI P 5/39. Die Arbeitsruhe ab 1. 11. 1929 betraf 41 Arbeiter und 8 Angestellte (Gesamtbelegschaft: 89 Arbeiter u. 32 Angestellte).

<sup>45</sup> Chronik Steinbeis (Firmenarchiv), 339. Der Umsatz der oberbayer. Holzlöhrenhersteller ging von 1929–1931 um ca. 80 % zurück; Industrie- u. Handelskammer München, Wirtsch.- u. Geschäftsjahr 1931, 34.

<sup>46</sup> Abschr. in Chronik Steinbeis, 341.

<sup>47</sup> Die Sägerei arbeitete im Herbst 1930 nur 4 Tage pro Woche; Neue Zeitung 2. 12. 1930 (267).

<sup>48</sup> Chronik Steinbeis, 342; Rosenheimer Anzeiger 7. 1. 1932 (4).

<sup>49</sup> Chronik Steinbeis, 342.

Düsseldorfer Waschmittelkonzern konnten die Unternehmensgruppe über Wasser halten, da Versuche, die Bruckmühler Papierfabrik oder die Wendelsteinbahn AG abzustoßen, mangels Käuferinteresses gescheitert waren<sup>50</sup>. Der Freitod des Konzernchefs Ferdinand Steinbeis im April 1932, der neben der Leitung des Familienunternehmens auch als Aufsichtsratsmitglied der wichtigsten Aktiengesellschaften des Rosenheimer Umlandes maßgeblich an der industriellen Entwicklung dieser Region mitgewirkt hatte, wurde trotz heftiger Dementis in der Öffentlichkeit als Konsequenz aus dem bevorstehenden Zusammenbruch des mühsam aufgebauten Familienimperiums gesehen<sup>51</sup>.

Abgesehen von diesen wenigen industriell holzverarbeitenden Gesellschaften setzte sich die Branche im bayerischen Alpenvorland aus kleinen bis mittleren Sägemühlen zusammen, die weniger flexibel als Großbetriebe mit weitreichenden Geschäftsverbindungen auf den sinkenden Nutzholzbedarf reagieren konnten. Die Sägewerke um Wasserburg meldeten im Frühjahr 1930, ihnen lägen so gut wie keine Aufträge vor, und wenn, dann handle es sich um Kleinaufträge, bei denen nicht einmal die Gesteungskosten, geschweige denn ein Gewinn zu erwirtschaften seien. Mehrere Betriebe hätten die Arbeit bereits ganz oder teilweise eingestellt<sup>52</sup>.

Noch einschneidender stellte sich die Lage am unmittelbaren Alpenrand dar, wo die Nutzung und Verarbeitung der reichen Bergwaldbestände traditionell neben den Betreibern der Sägewerke auch der bäuerlichen Umgebung Gelegenheit zu Saison- oder Nebenerwerb garantiert hatten. Interventionen zugunsten der kleingewerblichen Sägeindustrie dieser Regionen, etwa von Seiten des Landtagsabgeordneten und Münchner Oberbürgermeisters Karl Scharnagl, der Finanzminister Schmelzle warnte, mit dem Ruin der Kleinbetriebe würden der bayerischen Staatsforstverwaltung wichtige und leichter als die Großfirmen zu behandelnde Abnehmer verloren gehen, blieben ohne durchgreifenden Erfolg<sup>53</sup>. Das Beispiel der Gemeinde Feilnbach (BA Aibling) zeugt für das Ausmaß der katastrophalen Lage auf dem Holzmarkt:

Im November 1930 stellten zwei Sägemühlen im Gemeindebereich den Betrieb ein, da aufgrund der gedrückten Holzpreise kein Einschlag in Privat- wie Staatswäldern mehr erfolgte. 20 Arbeiter verloren ihre Posten, daneben Bauern, die sich als Fuhrwerker ein Zubrot verdient hatten, ihre Nebeneinnahmen<sup>54</sup>. Im nahen Au schloß zum Jahreswechsel eine weitere Sägemühle ihre Tore<sup>55</sup>, ein letztes Feilnbacher Unternehmen entließ im Herbst 1931 den Großteil seiner Belegschaft<sup>56</sup>. Eine Möbelgestellfabrik ging schließlich dazu über, wegen Absatzmangels nur noch in Etappen mit monatelangen Zwischenpausen zu produzieren<sup>57</sup>. Handelte es sich dabei auch um überregional unbedeutende Betriebe, so verkörperten sie doch zusammengenommen das Rückgrat des gemeindlichen Wirtschaftslebens. Mit den saisonal arbeitslosen Torfarbeitern

<sup>50</sup> Ebd., 359 ff.; Aiblinger Tagblatt 1. 12. 1932 (232).

<sup>51</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 4. 1932 (91); 22./23. 4. 1932 (92); Aiblinger Tagblatt 23. 4. 1932 (79).

<sup>52</sup> Wasserburger Anzeiger 18./19. 5. 1930 (114).

<sup>53</sup> Rosenheimer Anzeiger 31. 7. 1930 (174).

<sup>54</sup> Aiblinger Zeitung 29. 11. 1930 (276).

<sup>55</sup> Aiblinger Tagblatt 1. 1. 1932 (1).

<sup>56</sup> Aiblinger Zeitung 28. 10. 1931 (248); Aiblinger Tagblatt 29. 10. 1931 (209).

<sup>57</sup> Aiblinger Zeitung 6./7. 1. 1931 (4); 13. 6. 1931 (133).

fanden sich in der 656-Seelen-Gemeinde (1925)<sup>58</sup> trotz ihres ländlichen Charakters im Januar 1931 nach Pressemeldungen fast 300 Arbeitssuchende<sup>59</sup>.

Erst im Laufe des Jahres 1932 deutete sich durch ein leichtes Anziehen der Preise eine Wende der ernsten Lage auf dem Holzmarkt an<sup>60</sup>. Lichtblicke wie die Wiederinbetriebnahme des Rosenheimer Holzhandels- und Sägewerksbetriebs Aicher mit vollem Personalstand von 70 Personen schon zu Jahresbeginn<sup>61</sup> blieben jedoch bis zum Ende der Republik die Ausnahme.

Besondere wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt Rosenheim hatte seit Mitte der zwanziger Jahre die Sportartikelherstellung, in den Statistiken der Holzindustrie zugerechnet, genommen. Bis 1929 wuchsen die Klepperwerke mit ihrer weltbekannten Faltbootproduktion auf einen Personalstamm von rund 250 Personen, inclusive der wegen Bereichsüberschneidungen nicht im einzelnen auscheidbaren Beschäftigten des Textilsektors, an. Der Bau einer neuen Fertigungshalle im Herbst 1929 sollte die Produktionskapazität auf 20000 Boote jährlich steigern, wozu eine erneute Aufstockung der Belegschaft vonnöten war<sup>62</sup>.

Aber auch in diesem, sich rasant ausweitenden Gewerbebezweig machten sich die Kaufkrafteinbußen der Interessenten bemerkbar. Durch den Bau der neuen Werkshalle, die der Firma von Gewerkschaften und Gewerbeaufsicht aufgedrängt worden sei, lägen jetzt die Betriebsmittel fest, die normalerweise der Finanzierung von Lagerwarenfertigung in Herbst und Winter dienen, klagte die Werksleitung am 30. 7. 1930 dem Rosenheimer Stadtrat und kündigte gleichzeitig die Entlassung von 63 Arbeitnehmern an: „Es ist den Arbeitern wie auch uns ein schwacher Trost, daß der Aufsichtsbeamte für Oberbayern feststellte, daß unser Betrieb nun mustergültig ist. Mit dieser Anerkennung können wir niemand Brot geben“<sup>63</sup>. Dennoch gelang es, die Mehrzahl der zur Entlassung vorgesehenen Arbeitskräfte in der Mantelabteilung des Werks weiterzubeschäftigen<sup>64</sup> und so die Produktionseinschränkungen meist auf die Wintermonate zu begrenzen<sup>65</sup>. Durchaus befriedigend waren schließlich die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1932 für die oberbayerische Faltbootindustrie, was bei der nach wie vor steigenden Beliebtheit des Sportgeräts gute Zukunftsaussichten eröffnete<sup>66</sup>.

Die Zusammenschau zeigt folgende Verschiebungen in der Holzindustrie:

<sup>58</sup> BStB 110, I, B 1.

<sup>59</sup> Aiblinger Zeitung 6./7. 1. 1931 (4).

<sup>60</sup> Bericht der Industrie- u. Handelskammer München, abgedr. in Chronik Steinbeis, 342.

<sup>61</sup> Aiblinger Zeitung 17. 2. 1932 (39).

<sup>62</sup> Aiblinger Wochenblatt 1. 10. 1929 (116); Wasserburger Anzeiger 29. 10. 1929 (251). Die in den Zeitungsmeldungen genannte Personalzahl von über 500 Personen scheint angesichts der Angaben in StA Rosenheim VI P 5/39 (rund 250 im August 1930) weit übertrieben.

<sup>63</sup> Klepper-Faltbootwerke an Stadtrat Rosenheim 30. 7. 1930 mit einer ausführlichen Schilderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Besonders beklagt wurden Steuerlasten, vermeintliche Schikanen der Gewerbeaufsicht, die Beschäftigungspflicht für Kriegsbeschädigte, fehlender Zollschatz, zu hohe Löhne durch die Einstufung in den Holzarbeiterarif und mangelnde Kooperation der Gewerkschaften. StA Rosenheim VI P 5/39.

<sup>64</sup> Stadtrat Rosenheim an Regierung v. Oberbayern 1. 8. 1930, ebd.

<sup>65</sup> Berichte des Landesarbeitsamts über die Arbeitsmarkt- u. Wirtschaftslage, Febr. 1931 u. April 1931, StALa Rep. 168/1, Fasc. 2622, Nr. 8419.

<sup>66</sup> Industrie- u. Handelskammer München, Wirtsch.- u. Geschäftsjahr 1932, 49.

Tab. 76: Holz- und Schnitzstoffgewerbe 1925/ 1933:<sup>67</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	79	662	78	593
BA Aibling	147	633	157	428
BA Rosenheim	257	787	271	634
BA Wasserburg	211	481	214	432
BA Griesbach	191	319	195	286
Altbayern	14 247	48 782	13 972	33 123
Bayern	39 182	139 448	39 682	95 260

Bei nicht wesentlich veränderten Betriebszahlen war auch im Holzverarbeitenden Gewerbe in den kleingewerblich strukturierten Gebieten Wasserburg und Griesbach die Gefahr, den Arbeitsplatz in der Krise einzubüßen, am geringsten (– 10,2 bzw. 10,3%). Überraschend gut stellte sich dank der Expansion der Sportartikelbranche, die ihre Beschäftigtenzahl 1925/1933 auf 304 Personen steigern konnte und damit den Niedergang des eigentlichen Holzgewerbes kaschiert, die Lage der Holzindustrie in der Stadt Rosenheim (– 10,4%) dar. Selbst im Bezirk Rosenheim (– 19,4%) blieb der Rückgang der in der Holzindustrie Erwerbstätigen deutlich unter den überregionalen Werten (Altbayern – 32,1%, Bayern – 31,7%). Diese übertraf allerdings das Bezirksamt Aibling (– 32,4%), wo fast jeder dritte Sägewerker oder sonstige Holzbearbeiter seinen Arbeitsplatz einbüßte<sup>68</sup>.

#### *hh) Die Textilindustrie:*

Noch zu Zeiten scheinbarer Hochkonjunktur und vor den einschneidenden Veränderungen des gesamten Wirtschaftsgefüges geriet der Baumwollmarkt in Bedrängnis. War der Produktionsindex für Baumwollgarne nach dem Ersten Weltkrieg langsam wieder auf einen Höchststand von 93,6 im Jahr 1927 (1913 = 100) geklettert, so machte bereits im folgenden Jahr eine erneute Abwärtsbewegung die Hoffnungen auf eine Erholung zum Vorkriegsstand zunichte. Mit Indexziffer 65,1 erreichte die Fertigung dieses Industriezweigs schon 1931 einen neuen Tiefststand<sup>69</sup>. Die Kolbermoorer Spinnerei war im Zuge dieser Entwicklung bereits 1928 monatelang zu weniger als zwei Dritteln ausgelastet, was sich für die Belegschaft in Kurzarbeit und Entlassungen niederschlug. Im Frühjahr 1929 schloß das Unternehmen zuletzt ganz die Pforten, um erst im Juni, allerdings nur an vier Tagen pro Woche, die Arbeit wiederaufzunehmen<sup>70</sup>.

Höchst unerfreulich blieben die Zukunftsaussichten des Betriebs. Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die Depression auf dem Baumwollmarkt, Preisver-

<sup>67</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>68</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>69</sup> Hoffmann, Wachstum, 370, Tab. 71; vgl. die „Untersuchung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Baumwollindustrie“ (Nov. 1929), BayHStA MWi 7165.

<sup>70</sup> Aiblinger Wochenblatt 21. 3. 1929 (35); Kolbermoorer Volksblatt 13./14. 5. 1929 (61); 27./28. 6. 1929 (146); Rosenheimer Anzeiger 11. 6. 1929 (132). Mit 25–27 Wochenstunden mußte auch im folgenden Jahr die Arbeitszeitverkürzung beibehalten werden; Kalhammer, Chronik Kolbermoor II/3 (StA Kolbermoor), 81 f.

fall, Kaufkraftschwund und ausländische Konkurrenz vervielfachten die Probleme. Für 1930 meldete die Werksleitung, langfristige Produktion sei wegen der Zurückhaltung der Käufer nicht mehr möglich, man fabriziere nur mehr für „die Befriedigung des dringendsten Bedarfes“. Im Jahresschnitt seien ganze zwei Drittel des normalen Beschäftigungsgrades erreicht worden<sup>71</sup>. Wenig Änderung erfuhr die Geschäftslage in den folgenden Jahren. Auch eine im August 1932 eintretende Absatzbelegung und ein leichtes Anziehen der Preise als erstes Anzeichen einer Wende konnten weitere Einbußen nicht verhindern, so daß an Gewinne und die Ausschüttung von Dividenden (1927: 12 %, 1928: 8 %) nicht mehr zu denken war:

Tab. 77: Reingewinn/Verlust der Baumwollspinnerei Kolbermoor:<sup>72</sup>

1927:	+ 535 244.–
1928:	+ 307 749.–
1929:	– 183 709.–
1930:	– 247 461.–
1931:	– 248 540.–
1932:	– 58 872.–

Katastrophal wirkte sich die mißliche Lage des Arbeitgebers für die Kolbermoorer Textilarbeiterinnen und -arbeiter aus. Zunächst ging die Werksleitung daran, durch konsequente, jahrelange Kurzarbeit die Aufträge zu strecken. Ab Juni 1930 kürzte sie die Wochenarbeitszeit um 12 auf 36 Stunden, ab Juli liefen die Maschinen meist nur noch 28 Stunden<sup>73</sup>. Daneben suchte sie ihr Heil in Rationalisierungsmaßnahmen, was eine Entlassungswelle nach der anderen zur Folge hatte<sup>74</sup>. Mit der Begründung, der Betrieb arbeite immer noch vergleichsweise zu teuer, wurden im Juni 1932 weitere Freisetzungen angekündigt, womit sich die Belegschaft von ehemals 987 auf 675 Köpfe verringerte<sup>75</sup>. Kaum besser als ihren entlassenen Kollegen erging es dabei denjenigen, die noch an ihrem Arbeitsplatz verblieben waren. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von oft nur zwei bis drei Tagen, die der Betriebsrat in Verhandlungen mit der Firmenspitze akzeptiert hatte, um weitere Personaleinsparungen zu umgehen<sup>76</sup>, war ihre Situation ähnlich der der Arbeitslosen, lebten auch sie am Rande des Existenzminimums.

Erst vergleichsweise spät wurden die Woldecken- und die ihr angeschlossene Filztuchfabrik Bruckmühl von der Absatzflaute betroffen. Für das laufende Jahr sei man reichlich mit Aufträgen versehen, meldete 1929 die Firmenleitung<sup>77</sup>,

<sup>71</sup> Geschäftsbericht 1930 nach Aiblinger Tagblatt 13. 3. 1931 (50).

<sup>72</sup> Nach Geschäftsberichten in: Kolbermoorer Anzeiger 15. 3. 1928 (63); Aiblinger Wochenblatt 21. 3. 1929 (25); Rosenheimer Anzeiger 18. 2. 1930 (39); Aiblinger Tagblatt 13. 3. 1931 (50); Kolbermoorer Volksblatt 13./14. 5. 1932 (109); Aiblinger Tagblatt 29. 3. 1933 (62).

<sup>73</sup> Nach Geschäftsberichten in: Kolbermoorer Anzeiger 15. 3. 1928 (63); Aiblinger Wochenblatt 21. 3. 1929 (25); Rosenheimer Anzeiger 18. 2. 1930 (39); Aiblinger Tagblatt 13. 3. 1931 (50), 29. 3. 1933 (62); Kolbermoorer Volksblatt 13./14. 5. 1932 (109).

<sup>74</sup> Aiblinger Zeitung 20. 8. 1929 (191); 11. 4. 1930 (84).

<sup>75</sup> Kolbermoorer Volksblatt 11./12. 6. 1932 (132). Personalstand Juni 1933: 734 Beschäftigte; StDR 417, H. 12a; 465, H. 12.

<sup>76</sup> Kolbermoorer Volksblatt 9./10. 5. 1932 (105).

<sup>77</sup> Münchner Neueste Nachrichten 1. 5. 1929 (134).

so daß im Laufe des Jahres die Belegschaft von 654 auf 690 Köpfe aufgestockt werden mußte<sup>78</sup>. Im Geschäftsjahr 1930/31 machte sich jedoch auch hier die Depression in In- und Ausland bemerkbar, was zu einem Umsatzrückgang der Deckenabteilung von 12 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum führte, während die Filztuchfabrik ihr Kontingent nach wie vor günstig absetzen konnte. Die „außerordentliche Zurückhaltung“ des Handels, der damit versuche, jegliches Risiko auf die Fabrikanten abzuwälzen, aber auch fehlende Finanzkraft der Großabnehmer, denen es unmöglich war, „bei dem derzeitigen Tiefstand der Sachwerte Kredite zu tragbaren Sätzen zu erhalten“, waren nach Ansicht der Betriebsführung für die Umsatzeinbußen verantwortlich<sup>79</sup>. Sie zog die Konsequenzen und kündigte Anfang Dezember rund 100 verheirateten Arbeiterinnen, deren Männer noch in Arbeit standen<sup>80</sup>. Da wichtige Auslandsmärkte wegfielen und der Preiskampf im Inland immer härtere Formen annahm, verschlechterte sich der Geschäftsgang zwar ohne dramatische Einbrüche, doch so kontinuierlich, daß der Aufsichtsrat eine leichte Herabsetzung des Grundkapitals genehmigte und die Betriebsleitung im Januar 1932 anordnete, das Werk für einige Wochen zu schließen<sup>81</sup>.

Bereits gegen Jahresmitte 1932 zeigten sich erste Vorboten einer Erholung, um aber „immer wieder durch die Wechselfälle der Politik zerstört“ zu werden. Ein Auftragsschub im September, der es nötig machte, die Belegschaft um ein Zehntel zu erhöhen, kündigte schließlich die Entspannung der Lage an. Konnte die Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr gehalten werden, so sank ihr Geldwert um 20 %, zum einen vom Verfall der Preise bedingt, zum anderen aber auf Qualitätsverschiebungen zugunsten von Billigerzeugnissen als Folge des Kaufkraftschwundes der Bevölkerung begründet<sup>82</sup>.

Trotz Umsatzverlusten und Absatzproblemen erwies sich die Woldecken- und Filztuchbranche relativ krisenresistent. Nicht zuletzt durch die Betriebs Einschränkungen zu Lasten der Arbeitnehmer gelang es dem Unternehmen, die Krisenjahre mit ansehnlichen Gewinnen zu überstehen:

Tab. 78: Reingewinne und Dividenden der Woldeckenfabrik Bruckmühl AG:<sup>83</sup>

	Reingewinn	Dividende	
		Stamm-	Vorzugs-
		Aktie	
1927/28:	323 200.–	8 %	6 %
1928/29:	340 883.–	8 %	6 %
1929/30:	–	–	–
1930/31:	164 072.–	5 %	6 %
1931/32:	134 660.–	4 %	6 %
1932/33:	28 354.–	4 %	6 %

<sup>78</sup> HBM d. Regierungspräsi. v. Oberbayern 15. 11. 1929, StAM LRA 47090.

<sup>79</sup> Geschäftsbericht 1930/31 nach Kolbermoorer Volksblatt 19./20. 6. 1931 (138).

<sup>80</sup> Neue Zeitung 2. 12. 1930 (267).

<sup>81</sup> Rosenheimer Anzeiger 7. 1. 1932 (4); Aiblinger Tagblatt 19. 3. 1932 (55); 18. 5. 1932 (94); das Stammkapital wurde um 100 000.– auf 2 905 000.– herabgesetzt.

<sup>82</sup> Geschäftsbericht 1932/33 nach Aiblinger Tagblatt 5. 5. 1933 (87). Den Neueinstellungen folgte im März 1933 ein saisonaler Abbau von 20 Arbeitskräften, doch stieg die Beschäftigtenzahl in der Untergruppe „Möbel- und Teppichstoffindustrie“ im BA Aibling, der die Woldeckenfabrik angehörte, von 459 (1925) auf 528 (1933) an. Ebd., 14. 3. 1933 (51); StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>83</sup> Nach Geschäftsberichten in: Münchner Neueste Nachrichten 18. 5. 1929 (134);

Die große Zahl der Kurzarbeiter im Baumwollspinnereigewerbe verschleiert das wahre Ausmaß des Niedergangs der Textilindustrie im Bezirksamt Aibling:

Tab. 79: Die Textilindustrie 1925/1933:<sup>84</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
St. Rosenheim	13	59	14	64
BA Aibling	23	1470	21	1287
BA Rosenheim	33	79	47	57
BA Wasserburg	30	29	20	32
BA Griesbach	13	25	21	32
Altbayern	2196	7653	1579	7015
Bayern	9353	92843	6684	82716

Mit einem Arbeitsplatzrückgang von 12,4 % lag die Textilindustrie des Aiblinger Bezirks dennoch deutlich über dem Landesdurchschnitt (Altbayern – 8,3 %, Bayern – 10,9 %). Höhere Ausfallziffern erreichte im Untersuchungsgebiet nur das im Textilsektor vergleichsweise unbedeutende Bezirksamt Rosenheim mit einem Rückgang von 27,8 %, während ansonsten die kleingewerblichen Produzenten, meist kleine Webereien, sowohl an Betriebszahl als an Personalstand expandierten<sup>85</sup>.

*ii) Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie:*

Unter dem Oberbegriff des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes verbirgt sich eine breitgefächerte Gewerbepalette. Sie umfaßte alle Zweige der Lebensmittelproduktion, vom industriellen Mühlenbetrieb bis zur kleinen Bäckerei, von der Brauerei bis zur Metzgerei. Ab Mitte der zwanziger Jahre erlebte die Lebensmittelbranche fast durchweg einen steilen Aufschwung, dem auch der Kaufkraftschwund in den Krisenjahren wenig anhaben konnte:

Tab. 80: Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1925/1933:<sup>86</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim	101	614	112	757
BA Aibling	126	384	151	617
BA Rosenheim	248	827	235	834
BA Wasserburg	235	707	250	817
BA Griesbach	203	501	195	650
Altbayern	15357	61477	16052	67946
Bayern	41647	151833	45740	176823

Kolbermoorer Volksblatt 19./20.4.1931 (138); Aiblinger Tagblatt 13.4.1932 (70); 5.5.1933 (87). Für 1929/30 waren keine Bilanzzahlen aufzufinden.

<sup>84</sup> StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>85</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>86</sup> Errechnet aus ebd.

Bei nur in den Bezirksämtern Griesbach und Rosenheim leicht rückläufigen, sonst anwachsenden Betriebszahlen nahm der Personalstand des Lebensmittelgewerbes sehr unterschiedlich zu. Konträr zur enormen Stellenausweitung im Bezirk Aibling (+ 60,8 %) verhielt sich die Entwicklung im Bezirksamt Rosenheim, wo die Branche mit Mühe ihre Beschäftigtenzahl halten konnte (+ 0,8 %). Überdurchschnittlich gute Entwicklungstendenzen zeigten sich auch im Bezirk Griesbach (+ 29,7 %) und der Stadt Rosenheim (+ 23,3 %), wogegen Wasserburg (+ 12,7 %) in etwa dem landesweiten Wachstum (Altbayern + 10,5 %, Bayern + 16,5 %) folgte<sup>87</sup>. Der Vergleich einiger signifikanter Untergruppen verdeutlicht die Entwicklung:

Tab.81: Die Entwicklung der wichtigsten Einzelsektoren des Nahrungsmittelgewerbes 1925/1933 (in %):<sup>88</sup>

		Getreidemühlen	Bäckereien	Metzgereien/ Fleischwarenherstellung	Brauereien
a) Betriebe					
	b) Beschäftigte				
Stadt Rosenheim	a)	± 0,0	+ 11,8	+ 13,0	± 0,0
	b)	+ 28,6	+ 13,9	+ 30,1	+ 10,5
BA Aibling	a)	- 31,2	+ 7,8	+ 147,4	+ 28,6
	b)	+ 17,2	+ 37,3	+ 230,2	+ 9,8
BA Rosenheim	a)	- 11,1	+ 11,2	- 14,5	+ 16,7
	b)	+ 8,6	+ 25,4	- 22,4	+ 53,3
BA Wasserburg	a)	- 4,3	+ 12,9	- 2,1	+ 20,0
	b)	- 11,1	+ 23,2	- 2,4	+ 22,4
BA Griesbach	a)	- 9,1	+ 3,3	- 6,5	- 30,8
	b)	+ 60,6	+ 20,3	+ 15,2	+ 22,0
Altbayern	a)	- 17,2	+ 13,6	+ 8,5	+ 14,0
	b)	+ 17,2	+ 17,1	+ 24,5	+ 1,1
Bayern	a)	- 11,1	+ 11,6	+ 18,5	+ 15,6
	b)	+ 24,1	+ 21,9	+ 31,6	+ 9,1

Bei den Getreidemühlen war eine Konzentrationsbewegung auf Kosten der Kleinbetriebe im Gange, die den verbleibenden, konsolidierten Unternehmen zugute kam. Sie hatten sich zwar mit staatlichen Maßnahmen wie Änderungen des Zollsatzes oder dem Vermahlzwang für Inlandsgetreide auseinanderzusetzen, was die kapitalbindende Einlagerung größerer Vorräte notwendig machte, doch blieb auch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise das Mühlengewerbe ein lukrativer Geschäftszweig, wie ein Beispiel aus der Stadt Rosenheim zeigt.

Die Kunstmühle Rosenheim, die 1928 in ihrem Geschäftsbericht über die drückende Überproduktion geklagt hatte, die nicht gestattete, die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen<sup>89</sup>, fusionierte 1929 mit einem Landshuter Mühlenbetrieb, um die Vorratshaltung einschränken zu können und die dünne Kapitaldecke zu strecken. Das Rosenheimer Werk konnte nun mit einer höheren Ver-

<sup>87</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>88</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>89</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 1.9.1928 (201).

mahlmenge arbeiten, was sich neben einer Personalaufstockung auch in den Gewinnen des Unternehmens niederschlug. Die Dividendenausschüttungen, 1928 noch 3 %, kletterten 1929 auf 8 und betragen ab 1930 konstant 10 %<sup>90</sup>.

Auch auf dem Land löste gekauftes Brot allmählich das selbstgebackene ab. Das Bäckereigewerbe expandierte auf allen Ebenen, was aber den Wettbewerb verschärfte und manchem eingesessenen Bäcker, der bislang das Brotmonopol in seiner Gemeinde innegehabt hatte, unliebsame Konkurrenz bescherte. Symptomatisch für den scharfen Kampf um Marktanteile auch in ländlichen Gebieten ist die Zuschrift eines Bäckermeisters aus Degerndorf am Inn (BA Rosenheim) an den nationalsozialistischen „Inntal-Boten“ im Februar 1930: Im Gemeindebereich mit rund 1200 Einwohnern betreibe er die einzige Bäckerei, doch werde er neuerdings durch die Konkurrenz von sieben Krämern und fünf Brothausierern, die ihre Backwaren aus Rosenheim bezögen und teilweise zu Schleuderpreisen verkauften, ruiniert; seine Tageseinnahmen lägen oft unter 5 RM. Wolle er sein Handwerk nicht an den Nagel hängen, müsse er ebenfalls einen Hausierer und zwei Brotausträger engagieren, was natürlich die Unkosten weiter erhöhe<sup>91</sup>. Steigende Betriebs- und Personalzahlen mußten somit keineswegs eine generelle Ausweitung des Marktes bedeuten, sondern konnten auch dazu führen, daß sich für den einzelnen das Stück vom großen Kuchen verschmälerte und das Kleingewerbe verelendete.

Im Untersuchungsgebiet tendierten die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im fleischverarbeitenden Gewerbe am weitesten auseinander. Abstrichen im Bezirksamt Rosenheim standen enorme Zuwachsraten im Bezirk Aibling gegenüber, wo wohl in den schnell gewachsenen Industrieorten ein gewisses Versorgungsdefizit aufzuholen war. Die Ausweitung des Metzgergewerbes war es, welche die Zählergebnisse der Gesamtparte Nahrungsmittel in diesem Verwaltungsbezirk in die Höhe trieb.

Biersteuererhöhungen, die sich bei sinkender Kaufkraft doppelt zuungunsten des Verbrauchs auswirkten, bereiteten der bayerischen Brauwirtschaft ab 1930 wachsende Probleme<sup>92</sup>. Dabei war Bayern vom Konsumrückgang dieses Volksgetränks in geringerem Umfang als die übrigen deutschen Länder betroffen. Sanken der Bierausstoß sowie der Pro-Kopf-Verbrauch nach dem höchsten Produktionsergebnis 1929 bis 1932 auch um mehr als ein Drittel (36,5 bzw. 36,1 %), so hielt sich der Rückgang im Vergleich zum außerbayerischen Reichsgebiet (Minderkonsum 45,2 %) in Grenzen<sup>93</sup>.

<sup>90</sup> Münchner Neueste Nachrichten 27.6.1929 (172); Kolbermoorer Volksblatt 25./26.7.1929 (169); Rosenheimer Anzeiger 19./20.7.1930 (164); Aiblinger Tagblatt 3.8.1932 (148).

<sup>91</sup> Inntal-Bote 8.2.1930 (11).

<sup>92</sup> Die Reichsabgaben pro Liter betragen:

1913/14:	3,39 M
1925/26:	5,50 RM
1928/29:	7,28 RM
1930/31:	10,04 RM
1932/33:	7,19 RM

StJDR 49 (1930), XVII, C 8; 53 (1934), XIV, E 6.

<sup>93</sup> Der Bierverbrauch pro Kopf der bayerischen Bevölkerung (1929: 192,3 Liter; Dt. Reich ausschließlich Bayern: 74,9) sank 1932 auf 122,9 Liter (41,8); ZBSStL 67 (1935), 211 ff.

Die Gewinneinbußen der Brauereien waren beträchtlich, ohne sich aber bei ansonsten gesunden Unternehmen existenzbedrohend auszuwirken. Die Rosenheimer Auerbräu AG meldete sprunghaft steigende Unkosten bei sinkenden Einnahmen<sup>94</sup> und reduzierte ihre Dividenden von üppigen 15 auf 4 Prozent<sup>95</sup>, ohne aber in die Verlustzone abzurutschen:

Tab. 82: Reingewinne der Auerbräu AG Rosenheim:<sup>96</sup>

1928/29:	189938.–
1929/30:	82559.–
1930/31:	33324.–
1931/32:	43531.–

Betriebseinstellungen wie die der Wasserburger Genossenschaftsbrauerei 1931<sup>97</sup> waren die Ausnahme.

### 3. Handel und Verkehr

#### a) Das Handelsgewerbe

Der Boom im Handelsgewerbe, der sich seit den Vorkriegsjahren abzeichnete, hielt von der Mitte der zwanziger bis in die frühen dreißiger Jahre ungebrochen an. Besonders der Einzelhandel konnte im Betriebszählungsintervall 1925/33 seine Stellung weiter ausbauen. Eine Welle von Neu- und Filialgründungen überrollte auch die bayerische Provinz, was die Gefahr einer eklatanten Überbesetzung heraufbeschwor. Meist handelte es sich bei den neuen Unternehmen um kleine und kleinste Geschäftseinheiten, die lediglich vom Eigentümer und Familienangehörigen betrieben wurden und 1933 nur auf überregionaler Ebene und in der Stadt Rosenheim im Durchschnitt mehr als zwei Personen beschäftigten (Altbayern und Bayern: je 2,1; Stadt Rosenheim: 2,6. Tab. 83).

Die größten Zuwachsraten ließ der Einzelhandel in den Bezirken Rosenheim und Aibling erkennen, wobei besonders der Anstieg der Beschäftigtenzahl der Aiblinger Einzelhandelsbetriebe um 58 % auffällt, der damit auf einen über die Neugründungen hinausgehenden Ausbau der bestehenden Einheiten hindeutet, während in Rosenheim-Stadt und -Land die Belegschaften nur wenig mehr als die Geschäftszahlen anstiegen und sich die Betriebsgrößen nicht wesentlich veränderten. Im Gegensatz hierzu blieb der Einzelhandel in den Verwaltungsbezirken Wasserburg und Griesbach weit hinter der landesweiten Expansion zurück. Hier überwogen vorsichtige Ausweitung und Konsolidierung, was von einer geringeren Standortattraktivität zeugt, für die Branche aber eine insgesamt gesündere und krisenfestere Entwicklung bedeutete.

<sup>94</sup> Zum Geschäftsjahresende 1931/32 meldete der Vorstand gegenüber dem Vorjahresergebnis Mindereinnahmen von 24,4 % bei steigenden Unkosten von 26,5 %; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4./5. 1. 1933 (3).

<sup>95</sup> Aiblinger Tagblatt 16. 2. 1932 (31).

<sup>96</sup> Aiblinger Wochenblatt 26. 11. 1929 (140); Aiblinger Tagblatt 16. 2. 1932 (31); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4./5. 1. 1933 (3).

<sup>97</sup> Haager Bote 17. 10. 1931 (122).

Tab. 83: Das Handelsgewerbe 1925/1933:<sup>98</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim	463	1 441	514	1 462
BA Aibling	332	506	369	662
BA Rosenheim	504	780	581	966
BA Wasserburg	504	790	509	882
BA Griesbach	537	817	483	810
Altbayern	51 875	129 506	58 890	149 377
Bayern	126 425	298 531	140 370	339 421
Davon Einzelhandel:				
Stadt Rosenheim	277	373	716	976
Tendenz:	+ 34,7 %		+ 36,3 %	
BA Aibling	210	287	333	526
Tendenz:	+ 36,7 %		+ 58,0 %	
BA Rosenheim	314	453	526	765
Tendenz:	+ 44,3 %		+ 45,4 %	
BA Wasserburg	286	338	495	617
Tendenz:	+ 18,2 %		+ 24,6 %	
BA Griesbach	330	352	509	605
Tendenz:	+ 6,7 %		+ 18,9 %	
Altbayern	31 864	41 420	65 953	86 824
Tendenz:	+ 30,0 %		+ 31,6 %	
Bayern	78 196	98 042	156 832	202 819
Tendenz:	+ 25,4 %		+ 29,3 %	

Nicht zuletzt die stetig wachsende Konkurrenz war es nämlich, die den Geschäftsbesitzern zu schaffen machte. Da sogar noch in den Jahren der Depression ein immer größerer Personenkreis an schrumpfenden Märkten partizipieren wollte, waren einschneidende Einkommensverluste der Selbständigen unvermeidbar. Die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Kleinhandel zu kämpfen hatte, illustriert die Auswertung des „Laden-Cassa“-Buchs, also des Umsatzverzeichnisses eines alteingesessenen Rosenheimer Einzelhandelsgeschäfts, dessen Sortiment aus Textilien, von Meterwaren bis zur Konfektion nebst Zubehör, bestand. In diesem Kleinbetrieb, in dem neben zwei bis drei Familienmitgliedern ein bis zwei Angestellte bzw. Lehrmädchen arbeiteten, setzte ein beängstigender Umsatzrückgang bereits in den nachinflationären Jahren der wirtschaftlichen Prosperität ein, in einem Maße, das den Preisverfall im Textilbereich weit übertraf. Neben der wachsenden Konkurrenz im Stadtgebiet, nicht zuletzt durch erste Warenhäuser<sup>99</sup>, sorgten Münchner Großkaufhäuser, die regelmäßig ihre

<sup>98</sup> Errechnet aus StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

<sup>99</sup> Eine Berechnung des Rosenheimer Anzeigers ohne nähere Quellenangabe läßt aber erahnen, daß diese Großgeschäfte hier noch keine marktbeherrschende Stellung ein-

Billigangebote in den Lokalzeitungen der oberbayerischen Provinz offerierten, sowie überregionale Versandgeschäfte für einen gesteigerten Druck auf den ländlichen Textilhandel, der überdies die nachlassende Kaufkraft der Bevölkerung früher zu spüren bekam als etwa die naturgemäß resistenterer Lebensmittelbranche.

Anhand der Zahlenreihen läßt sich daneben die schwindende Zahlungsfähigkeit der wichtigsten Käuferschichten, der bäuerlichen Bevölkerung des Rosenheimer Umlands, erahnen. Gerade am „Schlenktag“, dem ersten Donnerstag im Februar, der Bauern wie Gesinde zum Dienstbotenwechsel in die Stadt führte, wobei gleichzeitig die Einkäufe erledigt wurden, sanken die Tagesumsätze überproportional ab, was bei der Konservativität der Landbevölkerung kaum auf eine plötzliche Änderung des Konsumverhaltens oder den Wechsel des „Stammgeschäfts“ zurückzuführen ist.

Tab. 84: Die Umsatzentwicklung des Textilgeschäfts Alois Reich, Rosenheim, 1925–1933:<sup>100</sup>

	Preisindex Textilwaren (1913 = 100)	Jahresumsatz in RM	Umsatz Schlenktag in RM
1925:	188,2	56 502.–	682.–
1926:	170,5	43 929.–	579.–
1927:	167,6	43 356.–	391.–
1928:	181,7	43 491.–	377.–
1929:	180,1	36 277.–	209.–
1930:	165,4	25 830.–	352.–
1931:	145,6	19 328.–	204.–
1932:	124,4	16 478.–	91.–
1933:	119,9	17 305.–	120.–

Die Jahresumsätze des Textilgeschäfts gingen damit von 1925 bis 1933 bei einem gleichzeitigen Preisverfall von 33,9% um 65,8%, die des Schlenktags, des umsatzträchtigsten Verkaufstags im Monat Februar, dagegen um 86,7% zurück. Der „Käuferstreik“ ab 1930, die Zurückhaltung der Kunden, die auf die von der Regierung angekündigten Preissenkungen hofften, beschleunigte den Umsatzschwund<sup>101</sup>. An 13 Tagen des Jahres 1932 betrug die Tageseinnahme weniger als 10 RM, einmal ganze 60 Pfennige. Unter diesen Umständen zehrten

nahmen. Ihr Jahresumsatz betrug pro Kopf der Rosenheimer Bevölkerung (in Klammern Reichsdurchschnitt):

	Waren- u. Kaufhäuser	5,21 (19,01) RM
zum Vergleich:	Metzgereien	61,59 (71,75) RM
	Bäckereien	39,49 (41,97) RM
	Schneider- u. Nähereien	21,72 (38,18) RM
	Friseure	3,89 (5,36) RM

Rosenheimer Anzeiger 1.9.1931 (199).

<sup>100</sup> Errechnet aus Laden-Cassa-Büchern, Fa. A. Reich; StJDR 53 (1934), VIII, 5.

<sup>101</sup> Zu Preisverfall bei steigenden Lasten s. die Stellungnahme des Reichsbunds des Textileinzelhandels, Landesverband Bayern: „Schluß mit dem Käuferstreik!“ in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 1./2.12.1930 (277); vgl. die Annonce in Inntal-Bote 15.12.1931 (243): „Der Preiskommissar erklärt: Textilpreise sinken nicht mehr ... Kaufzurückhaltung ist daher zwecklos! Kaufen schafft Arbeit!“

die Geschäftsinhaber nur noch aus der Substanz, sahen sie die mühsam aufgebaute, selbständige Existenzgrundlage dem Ruin zugehen.

Auch in der Lebensmittelbranche, einem Handelszweig, in dem die Einsparungen der Konsumenten erst relativ spät zum Tragen kamen und sich nicht im Ausbleiben der Kunden, sondern besonders preisbewußtem Verhalten und dem Wechsel von hoch- zu niedrigwertigeren Artikeln äußerten, waren erhebliche Verdienstaufschläge der kleinen Ladenbesitzer unvermeidlich<sup>102</sup>. So schätzte der Bürgermeister des Marktes Pocking im Rottal, daß von 1931 bis zum Jahr 1933 die Umsätze in den Lebensmittelgeschäften seines Amtsbereichs um mehr als 30 % zurückgegangen seien<sup>103</sup>.

Als ungerechtfertigt sah der Lebensmitteleinzelhandel daher die Bestrebungen von Regierungs- und Verbraucherseite an, zur Verwirklichung der zum Ausgleich der Lohn- und Gehaltskürzungen angekündigten Preisnachlässe die Gewinnspannen der Händler zu beschneiden<sup>104</sup>. Die Gegensätze eskalierten in den Preissenkungsaktionen der Jahre 1931 und 1932<sup>105</sup>. Der Kleinhandel, der oft genug selbst am Rande des finanziellen Zusammenbruchs stand, sah sich als letztes Glied der Verteilungskette zum Sündenbock gestempelt.

### *b) Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe*

Der Fremdenverkehr hatte sich am Alpenrand zu einem ansehnlichen Erwerbszweig entwickelt, der nicht nur der Gastronomie, Kur- und Pensionsbetrieben als Einnahmequelle diente, sondern auch auf die gesamte Wirtschaft der bevorzugten Sommerfrischen und Wintersportorte ausstrahlte. War in den Krisenjahren die Reiselust der Bürger gebrochen, konnte man sich keinen Erholungsaufenthalt mehr leisten?

Die Landesstatistik deutet darauf hin. Von 1928 bis 1932 gingen die Übernachtungszahlen in den oberbayerischen Fremdenverkehrsorten um 13,4 %, in ganz Bayern um 13,8 % zurück. Von dieser Abwärtsbewegung nur am Rande gestreift wurden die touristisch favorisierten Gemeinden der Bezirksämter Aibling

<sup>102</sup> Zu den Folgen von Einkommenschwankungen auf einzelne Marktsegmente und Gütergruppen s. die Marktanalyse des Inst. f. Konjunkturforschung, Wochenbericht 27/1929 ff. In Arbeiterhaushalten wiesen beispielsweise die Ausgaben für Oberbekleidung einen hohen Elastizitätsgrad auf, während der Aufwendungsspielraum bei textilen Kleinteilen zusammen mit Lebensmitteln, Heizmaterial und ähnlichen Grundbedürfnissen gering war; ebd., Wochenbericht 33, 131.

<sup>103</sup> Gemeinderat Pocking an Bayer. Staatsministerium d. Innern, o. Dat. (ca. Juli 1933), BayHStA MWi 3129.

<sup>104</sup> Auf Wunsch „interessierter Kreise“ übernahm der Rosenheimer Anzeiger zum Thema „Preisabbau“ der „Bayer. Kolonialwaren- und Feinkost-Rundschau“ folgende Zuschrift einer „Frau eines Kolonialwarenhändlers“:

„Der durchschnittliche Bruttonutzen an unseren Waren beträgt 18 bis 22 % (an Butter, Zucker, Eier nicht einmal 5 %), wovon noch 1 bis 2 % Rabatt abgehen. Die Unkosten stehen mit 10–12 % dagegen, also bleibt ein Nettonutzen von ca. 7 bis 12 %. Bitte, rechnen Sie sich selbst aus, welch ein fürstliches Einkommen bei einem monatlichen Umsatz von 5000 bis 6000 RM. dabei erzielt wird. Und das nicht bei 8, sondern bei 12–14 stündiger anstrengender, mühevoller Arbeit von Mann, Frau und Kind.“ Die Schriftleitung merkte an, sie habe „dem von der Regierung angezettelten Preisabbau-Rummel von vornherein mit der notwendigen Reserve gegenübergestanden.“ Rosenheimer Anzeiger 7. 1. 1931 (4).

<sup>105</sup> Vgl. u. S. 151 ff.

und Rosenheim. Während Bad Aibling und Umgebung 7,7 % seiner Fremden-  
nächtigungen verloren, konnte das Rosenheimer Land seine Anziehungskraft  
erhöhen und 4,8 % zulegen<sup>106</sup>. Höchst unterschiedlich war dabei die Entwick-  
lung in den bevorzugten Urlaubsorten:

Tab. 85: Fremdenübernachtungen in Gemeinden mit mehr als 7500 Nächtigungen  
(1928):<sup>107</sup>

	1928	1929	1930	1931	1932	Tendenz 1928/32
Bad Aibling	44834	43442	44863	41740	39466	- 12,0 %
Feilnbach	9144	7642	9710	5710	9072	- 0,8 %
Rosenheim	37425	35598	35671	32062	33157	- 11,4 %
Bernau	10354	8195	9972	7576	7506	- 27,5 %
Hohenaschau	8145	9561	8766	9864	10897	+ 33,8 %
Kiefersfelden	25700	24786	34373	38915	46814	+ 82,2 %
Niederասchau	11717	13072	13123	11731	10161	- 13,3 %
Niederaudorf	9809	8356	6954	4327	3674	- 62,5 %
Oberaudorf	42496	40599	40407	37941	36014	- 15,2 %
Prien	41825	37291	34709	27167	29208	- 30,2 %

Auch in manchen Gemeinden, die in dieser Aufstellung nicht erfaßt sind, stie-  
gen die Fremdenübernachtungen sprunghaft an, was nur auf Kosten benachbar-  
ter, jetzt in der Publikumsgunst zurückgefallener Konkurrenz möglich war. In  
Brannenburg im Inntal kletterten die Touristenübernachtungen binnen fünf Jah-  
ren von 730 auf 13545, und auch andere Orte im Bergland wurden für den Tou-  
rismus zunehmend attraktiv. Für Kiefersfelden, dessen finanzielle Basis in erster  
Linie die inzwischen darniederliegenden Industriebetriebe darstellten, war der  
Fremdenstrom ein „warmer Regen“, der etwas Geld in die von Arbeitslosigkeit  
geplagte Gemeinde brachte. Der Markt Prien dagegen mit seiner auf den Chiem-  
seetourismus ausgelegten Wirtschaftsstruktur litt schwer unter dem Ausbleiben  
von Gästen, die länger als nur für einen Tagesausflug das Chiemgauer Ferien-  
zentrum aufsuchen wollten.

Tab. 86: Das Schank- und Gaststättengewerbe 1925/1933:<sup>108</sup>

	1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Stadt Rosenheim	49	235	58	266
BA Aibling	126	406	105	357
BA Rosenheim	188	680	248	935
BA Wasserburg	162	345	178	455
BA Griesbach	157	296	162	413
Altbayern	13137	43204	13777	49552
Bayern	32669	90183	34473	110019

<sup>106</sup> Errechnet aus ZBStL 61 (1929), 101 ff.; 65 (1933), 234 ff.

<sup>107</sup> Errechnet aus ebd. u. 62 (1930), 129 ff.; 63 (1931), 191 ff.; 64 (1932), 128 ff. Rech-  
nungsjahr jeweils vom 1. 10. – 30. 9.

<sup>108</sup> Errechnet aus StDR 417, H. 12 a; 465, H. 12.

Angesichts des landesweiten Aufschwungs des mit der Fremdenverkehrsentwicklung eng verknüpften Gaststättengewerbes war der Rückgang im Bezirk Aibling von Betrieben (– 16,7 %) wie Beschäftigten (– 12,1 %) ein besonders gravierender Vorgang. Das Bezirksamt drohte mit rückläufigem Kurbetrieb und sinkenden Touristenzahlen eine seiner sichersten Einnahmequellen zu verlieren.

Regional uneinheitlich war auch die Beschäftigungslage in den staatlichen Dienstleistungsunternehmen Reichspost und Reichsbahn:

Tab. 87: Beschäftigte bei Reichspost und Reichsbahn 1925/1933: <sup>109</sup>

Stadt Rosenheim	1 120	839	150	140
BA Aibling	130	93	65	71
BA Rosenheim	290	243	114	123
BA Wasserburg	101	160	83	74
BA Griesbach	56	64	82	55
Altbayern	34 321	30 214	15 329	15 596
Bayern	81 951	72 626	32 927	34 038

Während die Reichsbahn im Knotenpunkt Rosenheim Personal einsparte, es dafür in den Stationen der Nebenstrecken in den Bezirken Griesbach und vor allem Wasserburg (+ 58,4 %) kräftig erhöhte, waren es bei der Post neben der städtischen Zentralstelle die Bezirke abseits der großen Verkehrswege, in denen die Belegschaft gegenläufig zur landesweiten Tendenz, in der sich nicht zuletzt der Ausbau des Telephonwesens niederschlug, verringert wurde. Auch die Staatsbetriebe boten den Arbeitnehmern nicht die Sicherheit, von krisenbedingten Arbeitsplatzzeinsparungen verschont zu bleiben.

## II. Die Krise im Spiegel der Steuerkraft

Das Berliner Statistische Reichsamt legte 1941 eine Untersuchung zur Steuerleistung der Finanzamtsbezirke im Zeitraum von 1926 bis 1938 vor, die, obwohl für die Betrachtung wirtschaftlicher Veränderungen in kleinräumigen Gebieten von großem Wert, weitgehend in Vergessenheit geraten ist<sup>1</sup>, vielleicht, weil einige methodische Probleme dieser statistischen Auswertung zu Verzerrungen führen können. Auf mögliche Fehlerquellen sei vor der Auswertung für unser Untersuchungsgebiet deshalb hingewiesen:

Da durchgehendes Zahlenmaterial über die Bevölkerungsstärke in den Zeiträumen zwischen den Volkszählungen nicht vorhanden ist, aber nur die Umrechnung der Steuerleistung auf die Einwohnerzahlen der jeweiligen Finanzamtsbezirke einen vergleichbaren Wert verspricht, basieren die Fortschreibungszahlen in den Volkszählungsintervallen zu einem Großteil auf Schätzungen. Ein weiterer Schwachpunkt ist in der Umrechnung der Steuerleistung auf die Gesamtbevölkerung zu sehen. Für agrarische Gebiete mit hohem Kinderreichtum, also einem großen Potential nicht erwerbstätiger Personen,

<sup>109</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>1</sup> EStDR 39. Auf Ebene der Oberfinanzbezirke ausgewertet von Petzina, Weltwirtschaftskrise, 9 ff.

ergeben sich daraus relativ niedrige Steuerleistungen, während in Jahren der Vollbeschäftigung Gewerbe- und Industriezentren mit durchschnittlich umfangreicherem Erwerbspersonenanteil auch mit höheren Pro-Kopf-Abgaben aufscheinen, was sich aber in Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit ins Gegenteil verkehren kann.

Läßt sich die finanzielle Lage von Industrie und Großgewerbe relativ leicht anhand der Körperschaftsteuerzahlungen ablesen, so gestaltet es sich besonders schwierig, den Einkommensfluktuationen der landwirtschaftlichen Bevölkerungsteile auf die Spur zu kommen. Bei der Lohnsteuer lagen die Einkommen der Dienstboten in der Regel unter den Freigrenzen und sind daher nicht erfaßt, zur Einkommensteuer trugen die Bauern ab 1932 nur mehr bedingt bei, weil land- und forstwirtschaftliche Reineinkünfte unter 6000.– und entsprechende Roherträge bis 12000.– von der Steuer befreit waren. Auch für die Vermögensteuer kamen ab 1.1.1931 bei der Erhöhung der Freigrenze auf 20000.– nur mehr Mittel- und Großbauern in Betracht, so daß allein die Umsatzsteuer, allerdings wieder mit der Einschränkung des ermäßigten Satzes für Getreide und seine Verarbeitungsprodukte, einen tieferen Einblick in die bäuerlichen Einkommensverhältnisse gestattet<sup>2</sup>.

Das Beispiel des Landesfinanzamtsbezirks München, der Oberbayern, Niederbayern und Schwaben umfaßte, zeigt, in welchem geringem Maße die Landwirtschaft von den Personalsteuern – Lohn-, Einkommen-, Vermögen- und Körperschaftsteuer – erfaßt wurde. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung lag im Jahr 1933 Südbayern 17,0% hinter der Steuerleistung des Reichsdurchschnitts zurück und bot damit das Bild eines der steuerschwächeren Gebiete des Deutschen Reichs<sup>3</sup>. Rechnet man das Steueraufkommen auf die erwerbstätige Bevölkerung um, lag es sogar um 29,9% zurück, bei Berücksichtigung allein der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsteile allerdings nur um 0,6%<sup>4</sup>.

Die Aufgliederung der Finanzamtsbezirke nach Wirtschaftszonen unterstreicht diese Feststellung (Tab. 88). Das Steueraufkommen in den südbayerischen landwirtschaftlich dominierten Finanzamtsbezirken blieb klar hinter dem der Industrie- und Gewerbezentren zurück und befand sich damit auf einer Linie mit den Ergebnissen der vergleichbaren Untergliederungen des Deutschen Reichs. Eine interessante Einsicht vermittelt daneben der Vergleich der Steuerzahlen der beiden Rechnungsjahre vor und auf dem Höhepunkt der Krise. Lag 1928 die südbayerische Steuerleistung in den Finanzamtsbezirken mit mehr als 40% Agrarbevölkerung über der ähnlich strukturierter Gebiete des gesamten Reichsgebiets, so verkehrt sich das Verhältnis 1932 ins Gegenteil: Sowohl in Umsatz- wie Personalsteuern sinken die Zahlungen Ober-, Niederbayerns und Schwabens fast ausnahmslos unter den Reichsdurchschnitt ab, was angesichts der Tatsache, daß außer in Teilen Niederbayerns der steuerbegünstigte Getreidebau keine überragende Stellung einnahm, auf eine ausgeprägte Krisenbetroffenheit schließen läßt.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., \*18 ff. Zur Besteuerung der Landwirtschaft s. a. EStDR 42, 7 ff.

<sup>3</sup> EStDR 39, \* 99. Eine „verhältnismäßig hohe Steuerleistung“ aufgrund des Münchner Ballungsraums und der Ansiedlung Wohlhabender in den Fremdenverkehrsgebieten wird jedoch ebd., \*29 bescheinigt.

<sup>4</sup> EStDR 39, \* 29 ff.

Tab. 88: Steuerleistung im Landesfinanzamtsbezirk München und im Deutschen Reich nach dem landwirtschaftlichen Bevölkerungsteil in den Rechnungsjahren 1928 und 1932 je Kopf der Bevölkerung (in RM):<sup>5</sup>

- a) Landesfinanzamtsbezirk München  
b) Deutsches Reich

Landw. Bevölkerungsanteil der Finanzamts-Bezirke:		1928			1932		
		Zahl der Bezirke	Personalsteuern	Umsatzsteuer	Zahl der Bezirke	Personalsteuern	Umsatzsteuer
bis 10 %	a)	5	123,9	23,9	5	58,3	31,4
	b)	200	115,5	23,3	197	47,6	31,5
10–20 %	a)	1	34,8	10,6	1	17,8	11,0
	b)	132	54,9	14,8	126	22,4	18,5
20–30 %	a)	5	33,0	10,1	5	19,9	13,5
	b)	146	37,3	11,9	137	15,3	15,5
30–40 %	a)	12	29,8	11,6	11	14,4	15,0
	b)	150	28,1	10,0	143	11,9	12,9
40–50 %	a)	17	22,3	8,8	16	8,8	11,1
	b)	154	20,3	8,6	147	9,7	11,2
50–60 %	a)	21	14,9	6,9	20	5,0	8,4
	b)	113	14,7	6,8	106	6,5	8,9
über 60 %	a)	14	13,5	7,1	14	4,6	7,6
	b)	53	11,4	5,8	47	4,9	7,4
Insgesamt	a)	75	48,2	12,7	72	22,5	16,4
	b)	948	65,4	15,7	903	27,2	20,8

Die Einbußen der größeren Gewerbebetriebe in den Jahren der Weltwirtschaftskrise spiegeln sich am rückläufigen Körperschaftsteueraufkommen der Jahre 1928 bis 1933. Diese Abgabe, die seit ihrer Einführung im Jahr 1920 Aktiengesellschaften, GmbH's und ähnlich strukturierte Unternehmungen mit einem gestaffelten Steuersatz von 10 bis 20 % belegte<sup>6</sup>, erreichte in den späten zwanziger Jahren im Finanzamtsbezirk Bad Aibling eine beachtliche Höhe und lag teilweise sogar über dem Durchschnittswert des Deutschen Reichs. Umso heftiger wirkten sich die Verluste in Textil-, Holz- und Baustoffindustrie ab dem Scheitelpunkt 1928 auf die Steuerstatistik aus. Binnen dreier Rechnungsjahre sank das Pro-Kopf-Aufkommen, gerechnet auf die Wohnbevölkerung, von 9 auf 1 RM, wobei zu berücksichtigen ist, daß Änderungen der Steuertermine das Ergebnis für 1931 sogar noch positiv verfälschen. Erstmals ab März 1932 wurden nämlich die Hauptzahlungstermine der Einkommen- und Körperschaftssteuer um einen Monat vorgezogen, wodurch auf das Rechnungsjahr 1931 einmalig fünf Quartalszahlungen trafen<sup>7</sup>, das Absinken der Gesellschaftseinkommen und damit der Steuerzahlungen also in Wirklichkeit noch drastischer ausfiel (Graphik 1).

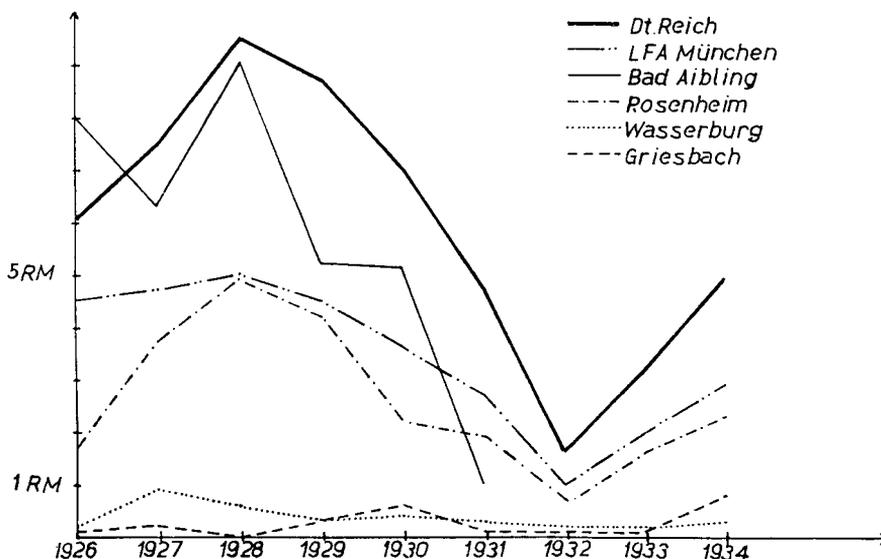
Parallel zur Kurvenentwicklung im Deutschen Reich stieg das Körperschaftsteueraufkommen von Stadt und Bezirksamt Rosenheim von 1926 bis 1928 steil

<sup>5</sup> Nach EStDR 39, \* 98.

<sup>6</sup> Ebd., \* 31 f. Vgl. „Körperschaftsteuer“ in: Brockhaus Bd. 10 (1931), 484 f.

<sup>7</sup> EStDR 39, \*17.

Graphik 1: Körperschaftsteuer in RM je Einwohner.<sup>8</sup>



an und erreichte nun knapp den Wert des Münchner Landesfinanzamtsbezirks, um jedoch ab 1928 in eine steilere Abwärtsbewegung überzugehen. Von den überregionalen Konjunkturercheinungen kaum beeinflusst waren dagegen die wenigen Körperschaftsteuerpflichtigen der Finanzämter Griesbach und Wasserburg. In letzterem begann bereits 1928 eine vorgezogene Rückentwicklung, während die Rottaler am überregionalen Scheitelpunkt der Gesellschaftseinkommen ihren Tiefstand erreichten, um bis 1930 zu einem kurzen Zwischenaufschwung anzusetzen. Beide Vorgänge sind auch anhand der Vermögensteuerstatistik nachzuvollziehen (Graphik 2).

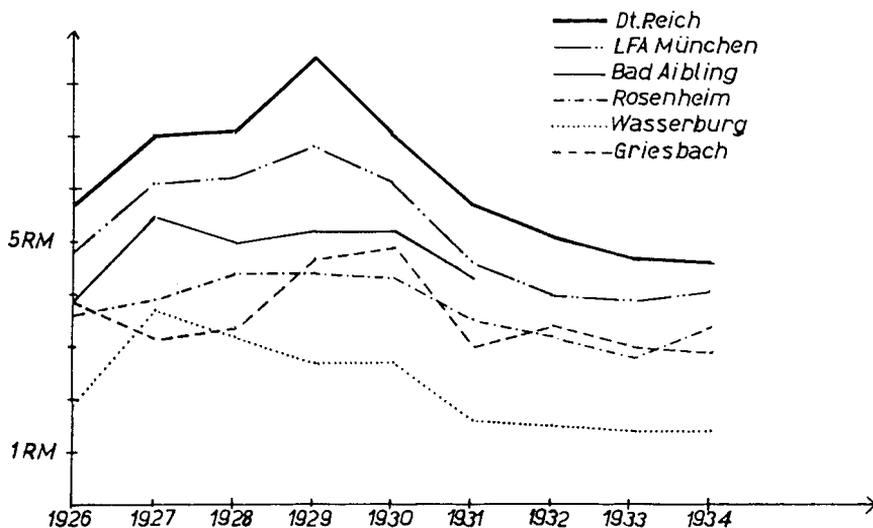
Die erfaßten Kapitalvermögen Griesbachs sanken zwar gegenläufig zur Gesamtentwicklung 1927 auf den tiefsten Stand der Vergleichsgebiete ab, erholten sich danach jedoch rasch und konnten sogar nach dem erneuten Absacken 1931 nochmals einen leichten Anstieg verbuchen, obwohl die Vermögensteuerfreigrenze ab 1.1.1931 von 5000.— auf 20000.— erhöht worden war und neue, durch die Wirtschaftskrise stark gedrückte Einheitswerte in Kraft traten. Berücksichtigt man außerdem den 1929 erhobenen einmaligen achtprozentigen Sonderzuschlag, der zu Rekorderlösen des Fiskus führte<sup>9</sup>, so zeigt sich, daß die Kapitalvermögen zwar in keinem der Vergleichsbezirke und -ebenen auf dem Stand der Jahre der Hochkonjunktur gehalten werden konnten, auf lange Sicht aber ohne vernichtende Einbußen die Wirtschaftskrise überstanden.

Deutlich verschlechtert hatte sich gegen Ende der Weimarer Republik dagegen die Finanzlage der Einkommensteuerpflichtigen (Graphik 3).

<sup>8</sup> Nach EStDR 39, Tab. I.

<sup>9</sup> Ebd., \*18; vgl. „Die Vermögensverhältnisse in Bayern“, ZBStL 62 (1930), 398ff.; „Vermögensteuer“ in: Brockhaus Bd. 19 (1934), 514 f.

Graphik 2: Vermögensteuer in RM je Einwohner: <sup>10</sup>



LFA München

Eine etwa parallel verlaufende Entwicklung läßt sich dabei in den Agrarbezirken Wasserburg und Griesbach nachvollziehen. Von 1926 bis 1927 sprunghaft steigenden Einkommen, in Griesbach um 76,6 % <sup>11</sup>, folgte ein kontinuierlicher Verdienstrückgang, der im zum 31. März 1933 endenden Rechnungsjahr 1932 Griesbach wieder auf den Stand von 1926 zurückführte, bei Berücksichtigung der Steuererhöhungen – ab 1. 4. 1930 ein fünfprozentiger Zuschlag auf Jahreseinkommen über 8000.–, ab 1. 9. 1930 Aufhebung von Steuererleichterungen und Einführung der zehnpromtigen „Ledigensteuer“ auf Monatsverdienste über 220.– <sup>12</sup> – aber reale Einkommensverschlechterungen erkennen läßt. Die Einkommensteuerpflichtigen dieser überwiegend landwirtschaftlichen Bereiche schnitten dennoch ungleich günstiger als die Bewohner gemischtstrukturierter Gegenden ab. Im Reich und in Bayern waren seit 1926 rund die Hälfte, in Aibling/Rosenheim nach einer gegenläufigen Schaukelbewegung mit zweijährigen Kreuzungspunkten etwa ein Drittel Einkommensausfälle bei allerdings nach wie vor höheren absoluten Steuerleistungen zu verbuchen.

Weitgehend konform verliefen dagegen die Lohnsteuerkurven, wobei jedoch die prozentualen Mindereinnahmen der Finanzbehörden des Untersuchungsgebiets im Rechnungsjahr 1932 im Vergleich zu den späten zwanziger Jahren weitaus dramatischer als im Reichs- und südbayerischen Landesdurchschnitt ausfielen <sup>13</sup> (Graphik 4).

Ging das Lohnsteueraufkommen vom Höchststand 1928 bis 1932 im Reich um 48,2 %, im Landesfinanzamtsbezirk München um 39,5% zurück, so waren

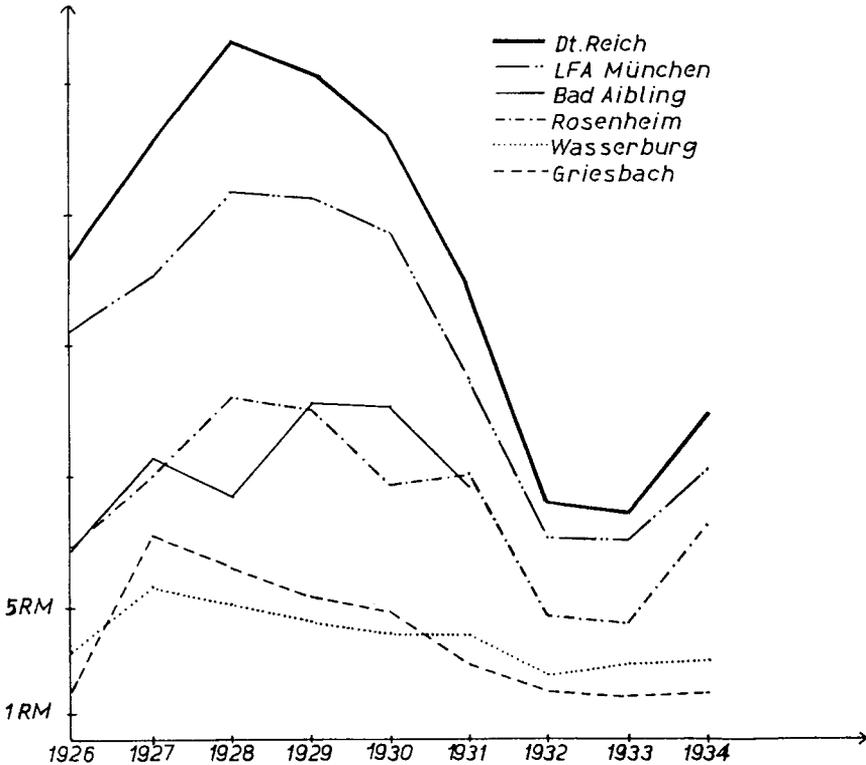
<sup>10</sup> Nach ebd.

<sup>11</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>12</sup> Ebd., \*17; vgl. „Einkommensteuer“, Brockhaus Bd. 5 (1930), 319f.

<sup>13</sup> Zur Lohnsteuer vgl. „Lohnsteuer“, Brockhaus Bd. 11 (1932), 532

Graphik 3: Einkommensteuer in RM je Einwohner: <sup>14</sup>



es in Bad Aibling/Rosenheim 62,3%, in Wasserburg 72,7% und in Griesbach 73,3%. Die Bürger des Griesbacher Amtsbezirks zahlten damit nur mehr ein Neunundzwanzigstel der Lohnsteuerleistung des Reichsdurchschnitts <sup>15</sup>. Die mit geringen Barlöhnen bedachten landwirtschaftlichen Dienstboten, die ohnehin in verschwindend geringem Umfang zum Lohnsteueraufkommen beitrugen, rutschten nach Lohnkürzungen nun endgültig unter die Freigrenzen der Besteuerung.

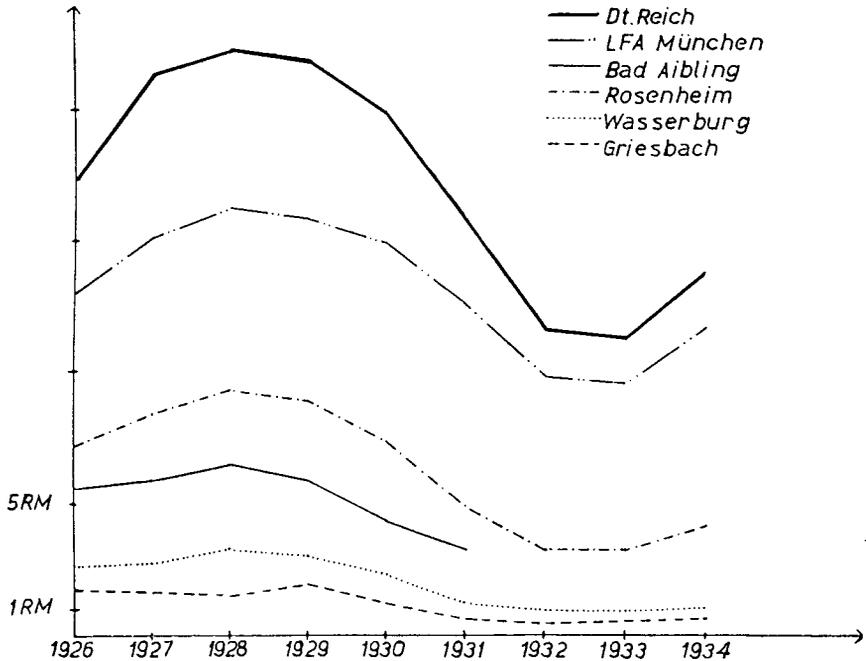
In Kombination mit den oben <sup>16</sup> ausgewerteten Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählungen ergibt sich daraus dennoch eine zunächst paradox erscheinende Situation. Gerade in den Gebieten, die von 1925 bis 1933 die geringsten Beschäftigtenabgänge aufzuweisen hatten, sank das Lohnsteueraufkommen überproportional ab, was auf erhöhte Entlassungsraten bei der gewerblichen Arbeitnehmerschaft hindeutet. Dem scheint zu widersprechen, daß im Arbeitsamtsbezirk Pfarrkirchen, dem das Bezirksamt Griesbach angehörte, Ende Januar 1933 als einzigem der bayerischen Verwaltungseinheiten der Reichsanstalt für

<sup>14</sup> Nach EStDR 39, Tab. I.

<sup>15</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>16</sup> Vgl. o. S. 78ff.

Graphik 4: Lohnsteuer in RM je Einwohner:<sup>17</sup>



Arbeit die Arbeitslosenquote weniger als 2% der Gesamtbevölkerung betrug<sup>18</sup>. Des Rätsels Lösung liegt in der marginalen Bedeutung der außerlandwirtschaftlichen Lohnarbeit in beiden Bezirksamtern, kombiniert mit der handwerklich-ländlichen Betriebsgrößenstruktur. Fiel selbst bei einer hohen Arbeitslosigkeit von Arbeitern und Angestellten die Zahl der Erwerbslosen gegenüber der dominierenden bäuerlichen Bevölkerung kaum ins Gewicht, so ergaben sich die niedrigen Beschäftigtenverluste aus der Tatsache, daß in Klein- und Kleinstunternehmen, in denen die Mitarbeit des Eigentümers sowie von Familienangehörigen selbstverständlich war, das Kontingent der potentiell entlaßbaren Mitarbeiter auf einen weit geringeren Umfang beschränkt war als in größeren Unternehmensformen. Konnte ein Großbetrieb im Notfall die Mehrzahl seiner Mitarbeiter freisetzen und dennoch auf eingeschränkteste Weise weiterarbeiten, so war beispielsweise in einem Drei-Personen-Handwerksbetrieb, bestehend aus Besitzer, Sohn und Geselle, nur ein Drittel der Gesamtbeschäftigten von Arbeitslosigkeit bedroht, sofern nicht der schlechte Geschäftsgang den Bestand der Firma an sich gefährdete.

Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik, die neben Handel und Gewerbe auch die Verkaufserlöse der Landwirte betraf, werden von mehreren Gesetzesänderungen verzerrt. Ab 1.4.1930 trat eine Erhöhung des Steuersatzes von

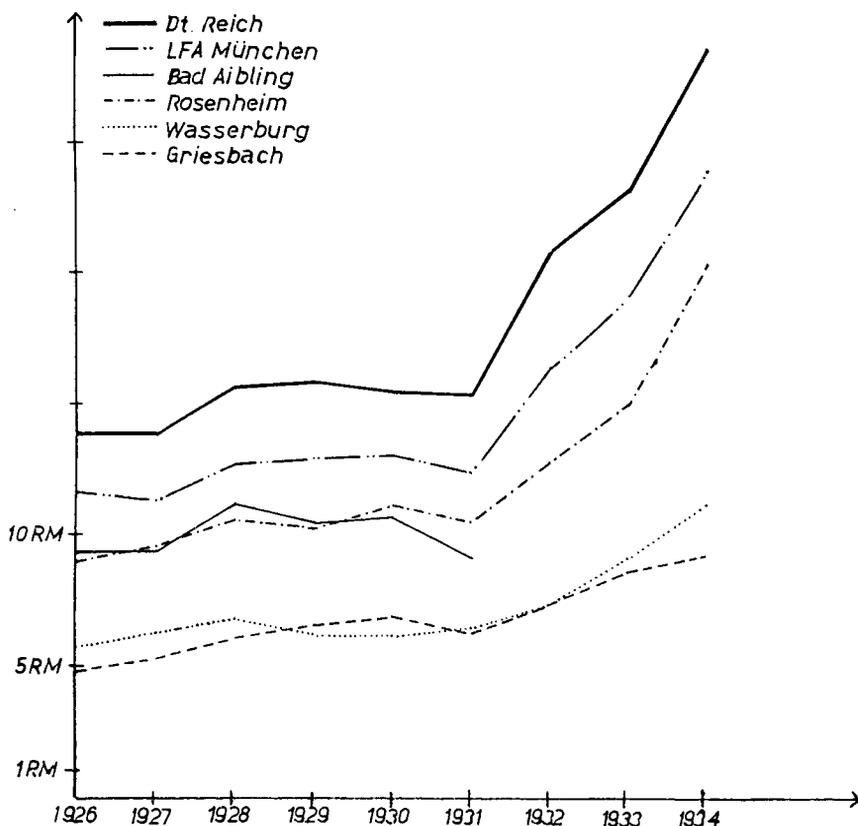
<sup>17</sup> Nach EStDR 39, Tab. I.

<sup>18</sup> Bayern im ersten Vierjahresplan, 392.

0,75 auf 0,85 % mit zusätzlichen Sonderabgaben für Kaufhäuser in Kraft, wogegen ab 1. 7. 1931 Kleinumsätze bis 5000. – pro Jahr von der Steuer befreit wurden, eine Maßnahme, die vor allem der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zugute kam, fielen doch rund drei Viertel aller bayerischen landwirtschaftlichen Umsatzsteuerzahler unter diese Kategorie<sup>19</sup>.

Nach einjähriger Laufzeit erlosch die Begünstigung der Kleinbetriebe. Der Steuersatz erfuhr zum Jahreswechsel 1931/32 erneut eine drastische Anhebung auf 2,0%, für Warenhäuser von 1,35 auf 2,5%; die Erlöse aus Getreide und Getreideprodukten wurden nach dem alten Steuersatz veranlagt<sup>20</sup>.

Graphik 5: Umsatzsteuer in RM je Einwohner:<sup>21</sup>



<sup>19</sup> 1927 zahlten in Bayern 260 634 Bauern Umsatzsteuer. Die Statistik für 1929, die Kleinumsätze unter 5000. – nicht mehr ausweist, erfaßt nur mehr 63 411 besteuerte Landwirte; StJDR 49 (1930), XVII, D 6b; 52 (1933), XIV, E 5a.

<sup>20</sup> EStDR 39, \*18; vgl. Umsatzsteuer, Brockhaus Bd. 19 (1934), 268 f.

<sup>21</sup> Nach EStDR 39, Tab. I.

Die Graphik zeigt für die Finanzamtsbezirke des Untersuchungsgebiets damit ab der Steuererhöhung 1931/32 ein zu den überregionalen Ergebnissen vergleichsweise langsames Ansteigen des Umsatzsteueraufkommens, wobei sich in den Agrargebieten die speziellen Steuererleichterungen niederschlugen. Das bedeutete angesichts des mehr als verdoppelten Steuersatzes de facto spürbare Umsatzverluste, wie eine Gegenüberstellung des Umsatzsteueraufkommens mit den Gesamtumsätzen des Landesfinanzamtsbezirks München verdeutlicht:

Tab. 89: Umsatzsteueraufkommen und Umsatz im Landesfinanzamtsbezirk München 1928–1933:<sup>22</sup>

	Umsatzsteueraufkommen in 1000 RM	Gesamtumsatz nach Preis- stand 1928 in Mrd. RM
1928:	42 787	6,86
1929:	43 106	7,03
1930:	43 901	6,80
1931:	38 877	6,42
1932:	52 279	4,89
1933:	61 032	5,79

Dürfen auch Steuerkraft und wirtschaftliche Lage nicht ohne Einschränkungen gleichgesetzt werden, so bestätigt der Vergleich der Steuerleistungen doch die Eindrücke, die bislang gewonnen wurden. Innerhalb unseres Untersuchungsgebiets waren es besonders die südlichen Teile, die am heftigsten von der Weltwirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurden, wobei die Erwerbsbevölkerung aller Sektoren, von der Landwirtschaft bis zu den Berufsgruppen des Tertiärbereichs, zwar mit wechselnder Intensität, aber doch in der Zusammenschau in weiterreichendem Maße die Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs zu spüren bekam als die Bewohner der Bezirksämter Wasserburg und Griesbach. Bei aller Not, die die sich auch hier breitmachte, erwies sich deren Wirtschaftsleben, die Kombination aus relativ wohlhabender Landwirtschaft und kleingewerblichem, auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittenem Gewerbe, zwar in konjunkturell günstigen Zeiten als unattraktiv und den mit industriellen Zentren durchsetzten Alpenrandgebieten unterlegen, in Depressionsphasen aber unabhängiger von den überregionalen Einflüssen und im ganzen krisenresistenter.

### III. Die Auswirkungen der Krise für die Bevölkerung

#### 1. Die Bevölkerungsbewegung

Wie die Betriebs- und Berufszählungsergebnisse kann auch der Vergleich der Resultate der Volkszählungen 1925 und 1933 nur ein umrißhaftes Bild der Bevölkerungsverchiebungen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise vermitteln,

<sup>22</sup> EStDR 43, 59.

die ja weniger als die Hälfte des dazwischenliegenden Zeitintervalls beanspruchen. Dennoch ist auch in diesem Fall das Ergebnis nicht ohne Interesse, zeigt es doch, daß der wirtschaftliche Niedergang die einmal eingeschlagenen Wege wie Geburtenrückgang und Abwanderung aus den Agrargebieten zugunsten gewerblich-industrieller Zentren nicht umkehrte, sondern teilweise kräftig verstärkte.

Die Stadt Rosenheim, der Bezirk Aibling und der westliche Teil des Bezirksamts Rosenheim, also die Bereiche des Untersuchungsgebiets mit einem hohen Potential an gewerblichen Arbeitsplätzen, büßten wenig von ihrer Attraktivität ein:

Tab. 90: Zu- bzw. Abnahme der Wohnbevölkerung 1910/1925 und 1925/1933 (in %):<sup>1</sup>

	1910/1925	1925/1933
Stadt Rosenheim	+ 7,8	+ 5,9
BA Aibling	+ 9,9	+ 3,5
BA Rosenheim	+ 13,0	+ 2,5
davon:		
AG Rosenheim	+ 9,8	+ 4,7
AG Prien	+ 13,5	+ 1,4
BA Wasserburg	+ 2,8	- 0,5
davon:		
AG Wasserburg	+ 4,2	+ 0,5
AG Haag	+ 1,2	- 1,7
BA Griesbach	+ 1,3	- 2,7
davon:		
AG Griesbach	+ 0,7	- 2,8
AG Rotthalmünster	+ 1,7	- 2,5
Altbayern	+ 8,2	+ 4,2
Bayern	+ 7,2	+ 4,2

Der ungebrochene Zuzug in die Industrieinseln zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Aiblinger Bezirks. Der Raum Bruckmühl (Kirchdorf a.H. + 10,5 %, Götting + 14,0 %) sowie Kolbermoor (+ 13,4 %) blieben bevorzugte Zuwanderungsziele, während etwa die Einwohnerzahl Bad Aiblings stagnierte (- 1,3 %). In den 22 Gemeinden des Bezirksamts konnten 12, wenn auch teilweise nur geringe und die natürliche Bevölkerungszunahme unterschreitende Wachstumstendenzen aufweisen, wogegen etwa Feilnbach, bedingt durch den rückläufigen Fremdenverkehr und die verzweifelte Lage von Torf- und Holzwirtschaft, mit 12,3 % Schwund substanzielle Einbußen erlitt.

Eine herausragende Anziehungskraft entwickelten im Bezirksamt Rosenheim die Stadtrandgemeinden, die zu preisgünstigen Wohngebieten in die Stadt pendelnder Arbeitnehmer heranwuchsen (Westerndorf St. Peter + 17,6 %, Aising + 26,1 %, Happing + 39,2 %)<sup>2</sup>. Mit Ausnahme der Redenfeldener Papierfabrik,

<sup>1</sup> Errechnet aus BStB 84, A; 110, A; 112, I. ZBStL 66 (1934), \*1 ff. Ein gewisser Unsicherheitsfaktor ergibt sich daraus, daß 1910 die ortsanwesende, später die Wohnbevölkerung gezählt wurde, sowie aus Gebietsverschiebungen, die im Untersuchungsgebiet für 1910/25 nicht im einzelnen ausgeschieden werden konnten.

<sup>2</sup> Der enorme Zuwachs der Chiemseegemeinde Bernau (+ 61,2 %) geht vor allem auf Verschiebungen der Verwaltungsgrenzen zurück.

die Kirchdorf am Inn einen Bevölkerungsschub von 21,6% bescherte, erwiesen sich die Industrien des Inntals oder des Stephanskirchner Raums mit ihren schweren wirtschaftlichen Problemen nicht mehr in der Lage, Zuzügler in größerem Umfang anzuziehen. Das West-Ost-Gefälle innerhalb des Bezirksamts setzte sich dabei dennoch fort: Während im Amtsgerichtsbezirk Rosenheim 24 von 35 Gemeinden ihren Bevölkerungsstand vermehrten, war dies im Amtsgericht Prien nur in 8 von 21 der Fall, wobei sich Fremdenverkehrsgemeinden mit ehemals emporschnellenden Einwohnerzahlen als besonders anfällig erwiesen (Hohenaschau – 20,5%, Eggstätt – 12,5%).

Das Amtsgericht Haag war von der Abwanderung stärker betroffen als der südliche Teil des Bezirksamts Wasserburg. In 22 der 32 Gemeinden des Haager Verwaltungsgebiets war die Einwohnerzahl im Schwinden begriffen, während die Situation um Wasserburg insgesamt ausgeglichen war, aber ebenfalls Wanderungsverluste erkennen ließ. Die Bevölkerungsverschiebungen vollzogen sich jedoch mit wenigen Ausnahmen, wie dem Austausch zwischen den Nachbargemeinden Stadel (+ 10,4%) und Au am Inn (– 17,2%) in engen Grenzen.

Ähnlich war die Situation im unteren Rottal, dem ausgeprägtesten Abwanderungsgebiet unseres Untersuchungsraums. Nur acht von 40 Gemeinden ließen eine positive Tendenz erkennen, sonst erfolgte kein spektakulärer, aber stetiger Wegzug, der mit Ausnahme der Gemeinde Oberschwärzenbach (10,6%) unter der Zehn-Prozent-Marke blieb<sup>3</sup>.

Neben der Migration waren Wandlungen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das vielerorts verlangsamte Wachstum verantwortlich (Tab. 91). In der Stadt Rosenheim setzte sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise der Trend zur Verminderung der Geburtenhäufigkeit verstärkt fort. Obwohl die Zahl der Eheschließungen keinen gravierenden Rückgang erlitt, pendelte sich das natürliche Wachstum durch Geburtenüberschüsse bereits ab 1930 auf dem Nullpunkt ein.

Das lückenhafte Material läßt für die Bezirksamter nur sehr vorsichtige Aussagen zu, doch zeichnet sich ab, daß die Reproduktionsrate in den von Industrieinseln durchsetzten Bezirksamtern Aibling und Rosenheim in der Phase der wirtschaftlichen Depression schneller absank als in den Agrarbezirken. Die gewerbliche Bevölkerung reagierte damit wohl auf ihr spezielles Problem der Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftskrise wirkte sich somit lähmend auf Familiengründungen und Geburtlichkeit aus. Sie leitete jedoch keine Wende innerhalb der generativen Entwicklung ein, sondern verstärkte nur bereits seit der Jahrhundertwende bestehende Tendenzen, bevor die wirtschaftliche Erholung und die nationalsozialistische Familienpropaganda in einen Gegenaufschwung überleiteten.

<sup>3</sup> Errechnet aus BStB 110, A; 112, I, ZBStL 66 (1934), \*1 ff. Zur Wanderungsbilanz im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim 1925/33 vgl. die Karte bei Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 40/41. Da ihre Gemeindeergebnisse auf inzwischen verschollenem, handschriftlichem Material beruhen, sich aber bei den Wanderungsbilanzen Stegmüllers auf Bezirksebene z. T. erhebliche Abweichungen zu den veröffentlichten Zahlen des Bayer. Statist. Landesamts ergeben, wurde auf eine Auswertung seiner Angaben verzichtet; vgl. o. S. 20, Anm. 47.

Tab. 91: Natürliche Bevölkerungsbewegung 1913–1933 (je ‰ der Bevölkerung):<sup>4</sup>

- a) Eheschließungen  
 b) Geburten (Lebendgeborene)  
 c) Geburten- (+) bzw. Sterbfallüberschuß (–)

	St. Rosenheim	BA Aibling	BA Rosenheim	BA Wasserburg	BA Griesbach
1913: a)	4,8	6,7	6,3	5,7	6,2
b)	22,5	29,6	28,9	29,0	35,6
c)	+ 6,2	+ 12,4	+ 11,9	+ 9,9	+ 12,6
1925: a)	6,4	6,2	5,6	5,5	6,0
b)	18,9	21,6	22,3	23,6	25,1
c)	+ 5,3	+ 9,5	+ 9,5	+ 8,1	+ 10,1
1929: a)	8,5	–	–	–	–
b)	17,1	–	–	–	–
c)	+ 3,6	–	–	–	–
1930: a)	7,9	7,4	7,4	5,9	5,6
b)	16,3	18,8	18,6	20,0	22,1
c)	– 0,2	+ 8,5	+ 7,4	+ 5,9	+ 9,0
1931: a)	7,2	–	–	–	–
b)	13,9	–	–	–	–
c)	± 0,0	–	–	–	–
1932: a)	7,7	–	–	–	–
b)	12,2	–	–	–	–
c)	– 0,5	–	–	–	–
1933: a)	10,0	6,8	6,3	6,6	5,9
b)	12,1	17,6	16,3	18,6	21,8
c)	± 0,0	+ 4,5	+ 4,5	+ 5,4	+ 6,4

## 2. Die Arbeitslosigkeit

Als signifikanter Gradmesser der Krisenbetroffenheit und des wirtschaftlichen Niedergangs wird die Arbeitslosigkeit vielfach überbewertet<sup>5</sup>. Sie betraf als greifbarstes Zeichen von Not und beruflicher Existenzbedrohung nur in industriell hochstehenden Gebieten die Masse der Bevölkerung, während sie im agrarisch kleingewerblichen Umfeld infolge andersgearteter Beschäftigungsmuster in ihrer absoluten Höhe nur als marginales Krisensymptom anzusprechen ist.

Sehr unvollständig sind die überlieferten statistischen Angaben für die Regionen außerhalb der Großstädte und wirtschaftlichen Ballungszentren. War es für das Untersuchungsgebiet möglich, anhand regelmäßiger, allerdings im Mai 1932

<sup>4</sup> Errechnet aus BStB 112, I; ZBStL 46 (1914), 594 f.; 59 (1927), 525 f.; 62 (1930), 278; 63 (1931), 108; 64 (1932), 296; 65 (1933), 123 f. u. 330; 66 (1934), 345 ff.; 67 (1935), 86 f. Nur für die Stadt Rosenheim liegt durchgehendes Zahlenmaterial von 1925–1933 vor. Bezugsgrößen sind die Bevölkerungserhebungen 1910, 1925 und 1933, für Rosenheim-Stadt 1929 mit 1932 fortgeschriebene Mittelwerte, wobei die Schwankungsbreite zwischen der Berechnung auf Basis des Schätzwerts bzw. des Volkszählungsergebnisses z. B. für 1930 unter 0,2 ‰ liegt. Die bei Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 47 ff., veröffentlichten fortlaufenden Zahlenreihen weisen gravierende Differenzen zu den offiziellen Statistiken auf. Zur beruflichen Schichtung der Eltern der 1930 Geborenen s. o. S. 13, Tab. 8.

<sup>5</sup> Z. B. bei Frey/Weck, Arbeitslosigkeit, 6.

endender Pressemitteilungen zumindest die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim zu erfassen und graphisch darzustellen (Graphik 6), so liegen für das Bezirksamt Griesbach, Teil des Arbeitsamtsbezirks Pfarrkirchen, keine gesonderten Zahlenreihen vor. Nach lückenhaften Pressemeldungen ergaben sich für den gesamten Arbeitsamtsbezirk Pfarrkirchen folgende Arbeitslosenzahlen:

Tab. 92: Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Pfarrkirchen 1930–1932:<sup>6</sup>

	ALU	KRU	WOLU	insges.
31. 3. 1930:	–	–	–	2880
15. 4. 1931:	1853	196	164	2213
30. 4. 1931:	1395	204	167	1766
1. 9. 1932:	235	368	445	1048
1. 10. 1932:	170	305	441	916
1. 11. 1932:	291	270	340	901
1. 12. 1932:	440	221	401	1062

Einen Anhaltspunkt für den Anteil Griesbacher Arbeitsloser an der Gesamtzahl bietet eine Meldung des Bezirksamts vom 29. 3. 1930: Von den 2880 Arbeitslosen des Arbeitsamtsbezirks lebten 588 am Unterlauf der Rott<sup>7</sup>. Das auffallende Absinken der Arbeitslosenzahlen ab dem Frühjahr 1931 dürfte darauf zurückzuführen sein, daß viele Arbeitslose wieder längerfristig in die Landwirtschaft zurückkehrten. Darüberhinaus waren im Herbst 1932 200 Personen bei Flußregulierung und Straßenbau eingesetzt<sup>8</sup>.

Wohlfahrtserwerbslosenraten von Rosenheim und den Nachbarbezirken sind in regelmäßiger Form lediglich für den Zeitraum von Juli 1931 bis Februar 1932 aufzufinden. Dennoch soll anhand dieses beschränkten Materials und mit Hilfe der Berufszählungsergebnisse vom Juni 1933 versucht werden, den Umfang der Arbeitslosigkeit im Untersuchungsgebiet darzustellen und die Zusammensetzung des Erwerbslosenheeres zu hinterfragen, wobei mittels unterschiedlich akzentuierter Fragestellungen zugleich die beschränkte Aussagekraft isoliert stehender Arbeitslosenstatistiken aufgezeigt werden soll<sup>9</sup>.

Saisonale Fluktuationen bestimmten wie auch zu Zeiten relativer Vollbeschäftigung die Höhe der Arbeitslosenquote in den Jahren der ausgehenden Weimarer Republik. Erwartungsgemäß neigten dabei die Landbezirke, in denen sich vergleichsweise mehr witterungsabhängige Gewerbearten wie Torfwirtschaft oder Baustoffindustrien fanden, zu ausgeprägter Winterarbeitslosigkeit. Sie boten dagegen den oft aus bäuerlichem Milieu stammenden Arbeitslosen im Sommer die Möglichkeit zu kurzzeitiger Erntearbeit, so daß hier heftigere Kurvenausschläge als im Bereich der Stadt Rosenheim zu verzeichnen sind:

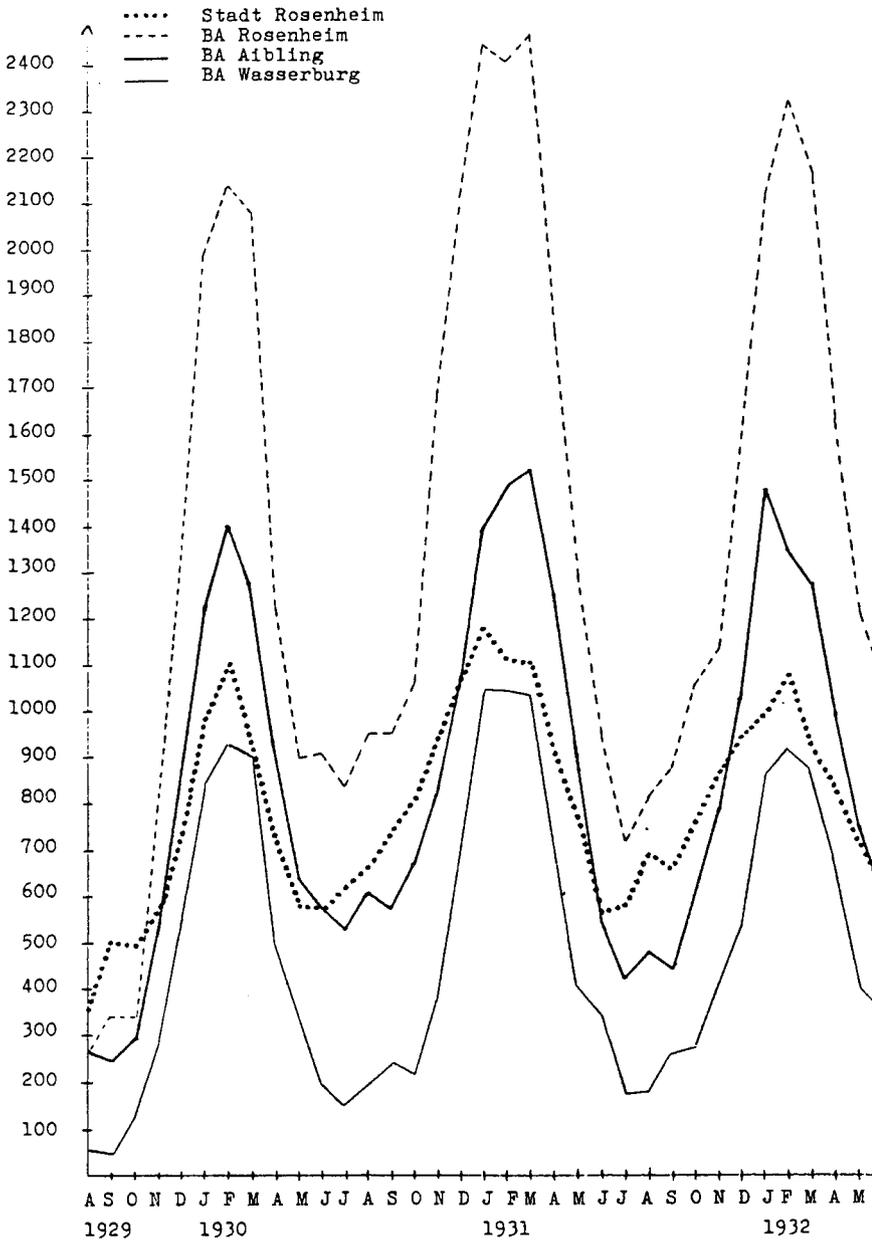
<sup>6</sup> Bayer. Volksbote 25. 4. 1931 (94), 6. 5. 1931 (104), 3. 9. 1932 (202), 5. 10. 1932 (229), 1. 12. 1932 (283).

<sup>7</sup> StALa Rep. 164/6, 5459.

<sup>8</sup> Bayer. Volksbote 5. 10. 1932 (229).

<sup>9</sup> Zur Einteilung der Erwerbslosengruppen sowie Kriterien ihrer statistischen Erfassung s. Hemmer, Arbeitslose, 27 ff.

Graphik 6: Hauptunterstützungsempfänger im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim  
(absolute Zahlen):<sup>10</sup>



<sup>10</sup> Grundlage: Halbmonatliche Arbeitsmarktstatistiken des Rosenheimer Anzeigers.

Diese jahreszeit- und witterungsbedingten Höhen und Tiefen der Beschäftigungsintensität lassen sich auch bei der Umrechnung der Hauptunterstützungsempfänger auf je 100 der Gesamtbevölkerung feststellen, wobei das Bezirksamt Wasserburg, der Teil des Arbeitsamtsbereichs mit der geringsten Gewerbedichte, die größten saisonalen Sprünge zu verzeichnen hatte:

Tab.93: Hauptunterstützungsempfänger im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim je 100 der Wohnbevölkerung (1925):<sup>11</sup>

	11.4.29	29.7.29	30.12.29	1.7.30	31.12.30	1.7.31	1.1.32	1.7.32
St. Rosenheim	4,6	1,9	4,6	3,3	6,3	3,5	5,3	3,1
BA Aibling	3,0	0,9	3,9	1,9	5,0	1,8	4,2	1,8
BA Rosenheim	3,5	0,4	3,8	1,7	4,9	1,7	4,0	1,9
BA Wasserburg	1,7	0,1	1,8	0,4	2,4	0,5	1,8	0,7
Bayern	2,8	1,3	2,4	2,1	3,4	2,8	4,2	3,1

Mit Dauer der Wirtschaftskrise stieg der Anteil langfristig Erwerbsloser, die nach einer bestimmten Zeit, zunächst 26 Wochen, der Fürsorge der Städte und Gemeinden als „Ausgesteuerte“ oder „Wohlfahrtserwerbslose“ anheimfielen, so daß diese mehr und mehr für ihre stellenlosen Bürger aufzukommen hatten. In Bayern verringerte sich infolge dieser Lastenumschichtung die Zahl der von „regulären“ Arbeitslosenunterstützungen lebenden Erwerbslosen von Januar 1931 bis zum selben Monat des Jahres 1933 um 63,1 %, was nur zum Teil durch die Ausweitung der Krisenunterstützung abgedeckt wurde. Städte und Gemeinden hatten nach diesen zwei Jahren die 3,2-fache Menge an Wohlfahrtserwerbslosen zu versorgen, obwohl die Summe der insgesamt Unterstützten nur um 3,2 % gestiegen war<sup>12</sup>.

Tab. 94: Unterstützte Erwerbslose und Kurzarbeiter in Bayern Januar 1931 bis 1933:<sup>13</sup>

ALU = in Arbeitslosenunterstützung  
 KRU = in Krisenunterstützung  
 UKA = unterstützte Kurzarbeiter  
 WEL = Wohlfahrtserwerbslose

	Jan. 1931	Juli 1931	Jan. 1932	Juli 1932	Jan. 1933
ALU	275002	108960	200185	66999	101475
KRU	74166	85773	151135	125869	136975
UKA	16387	15039	30929	24608	18406
WEL	56756	75479	120979	158147	179164
ges.	422311	285251	503228	375623	436020

Zusehends verschob sich auch im Untersuchungsgebiet das Verhältnis zu Ungunsten der örtlichen Fürsorgeträger und erreichte bereits Mitte 1931 hohe, allerdings starken Schwankungen ausgesetzte Werte:

<sup>11</sup> Errechnet aus ebd. u. BStB 110. I; 112, I; ZBStL 62 (1930),4; 63 (1931), 150; 64 (1932), 157; 65 (1933), 350. Die Prozentzahlen für Bayern beziehen sich bis einschließlich 1930 auf die Monatsmitte, danach auf den letzten Tag des Vormonats.

<sup>12</sup> Errechnet aus ZBStL 64 (1932), 157; 66 (1934), 364.

<sup>13</sup> Incl. Notstandsarbeiter der jeweiligen Gruppen. Errechnet aus ebd. u. 65 (1933), 350.

Tab. 95: Auf einen Hauptunterstützungsbezieher trafen Wohlfahrtserwerbslose:

	1. 7. 1931	1. 1. 1932	29. 2. 1932
St. Rosenheim	0,67	0,62	0,75
BA Aibling	0,84	0,41	0,43
BA Rosenheim	0,31	0,19	0,23
BA Wasserburg	0,32	0,11	0,10
Bayern	0,34	0,35	0,38

Die scheinbar im Winter 1932 rückläufigen Prozentsätze der Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber der Sommer-Vergleichszahl waren Resultat der Saisonarbeitslosigkeit der Wintermonate. Die Verwaltungsbezirke mit hohen Anteilen von im großgewerblichen Bereich beschäftigter Bevölkerung zeigten den höchsten Grad langfristiger Erwerbslosigkeit, insbesondere die Stadt Rosenheim, in der dieser Personenkreis, der bereits ein halbes Jahr und länger ohne Arbeit auskommen mußte, Ende Februar 1932 drei Viertel der von der Arbeitslosenversicherung Unterstützten betrug, während im Aiblinger Bezirk die kurzzeitig Erwerbslosen wieder deutlich an Gewicht gewonnen hatten.

Zur Beantwortung der Frage, welches Erwerbstätigensegment in den untersuchten Gebieten primär von der Arbeitslosigkeit betroffen war bzw. in welcher Region die Arbeitnehmer am härtesten mit dem Verlust der Arbeitsplätze zu kämpfen hatten, sollen einige Ausschließungen die Antwort einkreisen. Um Differenzen in der Erwerbsintensität der Bevölkerung auszuschalten, die bei dem Vergleich landwirtschaftlicher und industrieller Teilgebiete das Bild verunklären, seien zunächst die Erwerbslosenzahlen mit der Summe der 1925 als berufstätig gemeldeten Personen in Relation gesetzt:

Tab. 96: Hauptunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslose pro 100 Erwerbstätige (1925):<sup>15</sup>

	1. 7. 1931	1. 1. 1932	29. 2. 1932
St. Rosenheim	13,1	19,0	21,1
BA Aibling	6,1	10,7	12,8
BA Rosenheim	4,1	8,6	10,3
BA Wasserburg	1,3	3,7	4,8
Bayern	7,1	10,6	12,1

Immer noch zeigen sich signifikante Strukturunterschiede zwischen gewerblichen und agrarischen Zonen. Scheidet man unter den Prämissen, daß Wanderarbeiter, wie oben<sup>16</sup> gezeigt, im Untersuchungsgebiet nur eine verschwindend geringe Rolle spielten, und daß in der bayerischen Landwirtschaft lediglich niedrige Arbeitslosenquoten herrschten<sup>17</sup>, die Erwerbstätigen des Agrarsektors aus dem Vergleich aus, so ergibt sich ein völlig anderes Bild:

<sup>14</sup> Errechnet aus Rosenheimer Anzeiger 2. 7. 1931 (148); 2./3. 1. 1932 (1); 1. 3. 1932 (50); ZBStL 64 (1932), 157; 65 (1933), 350.

<sup>15</sup> Errechnet aus ebd. u. StDR 405, H. 28 u. 29. Die Erwerbsbevölkerung in der Berufstatistik 1925, StDR 405, setzt sich aus Erwerbstätigen und kurzfristig Arbeitslosen zusammen. Die Erwerbslosenzahlen für Bayern beziehen sich jeweils auf den letzten Montag.

<sup>16</sup> Vgl. o. S. 39.

<sup>17</sup> Am 16. 6. 1933 waren in der bayerischen Landwirtschaft nur 1,5 % aller Erwerbspersonen stellungslos. Vgl. dazu u. S. 135, Tab. 99.

Tab. 97: Hauptunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslose pro 100 außerlandwirtschaftlich Tätige (1925):<sup>18</sup>

	1. 7. 1931	1. 1. 1932	29. 2. 1932
St. Rosenheim	13,6	19,8	22,0
BA Aibling	11,9	20,8	25,0
BA Rosenheim	9,9	20,6	24,7
BA Wasserburg	4,2	12,1	16,0
Bayern	12,6	18,9	21,6

Die Arbeitslosenzahlen, bezogen auf die ehemals in Gewerbe, Handel, Verwaltung und anderen nichtagrarischen Berufsgruppen beschäftigten Personen, nähern sich nun an, im Winter 1931/32 übertrifft ihr prozentualer Anteil in den Bezirken Rosenheim und Aibling sogar ihren Wert in der Stadt Rosenheim. Entfernen wir aus der Tabelle noch unkündbare Personen wie Eigentümer und mithelfende Familienangehörige, um das prozentuale Gefälle lohnabhängiger Arbeitnehmer zwischen Groß- und Kleinbetrieben auszuschalten, erhalten wir folgendes Ergebnis:

Tab. 98: Hauptunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslose pro 100 außerlandwirtschaftliche Lohnempfänger (1925):<sup>19</sup>

	1. 7. 1931	1. 1. 1932	29. 2. 1932
St. Rosenheim	16,8	24,4	27,1
BA Aibling	14,5	25,4	30,5
BA Rosenheim	12,8	26,5	31,8
BA Wasserburg	6,1	17,9	23,7
Bayern	16,0	24,0	27,4

Dies läßt den Schluß zu, daß die an sich relativ kleine Zahl der Arbeitnehmer in Handwerk, Gewerbe und anderen außerlandwirtschaftlichen Berufssparten agrardominierter Gebiete wie dem Bezirksamt Wasserburg individuell kaum weniger vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht war als ihre Kollegen in den Wirtschaftszentren und Industrieinseln, was den leicht entstehenden Eindruck überproportionaler Arbeitsplatzsicherheit im Kleingewerbe einschränkend korrigiert. Auch nach den vorgenommenen Ausschließungen zeigt sich die weitreichende saisonale Schwankungsbreite des ländlichen Arbeitsmarkts: Im Vergleich zum 1. Juli des Vorjahres wies das Bezirksamt Wasserburg Ende Februar 1932 die 3,9 fache Arbeitslosenzahl auf, während sie in den teilindustrialisierten Bezirken Rosenheim (2,5) und Aibling (2,1) einen weit geringeren Ausschlag zeigte und in der Stadt Rosenheim nur 1,6mal über dem Sommerwert lag<sup>20</sup>.

Um zumindest annäherungsweise festzustellen, welche Erwerbstätigengruppe die Arbeitslosigkeit in den Jahren der Weltwirtschaftskrise am umfassendsten erreichte, ist die Berufszählung vom 16. Juni 1933 heranzuziehen, die zwar unter dem Vorzeichen wirtschaftlicher Erholung nicht mehr alle der in den Vorjahren

<sup>18</sup> Errechnet aus Rosenheimer Anzeiger 2. 7. 1931 (148), 2./3. 1. 1932 (1), 1. 3. 1932 (50); ZBStL 64 (1932), 157; 65 (1933), 350.

<sup>19</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>20</sup> Errechnet aus ebd.

Betroffenen erfaßt, aber doch deutlich die Zusammensetzung des Arbeitslosenheeres widerspiegelt.

In der Stadt Rosenheim, der einzigen Gemeinde des Untersuchungsgebiets, die das Aufschlüsselungslimit von mehr als 10000 Einwohnern erfüllte, lagen die Ergebnisse der gewerbespezifischen Auflistung nicht weit vom Landesdurchschnitt entfernt:

Tab. 99: Anteil der Erwerbslosen (= alle arbeitslosen, früher hauptberuflich erwerbstätigen Lohnempfänger, Selbständigen und arbeitssuchenden Schulabgänger) an den Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilungen in der Stadt Rosenheim und in Bayern, 16. 6. 1933:<sup>21</sup>

	Stadt Rosenheim	Bayern
Land- u. Forstwirtschaft, Gärtnerei	14,7 %	1,5 %
Industrie u. Handwerk	26,0 %	27,9 %
Handel u. Verkehr	8,3 %	11,5 %
Öffentl. Dienst, privates Dienstleistungsgewerbe	6,7 %	5,9 %
Häusliche Dienste	15,0 %	11,6 %

Aus dem Rahmen fiel hierbei nur die hohe Arbeitslosenrate im Landwirtschaftssektor, die sich vor allem aus Entlassungen in den Gärtnereibetrieben der Stadt erklärte, wogegen Industrie und Handwerk leicht, Handel und Verkehr sogar deutlich unterdurchschnittlich zu den Freisetzungen beigetragen hatten. Waren die vergleichsweise hohen Arbeitsplatzverluste im öffentlichen Dienst und Dienstleistungsgewerbe auf die Dichte dieser Berufsgruppen im Stadtgebiet zurückzuführen, so zeigte die Tatsache, daß eine überproportional große Zahl von Dienstmädchen ihre Anstellung verlor, daß die Wirtschaftskrise die finanzielle Potenz der reichlich vertretenen Ober- und Mittelschichten gefährlich untergraben hatte.

Der Berufszählungsbefund des Jahres 1933 gibt darüberhinaus in einer, allerdings nach Wirtschaftsabteilungen nicht geschiedenen Aufstellung Auskunft über die Erwerbslosenzahl aller bayerischen Bezirksämter, so daß erstmals sämtliche Teile des Untersuchungsgebiets in den Vergleich miteinbezogen werden können. Die Gemeinde Kolbermoor, die mehr als 5000 Köpfe umfaßte, ist zudem separat aufgeführt:

Tab. 100: Erwerbslose am 16. 6. 1933:<sup>22</sup>

	Personen	in % der Wohnbevölkerung	in % der Erwerbspersonen
St. Rosenheim	1 549	8,1	17,3
BA Aibling	1 484	5,2	9,9
davon:			
Kolbermoor	623	11,5	24,8
Rest-BA	861	3,7	6,9
BA Rosenheim	1 631	3,3	6,0
BA Wasserburg	831	2,1	3,8
BA Griesbach	906	2,7	4,5
Altbayern	197 854	6,2	11,8
Bayern	501 989	6,2	11,8

<sup>21</sup> Errechnet aus StDR 456, H. 28 u. 29.

<sup>22</sup> Errechnet aus ebd.

Erstmals sind hier Zahlen zur Erwerbslosigkeit im Bezirk Griesbach greifbar, die sich damit auf etwas höherem Level als im Bezirksamt Wasserburg präsentiert, während die Gemeinde Kolbermoor noch vor der Stadt Rosenheim den negativen Spitzenreiter bildet.

Für welche soziale Schicht war nun die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes am größten? Waren es von den Lohnabhängigen Arbeiter, Angestellte oder gar die Hausbediensteten, welche die meisten Arbeitslosen stellten?

Tab. 101: Von 100 Erwerbslosen am 16. 6. 1933 waren:<sup>23</sup>

	Arbeiter	Angestellte	Hausangestellte
St. Rosenheim	80,8	14,3	5,0
BA Aibling	87,1	7,9	4,9
davon:			
Kolbermoor	87,0	8,0	5,0
Rest-BA	87,2	7,9	4,9
BA Rosenheim	89,4	4,3	6,2
BA Wasserburg	85,1	8,5	6,4
BA Griesbach	91,9	2,9	5,2
Altbayern	81,4	14,4	4,2
Bayern	83,3	13,5	3,3

Arbeiter bildeten mit Abstand das Hauptkontingent der Erwerbslosen, wobei ihr Anteil mit Ausnahme der Gegenpole der Handels- und Verwaltungstadt Rosenheim mit hohem Angestelltenreservoir und dem Bezirksamt Griesbach, wo die Arbeiterschaft zahlenmäßig die übrigen Sozialschichten innerhalb der Lohnabhängigen weit übertraf, relativ geschlossen wirkt. Das ändert sich jedoch, überträgt man die Erwerbslosenzahlen auf die jeweils erwerbsfähigen Schichtangehörigen, also die hauptberuflich Arbeitenden und die Arbeitslosen nach der bisher ausgeübten Tätigkeit:

Tab. 102: Von 100 erwerbsfähigen Angehörigen folgender sozialer Gruppen waren am 16. 6. 1933 ohne Arbeit:<sup>24</sup>

	Arbeiter	Angestellte	Hausangestellte
St. Rosenheim	30,9	14,0	13,2
BA Aibling	19,5	17,0	11,8
davon:			
Kolbermoor	31,7	27,5	31,6
Rest-BA	15,3	13,2	9,4
BA Rosenheim	13,8	7,2	10,7
BA Wasserburg	10,7	8,2	11,0
BA Griesbach	11,7	6,4	10,6
Altbayern	25,9	18,1	12,4
Bayern	26,2	17,8	11,1

Die langanhaltend katastrophale Wirtschaftslage der Kolbermoorer Industriebetriebe wirkte sich somit auch auf Erwerbsgruppen aus, die nicht unmittelbar

<sup>23</sup> Errechnet aus ebd.

<sup>24</sup> Errechnet aus ebd.

wie die Arbeiterschaft vom Wohlergehen der Unternehmen abhängig waren. Die zahlenmäßig kleinen Grüppchen von Angestellten und Hauspersonal trafen im Umweg über Verwaltungseinsparungen in Gewerbe und öffentlichem Dienst, Kaufkraftschwund und sinkenden Lebensstandard die Arbeitsplatzverluste mit annähernd gleicher Wucht wie die Arbeiterschicht, die das Wirtschaftsleben der Gemeinde bestimmte. Unter den Arbeitern Rosenheims fand sich zwar eine ähnlich hohe Erwerbslosenrate, war die Lage von Industrie und Handwerk nicht wesentlich besser, doch verhinderte die vielschichtige Wirtschaftsstruktur der Stadt so weitreichende Auswirkungen auf Angestellte und relativ begüterte Personenkreise, die Arbeitgeber der häuslichen Dienstboten. Nicht zuletzt war ein erheblicher Teil der Angestellten in überregionalen Verwaltungsinstitutionen sowie bei den Staatsbetrieben Bahn und Post beschäftigt und hatte daher zwar mit Einkommenskürzungen rechnen, ohne aber akut um den Arbeitsplatz fürchten zu müssen. Dies bekamen auch die Hausangestellten zu spüren, die zwar im Vergleich zu den Landbezirken einen leicht erhöhten Prozentsatz der Erwerbslosen stellten, aber keineswegs derart drastischen Sparmaßnahmen ihrer Herrschaft wie im nahen Kolbermoor ausgesetzt waren.

Weitaus entspannter stellte sich die Situation in den restlichen Bezirksamtern dar. Dort lagen die Erwerbslosenanteile an den drei Gruppierungen auf niedrigerem Niveau, war es besonders den Angestellten gelungen, ihre Position beizubehalten, und auch die Arbeiterschaft konnte aufgrund der gutbeschäftigten landwirtschaftlichen Dienstboten und der sommerlichen Arbeitsmarktbelebung eine weit unter dem Landesschnitt liegende Beschäftigungsrate erzielen.

Gute berufliche Qualifikation und Spezialisierung sicherte in den Anfängen der krisenhaften Entwicklung den Arbeitsplatz, während ungelernete Kräfte am frühesten von Entlassungen bedroht waren. Sie waren die ersten, die von den Betrieben freigesetzt wurden, da die Firmenleitungen versuchten, vor allem ihr Fachpersonal, dessen Ausbildung ja eine gewisse Investition erfordert hatte, möglichst lange zu beschäftigen. Darüberhinaus waren Ungelernte vorwiegend im besonders witterungs- wie konjunkturabhängigen Baugewerbe mit seinen Unterabteilungen und Zulieferbetrieben beschäftigt. Unter den 88 langfristig Erwerbslosen, die Mitte Juni 1928, also noch zu einem Zeitpunkt relativ guter Arbeitsmarktlage im unmittelbaren Vorfeld der Krise und bei bester Saison für witterungsempfindliche Außenarbeiten, in Wohlfahrtsunterstützung der Stadt Rosenheim standen, waren je ein Zimmermann, Elektroinstallateur, Müller, Gärtner, Meißgehilfe, Hoteldiener, Maler und Schneider, zwei Schreiner, zwei Maurer und vier Schuhmacher. Der Rest, 72 Personen, waren Hilfsarbeiter<sup>25</sup>. Mit Beginn der Massenarbeitslosigkeit und Schließung ganzer Unternehmen gerieten jedoch auch die Arbeitsplätze der Facharbeiter und Angestellten in Gefahr.

### *Exkurs: Die Frau im Berufsleben*

Um die Jahrhundertwende und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik war der sektorale Übergang von „geschlechtstypischen“ Frauenberufen, etwa der

<sup>25</sup> Aufstellung des städt. Wohlfahrtsamts v. 13.6.1928, Stadtarchiv Rosenheim VI Qu 2/186. Vgl. Rosenheimer Anzeiger 8.3.1929 (57): Anfang März 1929 waren von 186 Ausgesteuerten in der Stadt Rosenheim 154 ungelernete Kräfte.

Arbeit im landwirtschaftlichen Betriebsverband als Familienmitglied oder Dienstbote oder als in den Haushalt der „Herrschaft“ integrierte Hausangestellte, zu einer erweiterten Palette von Erwerbsmöglichkeiten im Sekundär- und Tertiärbereich in vollem Gange, wobei es sich in erster Linie nicht um einen individuell- intersektoralen Umschichtungsprozeß der Einzelpersonen, sondern „eine ungleichgewichtige Ausdehnung des Beschäftigungssystems“ (Willms-Herget)<sup>26</sup> handelte. Neue Anstöße zu einer jetzt zunehmend außerhäuslichen Betätigung brachte die aufgeblähte Rüstungsindustrie im Rahmen der Kriegswirtschaft. Seit Erlaß des Hilfsdienstgesetzes im Dezember 1916 waren politische Führung und Unternehmen dazu übergegangen, Frauen in Rüstungsbetrieben, aber auch allgemein volkswirtschaftlich zu integrieren, um dadurch weitere Mannschaften für den Fronteinsatz aus der Nachschubproduktion abziehen zu können. Diese erweiterte Ausschöpfung des weiblichen Arbeitskräftepotentials führte dazu, daß viele Frauen, die sich vor dem Krieg im Haushalt betätigt hatten, auch nach Ende des kriegswirtschaftlich bedingten Arbeitseinsatzes in ihrem neuen außerhäuslichen Beruf verbleiben wollten oder auch aus wirtschaftlichen Gründen, wenn etwa der bisherige Ernährer der Familie gefallen war, diese Beschäftigung nicht mehr aufgeben konnten. Eine Erhebung der Kriegsamtstelle München vom Sommer 1918 ergab, daß von den erfaßten Arbeiterinnen der Rüstungsbetriebe 40,9% vorher im häuslichen Bereich gearbeitet hatten, aber nur 11,3% nach Kriegsende dorthin zurückkehren wollten<sup>27</sup>.

Auch in den Industriezentren des Untersuchungsgebiets hatten nicht nur die vorhandenen „typischen“ Rüstungsbetriebe, Sprengstoff-, Chemische und Textilindustrie, verstärkt Frauen während der letzten Kriegsjahre eingesetzt, doch war ihre Zahl nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches umgehend wieder abgeflacht, zu übermächtig war nach wie vor die Konkurrenz der ins Berufsleben zurückkehrenden Männer. Der Vergleich zeigt dennoch eine Realzunahme der weiblichen hauptberuflich Erwerbstätigen zwischen 1907 und 1925 in den Teilen des Untersuchungsgebiets, wo Arbeitsplätze des Sekundär- und Tertiärssektors zur Verfügung standen; in den agrarisch strukturierten Bezirksämtern Wasserburg und Griesbach stagnierte die absolute Zahl der in den Arbeitsprozeß eingebundenen Frauen auf hohem Niveau bzw. sackte sogar auffallend ab. Ihr relativer Beschäftigtenanteil blieb jedoch hinter dem Anwachsen der männlichen Berufstätigenziffer nach dem Krieg, dem Resultat des insgesamt erweiterten Arbeitskräfteangebots aufgrund der hohen Reproduktionsrate um die Jahrhundertwende<sup>28</sup>, zurück (Tab. 103).

Die geringste Einbindung weiblicher Arbeitskräfte in den Erwerbsprozeß wies die Stadt Rosenheim auf, die damit auf einer Linie mit den kleineren unmittelbaren Städten Oberbayerns lag (1925: Ingolstadt 20,3 %, Landsberg 24,3 %, Traunstein 27,8 %, Freising 29,5%), während in der Großstadt München

<sup>26</sup> Willms-Herget, Frauenarbeit, 127. Aus der Fülle der Veröffentlichungen zu dieser Thematik s. v. a. ebd., 13 ff.; dies., Frauenerwerbstätigkeit, 1 ff.; Müller/Willms/Handl, Strukturwandel (Sammelband); Knapp, Frauenarbeit 2, 88 ff. u. Tabellenanhang; für Bayern: Plössl, Weibliche Arbeit, 144 ff. Statistische Grundlagen: StDR 402, III, 423 ff.; Kempf, Deutsche Frau, 28 ff.

<sup>27</sup> Fabrikarbeiterinnen waren bereits vor dem Einsatz in der Rüstungsindustrie 11,6 %, wovon 43,4 % auch nach dem Krieg diesen Beruf ausüben wollten. BStB 92, 67.

<sup>28</sup> Vgl. StDR 402, III, 424 ff.

Tab. 103: Hauptberuflich erwerbstätige Frauen und ihr Anteil an der Gesamtzahl der hauptberuflich Erwerbstätigen (ohne „häusliche Dienste“ und „Berufslose“):<sup>29</sup>

	1907		1925	
Stadt Rosenheim	1 343	/ 24,7 %	1 785	/ 23,9 %
BA Aibling	5 099	/ 39,3 %	5 364	/ 37,2 %
BA Rosenheim	9 454	/ 41,2 %	9 511	/ 37,8 %
BA Wasserburg	8 694	/ 43,8 %	8 695	/ 40,9 %
BA Griesbach	8 613	/ 44,6 %	6 913	/ 38,4 %
Altbayern	528 217	/ 39,5 %	560 598	/ 36,3 %
Bayern	1 270 620	/ 39,0 %	1 416 512	/ 37,2 %

30,6 % der Arbeitsplätze von Frauen eingenommen wurden<sup>30</sup>. Damit befand sich Rosenheim in einem Zwischenstadium, nicht mehr verhaftet bäuerlich-handwerklichen Strukturen, welche die Mitarbeit aller Familienmitglieder im Betrieb erforderten, aber noch weit entfernt von der ebenfalls einen hohen Prozentsatz von Frauenerwerbstätigkeit mit sich bringenden, industriell-proletarisierten Großstadtarbeitswelt. Die Beamten- und Angestelltenkonzentration in Verwaltung und Staatsbetrieben tat ein übriges, die Frauenerwerbsrate niedrig zu halten, war doch gerade in dieser Bevölkerungsschicht außerhäusliche Tätigkeit der Ehefrauen, als nicht standesgemäß angesehen, höchst selten anzutreffen<sup>31</sup>.

Das Defizit gegenüber den Landbezirken verringerte sich jedoch, wenn man die normalerweise weiblichen Hausangestellten miteinbezieht, die bei der Berufszählung 1907 für die unteren Verwaltungsebenen als im Haushalt lebende Personen gerechnet wurden und deshalb in den Vergleich mit den auf geänderter Basis erstellten Werten des Jahres 1925 nicht miteinbezogen werden können. In den vielen Beamten-, Freiberufler- und Selbständigenhaushalten der Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelsstadt war es geradezu ein Statussymbol, ein Hausmädchen oder eine Köchin zu beschäftigen. Obwohl die Zahl der im Haushalt lebenden weiblichen Hausangestellten in Bayern seit der Vorkriegszählung 1907 sowohl absolut als relativ eine deutlich fallende Tendenz aufwies (1907: 113 456  $\cong$  8,7 % der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen, 1925: 111 171  $\cong$  7,1 %) <sup>32</sup>, wobei besonders die verheerenden Auswirkungen der Inflation auf weite Kreise der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten und die damit verbundene zwangsweise Einsparung der Haushaltshilfe als Hintergrund dieser Reduktion zu sehen sind, war 1925 noch immer jede vierte berufstätige Frau der Stadt dieser Gruppe zuzuordnen. Sie eingerechnet stieg der Frauengesamtanteil im Berufsleben Rosenheims auf 30,0 % an, während in den Bezirksämtern mit 5,6 (Wasserburg) bis 9,2 % (Aibling) Dienstmädchen unter den berufstätigen Frauen das Gesamtverhältnis dadurch keine wesentliche Änderung erfuhr<sup>33</sup>.

Weiblicher Erwerbsschwerpunkt war in den Bezirksämtern die Landwirtschaft, doch war in diesem Sektor der Höhepunkt der Frauenbeschäftigung

<sup>29</sup> Errechnet aus StDR 205; 209, H. 2; 405, H. 28–30. Da die Ergebnisse der Berufszählung 1933 für die unteren Verwaltungsebenen nicht veröffentlicht wurden, konnten sie, auch in den folgenden Tabellen, nicht eingearbeitet werden.

<sup>30</sup> Errechnet aus StDR 405, 29.

<sup>31</sup> Kempf, Dt. Frau, 56f.

<sup>32</sup> Errechnet aus StDR 205, H. 2; 405, H. 28.

<sup>33</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 29.

bereits überschritten. Mit Ausnahme Aiblings (leichter Anstieg um 4,8 %) stagnierte ihre absolute Zahl oder war, wie in den Bezirken Rosenheim und vor allem Griesbach, im Sinken begriffen. Allein im Amtsbereich Griesbach wandten binnen zwölf Jahren 1496 Frauen und damit ein Fünftel aller Bäuerinnen, mithelfenden weiblichen Familienangehörigen und Mägde der Landwirtschaft den Rücken. Eine exakte Zuordnung, welche innerbetriebliche Stellung die ausgeschiedenen Frauen innehatten, kann zwar aufgrund des Zahlenmaterials für 1907 nicht erfolgen – in der Reichsberufsstatistik fehlt die statusdifferenzierte, in der bayerischen Landwirtschaftsstatistik die geschlechtsbezogene Aufschlüsselung der Selbständigen und ihrer Angehörigen<sup>54</sup> – doch dürfte die Schuld an dieser überproportionalen Entwicklung bei der Konzentrationsbewegung innerhalb der Rottaler Landwirtschaft in diesem Zeitraum liegen<sup>55</sup>. Sie betraf ja, wie oben dargestellt<sup>56</sup>, besonders die kleineren Betriebsgrößen, die bevorzugt Frauen beschäftigten, während auf den mittel- und großbäuerlichen Höfen die Zahl der Knechte überwog<sup>57</sup>.

Im Industrie- und Handwerkssektor fanden sich „Frauenberufe“ häufig im Textilbereich, doch war auch in der Chemischen Industrie sowie den Torfstichen, Steinbrüchen und Ziegeleien des Untersuchungsgebiets Frauenarbeit an der Tagesordnung:

Tab. 104: Frauenarbeit in einigen signifikanten Industrie- und Gewerbegruppen (hauptberuflich weibliche Erwerbstätige/Anteil an den Gesamtbeschäftigten):<sup>58</sup>

		1907	1925
Torfgräberei:	BA Aibling	159 / 38,2 %	64 / 30,9 %
	BA Rosenheim	83 / 31,4 %	23 / 20,2 %
Steinbrüche:	BA Rosenheim	26 / 13,8 %	54 / 16,6 %
Ziegelei/Töpferei:	BA Aibling	101 / 32,7 %	95 / 31,2 %
	BA Rosenheim	88 / 34,1 %	15 / 15,3 %
	BA Wasserburg	31 / 26,7 %	44 / 19,9 %
	BA Griesbach	35 / 39,3 %	16 / 15,8 %
Textilindustrie:	BA Aibling	425 / 56,4 %	752 / 51,2 %
	davon:		
	– Spinnerei		
	Kolbermoor	344 / 57,6 %	526 / 53,3 %
– Wolldeckenfabrik			
Bruckmühl	70 / 54,7 %	211 / 46,0 %	
Chemische Industrie:	BA Aibling	15 / 12,9 %	15 / 8,1 %
	davon:		
	– Chemische Werke		
	Heufeld	12 / 15,4 %	
	BA Rosenheim	113 / 47,9 %	100 / 37,6 %
davon:			
– Zündwarenindustrie			
Hamberger	104 / 52,0 %	–	

<sup>54</sup> StDR 209, H. 2; BStB 81, III.

<sup>55</sup> Anhand des Zahlenmaterials der allerdings mit grundsätzlich anderen Fragestellungen erstellten bayerischen Landwirtschaftsstatistik, BStB 81, III u. 113, IV, läßt sich der überproportionale Rückgang der weiblichen Arbeitskräfte nicht nachvollziehen. Zwar sank die Zahl der insgesamt in der Landwirtschaft des Bezirks arbeitenden Personen leicht ab, die Mägdezahl erhöhte sich dagegen nach dieser Quelle um 5,7 %.

<sup>56</sup> Vgl. o. S. 57, Tab. 48.

<sup>57</sup> BStB 81, \*68; 113, \*80f.

<sup>58</sup> Errechnet aus StDR 205, H. 2; 209, H. 2; 405, H. 29; 417, H. 12a.

Der Vergleich zeigt mit Ausnahme der Belegschaften der Steinbrüche im Inntal durchwegs sinkende Frauenanteile bei den Beschäftigten der genannten Industriezweige, und auch die absoluten Arbeitnehmerinnenzahlen wiesen, abgesehen von der Textilindustrie, fast überall sinkende Tendenz auf. Verantwortlich dafür war meist die um sich greifende Mechanisierung des Betriebsablaufs, die Handlangerarbeiten überflüssig machte. Sie waren den an- oder ungelerten Arbeiterinnen am unteren Ende der Firmenhierarchie vorbehalten, die eine geschlechtsspezifisch-innerbetriebliche Arbeitsmarktsegregation von Aufstiegsmöglichkeiten weitgehend ausschloß. Diese Rationalisierung zeichnete sich deutlich am Beispiel der ohnehin rückläufigen Torfgewinnung ab: Wo früher ganze Familien im Akkord gearbeitet hatten, ersetzten nun nach und nach mechanische Förderhilfen einen Teil der mühevollen Handarbeit<sup>39</sup>. Gefährdet waren dadurch aber zuerst die Arbeitsplätze der Frauen, da die Bedienung der Maschinen den Männern vorbehalten blieb<sup>40</sup>.

Der Sektor Handel und Verkehr war ein weiterer Erwerbszweig, der vor dem Ersten Weltkrieg zu einem Großteil von Frauen ausgeübt wurde. Auch hier verloren sie jedoch in den folgenden Jahren zusehends an Boden gegenüber ihren männlichen Kollegen:

Tab. 105: Hauptberuflich erwerbstätige Frauen in Handel und Verkehr:<sup>41</sup>

	1907	1925
Stadt Rosenheim	598 $\hat{=}$ 28,9 %	633 $\hat{=}$ 24,7 %
BA Aibling	545 $\hat{=}$ 53,9 %	481 $\hat{=}$ 40,8 %
BA Rosenheim	849 $\hat{=}$ 51,5 %	901 $\hat{=}$ 41,2 %
BA Wasserburg	777 $\hat{=}$ 59,4 %	560 $\hat{=}$ 41,9 %
BA Griesbach	536 $\hat{=}$ 56,3 %	342 $\hat{=}$ 40,4 %
Altbayern	71 125 $\hat{=}$ 44,6 %	81 792 $\hat{=}$ 36,1 %
Bayern	145 900 $\hat{=}$ 40,7 %	168 539 $\hat{=}$ 33,7 %

Dominierten Frauen auch nach dem Krieg in einigen Untergruppen, etwa in Einzelhandelsberufen oder im Gastgewerbe- und Fremdenverkehrsbereich, so verschoben sich doch auch hier die Gewichtungen, bröckelten die absoluten Zahlen in den untersuchten Bezirken im Gegensatz zur Gesamtentwicklung sogar zum Teil drastisch ab. Am besten hielten sich die Handels- und Verkehrsbeschäftigten der Stadt Rosenheim, deren Gesamtanteil aufgrund der geringen Frauenbeschäftigung in den Staatsbetrieben – 1925 standen den 1245 männlichen Bahn- und Postbediensteten in der Stadt nur 25 Frauen gegenüber<sup>42</sup> – ohnehin auf ein geringes Niveau gedrückt war. Der Aufschwung des städtischen Handels ließ eine Ausweitung des beruflichen Engagements der Frauen zu und bot ihnen die in anderen Bereichen kaum zu verwirklichende Möglichkeit, eigen-

<sup>39</sup> Vgl. Ehrenreich, Nicklheim, 49 ff.

<sup>40</sup> Vgl. die innerbetriebliche Arbeitssituation in einer Gladbacher Spinnerei, die mit den Verhältnissen in der Baumwollspinnerei Kolbermoor vergleichbar ist, bei Knapp, Frauenarbeit 2, 400 ff.: Die „Arbeiteraristokratie“, z. B. Werkmeisterposten, war ausschließlich mit Männern besetzt. Vgl. auch Willms, Frauenerwerbstätigkeit, 169 ff.

<sup>41</sup> Errechnet aus StDR 205, H. 2; 209, H. 2; 405, H. 28–30.

<sup>42</sup> StDR 417, H. 12a.

verantwortlich ins Wirtschaftsleben einzugreifen: 26,3% der Rosenheimer selbständig Handelstreibenden waren im Jahr 1925 Frauen. Im Bezirksamt Aibling übertraf ihr Anteil mit 33,5% sogar den Durchschnittswert Altbayerns (27,3%), während im Rest des Untersuchungsgebiets Geschäftsbesitzerinnen und -pächterinnen mit zwischen 21,3% (BA Rosenheim) und 25,5% (BA Griesbach) vergleichsweise unterrepräsentiert waren<sup>43</sup>.

Auch innerhalb der statuellen Gliederung der im Handel beschäftigten Frauen zeigten sich differierende Schwerpunkte, die auf unterschiedliche Betriebsstrukturen hinwiesen:

Tab. 106: Von 100 Frauen im Handelsgewerbe waren 1925 (wichtigste Gruppen):<sup>44</sup>

	Selbständige	mithelfende Familien- angehörige	Angestellte
Stadt Rosenheim	27,6	13,7	52,6
BA Aibling	37,9	27,7	30,7
BA Rosenheim	21,9	29,2	47,5
BA Wasserburg	25,8	24,5	47,1
BA Griesbach	34,8	24,0	38,9
Altbayern	22,3	49,9	18,9
Bayern	23,3	44,8	23,8

Mithelfende weibliche Familienangehörige erwiesen sich in den Bezirksämtern als bedeutender Faktor des Arbeitsmarkts, traten aber in der Stadt Rosenheim wie auf überregionaler Ebene in den Hintergrund. Betriebsformen, die dem familiären Kleinhandel entwachsen waren, erforderten hier bereits die „moderne“ Handelsangestellte als größte der weiblichen Untergruppen.

In welchem Grad betraf nun die Arbeitslosigkeit der Krisenjahre die erwerbstätigen Frauen? Die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung der Berufszählungstatistik 1933 zeigt folgendes Ergebnis:

Tab. 107: Frauenerwerbslosigkeit (Stand: 16. 6. 1933):<sup>45</sup>

Frauenanteil in % an:

	Gesamtbevölkerung	Erwerbspersonen darunter:	hauptberufl. Erwerbstätige		Arbeitslose
Stadt Rosenheim	53,0	34,9	37,3	23,2	
BA Aibling	50,3	40,5	42,7	20,9	
davon:					
Kolbermoor	50,8	36,7	41,9	20,9	
Rest-BA	50,2	41,3	42,8	20,9	
BA Rosenheim	50,8	42,8	44,7	13,1	
BA Wasserburg	50,4	46,7	47,7	19,4	
BA Griesbach	51,1	44,5	45,9	14,0	
Altbayern	51,7	40,7	43,0	23,3	
Bayern	51,6	40,6	43,0	22,6	

<sup>43</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 29 u. 30.

<sup>44</sup> Errechnet aus StDR 405, H. 28–30.

<sup>45</sup> Errechnet aus StDR 456, H. 28 u. 29.

Gemessen an ihrer Beteiligung am Berufsleben war der Frauenanteil am Heer der Arbeitslosen gering. Das erklärt sich aus der oben dargestellten andersgelagerten Gewichtung weiblicher Arbeit innerhalb der einzelnen Sektoren und Berufsgruppen. In der Landwirtschaft, nach wie vor einer weiblichen Domäne, hielten sich die Arbeitsplatzverluste der Dienstboten in Grenzen. Als mit-helfende Familienangehörige mußten Frauen im bäuerlichen Betrieb oder Familienunternehmen sich ohnehin nicht um ihren Arbeitsplatz sorgen. Selbst die Praxis einiger Unternehmen, beispielsweise der Woldeckenfabrik Bruckmühl, bei anstehenden Betriebseinschränkungen zuerst verheirateten Frauen zu kündigen, deren Männer noch in Arbeit standen<sup>46</sup>, vermochte die insgesamt positive Arbeitsplatzbilanz der weiblichen Arbeitnehmer nicht wesentlich zu verschlechtern.

Ein Vergleich, aufgrund der beschränkten Datenlage im Untersuchungsgebiet nur für die Stadt Rosenheim möglich, unterstreicht die relative Krisenresistenz gewerblicher weiblicher Arbeitsplätze:

Tab. 108: Erwerbslosigkeit in der Stadt Rosenheim nach Berufsgruppen in geschlechts-spezifischer Trennung (16.6.1933):<sup>47</sup>

Frauen in % der ...

	Gesamtzahl der Erwerbspersonen	davon: der Arbeitslosen
Arbeiter	22,9	14,1
Angestellte	52,7	50,2

Vor allem die Arbeiterinnen waren damit unterproportional von Entlassungen gefährdet, wozu wohl beitrug, daß Frauen in den besonders krisenanfälligen Berufssparten wie dem Baugewerbe seltener anzutreffen waren, dafür aber vergleichsweise mehr Kurzarbeiter stellten<sup>48</sup>. Bei den Angestellten, besonders im Handelsbereich ein typischer Frauenberuf, lag ihre Arbeitslosenquote dagegen nur leicht unter ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen. Die relative Stabilität der Frauenarbeitsplätze insgesamt bewies jedoch, daß sich ihre Position im Arbeitsprozeß verfestigt hatte und keineswegs nur mehr dann erwünscht war, wenn ein Mangel an männlichen Berufstätigen ihren Einsatz erforderte.

### 3. Lohnverfall und Preisanpassung

Obwohl die Nominalverdienste der Arbeitnehmer von 1913 bis in die späten zwanziger Jahre einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht hatten, zeigte sich bei näherer Betrachtung, daß die konsumfähigen Teile der Einkommen, also die Bruttolöhne abzüglich der Grundlasten wie Steuern, Sozialabgaben und Mieten, im Vergleich zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten keineswegs mit der äußerlichen Verbesserung schrittgehalten hatten. Seit 1928/29 stagnierten nun die Löhne, die bislang im Sog des konjunkturellen Aufstiegs regelmäßig

<sup>46</sup> Neue Zeitung 2. 12. 1930 (267).

<sup>47</sup> Errechnet aus StDR 456, H. 28.

<sup>48</sup> Vgl. Woytinsky, Arbeitsmarkt, 72 ff.

angehoben worden waren, um schließlich ab 1930, spätestens aber nach den in der Notverordnung vom 8. 12. 1931 festgelegten Richtlinien eine gegenläufige Entwicklung einzuschlagen. Verschärfend wirkte sich für die Lohn- und Gehaltsempfänger aus, daß die Arbeitszeit in vielen Betrieben gekürzt wurde, um die Aufträge zu strecken und Entlassungen zu vermeiden, so daß jetzt nicht nur die Höhe des Stundenlohns, sondern auch die Zahl der bezahlten Stunden zurückgingen<sup>1</sup>.

Die Einbußen trafen gerade den Einkommensteil, der den Arbeitnehmern zum „täglichen Leben“ verblieb, da beispielsweise die Mietsenkungen nicht mit dem Reallohnverfall schritthielten, die entgeltbezogenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von zunächst 3 % zum 1. März 1930 auf 3,5 %, ab August 1930 auf 4,5 % und ab dem 6. Oktober 1930 gar auf 6,5 % des Bruttolohns emporschnellten<sup>2</sup>. Erhöhte Verbrauchssteuern, neueingeführte Kommunalabgaben und steigende Werkkosten für Wasser und Strom taten ein übriges, die frei verfügbaren Haushaltsmittel zu beschneiden.

Zeitgenössische Berechnungen von F. und K. Fuerth (1933), die den Einkommensschwund am Beispiel von Metallarbeitern beleuchten, unterstreichen die Tatsache, daß die Kürzungen an Lohn und Arbeitszeit die real zur Verfügung stehenden Mittel weit höher belasteten, als ein oberflächlicher Vergleich der Stundenlöhne zunächst vermuten läßt. Die zugrundegelegten Brutto- und Nettowochenverdienste berücksichtigen dabei auch den durchschnittlichen Ausfall an bezahlten Stunden, während das „konsumfähige Realeinkommen“ den Nettolohn, in Relation zum jeweiligen Lebenshaltungsindex gesetzt, für den hypothetischen Bewohner einer Altbauwohnung berechnet:

Tab. 109: Einkommensentwicklung von Metallarbeitern 1913–1932: Durchschnittswochenlöhne bzw. rechnerisch verfügbare Nettokaufkraft (in RM):<sup>3</sup>

- a) Bruttowochenlohn
- b) Nettowochenlohn
- c) konsumfähiges Realeinkommen

		1913	Okt. 1928	Okt. 1930	Mai 1931	Jan. 1932	Sept. 1932
Facharbeiter	a)	36,53	54,43	50,76	47,28	30,59	30,59
	b)	34,08	48,39	44,36	41,32	26,56	25,80
	c)	29,19	26,72	25,60	24,94	16,40	16,60
Angelernte	a)	30,81	47,47	44,26	41,24	25,99	25,99
	b)	28,76	42,44	38,90	36,25	22,95	22,56
	c)	24,63	23,45	22,47	21,91	14,13	14,52
Hilfsarbeiter	a)	27,04	42,26	39,69	36,98	21,13	21,13
	b)	25,67	38,48	34,89	32,51	18,83	18,51
	c)	22,05	21,32	20,46	19,96	11,58	11,91

<sup>1</sup> Zur Kostensenkungspolitik der Unternehmen durch Lohnabschläge und Kurzarbeit im Gegensatz zur Schmalenbach'schen Theorie der Fixkostenwirkungen vgl. Lindenlaub, Anpassung, 273 ff. Die Argumente für Lohnabbau und gegen starre Tariflöhne vertritt Hermens, Staat, 140 ff.

<sup>2</sup> Adamy/ Steffen, Arbeitsmarktpolitik, 279 ff.; Preller, Sozialpolitik, 418 ff.

<sup>3</sup> Fuerth, Lebenshaltung, 322 ff.

Bereits im Oktober 1928 lag damit die Kaufkraft, die nach Abzug von Steuern, Abgaben und Mieten verblieb, knapp unter dem Vorkriegsstand, während die Brutto- und Nettolöhne nominal erst im Zuge der Aufweichung des starren Tarifsystems und der Ausschöpfung der einseitigen Kürzungsmöglichkeiten, welche die Notverordnungen seit Herbst 1931 den Arbeitgebern gestatteten, sowie zunehmender Kurzarbeit unter das Niveau von 1913 rutschten. Trotz der aufgrund der Einführung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ab Juli 1932 weiter nachgebenden Nettolöhne erreichte der Realwert des Resteinkommens nach Abzug der Fixkosten schon zu Jahresbeginn 1932 seinen Tiefststand, um sich daraufhin leicht zu erholen. Der anhaltende Preisverfall bei gleichbleibenden Bruttoeinkommen wirkte sich endlich günstig für die Arbeitnehmer aus. Erst die Notverordnungen des 5. und 14. September gaben den Unternehmen erneut die Möglichkeit, eine weitere Lohnkürzungsrunde einzuläuten, wurden aber nur in geringem Umfang genutzt. Wesentliche Änderungen traten bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme nicht mehr in Erscheinung.

Neben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschlechterten Lohnkürzungen bei steigenden Grundbelastungen auch die Lage der Arbeitnehmer in unserem Untersuchungsgebiet. Bereits 1930 machte sich ein fühlbarer Verfall der Arbeitseinkommen bemerkbar, der aber Arbeiter und Angestellte nicht gleichmäßig betraf und sich auch regional durchaus unterschiedlich auswirkte:

Tab. 110: Rückgang der Arbeitseinkommen im 3. Vierteljahr 1930 gegenüber dem Vorjahreszeitraum:<sup>4</sup>

	Arbeiter	Angestellte
Oberbayern	über 8 %	0–2 %
Niederbayern	2–4 %	über 8 %

Zur Verdeutlichung des Auf und Ab der Bruttolöhne im Schlepptau der Konjunkturschwankungen sollen die Stundenvergütungen zweier Arbeitnehmer der in Altbayern bedeutenden Ziegeleiindustrie dienen. Anhand der für Jahrzehnte vollständig erhaltenen Lohnkartei der Ziegelei Meindl in Isen, des mit rund 200 Betriebsangehörigen größten Arbeitgebers im Bezirksamt Wasserburg, war es möglich, die konkret ausbezahlten Stundenlöhne von zwei Angehörigen der beiden wichtigsten Lohngruppen zu verfolgen:

Tab. 111: Stundenlöhne in der Ziegelei Meindl/Isen 1924–1933 (Jahresexrema in Pfg.):<sup>5</sup>

	Rosa G., Jg. 1905, Ziegeleiarbeiterin, ledig	Konrad H., Jg. 1886, Transportarbeiter, ledig
1924:	24–34	29–47
1925:	34–43	47–68–60
1926:	43–36	60–65
1927:	36–39	55–68
1928:	39–52	68–74
1929:	52–53	74–76
1930:	53	76
1931:	53–48	76–69
1932:	37	53
1933:	35	50

<sup>4</sup> Wochenberichte d. Inst. f. Konjunkturforschung 1930, H. 33, 131.

<sup>5</sup> Lohnkartei der Ziegelei Meindl, Firmenarchiv.

Bis 1933 fielen damit die Bruttozeitlöhne fast auf das Niveau des Jahres 1924 zurück. Hatten die Lohnerhöhungen bis in die endzwanziger Jahre die steigenden Lebenshaltungskosten noch aufgefangen, so entwickelte sich ab 1930 ein eklatantes Ungleichgewicht von Einkommens- und Preisreduktionen. Während, um bei unseren Ziegeleiarbeitern zu bleiben, der Stundenlohn der in der Trocknerei beschäftigten Arbeiterin von 1930 bis 1933 um 34,0 %, der ihres Kollegen um 34,4 % zurückging, wozu weitere Belastungen durch Arbeitszeitverkürzungen und höhere Abgaben traten, sanken die Reichsindexzahlen der Gesamtlebenshaltungskosten einschließlich der Wohnungsmiete im gleichen Zeitraum lediglich um 22,8 %<sup>6</sup>.

Mit Erbitterung nahmen die Lohnabhängigen den Verfall mühsam erkämpfter finanzieller Verbesserungen zur Kenntnis, doch bot sich vor dem Hintergrund von Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und damit eines ergiebigen Reservoirs von Personen, die in ihrer Not gezwungen waren, auch zu verminderten Tarifen zu arbeiten, für Arbeitnehmer und Gewerkschaften nur ein eng begrenzter Spielraum, um gegen die von der Regierung sanktionierte Unterminierung des Tarifrechts Widerstand zu leisten<sup>7</sup>. Das mußten auch die Kolbermoorer Spinnereiarbeiter erfahren, die sich zum Jahreswechsel 1930/31 mit der Absichtserklärung der südbayerischen Textilindustriellen konfrontiert sahen, die Löhne um 15 % zu kürzen<sup>8</sup>, was für die Belegschaft, die ohnehin wegen der bereits monatelang anhaltenden Kurzarbeit an der Grenze des Existenzminimums lebte, eine unerträgliche Mehrbelastung bedeutet hätte. Die Situation schildert das „Kolbermoorer Volksblatt“, das Organ der katholischen Vereine der Industriegemeinde, folgendermaßen:

„Was ein Textilarbeiter in der hiesigen Baumwollspinnerei verdient, sei hier in einigen Beispielen aufgezeigt: Der größte Teil der Belegschaft arbeitet nur drei Tage á 8 und 8 ½ Stunden. Die Höchstverdiener im Betrieb sind die Spinner, welche im Durchschnitt höchstens 85–87 Pfg. verdienen, das sind z. Zt. Verdienste pro Woche von 20.80 und 22.18 M. Davon die Abzüge für Invaliden- und Krankenversicherung 2.50–3.00 pro Woche, so daß ein Gesamtverdienst von 18 bis 19 M pro Woche herauskommt. Das ist für eine Familie von 4–5 Personen nicht einmal der Richtsatz der Armenunterstützung. Für die Tagelohnarbeiter ist das Verhältnis noch schlimmer. Diese erreichen einen Verdienst pro Woche von 16 M für 3 Tage Arbeitszeit, ohne Abzüge. Wie soll hier ein Mann eine Familie ernähren? Die Frauenlöhne sind natürlich noch viel schlechter. Es gehen Arbeiter und Arbeiterinnen mit sogar nur 8–10 M pro Woche Verdienst nach Hause. Und das Unerträgliche ist, daß an diesem Zahltag noch die Bürgersteuer in der Höhe von 3–4.50 M auf einmal zum Abzug kam. Und diese königlichen Verdienste sollen noch durch Lohnabbau gesenkt werden!“

Eine derart einschneidende Maßnahme werde nicht nur zur Verelendung der Arbeiter führen, sondern auch die von ihnen abhängigen kleinen Geschäftsleute ruinieren und die Finanzen der Gemeinde, die auf keine Steuerleistungen mehr hoffen dürfe, letztlich zusammenbrechen lassen<sup>9</sup>.

Trotz dieser bedrohlichen Lage warnten die tonangebenden Arbeitnehmerorganisationen der Kolbermoorer Spinnereibesetzten, der Deutsche Textilarbeiterverband im ADGB und der Christliche Textilarbeiterverband, dringend

<sup>6</sup> StJDR 53 (1934), VIII, 1.

<sup>7</sup> Zu Lohnkürzungen und Auflösung der Tarifautonomie durch die Brüning'sche Notverordnung v. 8. 12. 1931 am Beispiel des Baugewerbes s. Werner, Organisation, 161 f.

<sup>8</sup> Kolbermoorer Volksblatt 5./6. 1. 1931 (3).

<sup>9</sup> Kolbermoorer Volksblatt 31. 1./1. 2. 1931 (25).

vor einem Ausstand, den die Kommunisten auf Handzetteln propagierten. Sie kündigten dagegen an zu versuchen, die Kürzungen auf dem Verhandlungswege mit allen Mitteln zu umgehen<sup>10</sup>.

Ein Schiedsspruch für die südbayerische Textilindustrie am 3. 3. 1931 brachte jedoch nur ein unbefriedigendes Resultat. Den Arbeitgebern gelang es, bis zu 8% Lohnreduzierungen durchzusetzen. Ein hilfloser Protest der Kolbermoorer Textilarbeiterverbände gegen die „Ungerechtigkeit und Härte“ der Tarifsenkung war das einzige, was ihr die Arbeiterschaft entgegensetzen konnte<sup>11</sup>.

Die Verdienstmöglichkeiten, die den noch in Arbeit stehenden Spinnereiarbeitern jetzt geboten waren, unterschieden sich nur unwesentlich von denen ihrer arbeitslosen Kollegen:

„So verdient z. B. ein Hilfsarbeiter in der Baumwollspinnerei, der Frau und 2 Kinder zu ernähren hat, bei 4 Tage Arbeit pro Woche =  $34 \times 59,5$  Pfg. = 20,25 M Bruttoverdienst, davon kommen 2,92 M Sozialbeiträge in Abzug, so daß ihm noch 18 Mark verbleiben, wovon 4 Personen leben müssen.“

Das entsprach knapp dem ebenfalls gesenkten Richtsatz der allgemeinen Fürsorge. Akkordarbeiter konnten bestenfalls einen 10–20% höheren Lohn erzielen; jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter kamen bei der herrschenden Kurzarbeit selbst im Akkord nur auf ganze 8–10 RM pro Woche<sup>12</sup>.

Damit war der Tiefpunkt jedoch noch nicht erreicht. Als sich im Spätherbst 1931 eine neue Lohnsenkungsrunde anbahnte, lehnte eine Belegschaftsversammlung am 12. November alle derartigen Pläne entrüstet ab und verwies auf den gestiegenen Leistungsdruck, der die Arbeiter, die ständig in Angst um ihren Arbeitsplatz lebten, zermürbe:

„Was diese Absichten der Arbeitgeber besonders verwerflich macht, ist die Tatsache, daß bis jetzt durch größere Antreiberei im Betriebe aus der Arbeiterschaft trotz verminderter Löhne die allerhöchsten Leistungen herausgeschunden wurden. Nicht genug damit, werden mit allen möglichen Kniffen von Seiten der Beauftragten der Firma, die durch unmenschliche Antreiberei erzielten Mehrverdienste den ausgemergelten Arbeitern abgezogen. Die Gesamtarbeiterschaft ist sich einig im Abscheu solcher Absichten und gelobt alles zu tun, um jede Verschlechterung der Lohnverhältnisse zu bekämpfen.“<sup>13</sup>

Eine neuerliche, erregte Protestversammlung am 15. 11. 1931 schloß sich an<sup>14</sup> und es schien, als würden sich die Spinnereiarbeiter diesmal nicht mehr so leicht in ihr Schicksal fügen.

Der Arbeitgeberverband der angeschlagenen Textilindustrie Südbayerns war sich jedoch seiner besseren Verhandlungsposition bewußt. Um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, von einer Lohnkürzung keineswegs Abstand zu nehmen, wurde sämtlichen 23 000 Arbeitnehmern der zusammengeschlossenen Unternehmen am 21. 11. 1931 die Kündigung ausgesprochen und bekanntgegeben, es werde nur derjenige weiterbeschäftigt, der die Lohnkürzungen, beim Akkordlohn bis zu 16%, akzeptiere. Die Normalstundenlöhne sollten je nach Alter für Männer 20–50 Pfg., für Frauen 19–37 Pfg. betragen. Ein

<sup>10</sup> Kolbermoorer Volksblatt 15./16. 1. 1931 (11).

<sup>11</sup> Kolbermoorer Volksblatt 10./11. 3. 1931 (57); 11./12. 3. 1931 (58).

<sup>12</sup> Kolbermoorer Volksblatt 25./26. 8. 1931 (193).

<sup>13</sup> Kolbermoorer Volksblatt 13./14. 11. 1931 (262).

<sup>14</sup> Kolbermoorer Volksblatt 16./17. 11. 1931 (264).

Anschlag der Kolbermoorer Firmenleitung unterstrich die Vorstellungen der Arbeitgeber:

„Wir nehmen an, daß die Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zu Löhnen, die den Fortbestand des Betriebes gestatten, von unserer Belegschaft dem Zustand der Arbeitslosigkeit vorgezogen wird.“<sup>15</sup>

Dabei konnte sich die Industrie auf die Rückendeckung der Bayerischen Staatsregierung verlassen, hatte doch Ministerpräsident Held am 9. 10. 1931 in einem Brief an Reichskanzler Brüning unmißverständlich gefordert, es sei unumgänglich, das Tarifgefüge aufzulockern und den Betrieben die Möglichkeit zu eröffnen, je nach lokaler Situation das Arbeitsentgelt zu senken<sup>16</sup>. Der geplante Lohnabbau sollte, konkret auf die Kolbermoorer Verhältnisse bezogen, bei einem Zeitlohnarbeiter 9,5 Pfg. pro Stunde, einem Selfaktorspinner 11,5–13 Pfg., einem Handwerker 11–13 Pfg. und einer Trosslerin und Fleyerin 8,4–9 Pfg. betragen, was bei Normalarbeit einem wöchentlichen Verlust von 4 bis 6,50 RM entsprach<sup>17</sup>.

Selbst der ansonsten eher zurückhaltende Christliche Textilarbeiterverband konnte sich einer geharnischten Stellungnahme gegen das „brutale Vorgehen“ der Industrie nicht enthalten:

„Es sollen die Tarifverträge zerschlagen, die Regierung gestürzt und die Reaktion in den Sattel gehoben werden. Die Arbeiter haben Ketten und Hungerpeitsche verdient, wenn sie nicht alle Kraft aufwenden zur Abwehr.“<sup>18</sup>

Auch bei einer Protestversammlung am 21. 11. in Kolbermoor ließ der aus Augsburg angereiste Verbandssekretär der Christlichen Textiler, Rothörl, keinen Zweifel daran, daß die Lohnsenkungen nach Meinung der Gewerkschaft nicht allein aus Gründen der angespannten Wirtschaftslage durchgepeitscht würden. Vielmehr solle „auch ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden, um sie für die reaktionären Pläne der Unternehmer und ihrer Schützlinge der nationalen Opposition mürrbe zu machen“<sup>19</sup>.

<sup>15</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 11. 1931 (269).

<sup>16</sup> Held beschwerte sich beim Reichskanzler, daß die Länder bei der Beratung der Notverordnung nicht beigezogen worden seien. Zur Ankurbelung der Wirtschaft schlug er vor, „die bestehenden Lohnbindungen weitgehend aufzulockern und den freien Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder mehr Spielraum zu geben ... Überdies müßte die Möglichkeit geschaffen werden, in einzelnen Betrieben je nach der Sachlage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft auch besondere Tarife zu vereinbaren.

Ich hege keinen Zweifel, daß weiteste Kreise der Arbeiterschaft es vorziehen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten als das Los dauernder Arbeitslosigkeit ferner zu tragen oder von diesem Schreckgespenst dauernd bedroht zu sein, besonders wenn sie damit rechnen müssen, daß die Unterstützungsbeiträge eines Tages überhaupt nicht mehr gezahlt werden können. Rücksichten auf Parteien oder Interessentengruppen darf es in dieser Frage nicht mehr geben. Der Zusammenschluß der Arbeiterschaft ist m. E. immer noch stark genug, sie vor Ausbeutung zu bewahren und nach dieser Richtung würde auch ein staatliches Eingreifen immerhin vorzubehalten sein.“

Abtschrift („Original nicht aufzufinden“), BayHStA MWi 5637. Vgl. die sehr kurz gehaltene Antwort Brünings v. 23. 10. 1931 mit der Vertröstung auf die Behandlung der bayerischen Vorschläge im Wirtschaftsbeirat, ebd.

<sup>17</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 11. 1931 (269).

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Kolbermoorer Volksblatt 22./23. 11. 1931 (270).

Doch auch diesmal ließen es die Gewerkschaften bei verbalen Protesten bewenden. Ihre Kolbermoorer Ortsverbände riefen die Spinnereiarbeiter auf, über den von den Unternehmern gesetzten Stichtag hinaus, den 6. Dezember, weiterzuarbeiten und damit die Vorstellungen der Arbeitgeberseite zu akzeptieren. Sie verwiesen aber auf Schlichtungsverhandlungen, welche die Lohnsenkungen abschwächen könnten<sup>20</sup>. Nach dem Schiedsspruch der Schlichter trat die bisherige Lohn tafel zwar insgesamt wieder in Kraft, doch verringerte sich der Zeitlohnzuschlag in der Veredelungsindustrie von 6,5 auf 4 Pfg., während die Kürzung der übrigen Stundenlöhne 8 %, die der Akkordlöhne 4 % betrug<sup>21</sup>.

Hatten die Arbeitnehmer vielleicht gehofft, mit ihrem Lohnopfer werde sich die wirtschaftliche Lage der Kolbermoorer Spinnerei im beiderseitigen Interesse konsolidieren, so sahen sie sich bald getäuscht. Als Anfang Mai 1932 Gerüchte um eine erneute Entlassungswelle Schrecken unter der Bevölkerung des Industrieorts verbreiteten, gelang es zwar dem Betriebsrat, in Verhandlungen mit der Direktion die geplante Freisetzung von 50 Arbeitskräften zu verhindern. Der Preis dafür war aber eine weitere Kürzung der Arbeitszeit, die nun nach drei auf zwei Wochentage festgelegt wurde. Kinderreiche und Alleinverdiener mit Familie waren jetzt gezwungen, Fürsorgemittel in Anspruch zu nehmen. In einer stürmisch verlaufenden Aufklärungsversammlung beider Textilverbände prallten in der Diskussion die konträren Ansichten zu der Frage hart aufeinander, wie weit die Konzessionsbereitschaft im Bemühen, die Arbeitsplätze zu erhalten, noch gehen könne, doch billigte in der Abstimmung die Mehrheit der Anwesenden das Vorgehen der Betriebsvertreter<sup>22</sup>. Gegenüber dem Druckmittel des Arbeitsplatzverlustes, selbst wenn es sich um eine Stellung handelte, die kaum mehr als den Fürsorgesatz einbrachte, erwiesen sich die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften endgültig als nicht gewachsen.

Neben dem Kaufkraftschwund durch die Lohnkürzungen in der freien Wirtschaft, die sich vor allem in den Industrieinseln negativ auf das gesamte Wirtschaftsleben auswirkten, waren es in der Stadt Rosenheim mit ihrer weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Konzentration von Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Gehaltskürzungen durch Reich, Land und Kommune, die einen drastischen Konsumrückgang bewirkten. Besonders einschneidend waren auch hier die Einbußen des Jahres 1931: Für einen Beamten mit einem Nominaljahresgehalt von 3600 RM, um eine der häufigsten Besoldungsgruppen herauszugreifen, ergab sich nach den jeweils sechszehnten Abschlägen zum 1.2. und 1.7.1931 sowie einer durchschnittlichen Kinderzulagensenkung von 31 1/3 % ein Gesamtverlust von 15 1/3 % und damit eine jährliche Kaufkraftminderung von 552 RM. Nach einer Berechnung Rosenheimer Beamtenkreise bedeutete das allein im Stadtgebiet eine monatliche Schmälerung der Gesamtkaufkraft von 60000 RM<sup>23</sup>.

<sup>20</sup> Kolbermoorer Volksblatt 4./5. 12. 1931 (280).

<sup>21</sup> Kolbermoorer Volksblatt 5./6. 12. 1931 (281).

<sup>22</sup> Kolbermoorer Volksblatt 9./10. 5. 1932 (105).

<sup>23</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 26./27. 6. 1931 (144). Die Resolution einer Protestversammlung des Rosenheimer Bezirksverbandes des Deutschen und Bayerischen Beamtenbundes am 7. 5. 1931 stellte fest, „die Gehälter der unteren Beamten“ lägen „größenteils bereits unter dem Existenzminimum und teilweise den höchsten Sätzen der Arbeitslosenunterstützung schon nahe“, was „einen auf lange Dauer unerträglichen Hungerlohn darstelle <...>“. Rosenheimer Anzeiger 8. 5. 1931 (105).

War den Beamten wenigstens für ihr Gehaltsoffer ein sicherer Arbeitsplatz garantiert, so wirkten sich die Lohnsenkungen verheerend auf die Arbeiter der in Rosenheim konzentrierten Staatsbetriebe Reichsbahn und -post aus, die überdies im Zuge von Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen um ihre Weiterbeschäftigung fürchten mußten<sup>24</sup>. Die Arbeitnehmer der halbstaatlichen Saline waren davon nicht weniger betroffen. Die Lohnabrechnung eines Rosenheimer Salinarbeiters vom Oktober 1932, der eine siebenköpfige Familie zu ernähren hatte, zeigt, wie selbst vergleichsweise noch gute Bruttoverdienste unter der Last der Versicherungsbeiträge, Abgaben und Fixkosten zusammenschmolzen:

Tab. 112: Lohnabrechnung eines Rosenheimer Salinarbeiters, Oktober 1932:<sup>25</sup>

Verdienst:	208 Std. á 59 Pfg.	122,72 RM
	Prämie	3,86 RM
	Kinderzulage	<u>7,00 RM</u>
	gesamt	133,58 RM
Abzüge:	Pensionskasse, Invaliden-, Arbeitslosenvers.- u. Krankenkassenbeitrag	20,34 RM
	Wohlfahrtsabgabe	5,28 RM
	Arbeitsbeihilfe	3,25 RM
	Werkwohnung:	
	Miete	22,00 RM
	Licht	3,15 RM
	Gasbenützungsg Gebühr	<u>0,67 RM</u>
	gesamt	54,69 RM
Auszahlung nach Abzügen:		78,89 RM

Ein Rosenheimer „Staatsarbeiter“ beklagte daher in einem Leserbrief seine prekäre finanzielle Lage nach den fünfzehnprozentigen Gehaltsabschlägen zum Jahresbeginn 1932 und formulierte gleichzeitig den Wunsch nach umfangreichen Preissenkungen bei Waren des täglichen Bedarfs, eine Forderung, die bei jeder Lohnkürzung neue Nahrung erhielt:

<sup>24</sup> Vgl. die Stellungnahme der Ortsgruppe Rosenheim des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands: „Auch die Deutsche Reichsbahngesellschaft beteiligt sich an dem Lohnabzug der Unternehmer. Sie hat den Reichsbahntarifvertrag, soweit die Lohnparagrafen in Frage kommen, zum 31. März 1931 gekündigt. Nicht nur der Grundlohn soll um 10% gekürzt werden, sondern auch die Sozialzulagen will man beschneiden und dazu die Schichtlöhne noch besonders abbauen...“

Seit November vorigen Jahres sind für die Arbeiter der Werkstätten und Bahnunterhaltung monatlich 3 oder 4 Feierschichten eingelegt. Diese Arbeiter haben schon dadurch einen ganz gewaltigen Lohnausfall... Seit 4 Monaten leiden diese unsägliche Not und sind verelendet. Der Verdienst ist in vielen Fällen kaum höher als die Arbeitslosenunterstützung. Und von diesen ausgehungerten Arbeitern verlangt man mehr Arbeit wie sonst, weil man trotz Feierschichten doch den Fuhrpark und die Betriebsfähigkeit der Anlagen erhalten muß...“ Die Reichsbahnarbeiter „haben die Verkürzung der Arbeitszeit von 51 und 54 Stunden auf 48 Stunden wöchentlich ohne Lohnausgleich mit Rücksicht auf die Lage der Reichsbahn hingenommen. Sie waren der Meinung, daß dadurch wieder mehr Arbeiter aufgenommen werden... Eingestellt wurde aber kein Mann...“ Rosenheimer Anzeiger 12. 3. 1931 (59).

<sup>25</sup> Mitteilungsblatt 10. 11. 1932 (45).

„Wir müssen jetzt wöchentlich mit 15 bis 20 Mark mit Familie leben. Da kostet nun z. B. schon längst in Kolbermoor die Milch beim Händler 19 Pfg., dagegen bei uns 24 Pfg. Ebenso müssen die Preise für Brot, Mehl usw. herunter ... Was hilft uns, wenn die Preise für Autos, Radios usw. stark gesenkt werden! Noch eine Anfrage: Was soll mit den vorhandenen Schulden geschehen, warum werden dieselben nicht mit dem Lohnabbau gesenkt, oder soll man jetzt mit 15 RM das gleiche leisten können, wie früher mit 25 bis 40 Mark Lohn? ... Es soll einmal einer versuchen, mit 15–20 Mark Wochenlohn zu leben. Die Kinder brauchen das Notwendigste; an uns Erwachsene dürfen wir sowieso nicht mehr denken.“<sup>26</sup>

Die Forderung der Verbraucher nach umfassenden Preissenkungen, nicht zuletzt von der Reichsregierung in Aussicht gestellt, war bereits Ende 1930 mit den ersten Lohn- und Gehaltskürzungen aufgetaucht, doch wehrte sich der Einzelhandel als Endverteiler vehement dagegen, Preisreduzierungen, die nicht von fallenden Markt- oder Großhandelsnotierungen vorgezeichnet waren, durchzuführen und damit die eigene Handelsspanne zu schmälern. Versuchten auf Reichs- und Länderebene Preiskommissariate und Überwachungsstellen auf eine Anpassung der Verbraucherpreise an die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung hinzuwirken, so waren es in Städten und Gemeinden Verhandlungen zwischen Händlern und Abnehmern auf freiwilliger Basis, die auf Verbilligungen hinzielten. Sie beschäftigten viele Gemeinde- und Stadträte, Verbraucher-, Handels- und Innungsverbände, ohne jedoch überall durchgreifende Erleichterungen für die Konsumenten zu erreichen.

Eher die Ausnahme als die Regel waren erfolgreiche Preisabbauverhandlungen, wie sie im November 1930 im Markt Haag (BA Wasserburg) stattfanden. Auf Betreiben Bürgermeister Jägers fanden sich die Metzger des Ortes bereit, den Fleischpreis je Pfund um 5 Pfennige herabzusetzen, wozu allerdings die Schlachtsteuer von 3 Pfg. neu hinzugerechnet werden mußte. Auch die Bäcker, die sich anfangs gesträubt hatten, an den Gesprächen teilzunehmen, willigten nach Intervention des Wasserburger Innungsobersmeisters Köck, eines BVP-Parteifreunds Jägers, in einen rund zehnprozentigen Preisnachlaß ein. Um denselben Prozentsatz fiel der Milchpreis, wobei dem Bürgermeister zugute kam, daß er als Besitzer der örtlichen Molkerei und damit Marktführer selbst die Preisgestaltung bestimmen konnte<sup>27</sup>.

In Haag war der verbraucherfreundliche Kurs dem persönlichen Einfluß und Engagement des Gemeindevorstands zu danken. In der Mehrzahl der übrigen Gemeinden und Städte zeigte sich aber, daß die Einwirkungsmöglichkeit der lokalen Volksvertreter zu gering war, die Preisgestaltung nachhaltig zu beeinflussen. Vielfach fehlte auch einfach der Wille, eine freiwillige Annäherung von Lebenshaltungskosten und verminderter Kaufkraft durchzusetzen, da meist die Mehrheit der Abgeordneten in den Gemeinde- und Stadträten selbst Handel und Handwerk angehörte. Symptomatisch für die geringe Konzessionsbereitschaft des Handels, der wohl nicht zu Unrecht befürchtete, die Belebung des Geschäfts bei niedrigeren Preisen könne eine beschnittene Verdienstspanne nicht aufwiegen, waren die Verhandlungen der „Preisbeobachtungsstelle“, die der Rosenheimer Stadtrat am 14. 1. 1931 auf Drängen der Verbraucher und mit Unterstützung des Bürgermeisters ins Leben rief. Bürgermeister Dr. Knorr formulierte als Ziel der Initiative, man müsse „es der Arbeiterschaft, der Beamtschaft und

<sup>26</sup> Rosenheimer Anzeiger 5. 1. 1932 (3).

<sup>27</sup> Haager Bote 18. 11. 1930 (133); 27. 11. 1930 (137).

den Notleidenden vor Augen führen, daß sie in Zeiten der schweren Depression und des Lohn- und Gehaltsabbaus auch den vielversprochenen Preisabbau erwarten“ dürften<sup>28</sup>. Zu Mitgliedern des Gremiums ernannte der Stadtrat Vertreter des Verbraucherverbandes, des ADGB und der Christlichen Gewerkschaften und die Vorsitzenden des Kaufmännischen- und Gewerbevereins, sowie der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Einzelhändler von Rosenheim und Umgebung“ (ASERU)<sup>29</sup>.

Schon die erste Zusammenkunft am 30. 1. 1931, die sich mit den Fleischpreisen beschäftigte, zeigte die begrenzten Erfolgsaussichten der Unterredungen. Die Forderung der Verbrauchervertreter, die Fleischpreise, wie in anderen Städten bereits geschehen, einheitlich zu senken und die Bitte an die Metzger, dazu beispielsweise die Schlachtsteuer selbst zu tragen, anstatt sie an die Käufer weiterzugeben, stieß auf die grundsätzliche Ablehnung der Metzgerinnung. Ihr Vorsitzender betonte, Preisabschläge oder die Übernahme der neuen Verbrauchssteuer, die sich in Rosenheim auf jährlich 50 000 RM belaufe, seien generell unmöglich. Die Drohung der Gewerkschaftsseite, gegebenenfalls eine eigene Billigmetzgerei zu eröffnen, verhärtete die Fronten. Um wenigstens ein greifbares Ergebnis vorweisen zu können, kamen die Verhandlungsführer überein, in allen Metzgereien einheitliche Preistafeln anzubringen, um den Käufern Preisvergleiche zu erleichtern<sup>30</sup>.

Nach diesem Mißerfolg für die Verbraucher war abzusehen, daß auch die folgenden Sitzungen der Preissenkungscommission wenig Aussicht auf positive Ergebnisse hatten. Erst auf hartnäckiges Drängen des Verbraucherausschusses trat Ende März das Gremium erneut zusammen. Die zum Teil erregte Debatte um Milch- und Brotpreise verlief im Sande, da sich die Vertreter von Handel und Handwerk außerstande erklärten, Nachlassen, und sei es nur um einen Pfennig, zuzustimmen<sup>31</sup>. Die Hoffnungen, welche die von den Lohnsenkungen betroffenen Arbeitnehmer auf die Kompensation ihrer Einbußen durch sinkende Lebenshaltungskosten gesetzt hatten, waren damit zumindest auf lokaler Ebene zerronnen. Erst die regulierenden Kräfte des Marktes, fallende Rohstoffpreise und wachsender Konkurrenzdruck, bewirkten im Verlauf des Jahres 1931 einen stetigen, allerdings zeitlich hinter den Einkommensminderungen der Unselbständigen hinterdreinhinkenden Preisverfall.

Auch die staatlich dirigierte Preissenkungsaktion von November 1931 bis März 1932 brachte, obwohl von den ausführenden Organen als erfolgreich angesehen, keineswegs die erwünschte Angleichung von Lohn- und Preisbewegung, sondern lediglich eine Annäherung: Während in Bayern die Löhne und Gehälter als Folge der Notverordnung vom 8. 12. 1931 in diesem Zeitraum durchschnittlich um 9–10 % gekürzt wurden, verbilligte sich die Lebenshaltung nur um 8 %<sup>32</sup>. Noch geringer waren die Preisnachlässe in der Stadt Rosenheim, die als

<sup>28</sup> Stadtratssitzung v. 14. 1. 1931, Rosenheimer Anzeiger 15. 1. 1931 (11).

<sup>29</sup> Rosenheimer Anzeiger 24./25. 1. 1931 (19).

<sup>30</sup> Rosenheimer Anzeiger 31. 1./1. 2. 1931 (25).

<sup>31</sup> Verbraucherausschuß an Stadtrat Rosenheim 2. 3. 1931, StA Rosenheim VI, H 1/48; Rosenheimer Anzeiger 24. 3. 1931 (68).

<sup>32</sup> ZBStL 68 (1936), 284. Zu den bayerischen Ergebnissen der Preissenkungsaktion s. ebd. 64 (1932), 161 ff. Vgl. den detailliert ausgefüllten Fragebogen zu den „häufigsten Kleinhandelspreisen“ in Geschäften, „bei denen vorzugsweise kleinbürgerliche und Arbeiterfamilien ihren Bedarf decken“, StA Rosenheim VI, H 1/48.

einzigste Gemeinde des Untersuchungsgebiets in einem detaillierten Vergleich des Bayerischen Statistischen Landesamts erscheint. Vom 14.11.1931 bis zum 10.2.1932 waren innerhalb der erfaßten Produktpalette von 35 Artikeln des täglichen Bedarfs, Lebensmitteln, Brennstoffen und Reinigungsmitteln, nur bei 16 die erhofften Auswirkungen der Preisabbaukampagne abzulesen, während sich fünf, hauptsächlich saisonbedingt, erheblich verteuerten. Von 40 in den Vergleich miteinbezogenen Städten, Märkten und Landgemeinden war dies eines der enttäuschendsten Resultate<sup>33</sup>. Der von der Reichsregierung angekündigte Einkommensausgleich über den Weg einer angepaßten Preisgestaltung erwies sich damit an der Basis als Fehlschlag.

Waren es für die Arbeitnehmer die Preise von Lebensmitteln und anderer Güter des täglichen Bedarfs, die in erster Linie beanstandet wurden, so forderten die Landwirte neben der Verminderung der Soziallasten, Steuern und Gebühren vehement die Herabsetzung der Handwerkerrechnungen. Neben einheitlichen Richtsätzen für Dienstbotenlöhne schlug die Bezirksbauernkammer Wasserburg am 26.11.1931 vor, auch von der Landwirtschaft festzusetzende Höchstverdienste für Handwerker, etwa 2–2,50 RM pro Tag, einzuführen<sup>34</sup>. Als „Anmaßung ohne gleichen“ empfand dies ein Sprecher der Handwerkerschaft, der betonte, sie seien keine den Bauern hörigen Dienstboten. Das Handwerk habe die Notlage der Landwirtschaft nicht verschuldet. „Es wird kein Vernünftiger zugeben, daß es zum Vorteil wäre, wenn die vielen Handwerker aus dem Mittelstand und dem Bürgertum hinausgedrängt und hinausgeekelt würden. Es würde sich damit die Zahl derer verringern, die der Staat so notwendig braucht.“<sup>35</sup> Für das Landhandwerk, das ohnehin unter akuter Unterbeschäftigung und der schlechten Zahlungsmoral seiner Kunden litt, bei denen Bargeld Mangelware geworden war<sup>36</sup>, stellten die geforderten Preiskonzessionen damit nicht allein eine existenzbedrohende Zumutung dar, sondern verbanden sich mit konkreter Angst vor dem sozialen Abstieg und dem schrittweisen Verlust der Selbständigkeit in einer nach wie vor vom Bauerntum bestimmten Umwelt.

Eine Erhebung, die das Bezirksamt Griesbach nach dem Ende der staatlichen Preissenkungsoffensive 1931/32 für den Bayerischen Preissenkungskommissar durchführte, verdeutlicht die geringe Verdienstspanne, die den selbständigen Handwerksbetrieben der wichtigsten Sparten jetzt noch verblieb:

<sup>33</sup> Nur der Preis von 8 Artikeln gab um mehr als 10% nach, wogegen Gemüse sich saisonbedingt um bis zu 40% verteuerte; ZBStL 64 (1932), 60ff.

<sup>34</sup> Bezirksbauernkammer Wasserburg, Sitzung v. 26.11.1931, Wasserburger Anzeiger 2.10.1931 (226).

<sup>35</sup> Zuschrift in Wasserburger Anzeiger 25./26.10.1931 (246).

<sup>36</sup> Vgl. die immer wiederkehrenden Presseaufrufe, die Handwerksbetriebe durch Aufträge zu unterstützen, z. B. durch den Rosenheimer Gewerberat Gradl zur „Reichshandwerkswoche“ 1931: „Helft uns durch Aufträge, durch erfüllbare Forderungen, durch Gewährung von Preisen, die ehrlicher Arbeit und rechtschaffenem Ringen bescheiden auskömmlichen Verdienst lassen, helft durch geregelte, streit- und zwanglose Zahlungen!“ Rosenheimer Anzeiger 14./15.3.1931 (61). Die Zeitung veröffentlichte am 3.9.1931 (201) schließlich die Bitte, wenigstens kleine Reparaturen an Kleidung, Gebrauchsgegenständen oder im Haushalt durchführen zu lassen. Im Rottal baton die Schmiede ihre Kunden aus der Landwirtschaft, die Rechnungen wenigstens alle Monate zu begleichen, da die Handwerker, welche die Kosten für das Material auslegen müßten, sonst ruiniert würden. Bayer. Volksbote 25.1.1933 (20).

Tab. 113: Preisberechnung im ländlichen Handwerk des Bezirksamts Griesbach vor und nach der Preissenkungsaktion im Winter 1931/32:<sup>37</sup>

- a) Gehilfenlohn pro Stunde  
 b) Unkostenzuschlag zu a)  
 c) Unkostenzuschlag zum Materialpreis  
 d) Gewinnzuschlag

		a)	b)	c)	d)
Schneider	vor	40 Pfg.	3 %	5 %	15–20 %
	nach	30 Pfg.	2 %	3 %	10 %
Schuhmacher	vor	40 Pfg.	3 %	3 %	15 %
	nach	30 Pfg.	2 %	2 %	10 %
Maler	vor	110 Pfg.	30 %	10 %	15–20 %
	nach	80–85 Pfg.	20 %	5–10 %	10 %
Tapezierer	vor	50–60 Pfg.	6 %	3 %	15 %
	nach	40 Pfg.	4 %	2 %	10 %
Glaser	vor	60 Pfg.	3 %	25 %	15 %
	nach	40 Pfg.	2 %	20 %	10 %
Schreiner	vor	50 Pfg.	5 %	5 %	15 %
	nach	40 Pfg.	2–3 %	3 %	10 %
Schlosser	vor	60 Pfg.	5 %	10 %	20 %
	nach	50 Pfg.	3 %	8 %	15 %
Wasser- installateure	vor	80 Pfg.	50 %	50 %	50 %
	nach	60 Pfg.	40 %	35 %	20 %
Elektrotechniker	vor	80 Pfg.	20 %	25 %	15 %
	nach	60 Pfg.	10 %	15–20 %	10 %
Hafner	vor	60 Pfg.	12 %	30 %	15–20 %
	nach	40–50 Pfg.	8 %	25 %	10 %

„Infolge der allgemeinen Geldknappheit haben die Handwerker ihre Preise schon seit längerem bedeutend herabgesetzt, um überhaupt noch Arbeit zu bekommen“, merkte der ermittelnde Beamte an. „Die Preisherabsetzungen schwanken zwischen 15–25 %, so daß die meisten Handwerker nur mehr ein Einkommen haben, das dem Existenzminimum gleicht. Die Handwerker sind sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewußt, daß sie nur durch Anpassung ihrer Preise an die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden ihr Geschäft vor dem Verfall retten können.“<sup>38</sup>

Der von der Reichsregierung angekündigte Einkommensausgleich über den Weg einer angepaßten Preisgestaltung brachte somit keiner der beteiligten Gruppen befriedigende Resultate. Der plumpe Eingriff in die regulierenden Kräfte von Angebot und Nachfrage bewirkte vor allem eine Polarisierung zwischen den Endverbrauchern, welche in den staatlichen Maßnahmen den Beweis für weit überzogene Gewinnspannen in Handel und Handwerk sahen, und den Gewerbetreibenden, die über die finanziellen Einbußen hinaus allein schon durch den Dirigismus der Behörden aller Instanzen die unternehmerische Freiheit ihres Berufsstandes

<sup>37</sup> BA Griesbach 24. 4. 1932 an Kommissar f. Preisüberwachung (Entwurf), StAla Rep. 164/6, 5157.

<sup>38</sup> Ebd.

ausgehöhlt sahen und mit Verbitterung erleben mußten, wie die meisten staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren wie zum Hohn gleichzeitig ungehindert weiter anstiegen. Die geringen Erleichterungen für die Lohnabhängigen, die hinter den gesteckten Zielen deutlich zurückblieben, wogen diese Verschärfung der sozialen Spannungen nicht auf.

#### 4. Fürsorgelasten und kommunale Etatnot

##### a) Die Finanznot der bayerischen Kommunen

Mit Dauer der Krise und der „Sanierung bis zur Funktionslosigkeit“ (Adamy/Steffen)<sup>39</sup> des Arbeitslosenversicherungssystems noch unter dem Kabinett Brüning verlagerte sich die Verantwortung für den Unterhalt des anschwellenden Erwerbslosenheeres mehr und mehr von der anonymen Institution der Reichsanstalt auf die Fürsorgepflicht der Wohnorte der Betroffenen, was die Leistungsempfänger von Beanspruchern eines durch vorausgegangene Einzahlung erworbenen Versicherungsschutzes zu Almosenempfängern degradierte, die zu einem Großteil von der Gutwilligkeit und dem Verständnis ihrer Umgebung abhängig waren. Daneben stellte die schrittweise Auflösung des Arbeitslosenversicherungssystems viele Städte und Gemeinden vor kaum zu bewältigende Finanzierungsprobleme, mußten sie doch nicht allein die Lasten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge aus eigener Tasche bezahlen, sondern auch zur Krisenunterstützung mit einem Fünftel beitragen<sup>40</sup>.

Welche Kostenlawine auf die regionalen Fürsorgeinstitutionen durch die Aussteuerungspraxis der Arbeitslosenversicherung allein an Barleistungen zurollte, verdeutlicht Tabelle 114 mit einer Aufstellung in absoluten Zahlen.

Im rechtsrheinischen Bayern verdoppelten sich vom Rechnungsjahr 1927/28 bis 1932/3 die Pro-Kopf-Ausgaben der unteren Wohlfahrtsträger, blieben jedoch auch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Daneben verschoben sich mit steigenden Ausgaben die Gewichtungen innerhalb der Empfängergruppe; Kriegsgeschädigte, Sozial- und Kleinrentner wurden von den Opfern der neuen Armut weit überflügelt und an den Rand gedrängt (Tab. 115).

<sup>39</sup> Adamy/Steffen, Arbeitsmarktpolitik, 283.

<sup>40</sup> Zu Abbau und Verlagerung der sozialen Sicherung der Arbeitslosen vgl. ebd., 281 ff.; Preller, Sozialpolitik, 430 ff. Grundlegend zu den Auswirkungen auf die Kommunalverwaltungen: Rebentisch, Kommunalpolitik, 107 ff.; vgl. auch Steinborn, Münchner Kommunalpolitik, 502 ff.; Pohl, Kommunale Wirtschafts- u. Finanzpolitik, 246 ff. Bester Überblick zur Lage der Gemeindefinanzen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise: EStDR 32, 7 ff.; hier auch, 42 ff., ein Vergleich zur Entwicklung in den 5 größten Ländern des Reichs. Eine umfassende Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen der gemeindlichen Fürsorgeverpflichtung, Finanzierungsmöglichkeiten, bis hin zur staatlichen Aufsichtspflicht über die Gemeindehaushalte bietet Mayer, Bayer. Fürsorgeverbände, 49 ff. Er kommt im November 1932 zu dem Schluß: „Die in Bayern für normale Zeiten geschaffene Verteilung der Fürsorgeaufgaben zwischen Orts-, Bezirks- und Landesfürsorgeverband hat sich in der Krisenzeit im allgemeinen bewährt.“ Ebd., 69.

Tab. 114: Fürsorgeausgaben der Bezirksfürsorgeverbände im Dt. Reich 1927/28 bis 1932/33 (in Mill. RM):<sup>41</sup>

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Fürsorgekosten insgesamt:	885,7	1 052,6	1 163,0	1 492,3	1 910,1	2 409,3
davon:						
laufende Barleistungen:	461,7	581,4	639,4	928,4	1 346,5	1 822,9
laufende Barleistungen an Arbeitslose:	50,4	124,8	179,0	435,0	897,5	1 392,7
≙ Gesamtkostenanteil:	5,7 %	11,9 %	15,4 %	29,1 %	47,0 %	57,8 %

Tab. 115: Fürsorgekosten der Bezirksfürsorgeverbände 1927/28 bis 1932/33:<sup>42</sup>

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
<i>Fürsorgekosten in RM je Einwohner:</i>						
– Dt. Reich	16,4	16,9	18,6	23,9	30,6	37,0
– rrrh. Bayern	9,7	11,0	11,8	15,0	18,5	20,6
davon:						
laufende Barleistungen an:						
– Kriegsbesch., Sozial- u. Kleinrentner:	48,5 %	47,3 %	44,0 %	43,2 %	27,8 %	11,7 %
– Wohlfahrtserwerbslose u. sonstige	51,5 %	52,7 %	56,0 %	56,8 %	72,2 %	88,3 %

Betroffen von der Kostenflut waren vor allem die kreisunmittelbaren Städte, doch erfuhren jetzt die Landbezirke weit höhere Zuwachsraten:

Tab. 116: Brutto-Fürsorgeaufwand in Bayern, Rechnungsjahr 1929/30 bis 1932/33 (in 1000 RM):<sup>43</sup>

	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	Tendenz 1929/33
Kreisunmittelbare Städte:	65 168	83 647	102 801	118 489	+ 81,8 %
davon:					
Großstädte:	42 341	54 568	65 371	73 571	+ 73,8 %
Bezirksämter:	22 312	28 136	36 416	43 732	+ 96,0 %
davon:					
Bezirke:	12 987	14 082	13 479	12 091	– 6,9 %
Mittelbare Gemeinden:	9 325	14 054	22 937	31 641	+ 239,3 %

<sup>41</sup> Errechnet aus StJDR 53 (1934), XVII, a 2 b. Zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung und wertschaffenden Fürsorge 1924–1930 vgl. Wochenbericht d. Inst. f. Konjunkturforsch. 15. 4. 1931, 7 ff. u. Graphikbeilagen.

<sup>42</sup> Errechnet aus StJDR 48 (1929), XV, Aa 1 u. 4; 49 (1930), XV, Aa 2; 50 (1931), XV, Aa 2; 51 (1932), XV, Aa 2a; 52 (1933), XVII, Aa 2a. Für 1931/32 erheblich differierende Zahlenangaben resultieren daraus, daß während dieses Rechnungsjahrs die Aufwendungen für Fürsorge- und Notstandsarbeiter neu in die Statistiken aufgenommen wurden. In vorliegender und den folgenden Tabellen sind die neueren (höheren) Werte berücksichtigt.

<sup>43</sup> Errechnet aus ZBSStL 65 (1933), 182; 66 (1934), 175.

Mit Abstand die größten Neubelastungen durch ausgeweitete Fürsorgeverpflichtungen wiesen damit die mittelbaren Gemeinden auf, wogegen die ohnehin bereits im Ausgangsjahr schwerer engagierten Großstädte deutlich hinter den Landstädten und Bezirksamtern zurückblieben, die bislang von der Arbeitslosenfürsorge kaum tangiert waren. Am Höhepunkt der Krise war in den bayerischen Kleingemeinden der Anstieg der Fürsorgeausgaben besonders ausgeprägt, wie der Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt sowie mittleren und Großgemeinden illustriert:

Tab. 117: Zu- bzw. Abnahme der Unterstützungsleistungen für Wohlfahrtserwerbslose (a) und sonstige Unterstützungen im Rahmen der Fürsorgepflicht (b) 1932/33 zum Ausgangsjahr 1931/32 (in %):<sup>44</sup>

	Bayern	Reichsdurchschnitt
Gemeinden unter 2 000 Einw.	a) + 142,5	+ 58,0
	b) + 83,0	- 8,3
5 001–50 000	a) + 42,1	+ 52,2
	b) - 3,2	- 1,7
mehr als 100 000	a) + 59,0	+ 55,5
	b) - 16,2	- 5,2

Wie groß die Differenz zwischen den einzelnen Gruppen der Bezirksfürsorgeverbände trotz der überproportional emporschnellenden Ausgaben der kleineren Verwaltungseinheiten dennoch blieb, zeigt die Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Belastung der Bevölkerung durch die Bruttoausgaben der jeweils zuständigen bayerischen Fürsorgeinstitutionen:

Tab. 118: Bruttobelastung je Einwohner durch den Fürsorgeaufwand der bayerischen Bezirksfürsorgeverbände, 1929/30 bis 1932/33 (in RM):<sup>45</sup>

	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Kreisunmittelbare Städte	26,0	33,1	40,7	44,2
Bezirksämter	4,0	5,8	7,5	8,7
Bezirke	2,7	2,9	2,8	2,4
Mittelbare Gemeinden	1,9	2,9	4,7	6,3

Ein Vergleich der Zahl der unterstützten Parteien mit den für sie aufgebrachten Geldmitteln verdeutlicht, in welchem Maß in den mittelbaren Kleinstädten, ländlichen Industrieinseln und sonstigen, den Bezirksamtern unterstehenden Gemeinden jetzt mit der Zahl der Unterstützungsempfänger auch die Höhe der jeweils gewährten Leistungen rapide anstieg, ihre Verantwortlichkeit sich zusehends auf Gebiete verlagerte, mit denen bislang höchstens die großstädtischen Fürsorgeverbände konfrontiert gewesen waren:

<sup>44</sup> EStDR 32, 52.

<sup>45</sup> Errechnet aus ZBStL 65 (1933), 182; 66 (1934), 175.

Tab. 119: Unterstützte Parteien und Finanzaufwand der bayerischen kreisunmittelbaren Städte und mittelbaren Gemeinden in den Rechnungsjahren 1928/29 und 1932/33.<sup>46</sup>

- a) Unterstützte Parteien am Ende des Rechnungsjahrs (51. 3.)  
 b) Laufende Barunterstützungen in 1 000 RM  
 c) Anstieg der Parteienzahl 1928/29 bis 1932/33  
 d) Anstieg der Barunterstützungen 1928/29 bis 1932/33

	1928/29		1932/33		c)	d)
	a)	b)	a)	b)		
Kreisunmittelbare Städte	88 274	29 243	229 354	85 176	+ 159,8 %	+ 191,3 %
Mittelbare Gemeinden	19 558	2 973	84 274	21 517	+ 330,9 %	+ 625,7 %

Für die Städte und Gemeinden bedeutete das eine kaum mehr zu überblickende Flut von Mehrausgaben, die mit Hilfe der bisherigen Einnahmequellen sowie staatlichen Sonderzuwendungen, etwa Mitteln des gemeindlichen Ausgleichsstocks, nicht mehr zu bewältigen waren. Besorgniserregend war daneben der Rückgang der Reichssteuerüberweisungen. Gerade die bayerischen Gemeinden wurden aufgrund ihres hohen Anteils an der besonders krisenempfindlichen Einkommen- und Körperschaftsteuer davon überproportional betroffen. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 1929/30 fielen die Steuerzuteilungen des Reichs bis 1932/33 somit in Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern durchschnittlich um 57,6 %, in Kommunen von 5 001 bis 50 000 Einwohnern gar um 61,7 %<sup>47</sup>.

Parallel zu geschmälernten Reichssteuerüberweisungen gingen die Erträge der bisherigen Kommunalabgaben, vor allem der Gewerbesteuern, schlagartig zurück. Berücksichtigt man die Flut der neuen Notsteuern, die allenthalben eingetrieben wurden, um die Ausfälle zu kompensieren, war das Ergebnis der Landes- und Gemeindeabgaben bezeichnend für die Notlage von Wirtschaft und Bevölkerung. Nur in den Kleingemeinden Bayerns mit weniger als 2 000 Einwohnern stiegen die Einkünfte aus diesen Quellen im Vergleichszeitraum 1929/30 bis 1932/33 leicht an (+ 1,9 %), während bereits in den mittleren Gemeindegrößen (5 001–50 000 EW) die von den Notverordnungen erschlossenen Finanzierungsmöglichkeiten die Ausfälle nicht abzudecken vermochten (– 11,8 %)<sup>48</sup>. Die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung sanken von 34,41 RM (1928) auf 23,73 RM (1932)<sup>49</sup>. Einkünfte und Ausgaben bewegten sich scherenförmig auseinander, ein finanzielles Desaster bahnte sich an (Tab. 120).

Leidtragende der zugespitzten Finanzlage waren nicht zuletzt die langfristige Arbeitslosen, die besonders nach der Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung für Krisenunterstützungsempfänger durch die Gemeinden ab dem 17. 6. 1932 damit zu rechnen hatten, daß die Gemeindeverwaltungen den Grad der Anspruchsvoraussetzungen nicht an den Vermögensverhältnissen der Antragsteller, sondern an der kommunalen Finanzlage bemaßen<sup>50</sup>. Nach einer Debatte

<sup>46</sup> Errechnet aus StJB 19 (1930), XI, B a, 1 u. 3; 20 (1934), XI, B I a 1.

<sup>47</sup> EStDR 32, 46.

<sup>48</sup> Ebd., 48.

<sup>49</sup> BStB 135, 14 f.

<sup>50</sup> Vgl. Mattes (BVP) im Bayer. Landtag 24. 6. 1932, Verhandlungen 1932/33, Stenograph. Berichte I, 109.

Tab. 120: Finanzwirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände des Deutschen Reichs in den Rechnungsjahren 1928 bis 1932 (in Mill. RM):<sup>51</sup>

	1928	1929	1930	1931	1932
<i>Finanzbedarf</i> (bereinigte Ausgaben):	8 028,7	8 461,1	8 082,1	6 997,9	6 289,3
davon:					
Soziale Unterstützungen:	742,1	849,3	1 235,0	1 508,7	1 972,6
<i>Allgemeine Deckungsmittel</i> (aus Steuern, Erwerbsvermögen etc.):	5 055,9	5 056,0	5 199,0	4 394,5	3 693,7
<i>Spezielle Deckungsmittel</i> (Reichs- u. Landeszuschüsse, Verwaltungseinnahmen, Schuldenaufnahme):	2 871,1	3 063,7	2 585,4	2 215,9	2 028,5
<i>Einnahmen insgesamt:</i>	7 927,0	8 119,7	7 784,3	6 610,4	5 722,2
<i>Außergewöhnliche Einnahmen zur Deckung von Fehlbeträgen</i> (Vermögensveräußerung, Umschuldung etc.):	22,1	24,2	39,3	120,2	110,6
<i>Überschüsse bzw. Fehlbeträge aus Vorjahren:</i>	+ 154,4	+ 110,6	- 188,9	- 446,6	- 718,1
<i>Gesamtabschluss:</i>	+ 74,8	- 206,6	- 447,4	- 713,9	- 1 174,6

im Bayerischen Landtag am 24. 6. 1932, bei der Redner von BVP, SPD, KPD und Bauernbund ein mit einer Fülle von plastischen Beispielen drückender Not aus Städten, Märkten und Landgemeinden belegtes Bild der Auswirkungen der einschneidenden Notgesetzgebung des Reichs auf Arbeitslose und Gemeindefinanzen zeichneten, beschlossen zwar die Volksvertreter, rasche Maßnahmen zur Überwindung der Mißstände und Erhaltung der Liquidität der Kommunen zu treffen<sup>52</sup>, doch ließ eine konkrete Hilfe über den bestehenden gemeindlichen Ausgleichsstock und punktuelle Zuschüsse hinaus auf Landesebene weiter auf sich warten.

Eine spürbare Entlastung der Provinzkommunen kündigte sich erst gegen Ende des Jahres 1932 an. Ab dem 1. November 1932 waren nun auch in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern Arbeitslose aller Berufsgruppen, ausgenommen landwirtschaftliche Dienstboten, Hauspersonal und Personen unter 21 Jahren, zum Bezug der Krisenfürsorge zugelassen, soweit die Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung nicht vor dem 3. 11. 1930 erfolgt war. Ab 28. 11. 1932 trat eine zunächst bis zum 31. 3. 1933 befristete Verfügung des Reichsarbeitsministeriums in Kraft, die bei Überschreiten der Höchstbezugsdauer der Krisenunterstützung keine Überweisung der Erwerbslosen in die gemeindliche Fürsorge mehr vorsah<sup>53</sup>. Ein erster, längst überfälliger Schritt zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen durch das Reich war damit getan.

Anhand der Situation in der kreisunmittelbaren Stadt Rosenheim sowie mehreren Landgemeinden aus dem Untersuchungsgebiet soll nun versucht werden,

<sup>51</sup> Reichsergebnis ohne Hansestädte; EStDR 40, 23.

<sup>52</sup> Ebd., 103 ff.

<sup>53</sup> Chiemgau-Zeitung 24. 11. 1932 (138).

exemplarisch die Wechselwirkungen von Fürsorgelasten, Finanzierungsproblemen, Anziehen der Steuerschraube und Not der betroffenen Bevölkerung in der Provinz darzustellen.

## *b) Die Notstandspolitik einzelner Gemeinden*

### *aa) Rosenheim:*

Vom Währungszusammenbruch in der Zeit der Hyperinflation hatte auch die Stadt Rosenheim profitiert. Mit 3,3 Mill. RM lag die Verschuldung der Kommune im Herbst 1929 rund 40 % unter den Verbindlichkeiten der Vorkriegszeit (1914: 5,2 Mill.M), war allerdings allein seit dem Vorjahr um ca. 500 000 RM gestiegen<sup>1</sup>. Trotz der geschmälernten Schuldenlast war die Finanzlage Rosenheims bereits zu Beginn der Weltwirtschaftskrise gespannt. Schuld daran waren nicht zuletzt Mißwirtschaft und unglückliches Finanzgebahren des Stadtrats, der etwa 1928 dem „Kleinhausbauverein“ aus Eigeninteresse einiger Volksvertreter eine großzügige Finanzspritze von 188 000 RM gewährt hatte, die bereits wenige Monate später verloren war, was auf Jahre hinaus die ordentliche Etat-Abgleichung erschwerte und den Spielraum für außerplanmäßige Ausgaben einengte<sup>2</sup>.

In dieser wenig erfreulichen Lage kamen die anschwellenden Fürsorgelasten, welche die ausgesteuerten Arbeitslosen verursachten, doppelt ungelegen. Waren im März 1929 vom Bezirksfürsorgeverband Rosenheim in Armen-, Klein- und Sozialrentner sowie Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge 1085 Personen zu betreuen, wozu noch 83 Menschen in geschlossener Fürsorge und eine große Zahl unständig Unterstützter kamen, so bereiteten die gleichzeitig zu unterhaltenden 186 Wohlfahrts-erwerbslosen der Stadt neue Kopfzerbrechen, da allein 154 von ihnen ungelernten Berufen angehörten. also keine Aussicht bestand, sie der Krisenunterstützung zu überstellen und damit den Großteil ihrer Bezüge auf die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung abzuwälzen<sup>3</sup>.

Um den städtischen Fürsorgeetat zu entlasten schien es in erster Linie geboten, diesen Personenkreis möglichst langfristig zu beschäftigen, um ihnen dadurch die Anwartschaft auf den erneuten Bezug von Arbeitslosengeld zu sichern. Am 13. 3. 1929 legte daher der Wohlfahrtsausschuß zugleich mit seinem Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1929/30, der bei 95 363 RM Einnahmen Ausgaben von 537 578 RM und somit einen Zuschuß von 442 215 RM vorsah, den Antrag vor, für wenigstens 27 000 Arbeitstage Beschäftigungsgelegenheit zu schaffen und dazu den Arbeitgebern als Anreiz täglich 3 RM pro Person aus Wohlfahrtsmitteln zu bezahlen. Anders sei es kaum möglich, die Ausgesteuerten wieder in den Erwerbsprozeß zu integrieren, da das Arbeitsamt allein im Stadtgebiet 1 000 Personen unterhalte und darauf bedacht sei, zuallererst diese in freie Stellen zu vermitteln:

<sup>1</sup> Rosenheimer Anzeiger 3. 9. 1929 (202); Chiemgau-Zeitung 5. 9. 1929 (105).

<sup>2</sup> Vgl. o. S. 88. Kennzeichnend für die Finanzverwaltung der Stadt war die Tatsache, daß sie mit Spielen in der Süddt. Klassenlotterie versuchte, ihre Mittel aufzubessern. Wasserburger Anzeiger 31. 8. 1929 (201).

<sup>3</sup> Rosenheimer Anzeiger 8. 3. 1929 (57); 13. 3. 1929 (61).

„Der Vorteil dieser Art produktiver Arbeit ist dreierlei: 1. Das Wohlfahrtsamt hat, gering gerechnet, 45000 RM, das ist die Differenz von 81000 RM (3 M × 27000 Tage) und 126000 RM (jährliche Unterstützung für 186 Personen) weniger Unterstützungsaufwand. 2. Der Arbeiter hat statt der meistens unzureichenden Unterstützung einen auskömmlichen Lohn, auch wird er nicht, wie es jetzt der Fall ist, durch Jahre hindurch während Arbeitslosigkeit der Arbeit entwöhnt, welcher Gewinn moralisch sehr hoch zu buchen ist und 3. Der Arbeitgeber hat sein Unternehmen mit der Hälfte Aufwand durchgeführt. Aber auch ein vierter Punkt, der nicht verschwiegen werden darf, soll Erwähnung finden. Es ist bei der heute unvollkommenen Gesetzgebung nicht auszuschließen, daß auch asoziale Elemente als Nutznießer dieser zweifellos sozial gedachten Gesetze und Verordnungen auftreten. Diese Art von gewohnheitsmäßigen Nichtstuern, die es leider einmal gibt, würden, wenn es arbeiten heißt, sehr gut ausgesiebt werden können. Die Ersparnis, die dadurch erzielt werden könnte, dürfte sich auf einige Tausend Mark belaufen.“

Einstimmig beschloß der Stadtrat, sich zur Entlastung des Wohlfahrtsamts um Arbeitsgelegenheiten zu kümmern<sup>4</sup>. Wohl in der Hoffnung, die angespannte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sei primär das Produkt des überaus harten Winters 1928/29 und werde sich in absehbarer Zeit beruhigen, geschah trotz dieser Absichtserklärung zunächst wenig, um das Ausgesteuertenproblem in den Griff zu bekommen.

Ansätze zu einer tiefgreifenden Arbeitslosenhilfe durch kommunale Beschäftigungsprogramme zeichneten sich erst 1930 ab, als die kontinuierlich steigende, nur kurzzeitigen Schwankungen – wenn es beispielsweise gelang, einige Personen zur Hopfenernte in die Hallertau zu vermitteln<sup>5</sup> – unterworfenen Wohlfahrts-erwerbslosenzahl kein rasches Umschwenken der degressiven Wirtschaftsentwicklung mehr erwarten ließ. Da von staatlicher Seite größere Arbeitsvergaben im Rosenheimer Stadtgebiet, etwa Bodenmeliorationen, Straßen- oder Kulturbauarbeiten, nicht zu erreichen waren, andererseits der ADGB energisch forderte, den Ausgesteuerten mehr Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten als die bislang praktizierte stundenweise Beschäftigung im städtischen Bauhof einzurichten, befürwortete der Verwaltungssenat am 3. Juni 1930, bei Neubauten, die mit Staatsbaudarlehen aufgeführt würden, in Zukunft Wohlfahrtserwerbslose einzusetzen<sup>6</sup>. Auch in der Stadtratssitzung vom 11. 6. 1930 kam das Thema Notstandsarbeiten zur Sprache. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Lang argwöhnte die Einführung einer verschleierte Arbeitsdienstpflicht und protestierte gegen die zu kurze Wochenarbeitszeit der eingesetzten Ausgesteuerten: „Eine Beschäftigung... von nur 24 Stunden reiche für diese Leute, die an Gesundheit und Kleidung sehr heruntergekommen seien, nicht aus.“ Er forderte, die Arbeitsdauer auf 32 Stunden auszudehnen, um den Arbeitern einen Wochenlohn von 27–28 RM zu sichern. Da größere Bauprojekte dadurch vereitelt wurden, daß die Staatsaufsichtsbehörde weitere Kreditaufnahmen der Stadt untersagte, spielte der Bürgermeister mit dem Gedanken, beim Stadtbauamt Kurzarbeit einzuführen, um dadurch Kapazitäten für den Einsatz Ausgesteuerter freizumachen. Die bürgerliche Mehrheit des Stadtrats schloß sich seiner Meinung an, es sei besser, „wenn ein Erwerbsloser für eine tägliche Arbeitszeit von 4 Stunden wöchentlich 18 bis 19 Mark erhält, als wenn er nur 12 Mark Unterstützung bekommt“.

<sup>4</sup> Stadtratssitzung v. 13. 3. 1929, Rosenheimer Anzeiger 14. 3. 1929 (62); vgl. 8. 3. 1929 (57).

<sup>5</sup> Rosenheimer Anzeiger 28. 8. 1930 (197).

<sup>6</sup> Rosenheimer Anzeiger 4. 6. 1930 (127).

und genehmigte gleichzeitig einen Betrag von 10000 RM für weitere Arbeitsmaßnahmen<sup>7</sup>.

Daß die städtische Beschäftigungspraxis teilweise eklatante Mißstände aufwies, stellte sich bald heraus. Bei einer Verwaltungssenatssitzung am 5. 8. 1930 bemängelte der Fraktionsvorsitzende der NSDAP/Kriegsopferfraktion, Adam, bei einem Stundenlohn von 70 Pfennigen bekämen ledige Arbeiter wöchentlich rund 15 RM statt 7 RM Unterstützung, wobei die Fürsorgekasse dem Bauamt den Differenzbetrag erstatte. Verheiratete Ausgesteuerte, besonders mit Kindern, erhielten dagegen mit und ohne Arbeitsleistung gleich wenig oder höchstens unwesentlich mehr ausbezahlt. Das sei „nicht sozial, denn sie arbeiten auf diese Weise vollständig umsonst, zerreißen dabei aber ihre Kleider, bekommen größeren Hunger, als wenn sie nichts tun würden.“ Das zuständige Referat sicherte zu, ab sofort nur noch Ledige zur Arbeit einzuteilen, und auch die Verlängerung der Arbeitszeit kam erneut zur Sprache, da ab dem 1. 8. 1930 nur mehr Erwerbslose in die Arbeitslosenunterstützung der Reichsanstalt zurückgeführt werden konnten, die im Stande waren, eine mindestens 32-stündige Wochenarbeitsleistung während ihrer Wartezeit nachzuweisen. Nun gab es die Stadtratsmehrheit auf, den Antrag der Sozialdemokraten länger zu blockieren<sup>8</sup>.

Nachdem die Maßnahmen zur „wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge“ sich über ein Jahr im wesentlichen nur auf Hilfsarbeiten für das städtische Bauamt erstreckt hatten, startete die Stadtverwaltung im Herbst 1931 einen verzweifelten Versuch, durch die Beschäftigung von etwa 100 Wohlfahrtserwerbslosen über einen Zeitraum von 26 Wochen wenigstens ein Fünftel der immer noch steigenden Zahl arbeitsloser Fürsorgeempfänger wieder in die Leistungspflicht der Arbeitslosenversicherung rückzugliedern. Mit einem Aufwand von 83000 RM war neben einigen kleineren Vorhaben geplant, den Stadtsee zu entschlammen und das Schwimmbad grundlegend zu renovieren<sup>9</sup>. Kurz nach Beginn der Bauarbeiten stellte sich jedoch heraus, daß die Notstandsarbeiter nicht mehr gewillt waren, sich bedingungslos zu jeder Arbeit einsetzen zu lassen. Am 18. 11. 1931 protestierten sie auf einer nicht behördlich angemeldeten Zusammenkunft gegen die ihrer Meinung nach unzumutbaren Arbeitsbedingungen sowie Pläne der Verwaltung, die bereits um 3 auf 67 Pfg. gekürzten Stundenlöhne neuerlich um 5 Pfg. zu beschneiden. Ein eigens aus München angereister KPD-Redner legte den Versammelten dar, sie würden um ihren Lohn geprellt, da ihnen als Bauarbeitern Wasserzulagen zustünden. Eine Delegation wurde gebildet, die am 19. November dem Stadtrat die Forderungen nach Gewährung von Wasserzulagen sowie einer Baracke mit Ofen zum Trocknen der durchnäßten Kleidung unterbreiten sollte. Die Versammlung, die mit „Rot-Front“ begonnen hatte, endete mit dem Absingen der Internationale.

Während die Notstandsarbeiter am Stadtsee auf die Rückkehr ihrer Abgesandten warteten, umstellte sie eine aus der Landeshauptstadt herbeigeholte Polizeieinheit und forderte zur sofortigen Auflösung der „Versammlung“ auf. Als die Arbeiter, bestärkt durch den Münchner RGO-Agitator Schwarzmüller, dazu

<sup>7</sup> Stadtratssitzung v. 11. 6. 1930, Rosenheimer Anzeiger 12. 6. 1930 (133); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 12./13. 6. 1930 (133).

<sup>8</sup> Verwaltungssenatssitzung v. 5. 8. 1930 u. Stadtratssitzung v. 13. 8. 1930, Rosenheimer Anzeiger 6. 8. 1930 (179); 14. 8. 1930 (186).

<sup>9</sup> Rosenheimer Anzeiger 31. 10./1. 11. 1931 (251).

keine Anstalten machten, wurden sie unter Einsatz des Gummiknüppels gewalt-  
sam auseinandergetrieben. Zwei vermeintliche Rädelsführer nahm die Polizei an  
Ort und Stelle, die geflohenen Münchner Kommunisten in Kolbermoor fest.

Bei der vier Wochen später anberaumten Verhandlung schilderten die Ange-  
klagten die „Drecksarbeit“, die man, oft völlig durchnäßt und zu Löhnen,  
die es gerade erlaubten, den „Kohldampf“ nach der schweren Arbeit zu stillen,  
habe leisten müssen. Das Gericht folgte den Anträgen der Verteidigung und  
sprach die Angeklagten des Verstoßes gegen die Notverordnung frei, da es  
nicht erwiesen sei, daß es sich um „politische Ausschreitungen“ gehandelt habe;  
eine von der Staatsanwaltschaft angestrengte Revisionsverhandlung bestätigte  
das Urteil<sup>10</sup>.

Plötzlich interessierten sich auch die etablierten Gewerkschaften für die Miß-  
stände am Stadtsee. Einer Delegation des ADGB und der Christlichen Gewerk-  
schaften sicherte Bürgermeister Knorr zu, die Arbeiterforderungen zu erfüllen  
und verwies darauf, die Delegationsmitglieder seien „allein Verhandlungs-  
partner im Sinne des einschlägigen Tarifvertrags“<sup>11</sup>. Der Öffentlichkeit war  
bewußt geworden, durch schlechte Arbeitsbedingungen und Vernachlässigung  
der Ausgesteuerten Ansatzpunkte für radikale Agitatoren zu schaffen. Neben  
den Gewerkschaften sicherten ihnen jetzt caritative, aber auch politische Grup-  
pen wie die NSDAP<sup>12</sup> verstärkt Hilfe zu. Auch vor diesem Hintergrund sind die  
emsignen wohlthätigen Bemühungen für die Erwerbslosen im Winter 1931/32 zu  
sehen.

Die Stadt verzichtete in der Folgezeit auf ähnliche Notstandsprogramme, doch  
war hierfür weniger die Furcht vor erneuten Auseinandersetzungen verantwort-  
lich als die hoffnungslose Anspannung des Haushalts, der über kurz oder lang zu  
kollabieren drohte, da die Finanzierungslücken, welche die steigende Zahl der  
Wohlfahrtserwerbslosen aufriß, kaum noch zu überbrücken waren:

Tab. 121: Wohlfahrtserwerbslose und Unterstützungsleistungen  
der Stadt Rosenheim 1928–1931:<sup>13</sup>

1. 4. 1928:	19 Parteien mit wöchentlich	183 RM Unterstützung
1. 4. 1929:	176 Parteien mit wöchentlich	1 876 RM Unterstützung
1. 4. 1930:	229 Parteien mit wöchentlich	2 372 RM Unterstützung
1. 4. 1931:	377 Parteien mit wöchentlich	3 886 RM Unterstützung
1. 6. 1931:	485 Parteien mit wöchentlich	4 956 RM Unterstützung

Mitte September 1931 bezogen schließlich 5166 Personen öffentliche Unter-  
haltsleistungen, davon 4055 städtische Gelder, was gegenüber November 1930  
eine Steigerung von 60 % bedeutete.

<sup>10</sup> Rosenheimer Anzeiger 20. 11. 1931 (268); 21./22. 11. 1931 (269); ausführliche Ver-  
handlungsberichte ebd., 15. 12. 1931 (288); 16. 3. 1932 (63). Vgl. die Unterlagen zu Belei-  
digungsverfahren gegen Arbeiterfrauen, welche die eingesetzten Beamten der „grünen“  
Landespolizei beschimpft und gedroht hatten: „Es kommt bald der Tag, wo anstatt rotes  
nur mehr grünes Blut fließt“; StA Rosenheim I, A 1/80 II.

<sup>11</sup> Rosenheimer Anzeiger 21./22. 11. 1931 (269).

<sup>12</sup> Rosenheimer Anzeiger 9. 12. 1931 (283).

<sup>13</sup> Stadtratssitzung v. 24. 6. 1931, Rosenheimer Anzeiger 25. 6. 1931 (143).

Tab. 122: Fürsorgeempfänger in der Stadt Rosenheim 15.9.1931: <sup>14</sup>

In städtischer Fürsorge:	
	549 Wohlfahrtserwerbslose
	424 Sozial- und Kleinrentner
	2250 Armenfürsorgeempfänger
	832 Familienangehörige
zus.:	<u>4055</u>
In staatlicher Fürsorge:	
	355 Arbeitslose
	306 Arbeitslose in Krisenunterstützung
	450 Angehörige
zus.:	<u>1111</u>
Gesamtzahl der Unter-	
stützungsempfänger:	<u>5166</u>

Der Unwillen von Fürsorgeamt und Bevölkerung richtete sich nun gegen Personen, die erst vor kurzem nach Rosenheim zugewandert waren, ohne hier die erhoffte Arbeitsstelle zu finden, oder auch gezielt und ohne Aussicht auf eine Anstellung in die Stadt zuzogen, die höhere Unterstützungssätze als die meisten Landgemeinden bezahlte. Fast die Hälfte der Fürsorgeempfänger seien keine eingewanderten Bürger, stellte der Fürsorgeausschuß des Stadtrats am 25.9.1931 fest und kürzte die Richtsätze aller Unterstützungsarten für Personen, die nach dem 1.1.1928 in die Stadt gekommen waren, um 14–28 Prozent. Außerdem wurde den Fürsorgeempfängern mitgeteilt, es sei nicht mehr statthaft, ärztliche Leistungen im bisherigen Umfang in Anspruch zu nehmen<sup>15</sup>. Auch die Presse nahm sich des Themas an und stellte fest, 200 000 RM könnten gespart werden und damit die Erhöhung von Bürgersteuer und städtischen Werkgebühren entfallen, wenn nicht die Neubürger von den Leistungen der Stadtbevölkerung profitierten, und mahnte: „Nehmt keine fremden existenzlosen Personen in Euren Haushalt auf und fordert bei Bedarf an Arbeitskräften solche an, die bereits hier ansässig sind und eine Entlastung der öffentlichen Fürsorge bringen.“<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Stadtratssitzung v. 16.8.1931, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 17./18.9.1931 (213).

<sup>15</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29.9.1931 (222).

<sup>16</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 1./2.10.1931 (225). Vgl. das Schreiben des Rosenheimer Bürgermeisters Knorr an seinen Bad Aiblinger Amtskollegen Noll vom 16.11.1931: Vertraulich teilte er ihm mit, es sei beschlossen worden, für Neuzugezogene verminderte Fürsorgesätze zu zahlen, was sich aber rechtlich kaum halten lasse. „Unser Vorstoß bezweckte weniger zweierlei Arten von Hilfsbedürftigen zu schaffen (obwohl durch die RFV – gehobene und allgemeine Fürsorge – dies bereits geschehen ist) als vielmehr festzustellen, daß die Städte gezwungen sind, gegen unerwünschten Zuzug Stellung zu nehmen und die höheren Stellen hierauf aufmerksam zu machen. Der bayerische Städtebund, den wir um seine Meinung angegangen haben, vertritt die gleiche oben angeführte Ansicht.“ StA Bad Aibling 401.

Auch der Bürgermeister des Markts Pocking (BA Griesbach) klagte, die Nachbargemeinden würden Wohlfahrtserwerbslose in seine Gemeinde abschieben: „Hier natürlich finden sich gewissenlose und eigennützig Hausbesitzer, die solchen unerwünschtem Zuzug bereitwilligst Wohnung geben. Ich kann Fälle nachweisen, daß solche herbeigezogene Familien die Ortsfürsorgekasse in Pocking in einem Jahr mit 1 000–2 000 RM und mehr

An eine Finanzierung des städtischen Haushalts aus den bestehenden Einnahmequellen war unter den gegebenen Umständen bereits ab dem Rechnungsjahr 1929/30 nicht mehr zu denken. Energisch mahnte die Kreisregierung im Frühjahr 1930 die Abgleichung des Haushaltsplans 1929/30 und des neuen Etats an, die jeweils rund eine Viertelmillion RM ungedeckter Ausgaben aufwies. Um der zwangsweisen Einführung einer Verwaltungskostenabgabe, der sogenannten „Bürger-“ oder „Kopfsteuer“<sup>17</sup> zu entgehen, rang sich der neugewählte Stadtrat am 12. 3. 1930 zu drastischen Gebührenerhöhungen durch, die für Gas, Wasser und Strom bis zu 50% betrug und den Bürgern mit die höchsten Abnehmerpreise Bayerns bescherten. Eine Beförderungssperre für städtische Beamte sollte zudem zur Kostendämpfung im Verwaltungssektor beitragen<sup>18</sup>.

Eine grundlegende Sanierung war jedoch von diesen Maßnahmen nicht zu erwarten. Am 14. Mai mußte sich der Stadtrat zum wiederholten Mal mit dem Etat 1930/31 befassen, der inzwischen einen Fehlbetrag von 371 000 RM aufwies. Vorschläge des Bürgermeisters, über Gebührenerhöhungen für Gasmesser und Kanalisation sowie die Übertragung der Straßenreinigungspflicht auf die Hausbesitzer das Defizit auf ein erträgliches Niveau herabzudrücken, wurden verworfen, ebenfalls die Aufnahme einer Auslandsanleihe einstimmig abgelehnt<sup>19</sup>. Nachdem in einem erneuten Anlauf am 11. Juni die Stadtratsmehrheit zugestimmt hatte, die gemeindliche Biersteuer zu erhöhen<sup>20</sup>, gelang es zwei Wochen später, den ungedeckten Betrag durch rigorose Einsparungen auf der Verwaltungsebene und Mobilisierung aller Kräfte bis auf 67 000 RM abzudecken<sup>21</sup>.

Hatten Bürgerliche und SPD zunächst die Etatverabschiedung als Erfolg über die destruktive Stadtratsarbeit von KPD und NSDAP verbuchen können, so mußten die Bürger bald erkennen, daß es sich dabei weniger um die Lösung der anstehenden Probleme als einen politischen Schachzug gehandelt hatte. Bereits wenige Tage nach der Reichstagswahl, vor der der Haushalt als gesichert gegol-

belastet haben.“ Bericht an BA Griesbach 30. 5. 1933, StALa Rep. 164/6, 4508. Zur selben Thematik vgl. Ortsfürsorgeausschuß Wasserburg, Sitzung v. 2. 2. 1932, StA Wasserburg II, Kasten 63, Fach 3, Nr. 5; seine Bekanntmachung v. 16. 3. 1932, Wasserburger Anzeiger 30. 3. 1932 (73); Bekanntmachung d. Stadtrats Wasserburg v. 1. 4. 1932, ebd. 7. 4. 1932 (80).

<sup>17</sup> Zur Bürgersteuer, die niedrige Einkommen prozentual schwerer als höhere belastete und daher als besonders unsozial galt, vgl. Rebentisch, Kommunalpolitik, 136. Seine Feststellung, sie sei „in der Praxis überwiegend im Zuge der Zwangsetatisierung durch einen Staatskommissar eingeführt“ worden, bestätigt sich in unserem Untersuchungsgebiet nicht. Zwangsmaßnahmen der Aufsichtsorgane waren hier in der Regel erst dann nötig, wenn die Gemeinden die Steuer, wenn auch z. T. unter Druck, bereits eingeführt hatten, aber nach kurzer Zeit der Prozentsatz der Abgabe erneut erhöht werden sollte.

<sup>18</sup> Stadtratssitzung v. 12. 3. 1930, Rosenheimer Anzeiger 13. 3. 1930 (69). Anhand der vom Bayer. Statistischen Landesamt angeführten Gas- und Strompreise lassen sich die beschlossenen Gebührenerhöhungen nicht nachvollziehen; StJB19 (1930), VIII, 9; 20 (1934), VIII, 9. Zur gemeindlichen Tarifpolitik in der Weimarer Republik und der Rolle der Werkgebühren als Verbrauchssteuer und Regulans kommunaler Etatengpässe s. Ambrosius, Unternehmenspolitik, 249 ff.

<sup>19</sup> Stadtratssitzung v. 14. 5. 1930, Rosenheimer Anzeiger 15. 5. 1930 (111).

<sup>20</sup> Stadtratssitzung v. 11. 6. 1930, Rosenheimer Anzeiger 12. 6. 1930 (133).

<sup>21</sup> Stadtratssitzung v. 25. 6. 1930, Rosenheimer Anzeiger 26. 6. 1930 (143).

ten hatte, kündigte der Stadtkämmerer ein neues, an sich absehbares Defizit von 154 000 RM aufgrund gestiegener Wohlfahrtslasten an, das zur Vermeidung staatlicher Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung schleunigst gedeckt werden mußte. Diesem Zweck diente ein Steuerbukett des Stadtdirektoriums, das die Erhöhung der Gemeindebiersteuer von 2,40 auf 5 RM je Hektoliter, die Einführung einer Abgabe auf Getränke außer Bier und Milch von 10 % des Einzelhandelspreises und einer Bürgersteuer, nach Einkommen gestaffelt von 6–1000 RM jährlich zuzüglich des halben Satzes für Ehefrauen, Hausangestellte und Dienstmoten, sowie eine Heraufsetzung der Grundsteuer um 400 % auf den zulässigen Höchstsatz von 600 % vorsah. Nur so sei es möglich, einen vom Land in Aussicht gestellten Zuschuß von 40 000 RM aus dem Bayerischen Ausgleichsstock zu erhalten. Obwohl sich neben den Radikalparteien auch Bürgerliche wie SPD-Fraktion zunächst ablehnend äußerten und die Vertagung einer derart weitreichenden Entscheidung beantragten, konnte sich der Bürgermeister schließlich durchsetzen. Mit 18 zu 12 Stimmen wurde das Steuerpaket gebilligt und damit die unpopulärste Entscheidung seit Krisenbeginn getroffen<sup>22</sup>.

Aber auch diese drakonische Mehrbelastung der Bürger, die besonders den gewerblichen Mittelstand erregte und von der NSDAP propagandistisch weidlich ausgeschlachtet wurde<sup>23</sup>, konnte keine endgültige Lösung des Problems darstellen. Am 15. 10. 1930 kam im Stadtrat eine Zuschrift der Regierung von Oberbayern zur Besprechung, in der sie verlangte, das inzwischen auf 280 000 RM geklutterte Minus im Stadtsäckel binnen drei Jahren zu decken, was allgemeine Ratlosigkeit hervorrief. Erbst forderte der „Rosenheimer Anzeiger“ die Kreisregierung auf, sie möge ihr Patentrezept auch der bayerischen Landesregierung mitteilen; auch sie könne nämlich ihren Haushalt nicht ins Reine bringen<sup>24</sup>. Gemäß den Möglichkeiten der jüngsten Notverordnung ermächtigte das Gemeindeparlament den Bürgermeister, die Gehälter der städtischen Angestellten zum Jahresbeginn um 6 % zu kürzen und zugleich eine Filialsteuer für auswärtige Firmen in Höhe von 150 % des normalen Gewerbesteuerersatzes zu erheben, womit alle Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft schienen<sup>25</sup>.

In eine neue Runde trat der Kampf gegen die städtische Finanznot im Sommer 1931, als der Stadtrat sich mit der Aufstellung des Etats für 1931/32 befassen mußte. Am 24. 6. 1931 schilderte Bürgermeister Knorr eindringlich die angespannte Finanzlage, die durch Aufwendungen von 281 000 RM zur Wohlfahrts-erwerbslosenhilfe entstanden sei. Ein Defizit von 257 000 RM lasse sich nicht vermeiden. In seltener Einmütigkeit stimmten ihm die Vertreter aller Parteien bei<sup>26</sup>, zu nachhaltig war die öffentliche Kritik an der im Vorjahr beschlossenen radikalen Finanzsanierung gewesen. Politisch ungefährlicher war es, den

<sup>22</sup> Stadtratssitzung v. 24. 9. 1930, Rosenheimer Anzeiger 25. 9. 1930 (221). Zur Bürgersteuer vgl. ebd. 26. 11. 1930 (273): Bei Jahreseinkommen bis 8000 RM waren 6 RM, bis 25 000 RM 12 RM zu entrichten. Dieser Satz war nach oben bis zur theoretischen Höchstabgabe von jährlich 1000 RM (Einkommen über 500 000 RM) gestaffelt.

<sup>23</sup> Etwa auf einer Protestversammlung der Gastwirte gegen die neuen Konsumsteuern am 27. 9. 1930; Rosenheimer Anzeiger 26./27. 9. 1930 (223). Vgl. Inntal-Bote 1. 10. 1930 (145).

<sup>24</sup> Stadtratssitzung v. 15. 10. 1930, Rosenheimer Anzeiger 16. 10. 1930 (239).

<sup>25</sup> Stadtratssitzung v. 28. 12. 1930, Rosenheimer Anzeiger 29. 12. 1930 (298).

<sup>26</sup> Stadtratssitzung v. 24. 6. 1931, Rosenheimer Anzeiger 25. 6. 1931 (143).

Schwarzen Peter den Aufsichtsbehörden zuzuschieben, die umgehend den Stadtrat anwiesen, den Etat auf alle Fälle abzugleichen. Unwillen und Bestürzung riefen jedoch die Vorschläge der Kreisregierung hervor, sämtliche Zuwendungen an Vereine, Wohlfahrtsinstitutionen und das Holztechnikum zu streichen, auf die Förderung von Bauprojekten zur Arbeitsbeschaffung zu verzichten, die Eintrittspreise für die städtischen Sammlungen und die Gebühren für Wasser, Gas und Elektrizität erneut anzuheben sowie Bürger-, Getränke- und Hundesteuer zu erhöhen<sup>27</sup>.

Nachdem sich Bürgermeister Knorr hilfeschend an den bayerischen Städte-tag gewandt hatte, zeigte sich ein kleiner Lichtblick. In der Stadtratssitzung am 16.9.1931 konnte er bekanntgeben, daß Rosenheim 100000 RM Landeszuschüsse erhalte und der Etat gesichert sei, wenn man die Bürgersteuer um 100 % erhöhe. „Schweren Herzens“ stimmten die bürgerlichen und sozialdemokratischen Bürgervertreter zu<sup>28</sup>.

Ihren Höhepunkt erreichte die städtische Finanzkrise schließlich im Jahre 1932. Nun war die Mehrzahl der aus Sparsamkeitsgründen auf ein Minimum gekürzten Stadtratssitzungen den Haushaltsberatungen gewidmet, ohne jedoch ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Einnahmeverluste durch die vorgeschriebene Senkung der gemeindlichen Biersteuer bereiteten größtes Kopfzerbrechen, aber auch die Tatsache, daß sich bedeutende Teile der übrigen Kommunalabgaben als uneinbringbar herausstellten. Bei einem Bürgersteuersoll für 1930 von 70333 RM waren gerade 39571 RM eingegangen, da Bedürftige wie Erwerbslose und Kleinrentner von der Zahlung befreit waren. Die Gewerbesteuer, schon 1931 auf 150000 RM zurückgegangen, konnte für das laufende Jahr nur noch mit 70000 RM veranschlagt werden<sup>29</sup>. Obgleich das Reich der Stadt einen Zuschuß von 238038 RM zur Erwerbslosenunterstützung zugesagt hatte<sup>30</sup>, mußte der Bürgermeister am 6.7.1932 dem Stadtrat den Haushaltsentwurf mit einem Defizit von 383583 RM vorlegen, was in etwa dem Rückgang der Gemeindeeinnahmen gegenüber dem Vorjahr entsprach. Allein der Posten Wohlfahrtspflege beanspruchte jetzt mit veranschlagten 1021059 RM ein knappes Drittel der Gesamtausgaben. Knorr hob hervor, weitergehendere Sparmaßnahmen, als sie schon seit Jahren durchgeführt worden seien, „würden sich zur völligen Abdrosselung des Wirtschaftslebens auswachsen“; an neuerliche Gebühren- und Gemeindesteuererhöhungen zu denken, „wäre wirtschaftlicher Wahnwitz“<sup>31</sup>.

<sup>27</sup> Rosenheimer Anzeiger 31.8.1931 (198). Vgl. die wohl von der SPD-Stadtratsfraktion angeregte Stellungnahme der Münchner Post, 3.9.1931 (202), zur „Dr. Eisenbartpolitik“ der Aufsichtsbehörde gegenüber der Stadt Rosenheim: „Weiß die Regierung von Oberbayern ... nicht, daß bei Gebührenerhöhungen, wenn diese einmal eine gewisse Höhe erreicht haben, infolge Sparmaßnahmen der Konsumenten meist nur noch die Hälfte der erwarteten Einnahmen erzielt wird und daß bei der heutigen Lage auf dem Kapitalmarkt eine Stadt nur dann baut, wenn es unbedingt notwendig ist? Vor Jahresfrist ertönte aus allen Regierungsstuben der Schrei von der Ankurbelung der Wirtschaft, heute muß jede Arbeit abgedrosselt, alles arbeitslos gemacht, dem Gewerbe jede Einnahmemöglichkeit genommen und dann müssen die Steuern erhöht werden.“

<sup>28</sup> Stadtratssitzung v. 16.9.1931, Rosenheimer Anzeiger 17.9.1931 (213).

<sup>29</sup> Stadtratssitzungen v. 16.3.1932 u. 30.3.1932, Rosenheimer Anzeiger 17.3.1932 (64); 31.3.1932 (73).

<sup>30</sup> Rosenheimer Anzeiger 23.6.1932 (142).

<sup>31</sup> Stadtratssitzung v. 6.7.1932, Rosenheimer Anzeiger 7.7.1932 (153).

Wie im Vorjahr wurde auch dieser, vom Stadtrat einstimmig mit Fehlbetrag verabschiedete Etat von der Regierung von Oberbayern zurückgewiesen. Mit Schreiben vom 29. 8. 1932 forderte sie die Stadt ultimativ auf, binnen eines Monats eine Abgleichung herbeizuführen:

„Sollte der Stadtrat innerhalb dieser Frist keine weitere Erklärung abgeben, oder sich weigern bzw. außerstande sehen, die wohl unbestrittene ... Verpflichtung zu erfüllen, so wird die Regierung als Staatsaufsichtsbehörde die erforderlichen Anordnungen treffen.“<sup>32</sup>

Das Stadtkollegium bat um Fristverlängerung<sup>33</sup> und beriet am 28. 9. 1932 einen Kompromißhaushalt, der Einsparungen bei Schul-, Krankenhaus- und Bibliothekszuschüssen, ferner Posten wie dem Unterhalt der Straßen, die gerade für die Beschäftigung der ausgesteuerten Erwerbslosen wichtig gewesen wären, sowie einen einhundertprozentigen Zuschlag zur städtischen Wohlfahrtsabgabe und eine 200-prozentige Anhebung des Bürgersteuersatzes vorsah. Die Abdeckung der noch offenen Summen sollte durch Umschuldungen erfolgen.

Obwohl auch diese gravierende Neubelastung der Bürger gegen die Stimmen der NSDAP die Billigung der Volksvertreter fand<sup>34</sup>, zeigte sich die Aufsichtsbehörde mit dieser Lösung nicht einverstanden. Da sich am 8. 11. 1932 alle Fraktionen gegen die von Regierung und Bürgermeister vertretene Erhöhung der Kopfsteuer um abermals 200% des Basissatzes aussprachen<sup>35</sup>, war die Entmachtung des Stadtrats auf finanziellem Gebiet nur noch eine Frage der Zeit, zumal eine bayerische Notverordnung vom 6. 10. 1932 bereits grundlegend in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen eingegriffen hatte. Sie räumte Bürgermeistern und Bezirksamtmännern die Funktion persönlich haftender Zwangsvollstrecke ein, die mit ihrem Veto Beschlüsse des Gemeindegremiums, die auf eine Ausgabenmehrung und Ausweitung des Etats hinzielten, außer Kraft setzen konnten<sup>36</sup>. In Ausführung der Verordnung erließ Knorr ein Rundschreiben an alle städtischen Verwaltungsinstanzen, das zu peinlicher Sparsamkeit mahnte und in dem er sich das Recht vorbehielt, sämtliche Ausgabenposten, die den Wert von 50 RM überschritten, persönlich zu genehmigen<sup>37</sup>.

Im November 1932 war der letzte Akt im Tauziehen um die Finanzierung des Rosenheimer Haushaltsplans gekommen. Mit Schreiben vom 11. 11. 1932 verfügte die Kreisregierung definitiv die vorgeschlagene Bürgersteuererhöhung und wies das Stadtparlament, das damit auf finanziellem Gebiet zum reinen Ausführungsorgan der Regierungsbeschlüsse degradiert wurde, an, „hiernach ungesäumt das Weitere zu veranlassen“<sup>38</sup>. Der entrüstete Protest der Stadträte, allen voran der Sozialdemokraten, welche die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung forderten<sup>39</sup>, blieb erfolglos, zumal die Mehrheitsfraktion der Bürgerlichen Wirtschaftsvereinigung auf Regierungskurs schwenkte und pro forma der

<sup>32</sup> Rosenheimer Anzeiger 5. 9. 1932 (203).

<sup>33</sup> Stadtratssitzung v. 14. 9. 1932, Rosenheimer Anzeiger 15. 9. 1932 (212).

<sup>34</sup> Stadtratssitzung v. 28. 9. 1932, Rosenheimer Anzeiger 29. 9. 1932 (224).

<sup>35</sup> Stadtratssitzung v. 8. 11. 1932, Rosenheimer Anzeiger 10. 11. 1932 (259).

<sup>36</sup> Verordnung d. Gesamtministeriums Nr. 3017 a 16 v. 6. 10. 1932, Bayer. Staatsanzeiger 8. 10. 1932 (233).

<sup>37</sup> Rosenheimer Anzeiger 14. 10. 1932 (237); 17. 10. 1932 (239).

<sup>38</sup> Rosenheimer Anzeiger 12./13. 11. 1932 (261).

<sup>39</sup> Rosenheimer Anzeiger 14. 11. 1932 (262); 16. 11. 1932 (264).

Steuererhöhung zustimmte. In namentlicher Abstimmung sprach sie sich am 23. 11. 1932, wohl insgeheim froh darüber, die Verantwortung für die unpopulären, in der gegenwärtigen Situation kaum noch lösbaren Finanzierungsprobleme auf die vorgesetzten Stellen abwälzen zu können, gegen den Antrag von SPD und der in dieser Frage mit ihr vorgehenden NSDAP aus und verzichtete auf eine Eingabe an die Regierung<sup>40</sup>. Ein großer Schritt hin zur Einengung der gemeindlichen Selbstverwaltung war damit vollzogen.

*bb) Kolbermoor:*

Eines der vielen Beispiele für die Schwierigkeiten, welche die Weltwirtschaftskrise gerade den jungen Industrieinseln bescherte, deren gesamtes Wirtschaftsleben auf einem oder wenigen Unternehmen fußte und die dadurch weit anfälliger auf eine Rezession „ihres“ Industriezweigs reagierten als langsam gewachsene, gemischtstrukturierte Gemeinden, war Kolbermoor. Fast jeder der Einwohner war direkt oder zumindest mittelbar von den beiden Großunternehmen am Ort, der alles überragenden Baumwollspinnerei sowie dem Steinbeis'schen Tonwerk, abhängig, und auch die Kommunalverwaltung profitierte von Zuwendungen durch die Fabriken, etwa kostenlosen Stromlieferungen, war aber vor allem über die Entwicklung der gewerblichen Abgaben finanziell zu einem Großteil von Erfolg oder Mißerfolg der Werke abhängig. Ein gesunder Mittelbau fehlte, der im Stande gewesen wäre, negative Einflüsse durch eine degressive Ertrags- und Beschäftigungslage der Großunternehmen abzuschwächen.

So trafen die Absatzschwierigkeiten der Spinnerei und die Illiquidität des Tonwerks, die schon ab 1928 Massentlassungen, Kurzarbeit und zeitweise die komplette Stilllegung der Werke nach sich zogen, die Gemeinde mit voller Wucht<sup>41</sup>. In kaum mehr zu bewältigende Schwierigkeiten kam das Gemeindekollegium daher bereits bei der Etatverabschiedung für das Rechnungsjahr 1930/31. Allein für die Ausgesteuerten war von April 1929 bis Juni 1930 der Betrag von 51 000 RM aufgewendet worden, doch ließen die steigenden Wohlfahrtserwerbslosenzahlen eine explosionsartige Ausweitung der zukünftigen Ausgaben erwarten. Standen zu Beginn des Geschäftsjahrs 1929/30 50 Arbeits-

<sup>40</sup> Stadtratssitzung v. 23. 11. 1932, Rosenheimer Anzeiger 24. 11. 1932 (271); vgl. 19./20. 11. 1932 (267); 22. 11. 1932 (269).

<sup>41</sup> Die Abhängigkeit Kolbermoors von seinen Industrien legte Bürgermeister Fleischmann bei seiner Etatrede am 17. 6. 1930 folgendermaßen dar: „Der Hauptgrund für das Erlahmen der Finanzwirtschaft ist... zu suchen in der schweren Lage, in der sich seit über zwei Jahren die gesamte Baumwollindustrie befindet und die sich hier bei uns offenbart in einem äußerste Sorge erhebenden Nachlassen des Umsatzes unseres größten Arbeitgebers, der Baumwollspinnerei Kolbermoor, die in Zeiten geschäftlicher Hochkonjunktur gleichsam der lebensspendende Brunnen für das Wohlergehen der ganzen Gemeinde ist. Sie beschäftigt an die tausend Arbeitskräfte, die sicheren Verdienst haben, den Hauptteil des Arbeitsertrages am Ort in Waren umsetzen, so daß auch der Mittelstand, Handel und Gewerbe, daraus Nutzen zieht und die Möglichkeit hat, seinerseits wieder Aufträge zu geben und seine Verpflichtungen gegenüber Staat und Gemeinde zu erfüllen. Gänzlich verändert ist das Bild bei einer schlechten, gedrückten Geschäftslage der Baumwollspinnerei Kolbermoor, wenn die Kamine nicht rauchen und die Werksäle leer und unbenutzt bleiben. Bei einem Versagen der Industrien ist der Lebensatem der Gemeinde wie abgeschnitten. Sprunghaft und lawinenartig aber wachsen die Ausgaben für die öffentliche Fürsorge.“ Kolbermoorer Volksblatt 18./19. 6. 1930 (138).

lose mit ihren Familien in gemeindlicher Fürsorge, was wöchentliche Unterstützungszahlungen von 4–600 RM erforderte, und sank diese Zahl auch im Sommer deutlich ab, so waren im darauffolgenden Winter bereits 100 Personen samt ihren Angehörigen von kommunaler Erwerbslosenfürsorge abhängig. Im Februar 1930 bezogen 400 Erwerbslose, dazu 127 Ausgesteuerte, 872 Sozialrentner und eine Anzahl Ortsarmer und somit jeder vierte Kolbermoorer in irgendeiner Form öffentliche Hilfen. Bis zum August 1930 schwoll der Anteil langfristig Beschäftigungsloser weiter an: 176 Ausgesteuerte waren jetzt mit rund 2000 RM pro Woche zu versorgen, während nur 165 Haupt- und Krisenunterstützungsempfänger Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung erhielten<sup>42</sup>.

Im Januar 1931 waren es schließlich 1 560 Menschen und damit ein Drittel der Einwohner, die von Fürsorgemitteln lebten; 931 von ihnen hatte die Gemeinde zu versorgen<sup>43</sup>. Ein nicht zu unterschätzender zusätzlicher Kostenfaktor erwuchs daneben aus der Kurzarbeit in der Spinnerei. Doppelverdienenden Ehepaaren, bei denen ein Partner langfristig arbeitslos geworden war, hatte die Gemeinde bislang den Verdienst des noch in Arbeit Stehenden, meist der in der Spinnerei beschäftigten Ehefrau, bei der Bemessung der Unterstützungsleistung angerechnet sowie den Unterhalt von bis zu zwei Kindern dem verdienenden Teil aufgebürdet. Da bei den minimalen Verdiensten, welche die 28-stündige Arbeitszeit den Spinnereiarbeiterinnen nun gestattete, das Einkommen der meisten dieser Familien bei der bislang praktizierten Regelung unter die lebensnotwendige Mindestgrenze gerutscht wäre, beschloß der Gemeinderat am 23. 7. 1930 einstimmig, bis auf weiteres in jedem Fall den vollen Satz auszuzahlen<sup>44</sup>.

Ihren Höhepunkt erreichte die Not der Ausgesteuerten, als der Bezirksfürsorgeausschuß Aibling im Mai 1932 beschloß, die Unterstützungssätze um 20 % zu kürzen. Für eine dreiköpfige Familie zahlte die Gemeinde Kolbermoor jetzt statt 8,50 RM Wochenunterstützung nur noch 5,35 RM, ein Betrag, der auch nach Meinung des Bürgermeisters nicht zum Erhalt einer Familie ausreichte. Er riet den Betroffenen, sich beim Bezirksamt zu beschweren, doch wurde eine Unterschriftensammlung sofort von der Gendarmerie unterbunden. Ein Streik der verzweifelten Fürsorgebezieher, die verkündeten, bis zur Wiedereinführung der alten Sätze die Pflichtarbeit zu verweigern, brach in kürzester Zeit zusammen, als die Gemeindeverwaltung drohte, die minimalen Fürsorgeleistungen ganz zu sperren<sup>45</sup>.

Die Fürsorgelasten nahmen von Jahr zu Jahr erschreckendere Dimensionen an und machten ein Abgleichen des Gemeindeetats unmöglich (Tab. 123). Der Standpunkt der Aufsichtsbehörden, es sei zuvörderst Aufgabe der Gemeindeverwaltung, durch Einhebung von Kopf- und Getränkesteuer sowie Ausschöpfung sonstiger Einnahmequellen alle nur irgendwie erreichbaren Mittel zu beschaffen, bevor der Landesausgleichsstock zur Deckung der Etat-

<sup>42</sup> Ebd. u. Entschließung d. Gemeinderats an die Bayer. Regierung v. 15. 8. 1930, Kolbermoorer Volksblatt 16./17. 8. 1930 (187).

<sup>43</sup> Gemeinderatssitzung v. 29. 1. 1931, Aiblinger Zeitung 3. 2. 1931 (27).

<sup>44</sup> Gemeinderatssitzung v. 23. 7. 1930, Kolbermoorer Volksblatt 24./25. 7. 1930 (168).

<sup>45</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling, Vernehmung Stefan Huber, 30. 5. 1932; Erklärung Fleischmann 4. 6. 1932, StAM LRA 47090.

Tab. 123: Fürsorgeausgaben der Gemeinde Kolbermoor in den Rechnungsjahren 1924/25–1932/33 (in RM):<sup>46</sup>

1924/25:	15 400.–
1928/29:	51 500.–
1929/30:	64 300.–
1930/31:	145 000.–
1931/32:	192 000.–
1932/33:	283 615.–

lücken einspringen könne, ließ sich auch in Kolbermoor erst im zweiten Anlauf durchsetzen, nachdem der Einwand des Gemeinderats keine Berücksichtigung gefunden hatte, es sei allein schon den örtlichen Gewerbetreibenden, bei denen die Kommune hoch verschuldet sei, nicht zuzumuten, noch zusätzlich durch höhere Steuerbelastungen zur Kasse gebeten zu werden<sup>47</sup>.

Da sich die Mehrheit des Gemeindegremiums weigerte, die von den vorgesetzten Stellen geforderten und vom Bürgermeister vorgeschlagenen Kommunalsteuern einzuführen, und von Regierungsseite daraufhin die Überweisungen an die Gemeinde eingestellt wurden, um Druck auf die Volksvertreter auszuüben, war die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde in kurzer Zeit erschöpft. Auf die Ankündigung des Bürgermeisters, es könnten keine Fürsorgeleistungen mehr aufgebracht werden, marschierten „mehrere Hundert Erwerbslose“ vor dem Rathaus auf. Fleischmann bat sie, auf ihre Abgeordneten im Gemeinderat einzuwirken, den Steuern zuzustimmen; nur so seien weitere Auszahlungen möglich. Damit gelang es ihm, zumindest den Widerstand des linken Flügels im Gemeinderat zu brechen. In einer Eilsitzung genehmigten die Gemeindevertreter die unbeliebten Abgaben, die Regierung wurde umgehend vom Erfolg ihrer Aushungerungstaktik unterrichtet und als Gegenleistung ein Kredit bewilligt. Noch am selben Tag konnten die fälligen Unterstützungen ausgegeben werden<sup>48</sup>.

Wie sich erwies, stellte diese Abgabenerhebung jedoch nur einen Tropfen auf den heißen Stein und bestenfalls eine Geste an die Adresse von Bezirksamt und Kreisregierung dar. Die Biersteuer war mit höchstens 4 000 RM jährlich die einzige der neuen Kommunalsteuern, die das erwartete Soll einigermaßen erfüllte; die Einnahmen aus Bürgersteuer (3–4 000 RM pro Jahr) und Getränkesteuer auf Kaffee und Wein (rund 300 RM) blieben weit hinter den veranschlagten Summen zurück. Zusammengenommen konnten die Jahreseinkünfte daraus lediglich den Bedarf an Unterstüzungsgeldern für einen Monat decken<sup>49</sup>.

Gleichzeitig zu den steigenden Ausgaben gingen die übrigen Einnahmen Kolbermoors zurück. Betrug die Zuweisungen aus Körperschaft- und Einkommensteuer 1928 noch 85 000 RM, so fielen sie 1929 auf 52 000 RM, 1930 auf 39 000 RM und 1931 auf 12 800 RM. Für 1932 konnte nicht einmal diese Summe veranschlagt werden, da obendrein etwa 10 000 RM als „Krisenfünftel“, der zwanzigprozentigen Beteiligung der Kommunen an der Krisenunterstützung

<sup>46</sup> Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 4. 1932 (91); 26./27. 4. 1933 (96).

<sup>47</sup> EntschlieÙung d. Gemeinderats an die Bayer. Regierung v. 15. 8. 1930 u. Gemeinderatssitzung v. 26. 9. 1930, Kolbermoorer Volksblatt 16./17. 8. 1930 (187); 27./28. 9. 1930 (223). Kalhammer, Chronik I/1 (StA Kolbermoor), 160.

<sup>48</sup> Fleischmann, Bewegte Vergangenheit (StA Kolbermoor), 18.

<sup>49</sup> Ebd., 16.

des Reichs, abgezogen zu werden drohten<sup>50</sup>. Um wenigstens einige Arbeitsbeschaffungsprojekte wie den 1929 beschlossenen, aber wegen Geldmangel immer wieder stockenden Schwimmbadbau durchzuführen<sup>51</sup>, suchte die Gemeinde ihr Heil in Kreditaufnahmen bei Banken und Sparkassen, doch versiegt auch diese Geldquelle, als zum einen die Regierung eine weitere Schuldenanhäufung verbot, zum anderen die Banken Kolbermoor für nicht länger kreditfähig erklärten<sup>52</sup>.

Mit mehreren Eingaben an die bayerische Landesregierung, in denen dringend dargelegt wurde, es sei nur mehr mit Mühe Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, wenn keine schnelle Besserung der Lage erfolge<sup>53</sup>, aber auch Bittbriefen an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – etwa den abgedankten Kaiser Wilhelm II., der aus seinem niederländischen Exil eine Spende von 100 RM sandte<sup>54</sup> – versuchte Fleischmann, jede potentielle Geldquelle auszuschöpfen. Als die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf knapp 400 Personen angewachsen war<sup>55</sup>, was für April 1932 einen Wohlfahrtserwerbslosenanteil von 68,8 je 1000 Einwohner Kolbermoors bedeutete (Landesdurchschnitt: 29,5%)<sup>56</sup>, darüberhinaus Banken und Rentenanstalten dazu übergingen, zur Sicherstellung ihrer Darlehenszinsen Teile der Steuerüberweisungen an die Gemeinde zu pfänden, drohte dem Industrieort der völlige Finanzkollaps. Selbst die drastischen Kürzungen der Unterstützungssätze um 20 bis 35 % im Mai 1932 konnten den Zusammenbruch nicht stoppen. Ende 1932 sah sich der Bürgermeister genötigt, sein Privathaus als Sicherheit für einen neuen Bankkredit einzusetzen, um nur Geld für fällige Auszahlungen in die Gemeindekasse zu bekommen<sup>57</sup>.

Damit war das Ende der Geduld des Gemeinderats erreicht. Mit Schreiben vom 14. 12. 1932 an den Leiter des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Fritz Schäffer, kündigte er an, die Geschäftsführung einzustellen und als letzten Ausweg Krankenhaus und Schulen zu schließen sowie die Wasserversorgung über öffentliche Brunnen zu regeln, falls nicht umgehend seit dem

<sup>50</sup> Gemeinderatssitzung v. 20. 4. 1932, Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 4. 1932 (91).

<sup>51</sup> Fertiggestellt im August 1932; Fleischmann, *Bewegte Vergangenheit*, 22 ff.

<sup>52</sup> Ebd., 16.

<sup>53</sup> Veröffentlicht in Kolbermoorer Volksblatt 16./17. 8. 1930 (187); 29./30. 5. 1931 (121); 21./22. 4. 1932 (91).

<sup>54</sup> Kalhammer, *Entwicklung III*, 178.

<sup>55</sup> Wohlfahrtserwerbslose in Kolbermoor:

April 1929:	50
Februar 1930:	127
August 1930:	176
5. 6. 1931:	246
1. 10. 1931:	238
15. 1. 1932:	297
28. 6. 1932:	327
30. 12. 1932:	381
3. 2. 1933:	396
10. 3. 1933:	387

Kolbermoorer Volksblatt 18./19. 6. 1930 (138); 16./17. 8. 1930 (187); 19./20. 12. 1932 (297); 31. 8./1. 9. 1932 (199); 6./7. 10. 1932 (230); Aiblinger Tagblatt 4. 1. 1933 (2); 9. 2. 1933 (28); 16. 3. 1933 (53).

<sup>56</sup> Gemeinderatssitzung v. 20. 4. 1932, Kolbermoorer Volksblatt 21./22. 4. 1932 (91).

<sup>57</sup> Fleischmann, *Bewegte Vergangenheit*, 17.

29.9.1932 zurückgehaltene Steuermittel von der Staatshauptkasse und der Landeskulturrentenanstalt zugeteilt wurden:

„Wir sehen uns leider gezwungen zu berichten, daß bei der heutigen Kassenlage der Gemeinde der Verwaltungsbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Bezahlung der Gehälter für die Beamten und Angestellten war am 3. Dezember nicht mehr möglich und es ist gar keine Aussicht vorhanden, daß die am 16. Dezember fällige Rate geleistet werden kann. Außerdem bestehen für die vergangenen Monate noch Rückstände in der Gehaltszahlung. Morgen wären die Pflegegelder für Kostkinder und die Unterstützungen an die Ortsarmen zu 700. – RM, ferner Mietzinszahlungen in Höhe von 500 RM zu bezahlen. Diese Zahlungen können nicht geleistet werden, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Für die Lebensmittellieferungen an das Krankenhaus sind seit August ds. J. rund 1 500 RM noch unbezahlt. Die Geschäftsleute drängen Tag für Tag auf Zahlung und wollen weitere Lieferungen nicht mehr leisten, wenn nicht endlich die alten Rückstände beglichen werden. Die Überweisungen aus Steuern werden seit 29. September von der Staatshauptkasse und der Landeskulturrentenanstalt zurückbehalten und damit ist der Gemeinde der letzte Rückhalt genommen worden. Die Einnahmen aus Umlagen und sonstigen Abgaben sind derart gering, daß sie überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Der Prozeß der Baumwollspinnerei wegen ihrer Steuerveranlagung, der seit dem Jahre 1925 (!) läuft, ist trotz der wiederholten Eingaben bei den obersten Stellen heute noch nicht entschieden. Außerdem hat die Baumwollspinnerei auch die Steuerveranlagung für die folgenden Jahre angefochten und es ist nicht möglich, mit dem Werke wegen der Umlagen endgültig abzurechnen, andererseits weigert es sich, irgendwelche Zahlungen zu leisten, zu denen es nach seiner Meinung nicht verpflichtet ist. . .

Die sämtlichen Einnahmen sind bisher in erster Linie für die Fürsorge verwendet worden, weil man die Massen nicht hungern lassen konnte. In zweiter Linie wurden die allerdringendsten Zahlungen an Geschäftsleute, an dauernd mahnende Gläubiger geleistet und, wenn es noch möglich war, haben die Beamten ihre bescheidenen Bezüge erhalten. Jetzt ist das nicht mehr möglich. Die Rückstände häufen sich in einer unerträglichen Weise, die Beamten können ohne Bezüge auch nicht mehr durchkommen, weil ihr Kredit erschöpft ist. Dabei steht Weihnachten vor der Tür. . .

Wir bitten inständigst, doch verhüten zu wollen, daß die Gemeinde zum Äußersten getrieben wird und die gesamte Tätigkeit einstellen muß, weil alle Mittel fehlen und weil die Arbeitskräfte keinen Lohn mehr erhalten können. Es ist auf die unglaubliche Not so oft und so eingehend hingewiesen worden, daß die Gemeinde die Verantwortung für die Folgen nicht übernehmen kann, wenn sie in den nächsten Tagen aus Mangel an den allernötigsten Mitteln die Fortführung der Geschäfte aufgeben muß. . . Ohne fühlbare Hilfe wird die entsprechende Erklärung noch vor Weihnachten veröffentlicht werden müssen.“<sup>58</sup>

Nicht allein für den laufenden Haushalt, sondern auch für den Etat 1932/33 war es aber gleichfalls dem Bezirksamt als aufsichtsführender Behörde unmöglich, eine Abgleichung herbeizuführen, da bei Gesamteinnahmen von 131 543 RM allein für Fürsorgezwecke 283 615 RM zu veranschlagen waren<sup>59</sup>. Die Hoffnungen des Bürgermeisters richteten sich jetzt allein auf eine Novellierung der gesetzlichen Richtlinien zur Unterstützung der Erwerbslosen und die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung bekundete „feste Zuversicht“, jetzt vor einer Wende zum Positiven zu stehen<sup>60</sup>.

<sup>58</sup> Gemeinderat Kolbermoor an Staatsrat Schäffer 14.12.1932, StA Kolbermoor, o. Sign. Vgl. Gemeinderatssitzung v. 4. 1. 1933, Kolbermoorer Volksblatt 8./9. 1. 1933 (5); Kalhammer, Entwicklung III, 181.

<sup>59</sup> Gemeinderatssitzung v. 15. 2. 1933, Aiblinger Zeitung 19./20. 2. 1933 (42); 25. 4. 1933, Kolbermoorer Volksblatt 26./27. 4. 1933 (96).

<sup>60</sup> Aiblinger Tagblatt 18. 2. 1933 (35). Gemeinderatssitzung v. 25. 4. 1933, Kolbermoorer Volksblatt 26./27. 4. 1933 (96).

cc) Großholzhausen:

Besonders hart war das Los der Wohlfahrtserwerbslosen in Gemeinden, in denen sich größere Unternehmen und Arbeiteransiedlungen eher gegen den Willen der bäuerlichen Einwohner gebildet hatten. Die ohnehin mit Argwohn betrachteten, vielfach neuzugezogenen Arbeitskräfte waren der Agrarbevölkerung in dem Moment doppelt unerwünscht, in dem sie für ihre Unterstützung aufzukommen hatte. Außerdem fehlte es in Gemeinden, deren Wirtschaftsleben sich allein auf die Gegenpole Landwirtschaft und Industrie stützte, im Gegensatz zu Städten und planmäßig angelegten Industrieorten wie etwa Kolbermoor an der nötigen Infrastruktur, um geregelte Hilfsmaßnahmen wie Wärmestuben, Suppenküchen oder Arbeitseinsätze in kommunalen Betrieben anbieten zu können, waren die Erwerbslosen zu sehr in der Minderzahl und zu schlecht organisiert, um erfolgreich auf die Behebung ihrer Probleme zu pochen. Ein Beispiel hierfür war die Lage der Arbeitslosen in den Torfstichgebieten um Nicklheim (BA Rosenheim), die verwaltungsmäßig zum Großteil den überwiegend bäuerlichen Gemeinden Großholzhausen und Pang angehörten<sup>61</sup>.

Schon in den letzten Jahren vor dem Einsetzen des wirtschaftlichen Niedergangs fühlten sich beide Gemeinden von der Torfstechersiedlung belastet. Mahnungen des Bezirksamts, endlich gemeinsam die Nicklheimer Schule zu erweitern, widersetzte man sich nach Kräften, Protest gegen die Überweisung arbeitsloser Torfstecher an die Ortsfürsorgekassen wurde eingelegt<sup>62</sup>. Auf Dauer war es jedoch unmöglich, sich den unliebsamen Verpflichtungen zu entziehen. Da wegen der Einschränkungen bei der Torfgewinnung neben der branchenüblichen Winterarbeitslosigkeit jetzt auch im Sommer Entlassungen erfolgten, erhöhte der Großholzhausener Gemeinderat im Herbst 1930 „der äußersten Not gehorchend um die Ausgesteuerten notdürftig zu erhalten“ Bürgersteuer und Gemeindeumlagen und führte eine zehnpromzentige Getränkesteuer ein<sup>63</sup>. Doch damit war die Finanzierung der Fürsorgelasten noch nicht gesichert. Um die Wohlfahrtserwerbslosen über den Winter zu bringen, beschlossen die Gemeindevertreter am 29. 12. 1930, beim örtlichen Darlehenskassenverein einen Kredit von 4 000 RM aufzunehmen, um damit die laufenden Kosten zu finanzieren<sup>64</sup>.

Im Sommer 1931 spitzte sich die mißliche Lage in den Gemeinden um die Torfgebiete weiter zu. Bürgermeister aus den Bezirksamtern Aibling und Rosenheim traten an die zuständigen Arbeitnehmerorganisationen mit der Bitte heran, die Öffentlichkeit aufzuklären, daß bei andauernder oder noch weitreichenderer Stilllegung der Torfwerke die Arbeitslosen unmöglich unterstützt werden könnten. Sie forderten Preisreduzierungen, um das Heizmaterial attraktiver zu machen, und regten an, Behörden sollten zur Torffeurung verpflichtet werden<sup>65</sup>. Alle Appelle blieben jedoch erfolglos. Von Juni bis Juli 1931 stieg die Zahl

<sup>61</sup> Die Gewichtungen innerhalb der Bevölkerung Großholzhausens beleuchtet der Gemeindebogen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933: Ausgefüllt wurden 207 Haushalts-, 74 Land- u. Forstwirtschafts- und 14 Gewerbekarten. 264 der 967 Einwohner lebten in der Moorkolonie Nicklheim. Gemeinde Raubling, o. Sign.

<sup>62</sup> Protokollbuch d. Gemeinderats Großholzhausen, Sitzung v. 3. 8. 1928; 2. 1. 1929: „Die finanziellen Lasten sind... soweit gekommen, daß beide Gemeinden vor dem Konkurs stehen.“ Vgl. 16. 3. 1929; 21. 3. 1929; 31. 3. 1930; 25. 4. 1930; 21. 5. 1930; 16. 8. 1930.

<sup>63</sup> Protokollbuch... , 23. 10. 1930; 20. 11. 1930.

<sup>64</sup> Ebd., 29. 12. 1930.

<sup>65</sup> Aiblinger Tagblatt 23. 1. 1931 (15).

der ausgesteuerten Unterstützungsempfänger Großholzhausens von 78 auf 93. Bei einem regulären Jahressteuersoll von 1300 RM waren wöchentlich jetzt 3–400RM an die Wohlfahrtserwerbslosen auszuführen, so daß eine erneute Anhebung der Bürgersteuer unumgänglich war<sup>66</sup>.

Am 8. 4. 1932 waren die Mittel der Ortsfürsorge schließlich erschöpft. Die Erwerbslosen, die ihre Wochenunterstützung von inzwischen insgesamt 700RM im Gemeindeamt abholen wollten, mußten mit leeren Händen nach Hause zurückkehren. 40 Mann zogen daraufhin zu Fuß zum Rosenheimer Bezirksamt und brachten ihr Anliegen „in ruhiger und anständiger Weise“ vor. Nach Rücksprache mit dem bayerischen Innenministerium überwies Bezirksamtsvorstand Roth einen Vorschuß an die Gemeindekasse; noch am selben Abend erfolgte die Auszahlung<sup>67</sup>.

Brachte auch ein Entwässerungsprojekt des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Gemeindebereich die willkommenen Gelegenheit, etwa zehn Jugendliche für ein halbes Jahr in Arbeit zu setzen und die Fürsorgekasse zu entlasten<sup>68</sup>, so war doch eine geregelte Finanzwirtschaft und durchführbar geworden. Als sich im Oktober 1932 abzeichnete, daß der Etat 1932/33 bei einem Gesamtvolumen von 33 000 RM mit einem Fehlbetrag von 15 000 RM abschließen werde, und das Bezirksamt am 11. 11. 1932 ultimativ die Anhebung der Kommunalsteuern forderte, widersetzten sich die Gemeindevertreter. Vergeblich wiesen sie darauf hin, daß die Landwirte nun schon das zweite Jahr schwere Hagelschläge erlitten hätten und auch von den noch beschäftigten Arbeitern nach Lohnkürzungen die Umlagen nicht mehr einzubringen seien. Auf dem Wege der Staatsaufsicht erhöhte das Bezirksamt die Wohlfahrtsabgabe auf 200 % und ordnete zusätzlich die Eintreibung von 300 % des Bürgersteuer-Landessatzes an<sup>69</sup>.

Eine zum 2. 12. 1932 einberufene Bürgerversammlung protestierte stürmisch gegen das „Diktat“, das „die Bevölkerung nahezu zur Verzweiflung treibe“<sup>70</sup>, und der Gemeinderat beschloß, Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof zu erheben. Wieder wies Bürgermeister Posch auf die verheerenden Hagelschäden und „die erschreckende Abnahme des Großviehbestands innerhalb eines Jahres in der Gemeinde“ hin. Viele Landwirte mußten sich mittags mit Milch und Kartoffeln begnügen, da kein Geld vorhanden sei, andere Lebensmittel zu beschaffen. Zwangseintreibungen bei den Bürgern, bei denen die Maßnahme des Bezirksamts „furchtbare Erregung“ hervorgerufen habe, seien unter diesen Umständen zwecklos. Sollten die vorgesetzten Behörden nicht einlenken, behalte sich der Gemeinderat den Rücktritt vor<sup>71</sup>.

<sup>66</sup> Protokollbuch..., 17.9.1931; Kolbermoorer Volksblatt 17./18.7.1931 (161). Im März 1932 betrugen die Zahlungen an 62 Wohlfahrtserwerbslose mit 175 Angehörigen rund 2 000 RM; Rosenheimer Anzeiger 29. 3. 1932 (71).

<sup>67</sup> Rosenheimer Anzeiger 8. 4. 1932 (80); 12. 4. 1932 (83); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 12./13. 4. 1932 (83); Aiblinger Tagblatt 14. 4. 1932 (72).

<sup>68</sup> Protokollbuch..., 7. 2. 1932; 20. 8. 1932. Vorgesehen waren 3 600 siebenstündige Tagschichten für etwa 20 Mann aus Großholzhausen und dem benachbarten Litzldorf. Aiblinger Zeitung 20. 4. 1932 (91).

<sup>69</sup> Protokollbuch..., 19. 10. 1932; 15. 11. 1932; 10. 12. 1932. Aiblinger Tagblatt 23. 11. 1932 (225); 1. 12. 1932 (232). Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 29./30. 11. 1932 (275).

<sup>70</sup> Rosenheimer Anzeiger 6. 12. 1932 (281).

<sup>71</sup> Protokollbuch..., 10. 12. 1932.

Dazu kam es jedoch nicht mehr. Das inzwischen neugebildete Gemeindegremium zog am 5. 6. 1933 die am 28. Januar erneuerte Beschwerde „nicht dem eigenen Ziele aber der Not gehorchend“ zurück<sup>72</sup>.

Denkbar ungünstig wirkte sich die Finanznot Großholzhausens für die Ausgesteuerten aus. Im Dezember 1931 lehnte der Gemeinderat einen Antrag aus ihren Reihen auf Winterbeihilfe empört als „Diktat“ ab und vertröstete sie auf eine private Sammlung<sup>73</sup>. Eine zusätzliche Belastung für die Betroffenen brachte ihr am 18. 1. 1932 beschlossener Einsatz bei Erdarbeiten, da bei einem Stundenlohn von 34 Pfennigen nebst zwei Pfennigen Zuschlag pro Kind, etwa der Hälfte dessen, was die Notstandsarbeiter Rosenheims bezogen, die Wochenarbeitszeit von 34 bis 40 Stunden so eingeteilt werden sollte, daß der Verdienst die Höhe der bisherigen Wohlfahrtsunterstützung nicht überschritt<sup>74</sup>.

Das Verhältnis zwischen Gemeinderat und Erwerbslosen, die einen Ausschuß zur Wahrung ihrer Interessen gebildet hatten, war nun zum Zerreißen gespannt. Eingaben um Erlaß der Gemeindeumlagen oder Beschränkung der täglichen Kontrollmeldungen wurden regelmäßig abgewiesen<sup>75</sup>. Als der Erwerbslosenausschuß im September 1932 beantragte, wenigstens ein Drittel der noch ausstehenden Unterstützungsrückstände nachzuzahlen, wurde ihm bedeutet, es sei vorgesehen, den Gegenwert der Beträge den Arbeitslosen sobald als möglich in Form von Butter auszuhändigen. Sollten die Erwerbslosen damit nicht einverstanden sein, würden in Zukunft die Fürsorgesätze generell gekürzt, was aufgrund der neuesten Notverordnungen durchaus zulässig sei<sup>76</sup>. „Die Ärmsten werden zu Gläubigern der Gemeinde“, umriß die kommunistische „Neue Zeitung“ treffend die Situation<sup>77</sup>. Die Krise förderte die Polarisierung und entfremdete die Berufsgruppen der Gemeinde einander noch weiter.

#### *dd) Pang:*

Die Panger Gemeindeverwaltung setzte schon frühzeitig darauf, die Versorgung der ausgesteuerten Erwerbslosen an die Bürger weiterzudelegieren und somit die Einführung neuer Kommunalabgaben zu unterlaufen. Dem Beispiel anderer bayerischer Gemeinden folgend ging sie dazu über, Arbeitslosen, die um Unterstützung vorstellig wurden, Anweisungen an Landwirte oder andere Gemeindeangehörige auszuschreiben. Dort hatten sie um Lebensmittel und Geld vorzusprechen und konnten als Gegenleistung zur Arbeit eingesetzt werden. Bei einer KPD-Versammlung in Nicklheim legte ein Wohlfahrts-erwerbsloser mit dreiköpfiger Familie folgendes Berechtigungsschreiben vor:

„An Herrn N. N. in W... Sie werden hiemit angewiesen an den Ausgesteuerten N... zu liefern 1½ Liter Milch = 30 Pfg., 50 Gramm Fett = 15 Pfg., 2½ Pfd. Weizenmehl = 60 Pfg., 3 Pfd. Kartoffel = 12 Pfg., 1½ Pfd. Brot = 30 Pfg.; dazu in bar 25 Pfg. Für die Lebensmittel

<sup>72</sup> Ebd., 5. 6. 1933.

<sup>73</sup> Ebd., 5. 12. 1931.

<sup>74</sup> Ebd., 18. 1. 1932; 24. 1. 1932.

<sup>75</sup> Ebd., 14. 5. 1932.

<sup>76</sup> Ebd., 17. 9. 1932.

<sup>77</sup> Neue Zeitung 5. 9. 1932 (194).

kann auch der Geldwert gegeben werden. Dieser ist hiefür 1.72 M. Die Anweisung gilt für 1. März 1930. Vom Ausgesteuerten kann drei Stunden Arbeit gefordert werden.

Gemeinde Pang.“<sup>78</sup>

Doch auch das Vorgehen, die Arbeitslosen quasi als Bettler von Haus zu Haus zu schicken<sup>79</sup>, löste die Finanzierungsprobleme der Gemeinde nicht. Im September 1931 veranschlagte der Gemeinderat, daß für die 28 unterstützten Familien mit 112 Personen sowie die herkömmlichen Sozialaufwendungen 60% der Gemeindeausgaben benötigt würden<sup>80</sup>. Auch die Anhebung der Bürgersteuer konnte die entstehenden Finanzierungslücken nicht schließen<sup>81</sup>. Als im Februar 1932 die Lage immer bedrohlicher wurde und die Versorgung der inzwischen 42 Erwerbslosenfamilien mit 204 Personen nicht mehr gesichert schien, da seit April des Vorjahres bei einem Gesamtausgabenvolumen von 31 000 RM bereits 26 000 RM für die Arbeitslosenunterstützung aufgewendet worden waren, trat der Gemeinderat zurück<sup>82</sup>. Wenig später war die Fürsorgekasse endgültig erschöpft. Die Panger Ausgesteuerten mußten, wie wenig später ihre Großholzhäuser Kollegen, zum Bezirksamt marschieren, um die Auszahlung der fälligen Gelder zu erreichen<sup>83</sup>. Auch hier zeichnete sich ab, daß erst dann wieder zu einer geregelten Finanzierung der Gemeindeausgaben zurückgekehrt werden könne, wenn die Torfwerke wieder ihre Arbeit aufgenommen hätten, doch verzögerte sich der Saisonbeginn.

Da den Torfarbeitern ab Jahresbeginn 1932 eine Lohnkürzung aufgrund der Notverordnung um 14 % aufgezwungen worden war, die den Spitzenlohn von 58 auf 50 Pfg. je Stunde reduzierte, stemmten sie sich gegen die Vorstellungen der Arbeitgeber, erst die Stichtarbeit anlaufen zu lassen, wenn die Arbeitnehmer zusätzlich eine Akkordsatzverminderung um 10–12 %, eine Änderung der Akkordpreisfestsetzung und den Wegfall des Saisonarbeiterurlaubs akzeptiert hätten. Trotz eines entgegenkommenden Vermittlungsvorschlags der Gewerkschaften verzögerte sich der Arbeitsbeginn in den „Filzen“ derart, daß die

<sup>78</sup> Zit. n. Neue Zeitung 5. 3. 1930 (53).

<sup>79</sup> In ähnlicher Weise wurde in der Gemeinde Götting (BA Aibling) verfahren, wo die Erwerbslosen zur „Umkostung“ von Haus zu Haus zur Esseneinnahme geschickt wurden. Götting litt unter den Schwierigkeiten der Bruckmühler Industrien, da die Unternehmen zwar ihre Abgaben an die Gemeinde Kirchdorf a. H. entrichteten, viele der entlassenen oder kurzarbeitenden Arbeitnehmer aber in der Nachbargemeinde lebten, die wirtschaftlich von kleinen Bauern und Gütlern bestimmt wurde. „Wenn man... bedenkt, daß die Wohlfahrts-erwerbslosen oft drei bis viermal um ihre Unterstützung, die ohnedies sehr karg bemessen ist, gehen müssen, an Beschaffung von Wäsche, Schuhe(n) oder Kleidung gar nicht zu denken, so kann man sich einen Begriff von der ungeheuren Not machen.“ Mitteilungsblatt 23. 12. 1931 (52). Ähnliche Zustände herrschten in anderen Gemeinden wie Fischbach am Inn, wo selbst Familienväter bei benachbarten Bauern das Essen einnehmen mußten, da sie keine Barunterstützung erhielten; ebd., 12. 1. 1933 (2).

<sup>80</sup> Aiblinger Tagblatt 25. 9. 1931 (185).

<sup>81</sup> Aiblinger Tagblatt 1. 10. 1931 (189).

<sup>82</sup> Aiblinger Tagblatt 27. 2. 1932 (40).

<sup>83</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 7./8. 3. 1932 (55); Aiblinger Tagblatt 9. 3. 1932 (47). „Die Panger sollen ihre Kinder zum Bürgermeister in die Stube bringen u. dorten lassen. Der Bürgermeister werde sich dann schon rühren am Bezirksamt, daß ihnen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden“, riet ein KPD-Sprecher bei einer Versammlung am 21. 10. 1932 in Kolbermoor. Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 22. 10. 1932, StAM LRA 47090.

ausgesteuerten Torfarbeiter erneut zum Bezirksamt ziehen und um Unterstützung ihrer Gemeinden zur Fürsorgeleistung bitten mußten<sup>84</sup>. Nach der nur wenige Monate dauernden Arbeitsperiode waren die Torfarbeiter, denen es bei den Lohnverhältnissen kaum möglich war, längst überfällige Anschaffungen zu tätigen oder gar Rücklagen zu bilden<sup>85</sup>, im Herbst unterstützungsbedürftiger als je zuvor, doch entlastete die Neuregelung der Krisenfürsorge zumindest ihre, ohnehin weitgehend zahlungsunfähigen Heimatgemeinden.

*ee) Stephanskirchen:*

Höchst bedenklich war 1931 auch die Lage Stephanskirchens geworden, der nach der Einschätzung der regionalen Presse zusammen mit Großholzhausen und Pang meistbelasteten Gemeinde des gesamten Rosenheimer Umlands, wo Arbeitseinschränkungen und Stilllegungen bei der chemischen, Holzverarbeitenden und Ziegeleiindustrie hohe Dauererwerbslosenraten hervorgerufen hatten<sup>86</sup>. Bei einer Bürgerversammlung Ende August 1931 mußte Bürgermeister Schmid bekanntgeben, daß sich die Wohlfahrtslasten gegenüber dem Vorjahr verdreifacht hatten. Die gegenwärtig unterstützten 100 Wohlfahrtserwerbslosen-Parteien erforderten pro Woche einen Aufwand von 6–700 RM, wozu noch die Ausgaben für herkömmliche Wohlfahrtspflege kämen. Er ermahnte die Bevölkerung dringend, keine überflüssigen Kosten zu verursachen und kündigte an, Gemeindeaußenstände der vergangenen Rechnungsjahre in den nächsten Tagen rigoros einzutreiben<sup>87</sup>.

Aufgrund längst überfälliger Bauprojekte hatten sich beängstigende Schuldenmassen angesammelt, die der Gemeindeverwaltung jede Bewegungsfreiheit raubten<sup>88</sup>. Da der Haushalt 1930/31 bei einem Ausgabenvolumen von 132 000 RM mit einem Defizit von 31 500 RM schloß<sup>89</sup>, schien auch hier die Erhebung neuer Kommunalabgaben die einzige Möglichkeit, der Kostenflut zu begegnen, doch widersetzte sich der Gemeinderat von Anfang an jedem Versuch des Bezirksamts, eine Verwaltungskostenabgabe einzuführen. Geradezu als

<sup>84</sup> Mitteilungsblatt 14.4.1932 (15).

<sup>85</sup> „Ein Arbeiter hat beim Torfwerk Raubling einen Stundenlohn von 50 Pfg. (...) Dabei hat der betreffende Arbeiter eine Frau und noch vier Kinder im Alter von 4–10 Jahren zu versorgen. Monatlang war er ausgesteuert und erhielt von der Gemeinde Pang eine wöchentliche Wohlfahrts-Unterstützung von RM 15.–. Kein Mensch kann wohl sagen, daß mit dieser Unterstützung sechs Personen sich satt essen können, geschweige denn, noch Arbeitskleider, Schuhe u. s. f. zu beschaffen. Dieser Arbeiter bekommt endlich mal wieder Arbeit. Er hofft, seine rückständige Miete begleichen zu können, weil ja sonst auch die Betriebswohnung noch aufgegeben werden muß. Nach 14 Tagen bekommt er den ersten Zahltag, ein Nettoverdienst von RM. 33.66 ist ihm beschieden. Reichten schon RM 15.– wöchentliche Wohlfahrtsunterstützung nicht aus, um die hungrigen Mägen zu füllen, so ist es jetzt bei einem wöchentlichen Einkommen von RM. 16.88 erst recht nicht möglich, die durch Hunger und Not geschundenen Arbeitskräfte aufzufrischen. Derartige Hungerlöhne nehmen dem Menschen noch das einzige, was er noch besitzt, die Arbeitskraft und machen ihn so frühzeitig zum Invaliden.“ Mitteilungsblatt 26.5.1932 (21).

<sup>86</sup> Aiblinger Tagblatt 27.2.1932 (40).

<sup>87</sup> Aiblinger Tagblatt 27.8.1931 (164). Zur Finanzlage der Gemeinde s. die Zuschrift im Rosenheimer Anzeiger 17.4.1931 (87).

<sup>88</sup> Vgl. den Schriftwechsel in StAM LRA 56790 u. o. S. 89f.

<sup>89</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendeistein 27./28.7.1931 (169).

Hohn mußte in dieser Situation empfunden werden, daß das Bayerische Ministerium des Innern am 10. 7. 1931 der Gemeindeverwaltung mitteilte, seinen Bemühungen sei es gelungen, bei der Reichsregierung einen Fond für besonders belastete Gemeinden durchzusetzen. In Kürze würden 2 500 RM als zinsloses Darlehen überwiesen<sup>90</sup>. Wiederholt lehnten die Gemeindevertreter die Aufforderungen der Aufsichtsbehörde zur Steuererhöhung ab, und weder die Drohung, der Gemeinde im Weigerungsfall sämtliche Zuschüsse zu sperren, was den unausweichlichen finanziellen Zusammenbruch bedeute, noch beschwörende Worte des Bürgermeisters erwirkten einen Meinungsumschwung. Man werde Hunderte von Erwerbslosen kaum verhungern lassen, war die Antwort des Gemeindegremiums<sup>91</sup>. Nachdem es die Bürgersteuereinführung am 6. 11. 1931 zum drittenmal abgewiesen hatte, setzte das Bezirksamt kraft seiner Aufsichtsfunktion die neuen Abgaben fest. Ein von der Gemeinde beantragter Zuschuß zu einer Kinderpeisung wurde dagegen abgelehnt, so daß die Aktion ersatzlos gestrichen werden mußte<sup>92</sup>.

Der Konfrontationskurs der Gemeindevertreter und eines Großteils der gewerblichen und landwirtschaftlichen Bevölkerung, die ihnen mit Protestversammlungen und Resolutionen den Rücken stärkte<sup>93</sup>, wirkte sich nicht zuletzt nachteilig für die Arbeitslosen Stephanskirchens aus. An größere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war angesichts der katastrophalen Finanzlage und zeitweise gesperrter Zuschüsse kaum zu denken, ein Wasserleitungsprojekt konnte erst mit Landesmitteln durchgeführt werden, nachdem wegen der haarsträubenden hygienischen Verhältnisse in einem Ortsteil Typhus ausgebrochen war<sup>94</sup>. Um die Wohlfahrtserwerbslosen dennoch zu einer Arbeitsleistung heranzuziehen, kam man auf die Idee, die Unterstützungsempfänger sollten ihre seit 1930 gleichbleibenden, kümmerlichen Wochenbezüge von 3,75 RM (Ledige)<sup>95</sup> bei den Landwirten der Gemeinde durch fünfständige Arbeit abgelten. Ein umfassender Einsatz scheiterte mit Ausnahme der Erntezeit jedoch daran, daß in der Landwirtschaft schon längst kein Dienstbotenmangel mehr bestand, zudem die Bauern den zugeteilten Arbeitskräften eher skeptisch gegenüberstanden<sup>96</sup>.

<sup>90</sup> Bayer. Innenministerium an Gemeinde Stephanskirchen 10.7.1931, StAM LRA 56790.

<sup>91</sup> Rosenheimer Anzeiger 31. 10./1. 11. 1931 (251); 7./8. 11. 1931 (257); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 7./8. 11. 1931 (257); Aiblinger Tagblatt 3. 11. 1931 (212); 11. 11. 1931 (218). Vgl. die Zuschriften im Rosenheimer Anzeiger 17. 4. 1931 (87); 16. 9. 1931 (212).

<sup>92</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 16./17. 11. 1931 (264).

<sup>93</sup> Vgl. die Resolution des „Bürgervereins Schloßberg“ v. 3. 10. 1930: „Die... versammelten Gemeindebürger lehnen strikte die neuen... Steuern ab und ersuchen den Gemeinderat, sich nicht in Gegensatz zu den Bürgern zu stellen.“ Rosenheimer Anzeiger 4./ 5. 10. 1930 (229).

<sup>94</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 2./3. 10. 1931 (226).

<sup>95</sup> Die Wochenunterstützung von 3,75 RM setzte sich aus einer Lebensmittelkarte im Wert von 2 RM und 1,75 RM in bar zusammen; Neue Zeitung 5. 3. 1930 (53). Im September 1931 bezogen die 110 Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinde (im Vorjahr: 86) mit ihren Angehörigen ganze 800 RM pro Woche; Zuschrift in Rosenheimer Anzeiger 16. 9. 1931 (212).

<sup>96</sup> Rotes Sprachrohr der Stadt Rosenheim Nr. 2 (März 1932?), Stadtarchiv Rosenheim I A 1/80 II. Das kommunistische Untergrundblatt wertete als Zeichen dafür, „daß hündische Ergebenheit und Heuchelei eine so einträgliche katholische Tugend“ seien, daß „für

Gegen diese im Bereich des Bezirksamts Rosenheim konkurrenzlos niedrigen Unterstützungsleistungen demonstrierten am 9.11.1932 „unter kommunistischer Führung“ rund 100 Wohlfahrtserwerbslose vor der Gemeindekanzlei im Ortsteil Schloßberg und forderten eine Aufstockung auf den ansonsten üblichen Mindest-Wochensatz von 5 RM. Bürgermeister Schmid versprach, bei Bezirks- und Arbeitsamt vorstellig zu werden; von Seiten der Gemeinde könne wegen der jährlichen Mehrausgaben von 12000 RM nichts unternommen werden. Die aufgebrachte Menge wurde schließlich von der Gendarmerie zerstreut<sup>97</sup>. Brachte der Protest auch den ausgesteuerten Arbeitslosen keinen unmittelbaren Erfolg, so hatten sie doch die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden auf die unhaltbaren Verhältnisse in der größten Gemeinde des Bezirksamts gelenkt. Auf Antrag der Rosenheimer Zweigstelle genehmigte das Landesarbeitsamt für die Zeit vom 5.12.1932 bis zum 1.4.1933 den Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfängern Stephanskirchens wie auch ihren Kolbermoorer Kollegen Unterstützungssätze, die auf dem Niveau der Gemeinden über 10000 Einwohnern lagen<sup>98</sup>.

#### *ff) Pocking:*

Doch nicht nur Gemeinden mit größeren Industrie- und Gewerbeansiedlungen sahen sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise mit dem Problem der steigenden Wohlfahrtslasten konfrontiert. Auch mancher ländliche Markttort, als Kleinzentrum Handels- und Handwerksstandort inmitten der bäuerlichen Umgebung, bekam jetzt die Auswirkungen der Agrarkrise und des Konjunkturfuralls zu spüren. Da bei Beginn der Depression in Industrie und Gewerbe Tausende ehemaliger landwirtschaftlicher Dienstboten versucht hatten, in ihre frühere Tätigkeit zurückzukehren, zugleich aber die Landwirte aus Kostengründen begannen, Personal einzusparen, waren selbst in Gebieten wie dem Rottal, wo noch vor kurzem ein chronischer Dienstbotenmangel geherrscht hatte, nun die Arbeitsplätze Mangelware geworden. Nicht wenige der enttäuschten Rückkehrer fluteten in die Zentralorte der Agrargebiete, um dort Arbeit zu suchen oder Nutzen aus dem hier besser organisierten Fürsorgewesen zu ziehen. Sie vermehrten den regelmäßigen Zugang durch ältere Dienstboten, die nur noch schwer an landwirtschaftliche Arbeitgeber zu vermitteln waren und zur Sicherung ihrer Altersversorgung bestrebt waren, noch einige Jahre in gewerblichen Berufen unterzukommen<sup>99</sup>.

Dekoration zum Empfang des Ober-Schafhirten Dr. v. Faulhaber 50 M aus der armen Gemeindekasse“ genehmigt worden seien, anstatt sie für die 3,75 RM – Bürger zu verwenden. Vgl. den Aufruf im Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 29./30.7.1932 (172): „Landwirte! Stellt als Erntehelfer die Arbeits- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in Eurer Gemeinde ein. Ihr leistet damit in sozialer Weise Euren Mitbürgern und der Gemeinde wertvollen Dienst.“

<sup>97</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11.11.1932 (259); Aiblinger Tagblatt 12.11.1932 (219) (teilweise widersprüchliche Meldungen!).

<sup>98</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 13./14.12.1932 (286).

<sup>99</sup> Zu dieser Problematik vgl. ein Gutachten des Arbeitsamts Rosenheim v. 28.6.1928: „S. ist bereits über 50 Jahre alt und landwirtschaftliche Knechte in diesem Alter werden erfahrungsgemäß nicht gerne eingestellt. Jedenfalls ist die Verwendungsmöglichkeit bei Leuten so fortgeschrittenen Alters in der Landwirtschaft nur noch eine beschränkte... Es

„Und sieht man die Herren Wohlfahrtserwerbslosen näher an, es sind lauter abgehalfterte oder gern ausgestandene Bauernknechte, nicht ein Facharbeiter ist darunter“, urteilte deshalb der Pockinger Bürgermeister über die Zusammensetzung dieser von der Ortsfürsorge unterstützten Personengruppe. „Die umliegenden bäuerlichen Gemeinden, die fast keine Umlagen aufzubringen haben, sind auf das liebevollste bemüht, alle zu ihrer Unterstützung heranstehenden Angehörigen nach Pocking abzuschieben“<sup>100</sup>. Zwar war die Belastung des Gemeindeetat Pockings, der größten Gemeinde des Bezirksamts Griesbach, durch die in der Regel weniger als 20 Parteien zählenden Wohlfahrtserwerbslosen vergleichsweise gering, – 1931/32 wurden 6909 RM aufgewendet, für 1932/33 11 000 RM veranschlagt<sup>101</sup> –, doch empfand die Bevölkerung die Fürsorgeausgaben, die erheblich höher als in den nächstgrößeren Gemeinden des Bezirks, Griesbach und Rothalmünster, waren, wohl allein schon deshalb als besonders drückend, weil bislang bei der nahezu unbegrenzten Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft langfristige Arbeitslosigkeit fast unbekannt gewesen war. Zudem war sie im Gegensatz zu den teilindustrialisierten Landstrichen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim hier kein flächendeckendes, sondern ein punktuell Problem, wodurch bei den Bürgern der betroffenen Gemeinde allzuleicht der Eindruck entstand, sie allein seien die Leidtragenden der von ihnen unverschuldeten wirtschaftlichen Krisensituation.

In der Tat überstieg auch in Pocking, allerdings erst ab dem Rechnungsjahr 1931/32, der Zuschußbedarf der Ortsfürsorgekasse die Gesamtsumme der geschrumpften Steuereinnahmen. Die zaghafte Kommunalbesteuerung, – noch im Herbst 1932 wurde die Bürgersteuer im einfachen Landessatz erhoben und erst für 1933 vom Bezirksamt zwangsweise auf 300 % erhöht<sup>102</sup> –, konnte die rückläufigen Überweisungen von Landes- und Reichssteuermitteln nicht kompensieren (Tab. 124).

ist darum begreiflich, daß landwirtschaftliche Arbeiter in diesen Jahren trachten, sich möglichst bald umzustellen, wenn sie nicht mit dem zunehmenden Alter in förmliche Not geraten und der kümmerlichen, ländlichen Armenpflege zur Last fallen wollen ... Leute in so fortgeschrittenem Alter wie S. fügen sich vielfach auch schwer in die Anordnungen eines jüngeren Arbeitgebers und laufen Gefahr, ausgestellt zu werden, und in diesem Falle haben sie nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Es ist eine offensichtliche Härte, alte landwirtschaftliche Dienstboten vom allgemeinen Arbeitsmarkt abzuhalten ...“  
StA Rosenheim VI Qu 2/186.

<sup>100</sup> Bericht zur Fürsorgefrage an BA Griesbach 30. 5. 1933, StALa Rep. 164/6, 4508. Der Bayer. Versicherungskammer teilte der Gemeinderat am 8. 6. 1933 mit, die Wohlfahrtserwerbslosen seien in der Mehrzahl „Bauhilfsarbeiter“; ebd.

<sup>101</sup> StALa Rep. 164/6, 5170. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug:

31. 8. 1932:	19
31. 12. 1932:	18
31. 1. 1933:	16

Ebd. u. Bayer. Statist. Landesamt an BA Griesbach 11. 4. 1933, StALa Rep. 164/6, 5171.

<sup>102</sup> BA Griesbach an Regierung v. Ndb./ Opf. 7. 10. 1932, StALa Rep. 164/6, 5170. Zur Auseinandersetzung zwischen dem Bezirksamt und der Gemeinde Pocking, die sich weigerte, der Bürgersteuererhöhung zuzustimmen, da für das Rechnungsjahr 1931/32 erst zwei Drittel des einfachen Satzes eingegangen seien, Beschwerde bei der Regierung v. Ndb./ Opf. erhob, aber schließlich am 5. 2. 1933 einlenkte, um Gelder aus dem Ausgleichsstock zu erhalten, s. den Schriftwechsel in StALa Rep. 164/6, 4431.

Tab. 124: Steuermittel und Fürsorgelasten der Gemeinde Pocking,  
Rechnungsjahr 1924/25–1932/33 (in RM):<sup>103</sup>

Rechnungsjahr	Einnahmen aus Steuerüberweisungen	Einnahmen aus Gemeindesteuern	Summe der Steuereinnahmen	Zuschußbedarf der Ortsfürsorgekasse
1924/25:	24 288.–	3 184.–	27 274.–	3 252.–
1925/26:	19 004.–	8 502.–	27 506.–	7 708.–
1926/27:	12 176.–	9 065.–	21 241.–	7 937.–
1927/28:	9 571.–	6 389.–	15 960.–	9 364.–
1928/29:	12 705.–	11 106.–	23 811.–	13 933.–
1929/30:	9 617.–	10 844.–	20 461.–	13 034.–
1930/31:	9 337.–	13 140.–	22 477.–	12 374.–
1931/32:	7 401.–	11 061.–	18 462.–	20 688.–
1932/33:	4 590.–	10 735.–	15 325.–	22 422.–

Da der Wohlfahrtserwerbslosenanteil der Gemeindebevölkerung unter der 10‰-Grenze lag, war es nur kurzzeitig möglich, Mittel aus der Wohlfahrtshilfe (15 bzw. 18 RM je Ausgesteuerten pro Monat) zu beziehen<sup>104</sup>. Auch für staatliche Notstandsmaßnahmen reichte der Belastungsgrad Pockings nicht aus, so daß sich die Gemeinde bei der Bewältigung ihrer Fürsorgeprobleme weitgehend auf sich allein gestellt sah.

Hoffnungsvoll wandte sich der neugebildete Gemeinderat im Sommer 1933 an das bayerische Innenministerium und gab der Überzeugung Ausdruck, das Regime werde „die Schäden, die eine überspitzte soziale Gesetzgebung den Gemeinden gemacht“ habe, in Kürze beseitigen<sup>105</sup>. Das Gegenteil war jedoch der Fall: Im Juni 1934 übertrafen die Wohlfahrtserwerbslosenzahlen in der Gemeinde die in der Endphase der Weimarer Republik<sup>106</sup>.

<sup>103</sup> Gemeinderat Pocking an Bayer. Staatsministerium d. Innern, o. Dat. (Juni 1933?). (Abschr. in Schriftwechsel Jos. Höchtl/ Staatssekretär Jos. Stocker), BayHStA MWi 3129.

<sup>104</sup> Stat. Landesamt an BA Griesbach 11.4.1933, StAla Rep. 164/6, 5171. Zum Vergleich: Geschätzter Wohlfahrtserwerbslosenanteil im Jahresdurchschnitt 1932:

Pocking	9‰ der Bevölkerung
Rosenheim	30‰ der Bevölkerung
Stephanskirchen	50‰ der Bevölkerung
Kolbermoor	60‰ der Bevölkerung
Großholzhausen	70‰ der Bevölkerung

<sup>105</sup> „Wenn in einem Orte wie Pocking 60 Familienväter (lt. Volkszählung 475 Haushalte) ohne Verdienst sind, geht der Umsatz in allen Geschäften zurück, sinken unsere Steueranteile. Der Umsatz selbst in den Lebensmittelgeschäften ist seit 1931 mehr als 30% zurückgegangen. Weit und breit steht kein Arbeitsunternehmen von Seiten des Staates oder des Bezirkes in Aussicht, bei dem wir unsere Arbeitslosen unterbringen können. Deshalb ist die Gemeinde Pocking entschlossen, Arbeiten, die sich mit öffentlichen Mitteln finanzieren lassen, ausführen zu lassen, den Arbeitern wieder zu Verdienst zu verhelfen, die Gemeindekasse von den Fürsorgelasten zu befreien und mit den in Angriff zu nehmenden Arbeiten das wieder gut zu machen, was durch das sprunghafte Ansteigen der Fürsorgelasten seit 1925 an öffentlichen Gebäuden u. gemeinnützigen Einrichtungen unterbleiben oder in heute nicht mehr zu verantwortender Weise vernachlässigt werden mußte.“ Gemeinderat Pocking an Bayer. Staatsministerium d. Innern, o. Dat. (Juni 1933?), BayHStA MWi 3129.

<sup>106</sup> Juni 1934: 25 Parteien Wohlfahrtserwerbslose; StAla Rep. 164/6, 5171.

gg) Birnbach:

Wenig spektakulär und daher anhand der erhaltenen Akten und Pressemeldungen kaum nachvollziehbar war die Lage von der Arbeitslosenversicherung nicht unterstützter Erwerbsloser in bäuerlichen Gemeinden fernab von den Industriestandorten mit ihren Erwerbslosenausschüssen, Garküchen und organisierten Hilfsprogrammen. Hier fielen die vereinzelt Arbeitslosen auch zu wenig ins Gewicht, als daß sich staatliche Behörden mit Zuschüssen zu ihrem Unterhalt hätten befassen müssen. Sie waren mit ihren Familien darauf angewiesen, daß Verwandte oder die Heimatgemeinde sie „mitkommen“ ließen und mußten bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuchen, sich durch Aushilfsarbeiten Geld oder Naturalien zu verdienen.

Einen Einblick in die dürftige Lage dieser verstreuten ländlichen Erwerbslosenschicht, die ohne Lobby auf Spenden aus der Gemeinde und Selbsthilfe angewiesen war, vermittelt ein Bericht, den der Bürgermeister von Birnbach im Rottal auf die Beschwerde eines in gemeindlicher Fürsorge stehenden Arbeitslosen hin dem Bezirksamt Griesbach erstattete. Der Unterstützungsempfänger hatte sich beklagt, er habe zum Unterhalt seiner fünfköpfigen Familie im Winter 1931/32 binnen eines Vierteljahrs ganze 25 RM einschließlich des Werts von Lebensmittelbeihilfen erhalten. Eine detaillierte Aufstellung des Gemeindevorstands nennt die vom Ortpfarrer verteilten Barunterstützungen sowie die Lebensmittelzuwendungen für die vier Erwerbslosenfamilien in der Gemeinde von Weihnachten 1931 bis zum 6. 4. 1932:

Tab. 125: Zuwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinde Birnbach, Weihnachten 1931 bis 6. 4. 1932.<sup>107</sup>

	Familie A (4 Personen)	Familie B (3 Personen; Frau verdient in Heimarbeit)	Familie C (4 Personen u. 2 Kostkinder)	Familie D (4 Personen)
<i>Lohn f. Gemeindearbeiten (RM):</i>				
– Straßenarb.:	14.–	–	–	–
– Holzmachen:	6.–	10.–	13.50	8.–
<i>Fürsorge in bar:</i>	30.–	45.–	44.30	46.–
<i>Arbeiterverein (Benefizvorführung f. arbeitslose Mitglieder):</i>	20.–	–	–	–
<i>Naturalien:</i>				
– Roggenmehl:	30 Pfd.	26 Pfd.	40 Pfd.	26 Pfd.
– Weizenmehl:	25 Pfd.	21 Pfd.	30 Pfd.	21 Pfd.
– Markwecken:	1	–	1	1
– Reis:	2 Pfd.	2 Pfd.	4 Pfd.	3 Pfd.
– Maggiwürfel:	ja	–	–	–
– Nudeln:	–	–	1 Pfd.	–
– Fett:	–	4 Pfd.	6 Pfd.	4 Pfd.
– Schmalz:	4 Pfd.	–	–	–
– Fleisch:	1 Pfd.	1 Pfd.	1 Pfd.	1 Pfd.
– Milch:	–	–	24. 12. 1931 – 1. 4. 1932 wöchentlich 1 Liter	–

<sup>107</sup> Der Beschwerdeführer (Familie A) rechnete seine Familie als fünfköpfig, der Bürger-

Nach Angaben des Bürgermeisters erhielten alle Parteien außerdem Fleisch- und Kohlenmarken sowie diverse Kleidungsstücke, einige der Kinder konnten an Schulspeisungen teilnehmen oder wurden von Nachbarn gepflegt. Weitere Einkünfte bezogen die Erwerbslosen aus unentgeltlich zur Verfügung gestellten Kartoffeläckern, die sie bewirtschafteten; auch holten sie sich Brennholz, „die schönsten Stämme“, aus den Wäldern und nutzten jede Chance, Geld zu verdienen, indem sie als Rauhachtssänger herumzogen oder als Ziehharmonika-spieler auftraten.

Energisch wandte sich der Bürgermeister gegen den Vorwurf, Birnbach, eine der wohlhabendsten Gemeinden des Bezirks, helfe den Ausgesteuerten zu wenig. Es sei nur der sparsamen Wirtschaftsführung des Gemeinderats zu danken, daß bislang weder Bier- noch Bürgersteuer hätten erhoben werden müssen. Nicht zuletzt seien die Betroffenen zum Teil selbst am Verlust des Arbeitsplatzes schuld und würden Barleistungen nur vertrinken. Er räumte allerdings ein, die Gesuchsteller würden wohl nicht zuletzt deshalb keine Arbeit finden, weil „ihre Not von der Bevölkerung zu wenig erkannt wird“<sup>108</sup>.

### *c) Hilfe und Selbsthilfe*

Die Weltwirtschaftskrise stürzte damit auch in der Provinz weite Teile der Bevölkerung in weit größere materielle Not, als dies in den entbehrensreichen ersten Nachkriegsjahren der Fall gewesen war<sup>109</sup>. Durch rücksichtslose Aussteuerungspraxis aus der Arbeitslosenversicherung und die mit fortschreitender Krisendauer drastisch gekürzten Unterstützungssätze schritt die Verelendung in erschreckendem Maße voran. Notwendiger denn je war nun Hilfe von privater Seite oder durch karitative Organisationen.

Auf eine erste große Bewährungsprobe wurde die Mildtätigkeit der Bevölkerung im Winter 1928/29 gestellt. Die wochenlange Kältewelle und die damit verbundenen hohen Ausgaben für Heizmaterial und warme Kleidung bei weitverbreiteter Arbeitslosigkeit in den gewerblich-industriellen Kleinzentren machten Sammlungen für besonders Betroffene notwendig. Obwohl die Stadt Rosenheim bereits im Oktober und Januar für jeweils 35 000 RM Brennstoffe und Lebensmittel an notleidende Einwohner verteilt hatte, mußten im Februar weitere 10 000 RM für außerplanmäßige Zuteilungen bereitgestellt werden<sup>110</sup>. Unter dem Motto: „Hilfe für die Frierenden und Hungernden“ rief nun die örtliche Presse zu einer Spendenaktion auf, da die Mittel der ohnehin mit schwerer Etatnot kämpfenden Kommune bereits erschöpft seien:

meister nur als vierköpfig, da eine Tochter einen Dienstplatz in der Landwirtschaft gefunden habe. Gemeinderat Birnbach an BA Griesbach 6. 4. 1932, StALa Rep. 164/6, 5178.

<sup>108</sup> Ebd.

<sup>109</sup> Zur Notlage zu Beginn der zwanziger Jahre vgl. den Bittbrief des Rosenheimer Bürgermeisters Kreuter an einen amerikanischen Gönner 12. 11. 1921, StA Rosenheim VI Qu 2/184.

<sup>110</sup> Rosenheimer Anzeiger 14. 2. 1929 (38).

„Tausende unserer Mitbürger sind ohne Arbeit, Tausenden hat die Inflation die Vermögensgrundlage geraubt, viele Hunderte sind alt und krank und wissen nicht, wie sie mit den Notpennigen ihr Dasein fristen können... Wieviel von öffentlichen Stellen auch getan werden mag, die Not ist zu groß, sie beherrscht heute schon die weitesten Kreise unseres Volkes, vor allem auch den kleinen Mittelstand! Die Ausgaben für Heizung, Kleidung und Ernährung übersteigen selbst in Familien, die sonst keine unmittelbare Not spüren, wesentlich den Voranschlag. Wie viel schrecklicher aber ist das Elend der Arbeitslosen, der Kleinrentner, der wirklich Armen!“<sup>111</sup>

Erbrachte dieser Aufruf noch binnen 14 Tagen das stolze Ergebnis von 4634 RM<sup>112</sup>, so zeigte sich bereits im Herbst 1929, daß die sich bedrohlich zuspitzende Wirtschaftslage nicht nur die Zahl der Bedürftigen anschwellen ließ, sondern auch die Mittel der Spender beeinträchtigte. Als die Erträge der Allerseelenspende, einer traditionellen, von der Stadt initiierten Hilfsaktion, Anfang November verteilt wurden, drängte sich vor dem Wohlfahrtsamt zwar eine „ungeheuer große ... Anzahl“ Menschen, die hofften, Geld oder Sachspenden zu erhalten, doch war das Resultat der Sammlung mit 61 RM in bar, für 12 RM Brot und einem Kleidungsstück gegenüber den Vorjahren beschämend niedrig<sup>113</sup>.

Erst im Winter 1930/31 war die akute Notlage weiter Personenkreise so weit ins Bewußtsein der Bevölkerung vorgedrungen, daß man erkannte, daß Hilfsmaßnahmen über die kommunalen Maßnahmen, herkömmlichen Weihnachtsbescherungen oder die in den Zentralorten bereits seit Anfang der zwanziger Jahre üblichen Kinderspeisungen vorgenommen werden müßten, um einer noch umfänglicheren Verelendung zu steuern. Anfang Dezember riefen die Rosenheimer Pfarrämter, die Stadtverwaltung, Vereine, Gewerkschaften und Verbände, die sich zu diesem Zweck zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten, zu einer gemeinsamen Winterhilfsaktion auf. Allein in der Stadt gebe es 3000 Unterstützungsbedürftige, jeder sechste Einwohner hungere<sup>114</sup>. Sammlungen, Wohltätigkeitsveranstaltungen und wiederholte Presseaufrufe zeitigten bis zum Abschluß der Aktion im April 1931 schöne Erfolge, so daß über 13 500 RM in bar sowie Sachleistungen im Wert von 20 640 RM, darunter 107 Pakete Kleider, 770 Meter Hemdenstoff und 11 Ztr. Fleisch an insgesamt 2652 bedürftige Personen abgegeben werden konnten<sup>115</sup>.

Eine bedeutende Ausweitung der Bemühungen zur Linderung der größten Not brachte der Winter 1931/32. Nun trugen auch Lebensmittelhandel und Konsumverein zur Rosenheimer Winterhilfe bei. Für die Zeit von November 1931 bis März 1932 gab das Wohlfahrtsamt Berechtigungsscheine an Bedürftige aus, d. h. an Personen, deren Einkommen unter dem Satz der gehobenen Fürsorge lag, die bei Einkäufen zur Rabattnahme von 10 % berechtigten. Pro Kopf und Monat konnten je Familie beispielsweise 4 Pfund Fleisch, 3 Pfund Mehl oder für 5 RM Kolonialwaren verbilligt eingekauft werden; für Ledige war nur ein Nachlaß beim Kauf von Brot vorgesehen. Bei einer Berechtigtenzahl von 2500 bis 3300 Personen schätzte man den Wert des Preisnachlasses von Seiten des

<sup>111</sup> Rosenheimer Anzeiger 15. 2. 1929 (39).

<sup>112</sup> Rosenheimer Anzeiger 4. 3. 1929 (53).

<sup>113</sup> „Das sonst so gebefreudige goldene Rosenheimer Herz hat versagt.“ Rosenheimer Anzeiger 2./3. 11. 1929 (253).

<sup>114</sup> Rosenheimer Anzeiger 6./7. 12. 1930 (282); 9. 12. 1930 (283); 10. 12. 1930 (284).

<sup>115</sup> Rosenheimer Anzeiger 25./26. 4. 1931 (94).

Handels auf rund 18000 RM<sup>116</sup>. Andere Gewerbe­zweige schlossen sich den Ver­günstigungs­maß­nahmen an, so die Friseur-Zwangsin­nung, die Erwerbs­losen 40 % Rab­att ein­räumte, wobei wohl das Bestreben im Vor­der­grund stand, selbst wieder zu, wenn auch mageren, Ein­nahmen zu kommen<sup>117</sup>. Mit Naturalien­ver­tei­lungen, außer­plan­mäßigen Finanz­bei­hilfen, Schulspei­sun­gen für 3–400 Kinder und einer kosten­lo­sen Mit­tagssuppe für 200 Per­so­nen unter­stützte die Stadt mit Billigung aller Fraktionen des Stadtrats die Aktion<sup>118</sup>. Finan­ziell besser gestellte Familien wurden auf­ge­ru­fen, einen „regelmäßigen Freitisch für arme Teufel“ ein­zu­rich­ten<sup>119</sup>. In ähnlicher Weise fand das Rosenheimer Winter­hilfs­werk im Winter 1932/33 seine Fort­set­zung und kam wieder in erster Linie den in­zwi­schen 4081 in laufender Fürsorge stehen­den Per­so­nen zu­gute<sup>120</sup>.

Diese Hilfeleistungen von Privatleuten, Vereinen und karitativen Organisationen, die neben uneigennützi­gen Motiven auch den Zweck hatten, eine Radikalisierung der Notleidenden zu verhindern<sup>121</sup>, be­sch­ränkten sich natürlich nicht auf die Stadt Rosenheim. In fast jeder größeren Gemeinde des Untersuchungs­ge­biets, aber vor allem im Industriegürtel an Mangfall und Inn wurden Sammlungen für die Erwerbs­lo­sen durch­ge­führt, Theateraufführungen und Konzert­abende zugunsten notleidender Mitbürger abgehalten, Benefizfußballspiele organisiert, stifteten Rotes Kreuz, Verbände und Gastwirte regelmäßige Mit­tagstische. Die besonders rührige „Arbeiterwohlfahrt“ Bruckmühls, eine aus 17 örtlichen Vereinen zusammengeslossene Aktions­ge­meinschaft, ermöglichte sogar Ferienaufenthalte für Kinder aus Erwerbs­lo­sen­familien<sup>122</sup>.

All diese Bekundungen des festen Willens zu Solidarität und Hilfe lösten jedoch die psychischen Probleme der Erwerbs­lo­sen nicht. Sie sahen sich einer­seits zur Untätigkeit verdammt, andererseits zu Almosenempfängern degradiert. Mehrere Selbstmorde Arbeits­lo­ser in der näheren Umgebung Rosenheims schreckten die Bevölkerung auf und wiesen drastisch auf seelische Belastungen hin, hatten aber außer einem Vorstoß im Stadtrat, Arbeits­lo­sen durch Steuer­er­laß verbilligte Kinobesuche zu ermöglichen, was mit Hinweis auf die ange-

<sup>116</sup> Rosenheimer Anzeiger 17.9.1931 (213); 24.9.1931 (218); 26./27.9.1931 (220); 7.10.1931 (230); 10./11.10.1931 (233).

<sup>117</sup> Aiblinger Zeitung 30.10.1931 (210).

<sup>118</sup> Stadtratssitzung 16.9.1931; Rosenheimer Anzeiger 17.9.1931 (213).

<sup>119</sup> Rosenheimer Anzeiger 18.9.1931 (214). Bereits im Winter 1930/31 war es gelungen, 115 Kinder an private Kostplätze zu vermitteln. 30 Mädchen, 54 Knaben und 20 Erwachsene blieben weiterhin für Kostplätze vorgemerkt; Kolbermoorer Volksblatt 22./23.1.1931 (17); 28.2./1.3.1931 (49).

<sup>120</sup> Rosenheimer Anzeiger 1./2.10.1932 (226).

<sup>121</sup> Vgl. den Spendenaufruf des Winterhilfs-Komitees Haag: „So werden wir wenigstens in unseren Kreisen die unheimlichen Kräfte bannen, die sich in Communismus, Bolschewismus und Gottlosenbewegung auswirken und in Hunger und Not des Volkes ihren Nährboden finden.“ Haager Bote 3.11.1931 (129).

<sup>122</sup> Aiblinger Tagblatt 8.9.1931 (172). Als Beispiel für die vielfältigen Bemühungen in der Gemeinde sei die Uraufführung eines Dramas aus der Feder eines ortsansässigen Marmorarbeiters („Die Rache des Schäfers oder Wiederseh'n auf Schloß Wallenstein“) genannt, das ein zumeist aus Arbeits­lo­sen und Kurzarbeitern bestehendes Ensemble zugunsten der Winterhilfe darbot; Aiblinger Zeitung 7.10.1931 (259). Vgl. ebd., 6./7.1.1931 (4); Aiblinger Tagblatt 1.1.1932 (1); 23.12.1932 (248); Kolbermoorer Volksblatt 26./27.11.1932 (273). Zu den Winterhilfsaktionen in Kolbermoor s. Fleischmann, Bewegte Vergangenheit (StA Kolbermoor), 19ff.

spannte Finanzlage der Stadt abgelehnt wurde<sup>123</sup>, zunächst keine konkreten Auswirkungen. Erst als sich die Stimmen mehrten, die eine sinnvolle Beschäftigung der Erwerbslosen neben den sporadischen Bauprojekten der Gemeinden und Pflichtkursen des Arbeitsamts Rosenheim für junge Arbeitslose im Winter 1930/31, an denen 350 Personen teilnahmen<sup>124</sup>, forderten, da Untätigkeit „zur Charakterlosigkeit“ führe und dem Radikalismus zuarbeite<sup>125</sup>, besann man sich im Herbst 1931 auf weitreichendere Programme zu sinnvoller Unterhaltung und Weiterbildung.

Das Rote Kreuz eröffnete in Rosenheim eine Wärmestube für Frauen, in der Näh- und Hauswirtschaftskurse veranstaltet wurden und ein Radiogerät der Zerstreuung diente<sup>126</sup>. In Zusammenarbeit mit größeren Betrieben im Stadtgebiet startete das Arbeitsamt eine Serie von Fortbildungskursen, die den Arbeitslosen „die Freude am Schaffen“ erhalten und ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß erleichtern sollten. In Werkhalle und Dreherei der stilliegenden Metallwarenfabrik Stumbeck fertigten 40 Metallarbeiter beliebige Werkstücke, in der Werkstatt des ebenfalls geschlossenen Holzverarbeitungsbetriebs Steinbeis bauten 21 Schreiner ein Segelflugzeug, das im Frühjahr 1932 von einer „Erwerbslosenfluggruppe“ benutzt werden konnte. Radiobastelkurse, Schreibmaschinen- und Stenographieunterricht für kaufmännische Kräfte sowie Kochkurse für Hausangestellte vervollständigten das Angebot. Auch Schach- und Musikabteilungen waren vorgesehen. In Außenstellen in Wasserburg und Prien wurden stellenlose Jugendliche in Sammelkursen, die der Berufsschule angegliedert waren, unterrichtet. Auswärtigen Teilnehmern, die auf die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen waren, ersetzte das Arbeitsamt die Fahrtkosten<sup>127</sup>.

<sup>123</sup> Verwaltungssenatssitzung 23.6.1931, Rosenheimer Anzeiger 24.6.1931 (142).

<sup>124</sup> Aiblinger Zeitung 21.3.1931 (66). Die zweimal wöchentlich stattfindenden, insgesamt sechsstündigen Kursveranstaltungen vermittelten Wissen in Stenographie, Maschinenschreiben, kaufmänn. Rechnen, Elektrotechnik, Metall- und Holzbearbeitung und Hauswirtschaft.

<sup>125</sup> Der Vorstand d. Kath. Kasinos Rosenheim, Dr. Golling, am 13.12.1931, der für arbeitslose Jugendliche „Schulunterricht, körperliche Ertüchtigung und Organisation von Arbeit“ forderte. Rosenheimer Anzeiger 14.12.1931 (287). Vgl. die Verlautbarung der Christlichen Gewerkschaften, ebd.: „Die dauernde Arbeitslosigkeit vermehrt das Heer der ewig 21-jährigen, die mit unreifen Schlagworten um sich werfen, brutal werden und dem Radikalismus in die Arme laufen. Ihre Phantasie wuchert und erhält in Kino, Film und Sport reichlich ungesunde Nahrung. Der so mit seiner Umwelt zerfallene Jugendliche wird zwangsläufig asozial, wenn nicht antisozial... Als Gemeinschaftler wird er in der Regel negativ sein (Kommunist usw.).“ S. a. die Anregung der Reg. v. Ndb. 23.2.1931, Arbeitslose sollten in Kursen oder Sportvereinen beschäftigt werden. Die Gemeinden Pocking und Rothalmünster antworteten dem BA Griesbach, das den Wunsch der Regierung weitergab, die meisten der jugendlichen Erwerbslosen seien ohnehin in Sport-, Musik- oder Gesellensvereinen organisiert, Sonderprogramme bestünden z.Zt. nicht. Der Markt Griesbach meldete, nahezu alle Arbeitslosen seien beim Wasserleitungsbau beschäftigt; StAlA Rep. 164/6, 5459.

<sup>126</sup> Rosenheimer Anzeiger 7./8.11.1931 (257).

<sup>127</sup> Erklärtes Ziel war es, „daß der Facharbeiter nicht nur seine Unterstützung bezieht und sich seiner langen Zeit dann ganz überlassen sei, sondern daß sein handwerkliches Können und vor allem die Freude am Schaffen auf der Höhe bleibe. Leichter ist es dann, ihn wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern, leichter für ihn selbst, die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit seelisch durchzuhalten... Allen beruflichen Liebhabereien, allen eigenen Ideen wird Spielraum gegeben. Nur muß jeder Arbeit eine genaue zeichnerische Darstellung

Um für Sympathie für die arbeitslosen Mitbürger zu werben, vor allem aber Vorurteile zu zerstreuen, es handle sich dabei etwa um unfähige, arbeitsscheue oder trunksüchtige Personen<sup>128</sup>, zeigte eine Ausstellung nach Abschluß der Aktion die vielfältigen Ergebnisse der 30 Kurse und Werkkreise, an denen 540 meist jüngere Erwerbslose teilgenommen hatten. Die hohe Zahl von Interessenten – in zwei Tagen 1 000 Personen – symbolisierte das gestiegene Anteilnahme des Publikums an der Erwerbslosenproblematik<sup>129</sup>.

Richtungsweisend für eine mögliche, in Eigenregie betriebene Selbsthilfe der Arbeitslosen wurde aber die Gründung einer Gemeinschaftsküche in Kiefersfelden (BA Rosenheim), der mit am härtesten von Industriestilllegungen und Dauererwerbslosigkeit betroffenen Gemeinde des Inntals. Mit Starthilfe und Zuschüssen von Gemeindeverwaltung, örtlichen Vereinen und karitativen Organisationen, sonst aber in Eigenverantwortung, schlachteten stellenlose Metzger Vieh, das eigene Aufkäufer bei Bauern der Umgebung erwarben, um damit auch die heimischen Landwirte zu unterstützen, bereiteten arbeitslose Köche das Essen zu, wechselten sich die Teilnehmer beim Küchendienst ab. Wurden bei Beginn der Selbsthilfeaktion Anfang November 1931 rund 200 Essensportionen ausgegeben, so waren es nach wenigen Wochen bereits 450 Abnehmer, die zum Preis von 15, später 18 Pfennigen die meist aus Suppe, etwas Fleisch und Gemüse bestehenden Mahlzeiten entgegennahmen. Eine Dependance im Oberaudorfer Dominikanerinnenheim, wo etwa 60 Essen täglich für unterstützungsberechtigte Sensenschmiedfamilien des Kiefersfeldener Ortsteils Mühlbach zubereitet wurden, ergänzte die Volksküche, womit jeder fünfte Gemeindebürger von der Einrichtung profitierte. Bis Weihnachten wurden 16 000 Portionen an Bedürftige verkauft, bei Abschluß der Winterhilfe am 15. 4. 1932 waren es 48 000<sup>130</sup>. Der Erfolg dieser Selbsthilfemaßnahme und die auch im folgenden Jahr anhaltenden Betriebsstilllegungen im Gemeindebereich führten zu einer Wiederholung im Winter 1932/33<sup>131</sup>, doch erregte die Kiefersfeldener Volksküche auch in

mit Kalkulation vorausgehen, die im theoretischen Unterricht durchgesprochen wird. Da arbeitet einer an einem Ofenschirm mit sorgfältiger Stanzarbeit, der andere an einem Blumentisch, an einer Grablaterne, einer sogar an einer Erfindung (riemenlose Skibindung)...“ Rosenheimer Anzeiger 22. 12. 1931 (294). Vgl. 30. 9. 1932 (225); 4. 10. 1932 (228).

<sup>128</sup> Weitverbreitet und wohl nicht immer aus der Luft gegriffen war die Annahme, die Erwerbslosen würden ihre Fürsorgeunterstützungen ohnehin nur vertrinken. So zahlte z. B. die Stadt Wasserburg die Weihnachtzulagen nur den Ehefrauen der Ausgesteuerten aus; Ortsfürsorgeausschuß Wasserburg, Sitzung v. 2. 12. 1932, StA Wasserburg II, Kasten 63, Fach 3, Nr. 5. Einzelne Gemeinden gingen aus dem gleichen Grund zur Zuteilung von Naturalien statt Geld über; Aiblinger Zeitung 6./7. 9. 1931 (204). Vgl. o. S. 298 ff. Gegenteilige Ergebnisse erbrachte eine Umfrage des BA Griesbach v. 1. 4. 1930 auf Weisung der Regierung v. Ndb.: Die Gendarmeriestationen meldeten, nur in Ausnahmefällen werde die Unterstützung verzehrt und verspielt, dann gerauft; StALa Rep. 164/6, 5459.

<sup>129</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 25./26. 5. 1932 (118); 27./28. 5. 1932 (120); 28./29. 5. 1932 (121). Eine ähnliche Ausstellung von Kinderspielzeug, das Erwerbslose mit Unterstützung der Steinbeis-Werke und anderer Sponsoren angefertigt hatten, war in kleinem Rahmen vor Weihnachten 1931 durchgeführt worden; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 12. 1931 (292).

<sup>130</sup> Anzeiger f. Oberaudorf u. Kiefersfelden 14. 11. 1931 (46); 28. 11. 1931 (48); 12. 12. 1931 (50); 25. 12. 1931 (52); detaillierte Endabrechnung: 18. 6. 1932 (25).

<sup>131</sup> Anzeiger f. Oberaudorf u. Kiefersfelden 5. 11. 1932 (45); 14. 1. 1933 (2).

der weiteren Umgebung großes Interesse. Nach ihrem Vorbild entstanden in Aschau im Chiemgau, Stephanskirchen und der Stadt Rosenheim ähnliche Einrichtungen, die den Teilnehmern neben der materiellen Hilfe das Gefühl vermittelten, nicht nur Almosen entgegenzunehmen, sondern selbst und aus eigener Kraft ihre Situation zu verbessern<sup>132</sup>.

<sup>132</sup> Rosenheimer Anzeiger 23.10.1931 (244); 12./13.12.1931 (286); Aiblinger Tagblatt 10.12.1931 (239); 29.10.1932 (210); Inntal-Bote 23.1.1933 (19); 12.4.1933 (87). Eingehende Berichte zur Volksküche Aschau: Chiemgau-Zeitung 17.12.1931 (149); 26.3.1932 (36); 3.5.1932 (51); 14.6.1932 (68); 27.10.1932 (126).



## D. Die politische Entwicklung

### I. Die Provinzpresse als Faktor der politischen Meinungsbildung

#### 1. Die bayerische Presselandschaft zur Zeit der Weltwirtschaftskrise

Im Mai 1932 fanden sich im rechtsrheinischen Bayern – inklusive Nebenausgaben und Kopfblätter – 606 Zeitungen<sup>1</sup>. 80,4 % aller Blätter mit bekannter Auflagenhöhe erschienen mit weniger als 5 000 Exemplaren, ein weitaus höherer Wert als im Reichsdurchschnitt (66,9 %)<sup>2</sup>. Vorherrschend in der „Provinzpresse“<sup>3</sup> war die kleine, noch in handwerklicher Arbeit hergestellte Lokalzeitung, die von Verlagen und Druckereien der Kleinstädte und Markorte aus die eigene Gemeinde wie das nächste Umland mit Nachrichten versorgte.

Das „selbständige“ Lokalblatt bezog seine überregionalen Berichte von Korrespondenz- und Maternbüros und ergänzte sie durch Lokal- und Anzeigenteil. Redaktion, Druck und Verlag wurden nicht selten von einer Person oder einer Familie bewerkstelligt, wozu sich normalerweise noch der Betrieb eines Schreibwarengeschäfts gesellte<sup>4</sup>. Noch einfacher war die Arbeitsweise der „Maternzeitung“. Kleine Verlage, die sich keine aufwendigen Setzmaschinen leisten konnten, bezogen von zentralen Agenturen fertige „Matern“, Formen aus verleimtem Seidenpapier, in die der fertige Satz bereits eingepreßt war. Sie mußten vor Ort nur noch auf das gewünschte Format zusammengestellt, mit Lokalteil und Annoncen kombiniert und mit Blei ausgegossen werden, um die fertigen Druckstöcke zu erhalten<sup>5</sup>. Der wachsende Konzentrations- und Expansionsdruck mittlerer bis großer Verlagshäuser, in Oberbayern vor allem des „Bayerischen Zeitungsblocks“, führte zu einer zunehmenden Umwandlung bisher selbständiger Zeitungen in Nebenausgaben bzw. zur Gründung von Kopfblättern, die, in der leistungsfähigen Druckerei des Stammhauses produziert, nun mit der alten, wenig leistungsfähigen Lokalpresse in Konkurrenz traten<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> Georgii, Statistik, \*28; zur Problematik der statistischen Erfassung der Tagespresse s. ebd., \*17 ff. u. Frei, Provinzpresse, 25, Anm. 57. Frei, ebd., 18 ff., läßt Georgiis problembewußte Arbeit außeracht und kommt unter Berufung auf Kapfinger, Katholische Presse, Laschinger, Bayerische Presse, und Wurstbauer, Lizenzzeitungen, auf auch für die folgenden Aussagen teils stark abweichende Zahlenangaben. Nebenausgaben und Kopfblätter sind in die Statistik einzubeziehen, da sie in der Regel einen eigenen Lokalteil besaßen und damit eigenständig zur Meinungsbildung beitrugen.

<sup>2</sup> Georgii, Statistik, \*25.

<sup>3</sup> Zum Begriff der „Provinzpresse“ vgl. Frei, Provinzpresse, 17 f.

<sup>4</sup> Ein typisches Beispiel im Untersuchungsgebiet: Die Druckerei F. X. Graf, Bad Aibling; vgl. Holzapfel, Wochenblatt, 141 ff.

<sup>5</sup> Wasserburger Anzeiger 1. 3. 1933 (50). Ein typisches Maternblatt: Pockinger Zeitung.

<sup>6</sup> Vgl. Bertkau, Zeitungen, \*11; Naumann, Tageszeitung, 128 ff.

Im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim sowie im Bezirksamt Griesbach ergab sich in den Jahren der ausgehenden Weimarer Republik ein für die Presselandschaft der bayerischen Provinz typisches Bild: In jeder Kleinstadt und fast jedem Marktflecken erschien eine Heimatzeitung, kämpften oft auf kleinstem Raum mehrere Blätter um Anzeigen und Abonnenten. So wurden für Bad Aibling, Kolbermoor, Rosenheim, Wasserburg und Griesbach nebst Umgebung jeweils zwei Zeitungen (spezielle Partei- und Verbandsorgane nicht mitgerechnet) herausgegeben, von denen die „Aiblinger Zeitung“ (\*1924), das „Kolbermoorer Volksblatt“ (\*1928) sowie das „Wasserburger Wochen-“ bzw. „Tageblatt“ (\*1929) Gründungen neueren Datums waren. Zu ihnen gesellten sich im Herbst 1932 noch der „Aiblinger Anzeiger“ und das „Wasserburger Volksblatt“. Insgesamt 22 aktuelle Blätter mit Zeitungseigenschaften versorgten zwischen Herbst 1929 und Frühjahr 1933 unser Untersuchungsgebiet<sup>7</sup>, so daß man für den ländlichen Bereich – zumindest quantitativ – „kaum von einer publizistischen Unterversorgung sprechen“ (Frei) konnte<sup>8</sup>.

Welche politische Richtung verbarg sich nun hinter der Flut der „Anzeiger“, „Tagblätter“ und „Nachrichten“? Auffallend war die ausgeprägte parteipolitische Fixierung der bayerischen Presse. Gaben im Mai 1932 nur 22,1 % der Verleger im Deutschen Reich an, ihre Zeitung stehe einer bestimmten Partei nahe, so waren es im rechtsrheinischen Bayern 40,3 %, was den höchsten Wert der deutschen Länder vergleichbarer Größe bedeutete. Allein 27,5 % der nachgewiesenen Zeitungen Bayerns (ohne Rheinpfalz) sahen dezidiert die BVP als Grundlage ihrer politischen Einstellung<sup>9</sup>, wobei ein beträchtlicher Teil der mit „bürgerlich“, „rechtsgerichtet“ oder „katholisch“ antwortenden Herausgeber wohl zusätzlich als zumindest BVP-freundlich einzustufen ist<sup>10</sup>.

Die politische Konstellation der Presse des Untersuchungsgebiets im Frühjahr 1932 zeigt Tabelle 126. Mit sechs parteinahen Presseorganen von zu diesem Zeitpunkt 19 aktuellen Publikationen, Wochen- oder Tageszeitungen, also 31,7 %, war die Basis der Partei zur Einflußnahme auf die Meinungsbildung hier zwar gefestigter als im bayerischen Landesdurchschnitt rechts des Rheins (27,5 %), lag aber weit unter dem Mittelwert der altbayerischen Presselandschaft, wo 109 der 293 Blätter (37,2 %) zur größten Regierungspartei tendierten; dabei war allerdings ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle der BVP-Blätter von der Oberpfalz (52,6 %) über Niederbayern (34,8 %) nach Oberbayern (30,1 %) festzustellen<sup>11</sup>. Fiel bei dieser Konstellation den übrigen Parteien, auch dem Bayerischen Bauernbund mit 22 sympathisierenden Zeitungen in Alt-

<sup>7</sup> S. Tab. 126; dazu kamen der „Landvolk- und Mittelstandsbote“ als Vorläufer des „Kampf um Heimat und Scholle“, der „Aiblinger Anzeiger“ und das „Wasserburger Volksblatt“, die zum Zeitschnitt der Tabelle noch nicht erschienen. Nicht berücksichtigt wurde die reine Vereinspresse, etwa die „Rosenheimer Mieterzeitung“.

<sup>8</sup> Frei, Provinzpresse, 23.

<sup>9</sup> Georgii, Statistik, \*24. Keine Angaben machten 8,7 % der bayerischen (ohne Rheinpfalz) und 7,8 % der reichsdeutschen Zeitungen. Knapp zur BVP-Presse: Schönhoven, Bayer. Volkspartei, 84 ff.; vgl. Groth, Zeitung, 462 ff.

<sup>10</sup> Groth, Zeitung, 561, sieht eine „fast restlose Identität der ‚katholischen Presse‘ mit der Presse des Zentrums, in Bayern der Bayerischen Volkspartei“. Differenzierter: Kapfinger, Struktur, 211 ff.; ders., Zeitungen, 315 ff.

<sup>11</sup> Errechnet aus: Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24 ff.

Tab. 126: Die Presse des Untersuchungsgebiets, Frühjahr 1932: <sup>12</sup>

Zeitung	Auflage	Selbsteinschätzung	Zuordnung	wöchentl. Erscheinen
Rosenheimer Anzeiger	8000	parteilos	rechtsbürgerlich	6 ×
Rosenheimer Tagblatt Wendelstein	5700	BVP		6 ×
Kolbermoorer Anzeiger.	–	NA Rosenheimer Anzeiger		6 ×
Kolbermoorer Volksblatt	–	NA Rosenheimer Tagblatt		6 ×
Illustrierte Sonn- tagszeitung	–		katholisch	1 ×
Mitteilungsblatt d. ADGB Rosenheim	–	ADGB	SPD	1 ×
Kampf um Heimat u. Scholle	–		Organ der Neuen Bauernbewegung	1 ×
Inntalbote	–	NSDAP		6 ×
Anz. f. Oberaudorf u. Kiefersfelden	850	bürgerlich		1 ×
Aiblinger Tagblatt	1420	rechtsstehend o. Parteibindung		5 ×
Aiblinger Zeitung	–	rechtsstehend bürgerlich	Bayer. Zeitungsblock	6 ×
Chiemgau-Zeitung	–	BVP	DNVP-Affinitäten	3 ×
Wasserburger Anzeiger	2600	rechtsstehend bürgerlich	Bayer. Zeitungsblock	6 ×
Wasserburger Wochenblatt	–	BVP		4 ×
Haager Bote	1900		BVP	3 ×
Bayerischer Volksbote	–	BBMB		6 ×
Rottaler Zeitung	–	BVP		6 ×
Rotthalmünsterer Tagblatt	–	NA d. Bayerischen Volksboten		6 ×
Pockinger Zeitung	–		rechtsstehend o. Parteibindung	1 ×

bayern <sup>13</sup>, nur eine Außenseiterrolle zu, so war doch die Möglichkeit für andere politische Gruppen nicht zu unterschätzen, über die „neutrale“ Presse, die mit 44,5 % der altbayerischen Tagespublikationen die zahlenmäßig gewichtigste Gruppe bildete und die Verhältniszahl des rechtsrheinischen Bayern (35,3 %) deutlich übertraf <sup>14</sup>, Einfluß auf die Leserschaft zu gewinnen. Meist handelte es sich dabei um kleine Provinzblättchen, die für ihre Lokalberichterstattung auf von freien Mitarbeitern, Vereinen und Parteien eingesandte Nachrichten angewiesen waren und sich außerdem aus wirtschaftlichen Gründen keine Partei-

<sup>12</sup> NA = Nebenausgabe. Angaben zu Auflage u. politischer Selbsteinschätzung nach Hbd. d. Tagespresse 1932, 24 ff. Der Zeitschnitt wurde im Frühjahr 1932 angesetzt, da zu diesem Zeitpunkt das breiteste Spektrum an Presseerzeugnissen erfaßt werden konnte.

<sup>13</sup> Errechnet aus ebd.; außerdem gaben 3 Zeitungen „Bauern- u. Mittelstand“ als politische Zielrichtung an. Zur BBMB-Presse kurz Bergmann, Bauernbund, 27 f.

<sup>14</sup> Errechnet aus: Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24 ff.; Georgii, Statistik, \*24.

nahme leisten konnten<sup>15</sup>. Gerade dadurch boten sie aber den verschiedensten politischen Richtungen, wenn es sich nicht gerade um die geächtete KPD handelte, Artikulationsmöglichkeiten, die nicht zuletzt die NSDAP fleißig zu nutzen suchte<sup>16</sup>.

Da die Provinzpresse in ihrer engen Verbindung und Vertrautheit mit der lokalen Situation, der Registrierung der „Äußerungen der ereignisarmen ländlichen Erscheinungswelt“ (Borsdorff)<sup>17</sup>, ihrem Beitrag zum Meinungsbildungsprozess und damit als politischer Faktor eine der wichtigsten Quellen regionalgeschichtlicher Forschung darstellt, scheint es unerlässlich, die Presseerzeugnisse des Untersuchungsgebiets und ihre Ausrichtung kurz darzustellen.

## 2. Die Provinzpresse

### a) Die „bürgerlichen“ Zeitungen

Tonangebend im Pressewesen der oberbayerischen Provinz war der „Bayerische Zeitungsblock“, unter dessen zentraler Leitung im „Münchner Buchgewerbehäus M. Müller und Sohn“ seit 1923 über ein Dutzend regionale Blätter zusammengeschlossen waren<sup>18</sup>. Ihr Status ging über den reiner Nebenausgaben hinaus, da am jeweiligen Ausgabeort eigene Lokalredaktionen arbeiteten und der örtliche Geschäftsführer oder Druckereihinhaber meist als Miteigentümer fungierte<sup>19</sup>. Der Zeitungsblock verfolgte einen bürgerlichen Rechtskurs mit antirepublikanischen, nationalistischen und oberflächlich katholischen Elementen, ohne sich dabei in direkte Abhängigkeit einer Partei zu begeben<sup>20</sup>, aber dennoch in spürbarer Opposition zur bestimmenden Kraft der bayerischen Politik, der BVP<sup>21</sup>. Dabei verspürten die Herausgeber keine Berührungängste mit rechtsterroristi-

<sup>15</sup> Nicht schlüssig scheint die These Starkullas, Verband, 38, es sei „für kleine Heimatblätter einfach eine Existenzfrage“ gewesen, „einer Partei Gefolgschaft zu leisten und den Großteil der anders orientierten Leser zu riskieren“.

<sup>16</sup> Vgl. Pockinger Zeitung 31.3.1932 (38): „Nachdem es uns als nur Lokalblatt, das die Interessen seiner gesamten, politisch verschiedenartig eingestellten Leserschaft zu wahren hat, nicht möglich ist, nur eine Partei zu Wort kommen zu lassen, haben wir uns, dem Beispiel anderer Provinzzeitungen folgend, entschlossen, den Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) freien Meinungs-austausch in beschränktem Maße in unserer Lokalzeitung zu gewähren“. Strauß, Fürth, 452 f, urteilt über die destruktive Einstellung der „überparteilichen Presse“ Fürths zur Demokratie: Sie habe „in erheblichem Umfange mitgewirkt am Untergang der Weimarer Republik und beigetragen zum Aufstieg der NSDAP.“

<sup>17</sup> Borsdorff, Landwirtschaft, 12.

<sup>18</sup> Piepenstock, Tagespresse, 132, nennt 16 angeschlossene Blätter, deren Zahl bis zum Frühjahr 1932 auf 19 anwuchs; vgl. Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24 ff.

<sup>19</sup> Piepenstock, Tagespresse, 132 f.; Wurstbauer, Lizenzzeitungen, 8.

<sup>20</sup> Vgl. Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24 ff.: Von 19 Zeitungsblock-Ausgaben bezeichneten sich 16 als „rechtsbürgerlich“, 3 als „national“.

<sup>21</sup> „Ihre Tendenz ist zwar in einem sehr allgemeinen, oberflächlichen Sinne katholisch, zeigt sich jedoch gleichzeitig von der Tatsache maßgebend beeinflusst, daß sie in der Verlagsdruckerei des ‚Völkischen Beobachters‘ hergestellt werden“, urteilte das „Berliner Tageblatt und Handelszeitung“, 1.4.1932 (154), über die Blätter des Zeitungsblocks. Sie seien „eine starke Konkurrenz“ der BVP-nahen Presse „in diesem an sich streng und einheitlich katholischen Gebiet“.

schen Kreisen, wie etwa ein vom Zeitungsblock verbreiteter Artikel des berüchtigten Kapitän Ehrhardt unterstreicht<sup>22</sup>.

Geprägt war diese Ausrichtung von Chefredakteur Klaus Eck, der zusammen mit Ludwig Thoma, Dietrich Eckardt und unter Mitarbeit der antirepublikanischen Literaten und Leiter des Rosenheimer Gymnasiums, Eduard Stemplinger und Josef Hofmiller, den „Miesbacher Anzeiger“ zu überregionaler Bedeutung geführt hatte<sup>23</sup>; sie wurde nach Ecks Tod im Jahr 1929 von BVP-Mitglied Dr. Conrad Adlmaier auf gleicher Linie, abgesehen von einem kleinen Schwenk zur BVP vor der Reichstagswahl 1930<sup>24</sup>, weiterverfolgt. Schon im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl 1932 zeichnete sich jedoch eine zunehmende Affinität zur NSDAP ab. Die Münchner Zentralredaktion übte betonte Neutralität, und Hauptschriftleiter Adlmaier empfahl den Lesern, „nach ihrem Gewissen“ zu wählen, ohne, wie die übrige bürgerliche Presse Bayerns, Hindenburg klar zu favorisieren<sup>25</sup>. Dieses Verhalten entsprang wohl nicht zuletzt der engen geschäftlichen Bindung Müllers an die NSDAP, da sein Verlagshaus auch den expandierenden „Völkischen Beobachter“ druckte<sup>26</sup>.

Erbost warf daraufhin der „Bayerische Kurier“<sup>27</sup> der Zeitungsblockpresse vor, nicht unwesentlich zu den Stimmengewinnen der Nationalsozialisten beigetragen zu haben, was klar am guten Abschneiden Hitlers in ihrem Verbreitungsgebiet abzulesen sei. In kulturpolitischer Indifferenziertheit unterlasse sie nicht

<sup>22</sup> „Des Bauern Notrecht“ erschien im zentral zusammengestellten Teil am 15. 5. 1929 (112).

<sup>23</sup> Kirmayer, Miesbacher Anzeiger, 116 f.; Kuppelmayr, Tageszeitungen, 1157 f. Volk, Thoma, 450 ff. Stemplinger unterrichtete seit 1920, Hofmiller seit 1925 in Rosenheim. Sie waren Rektor bzw. Konrektor des Gymnasiums.

<sup>24</sup> Vgl. seinen Leitartikel „Die Stunde schlägt“, Aiblinger Zeitung etc. 13. 9. 1930 (211): 6 der 24 Parteien erfüllten die „nationalen“ Forderungen, gegen internationale Kultur-, Gott- und Heimatlosigkeit schütze jedoch nur eine Partei, „die selber schollenfest in bayerischer Erde und Geschichte verwurzelt ist“.

<sup>25</sup> Aiblinger Zeitung etc. 12. 3. 1932 (60). Zur Neutralitätshaltung der Münchner Presse vgl. Hamilton, Who voted for Hitler, 153 ff.

<sup>26</sup> Frei, Provinzpresse, 137; Kirmayer, Miesbacher Anzeiger, 179 f. Die schwankende Haltung des Zeitungsblocks beleuchtet ein Bericht des OCBV-Direktors Michael Melchner an Heimatschutzführer Georg Escherich v. 21. 3. 1932:

„Baron Hirsch, der Vorsitzende der Bayer. Volkspartei von Oberbayern und meine Wenigkeit hatten am letzten Freitag mit Herrn Müller, dem Besitzer der Blockpresse eine Aussprache und haben die Zusage erhalten, daß bei der Hindenburgwahl Artikel von uns aufgenommen werden und auch Inserate. Im übrigen will Müller, der sich zur Volkspartei bekennt, aber mit Hitler befreundet ist und zwar seit langen Jahren, sich neutral verhalten. Dagegen hat uns Müller versprochen, daß er bei der kommenden Landtagswahl sein Blatt der Bayerischen Volkspartei zur Verfügung stellt, da er angibt, als Bayer muß die Bayer. Volkspartei stark bleiben und stark werden.“

Herr Dr. Adlmaier, der seinerzeit mit Erlaubnis der Partei als Nachfolger von Klaus Eck dessen Stelle übernahm, hat einen schweren Standpunkt als Redakteur der Blockpresse. Müller hat von den Nat. Sozialisten einen Druckauftrag für die Wahlpropaganda Hitlers über 150 000 M erhalten, während er von der anderen Seite keinen Pfennig für Druckaufträge erhielt. Müller müßte, wie er angibt, die Hälfte seiner Belegschaft entlassen, wenn ihm die nat. soz. Druckaufträge entzogen würden und er von unserer Seite hierfür keinen Ersatz bekäme. An der Gesinnung Dr. Adlmaiers ist nicht zu zweifeln.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/I, Akt 5.

<sup>27</sup> Zur Stellung des Bayer. Kuriers als inoffizielles BVP-Organ s. Groth, Zeitung, 463.

nur, den Nationalsozialismus zu bekämpfen, sondern fördere ihn sogar nach Kräften<sup>28</sup>. Adlmaier wies die Angriffe zurück, ohne sich aber dabei von der NSDAP zu distanzieren<sup>29</sup>, und weigerte sich weiterhin, dem Druck seiner Partei nachzugeben, die wohl gehofft hatte, über ihn Einfluß auf die politische Ausrichtung des Presseblocks nehmen zu können. Bei Hitlers Machtergreifung wurde der Hauptschriftleiter dennoch entfernt; die endgültige Korrektur des Kurses der angeschlossenen Blätter und ihre Umwandlung zu parteiamtlichen Organen war nur mehr eine Formsache<sup>30</sup>.

Zwei Ausgaben des Zeitungsblocks finden sich in unserem Untersuchungsgebiet: Die „Aiblinger Zeitung“, die seit 1924 mit dem alteingesessenen „Aiblinger Wochenblatt“ in Konkurrenz getreten war, sowie der „Wasserburger Anzeiger“, der sich als traditionsreiche Lokalzeitung (gegründet 1839) der überregionalen Vereinigung angeschlossen hatte. Beim Vergleich beider Blätter zeigt sich der relativ große Freiraum, der den örtlichen Zeitungsmachern dank ihrer Teilhaberschaft bei der Gestaltung „ihrer“ Ausgabe innerhalb des Zeitungsblocks verblieben war. Während Redakteur Peter Oppenrieder, ab 1931 Heimatschutz-Bezirksleiter<sup>31</sup>, in Bad Aibling einen unverbindlich-rechtsbürgerlichen Anpassungskurs an die gerade herrschenden Verhältnisse steuerte und problemlos ins Dritte Reich fand<sup>32</sup>, in dem sein Blatt als mit Abstand auflagenstärkste Zeitung zum unumstrittenen Meinungsführer des Bezirks avancierte<sup>33</sup>, trat der „Wasserburger Anzeiger“ unter Lokalredakteur Fridolin Keller nachdrücklich für die Interessen der Bayerischen Volkspartei ein und gewährte ihren Wahlkreisabgeordneten des Land- und Reichstags, Irl und Diernreiter, bereitwillig Raum für ausgiebige Beiträge<sup>34</sup>.

Bestes Beispiel der eindeutigen politischen Stellungnahme bieten die Zeitungsausgaben vor der Reichstagswahl 1930, in denen die BVP im Lokalteil reichlich Platz für Parteienachrichten, Veranstaltungshinweise und Wahlaufrufe erhielt, während bei Erscheinen von Annoncen anderer Gruppen ausdrücklich darauf verwiesen wurde, ihr Inhalt würde sich „in keiner Weise“ mit den Ansichten der Redaktion decken<sup>35</sup>. Noch am Wahltag konnte Keller im Wasserburger Standquartier der BVP den Dank seiner Parteifreunde entgegennehmen<sup>36</sup>, und

<sup>28</sup> Bayer. Kurier 16. 3. 1932 (76); 31. 3. 1932 (91).

<sup>29</sup> Aiblinger Zeitung etc. 22. 3. 1932 (67).

<sup>30</sup> Adlmaier erwarb nach seiner Demission das „Traunsteiner Tagblatt“, konnte sich aber trotz Anpassung und späterem Eintritt in die NSDAP nur kurze Zeit als Verleger halten. Frei, Provinzpresse, 226 ff.; Kirmayer, Miesbacher Anzeiger, 177 ff.

<sup>31</sup> Aiblinger Zeitung 9. 1. 1932 (6).

<sup>32</sup> Vgl. seine Anzeige gegen den Schriftleiter des „Rosenheimer Tagblatt Wendelstein“, der heimliche Auslandskontakte pflege; Oppenrieder an Polit. Polizei 18. 10. 1933, StAM Staatsanwaltschaften 15730.

<sup>33</sup> Auflagenzahl der Presse des Bezirksamts Aibling im 1. Vierteljahr 1934: Aiblinger Zeitung 2260, Aiblinger Tagblatt 785, Kolbermoorer Anzeiger 800, Kolbermoorer Volksblatt 300 Exemplare; BA Aibling an Polit. Polizei 12. 7. 1934, StAM LRA 47 039.

<sup>34</sup> Allein 1929 fanden sich 5 größere Artikel Irls, dazu ein Bildbericht zu seinem 70. Geburtstag, und zwei Diernreiters, der u. a. den Bauernbund scharf attackierte; Wasserburger Anzeiger 9. 7. 1929 (156). Um diesen nicht ganz zu vergraulen, wurde auch dem BBMB-Abgeordneten Mang Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, allerdings nur zum unverfänglichen Thema „Hagelversicherung“; Wasserburger Anzeiger 9. 5. 1930 (106).

<sup>35</sup> Wasserburger Anzeiger 4. 9. 1930 ff.

<sup>36</sup> Wasserburger Anzeiger 16. 9. 1930 (213).

die Ortsgruppe rief alle Mitglieder dazu auf, den „Anzeiger“ als heimische Parteipresse durch Druckaufträge und Abonnements zu unterstützen<sup>37</sup>. Damit hatte sich Keller jedoch wohl zu weit von der Linie der Münchner Zentrale entfernt. Zum Bedauern der Wasserburger BVP wurde er zum 1. 4. 1932 gegen den parteipolitisch zurückhaltenderen Dr. Ludwig König ausgetauscht<sup>38</sup>. Das Blatt, das trotz seiner Zugehörigkeit zum Zeitungsblock als „katholisch“ galt<sup>39</sup>, setzte seine Parteibindung jedoch auf lokaler Ebene, nur in etwas eingeschränktem Rahmen, bis zum Ende der Weimarer Republik fort. König avancierte 1933 zum Pressebeauftragten der NSDAP im Kreis Wasserburg<sup>40</sup>.

Bedeutendste selbständige Tageszeitung des Untersuchungsgebiets war der „Rosenheimer Anzeiger“, mit einer Auflage von 8000 Stück<sup>41</sup> nach eigener Einschätzung „Bayerns größte und meistgelesene Provinzzeitung“<sup>42</sup>. Unter seinem protestantischen Herausgeber Wilhelm Högner verfolgte er eine deutlich vom katholisch-volksparteilichen Konkurrenzblatt abgesetzte, deutschnational-rechtsbürgerliche bis liberale Linie, die auch den „Kolbermoorer Anzeiger“, eine kaum veränderte Nebenausgabe, prägte. Während Hauptschriftleiter Hans Mittl auch nach Högners Tod im August 1931 und der engeren Bindung an die Mutterfirma, die Rosenheimer Papierfabrik Niedermayr, im politischen Teil weiter parteilich ungebundene bürgerliche Politik betrieb, etwa vehement für die Wiederwahl Hindenburgs warb<sup>43</sup>, das „gemäßigte und damit vernünftige Bürgertum“ zu einer „gut bayerischen“ Stimmabgabe animierte und Radikalismus jeder Couleur ablehnte<sup>44</sup>, tendierte der Lokalteil unter Redakteur Hans Birling zusehends zu den Nationalsozialisten. Wurden Waffenfunde bei Kommunisten der Umgebung auch bis ins Detail ausgebreitet<sup>45</sup>, so widmete er ähnlichen Affären der örtlichen NSDAP höchstens kurze, lapidare Meldungen und vermied nach Möglichkeit, die Namen der Schuldigen zu nennen<sup>46</sup>. Daneben kündigte die Lokalredaktion eine Artikelserie aus der Feder des englischen Hauptmanns und NS-Wanderredners Vivian Stranders nach dessen erfolgreichem Auftritt in der Innstadt an<sup>47</sup>, die aber dann, wohl nach Einspruch des Chefredakteurs, unterblieb. Unwiderrprochen konnte der Rosenheimer ADGB schließlich behaupten, der „Anzeiger“ betreibe „nationalsozialistisch verseuchte Politik“ und entnehme bei seiner Berichterstattung ganze Passagen unkommentiert dem „Völkischen

<sup>37</sup> Wasserburger Anzeiger 21./22. 9. 1930 (218).

<sup>38</sup> Wasserburger Wochenblatt 27. 4. 1932 (49).

<sup>39</sup> Nach Kapfinger, Zeitungen, 328; ders., 316, relativiert seine Zuordnung (1932) dahingehend, daß sich in seiner Auflistung auch Blätter befänden, „die lediglich namenskatholisch in einer katholischen Gegend sind, die sich geschäftlich in einer Zeit des Übergangs und der Entscheidung dadurch am besten zu behaupten meinen, daß sie den Entscheidungen ausweichen“.

<sup>40</sup> „Kreisorganisation der NSDAP“, Haager Bote 1. 8. 1933 (89).

<sup>41</sup> Jb. d. Tagespresse 1930, 84.

<sup>42</sup> Lt. Zeitungskopf. Knapp zur Rosenheimer Pressegeschichte: Steinbeisser, Presse, 126 f.

<sup>43</sup> Rosenheimer Anzeiger 12./13. 3. 1932 (60); 9./10. 4. 1932 (81).

<sup>44</sup> Rosenheimer Anzeiger 5./6. 11. 1932 (255).

<sup>45</sup> Z. B. Rosenheimer Anzeiger 6./7. 12. 1930 (282); 19. 8. 1931 (188).

<sup>46</sup> Rosenheimer Anzeiger 12. 1. 1932 (8) f.

<sup>47</sup> Rosenheimer Anzeiger 15. 1. 1932 (11). Zu Stranders s. N. d. Polizeidirektion München 95 (4. 12. 1930), BayHStA MA 101235/3. Die NSDAP entzog ihm im Februar 1932 die Redebefugnis; ebd., 109 (22. 2. 1932).

Beobachter“. Es sei klüger, statt des vorgeblich neutralen „Anzeigers“ gleich die BVP-Zeitung „Tagblatt Wendelstein“ zu beziehen<sup>48</sup>.

Ohne Einschränkungen überstand der „Rosenheimer Anzeiger“ die politischen Umwälzungen, doch tauschten im Dezember 1933 Hauptschriftleiter und Lokalredakteur „auf Grund gegenseitiger Vereinbarung“ die Posten<sup>49</sup>.

Das katholische Pressewesen in und um Rosenheim vertrat das „Tagblatt Wendelstein“, mit einer Auflage von 5 700 Exemplaren (1930)<sup>50</sup> die „größte parteipolitische Tageszeitung des bayerischen Oberlandes“<sup>51</sup>. Als Gegengewicht zur liberalen Berichterstattung des „Rosenheimer Anzeigers“ zur Zeit des Kulturkampfes vom „Katholischen Kasino“ der Stadt 1870 gegründet und zunächst von einem Geistlichen herausgegeben, avancierte es gegen Ende des Jahrhunderts zu einer erfolgreichen Tageszeitung. Nebenausgaben in Markt Schwaben, Isen und Perlach fielen jedoch dem Zeitungssterben während des Ersten Weltkriegs zum Opfer<sup>52</sup>. Nach der Revolution agierte das Blatt mit etwa 1800 Abonnenten<sup>53</sup> glücklos im Schatten des größeren Lokalkonkurrenten, bis die Gründung eines „Kirchenzeitungsverlags“ 1925 neue Expansionsmöglichkeiten erschloß.

Dreizehn regionale „Kirchenzeitungen“, von Geistlichen des jeweiligen Pfarrsprengels gestaltet und herausgegeben, überzogen nun das östliche Oberbayern zwischen Tegernsee und Erding, Berchtesgaden und Holzkirchen. Um den Kauf der Blätter schmackhafter zu machen, war den Pfarrmitteilungen eine „illustrierte Sonntagszeitung“<sup>54</sup> vorgespannt, die neben Heimatberichten und Unterhaltung mit Bildmaterial aus dem Verbreitungsgebiet die Berichterstattung der Lokalpresse, die ja meist nur von Maternbüros bezogene Abbildungen überregionaler Ereignisse zu bieten hatte, ergänzte. Daneben fanden sich regelmäßige Beilagen für die bäuerliche Bevölkerung sowie eine politische Wochenrückschau, die in sehr gemäßigter Weise die Ereignisse der Vorwoche kommentierte.

Federführend bei der Ausweitung des kirchlichen Einflusses in diesem vom „Katholischen Preßverein“<sup>55</sup> nur unzureichend bearbeiteten Gebiet war Heinrich Bergmann, Redakteur des „Tagblatt Wendelstein“ und seit 1926 Teilhaber des Verlags<sup>56</sup>, der nun daran ging, das etwas marode Unternehmen mit Hilfe von Klerus und Volkspartei zu sanieren. Zunächst schien es ihm geboten, sich der tätigen Unterstützung der BVP zu versichern, die zwar das „Tagblatt“ als ihr offizielles Rosenheimer Sprachrohr anerkannte, aber daneben mit einer Verbindung

<sup>48</sup> Mitteilungsblatt 24. 3. 1932 (12); 17. 3. 1932 (11): „Die Sympathien des Rosenheimer Anzeigers für den Nationalsozialismus sind so auffällig, daß sie selbst der merkt, der von Politik ganz wenig versteht.“ Vgl. ebd. 21. 7. 1932 (29), 13. 10. 1932 (41).

<sup>49</sup> Rosenheimer Anzeiger 9./10. 12. 1933 (283).

<sup>50</sup> Jb. d. Tagespresse 1930, 84.

<sup>51</sup> Lt. Zeitungskopf.

<sup>52</sup> Redakteur Bergmann an den BVP-Landtagsabg. Breitenbach 19. 11. 1930; StAM Staatsanwaltschaften 15730.

<sup>53</sup> Verhörs-Protokoll Bergmann 13. 11. 1934; ebd.

<sup>54</sup> Bis 1927 unter dem Titel „Am Sonntag“; zur Funktion der weitverbreiteten kath. Sonntagsblätter als „Zeitschrift des kleinen Mannes und damit der Massen“: Helfrich, Sonntagsblatt, 279 ff.

<sup>55</sup> Zum Kath. Preßverein, der 1927 an 12 bayer. Verlagen mit 22 Zeitungen beteiligt war, s. Piepenstock, Tagespresse, 135f; Groth, Zeitung, 463 ff.

<sup>56</sup> S. o. Anm. 53.

mit dem auflagenstärkeren „Anzeiger“ liebäugelte<sup>57</sup>. Dagegen half die sich anbahnende enge Zusammenarbeit Bergmanns mit dem Volkspartei-Landtagsabgeordneten des Rosenheimer Wahlkreises, Franz X. Breitenbach. Dieser organisierte Druckaufträge für den Verlag und steuerte Artikel und Versammlungsberichte bei, erhielt im Gegenzug finanzielle Zuwendungen und Wahlkampfunterstützung, etwa in Form der Überlassung eines Firmenwagens zu Versammlungsfahrten, und geriet im Laufe der Zeit immer mehr in den Einfluß Bergmanns<sup>58</sup>.

Nachdem der Erfolg der „Sonntagszeitung“, die nach knapp zwei Jahren eine wöchentliche Auflage von 15 000 Exemplaren aufweisen konnte und 1930 mit 28 000 Stück ihre höchste Verbreitung erreichte<sup>59</sup>, ein finanzielles Fundament für weitere Aktionen bereitet hatte, versuchte der rührige Bergmann, den politischen Einfluß seiner Blätter weiter auszubauen, wozu vor allem die Ausweitung des Tageszeitungsabsatzes geeignet schien. Im Herbst 1928 trat er in Verhandlungen mit dem ehemaligen Chiemgauer BVP-Landtagsabgeordneten Dr. Zahnbrecher, der als „Aushängeschild . . . , Trommler und Propagandist“ die politische Redaktion des „Tagblatts“ übernehmen sollte. Neben der erhofften Auflagensteigerung zielte die geplante Verpflichtung darauf hin, Zahnbrecher, der sich in der Kahr-Krise im Herbst 1921 gegen den Parteivorstand gestellt hatte, daraufhin aus der Partei ausgeschlossen worden war und später in Flugschriften Ministerpräsident Held attackierte<sup>60</sup>, vertraglich auf die offizielle Parteilinie festzunageln und von einer erneuten Landtagskandidatur abzuhalten, insgesamt also politisch kaltzustellen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an den Bedenken Breitenbachs, der von einer Zusammenarbeit mit Zahnbrecher dringend abriet<sup>61</sup>.

Gleichzeitig liefen Versuche, die räumliche Verbreitung des „Wendelstein“ durch die Einrichtung von Lokalausgaben als Gegengewicht zu Zeitungen des „Bayerischen Zeitungsblocks“ oder aufkeimenden NSDAP-freundlichen Blättern zu plazieren. In Kolbermoor erschien ab August 1928 das „Kolbermoorer Volksblatt“, das als Widerpart der örtlichen Nebenausgabe des „Rosenheimer Anzeigers“ fungieren sollte und schon mit seiner Zielsetzung als „Tageszeitung für die Interessen des werktätigen Volkes“<sup>62</sup> speziell auf die Bevölkerungsstruktur des Industrieortes zugeschnitten war. Als Herausgeber zeichnete das „Kartell der christlichen Vereine Kolbermoors“ verantwortlich, das auf diese Weise im Lokalteil ein Sprachrohr gegen das drückende Übergewicht der Freien Gewerk-

<sup>57</sup> Zum „Wettkriechen vor dem Rosenheimer Anzeiger“: Bergmann an Breitenbach 16. 8. 1928; StAM Staatsanwaltsch. 15730.

<sup>58</sup> Vgl. Briefwechsel Bergmann-Breitenbach 1925–1933; ebd.

<sup>59</sup> Bergmann an Breitenbach 20. 1. 1927, ebd.; Jb. d. Tagespresse 1930, 84.

<sup>60</sup> Zahnbrechers Flugschrift von 1932: „Wahrheit, Freiheit und Recht?“, die 25 ff. den Parteiausschluß aus seiner Sicht darstellt und Ministerpräsident Held angreift, wurde von der NSDAP im Wahlkampf verteilt; Rottaler Zeitung 25. 7. 1932 (168). Zum Verbot der Druckschrift äußerte sich H. Esser (NSDAP) im Bayer. Landtag am 16. 6. 1932; Verhandlungen 1932/33, Stenographische Berichte I, 45 f.

<sup>61</sup> Bergmann an Breitenbach 13. 9. 1928; dessen Antwort 17. 9. 1928, StAM Staatsanwaltsch. 15730. Zahnbrecher erwarb zur selben Zeit die „Oberbayer. Volkszeitung“ und die „Neustädter Donauzeitung“, in denen er programmatisch ankündigte, v. a. für die Einigung des Bauernstandes einzutreten; Bayer. Volksblatt 17. 10. 1928 (240). Zu Zahnbrechers wirtschaftlichen Aktivitäten im Chiemgau: StAM Staatsanwaltsch. 15672.

<sup>62</sup> Untertitel im Zeitungskopf.

schaften und sozialdemokratischen Vereine erhielt. Noch im selben Jahr gelang es, durch Übernahme des „Reichenhaller Alpenboten“, einer aus einem Wirtschaftsblättchen hervorgegangenen Wochenzeitung<sup>63</sup>, und Zusammenarbeit mit dem „Berchtesgadener Tagblatt“ auch im Rupertiwinkel Fuß zu fassen. Das Tagblatt ging allerdings schon 1931 an den Zeitungsblock verloren, der es im Februar 1933 einstellte<sup>64</sup>.

Kehrte man Partei und Klerus gegenüber stets heraus, daß nur ihr Interesse den Verlag zu immer neuen Anstrengungen zur Erweiterung seines Vertriebsgebiets bewege, so zeigte sich doch im Einzelfall, daß vor allem handfeste wirtschaftliche Interessen hinter dem Expansionsdrang Bergmanns standen. Bitter beklagte sich der Herausgeber des „Haager Boten“, eines zuverlässigen BVP-Blatts im Wasserburger Hinterland, daß nach einem „Sondierungs-Feldzug“, bei dem sich Verleger und Redakteur des Kirchenzeitungsverlags bei ihm erkundigt hätten, ob er „auch so unter der Konkurrenz des Bayer. Zeitungsblocks zu leiden habe“, jetzt Werber aufträten, die „in aufdringlicher Weise“ die Kirchenzeitung empfehlen und dafür sein Blatt schlechtmachen würden<sup>65</sup>.

Die zunehmende Verschärfung des politischen Klimas auch in der bayerischen Provinz entfachte einen gesteigerten Kampf der Parteien um Einflußnahme auf die bislang eher stiefmütterlich behandelte Lokalpresse. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit war man bemüht, in von gegnerischen Verlagen beherrschten Gebieten die Verbreitung der eigenen Parteipresse zu verstärken, da sich die Parteiführer der Möglichkeit, über entsprechend eingefärbte Nachrichten und Kommentare die Entscheidung der Wähler zu beeinflussen, wohl bewußt waren<sup>66</sup>. Das Gerücht etwa, der nazifreundliche „Oberbayer“ in Ebersberg sei in finanzieller Bedrängnis, da der Zeitungsblock durch zwei Blätter vor den Toren der Stadt, in Grafing und Markt Schwaben, mit ihm in Konkurrenz getreten sei, rief sofort die örtliche BVP und Bergmann auf den Plan, um auch hier ein volksparteiliches Organ zu installieren; aus nicht nachvollziehbaren Gründen scheiterte jedoch dieses Vorhaben<sup>67</sup>.

Kaum zu durchdringen ist das Netz der Verflechtungen und Querverbindungen, die daneben angeknüpft wurden, um, wenn es schon nicht gelang, die eigene

<sup>63</sup> Frei, Provinzpresse, 211, Anm. 176, im Detail unzuverlässig, gibt an, der Alpenbote sei schon seit 1925 in Rosenheim erschienen. Die Zeitung stellte mit 2. 7. 1933 (27) das Erscheinen ein.

<sup>64</sup> Nach Frei, ebd., 211, war das „Tagblatt“ von DNVP-Mitglied und Lokalredakteur Franz als Gegengewicht zum volksparteilichen „Berchtesgadener Anzeiger“ gegründet worden. Von einem reinen DNVP-Blatt war es aber weit entfernt, da bis zur Trennung der Hauptteil fertig und entsprechend gefärbt vom Kirchenzeitungsverlag geliefert wurde. Das „Tagblatt“ war ab November 1931 Nebenausgabe der „Reichenhaller Morgenpost“, die entgegen Frei, ebd., nicht aus Rosenheim bezogen wurde, sondern dem Münchner Bayerischen Zeitungsblock angeschlossen war.

<sup>65</sup> Haager Bote 25. 2. 1930 (22).

<sup>66</sup> Vgl. die Fragestellung bei Georgii, Statistik, \*22 (1932): „Wie spiegelt sich die politische Richtung der Zeitungen in den Wahlergebnissen?“

<sup>67</sup> Bergmann an Bürgermeister Haas, Markt Schwaben, 19. 11. 1930: „... was es den Hakenkreuzlern wert ist, sollte es der bayerischen Volkspartei und ihrer Presse auch wert sein. Mk. 20.000.– würden wir selbstverständlich aufbringen können und wenn es sein muß auch mehr... Auf alle Fälle sollte es unser Bestreben sein, daß die Hakenkreuzler das Blatt nicht in die Hände bekommen.“ StAM Staatsanwaltsch. 15730. Vgl. Bergmann an Breitenbach 19. 11. 1930, ebd.

Stellung auszubauen, doch wenigstens den labilen status quo zu erhalten. Auf Drängen der Priener BVP-Ortsgruppe, hier ein Kopfblatt nach Kolbermoorer Muster einzurichten, um einerseits den Schwierigkeiten mit der „Chiemgau-Zeitung“ zu begegnen, andererseits den örtlichen Bayernwachtvorsitzenden „parteilich zu beschäftigen“ und als Nachfolger Dr. Conrad Adlmaiers aufzubauen, der als Schriftleiter des Bayerischen Zeitungsblocks aus seiner Position als Chiemgauer Parteifunktionär ausgeschieden war, winkte Bergmann überraschend ab: Es bestünde ein stilles Abkommen mit dem Inhaber der „Chiemgau-Zeitung“, um diesen davon abzuhalten, das Blatt, wie sein Bruder in Holzkirchen bei München, dem Zeitungsblock anzugliedern. Vielleicht könne man ihn noch auf die Seite der BVP ziehen<sup>68</sup>, die er schon bisher halbherzig als Parteilichung angegeben hatte<sup>69</sup>. Auch mit dem vielgeschmähten liberalen Erzrivalen „Rosenheimer Anzeiger“ liefen unter der Hand Verhandlungen zur Zusammenarbeit. Sie gipfelten im Abschluß eines Schutzvertrages zwischen Bergmann und dem „Anzeiger“-Herausgeber Högner mit dem Ziel, auf einen Zusammenschluß beider Zeitungen hinzuwirken, und in Högners geheimer finanzieller Beteiligung am „Wendelstein“, zerbrachen aber nach seinem Tod im Sommer 1931<sup>70</sup>.

Angesichts des Vormarsches der NSDAP setzten im Wahljahr 1930 neue Bemühungen ein, mit Hilfe der katholischen Heimatpresse die Interessen der BVP noch intensiver zu vertreten. Wiederholt traten das Vorstandsmitglied des Tuntenhausener Bauernvereins, Dekan Dürnegger aus Törwang, und andere Geistliche dafür ein, „das Rosenheimer Tagblatt Wendelstein auch in den politisch bedrohten Nachbarbezirken einzuführen“<sup>71</sup>. Der zunächst gestartete Versuch, die erfolgreiche „Sonntagszeitung“ intensiver zu parteipolitischer Propaganda zu nutzen, wurde nach einem spürbaren Rückgang der Abonnentenzahlen fallengelassen. Wollte man das Verbreitungsgebiet der Kirchenzeitungen im Sinne der Volkspartei bearbeiten, blieb als Ausweg nur die Gründung eines katholischen Zeitungsblocks, der mit einer Reihe von Kopfblättern für die Partei unsichere Gebiete abdecken sollte. Das finanzielle Risiko der Aktion war dem Landklerus zgedacht, da sich der Verlag im Zuge der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und aufgrund von Anzeigenboykotten von Firmen politischer Gegner dazu nicht in der Lage erklärte, außerdem weitere Einbußen durch die geforderte schärfere Gangart gegen Bauernbund und Nationalsozialisten befürchtete<sup>72</sup>.

Mit ausdrücklicher Empfehlung des Generalvikars der Erzdiözese München und Freising, Prälat Dr. Hindringer<sup>73</sup>, bereisten Bergmann und seine Mitarbeiter das geplante Verbreitungsgebiet und erreichten, daß sich in kürzester Zeit 83 Geistliche bereitfanden, verzinsliche Anteilscheine im Wert von ca. 85.000. – zu

<sup>68</sup> Schreiben des Priener BVP-Vorsitzenden Kapfhammer an MdL Breitenbach 16. 8. 1931; dieser an Bergmann 19. 8. 1931; dessen Antwort 27. 8. 1931; ebd.

<sup>69</sup> Vgl. Jb. d. Tagespresse 1928 ff.

<sup>70</sup> Bergmann an Breitenbach 27. 8. 1931; vgl. Verteidigungsschrift Bergmanns, Punkt 2k; StAM Staatsanwaltsch. 15730.

<sup>71</sup> Verteidigungsschrift Bergmanns, ebd.

<sup>72</sup> Vgl. ebd.

<sup>73</sup> Schreiben v. 23. 3. 1932 mit der Empfehlung, „dieses treukatholische Verlagsunternehmen nach besten Kräften ideell und materiell zu unterstützen“; StAM Staatsanwaltsch. 15730.

zeichnen und damit die Neugründungswelle zu ermöglichen<sup>74</sup>. Noch rechtzeitig zur Reichstagswahl am 7.11.1932 erschienen in den acht oberbayerischen Orten Tegernsee, Schliersee, Hausham, Miesbach, Holzkirchen, Bad Aibling, Ebersberg und Wasserburg, in Gebieten also, die der Bayerische Zeitungsblock kontrollierte, nur unwesentlich veränderte Nebenausgaben des „Wendelstein“<sup>75</sup>, die sogleich mit großformatigen Wahlaufufen für die BVP in den Wahlkampf eingriffen und weit weniger als die Originalausgabe kosteten<sup>76</sup>.

Schien es von Anfang an zweifelhaft, ob die neuen Ausgaben des Parteiblattes trotz ihres Dumpingpreises neben den etablierten Blättern bestehen könnten, da sie in der Regel nur sehr dürftig über lokale Ereignisse informierten und selbst die Anzeigenannahme zumeist in der Rosenheimer Zentrale erfolgen mußte, so setzte die nationalsozialistische Machtergreifung dem Unternehmen bald ein schnelles Ende. Vier der Kopfzeitungen stellten bereits Ende Juni 1933 ihr Erscheinen ein; von den übrigen erreichte trotz der Umstellung vom „katholischen Volksblatt für alle Stände“ zum „nationalen“ Organ nur der „Aiblinger Anzeiger“ ein weiteres Erscheinungsjahr.

Nach dem erbitterten publizistischen Kampf, den Bergmann und seine Mitarbeiter gerade den Nationalsozialisten geliefert hatten<sup>77</sup>, ließ deren Gegenschlag nicht lange auf sich warten. War Bergmann nach einer Verwarnung<sup>78</sup> bereits am 2. April 1933 verhaftet worden, allerdings nach massiver Intervention des Oberlandklerus unter der Auflage wieder freigekommen, sich jeglicher journalistischer Tätigkeit zu enthalten<sup>79</sup>, so bot der Fehlschlag der „Kopfblattaktion“ den neuen Machthabern einen willkommenen Vorwand, den Organisator wegen

<sup>74</sup> Detaillierte Aufstellung ebd. Zum Vorgehen berichtet Bergmann: „Das Verbreitungsgebiet unserer Blätter umfaßte ca. 300 Pfarreien und Seelsorgstellen, von welchen wir durch Einsendung der Gottesdienstordnungen unterstützt wurden. Würden wir, so kalkulierten wir, in jedem Seelsorgsbezirk nur 10 Abonnenten gewinnen, dann war die Existenzfrage mit rund 3000 Abonnenten für die Kopfblätter gesichert... Vielfach waren die Geistlichen schon über die Presse-Aktion in den Konferenzen unterrichtet worden. Wir brauchten meist nicht viele Worte machen, denn es bestand überall nur eine Meinung darüber, daß die Presse die wichtigste und entscheidendste Sache im Kampfe um die kath. Weltanschauung sei... Den jüngeren Kaplänen wurden die kleinen Darlehens-Urkunden über 100 bzw. 300 Mk. angeboten, während wir die Pfarrer für die 500 bzw. 1000 RM-Beträge interessierten“. Verteidigungsschrift, „zu Punkt 7“, ebd.

<sup>75</sup> Aiblinger Anzeiger, Ebersberger Tagblatt, Haushamer Volksblatt, Holzkirchner Tagblatt, Miesbacher Volksblatt, Schlierseer Tagblatt, Tegernseer Tagblatt, Wasserburger Volksblatt.

<sup>76</sup> RM 1.50 monatlich; der Bezugspreis für die Originalausgabe betrug dagegen, je nach Bezugsart, RM 2.30 bis 2.50.

<sup>77</sup> Ein Priener Nationalsozialist warf etwa dem „Wendelstein“-Mitarbeiter Dr. Baumgartner vor, seine Artikel erinnerten an die „Schreibart des Herrn Dr. Gerlich vom ‚Geraden Weg‘“, den er als getauften Juden und ehemaligen Irrenhüßler bezeichnete. Offener Brief in: Inntal-Bote 14.6.1932 (135).

<sup>78</sup> Wiesemann, Vorgeschichte, 174, Anm. 33.

<sup>79</sup> Zum Prozeß gegen Bergmann, der 1935 mit der Einstellung des Verfahrens endete, s. das reiche Aktenmaterial StAM Staatsanwaltschaft. 15730 sowie seine 1949 erschienene Schrift: „Meine Verfolgung durch das Nazi-Regime“; hier, 39f., das Schreiben von sieben Geistlichen als Vertreter von 77 Pfarreien an SA-Sonderkommissar Dr. Holper, 14.3.1933. Vom ursprünglichen Plan des radikalen Flügels der Rosenheimer NSDAP, Bergmann in seinem Verlagsgebäude aufzuhängen, wurde Abstand genommen; eidesstattliche Erklärung J. Holzmayr v. 8.3.1947, Abdr. ebd., 144af.

Betrugs an den Geistlichen erneut festzusetzen, wobei auch wirtschaftlich motivierte Intrigen und Zerwürfnisse der Verlagsteilhaber eine Rolle spielten. Noch während Bergmanns Haft im Konzentrationslager Dachau stellte der Verlag nach einer flüchtigen Buchprüfung, die das Unternehmen für lebensunfähig erklärte, die Zahlungen ein, ein durchaus übliches Verfahren, mißliebige Pressebetriebe auszuschalten<sup>80</sup>. Das „Rosenheimer Tagblatt Wendelstein“ ging an den Bayerischen Zeitungsblock über, der es als parteiamtliches Organ der NSDAP bis zur Vereinigung mit dem „Rosenheimer Anzeiger“ 1937 weiterführte.

Gleichfalls als betont katholische Zeitung gab sich das „Wasserburger Wochenblatt“, das als „Heimatblatt des Bezirks Wasserburg und Umgebung“ ab Januar 1930 in der „Vereinsdruckerei“ der Stadt erschien und seinen Lesern den „Altöttinger Liebfrauenboten“, die „weitverbreitetste katholische Wochenschrift“, als Beilage bot<sup>81</sup>. Dem ursprünglich nur einmal wöchentlich erscheinenden Blättchen gelang es, sich ab 1. 4. 1930 auf drei, ab 1. 12. 1930 auf vier Ausgaben pro Woche zu steigern und damit dem übermächtigen „Wasserburger Anzeiger“ Leser abspenstig zu machen.

Entsprechend hart war die Auseinandersetzung zwischen den beiden Lokalzeitungen. Der „Anzeiger“ verhöhnte das „Wochenblatt“ als Maternblättchen, das sich nicht einmal eigene Setzmaschinen leisten könne<sup>82</sup>, wogegen Redakteur Franz J. Zech vom „Wochenblatt“ konterte, die einzige wirkliche Heimatzeitung Wasserburgs herauszugeben, da der Zeitungsblock den früheren Anzeiger „aufgefressen“ habe und dieser nun zum Sprachrohr der Münchner Zentrale abgesunken sei<sup>83</sup>.

Auf lokaler Ebene gab es jedoch keine politischen Differenzen zwischen den beiden Konkurrenten. Nach Kräften unterstützte auch das „Wochenblatt“ die Bayerische Volkspartei<sup>84</sup>, ohne aber zunächst entsprechende Anerkennung zu ernten. Da die Bezirksführung der BVP nach der Reichstagswahl 1930 nur dem „Wasserburger Anzeiger“, nicht aber dem „Wochenblatt“ für die tätige Unterstützung dankte, kritisierte ein Schonstetter Parteifunktionär die Parteioberen und sprach seinerseits „im Namen vieler Leser“ den Dank seiner Gesinnungsgenossen aus, verbunden mit der Bitte, auch in Zukunft publizistische Schützenhilfe zu leisten<sup>85</sup>.

Die fehlende Beachtung bei der BVP-Führung konnte die Betreiber des neuen Lokalblattes nicht von der einmal eingeschlagenen Richtung abbringen. Neben politischen Stellungnahmen der Wasserburger BVP-Reichstagsabgeordneten Diernreiter<sup>86</sup> und Stimmer<sup>87</sup> verbreitete das Blatt heftige Attacken aus katholischen Kreisen gegen die Nationalsozialisten<sup>88</sup>, die im Gegenzug die Zeitung mit

<sup>80</sup> Ähnlich erging es dem Landauer Bauernbund-Verleger Konrad Kübler; vgl. dessen Stellungnahme, abgedr. ebd., 81.

<sup>81</sup> Zeitungskopf; Wasserburger Wochenblatt 14. 3. 1930 (11).

<sup>82</sup> Wasserburger Anzeiger 1. 3. 1933 (50).

<sup>83</sup> Wasserburger Wochenblatt 14. 10. 1930 (96); 21. 10. 1930 (99); 25. 10. 1930 (101).

<sup>84</sup> Z. B. Wasserburger Wochenblatt 11. 9. 1930 (82).

<sup>85</sup> Zuschrift G. Stemmer, Wasserburger Wochenblatt 25. 9. 1930 (88).

<sup>86</sup> Wasserburger Wochenblatt 16. 12. 1930 (123); 9. 4. 1931 (43).

<sup>87</sup> Wasserburger Wochenblatt 21. 9. 1932 (112).

<sup>88</sup> Z. B.: „Aufgaben nationalsozialistischer Katholiken“, Wasserburger Wochenblatt 25. 6. 1931 (76); „Hitlers Christentum“, 13. 11. 1931 (137); „Nationalsozialistische Drohungen gegen den Bischof von Augsburg“, 5. 2. 1932 (15); „Österreichische Bischöfe warnen vor Nationalsozialismus“, 22. 2. 1932 (22); „Bitte antreten Herr Hitler“, 20. 6. 1932 (72).

„allerhand Kosenamen“, etwa „Pfaffenblatt“, belegten<sup>89</sup>. Auch der Stahlhelm, der sich auf einer Berliner Tagung im März 1932 Ausfälle gegen die katholische Kirche geleistet und Hitler als „römisch“ bezeichnet hatte, wurde heftigster Kritik unterzogen<sup>90</sup>.

Nun war auch der zweiten Wasserburger Zeitung die Anerkennung der BVP gewiß. Nach der Landtagswahl 1932 sprach Bezirksvorsitzender Köck beiden Blättern den „herzlichsten Dank der Partei“ aus<sup>91</sup>. Der neue Bundesgenosse wurde umso lieber akzeptiert, da der Zeitungsblock-Ableger seinen Lokalredakteur und BVP-Vertrauten Keller entlassen hatte, ein weiterhin so enger Kontakt zum führenden Presseorgan des Bezirks damit in Frage gestellt war<sup>92</sup>.

Durch vorsichtigeren Gangart überstand das „Wochenblatt“ die politischen Umwälzungen des Jahres 1933 ohne größere Probleme und konnte auch in den folgenden Jahren wirtschaftlich erfolgreich seine Tätigkeit fortsetzen<sup>93</sup>. „Nur schweren Herzens“ fügten sich Redaktion und Verlag daher der Anordnung, ab 15. 3. 1936 das Blatt zugunsten des „Wasserburger Anzeigers“ aufzugeben<sup>94</sup>.

Ein typischer Vertreter des selbständig geführten, eigenwilligen und von der Personalunion von Redakteur, Verleger und Druckereibesitzer geprägten Provinzblattes war der „Haager Bote“, der das nördliche Wasserburger Hinterland, das Amtsgericht Haag, St. Wolfgang und Gars, dreimal wöchentlich in einer Auflage von 1900 Stück (1932)<sup>95</sup> mit Neuigkeiten versorgte. Besitzer Andreas Lehner, Schriftführer des BVP-Bezirksvorstands<sup>96</sup>, verfolgte in diesem Landstrich, in dem der Bauernbund im Gegensatz zu den südlicheren Regionen des Bezirksamts keine unbedeutende Rolle spielte, einen streng auf die Politik seiner Partei ausgerichteten Kurs und scheute dabei auch nicht vor Konfrontationen mit gegenrassistischen Parteien zurück. In regelmäßigen Leitartikeln kamen die BVP-Land- und Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, Diernreiter und Irl, zu Wort, was ihnen eine willkommene Gelegenheit bot, sich etwa in Auszügen aus ihren Parlamentsreden ihrem Wahlvolk zu präsentieren. Daneben traten häufig Stellungnahmen aus der Parteispitze<sup>97</sup>. Sie wurden von der „Bayerischen Volkspartei-Correspondenz“ (BVC) bezogen, dem „ausgezeichneten Instrument“ der Partei, „ihre zahlreichen mittleren und kleinen Blätter, die ihre Stärke ausmach(t)en, zu versorgen und durch sie die öffentliche Meinung auf dem Lande rasch und einheitlich zu beeinflussen“ (Groth)<sup>98</sup>.

<sup>89</sup> Wasserburger Wochenblatt 17. 3. 1931 (33); vgl. das Dementi eines Parteisprechers, 9. 4. 1931 (43).

<sup>90</sup> „Geschmacklos und arrogant“, Wasserburger Wochenblatt 9. 3. 1932 (29): „Eine gewisse Kaste im Norden hat aus allen Niederlagen der letzten Jahrzehnte und aus allen Blamagen nichts gelernt“.

<sup>91</sup> Wasserburger Wochenblatt 27. 4. 1932 (49).

<sup>92</sup> Vgl. o. S. 196 f.

<sup>93</sup> Die Auflage stieg bis 1936 auf über 1600 Exemplare: Wasserburger Wochenblatt 13./14. 3. 1936 (41).

<sup>94</sup> Wasserburger Wochenblatt 11. 3. 1936 (40).

<sup>95</sup> Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 36.

<sup>96</sup> Wasserburger Anzeiger 4. 2. 1930 (28).

<sup>97</sup> 1931 enthielt der Haager Bote z. B. 5 Leitartikel Schäffers, 3 Hundhammers, 3 Irls und einen Helden.

<sup>98</sup> Groth, Zeitung, 464 f.

Im Wahlkampf stellte Lehner sein Blatt voll in den Dienst der BVP<sup>99</sup>, assistiert vom Haager Pfarrer Weinsteiger, der in einer wöchentlichen „Kirchenanzeiger“-Beilage nicht nur vor Abstimmungen die Interessen der Partei vertrat und die Gläubigen aufrief, für die BVP zu stimmen; für einen Katholiken gebe es keine Alternative. Hitler sammle „Liberalen, Sozialisten, Kommunisten . . . alle, die das Kennzeichen der religiösen Uninteressiertheit auf der Stirne“ trügen<sup>100</sup>. Noch im Januar 1933 wettete das Blatt gegen Erwein v. Aretin, der in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Koalition zwischen BVP und NSDAP forderte, um eine bayerische Verfassungsänderung durchzusetzen: Eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten sei allein schon wegen ihrer bayernfeindlichen Haltung strikt abzulehnen<sup>101</sup>. Doch auch der überzeugte Volksparteiler Lehner, der noch im Juni 1933 für die Partei in den Haager Gemeinderat nachrückte<sup>102</sup>, konnte sich der Entwicklung nicht entgegenstellen. Sein Blatt schloß sich im Mai 1936 dem Bayerischen Zeitungsblock an.

Ebenfalls mit drei Ausgaben pro Woche erschien die Priener „Chiemgau-Zeitung“, deren Betreiber Albert Vogler jedoch den politischen Teil fertig von einem Maternbüro bezog und nur die Lokalnachrichten ergänzte. Obwohl sich das Blatt zur BVP bekannte<sup>103</sup> und als katholisches Organ auftrat<sup>104</sup>, wurde es in Parteikreisen als unzuverlässig angesehen<sup>105</sup>, da Vogler sich nicht im gewünschten Maße vor den Parteikarren spannen ließ und vor allem der einflußreichen DNVP-Ortsgruppe bereitwillig Raum für Ankündigungen und Stellungnahmen zur Verfügung stellte<sup>106</sup>, aber auch Zuschriften aus dem sozialistischen Lager einrückte<sup>107</sup>. Erst im Präsidentschaftswahlkampf 1932 trat der Herausgeber mit der Veröffentlichung von Aufrufen der Priener BVP-Ortsgruppe pro Hindenburg und Attacken gegen Hitler aus der Reserve<sup>108</sup>, was ihm prompt scharfe

<sup>99</sup> Z. B. Leitartikel 9.9.1930 (103); 11.9.1930 (104). Vgl. 13.9.1930 (105): „Wer irgendwie Bedenken gegen die Bayerische Volkspartei hat, wird eingeladen, sie schriftlich an die Redaktion des ‚Haager Boten‘ zu senden.“ Antwort werde brieflich oder in der Zeitung erteilt.

<sup>100</sup> Kirchenanzeiger, Beilage zu Haager Bote 7.5.1932 (52); vgl. 30.8.1930 (99); 23.4.1932 (46); 4.3.1933 (9).

<sup>101</sup> Münchener Neueste Nachrichten 4.1.1933 (4); Haager Bote 7.1.1933 (3).

<sup>102</sup> Haager Bote 20.6.1933 (71).

<sup>103</sup> Jb. d. Tagespresse 1928, 173.

<sup>104</sup> Kapfinger, Kath. Zeitungen, 327; zur begrenzten Aussagekraft dieser Zuordnung s. o. S. 197, Anm. 39.

<sup>105</sup> Vgl. das Schreiben des Priener Ortsgruppenvors. Kapfhammer an MdL Breitenbach 16.8.1932, StAM Staatsanwaltsch. 15730.

<sup>106</sup> Z. B. Chiemgau-Zeitung 13.9.1930 (105); 5.12.1931 (144).

<sup>107</sup> Etwa eine Zuschrift über „taktlose Schmierfinken“ in der Chiemseer Künstlerchronik, die neben die Namen Eberts und Noskes abfällige Bemerkungen gekritzelt hätten, und gegen den „Exkronprinz Rupprecht“, der für den Eintrag seines erlauchten Namens eine ganze Seite benötigt habe. Chiemgau-Zeitung 11.8.1931 (94). Zur lokalpolitischen Haltung des Blattes s. die Stellungnahme zum Gemeindevahlkampf 1929: „Das Ansinnen an uns, für eine Gruppe die Werbetrommel zu rühren, lehnen wir ab. Wir sehen unsere Aufgabe als Heimatpresse darin, ausgleichend zu wirken und nicht persönliche oder gar parteipolitische Gegensätze zu verschärfen, wie wir auch bedauern, daß durch das jetzige Gemeindevahlrecht, das uns die Revolution bescherte, der Parteihader in die kleinste Gemeinde getragen wurde.“ Chiemgau-Zeitung 19.11.1929 (137).

<sup>108</sup> Chiemgau-Zeitung 5.3.1932 (27), 12.3.1932 (30); 9.4.1932 (41): „Chiemgauvolk, wehre Dich! Das lassen wir uns einfach nicht mehr gefallen, wir bodenverwurzelten

Kritik von Seiten der NSDAP einbrachte, die ihm auf Flugblättern und im „Inntal-Boten“ eine 1925 vom „Volksblock“ finanzierte Anzeige in der „Chiemgau-Zeitung“ gegen den Generalfeldmarschall vorhielt<sup>109</sup>. Vogler wies die Angriffe mit Hinweis darauf zurück, es habe sich dabei um ein „bezahltes Inserat“ von „unbedeutender Größe“ gehandelt<sup>110</sup>, band sich nun aber wieder kurzzeitig enger an die BVP, der er auch vor der Landtagswahl Platz für einen Leitartikel und Wahlaufruf ihres Kandidaten Hundhammer einräumte<sup>111</sup>. Bis zur Reichstagswahl im Sommer 1932 war dieses Parteiengagement jedoch wieder verfliegen, die BVP sah sich erneut auf bezahlte Annoncen angewiesen. Auch die „Chiemgau-Zeitung“ endete schließlich im Bayerischen Zeitungsblock<sup>112</sup>.

Als „neutral“<sup>113</sup> oder „rechtsstehend ohne Parteibindung“<sup>114</sup> bezeichnete sich das „Aiblinger Wochen-“ bzw. „Tagblatt“, das seit 1853 in einer Druckerei des Markts hergestellt wurde<sup>115</sup>. Franz X. Graf führte sein Blatt, im Lokalteil nur von einigen freien Zuträgern unterstützt, auf einer gemäßigt bürgerlich-katholischen Linie und vermied es, sich politisch zu exponieren, ein Grundsatz, von dem er nur in seinem Engagement für die Wiederwahl Hindenburgs 1932 abwich<sup>116</sup>. Zunehmende Schwierigkeiten bereitete dem Familienunternehmen die Konkurrenz des 1924 eingerichteten örtlichen Zeitungsblock-Ablegers, der „Aiblinger Zeitung“. Obwohl Graf's Blatt ab Herbst 1930 im Großformat und statt drei- nun fünfmal wöchentlich als „Tagblatt“ erschien, um den Aktualitätsvorsprung des Rivalen auszugleichen, sank seine Auflage von 1950 Stück im Jahr 1929<sup>117</sup> auf 1420 (1932)<sup>118</sup> ab. Trotz beharrlicher wie vorsichtiger Weiterarbeit unter dem NS-Regime konnte er auf Dauer dem Druck des Zeitungsblocks nicht standhalten. Der finanzkräftige Gegner untergrub mit groß aufgezogenen Werbekampagnen, in deren Verlauf wochenlang Freixemplare verteilt wurden, die finanzielle Basis der unliebsamen Traditionsfirma. 1939 trat Graf die Verlagsrechte ab<sup>119</sup>.

Ebenfalls betont unpolitisch gab sich der „Anzeiger für Oberaudorf und Kiefersfelden“, mit einer Auflage von 850 Stück<sup>120</sup> eine der kleinsten Zeitungen des Untersuchungsgebiets. Das einmal wöchentlich erscheinende Blättchen war ängstlich bemüht, keine der politischen Gruppen zu vergraulen, wenn es auch für Hindenburg warb<sup>121</sup>, im Zweifelsfall die BVP bevorzugte und dafür Schelte von

Heimatkinder, daß Fremdlinge unter uns die Brandfackel des Hasses und der Zwietracht weitertragen, sodaß der Bruder gegen den Bruder, ja der Sohn gegen den Vater steht und wir nur noch tiefer ins Elend gedrängt werden unter dem Höllengelächter solchen Gelichters.“

<sup>109</sup> Inntal-Bote 5. 3. 1932 (55).

<sup>110</sup> Chiemgau-Zeitung 8. 3. 1932 (28).

<sup>111</sup> Chiemgau-Zeitung 5. 4. 1932 (39).

<sup>112</sup> Als Tageszeitung ab Juni 1934.

<sup>113</sup> Jb. d. Tagespresse 1928, 3.

<sup>114</sup> Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24.

<sup>115</sup> Zur Verlagsgeschichte vgl. Holzapfel, Wochenblatt, 141 ff.

<sup>116</sup> Ab 9. 2. 1932 lagen im Verlagsgebäude „Hindenburglisten“ zum Eintrag auf, um den Reichpräsidenten zu erneuter Kandidatur zu veranlassen; Aiblinger Tagblatt 10. 2. 1932 (27).

<sup>117</sup> Jb. d. Tagespresse 1929, 32.

<sup>118</sup> Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24.

<sup>119</sup> Holzapfel, Wochenblatt, 145 f.

<sup>120</sup> Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 51.

<sup>121</sup> Anzeiger f. Oberaudorf ... 6. 2. 1932 (6); 9. 4. 1932 (15).

Seiten der Nationalsozialisten bezog, mit denen es schon bei der Gründung ihres „Inntal-Boten“ Schwierigkeiten gegeben hatte<sup>122</sup>. Herausgeber Marklseder betonte nach einer kurzen Auseinandersetzung jedoch sofort, man wolle „als Heimatblatt . . . keiner Partei zu nahe treten“<sup>123</sup> und enthielt sich daraufhin weiterer Stellungnahmen.

Neben Bauernbund und Nationalsozialisten stand im unteren Rottal auch der BVP ein Blatt zur Parteitagitation zur Verfügung. Die „Rottaler Zeitung“, eine Nebenausgabe des Pfarrkirchner „Rottaler Boten“<sup>124</sup>, versuchte, mit einer streng parteigebundenen politischen Berichterstattung und ausgiebiger Wahlpropaganda ein weiteres Vordringen der Gegner zu verhindern. Als der Bauernbund als bisheriger Erzfeind zugunsten der NSDAP zu zerbröckeln begann, erklärte Verlagsdirektor Michael Pollwein dieser den Kampf<sup>125</sup> und sparte auch nach der Machtergreifung nicht an Kritik an der neuen Regierung<sup>126</sup>. Am 17. 3. 1933 wurde er auf Veranlassung des Staatskommissars Wagner verhaftet<sup>127</sup>; die Zeitung stellte Ende April 1933 ihr Erscheinen ein.

Die „Pockinger Zeitung“, das „Lokalblatt . . . für das untere Rottal“, eine anspruchslose, nur zweimal wöchentlich erscheinende Maternausgabe, wahrte dagegen strikte Neutralität. Schriftleiter und Verlagsbesitzer Krämer sicherte den örtlichen Parteigruppierungen freien Meinungs-austausch innerhalb der Regionalspalten zu, solange es sich nicht um kommunistische, anonyme oder beleidigende Zuschriften handelte<sup>128</sup>. Besonders regen Gebrauch von dieser Möglichkeit machte der Pockinger NSDAP-Ortsgruppenleiter Erbersdobler<sup>129</sup>, doch auch die Landtagsabgeordneten Hölzl (BBMB)<sup>130</sup> und Stapfer (BVP)<sup>131</sup> kamen zu Wort.

Nach zaghaftem Einsatz für Hindenburg<sup>132</sup> versuchte Krämer sogleich wieder, die Fronten auszugleichen und die erhitzten Gemüter zu beruhigen<sup>133</sup>. Nach

<sup>122</sup> Vgl. die Zuschrift eines Mitglieds der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ aus Oberaudorf, Inntal-Bote 4. 1. 1930 (1): Der „Anzeiger“ bewerbe die „Bewegung“ mit Schmutz und verbreite „niederträchtige Verleumdungen... Da eine Heimatzeitung auf halb internationalem Boden für sie undenkbar ist, so müssen sich die nationalen Kreise des Inntals gegen ein solches Unikum von einer Heimatzeitung verwahren.“ Vorwürfe, der „Anzeiger“ schreibe seine „Schmierartikel“ von der sozialdemokratischen „Münchener Post“ und dem „Landauer Volksblatt“ des BBMB ab: Inntal-Bote 28. 1. 1930 (8).

<sup>123</sup> Anzeiger f. Oberaudorf . . . 12. 3. 1932 (11). Der Herausgeber hatte am 5. 3. 1932 (10) einen Versammlungsbericht der NSDAP-Ortsgruppe abgedruckt, ihm aber eine umfangliche Gegendarstellung mit Angriffen gegen die Politik der Partei gegenübergestellt und eine Fortsetzung angekündigt. Auf den Protest der Nazis hin wurde der Artikel nicht fortgesetzt.

<sup>124</sup> Der Rottaler Bote erreichte 1930 eine Auflage von 2600 Exemplaren; Jb. d. Tagespresse 1930, 80f.; vgl. Kapfinger, Kath. Zeitungen, 327.

<sup>125</sup> Vgl. die Wahlpropaganda der Rottaler Zeitung, 28. 7. 1932 (171)ff.

<sup>126</sup> Eine Zuschrift im Rottaler Beobachter v. 18. 3. 1933 (64) warf dem BVP-Blatt vor, sich weiterhin Kritik an Hitler anzumaßen. Durch einen Satzfehler („Beobachter statt „Bote“) wurde der Sinn dahingehend entstellt, daß die NS-Zeitung ein „Schmutzblatt“ voller „Hetzartikel und Lügen“ sei, das man meiden müsse.

<sup>127</sup> Rottaler Beobachter 19./20. 3. 1933 (65).

<sup>128</sup> Pockinger Zeitung 31. 3. 1931 (38); vgl. S. 315, Anm. 16.

<sup>129</sup> Z.B. Pockinger Zeitung 10. 3. 1932 (30); 24. 3. 1932 (36); 31. 3. 1932 (38).

<sup>130</sup> Z. B. Pockinger Zeitung 21. 1. 1932 (9).

<sup>131</sup> Z. B. Pockinger Zeitung 22. 9. 1932 (112).

<sup>132</sup> Pockinger Zeitung 12. 3. 1932 (31); 5. 4. 1932 (40).

<sup>133</sup> Nachdem Pockinger Nationalsozialisten die Durchgangsstraße mit Wahlparolen

der Machtergreifung stieg das Blatt zur Tageszeitung auf<sup>134</sup> und wurde Ende 1935 mit dem „Bayerischen Volksboten“ zur Griesbacher Ausgabe der „Bayerischen Ostmark“, des nordostbayerischen Einheitsblattes, verschmolzen.

*b) Die Presse des Bayerischen Bauernbunds und der Neuen Bauernbewegung*

Im Bezirksamt Griesbach war das Bild der Presse von der Gegnerschaft zwischen dem dominierenden Bauernbund und der BVP geprägt, bis auch hier das Vordringen der NSDAP die Fronten grundlegend veränderte. „Weitverbreitetes Blatt des Rottals und der angrenzenden Gebiete“<sup>135</sup> war das „Bayerische Volksblatt“ Jakob Lufts in Griesbach, der als Nebenausgabe auch das „Rotthalmünsterer Tagblatt“ betrieb. Bis zum 1. 4. 1930 war die Tageszeitung dem Passauer „Bayerischen Volksblatt“ angeschlossen, um dann als „Bayerischer Volksbote“ eigene Wege zu gehen. Außer dem Titel änderte sich auch der überregionale und politische Teil des Bauernbundorgans. Waren BVP und Donauzeitung bislang ständig Zielscheiben heftigster Polemiken gewesen, während den BBMB-Abgeordneten des Wahlkreises häufig Gelegenheit zu Leitartikeln und Stellungnahmen eingeräumt worden war, kamen nun Hölzl und Lechner kaum mehr zu Wort. Ein eher nüchterner, keineswegs bauernbundfreundlicher Stil setzte sich durch, was daraus resultierte, daß die „Verlagspostanstalt Passau“, die für die Nachrichtenlieferung gewonnen worden war, unter Leitung eines „alten Kämpfers“ der Nationalsozialisten stand<sup>136</sup>.

Im Lokalteil dagegen behielt Luft die engagierte Berichterstattung zugunsten seiner Partei bei und wandte sich zunehmend gegen die erstarkende NSDAP, die dem Bauernbund in weit höherem Maße als die BVP gefährlich zu werden begann. Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen, als die Nationalsozialisten in Pfarrkirchen ab dem 1. 12. 1932 den „Rottaler Beobachter“ herausgaben, um die Bezirksamter an der Rott, die sich als guter Boden für ihre Bewegung erwiesen hatten, propagandistisch noch intensiver zu bearbeiten. Der „Volksbote“ warnte ausdrücklich vor dem neuen Erzeugnis und legte sich selbst den Untertitel eines „Rottaler Beobachters“ zu, um bei eventuellen Interessenten Verwirrung zu stiften<sup>137</sup>. Die NS-Zeitung richtete daraufhin persönliche Angriffe gegen Luft, der, „eine saubere Blüte... am Baume des absterbenden Bauernbunds“, durch einen Witz NSDAP und Zentrum beleidigt habe<sup>138</sup>. Dieser konterte mit Hinweis auf die politische Vergangenheit des Herausgebers und Hauptschriftleiters des „Beobachters“, des Abensberger Druckereibesitzers Josef Kral: Als ehemaliger Zentrums-Spitzenkandidat sei er über die Christlich-

beschmiert hatten, schrieb Krämer nach anfänglicher Kritik: „Doch sind wir der Annahme, daß die nationalsozialistische Ortsgruppenleitung dies nicht wollte und auch wußte, daß sie mit den erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften in Konflikt kommt“. Pockinger Zeitung 2. 8. 1932 (90).

<sup>134</sup> Werktäglich ab 1. 6. 1933 (65).

<sup>135</sup> Zeitungskopf.

<sup>136</sup> Bayerischer Volksbote 16. 4. 1933 (89).

<sup>137</sup> Ab 24. 11. 1932 (272).

<sup>138</sup> Luft hatte bei einer Obmännerversammlung des BBMB erklärt: „Der Schleicher hat die Waffen, der Prälat Kaas hat die Pfaffen, der Hitler hat die Affen!“ Rottaler Beobachter 13. 12. 1932 (10).

Sozialen und das Reichsbanner zum Bauernbund gelangt, der seinen Betrieb finanziert habe, und nun bei den Nationalsozialisten gelandet; vielleicht ende er als Privatsekretär Stalins<sup>139</sup>.

Erstaunlich schnell schwenkte Luft danach aber von seinem Konfrontationskurs ab, zu eindeutig war wohl die Stimmung in Griesbach zugunsten der NSDAP umgeschlagen. Im Märzwahlkampf 1933 ließ seine Wahlpropaganda die gewohnte Schärfe vermissen, die Tolerierungspolitik der Führung des Bauernbunds, der als „machtvolle Organisation... seine Stimmen der nationalen Front eingliedern“ wollte<sup>140</sup>, hatte sich auch an der Parteibasis durchgesetzt. Schon nach wenigen Wochen der Naziherrschaft wurde aus dem „Organ des Bayerischen Bauern- und Mittelstandes, sowie aller werktätigen Kräfte“ eine „nationale Tageszeitung für alle Stände“<sup>141</sup> und treue Vertreterin der neuen Richtung. Doch noch hatten die örtlichen Nationalsozialisten die früheren Streitigkeiten nicht vergessen. Auf eine Beschwerde gegen die Werbemethoden des konkurrierenden Parteiblatts hin beschädigte am 1. 2. 1934 ein Sprengstoffanschlag des Verlagsgebäude des „Volksboten“; Luft wurde in dreiwöchige Schutzhaft genommen<sup>142</sup>.

Nur eine kurze Erscheinungsdauer war dem „Bayerischen Landvolk- und Mittelstandsboten“ beschieden, dem ab dem 1. 5. 1931 in Rosenheim erscheinenden Organ der Neuen Bauernbewegung<sup>143</sup>. Das anspruchslose Blatt, das von Schriftleiter Otto Brandl aus Maternberichten und „Mitteilungen aus der Bewegung“ zusammengestellt wurde, war zunächst als Wochenzeitung konzipiert, wurde aber ab dem 19. 6. 1931 zur Tageszeitung mit einer Startauflage von 700 Exemplaren umgestellt<sup>144</sup>. Angesichts der übermächtigen Konkurrenz auf dem Rosenheimer Pressemarkt war der Mißerfolg jedoch vorprogrammiert, zumal die Neue Bauernbewegung in sich zu wenig gefestigt war, um einen sicheren Käuferstamm innerhalb ihrer Anhängerschaft vorzufinden, außerdem Finanzmittel fehlten, um eine längere Durststrecke durchzustehen. Nach Streitigkeiten mit dem Verlag wurde das Blatt Ende August 1931 aufgegeben<sup>145</sup>.

Sein Nachfolger wurde eine kleinformatige Wochenschrift, die als „Kampf um Heimat und Scholle“ ab dem 9. Oktober im Selbstverlag der Vorstandschaft erschien. Ihr Inhalt konzentrierte sich neben der Berichterstattung über die Aktivitäten der Bauernorganisation auf landwirtschaftliche und mittelständische Themen, ab dem Schwenk zur NSDAP im April 1932 auch auf parteipolitische Agitation. Ein finanzieller Erfolg war aber auch damit nicht zu erzielen. Wie die Rosenheimer Gewerkschaftszeitung berichtete, war die Wahlwerbung der Bauernvereinigung für Hitler vor dem zweiten Durchgang zur

<sup>139</sup> Bayerischer Volksbote 16. 12. 1932 (290); Kral gab seinen häufigen Frontwechsel zu: Rottaler Beobachter 17. 12. 1932 (14). Zur Kral-Presse vgl. Kern, Kampfpresse, 136 f., 235, 245; Frei, Provinzpresse, 100 f.

<sup>140</sup> Wahlaufuf des BBMB, Bayerischer Volksbote 4. 3. 1933 (53).

<sup>141</sup> Ab 7. 4. 1933 (84); 2. 6. 1933 (126) ff.: „Unabhängige nationale Tageszeitung für Heimat und Volk“. Der Untertitel „Rottaler Beobachter“ verschwand bereits ab dem 25. 3. 1933 (71).

<sup>142</sup> Frei, Provinzpresse, 330 ff.

<sup>143</sup> Zur Neuen Bauernbewegung vgl. u. S. 260 ff.

<sup>144</sup> Polizeidirektion München NB 104 (28. 9. 1931), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>145</sup> Bayer. Landvolk- u. Mittelstandsbote 28. 8. 1931 (57); Kampf um Heimat u. Scholle 9. 10. 1931 (1).

Reichspräsidentenwahl 1932 auf Schulden in Höhe von 6000 RM zurückzuführen, die sich seit Erscheinen des Blattes bei der Kolbermoorer Druckerei angehäuft hatten<sup>146</sup>. Trotz der nationalsozialistischen Finanzhilfe war auch der „Kampf um Heimat und Scholle“ nicht auf Dauer zu halten. Im August 1932 stellte er das Erscheinen ein und wurde von dem Kopfblatt „Heimat und Scholle“ der „Front“, Adolf Wagners „Kampfbatt für den Gau Oberbayern“, abgelöst.

### c) Die sozialdemokratische Presse

Bayerns Sozialdemokratie war auf wenige, vor allem in den Großstädten angesiedelte Organe angewiesen. In Altbayern fanden sich 1932 gerade fünf Zeitungen der Partei<sup>147</sup>, deren bedeutendste, die „Münchner Post“, als Sprachrohr des rechten Parteiflügels galt<sup>148</sup>. Sie mußte vom Parteivolk der umliegenden Gebiete bezogen werden, wollte man sich außerhalb der rechtslastigen Landpresse im Sinne der Sozialdemokratie informieren. Obwohl die „Münchner Post“ mit lokalen Berichten aus der Parteibasis ganz Oberbayern abzudecken suchte, konnte sie doch mit dem weitverzweigten bürgerlichen Presseapparat in keiner Weise mithalten.

In Rosenheim war 1922 der Versuch gescheitert, als Gegengewicht zum örtlichen Pressemonopol der bürgerlichen Parteien eine sozialistische Tageszeitung zu plazieren. Die USPD-nahe, in München gedruckte „Rosenheimer Volkszeitung“ mußte aus wirtschaftlichen Gründen bereits nach wenigen Monaten das Erscheinen einstellen<sup>149</sup>. Erst 1926 gelang mit der Herausgabe eines „Mitteilungsblattes“ des ADGB im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim, ein Sprachrohr der lokalen SPD-Gliederungen und Vereine zu schaffen. Unter Leitung des Kolbermoorer Arbeitersekretärs und SPD-Gemeinderats Josef Waldinger<sup>150</sup> führte das kleinformatische, nur vierseitige Wochenblatt einen erbitterten Kleinkrieg gegen die Rosenheimer Nationalsozialisten, der von beiden Seiten mit wüsten Beschimpfungen ausgetragen wurde<sup>151</sup> und 1932 ein kurzzeitiges Verbot des Gewerkschaftsblattes nach sich zog<sup>152</sup>.

<sup>146</sup> Mitteilungsblatt 19. 5. 1932 (20).

<sup>147</sup> Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 24 ff.

<sup>148</sup> Vgl. Piepenstock, Tagespresse, 151 ff. Sie gab als soziale Schichtung ihrer Bezieher an: 60 % Arbeiter, 20 % Beamte und Angestellte, 20 % sonstige Berufe; Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 46.

<sup>149</sup> Kirmayer, Miesbacher Anzeiger, 146. Die wohl einzige noch greifbare Nummer findet sich in Stadtarchiv Rosenheim IA 1/70.

<sup>150</sup> Die aktive Mitarbeit Waldemar v. Knoeringens, des Leiters des „Freien Bildungskartells Rosenheim“, ist wahrscheinlich, aber nicht konkret nachweisbar.

<sup>151</sup> Die Gewerkschaftszeitung titulierte den „böhmischen Anstreichergesellen“ als „Reklamefrontsoldat...“, Weggenosse der warmen Röhmlinge“ und „Lieblingsaffe der hysterischen Hitlerweiber“; Mitteilungsblatt 28. 7. 1932 (30). Adolf Wagners „Die Front“ antwortete: „Die Artikel des Rosenheimer Mitteilungsblattes sind so gemein, daß nur ein Judenhirn sie ausschleimen konnte. Stinkende, giftige Reptilien und kotbegrustete Schweine faßt ein anständiger Mensch nicht gerne an“; zit. n. Mitteilungsblatt 11. 8. 1932 (32). Das Zitat konnte in den vorliegenden Ausgaben der Front nicht nachgewiesen werden. Vgl. eine Zuschrift in Die Front 30. 7. 1932 (31).

<sup>152</sup> Die verbotene Nummer v. 28. 7. 1932 (30) konnte aber noch rechtzeitig ausgeliefert werden; Mitteilungsblatt 1. 8. 1932 (32).

Am 21. 2. 1933 belegte die Regierung von Oberbayern das „Mitteilungsblatt“, das eine Passage aus Hitlers „Mein Kampf“ angezweifelt hatte („Ich habe noch niemals gelogen!“), erneut mit einem vierwöchigen Verbot, das gleichzeitig das Ende der Zeitung bedeutete<sup>153</sup>. Gewerkschaftssekretär Waldinger wurde Mitte März verhaftet und gezwungen, in einer Annonce im Rosenheimer Anzeiger die Äußerungen seines Blattes zu widerrufen und sich zu entschuldigen<sup>154</sup>.

#### d) Die Presse der KPD

Wie die Sozialdemokratie war auch die bayerische KPD auf wenige, überregional erscheinende Presseorgane angewiesen. Ihre Berichterstattung aus Ortsgruppen und Betrieben war in der „Arbeiterkorrespondenz“ organisiert, die freiwilligen Mitarbeitern aus der Parteibasis die Möglichkeit bot, Berichte der Partei zu übermitteln, die sie in den zentral produzierten Blättern, etwa der Münchner „Neuen Zeitung“<sup>155</sup>, dem Wochenblatt „Bayerisches Echo“ oder dem Organ der bayerischen RGO, der ebenfalls in der Landeshauptstadt erscheinenden Monatsschrift „Der Erwerbslose“, veröffentlichte<sup>156</sup>. Naturgemäß waren dadurch Gebiete mit einem hohen Anteil an Industrieproletariat, neben München auch das Industriegebiet an Mangfall und Inn, überproportional erfaßt, während die Berichterstattung ländliche Gebiete nicht oder nur sehr sporadisch abdeckte.

Häufig Verboten und Repressalien der Behörden ausgesetzt, war ein regelmäßiges Erscheinen der kommunistischen Presseerzeugnisse zeitweise unmöglich<sup>157</sup>. Der Kolbermoorer KPD-Funktionär Ewald Thunig, der im Januar 1932 als Redakteur für Politik und Gewerkschaftsbelange in die Leitung der „Neuen Zeitung“ eintrat<sup>158</sup>, sah daher seine erste Aufgabe darin, das Erscheinen des Blattes zu stabilisieren und nicht wie sein geflohener Vorgänger Stenzer durch unnötige Provokationen Beschlagnahmen, Verbote und Strafen auf sich zu ziehen, was auch gelang<sup>159</sup>.

Obwohl die kommunistische Presse gegenüber den bürgerlichen Blättern eine verschwindend geringe Abnehmerzahl hatte, zeigte sich doch, daß sie nicht nur die eingeschriebenen Parteimitglieder erreichte. Im Mai 1932 ergab sich für den KPD-Unterbezirk Rosenheim folgendes Bild:

<sup>153</sup> Mitteilungsblatt 23. 2. 1933 (8); s. a. StA Rosenheim I A1/76.

<sup>154</sup> Rosenheimer Anzeiger 18./19. 3. 1933 (65); 20. 3. 1933 (66).

<sup>155</sup> Sie nannte als Abonnenten: 70 % Arbeiter, 10 % Mittelstand, 15 % Angestellte, 5 % Kleinbauern. Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 47.

<sup>156</sup> Die Zielrichtung der Arbeiterkorrespondenz illustriert die Zuschrift einer „Arbeiterfrau“: „Daß unser erster Artikel in der ‚Neuen Zeitung‘ erschienen ist, hat uns Freude gemacht, den Chef aber in Wut gebracht. Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe auf, ständig Berichte an die kommunistische Presse zu senden, denn damit werden die Belegschaften aufgeweckt, sehen, daß sich die Kommunisten für sie einsetzen“. Der Erwerbslose 4/1931.

<sup>157</sup> Piepenstock, Tagespresse, 161, läßt etwa die Neue Zeitung nicht als regelmäßige Tageszeitung“ gelten, „weil ein geregeltes Erscheinen 1918–1933 nicht festzustellen war“.

<sup>158</sup> Polizeidirektion München N. 110 (4. 4. 1932); BayHStA MA 101 235/2.

<sup>159</sup> Mitteilung E. Thunig 20. 11. 1987.

Tab. 127: Verbreitung kommunistischer Presseorgane: <sup>160</sup>

Ortsgruppe	Mitglieder	Bayerisches Echo	Neue Zeitung
Rosenheim	49	100	22
Kolbermoor	32	94	13
Bad Aibling	22	45	1
Schloßberg	10	3	–
insgesamt	113	242	36

Falls die Abonnenten der Parteipresse die Aufrufe befolgten, die Zeitungen weiterzugeben, ergab sich somit kein unbedeutender Leserstamm.

Neben den offiziellen Parteiorganen existierten im Rosenheimer Raum mehrere Untergrundzeitungen einzelner Ortsgruppen, die aber, regelmäßig verboten und beschlagnahmt, nur in Einzelnummern erschienen und keine größere Bedeutung für die politische Agitation entwickeln konnten. Der „Inntalprolet“ aus Redenfelden <sup>161</sup>, der Kolbermoorer „Rote Textiler“ <sup>162</sup> und das Rosenheimer „Rote Sprachrohr“ <sup>163</sup> beinhalteten neben allgemeiner Propaganda auch Berichte aus den örtlichen Parteigliederungen und Stellungnahmen zu lokalen Vorgängen. Sie wurden auf einem Hektographierapparat hergestellt, den die Münchner Zentrale nebst Bildvorlagen für Karikaturen und anderen Unterlagen zur Verfügung stellte <sup>164</sup>. Allerdings kam es schon bald zu Querelen mit der südbayerischen Landesleitung, die monierte, das Gerät werde zu wenig genutzt, der Unterbezirk sei außerdem mit den Ratenzahlungen für die Vervielfältigungsutensilien in Verzug, und mit der Rückforderung drohte <sup>165</sup>. Die Matrizen der letzten Ausgabe des „Roten Sprachrohrs“ wurden schließlich am 9. 2. 1933 zusammen mit Arbeitsmaterialien bei einer Hausdurchsuchung in Rosenheim beschlagnahmt <sup>166</sup>.

#### e) Die nationalsozialistische Presse

Als private Gründung eines von Hitler begeisterten Druckereibesitzers erschien ab 1. 11. 1929 im Grenzort Kiefersfelden der „Inntal-Bote“, die einzige dezidiert nationalsozialistische Zeitung des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim <sup>167</sup>.

<sup>160</sup> Bericht der Polit. Polizei über Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, P.N.D. 778; StAM LRA 47090. Angaben zu anderen Ortsgruppen (Redenfelden-Raubling) fehlen.

<sup>161</sup> Einzelausgaben in: StAM LRA 47183; Stadtarchiv Rosenheim IA 1/80, I u. II. Zur Taktik der Exekutivorgane gehörte es, Zeitungsverbote erst aufzuheben, wenn das Blatt seine Aktualität verloren hatte. Der beschlagnahmte „Inntalprolet“ mit einem Aufruf zum 1. Mai 1930 wurde z. B. erst am 12. 6. freigegeben; StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>162</sup> Einzelnummer in StAM LRA 47183.

<sup>163</sup> Einzelnummern ebd.; Stadtarchiv Rosenheim IA 1/80, I u. Benutzerakt NSDAP Ortsgruppe Schloßberg.

<sup>164</sup> Vgl. Antrag auf Unterbezirkskonferenz Rosenheim 28. 12. 1930, Bericht der Polit. Polizei P. N. D. 720; StA Rosenheim IA 1/80, II.

<sup>165</sup> Bericht der Polit. Polizei über Unterbezirkskonferenz Rosenheim 17. 5. 1931, P. N. D. 885; ebd.

<sup>166</sup> Polizeibericht der Haussuchung bei A. Pletschacher 9. 2. 1933 nebst beschlagnahmtem Material, ebd.

<sup>167</sup> Das NSDAP-Organ im Rottal, der erst Ende 1932 begründete Rottaler Beobachter, wurde bereits oben, S. 208, angesprochen.

Schon nach wenigen Monaten gelang es Drucker und Herausgeber Franz Werr, das zunächst kleinformatige, nur zweimal wöchentlich erscheinende Sprachrohr der Kiefersfeldener und Oberaudorfer NSDAP-Ortsgruppen, das sich als „unabhängiges Blatt für deutsche Art und christliches Volkstum“ bezeichnete<sup>168</sup>, zur Tageszeitung auszubauen<sup>169</sup>. Ermöglicht wurde dieser Aufschwung durch die Zusammenarbeit mit dem ebenfalls Ende 1929 ins Leben gerufenen Traunsteiner „Chiemgau-Boten“, der ab dem 13. 5. 1930 in Kiefersfelden gedruckt wurde. Da der erfolgreichere „Chiemgau-Bote“ die Stütze des Gesamtbetriebes wurde und Kiefersfelden mit seiner Lage an der Reichsgrenze als Druckort der Parteipresse denkbar ungeeignet war, übersiedelte Werr noch im November des Jahres mit seinem Betrieb ins zentral gelegene, für die Parteiagitation und die Vergrößerung des Verlages weitaus günstigere Traunstein<sup>170</sup>. Als Geschäftsstelle des „Inntal-Boten“ im neuen Erscheinungsort Rosenheim firmierte der Zigarrenkiosk eines Parteigenossen<sup>171</sup>.

Die Schriftleiter der nun fast identischen Blätter<sup>172</sup>, Werr und der Traunsteiner Student Alfons Weber, stellten ihre Ausgaben aus Maternberichten sowie Anleihen aus der NS-Pressekorrespondenz (NSPK) bzw. dem NS-Presse Dienst (NSPD) zusammen, die „zu den wichtigsten Informationsquellen der armen Parteipresse“ (Kern)<sup>173</sup> gehörten, wobei der politischen Agitation eine deutliche Priorität vor der Lokalberichterstattung eingeräumt wurde.

Durch besondere Radikalität zeichneten sich Artikel aus, die der Feder der Zeitungsmacher selbst entstammten. Wüste Hetztiraden gegen jüdische Geschäftsleute<sup>174</sup> und vor allem die gegnerische Presse waren an der Tagesordnung. Ständen zunächst der „Anzeiger für Oberaudorf und Kiefersfelden“<sup>175</sup> sowie der „Rosenheimer Anzeiger“<sup>176</sup> und das „Rosenheimer Tagblatt Wendelstein“, genannt „Radio Tuntenhausen“, dessen Mitarbeiter kurzerhand als „Wendelschweine“ titulierte wurden<sup>177</sup>, in der Schußlinie des „Inntal-Boten“, so

<sup>168</sup> Zeitungskopf.

<sup>169</sup> Ab 2. 6. 1930 (44).

<sup>170</sup> Es war also, gegen Frei, Provinzpresse, 224, kein „Zufall . . . , daß sich Hitlers Anhänger entschlossen, den publizistischen Endkampf gegen die Republik für Südost-Oberbayern von Traunstein aus zu führen“.

<sup>171</sup> Inntal-Bote 22. 10. 1930 (163).

<sup>172</sup> Frei, Provinzpresse, 224 ff., nennt in seiner Darstellung der Geschichte des „Chiemgau-Boten“ drei weitere Blätter (Untersberger Wacht, Altbayerische Volkswacht, Freisinger Beobachter) als Nebenausgaben, ohne den Inntal-Boten zu berücksichtigen.

<sup>173</sup> Kern, Kampfpresse, 88.

<sup>174</sup> Vgl. die Leitartikel des Inntal-Boten: „Ein Rosenheimer Jude schädigt kleine Handwerker!“, 2. 6. 1930 (44); „Vampyr Tietz!“, 17. 12. 1931 (245). Weber wurde zu 30 RM Strafe wegen Beleidigung verurteilt, weil er einen jüdischen Händler, der in Traunstein ein Radiogeschäft einrichten wollte, im „Chiemgau-Boten“ derart angegriffen hatte, daß dieser von der Geschäftseröffnung Abstand nahm; Inntal-Bote 13. 1. 1932 (9).

<sup>175</sup> Inntal-Bote 4. 1. 1930 (1); 28. 1. 1930 (8).

<sup>176</sup> Die Angriffe des Inntal-Boten 8. 1. 1930 (2), er sei Organ eines „vollständig ziellosen und ideenlosen . . . Bürgertums“, konterte der Rosenheimer Anzeiger ungewöhnlich scharf: Werr, der „Jüngling aus dem Rheinland“, der den „dummen Bayern“ politische Nachhilfestunden geben wolle, sei selbst ein „dummer Junge“ und „Wasserkopf“, seine Zeitung ein „Maulaufreißerorgan“; Rosenheimer Anzeiger 10. 1. 1930 (7). Vgl. Inntal-Bote 14. 1. 1930 (4); 4. 2. 1930 (10).

<sup>177</sup> Vgl. z. B.: „Der schwarz-rote Bauernschreck im Inntal“, Inntal-Bote 13. 9. 1930 (130); „Wendelschweine“, 20. 9. 1930 (136); gegen Tagblatt-Redakteur Bergmann

verlagerte sich das Interesse mit der Übersiedlung auf die Traunsteiner Zeitungen. Das „Traunsteiner Tagblatt“ des Katholischen Preßvereins und das „Wochenblatt“ des Bauernbunds sahen sich nun andauernden Anwürfen und Attacken ausgesetzt. Dabei ließ man den Kampf für die „Bewegung“ nicht nur mit verbalen Angriffen bewenden. Die Einsatzfreude der NS-Journalisten bewiesen ein tätlicher Überfall Webers auf seinen bauernbündlerischen Schriftleiterkollegen Karl Perkhöld vom „Wochenblatt“<sup>178</sup> und die Anklage gegen SA-Mann Werr, der sich nach der Beteiligung an einer Saalschlacht in Reichenhall, die 30 Verletzte gefordert hatte, vor Gericht verantworten mußte<sup>179</sup>.

Zwar brachte eine vorübergehend schärfere Gangart der bayerischen Behörden im August 1930 wie dem „Völkischen Beobachter“ auch den Traunsteiner NS-Blättern ein kurzzeitiges Verbot ein, zwar wurden die Geschäftsräume und Wohnungen der Herausgeber durchsucht und Werr zu einer Geldstrafe verurteilt<sup>180</sup>, doch zeigten sich die Schriftleiter davon unbeeindruckt. „Achtung S. A.! Weiterer Terror in Sicht. Macht mobil! Haut den Reichstag zum Teufel!“ prangte es schon nach kurzem wieder auf den Titelseiten<sup>181</sup>. Trotz des großen Freiheitsraums, welcher der NS-Presse zugestanden wurde, waren weitere Verbote bei diesem Tonfall unvermeidlich. Insgesamt fast neun Wochen war 1931 das Erscheinen des „Inntal-Boten“ untersagt<sup>182</sup>. Zeitweise schien es, als legten Werr und Weber es geradezu darauf an, Bezirksamt und Kreisregierung zu provozieren<sup>183</sup> und in eine Märtyrerrolle zu schlüpfen, da „die Verbots-Welle die nationalsozialistische Gesinnung mehr“ festige, „als es den Vertretern des Systems später recht sein“ werde<sup>184</sup>. Wohl nicht zuletzt wegen der immer bedrohlicheren Wirtschaftslage des Unternehmens<sup>185</sup> flaute 1932 dieser Konfrontationskurs gegenüber den Behörden ab, wobei die Überlegung, daß es für die Wahlagitation nützlicher sei, ein regelmäßiges Erscheinen zu gewährleisten, als mit sinnlosen Provokationen weitere Verbote zu riskieren, sicher mit einer Rolle spielte.

Obwohl sich die Traunsteiner Zeitungsmacher geradezu fanatisch für die NSDAP engagierten, blieb ihnen die offizielle Anerkennung der Partei versagt. Zwar hatte die Führung der südostbayerischen SA am 9. 11. 1930 bei einer

(„Wendelkröte“) das wüste Gedicht „Leben und Treiben eines schwarzlackierten Journalisten“, 4. 3. 1930 (18), Beilage „Faschingstelegramme“.

<sup>178</sup> Polizei-Commissariat Traunstein an BA Traunstein 30. 4. 1932, StAM Pol. Dir. 6898. Traunsteiner Wochenblatt 15. 4. 1932 (86); Inntal-Bote 21. 4. 1932 (92).

<sup>179</sup> Während die mitangeklagten Kommunisten und Reichsbannerleute meist Geldstrafen erhielten, gestand das Gericht der SA zu, sie habe nur ihre Pflicht als Saalschutz erfüllt; Werr wurde freigesprochen. Inntal-Bote 11. 9. 1932 (172); 12. 9. 1932 (173); 13. 9. 1932 (174).

<sup>180</sup> Inntal-Bote 18. 8. 1930 (107); 7. 10. 1930 (150); 1. 10. 1930 (154).

<sup>181</sup> Inntal-Bote 11. 2. 1931 (34).

<sup>182</sup> 31. 5. – 23. 6. 1931; 22. 7. – 17. 8. 1931; 31. 10. – 10. 11. 1931. Beschwerden gegen die Verbote wurden vom Reichsgericht verworfen, Inntal-Bote 8. 9. 1931 (169); 19. 11. 1931 (222), doch konnten Strafermäßigungen erreicht werden: Ein am 22. 7. 1931 ausgesprochenes achtwöchiges Verbot wurde auf vier Wochen reduziert.

<sup>183</sup> Nach einem dreiwöchigen Verbot wegen Verwendung des Terminus „Judenrepublik“ lautete die Überschrift des Leitartikels der nächsten Nummer: „Gibt es eine Judenrepublik?“ Inntal-Bote 24. 6. 1931 (135).

<sup>184</sup> Inntal-Bote 2. 9. 1931 (164).

<sup>185</sup> Vgl. den Bericht zur Geschichte des Chiemgau-Boten v. 1. 6. 1936, auszugsweise abgedr. bei Frei, Provinzpresse, 225, Anm. 238.

Standartenbesprechung in Rosenheim beschlossen, alle Stürme sollten den „Inn-“ bzw. „Chiemgau-Boten“ beziehen und je ein Gruppenmitglied sei zu bestimmen, das den Blättern interessante Ereignisse zuleite<sup>186</sup>; als der Verlag jedoch zunehmend unter finanziellen Druck geriet und im Oktober 1931 die Leser, besonders aber die NSDAP-Ortsgruppen und -zellen des Verbreitungsgebiets aufrief, im Rahmen eines „3-Monats-Planes“ 500 neue Bezieher zu werben, um dem „Kampf-Organ eine weitere Überlegenheit gegenüber der gegnerischen Youngpresse zu erringen und zu sichern“<sup>187</sup>, ging die Gauleitung umgehend auf Distanz: „Inntal-“ und „Chiemgau-Bote“ seien Privatunternehmen, keine parteiamtlichen Organe, und könnten daher auch nicht die Parteiorganisation für ihre Zwecke benutzen. „Mit Rücksicht darauf, daß die Zeitungen bereits seit Jahren nationalsozialistisch schreiben“, sei es den Parteigenossen dennoch freigestellt, für sie zu werben<sup>188</sup>. Anscheinend ließ die Aktion schließlich den erhofften Erfolg vermissen, da das propagierte Ziel, nach der Steigerung der Abonnentenzahl zusätzlich zum „Illustrierten Beobachter“ und dem satirischen Wochenblatt „Die Brennessel“ auch die „Nationalsozialistische Landpost“ als Beilage zu erwerben, nicht erreicht wurde<sup>189</sup>.

Nachdem sie das letzte Jahr der Weimarer Republik dank des etwas moderateren Kurses ohne größere Schwierigkeiten mit den Behörden überstanden hatten, zogen Werr's Blätter nach einigen verlagsinternen Umstellungen und technischen Verbesserungen zur Jahreswende 1932/33<sup>190</sup> gestärkt ins Dritte Reich ein. Während der „Chiemgau-Bote“ nach kurzem Ringen die Führungsposition innerhalb der Traunsteiner Presse übernahm<sup>191</sup>, wurde der „Inntal-Bote“ Ende September 1933 eingestellt<sup>192</sup>. Die Gleichschaltung der etablierten, auflagenstarken und technisch ungleich besser ausgerüsteten bürgerlichen Zeitungen des Rosenheimer Raums machte ihn überflüssig.

## II. Die politische Entwicklung vor 1928

Die verkehrsgünstige Lage Rosenheims und des die Stadt umgebenden Inn-Mangfallraumes sowie der hohe Prozentsatz industriell-gewerblicher Bevölkerung in dieser Region waren es, welche die politische Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Monarchie entscheidend bestimmten. Im Schlepptau der Münchner politischen Szene erlebte Rosenheim nach dem wirtschaftlichen Aufstieg nun binnen weniger Jahre die Ausbildung zum wichtigsten politischen Zentrum des südostbayerischen Raumes. Radikale Gruppen

<sup>186</sup> Sturm 16 u. 58 bezogen den Inntal-, 10 u. 19 den Chiemgau-Boten; Inntal-Bote 13. 11. 1930 (179).

<sup>187</sup> Inntal-Bote 20. 10. 1931 (205).

<sup>188</sup> Inntal-Bote 23. 12. 1931 (251).

<sup>189</sup> Die wohl nur wenige hundert Stück betragende Auflage gaben die Herausgeber nicht bekannt, jedoch die vermutete Sozialstruktur der Leserschaft: 20 % Landwirtschaft, 35 % Arbeiter, 45 % Beamte, Angestellte u. Industrie; Hdb. d. dt. Tagespresse 1932, 55.

<sup>190</sup> Verantwortlich f. d. Gesamthalt ab 1. 1. 1933 Georg Klopfer, ab 15. 5. 1933 Rudolf Senfft. Im Januar 1933 nahm der Verlag eine Schnellpresse in neuen Räumen in Betrieb; Inntal-Bote 26. 1. 1933 (22).

<sup>191</sup> Frei, Provinzpresse, 225 ff.

<sup>192</sup> Erloschen mit 25. 9. 1933 (221).

jeder Couleur wählten die Stadt und ihr industriedurchsetztes Umland als Sprungbrett und Testgelände, wenn es galt, den Versuch zu wagen, ihre Ideen aus der Großstadt in die Provinz zu verpflanzen<sup>195</sup>.

Kennzeichnend hierfür waren die Abläufe in der Zeit der revolutionären Wirren. Während in den meisten Städten und Märkten des agrarisch dominierten Umlands, etwa Bad Aibling, Wasserburg, Gars, Endorf, Prien, aber auch in Pocking und Griesbach im Rottal, sich die örtlichen Revolutionäre im wesentlichen darauf beschränkten, Räte zu bilden und selbstherrlich in die Verwaltung einzugreifen, konnte sich in Rosenheim und im benachbarten Kolbermoor ein relativ stabiles revolutionäres Regiment etablieren, das sich nicht zuletzt auf die in der Entlausungsanstalt zwischen beiden Orten garnisonierten Soldaten stützte. Jede Stimmungsschwankung innerhalb der revolutionären Bewegung der Landeshauptstadt, von der stufenweisen Radikalisierung über den gescheiterten Bürgerputsch bis zu dem gewaltsamen Ende durch die „weißen“ Truppen, wirkte sich dank der guten Nachrichten- und Verkehrsverbindung sofort auf die Lage in diesem Vorposten der Umstürzler aus, so daß sich erstaunliche Parallelenentwicklungen ergaben. Auch hier eskalierte die Situation, als Ende April 1919 „weiße“ Einheiten von allen Seiten gegen Rosenheim anrückten. Feuergefechte und Artilleriescharmützel kosteten mehr als 20 Menschenleben, bevor sich die roten Garden unter Führung Guido Kopp, eines Gefreiten aus der Rosenheimer

<sup>195</sup> Vgl. hierzu die scharfsichtige Charakterisierung der politischen Lage in der altbayerischen Provinz nach Ende des Ersten Weltkriegs durch Heinrich Schneider, den Führer der Einwohnerwehr des Inngaus, Wasserburg (ca. 1921), die auch in den folgenden Jahren nicht an Aktualität verlor:

„Es ist eine besondere Eigenart gerade der Altbayern, daß sie geführt sein wollen und an ein Geführtwerden erziehungsgemäß gewöhnt sind. Daher ist es vollständig begreiflich, daß gerade solche Volksteile in führerlosem Zustand vollständig versagen und auseinanderfallen, daß sie sich aber sofort wieder einer Führung fügen, auch wenn diese radikal-revolutionär auftritt. In dem Suchen nach einem Gängelband hielt die Provinz fast naturnotwendig die Bestrebungen der nächsten Großstadt auch für sich als maßgebend und bindend. An Stelle des weiterschauenden Blickes in die Zukunft und an Stelle des Sinnes für das Gesamtwohl, ist bei jedem einzelnen der augenblickliche Opportunitätsstandpunkt und der Egoismus getreten und der Satz ‚sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen‘ wurde zum geflügelten Wort; denn jeder, der nur irgend etwas zu verlieren hatte, glaubte, dadurch sein bißchen Hab und Gut retten und erhalten zu können. Nur unter diesen Gesichtspunkten ist es zu verstehen, daß sich alles der neuen Macht fügte, selbst dann, wenn man im inneren Herzen ganz gegenteiliger Ansicht war. Aus den gleichen Gründen ist es auch erklärlich, daß, wenn sich einmal ein energischer Führer, der Aussichts auf Durchgreifen bot, hervorgewagt hat, dieser starken Zulauf und Unterstützung erhielt, sobald es ihm gelungen war, seine Stellung gegenüber den roten Machthabern zu behaupten.“ Schneider, Einwohnerwehren Inngau, 7.

Die von Nußer, Wehrverbände 1, 89, Anm. 47 erwähnte, angeblich „nur einmal vorhanden(e)“ Handschrift „von großer Wichtigkeit“ ist das Manuskript zu Schneiders weitverbreitetem Büchlein. Schwerwiegender ist, daß Nußer in seinem Kapitel „Die Gruppe Franz (sic, d. Verf.) Schneider“ die Personalien des Wasserburger Einwohnerwehrführers, ebd., 89, Anm. 45, unter Verwendung eines falschen Offizierspersonalakts (OP. 13201) angibt und Schneider danach abwechselnd mit beiden Vornamen titulierte. Zur Richtigstellung: Schneider, Heinrich, geb. 1893 in Regensburg, 1917 Oberleutnant, ab 21. 4. 1919 Führer d. Freikorps Wasserburg, 23. 5–20. 6. 1919 Adjutant d. Freikorps Passau, 1920 Ausscheiden aus Militärdienst u. Eintritt in Einwohnerwehr-Landesleitung; BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) OP 49045.

Garnison, nach Kolbermoor zurückzogen, wo sie sich Rückhalt bei der Arbeiterbevölkerung erhofften. Die befürchtete Entscheidungsschlacht zwischen Revolutions- und Freikorpsstruppen blieb jedoch aus, zu groß war die Übermacht der gegenrevolutionären Kräfte, die den Industrieort von Rosenheim abgeriegelt und eingekesselt hatten. Kampfflos ergaben sich die Aufrührer. Der Kolbermoorer Bürgermeister der Revolutionsmonate, der maßgeblich dazu beigetragen hatte, ein Blutbad zu verhindern, und sein Schreiber wurden nach der Übergabe von Mitgliedern des Bundes „Oberland“ ermordet. Die Rosenheimer Bürger dankten Kolbermoors „weißem“ Stadtkommandanten, indem sie ihn noch im selben Jahr zum Bürgermeister wählten<sup>194</sup>.

Nach diesen Ereignissen dauerte es Jahre, bis sich die Polarisierung zwischen den gegnerischen Parteien einigermaßen abschwächte. Während die Revolutionswirren im Rottal oder im Wasserburger Land kaum tiefgreifende Spuren hinterließen, wurde Rosenheim und sein Umland nun Tummelplatz für alle Spielarten antidemokratischer, nationalistischer und völkisch-antisemitischer Gruppen, die ein bedeutender Teil der Bürgerschaft als Retter aus bolschewistischer Gefahr und Garanten für den Schutz vor einer Wiederholung der Vorgänge nicht nur tolerierte, sondern in der Hoffnung auf Wiederherstellung der alten Ordnung nach Kräften förderte. Der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ bereitete das Feld, auf dem 1920 ein noch unbekannter „Herr Hittler (!) aus München“ zu ackern begann<sup>195</sup>.

Die Gründung der ersten NSDAP-Ortsgruppe außerhalb Münchens am 18. 4. 1920 in Rosenheim war unter diesen Vorzeichen kein Zufall. Noch im gleichen Jahr wurden von hier aus Parteistützpunkte in Kolbermoor, Endorf und Prien eingerichtet, denen 1921 die Konstitution selbständiger Ortsverbände in Kolbermoor, Prien und Bernau am Chiemsee folgte<sup>196</sup>, im Spätherbst eine Ortsgruppe Wasserburg<sup>197</sup>. Das Land zwischen dem Unterlauf der Mangfall und dem Chiemsee wurde zum bestausgebauten Provinzgebiet in der Frühzeit der nationalsozialistischen „Bewegung“. Allein zehn Auftritte Hitlers in Rosenheim bis Juni 1921, erstmals nachweisbar am 2. 5. 1920<sup>198</sup>, in denen er sich unter anderem

<sup>194</sup> Zum kurzen Räteintermezzo im unteren Rottal, das an der drohenden Haltung der Bauern scheiterte, s. Bayer. Volksblatt 5. 4. 1929 (78). Wenig ergiebig zu Volksrat und Einwohnerwehr Griesbach: StALa Rep. 164/6, 4566. Zu den Vorgängen im oberbayerischen Teil des Untersuchungsgebiets aus Sicht der Gegenrevolutionäre: Karl, Schreckensherrschaft, 157 ff.; Schneider, Einwohnerwehren, 7 ff.; Kanzler, Kampf, 9 ff.; Kögl, Revolutionskämpfe, 15 ff. Neuere Arbeiten: Landgrebe, Arbeiterbewegung, 133 ff.; Nußer, Wehrverbände 1, 86 ff.; Ullrich, Landbevölkerung, 26 ff. Dr. Bruno Kreuter, Hauptmann a. D. und ehemaliger Angestellter des Steinbeis-Konzerns, wurde in Rosenheim zum Bürgermeister gewählt, nachdem ein anderer Kandidat nach erfolgreicher Wahl von sich aus zurückgetreten war. S. hierzu StA Rosenheim 1526.

<sup>195</sup> Die Rolle des Deutschvölkischen Schutz- u. Trutzbundes als Wegbereiter der NSDAP entwickelt am Beispiel Rosenheims Lohalm, Radikalismus, 306. Die enge persönliche Verbindung unterstreicht auch die politische Biographie des ehemaligen Schutzbund-Obmanns und späteren NSDAP-Ortsgruppenmitbegründers Hans Huber in Rosenheimer Anzeiger 30. 3. 1939 (76).

<sup>196</sup> Tyrell, Trommler, 67, Anm. 24; vgl. die leicht abweichenden Angaben bei Franz-Willing, Hitlerbewegung, 233 ff.

<sup>197</sup> Zu Gründung und Frühgeschichte s. den kurzen Bericht der Parteiführer v. 22. 9. 1933, StAM NSDAP 597.

<sup>198</sup> S. die Genehmigung des Stadtrats Rosenheim 1. 5. 1920 für eine NSDAP-Versamm-

Rededuelle mit dem Bayernbundsvorsitzenden Otto Ballerstedt lieferte, bewiesen die Wichtigkeit, die dem südostbayerischen Provinzzentrum als Agitationsbasis zugemessen wurde. Sie blieben nicht ohne Wirkung: Binnen Jahresfrist umfaßte die Ortsgruppe der Stadt rund 300 Mitglieder<sup>199</sup>; die Nationalsozialisten hatten bei der revolutionsverschreckten Kleinstadtbevölkerung ein äußerst günstiges Terrain vorgefunden.

In unserem Untersuchungsgebiet lagen daneben die Zentren der bayerischen Einwohnerwehrbewegung. War im Rottal nach der Heimkehr von Verbänden, die zur „Befreiung“ Rosenheims und Kolbermoors ausgerückt waren<sup>200</sup>, das Interesse an militaristischen Abenteuern erloschen, so entwickelten sich in Isen, Wasserburg und Rosenheim aus den zusammengewürfelten Freikorps-Scharen gutorganisierte Einwohnerwehrverbände, die unter der Regierung Kahr zu erheblichem politischen Gewicht aufsteigen sollten. Die ausschlaggebende Persönlichkeit hierfür war der Isener Forstrat Georg Escherich, der es verstand, seiner Organisation einen politischen Anstrich und Anspruch zu verleihen, während die Wasserburger Verbände des „Inngau“ unter Heinrich Schneider sich darauf beschränkten, eine zivile Selbstschutzbewegung zu bilden, die nicht allein antibolschewistische Ziele verfolgte, sondern auch die Staatsorgane bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche oder nächtlicher Diebstähle unterstützte<sup>201</sup>. Im Gegensatz dazu war der Rosenheimer Vermessungsbeamte und ehemalige Zentrums-Landtagsabgeordnete Rudolf Kanzler bemüht, in seiner „Landfahne Chiemgau“ einen straff organisierten, paramilitärischen Verband zu schaffen, was ihm dank organisatorischen Geschicks und reichlich zur Verfügung stehender Geldmittel auch gelang<sup>202</sup>. Der „Chiemgau“ wurde das schlagkräftigste Element innerhalb der bayerischen Einwohnerwehren, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Sein Einsatz als Schlägertruppe bei der Niederwerfung von im Anschluß an den Kapp-Putsch streikender Arbeiter in Hof und anderen oberfränkischen Städten erlangte traurige Berühmtheit<sup>203</sup>.

lung im Hofbräu Rosenheim am 2. 5. 1920, Redner: Die „Herren Hittler (!) und Köhler aus München“, StA Rosenheim IA1/77. Vgl. den Versammlungsbericht der Schutzmannschaft Rosenheim über die sehr gut besuchte Veranstaltung am 15. 5. 1920, ebd., in der Hitler und Parteigründer Drexler zum Thema „Deutschland der Sklavenstaat“ sprachen. Die weitverbreitete Ansicht, z. B. bei Deuerlein, Eintritt, 188; Phelps, Parteiredner, 279; Maser, Sturm, 257, Hitler habe am 19. 6. 1920 in Kolbermoor erstmals außerhalb Münchens gesprochen, trifft damit nicht zu.

<sup>199</sup> Zu den Anfängen der OG Rosenheim s. Franz- Willing, Hitlerbewegung, 229 ff. Die Sozialschichtung der Rosenheimer Ortsgruppenmitglieder untersuchen Miesbeck, Ortsgruppe, 7 ff.; Maser, Sturm, 255.

<sup>200</sup> Eder, Pfarrkirchen, 90 f. Vgl. den Bericht der Sanitätskolonne des Freikorps Pfarrkirchen, abgedr. ebd., 91 ff.

<sup>201</sup> Schneider, Einwohnerwehren, 56 u. 80 ff.; vgl. Nußer, Wehrverbände I, 89 f.

<sup>202</sup> Kanzler, Kampf, 24 ff.; Schneider, Einwohnerwehren Inngau, 56 ff.; Nußer, Wehrverbände I, 86 ff.

<sup>203</sup> Zum Einsatz in Hof: Kanzler, Kampf, 62 ff.; Kögl, Revolutionskämpfe, 280 f.; Nußer, Wehrverbände I, 115 u. 127 f. Escherich kommentierte den Einsatz: „Nicht etwa, daß die Chiemgauer geplündert und unmäßig Blut vergossen hätten, sondern lediglich die Angst vor den mächtigen Fäusten, mit denen sie das rote Gesindel verprügelten, genügte.“ Zit. n. Nußer, Wehrverbände I, 131. Auch die „Jugend“, 16/1920 (17. 4. 1920), 397, glosierte in einem Gedicht das Vorgehen der „Chiemgauer“:

... „Ich sehe Watschen riesigsten Formates, Ihr Dröhnen könnte Tote auferwecken, Kopfnüsse hör ich jeden Stärkegrads, und durch die Lüfte sausen Haselstecken. Ja, Bayerns

Bei der Gegensätzlichkeit der drei Organisationen war der Streit um die Vorherrschaft vorprogrammiert. Escherich, dem sich der „Inngau“ angeschlossen hatte<sup>204</sup>, entschied die Auseinandersetzung für sich. Kanzler widmete sich ab Frühjahr 1920 dem Aufbau der „Organisation Kanzler“ (OrKa), die von Rosenheim aus die Aufstellung und Ausrüstung der österreichischen Heimwehren betrieb. Mit Duldung und aktiver Hilfe der bayerischen Regierung gelangten über den südostbayerischen Verkehrsknotenpunkt rund 80000 Gewehre sowie sonstige Waffen, Berge von Ausrüstungsgegenständen und Munition illegal ins Nachbarland<sup>205</sup>.

Die offizielle Auflösung der Einwohnerwehr zum 27.6.1921 beendete zunächst die hochfliegenden Pläne Escherichs und Kanzlers. Als Nachfolgeorganisationen entstanden der von Escherich geführte „Isengau“ sowie der „Bund Chiemgau“, der unter der Leitung der Forstleute Hugo Jäger (Hohenaschau, BA Rosenheim) und des gemäßigten Peter Graßmann (Rosenheim) den militanteren der beiden Bünde darstellte. Jäger stand in Diensten des MAN-Aufsichtsratsvorsitzenden, Chiemgauer Großgrundbesitzers und ehemaligen Reichsrats Theodor v. Cramer-Klett, eines Repräsentanten des rechtskonservativen Katholizismus, der sich im Dezember 1920 persönlich nach Rom bemüht hatte, um vom Vatikan eine Stellungnahme gegen die drohende Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren zu erwirken<sup>206</sup>.

Auch nach dem Ende der Einwohnerwehren nahm der „Bund Chiemgau“ eine halboffizielle Stellung ein. Als am 29.7.1923 ein von der KPD angesagter Antifaschistentag Unruhe unter der bürgerlichen Bevölkerung Rosenheims hervorrief, bot BA-Chef Roth, obwohl in nächster Nähe der Stadt vorsorglich Landespolizei stationiert worden war, den „Chiemgau“ als Notpolizei auf, worauf Jäger rund 400 Mann in der Stadt versammelte. Neben „Chiemgau“-Mitgliedern handelte es sich um Nationalsozialisten sowie Blücherbund- und Oberlandangehörige, die sich mit dem Wehrverband zur „Arbeitsgemeinschaft Rosenheim“ zusammengeschlossen hatten und eng zusammenarbeiteten<sup>207</sup>. Als sich Geplänkel und Rempelen zwischen Anhängern von Linksparteien und rechten Gruppierungen ergaben, umgingen und überannten mehrere Abteilungen „Notpolizisten“ die Sperren der regulären Ordnungskräfte und stürmten das Gewerkschaftshaus. Bei der darauf folgenden wüsten Schlägerei wurde ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler erstochen, doch lehnte es das Landgericht Traunstein ab, ein Verfahren gegen Jäger und 15 weitere Verdächtige zu eröffnen. Sie hätten in ihrer Funktion als Notpolizei gehandelt, ein schuldhaftes Vorgehen sei nicht nachzuweisen, lautete die Begründung<sup>208</sup>.

Bauernfäuste hart und schwer, verschließen selbst die allergrößten Goschen, es wächst kein Halmchen Grases mehr, wo solche derbe Hände hingedroschen...“

<sup>204</sup> Schneider, Einwohnerwehren, 58 f. Kanzler, Kampf, 86 ff.; Nußer, Wehrverbände I, 153 ff.

<sup>205</sup> Kanzler, Kampf, 86 ff.; Nußer, Wehrverbände I, 153 ff.

<sup>206</sup> Zorn, Geschichte, 244.

<sup>207</sup> Jäger an Landgericht Traunstein 2.8.1923, StAM Staatsanwaltschaften 15649. Den NSDAP-Mitgliedern war lediglich untersagt, bei den gemeinsamen Einsätzen ihre Parteiabzeichen zu tragen.

<sup>208</sup> Ausführliches Aktenmaterial hierzu s. ebd.

Anlässlich des Hitlerputsches zeigte sich erneut die Funktion Rosenheims und seines Umlandes als Aufmarschbasis vor den Toren der Landeshauptstadt. Während die Münchner Vorgänge in großen Teilen des Landes weitgehend unmerklich von der Öffentlichkeit abliefen, etwa im Bezirksamt Griesbach Behörden und Bevölkerung fast gleichzeitig von Beginn und Scheitern des nationalsozialistischen Umsturzversuchs erfuhren<sup>209</sup>, liefen in der Stadt Rosenheim die Fäden der Sympathisanten aus der oberbayerischen Provinz zusammen. Für die in der Stadt versammelten putschbereiten Truppen, zu denen sich auch Freikorpsführer Roßbach und der Leiter des „Bund Oberland“, Östreicher, gesellt hatten<sup>210</sup>, erwies es sich jedoch als schwerwiegendes Hindernis, daß innerhalb des „Chiemgau-Bundes“ neben seiner antisozialistischen Zielsetzung keine Klarheit über die parteipolitische Ausrichtung bestand. Zwar war der Verband mobilisiert worden, waren nach unterschiedlichen Schätzungen 3–5 000 Bewaffnete am Vormittag des 9. November 1923 in Rosenheim versammelt; zu einem aktiven Eingreifen auf Seiten der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten kam es jedoch nicht, da sich der hitlerfreundliche Jäger nicht gegen den gemäßigten Flügel unter Graßmann durchsetzen konnte. Die unentschlossene Haltung des Führers des „Bund Bayern und Reich“, Pittinger, der sich noch in der Nacht des Umsturzversuches im Bürgerbräukeller nach Rosenheim abgesetzt hatte, trug darüberhinaus nicht zur Klärung der verworrenen Lage bei. Als endlich aus der Landeshauptstadt das Scheitern Hitlers bekannt wurde, lösten sich die versammelten Truppen nach Übergriffen gegen jüdische Bürger wieder auf<sup>211</sup>. Die Hilfe Jägers für

<sup>209</sup> Der Griesbacher BA-Vorstand beschwerte sich in seinem Bericht v. 12. 11. 1923 beim Regierungspräsidium von Niederbayern über die zu späte Benachrichtigung: Man habe durch Mitteilungen eines zufällig im Bezirk tätigen Viehhändlers von der Ereignissen in der Landeshauptstadt erfahren und daraufhin Notpolizei und Freiwillige für Kahr mobilisiert. Ansonsten habe der Putsch „die öffentliche Ruhe im Bezirke nicht erschüttert. Dieser ruhige Ablauf erklärt sich einerseits durch die Tatsache, daß die Hitlerbewegung als landfeindlich von den Bauernbündlern mißtrauisch beobachtet, von der bayerischen Volkspartei wie auch von den Sozialdemokraten als verwerflich und gefährlich verfolgt wurde, daß sie also im Bezirke fast keinen Boden fand, andererseits dadurch, daß die Nachrichten so spärlich und langsam eintrafen, daß der Allgemeinheit die Beendigung des Putsches fast gleichzeitig bekannt wurde wie sein Ausbruch.“ StALa Rep. 168/5, 513.

<sup>210</sup> Regierung v. Oberbayern an Generalstaatskommissariat 12. 11. 1923, abgedr. in Deurerlein, Hitlerputsch, 353.

<sup>211</sup> HMB d. Regierungspräsid. v. Oberbayern 19. 11. 1923, abgedr. ebd., 412 ff. Nußer, Wehrverbände 1, 241 f. Vgl. den Bericht eines aus München geflohenen Putschisten, der sich zur Chiemgauleitung gesellte: „Die Chiemgauer hatten am 9. November ihren Heerbann aufgeboden und waren, rund 5000 Mann stark, in Rosenheim eingerückt. Ihr Führer, Forstmeister Jäger, hatte die kautterschen Revolutionsaufrufe anschlagen lassen und hielt sich bereit, den Vormarsch gegen München anzutreten. Die Stimmung des Chiemgauverbandes war tatendurstig und opferbereit, die Bewaffnung, zumal die artilleristische Ausrüstung, genügte, um die Münchner Reichswehr im offenen Kampfe niederzuzwingen. Zwar erkannte die Chiemgauführung... daß es aussichtslos gewesen wäre, den ‚Marsch auf Berlin‘ mit der Zernierung Münchens zu beginnen, sie hoffte jedoch noch immer, daß die revolutionäre ‚Nationalregierung‘ sich der Chiemgaubauern als eines höchst wirkungsvollen und durchschlagenden Kampfmittels bedienen werde. Erst als die volle Wahrheit über die die Münchner Vorgänge bekannt wurde und die Meldung einlief, die Reichswehr verstärkte sich stündlich, entschloß sich auch die Chiemgauführung, das Unternehmen abzublenden.“

Unter dem Gejohle des Straßenpöbels verließ die letzte nationalrevolutionäre Truppe

die Nationalsozialisten mußte sich darauf beschränken, der nunmehr verbotenen Rosenheimer SA als „Zug Klein“<sup>212</sup> Unterschlupf zu gewähren und ihr damit die Möglichkeit zu eröffnen, unter dem Deckmantel des Wehrverbandes bis zur Aufhebung des Verbots aktiv tätig zu sein<sup>213</sup>. Das gesamte neuformierte 3. Bataillon des „Chiemgau“ setzte sich zuletzt in der Mehrzahl aus Nationalsozialisten zusammen, die jedoch erklärten, nach Beruhigung der Lage „wieder unter die alten Führer zu treten“<sup>214</sup>.

Nach wie vor prägend für die politische Landschaft Altbayerns war aber die Partei des politischen Katholizismus, die aus dem bayerische Zentrum hervorgegangene BVP, die nach dem Abebben des revolutionären Aufschwungs der MSPD weite Teile unseres Untersuchungsgebiets klar dominierte. Sie stützte sich als Erbe der „unzulängliche(n) Organisation“ des Bayerischen Zentrums (Schönhoven)<sup>215</sup> dabei weniger auf ein straffes Organisationsnetz, sondern verließ sich im Grunde auf die Schützenhilfe verschiedenster, ihr nahestehender bäuerlicher, bürgerlicher und katholischer Gruppen. In den Agrargebieten waren es die Christlichen Bauernvereine, im Inn-Mangfallgebiet etwa der betont konservativ-katholische „Tuntenhausener Bauernverein“, welche neben landwirtschaftlichen auch die Parteiinteressen vertraten und förderten, in den Kleinzentren die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine, die neben ihren eigentlichen Aufgaben zugleich die Parteiagitation besorgten. Beste Stütze der BVP auch in den abgelegenen Gebieten war daneben der Landklerus, der teils vehement, teils moderat die enge Bindung der Partei an die Vorstellungswelt der katholischen Kirche betonte.

Ein Gegensatz zur Zentrumsdominanz war ab den Endjahren des 19. Jahrhunderts im bayerischen Bauernbund erwachsen, der in den agrarischen Kernzonen, vor allem Niederbayerns, zu einer ernststen Konkurrenz geworden war. Auch das prorevolutionäre Auftreten seines linken Flügels hatte seinem Ansehen bei der Landbevölkerung nicht geschadet, so daß die politische Szene der Bezirksämter Wasserburg und ab 1920 auch Griesbach in der jungen Weimarer Republik vom Dualismus der zwei übermächtigen „bayerischen“ Parteien geprägt wurde, welcher die übrigen politischen Gruppen nur als Staffage erscheinen ließ. Obmannschaften und Vertrauensleute waren die lokalen Anlaufstellen des Bauernbunds, dessen Repräsentanten zwar – je nach Parteiflügelzugehörigkeit – Kontakte zu so unterschiedlichen Lagern wie Reichsbanner oder

auf deutschem Boden Rosenheim und marschierte verbittert und zweifelnd in ihre Bergdörfer zurück, wo die Kirche und die Bayerische Volkspartei ihre verirrtten Schafe wieder verzeihend und manchmal auch strafend in die Arme schlossen.“ Heinz, Nation, 227f. Hofmann, Hitlerputsch, 230, sieht die Ausführungen Heinz' wegen „dessen überspitzte(r) Polemik gegen Hitler“ (!) als nur bedingt glaubhaft an.

<sup>212</sup> Benannt nach ihrem Anführer, dem Rosenheimer Arzt Dr. Ernst Klein. Er war Gründungsmitglied des Bundes „Oberland“, außerdem Angehöriger der Thulegesellschaft und des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes“ und hatte an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen. Kurzbiographie in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 29. 6. 1936 (147); vgl. „Politischer Werdegang“ (1936), PA Klein, Stadt Rosenheim, Registratur.

<sup>213</sup> 15 Jahre Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP, Beil. d. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11. 8. 1935 (184); vgl. Nußer, Wehrverbände 1, 242.

<sup>214</sup> Landespolizeiamt b. Bayer. Staatsmin. d. Innern an die nachgeordneten Dienststellen 30. 11. 1923, abgedr. in Deuerlein, Hitlerputsch, 460 f.

<sup>215</sup> Schönhoven, BVP, 53.

Heimat- und Königsbund unterhielten, daneben aber über keine Hilfstruppen verfügen konnten<sup>216</sup>.

Für liberale Parteien und nationalliberale Nachfolgeorganisationen fand sich nur in den Zentralorten sowie in den Fremdenverkehrsgebieten am Alpenrand größeres Interesse. Nachfolger der „liberalen Vereine“, die schon früh, etwa in Rosenheim und der neugegründeten Industriesiedlung Kolbermoor ab 1869<sup>217</sup>, das Bild der lokalpolitischen Landschaft mitbestimmt hatten, wurden diverse „Wirtschaftslisten“ oder „unpolitische“ Vereinigungen. Sie vertraten in den Stadt- oder Gemeindegremien eine betont gewerbefreundliche Linie, die noch über die Vorstellungen der BVP, welche auf ihre Wähler aus dem Lager der katholischen Arbeiter Rücksicht nehmen mußte, hinausging. Ein Beispiel für diese Kontinuität war die „Unpolitische Wirtschaftsvereinigung“ Kolbermoors, in der die Direktoren der beiden örtlichen Großbetriebe bis zum Ende der Weimarer Republik traditionell im Gemeinderat vertreten waren<sup>218</sup>. Als Repräsentanten der konservativ-liberalen bis deutschnationalen Richtung, die sich in den Kommunalparlamenten mit den „Wirtschaftslisten“ überschneidet, erwiesen sich neben der Schicht der Fabrikbesitzer, -direktoren und höheren Beamten mehrere Gutsbesitzer, meist aus Norddeutschland stammende ehemalige Offiziere, die sich im Alpenvorland eingekauft hatten<sup>219</sup>.

Die (M)SPD besaß ihren Rückhalt vor allem in den Industriesiedlungen an Inn und Mangfall, wo sich bereits zur Zeit der Monarchie eine sozialdemokratische Vereinskultur herausgebildet hatte, die in den Jahren der Weimarer Republik der Parteiorganisation zugute kam. Fast in jeder Gemeinde mit höherem Arbeiteranteil existierte in diesem Raum ein sozialdemokratisches Vereinskartell, in dem neben dem „Sozialdemokratischen Verein“, also der Ortsgruppe der Partei, die typischen Untergliederungen „Radfahrerverein Solidarität“, „Freie Turnerschaft“, „Reichsbanner“, Arbeitergesangs- und Bildungsvereine zusammengeschlossen waren. Die enge Verbindung mit den im ADGB vereinigten „Freien Gewerkschaften“ war ein weiterer Grundpfeiler der sozialdemokratischen Basisarbeit. Aus diesem Geflecht von Basisgruppen war hier die Stärke der Partei erwachsen, doch verloren sich ihre Aktivitäten zusehends in Vereinsmeierei, ohne aber den politischen Hintergrund als einigenden Zusammenhalt je völlig aus den Augen zu verlieren<sup>220</sup>. In den Landbezirken waren es vereinzelt Orts- oder Sportvereine, meist nicht einmal rein politischer Natur, in denen sich die Sympathisanten der SPD zusammenfanden. Sie konnten aber unter diesen Umständen keine größere politische Einflußnahme auf das Umland entwickeln.

Im Gegensatz zum gutausgebauten Apparat der antidemokratischen Gruppierungen des rechten Spektrums ließ die Organisation der äußersten Linken einen

<sup>216</sup> Zur BBMB-Organisation s. Bergmann, Bauernbund, 26 ff.

<sup>217</sup> StA Rosenheim VI A 4/5. Zum liberalen Verein Kolbermoor s. StAM LRA 46954. Treibende Kraft bei seiner Gründung war Spinnereidirektor v. Bippin. Knapp hierzu: Landgrebe, Arbeiterbewegung, 108 ff.

<sup>218</sup> Vgl. den Wahlauftrag der „Unpolit. Wirtschaftsvereinigung Kolbermoor“, Kolbermoorer Anzeiger 7./8. 12. 1929 (283): „Wähler und Wählerinnen! Hängt nicht das ganze Wohl und Wehe unseres Ortes von unseren Industrierwerken ab? Ist es nicht eine Gerechtigkeit, wenn führende Männer der Werke im Gemeinderat vertreten sind?“

<sup>219</sup> Ein plastisches Bild dieser neuen ländlichen Führungsschichten entwirft Steinbeis, Aufzeichnungen, 311 ff.

<sup>220</sup> Knapp zum sozialdem. „Vertikalkonzern“ am Beispiel Kolbermoors: Landgrebe, Arbeiterbewegung, 112 ff.

derart militanten und straffen Aufbau vermissen. Während die Linksaußen-Parteien USPD und später KPD in den Industriebezirken des Voralpenlands kurz nach der Revolution noch beträchtliche Stimmanteile auf sich vereinigen konnten, etwa die USPD in Kolbermoor unter dem Eindruck der Revolutionsereignisse bei der Landtagswahl 1920 56,4 % erzielte<sup>221</sup>, bröckelte ihr Wählerpotential in der Folgezeit entscheidend zugunsten der MSPD, aber wohl in kleinem Maße auch der NSDAP ab<sup>222</sup>, so daß die KPD, die den Rest der radikalen Linkswähler auf sich vereinigte, sich auch hier zu keiner betimmenden politischen Kraft entwickelte. Führungs- und Organisationsschwächen sowie innere Querelen verhinderten auf lokaler Ebene den Ausbau der Partei und ihrer Untergruppen. Selbst in ihren Hochburgen war die Zahl der Parteimitglieder im Vergleich zu den kommunistischen Sympathisanten und Wählern äußerst gering. Da die Kommunisten zudem kaum über Waffen verfügten, war die von Seiten der übermächtigen rechten Wehrverbände immer wieder beschworene bolschewistische Gefahr, die angeblich von den Industrieinseln ausgehen sollte, lediglich ein Vorwand zur Rechtfertigung der eigenen Aktivitäten<sup>223</sup>.

Zu keiner Zeit gelang es der extremen Linken in den Jahren der Weimarer Republik, im östlichen Altbayern ein flächendeckendes Netz von Stützpunkten der Parteiorganisation zu errichten. Ortszellen der KPD in agrarisch dominierten Gemeinden wie die in Schleefeld bei Wasserburg, die sich bis zum Ende der Weimarer Republik halten konnte, während in der nahen Stadt eine kontinuierliche Parteiarbeit nicht durchsetzbar war, gingen auf die Initiative von engagierten Einzelpersonen zurück und waren die Ausnahme<sup>224</sup>. Die 1921 gemeldete Ortsgruppe Prien am Chiemsee ging bis 1923, die Bad Aiblings wenig später ein. Auch eine Wasserburger Parteigruppe, die noch 1926 bestanden hatte, löste sich auf, so daß der Unterbezirk Rosenheim sich 1928 lediglich aus den Parteibasen Rosenheim, Kolbermoor, Raubling/Redenfelden und Schleefeld zusammensetzte. Im unteren Rottal existierten im „Arbeitsgebiet Pocking“ des Unter-

<sup>221</sup> Nach Landgrebe, Arbeiterbewegung, 162. Ihre Folgerung, die Stimmen der vormaligen USPD-Anhänger seien bei der Landtagswahl 1924 der KPD zugeflossen, widerlegt allein schon die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse: 1920 entfielen auf die USPD 930, 1924 auf die KPD 408 Stimmen.

<sup>222</sup> Eines mehrerer Beispiele für den Wechsel zwischen den radikalen Flügeln war der „Leiber“-Anführer Albert Ankirchner, eine der führenden Gestalten der Rosenheimer Revolutionsszene, der zu den ersten Mitgliedern der neugegründeten NSDAP-Ortsgruppe gehörte und 1923 als SA-Zugführer agierte; Kögl, Revolutionskämpfe, 243f.; Miesbeck, Ortsgruppe, 4.

<sup>223</sup> Nach Unterlagen, welche die Polizei bei einer kommunistischen Eisenbahnerversammlung am 20. 10. 1923 in München beschlagnahmte, war die Ausrüstung und Organisation in den Zentralorten Rosenheim und Wasserburg auf folgendem Stand:

„Rosenheim: Arbeiterzahl 3000, K.P.D. 90... Partei sehr aktiv. Bewaffnung 60%, ... 5 leichte M.G., 20 Inf. Gewehre. Wasserburg: 600 Arbeiter, K.P.D. 30. Partei noch jung und wenig aktiv... Bewaffnung nur 3 Browning... Gegnerische Organisation 100 Mann.“ Präs. d. Regierung v. Oberbayern an Bürgerm. d. unmittelbaren Städte u. Bezirksamtsvorstände 24. 11. 1923, StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>224</sup> Treibende Kraft der Schleefelder KPD war ein gutsituierter Bauer mit 58 Tgw. Grund und zwei Pferden, der 25 Jahre als Bergmann im Haushamer Pechkohlerevier (BA Miesbach) gearbeitet hatte. Gendarmeriestation Haag an BA Wasserburg 12.5.1925, StAM LRA 47231. Nach Angaben der Haager Polizei setzte sich die „Ortsgruppe“ im Frühjahr 1926 aus nur drei Personen zusammen; Bericht v. 15. 3. 1926 über KPD-Vers. Schleefeld 14. 3. 1926, ebd.

bezirks Passau zwar Anlaufstellen der Partei in Pocking, Schönburg bei Kühnham und Griesbach, doch handelte es sich auch hier nur um verstreute Sympathisanten, die in ihrer bäuerlichen Umgebung nicht im Stande waren, eine spürbare politische Agitation zu entwickeln<sup>225</sup>.

Anhand statistischen Materials, das sich in den Bezirksamtsakten Aiblings erhalten hat, läßt sich ablesen, daß die rechtsgerichteten Parteien, politischen Vereine und Verbände selbst in diesem industriedurchsetzten und von Seiten der Linken bestorganisierten Bezirk das Untersuchungsgebiets weit in der Überzahl waren:

Tab. 126: Parteien und politische Gruppen im Bezirksamt Aibling 1923/24:<sup>226</sup>

	Ortsgruppen	Mitglieder
Völkischer Block	1	100
Chiemgau-Bund	9	1 209
Heimat- u. Königsbund	13	1 331
Andreas-Hofer-Bund	1	50
BVP	2	310
Jungbayernbund	1	52
Demokratischer Verein	1	30
SPD	5	457
Radfahrerverein „Solidarität“	4	224
sonst. sozialdem. Sportvereine	8	246
sozialdem. Gesangsvereine	2	66
Sozialist. Proletarische Jugend	1	37

Stellt man in Rechnung, daß die meisten sozialdemokratischen Sport- und Geselligkeitsvereine bürgerliche Pendanten besaßen, die aber als „unpolitisch“ angesehen und daher in den Polizeiberichten nicht erfaßt wurden, kann man das drückende Übergewicht der Rechtsgruppen vollends erahnen. Sind auch in den Bezirksamtsakten keine Zahlen zur Gliederung und Stärke der Kommunisten in diesem Zeitraum aufzufinden, so lassen doch die Wahlergebnisse Schlüsse auf ihre vergleichsweise untergeordnete Bedeutung im Aiblinger Bezirk zu. Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 stimmten 5583 Wähler für die BVP, 1707 für die MSPD, 1081 für den Völkischen Block, 728 für die KPD und 553 für den Bauernbund<sup>227</sup>. Der Industriegürtel an der Mangfall und vor allem sein Zentrum

<sup>225</sup> Regierungspräsidium v. Oberbayern an nachgeordnete Behörden und die Einwohnerwehren 29. 3. 1921, StA Rosenheim IA1/80, I. Der Regierungspräsidentenbericht 754 v. 10. 8. 1923 nennt daneben in Redenfelden 17 Parteimitglieder, in Rosenheim 40. Die Ortsgruppe war damit nach Ingolstadt (80), Penzberg (53) und Pasing (47) gemeinsam mit Kochel die viertgrößte der oberbayerischen Provinz. StAM LRA 47231. Vgl. die von der Polit. Polizei an die BA übermittelten Ortsgruppenlisten 1926 und 1928 (N. 1087 v. 24. 10. 1928), ebd.

<sup>226</sup> Nach Berichten der Gendarmerieposten an das BA Aibling Dezember 1923 – Juli 1924, StAM LRA 47147, 47149, 47150. Ergänzende Zahlen zur Entwicklung einiger HKB-Ortsgruppen bis 1929: StAM LRA 47152. Bezeichnend für die enge Zusammenarbeit der rechtsgerichteten Gruppen und ihre Überlappungen war die Tatsache, daß der HKB-Bezirksleiter M. Schild zugleich als Schriftführer der BVP-Ortsgruppe Bad Aibling sowie als Chiemgau-Führer des Marktes agierte.

<sup>227</sup> StJB 16 (1924), XX 1 b.

Kolbermoor waren, wie es die Regierung von Oberbayern einschätzte, vom „ehemals berüchtigten roten Unruheherd zum besten Boden des ganzen Bezirks für rechtsausschlagende Bewegungen“ geworden<sup>228</sup>.

### III. Die politischen Gruppen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise

#### 1. Die KPD

##### a) Der Parteaufbau

Wenig Änderungen in der regionalen Verteilung der kommunistischen Sympathisanten zeigte sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Nach wie vor konzentrierte sich das Hauptaktionsgebiet auf den Großraum Rosenheim, waren die Tonwerks- und Spinnereiarbeiter Kolbermoors, Arbeiter der Redenfeldener Papierfabrik, die Torfstecher der Moorgebiete sowie das kleinstädtische Proletariat die Stützen der äußersten Linken. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage, Entlassungen und Kurzarbeit, die gerade diesem industriell bestentwickelten Teil des Untersuchungsgebiets am meisten zu schaffen machten, förderten einen neuen Schub von Aktivitäten der KPD, um die es in den vorhergegangenen Jahren relativer Vollbeschäftigung und regelmäßig steigender Löhne merklich still geworden war. Ganze 41 eingeschriebene und auch zahlende Mitglieder meldete der Unterbezirk Rosenheim, der neben Stadt und Bezirksamt auch die Verwaltungseinheiten Aibling und Wasserburg und damit ein Gebiet mit rund 135000 Einwohnern umfaßte, zum 1. 1. 1929<sup>1</sup>. Knapp zwei Jahre vorher, am 30. 1. 1927, waren es in den Ortsgruppen Rosenheim (23), Kolbermoor (13) und Raubling (40) noch 76 Mitglieder gewesen<sup>2</sup>, Ende August 1928 im gesamten Unterbezirk 59<sup>3</sup>. Im Vergleich mit dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928, die der KPD im Unterbezirk 1835 Stimmen gebracht hatte<sup>4</sup>, bestätigte sich auch in unserem Untersuchungsgebiet die für das Reichsgebiet gültige Feststellung, daß die KPD in der Zeit der Weimarer Republik die Partei war, bei der die Zahl der Wähler und der Parteimitglieder am weitesten auseinanderklaffte.

Der geringe Einfluß der Partei auf ihre Wählerschaft, die sich nur an Wahltagen mobilisieren ließ, zeigte das Ergebnis des von KPD, ihrem Jugendverband und dem Roten Frontkämpferbund initiierten Volksbegehrens „Panzerkreuzerverbot“ wenige Monate später. Im Unterbezirk Rosenheim schrieben sich nur 355 Personen für die Ablehnung der Flottenbaupolitik der Regierung ein, doch

<sup>228</sup> HMB d. Regierungspräs. v. Oberbayern 18. 3. 1924 (390), BayHStA 102 136.

<sup>1</sup> Polizeidirektion München N. 76 (29. 4. 1929), BayHStA MA 101 235/2. Fälschlich gibt der Polizeibericht 14 statt 4 Ortsgruppen im Unterbezirk Rosenheim an. Im Unterbezirk Passau, dem formell auch das BA Griesbach angehörte, waren es 30 Mitglieder in 4 Ortsgruppen. Im unteren Rottal ist zu diesem Zeitpunkt jedoch keine lokale kommunistische Gliederung nachweisbar.

<sup>2</sup> Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim, StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>3</sup> Polizeidirektion München N. 69 (31. 8. 1928), BayHStA MA 101 235/2.

<sup>4</sup> ZBStL 60 (1928), 463 f.

war selbst dieses dürftige Ergebnis allein dem Mobilisierungserfolg in Kolbermoor zuzuschreiben, wo 110 der 113 Stimmen des Bezirks Aibling gezählt wurden. Kaum weniger verstreut waren die Wiederaufrüstungsgegner im Griesbacher Verwaltungsbezirk, wo fünf der neun Eintragungen in der Gemeinde Würding am Inn getätigt wurden:

Tab. 128: Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ 3. – 16. 10. 1928:<sup>5</sup>

	KPD-Stimmen bei der Reichstagswahl 1928	Volksbegehren Panzerkreuzerverbot: Eintragungen	in % der Reichs- tagswahlstimmen
Stadt Rosenheim	677	75	10,8
BA Aibling	390	113	28,9
davon:			
Kolbermoor	264	110	41,7
BA Rosenheim	680	56	8,2
BA Wasserburg	87	3	3,4
BA Griesbach	142	9	6,3
Bayern	129945	29284	22,5

Der neuerdings von der Parteiführung vertretene ultralinke Kurs der KPD, der noch zur Zeit einer stabilen Wirtschaftslage die Phase realpolitischer Orientierung ablöste und zu einer vertieften Polarisierung innerhalb der Arbeiterschaft führte, sowie das erwartete Ende der kapitalistischen Stabilisierung<sup>6</sup>, das sich mit dem Beginn und der Ausweitung der Krise anzudeuten schien, gab auch der Parteibasis neuen Auftrieb<sup>7</sup>. Im Anschluß an eine Wahlversammlung in Bad Aibling am 17. 11. 1929, bei welcher der Reichstagsabgeordnete Buchmann gesprochen hatte, wurde der Versuch gewagt, hier eine neue Ortszelle ins Leben zu rufen. Zehn Personen fanden sich dazu bereit<sup>8</sup>, doch vegetierte die Neugründung glücklos in naher Bindung an den Kolbermoorer Ortsverband dahin, ohne zunächst eine größere Bedeutung zu erlangen. Erst 1931 erfolgten mehrere Neuaufnahmen, so daß die Ortszelle bis Jahresende auf 27 Mitglieder heranwuchs<sup>9</sup>.

Der Industriebezirk um Bruckmühl war das nächste Sprungbrett, das einer umfassenderen Bearbeitung des Mangfallgaus dienen sollte. Diesmal war es die KPD-Ortsgruppe München-Giesing, auf deren Initiative die Gründung einer Ortszelle für Bruckmühl und Heufeld zurückging, wo bislang die gutorganisierte

<sup>5</sup> StALa Rep. 164/6, 3019; ZBStL 60 (1928), 463 ff.; 61 (1929), 245; Kolbermoorer Anzeiger 17.10.1928 (240), 24.10.1928 (246); Kolbermoorer Volksblatt 17.10.1928 (240); Bayer. Volksblatt 23.10.1928 (245). Vgl. HMB d. Regierungspräs. v. Oberbayern 5.11.1928 (3274), BayHStA MA 102 137.

<sup>6</sup> Resolution d. Parteikonferenz der KPD 15. – 17. 10. 1932, abgedr. in Flechtheim, KPD, 285.

<sup>7</sup> Weber, Kommunismus, 114 ff.; ders., Hauptfeind, 13 ff.

<sup>8</sup> Polizeidirektion München N. 87 (16.12.1929), BayHStA MA 101 235/2; Gendarmerie Bad Aibling an BA Aibling, Mitgliederliste, Nachtrag v. 30.12.1931, StAM LRA 47 090.

<sup>9</sup> Gendarmerie Bad Aibling an BA Aibling, Mitgliedslisten 25.12.1930, 30.6.1931, 30.12.1931, StAM LRA 47 090.

SPD das führende politische Element bei den Arbeitnehmern der Textil-, Holz- und Chemischen Industrie gewesen war. Bei einer Wahlversammlung im Sommer 1930 stieß die Partei dem Polizeibericht zufolge in der Tat auf „eine gänzliche Abneigung bei der Arbeiterschaft“. Nur wenige Personen aus dem Industriebezirk, in dem etwa die Hälfte der rund 6000 Einwohner dem großgewerblichen Proletariat zuzurechnen war, konnten sich zunächst für die neue Ortszelle begeistern, die aber schon bis Jahresende auf 26 Parteiangehörige anwuchs.

Nach Ansicht der Gendarmerie trug zu diesem bescheidenen Erfolg die Tatsache bei, daß die Kommunisten die anhaltende Kurzarbeit im Steinbeis'schen Sägewerk und Entlassungen in der Woldecken- und Marmorindustrie „zur Aufpeitschung der Arbeitermassen gründlich“ ausnutzten<sup>10</sup>. Auf Dauer erwies sich die Arbeit im industriellen Umfeld Bruckmühls erfolversprechender als im kleingewerblichen Milieu Bad Aiblings, wozu die prekäre, die Arbeitsplätze weiter gefährdende Lage der meisten Unternehmen am Ort wohl nicht unwesentlich beitrug. Bis zum 30. 6. 1931 erreichte die Bruckmühler KPD-Zelle einen Mitgliedsstand von 78 Personen und wurde daraufhin in eine selbständige Ortsgruppe umgewandelt, die bis Jahresende weiteren Zulauf erhielt<sup>11</sup>. Nach diesem raschen Aufstieg traf den jungen Parteistützpunkt jedoch ein für die KPD typischer Vorgang: Als zur Jahreswende 1931/32 der bisherige Organisator der Ortsgruppe nach München verzog<sup>12</sup>, zerstreuten sich die Parteianhänger in kürzester Zeit. Bis Mai 1932 blieben nur 14 der vormaligen Mitglieder der Partei treu. Obwohl die Situation am Ort für die kommunistische Propagandaarbeit sehr günstig sei, leiste auch dieser harte Kern nichts, bemängelte die Unterbezirkskonferenz<sup>13</sup>.

Die teilweise sprunghaften Veränderungen der Mitgliederzahlen waren jedoch kein regionales Phänomen. Nach Abschluß der südbayerischen Unterbezirkskonferenzen im Mai 1931 ergab die Bestandsaufnahme, daß sich der Mitgliederstand binnen eines Jahres bis Februar 1931 mehr als verdoppelt hatte. 4956 eingeschriebene Parteiangehörige, von denen allerdings nur 3790 „kassentechnisch erfaßt“ waren, also auch Beiträge entrichteten, standen 1931 Mitglieder im Februar 1930 gegenüber. Erwerbslose stellten jetzt das Gros der Parteimitglieder. War 1930 noch rund ein Drittel ohne Arbeit, so erhöhte sich der Anteil Arbeitsloser in der KPD 1931 auf etwa 80 Prozent<sup>14</sup>.

Ein besonders drängendes Problem des Rosenheimer Unterbezirks war die Bearbeitung des Wasserburger Landes, in dem die kleine Schleefelder Ortsgruppe in keiner Weise in der Lage war, die von der Parteispitze neuerdings geforderte Überzeugungsarbeit in den Agrargebieten zu leisten. Zu diesem Zweck knüpfte die Rosenheimer KPD Kontakte zu Wasserburger Sympathisanten und Resten der zerfallenen Parteiorganisation der Stadt. Mehrfach fuhr der Rosenheimer Stadtrat und Sektionschef im Chiemgau, Peter Kopp, nach Wasserburg, um die Neuformation einer Ortsgruppe vorzubereiten, bis 1930 schließlich der

<sup>10</sup> Gendarmerie Bruckmühl an BA Aibling 25. 12. 1930, StAM LRA 47090. Vgl. „Hunger in Bruckmühl“, Neue Zeitung 2. 12. 1930 (267).

<sup>11</sup> Gendarmerie Bruckmühl an BA Aibling, Mitgliedslisten 25. 12. 1930, 30. 6. 1931, 25. 12. 1931; StAM LRA 47090.

<sup>12</sup> Gendarmerie Bruckmühl an BA Aibling 6. 11. 1932, StAM LRA 47090.

<sup>13</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 32, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932 (PND 778), StAM LRA 47090.

<sup>14</sup> Polizeidirektion München N. 100 (10. 5. 1931), BayHStA 101235/3.

Zusammenschluß unter Leitung des Brauereiarbeiters Ludwig Estermann gelang. Argwöhnisch beobachtete die Wasserburger Polizei die auflebenden Aktivitäten und konnte am 4. 12. 1930 einen aufsehenerregenden Fund machen. Bei der Durchsuchung eines Schuppens, der Estermanns Mutter gehörte, fanden die Beamten vier Maschinengewehre nebst Zubehör. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte sie ein Stoßtrupp der neuformierten Ortsgruppe mit Hilfe der Rosenheimer Genossen aus einer Ziegelei in Pfaffing entwendet und sechs weitere MGs nach Rosenheim transportiert. Kopp, der Rosenheimer Ortsgruppenvorsitzende Josef Straßer sowie sechs weitere Verdächtige wurden verhaftet. Estermann konnte fliehen und sich angeblich in die UdSSR absetzen. Kurz nachdem gemeldet worden war, er halte sich in Taschkent auf, stellte er sich am 7. 9. 1931 überraschend den Behörden<sup>15</sup>.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig wurden Kopp, Straßer und vier weitere Angeklagte im August 1931 wegen schweren Diebstahls und Vorbereitung zum Hochverrat zu Freiheitsstrafen von eineinhalb bis drei Jahren verurteilt<sup>16</sup>. Estermann erhielt mit der gleichen Begründung im Februar 1932 ebenfalls drei Jahre Gefängnis<sup>17</sup>.

Obwohl mit diesem Schlag die neuaufgebaute Ortsgruppe lahmgelegt war, wollte die Partei die Hoffnung auf einen zweiten Stützpunkt im nördlichen Teil des Unterbezirks nicht aufgeben. Nach einem Sitzungsbeschluß vom 28. 12. 1930<sup>18</sup> fuhren am 4. 1. 1931 per LKW mehrere Gruppen von Münchner und Rosenheimer Kommunisten nach Wasserburg, um auf dem Bürgerfeld eine Veranstaltung der „Roten Hilfe“ abzuhalten und anschließend einen Demonstrationzug durch die Stadt zu veranstalten. Ein starkes Polizeiaufgebot wies sie aus dem Burgfrieden der Stadt. Weitere Fahrzeuge, mit denen 50 KPD-Anhänger in München mit Richtung Wasserburg starten wollten, wurden abgefangen und beschlagnahmt, die Teilnehmer aufs Polizeipräsidium verbracht<sup>19</sup>.

Zwar mahnte die Münchner Zentrale energisch die Rosenheimer Ortsgruppe an, sie solle die zerbrochene Verbindung zu den restlichen Wasserburger Parteifreunden wiederherstellen, doch hielt man vor Ort einen Propagandamarsch in die Stadt für undurchführbar, da nach wie vor die dort stationierte Landespolizei alle kommunistischen Aktivitäten im Keim erstickte<sup>20</sup>. Erneut war damit der Versuch gescheitert, auch im Wasserburger Bezirk eine schlagkräftige Aktionsbasis zu errichten. Erst im Februar 1932 glückte es, in der Stadt erneut eine organisierte Partearbeit aufzunehmen, so daß der Unterbezirkskonferenz am 25. 5. 1932 23 Ortsgruppenmitglieder gemeldet werden konnten, deren Führer sich allerdings „in der Öffentlichkeit wenig bemerkbar“ mache<sup>21</sup>.

<sup>15</sup> Wasserburger Anzeiger 17. 4. 1931 (87); 29. 8. 1931 (197); 8. 9. 1931 (205); 10. 9. 1931 (207).

<sup>16</sup> Urteilsabschrift in StA Rosenheim IA 1/80, II; vgl. die ausführliche Prozeßberichterstattung in Rosenheimer Anzeiger 19. 8. 1931 (188), 20. 8. 1931 (189), 21. 8. 1931 (190).

<sup>17</sup> Wasserburger Anzeiger 11. 2. 1932 (34).

<sup>18</sup> Polizeidirektion München PND 720, StA Rosenheim IA 1/80, II.

<sup>19</sup> Rosenheimer Anzeiger 7. 1. 1931 (4); Polizeidirektion München LB 96 (23. 1. 1931), BayHStA MA 101235/3.

<sup>20</sup> Unterbezirkskonferenz Pfraundorf (BA Rosenheim) 21. 3. 1931, Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim 4. 4. 1931 (PND 729), StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>21</sup> Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932 (PND 778), StAM LRA 47 090.

Anfang 1932 gelang es außerdem, auch in den Industrieorten des oberen bayrischen Inntals, unter denen bislang allein Redenfelden/Raubling eine eigene Ortsgruppe besessen hatte, nach und nach Fuß zu fassen. Bei der genannten Lagebesprechung konnten in Schloßberg/Stephanskirchen (10 Mitglieder), Rohrdorf (8) und Kiefersfelden (15) neue Ortszellen bzw. -gruppen bekanntgegeben werden. Sogar über die Landesgrenze hinaus erstreckte sich die Werbe- und Stützpunktkampagne des Rosenheimer Unterbezirks. Bei einer Wahlversammlung in der Grenzgemeinde Kiefersfelden am 17. 4. 1932 schuf die KPD die Voraussetzungen für die Gründung einer Ortsgruppe im österreichischen Kufstein durch Tiroler Sympathisanten. Nach kurzer Zeit wuchs sie auf 25 Mitglieder an, orientierte sich jedoch zunehmend zur Innsbrucker KP-Zentrale<sup>22</sup>.

Fortschritte begrenzten Umfanges gelangen der KPD nun auch im Bezirksamt Griesbach. Sie gingen aus von der Zelle Schmidham bei Reutern, wo es dem Tagelöhner Johann Schned mit zwei Gesinnungsgenossen, einem Schreiner und einem arbeitslosen Hoteldiener, gelang, im Herbst 1930 eine Ortsgruppe der Partei aufzuziehen<sup>23</sup>. Nachdem von der jungen Ortsgruppe angekündigte Hungermärsche im Februar 1931 zuerst große Aufregung verursacht, dann aber kläglich gescheitert waren und in der Lokalpresse als „verspätete Faschingsgaudi“ verlacht wurden, zudem sich Reibereien zwischen dem gemäßigten Schned und seinen radikaleren Genossen einstellten, endeten die Aktivitäten der Schmidhamer Parteianhänger nach wenigen Monaten<sup>24</sup>. Wohl im Oktober 1932 folgte eine Gründung in Pocking/Ruhstorf, welcher der Hausierer und Hausbesitzer Josef Bauhuber vorstand, und vielleicht auch in Griesbach selbst. Sie erlangten keine Bedeutung für die politische Landschaft des Bezirksamts und sind lediglich in Schreckensmeldungen des Regierungspräsidiums von Niederbayern faßbar<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> Ebd.; Polizeidirektion München N. 111 (19. 5. 1932), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>23</sup> HMB d. Regierungsprärs. v. Niederbayern 545 (4. 11. 1930), StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>24</sup> Schriftwechsel zwischen Gendarmerie Tettenweis, Griesbach und BA Griesbach in StALa Rep. 164/6, 4530. Am 19. 2. 1931 hatte Schned der Gendarmerie Tettenweis mündlich mitgeteilt, „daß die Ortsgruppe Schmiedham keinen Aufmarsch unternehmen wird, da ihrer doch bloß ein paar Manndl sind und zum Schluß doch die wieder nicht alle mitmachen.“ Ebd. Vgl. Bayer. Volksbote 27. 2. 1931 (48).

<sup>25</sup> HMB d. Regierungsprärs. v. Niederbayern 4. 11. 1931 (644): „Die Ortsgruppe Griesbach der KPD soll von ihrer Parteileitung den Auftrag erhalten haben, festzustellen, an welchen Orten des Bezirks sich Ortsgruppen der NSDAP befänden und wie stark diese seien. Es soll nämlich verhindert werden, daß bei einem Umsturz den Städten vom Lande aus Hilfe gebracht werde, nötigenfalls sollten in jedem Dorf einige Bauernhöfe angezündet werden.“ 20. 12. 1932 (1391): Die Pockinger KPD plane, die örtliche Gendarmeriestation zu „übertumpeln.“ Ebd.

Ob tatsächlich eine OG Griesbach existierte, erscheint fraglich, da sie weder in anderen amtlichen Akten noch Presseberichten aufscheint. Wahrscheinlich waren damit die Kommunisten des gesamten Bezirksamts gemeint. Die (Neu-)Gründung der OG Pocking/Ruhstorf oder zumindest ihre grundlegende Reorganisation dürfte auf Oktober 1932 anzusetzen sein. Die Gendarmeriestation Pocking meldete nämlich dem Bezirksamt am 16. 3. 1933 vier kommunistische Aktivisten, von denen zwei im Oktober 1932 der Ortsgruppe beigetreten seien, ein dritter im selben Monat den OG-Vorsitz übernommen habe. Bei dem vierten handelte es sich um den „ehemaligen Kommunistenführer“. Jeweils zwei wohnten in Pocking bzw. der Nachbargemeinde Ruhstorf mit ihrer mittelständischen Metallindustrie. Bei den gemeldeten Parteimitgliedern handelte es sich um einen Hausierer und Hausbesitzer, einen ehem. Müller und Immobilienvermittler, einen Dienstknecht sowie einen Hilfsarbeiter. Gend. Pocking an BA Griesbach 16. 3. 1933, StALa Rep. 164/6, 4531; vgl. dies. 11. 3. 1933 (Haus-suchung bei KPD- u. SPD-Funktionären), ebd.; Rottaler Beobachter 16. 5. 1933 (108).

Allen diesen Ortszellen und -gruppen gemeinsam war ihr labiler Zusammenhalt und die, wie das Bruckmühler Beispiel drastisch vor Augen führt, Instabilität und ausgeprägte Fluktuationsrate innerhalb der Mitgliedschaft, die einen der schwerwiegendsten Schwachpunkte der kommunistischen Parteiorganisation darstellte<sup>26</sup>. Dieser oberflächliche Zusammenhalt relativierte die beeindruckende Bilanz des südbayerischen KPD-Parteitag vom 26./27. 11. 1932, der feststellte, binnen zweieinhalb Jahren sei die Zahl der Ortsgruppen im Bezirksgebiet von 70 auf 277 angewachsen, die der eingeschriebenen Parteimitglieder von 2400 auf 11 000 gestiegen, wovon 7000 Beiträge entrichteten<sup>27</sup>. Viele Parteieintritte erfolgten aus einer strohfeuerartigen Begeisterung, aus Protest gegen erlittene Benachteiligungen politischer oder wirtschaftlicher Art oder einer unreflektierten Antihaltung gegen die bestehenden Verhältnisse, doch gelang es den örtlichen Parteiführern nur sehr selten, die neuen Mitglieder an die eigentlichen Ziele der KPD heranzuführen und sie über einen vordergründigen Aktionismus hinaus, der noch dazu oft unbefriedigende Ergebnisse erbrachte, in der Partebewegung zu verankern. Die Repressalien der Polizeibehörden sowie Druck durch die Arbeitgeber dünnten das Häuflein der aktiven Parteianhänger weiter aus.

Wohl erkannte die Bezirksleitung die Schulung neueringetretener Parteimitglieder als besonders vordringlich und wies auch den Rosenheimer Unterbezirk an, mit eigenen Kräften mit den Neuaufgenommenen das Programm der Kommunistischen Internationale durchzusprechen und außerdem mindestens zwei bis drei Kurse über Elementarfragen der Partei abzuhalten<sup>28</sup>, doch fehlte der Basis das geeignete Schulungspersonal. Wenn der „Kopf“ des Rosenheimer Unterbezirks, der Schreiner Ewald Thunig, der als nachrevolutionäres Rosenheimer USPD-Vorstandsmitglied zur Kolbermoorer KPD gestoßen war und in einer steilen Parteikarriere zum Funktionär in der Münchner Bezirksleitung und nach einjähriger Fortbildung in Moskau 1930/31 zum Redakteur der „Neuen Zeitung“ aufstieg, heute urteilt, die Ortsgruppenmitglieder seien „Proleten“ gewesen, die keine Ahnung gehabt hätten, worum es sich beim Marxismus eigentlich handele<sup>29</sup>, so verdeutlicht das am treffendsten, woran es der Partearbeit auf den untersten Ebenen gebrach. Einer Basisorganisation, die neben ihren einigenden Feindbildern nur verschwommen wußte, welche Ziele sie eigentlich verfolgte, stand der in steigendem Maße stalinisierte, zentralistisch-direktivistische Apparat gegenüber, der sich den Problemen des Parteivolks nicht allein organisatorischer Art, zusehends entfremdete<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> Vgl. Wunderer, Materialien, 266 ff.; Weber, Wandlung I, 287 f.

<sup>27</sup> Polizeidirektion München N. 113 (10. 12. 1932), BayHStA MA 101 235/3. Zur Entwicklung des Bezirks Südbayern vgl. Weber, Wandlung I, 390.

<sup>28</sup> Polizeidirektion München N. 111 (19. 5. 1932), BayHStA MA 101 235/3. Vgl. E. Thunigs Vorwurf bei der Unterbezirkskonferenz Rosenheim 25. 9. 1927 an die Bezirksleitung, sie habe mit der Arbeit in der Provinz zu wenig Erfahrung: „Auf dem Lande sei nicht so leicht zu arbeiten wie in der Stadt.“ Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim 4. 10. 1927 (PND 589), StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>29</sup> E. Thunig 27. 11. 1987.

<sup>30</sup> Die Schwierigkeiten der Organisation waren somit, wie Wieszt, KPD-Politik, 375, betont, nur ein abgeleitetes Problem. Das eigentliche Dilemma der KPD bestand darin, „daß sie kein der politischen und gesellschaftlichen Realität am Ende der Weimarer Republik entsprechendes politisches Konzept entwickeln konnte, das den nach einem Ausweg

Immer wieder kam es deshalb bei den Unterbezirkskonferenzen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Abgesandten der Münchner Zentrale, die auf die Verwirklichung vorgegebener Plansoll und oft zu hoch gesteckter Ziele drängten, und den nicht selten schlichtweg überforderten, aber vor allem weit pragmatischer denkenden Ortsgruppenangehörigen. Als Thunig am 20. 4. 1929 in Rosenheim forderte, der 1. Mai müsse von den Parteimitgliedern unter allen Umständen gefeiert werden, auch wenn sie dadurch den Arbeitsplatz verlören, und darüberhinaus in naher Zukunft Haussuchungen und Verhaftungen ankündigte, überstieg das den Einsatzwillen vieler seiner Genossen<sup>31</sup>.

Auch reagierte die Basis nicht selten mit Unverständnis auf Anweisungen der Bezirksleitung, die ohne Rücksicht auf örtliche Verhältnisse rigoros die Durchführung der vorgegebenen Linie forderte. Bestes Beispiel war eine heftige Auseinandersetzung auf einer Konferenz am 21. 3. 1931 in Pfraundorf (BA Rosenheim) zwischen dem Abgesandten der Bezirksleitung, Franz Stenzer, und dem Redenfeldener Ortsgruppenorganisator Karl Opbacher, dessen persönlichem Einsatz es zu verdanken war, daß der von ihm geleitete Stützpunkt zum stabilsten Glied innerhalb des Unterbezirks geworden war. Die Münchner Zentrale kritisierte, für die bevorstehende Betriebsratswahl in den Papier- und Zellstoffwerken sei trotz ausdrücklicher Aufforderung keine „rote Einheitsliste“ eingereicht worden. Opbacher entschuldigte sich damit, er sei der einzige, der zu einer Kandidatur bereit gewesen sei. Ein eigener Wahlvorschlag sei außerdem wegen der Schwäche der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) ohne jede Chance, zudem verliere er bei der Bildung einer eigenen Liste seinen Einfluß auf den Fabrikarbeiterverband und seinen sicheren Platz im Betriebsrat, dessen Vorsitzender er bislang gewesen war. Er werde schließlich sofort entlassen, wenn nicht mehr die Stellung als Belegschaftsvertreter seinen Arbeitsplatz garantiere. Dies konnte Stenzer jedoch in keiner Weise überzeugen. Nach der strengen Trennungslinie, welche die Partei zur Distanzierung von den „sozialfaschistischen“ Arbeiterverbänden, den Freien Gewerkschaften, gezogen hatte, fanden solche Überlegungen keine Billigung. Die KPD komme nie ans Ziel, wenn die Vorgaben der Bezirksleitung nicht erfüllt würden, antwortete Stenzer und drohte dem Ortsgruppenvorsitzenden mit Parteiausschluß<sup>32</sup>.

suchenden Massen eine Identifikation mit ihren konkreten politischen Zielen und damit eine dauerhafte Bindung an diese Partei ermöglicht hätte“. Zum Wandel der Organisationsstruktur der KPD s. Weber, Wandlung1, 251 ff.; ders., Hauptfeind, 93 ff.

<sup>31</sup> Polizeidirektion München an BA Aibling 25. 4. 1929, StAM LRA 47 090.

<sup>32</sup> Polizeidirektion München an BA Aibling 4. 4. 1931 (PND 729), StAM LRA 47 090. Vgl. dies. 29. 5. 1931 an Stadtrat Rosenheim zu Unterbezirkskonferenz 17. 5. 1931, StA Rosenheim IA1/80, II. Nachdem bei der Gemeinderatswahl im Dezember 1929 Opbacher und zwei weitere Kommunisten in den Kirchdorfer Gemeinderat eingezogen waren, beschwerte sich der Rosenheimer Bezirksamtsvorstand bei der Regierung von Oberbayern, „alle Bemühungen... bei der Papierfabrik eine rechtzeitige Entfernung dieser Persönlichkeiten aus dem Betrieb zu erreichen“, seien „an dem unverständlichen Optimismus der Fabrikleitung in der Auffassung der Gesamtlage und an den Schwierigkeiten, den Betriebsratsvorsitzenden aus dem Betriebe auszuschneiden“, gescheitert. HMB d. Regierungspräs. v. Oberbayern 19. 12. 1929 (2301), BayHStA MA 102 137. Als die Direktion der Zellstofffabrik daraufhin im Frühjahr 1930 versuchte, sich des unbequemen Betriebsratsvorsitzenden zu entledigen, unterlag sie vor dem Arbeitsgericht Rosenheim. Der Inntalprolet, März u. April 1930, StA Rosenheim IA 1/80, I.

b) Die Sozialstruktur

Aus welchem Personenkreis setzten sich die Ortsgruppen zusammen? Von den Sicherheitsorganen ermittelte Mitgliederlisten der Ortsgruppen Rosenheim, Redenfelden/Raubling und Kolbermoor vom 1. 9. 1930 geben hierzu erste Aufschlüsse. Folgende Berufe waren unter den Mitgliedern der etwa gleich großen Ortsgruppen vertreten:

Tab. 129: Berufliche Gliederung innerhalb der KPD-Ortsgruppen Rosenheim, Redenfelden/Raubling und Kolbermoor, 1. 9. 1930:<sup>33</sup>

	Rosenheim	Redenfelden/Raubling	Kolbermoor
Hilfsarbeiter	6	10	8
„Zeitarbeiter“	–	–	1
Torfarbeiter	–	3	–
aschinengehilfen	–	3	–
Maurer und Bauarbeiter	–	–	3
Dachdecker	1	–	–
Schlosser	2	–	1
Ketten- bzw. Hammer- schmiede	1	–	1
Kupferschmiede	–	1	–
Former	2	–	–
Schreiner	2	–	3
Müller	1	–	–
Bäcker	–	1	–
Maler/Tapezierer	1	1	2
Korbmacher	–	–	1
Weißgerber	1	–	–
Schneider	–	–	1
Textilarbeiter	–	–	1
Spinnereiarbeiter	–	–	3
(Papier-)Fabrikarbeiter	–	4	–
Lagerarbeiter	2	–	–
Salinenarbeiter	2	–	–
Vorarbeiter	–	–	1
Händler	2	–	–
Heimarbeiter	1	–	–
Invaliden	1	–	2
ohne Berufsangabe	–	2	2
	25	25	30

Läßt die Berufsstruktur der Ortsgruppe Rosenheim kaum tiefere Einblicke zur Frage zu, ob sich die Parteianhänger aus Beschäftigten der Großunternehmen

<sup>33</sup> Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim 7. 10. 1930, StA Rosenheim IA 1/80, II; dies. an BA Aibling 13. 9. 1930, StAM LRA 47090. Eine beruflich nicht näher definierte Ehefrau wurde der Berufssparte ihres Mannes (Schreiner) zugerechnet. Zwar finden sich in den Bezirksamtsakten über die KPD, ebd., die Personalien von weit über 100 Kolbermoorern, denen unterstellt wurde, der KPD nahezustehen, doch genügte allein die Feststellung „verkehrt mit Kommunisten“, um in diese Verzeichnisse der Sicherheitsorgane zu gelangen. Auf die Auswertung wurde daher verzichtet. Die Berufsangaben der für eine statistische Auswertung zu wenigen KPD-Mitglieder des BA Griesbach s. o. S. 229.

oder kleinerer Betriebseinheiten rekrutierten – Schreiner oder Schlosser konnten aufgrund der weitgefächerten Gewerbestruktur sowohl in Kleinstfirmen als in Betrieben mit 100 und mehr Arbeitnehmern beschäftigt sein – so läßt sich an der Mitgliedschaft der Kolbermoorer KPD erkennen, daß sie keineswegs die Zusammensetzung der örtlichen Arbeiterschaft widerspiegelte. Selbst wenn man unterstellt, daß möglicherweise einige der Handwerker und Hilfsarbeiter in Diensten der Spinnerei oder des Tonwerks standen, so waren die beiden Großunternehmen doch weit unterrepräsentiert. Die Tatsache, daß nur zwei Spinnereiarbeiterinnen und ein Berufskollege aus einer Belegschaft, die zum Zeitpunkt der Aufstellung noch rund 850 Köpfe zählte, sich für die KPD engagierten, stellt der kommunistischen Betriebsarbeit ein vernichtendes Zeugnis aus.

Kaum erfolgreicher war die großbetriebliche Organisation der Partei in Raubling/Redenfelden. Zwar stellten die Arbeiter der Zellstoff- und Papierfabrik und der Torfwerke, denen die Maschinengehilfen zuzurechnen sind und aus deren Umfeld wohl auch die meisten Hilfsarbeiter stammten, die Mehrheit der Parteimitglieder, doch war auch hier die Erfassung des großgewerblichen Proletariats eher als dürftig anzusehen und wenig fortgeschritten.

Greifbarer wird die örtliche Bevölkerungsstruktur anhand der Mitgliederlisten der neugegründeten Ortsgruppen Bad Aibling und Bruckmühl, die Ende 1931 von den Polizeiorganen angefertigt wurden:

Tab. 130: Berufszugehörigkeit der KPD-Mitglieder in Bruckmühl und Bad Aibling, 25. bzw. 30. 12. 1931:<sup>35</sup>

	Bad Aibling	Bruckmühl
Tagelöhner	4	–
Hilfsarbeiter	8	4
Sägearbeiter	–	5
Fabrikarbeiter	–	77
Schacht-/Schußmeister	–	4
div. Handwerker	11	2
Portier	–	1
selbst. Händler	1	2
landwirtsch. Dienstboten	2	–
Gütler	1	–
Invaliden	–	2
	27	97

Waren in Bruckmühl die Arbeiter der Woldeckenfabrik die Träger der kurzfristig aktiv aufgeflamten kommunistischen Bewegung, so rekrutierte sie sich in Bad Aibling aus den kleingewerblichen Unterschichten des Markttorts. Neben

<sup>34</sup> Gendarmerie Bad Aibling, Mitgliedsliste 30. 6. 1931, erg. 30. 12. 1931; Gendarmerie Bruckmühl, Mitgliedsliste 25. 12. 1930, erg. 30. 6. 1931 u. 25. 12. 1931, StAM LRA 47090. Ausgewertet wurden die Daten aller gemeldeten Mitglieder, also auch bis Ende 1931 evtl. ausgetretener oder verzogener Personen. Die unklaren Definitionen erlauben keine Zusammenfassung der Berufssparten, etwa in gelernte oder ungelernte Arbeiter. Frauen, die ohne eigene Berufsangabe („Ehefrau“) geführt wurden, wurden der Kategorie des Mannes zugerechnet. Für Bruckmühl verdoppelt das die Zahlen in den Berufen Händler, Schacht-/Schußmeister und Invaliden.

den ungelerten Hilfsarbeitern und Tagelöhnern stellten hier die größte Untergruppe die Handwerker wenig lukrativer Sparten, etwa Korb- und Schuhmacher, Bürstenbohrer, oder die Bauberufe. Wie in Kolbermoor waren auch in den neuen Parteistützpunkten Angehörige der „Arbeiteraristokratie“, Vorarbeiter oder Meister, kaum vertreten. Als landwirtschaftliches Element fanden sich neben einem Kleinbauern ein Knecht und ein Melker, und auch ein Teil der Tagelöhner dürfte dem bäuerlichen Umfeld zuzurechnen sein. Neben dem Gütler waren ein Alteisenhändler sowie in Bruckmühl ein „Handelsmann“ mit seiner Frau die einzigen selbständig Gewerbetreibenden.

Bunt gemischt zeigte sich die Altersstruktur der Ortsgruppenmitglieder: Das älteste Aiblinger Mitglied war 61, das jüngste 17 Jahre alt, doch bildeten Personen um die Dreißig die größte Altersgruppe; insgesamt ergab sich ein Durchschnittsalter von 35 Jahren. Etwas jünger (33 Jahre) war die Kolbermoorer KPD zusammengesetzt. Auch in Rosenheim (Durchschnittsalter 35 Jahre), und Redenfelden/Raubling (30) war die Altersstufe der 25–35-jährigen, deren Kindheit und Jugend Krieg und Revolution geprägt hatte, auffallend stark vertreten und hatte auch die meisten der führenden Posten inne<sup>35</sup>.

Parteipolitik war auch in der kommunistischen Partei eine männliche Domäne. Nur zwei Frauen fanden sich 1930/31 in der Aiblinger Ortszelle, sieben in Bruckmühl, drei in Kolbermoor und drei in der Rosenheimer KPD, wobei es sich in der Regel um die Ehefrauen engagierter Parteiarbeiter handelte. Die KPD Raubling/ Redenfelden bestand allein aus Männern. Nach dem Zusammenbruch des Bruckmühler Stützpunkts trafen im Mai 1932 im Rosenheimer Unterbezirk neun Frauen auf 155 männliche Parteimitglieder<sup>36</sup>.

### *c) Die parteinahen Organisationen*

Den KPD-Ortsgruppen stand eine Vielzahl von kommunistischen Vereinigungen und Bündnissen zur Seite, die oft die lokale Parteigliederung an Stärke übertrafen. Zwar war es nicht unüblich, daß Mitglieder der KPD-Ortsgruppe zugleich der „Roten Hilfe“, der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) oder den Kampfbündnissen der Partei beitraten, doch entschied sich die Mehrzahl der Parteianhänger für eine Organisation, um nicht mehrere Mitgliedsbeiträge aufbringen zu müssen. Resultat war, daß beispielsweise von 52 Mitgliedern des „Antifaschistischen Schutzbundes“ Rosenheim nur sieben zugleich der KPD angehörten<sup>37</sup>.

Am stärksten war in der altbayerischen Provinz die „Rote Hilfe“ vertreten, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Parteianhänger, die in politische Prozesse verwickelt waren oder Haftstrafen verbüßen mußten, zu unterstützen. Ihr Erfolg rührte nicht zuletzt von der Tatsache, daß die offensichtlich einseitige Gesetzesauslegung gerade der bayerischen Justiz auch auf regionaler Ebene genügend

<sup>35</sup> Errechnet aus den Mitgliedslisten s. Tab. 129 u. 130. Für die Bruckmühler Ortsgruppe sind keine näheren Personaldaten überliefert. Die Altersgruppen im politischen Umfeld beleuchtet Dix, Reichstagswahlen, 34f. Zur Altersstruktur der KPD auf Reichsebene s. Weber, Wandlung I, 280ff.

<sup>36</sup> Polizeidirektion München N. 12 (3. 10. 1932), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>37</sup> Mitgliedslisten v. 1. 9. 1930 bzw. 1. 11. 1930, Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim 7. 10. 1930 u. 11. 2. 1931, Antwort 19. 2. 1931, StA Rosenheim IA 1/80, II.

Anschauungsmaterial lieferte, das die Notwendigkeit einer Hilfsorganisation selbst für bislang die KPD weder fördernd noch aktiv unterstützende Sympathisanten plausibel machte.

Obwohl die Behörden auch Veranstaltungen der KPD-nahen Organisationen nur in Ausnahmefällen genehmigten und öffentliche Werbekampagnen somit vereitelt wurden, nahm die Rote Hilfe immer mehr an Umfang an. Die Ergebnisse der Winterhilfssammlung und Werbekampagne 1930/31 übertrafen sogar das gesetzte Soll<sup>38</sup>. Allein die Rosenheimer „Rote Hilfe“ konnte nach der Verhaftung der lokalen KPD-Führer, denen die Beteiligung an der Wasserburger Waffenaffäre zur Last gelegt wurde, binnen drei Monaten ihre Mitgliederzahl vervierfachen<sup>39</sup>. Eine Solidaritätsaktion brachte ihr im August und September 1931 zusätzlich 41 neue Mitglieder, der Ortsgruppe Raubling 20<sup>40</sup>.

Tab. 131: Mitgliederzahl der „Roten Hilfe“:<sup>41</sup>

	März 1931	Mai 1932
Stadt Rosenheim	173	230
Kolbermoor	104	83
Redenfelden/Raubling	53	86
Bad Aibling	–	8
Wasserburg	–	48

Einen beachtlichen Aufschwung hatte auch der „Rote Frontkämpferbund“ (RFB)<sup>42</sup> nach einem Rechenschaftsbericht bei der Gautagung am 20./21. 10. 1928 in München genommen. Von April bis September des Jahres stieg die Zahl der Mitglieder von 109 auf 715, doch konzentrierten sie sich im wesentlichen auf die Großstädte München und Augsburg. Mitgliedsreichster Provinzabschnitt war daneben der „Untergau Rosenheim“, der außer der städtischen Ortsgruppe (39 Mitglieder) die Nebenstellen Kolbermoor (17), Raubling (20) und Traunstein (28) umfaßte. Die Stützpunktgründungen waren erst im Juni erfolgt<sup>43</sup>, doch hatten sie nach einer Werbeveranstaltung in Rosenheim am 12. 8. 1928 großen Zulauf erhalten. Für diesen „Roten Tag“ hatte der Stadtkommissar zwar Umzüge und Aufmärsche in der Innenstadt verboten, um Zusammenstöße mit Teilnehmern eines Gautags des Radfahrervereins „Concordia“ zu vermeiden, doch konnte der RFB durch teilweise uniformierte Abordnungen aus München und Augsburg, zusammen 180–190 Mann, die Bevölkerung beeindrucken. An der Kundgebung in einem Bierkeller nahmen schließlich 3–400 zahlende Besucher teil<sup>44</sup>. Werbeumzüge des RFB mit einer Schalmeykapelle

<sup>38</sup> Polizeidirektion München N. 98 (12. 3. 1931), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>39</sup> Dies., N. 100 (10. 5. 1931), ebd.

<sup>40</sup> Dies., N. 104 (28. 9. 1931), ebd.

<sup>41</sup> Dies., N. 98 (12. 3. 1931), ebd.; Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932, StAM LRA 47 090.

<sup>42</sup> Zu Aufbau und Organisation vgl. Bahne, KPD, 667 f.

<sup>43</sup> Polizeidirektion München N. 68 (13. 7. 1928); 71 (28. 11. 1928), BayHStA MA 101 235/2. Zur Gründung der Ortsgruppe Rosenheim: Dies. an Stadtrat Rosenheim 20. 6. 1928 (PND 519), StA Rosenheim IA 1/78.

<sup>44</sup> Polizeidirektion München N. 69 (31. 8. 1928), BayHStA MA 101 235/2. Detaillierter Bericht zum großangelegten Polizeieinsatz: Landespolizei Rosenheim an Lapo-Kommando

in Rosenheim, Kolbermoor und Raubling am 8./9.12.1928<sup>45</sup> rundeten den Werbefeldzug des Jahres 1928 ab. Das reichsweite Verbot der Kampforganisation beendete im Mai 1929 zumindestens offiziell weitere Tätigkeiten<sup>46</sup>.

Der „Kampfbund gegen den Faschismus“, eine am 16. November 1929 in Rosenheim als „Rote Innwehr“ aus der Taufe gehobene Nachfolgeorganisation<sup>47</sup>, wuchs auf eine Stärke von 85 Mann an<sup>48</sup>, wurde aber von der Bezirksleitung im März 1932 wegen „linkssektiererische(r) Anwendungen“ aufgelöst. Zudem hatte sich gezeigt, daß die „Innwehr“ der KPD-Ortsgruppe Mitglieder entzog, so daß diese in ernste Schwierigkeiten geriet<sup>49</sup>.

Ohne nachhaltigen Einfluß blieben auch die von den einzelnen KPD- Stützpunkten geförderten Ableger der kommunistischen Jugendorganisation und der „Proletarischen Freidenker“, aber auch der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“, der es mit Ausnahme der Redenfeldener Zellstoff- und Papierfabrik in keinem der Großbetriebe unseres Untersuchungsgebiets gelang, funktionierende Betriebszellen aufzuziehen. 70 Arbeiter schlossen sich der vom Redenfeldener Betriebsratsvorsitzenden gesteuerten RGO- Gruppe bis Mai 1932 an, während die Gewerkschaftsopposition in Rosenheim nur 10, in Kolbermoor 13 Anhänger gewann<sup>50</sup>. Ihre vergeblichen Versuche, die Spinnereiarbeiter Kolbermoors bei bevorstehenden Lohnkürzungen zum Streik zu animieren, unterstrichen das Scheitern der innerbetrieblichen KPD-Agitation<sup>51</sup> und des Versuchs, die Gewerkschaftsbewegung aufzuspalten.

#### *d) Die Parteipropaganda*

Erschwert wurden Propaganda- und Parteiarbeit der KPD durch die höchst restriktive Haltung der Polizei- und Verwaltungsbehörden, die bestrebt waren, alle kommunistischen „Umtriebe“ soweit als möglich bereits im Keim zu er-

München-Land 13.8.1928, StA Rosenheim IA1/78. Der Stadtkommissar verbot am 10.8.1928 Umzüge und Demonstrationen mit Hinweis auf die seit den Revolutionsergebnissen militant-antikommunistische Stimmung in Rosenheim und verwies auf den Mord an einem Gewerkschafter durch rechtsgerichtete Hilfspolizisten beim Antifaschistentag 1923; ebd.

<sup>45</sup> Polizeidirektion München N. 72 (17. 12. 1928), BayHStA MA 101 35/2.

<sup>46</sup> Bahne, KPD, 667 f. Das BA Rosenheim meldete noch im Sommer 1929 Geländeübungen des RFB, die in Stärke von 15 bis 30 Mann an Wochenenden abgehalten würden. HMB d. Regierungsprärs. v. Oberbayern 5.8. 1929 (1313), BayHStA MA 101 137.

<sup>47</sup> Polizeidirektion München N.88 (16.12.1929), BayHStA MA 101 235/2. HMB d. Regierungsprärs. v. Oberbayern 4. 12. 1929 (2208), ebd., 102 137.

<sup>48</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 17. 5. 1931, Polizeidirektion München an Stadtrat Rosenheim 29. 5. 1931, StA Rosenheim IA 1/80, II.

<sup>49</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932 (PND 778), StAM LRA 47090. Bei dieser Konferenz meldete die KPD- Ortsgruppe Rosenheim: „Die Partei ‚konnte sich selbst kaum halten. Wenn die beiden Organisationen beibehalten worden wären, hätten sie sich zu Tode gewirtschaftet“. Bei ihrer Auflösung zählte die „Innwehr“ 26 Mitglieder, von denen 15 der Roten Hilfe, 10 der KPD-Ortsgruppe beitraten. Kampfbundleiter Klüber wurde aus der Partei ausgeschlossen.

<sup>50</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932 (PND 778), StAM LRA 47090. Vgl. dies., N. 106 (26. 11. 1931), BayHStA 101 235/3.

<sup>51</sup> Kolbermoorer Volksblatt 15./16. 1. 1931 (11); 13./14. 8. 1932 (185).

sticken. Dabei stand vor allem in der Stadt Rosenheim das Bemühen im Vordergrund, vom höchst negativ empfundenen Revolutionsimage des „roten Unruheherdes“ wegzukommen<sup>52</sup>. Während die zuständigen Stellen bei der Genehmigung rechtsradikaler Versammlungen oder Aufzüge gerne ein Auge zudrückten, wurden gegenüber der gefürchteten KPD alle rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Eine Flut von Versammlungsverboten findet sich daher in den Akten der Stadtverwaltungen und Bezirksämter.

Besonders die Gendarmerie Kolbermoors entwickelte eine höchst kleinliche Taktik, um vermeintlichen Kommunisten das Leben schwer zu machen. Die Personalien von Radfahrern, die angeblich kommunistische Lieder gepfiffen hatten, wurden wegen dieser politischen Demonstration dem Bezirksamt gemeldet<sup>53</sup>, potentielle Kommunisten, die mit Paketen oder Rucksäcken angetroffen wurden, angehalten und durchsucht<sup>54</sup>. Als probate Methode erwies sich daneben, bei angekündigten kommunistischen Aktionen alle als Sympathisanten verdächtigten Ausgesteuerten zur Pflichtarbeit einzuberufen und damit der KPD einen Großteil ihres Rückhalts zu entziehen. Der Rosenheimer Stadtverwaltung gelang es beispielsweise, Veranstaltungen für den am 25.2.1931 geplanten „Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit“ dadurch zu verhindern, indem sie 70 Erwerbslose, darunter alle „Unruhestifter“, zum Schneeräumen verpflichtete, wohl wissend, daß es ihnen nicht möglich war, die Arbeit zu verweigern und damit ihre Unterstützung aufs Spiel zu setzen<sup>55</sup>.

Besondere Schwierigkeiten bereitete der Partei ab 1930 das Vorgehen der Behörden, Propagandaveranstaltungen, ob unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen, mit Ausnahme weniger Wochen vor den Wahlterminen konsequent zu untersagen und gegebenenfalls gewaltsam zu unterbinden. Allein geschlossene Mitgliederversammlungen der KPD oder der ihr nahestehenden Gruppen waren erlaubt, wobei die Polizei streng darauf achtete, daß alle Anwesenden tatsächlich ihre eingeschriebene Mitgliedschaft nachweisen konnten. Zunehmend verlagerten sich diese Zusammenkünfte daher in Privatwohnungen, wo sich die Parteianhänger überdies sicher vor den Polizeispitzeln fühlten<sup>56</sup>.

Die konsequente Linie der Gendarmerie zeigte die Auflösung einer Mitgliederversammlung des Kolbermoorer Mieterbunds am 31.10.1931, bei der unter anderem der Parteifunktionär Ewald Thunig von seinem Aufenthalt in der

<sup>52</sup> Energisch verteidigte die Lokalpresse den „guten Ruf“ der Stadt, als der Bayerische Kurier zum 1. Mai 1931, an dem Kommunisten in der Nacht die rote Fahne auf dem Rathaus hißten und die Fahne des steinernen Soldaten am Kriegerdenkmal rot bemalten, gemeldet hatte, der Kampftag der Arbeiterbewegung sei „abgesehen von Ausschreitungen in Mettmann bei Düsseldorf, Rosenheim und München“ ruhig verlaufen: „Wieder einmal wird hier unsere geruhssame Innstadt mit großstädtischen Unruhezentren in einen Topf geworfen.“ Rosenheimer Anzeiger 4. 5. 1931 (101). Vgl. den Kommentar zu einer Meldung der Aiblinger Zeitung, in Rosenheim sei ein kommunistisches Waffenlager entdeckt worden: „Aus durchsichtigen Gründen“ solle „unsere Stadt wieder einmal als Unruhezentrum gebrandmarkt werden.“ Ebd., 6. 5. 1931 (103).

<sup>53</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 3. 8. 1931, StAM LRA 47 090.

<sup>54</sup> Dies. 12. 12. 1931, ebd.

<sup>55</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 25./26. 2. 1931 (46).

<sup>56</sup> Rechtfertigungsschreiben d. Aiblinger BA-Vorstands Wagner (Konzept) v. 15. 12. 1931 auf eine Beschwerde Thunigs, das Bezirksamt verbiete grundsätzlich Mitgliederversammlungen der Kommunisten, StAM LRA 47 090.

UdSSR berichtete. Sofort griff der anwesende Polizist ein und löste die Versammlung auf. Thunig sowie der Mieterbundsvorsitzende, der KPD-Gemeinderat Leonhard Huber, wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die das Revisionsgericht allerdings zur Bewährung aussetzte<sup>57</sup>.

Die wenigen offiziell genehmigten Veranstaltungen der KPD vor den Wahlen wiesen sehr wechselhafte Resonanz auf. Lediglich in der Stadt Rosenheim, in Bad Aibling und Kolbermoor gelang es ihr, sich in Großveranstaltungen mit mehreren Hundert Interessenten dem Wahlvolk zu präsentieren. Doch selbst wenn es der Partei glückte, einmal größere Wählergruppen zu interessieren, scheiterten die Veranstaltungen nicht selten an der unzulänglichen Organisation oder der Unzuverlässigkeit der Referenten. Als im Frühjahr 1932 in Bad Aibling 350 Menschen auf einen Redner aus München warteten, blieb dieser unentschuldig fort, so daß die Wahlversammlung um einige Tage verschoben werden mußte. Zum Ausweichtermine fanden sich nur noch 90 Zuhörer ein, die übrigen waren verärgert und ließen sich nicht mehr aktivieren<sup>58</sup>. Die mangelnde Überzeugungskraft und fehlende rhetorische Ausbildung vieler Parteireferenten verhinderten darüberhinaus eine tiefergehende Wirksamkeit ihrer Ausführungen<sup>59</sup>.

#### *e) Politik und Ideologie: Die kommunistische Erwerbslosenpolitik*

Schon vor der Massenarbeitslosigkeit im Zuge des katastrophalen Verfalls der Weltwirtschaft gehörte es zu den erklärten Zielen der deutschen Kommunisten, sich als die Partei der Erwerbslosen zu profilieren und sie dadurch für ihre ideologischen Ziele zu gewinnen. Als Weg dazu bot sich zum einen die Bildung von Erwerbslosen-Ausschüssen durch Sympathisanten oder Funktionäre der Partei an, die als basisdemokratische Vertreter der Gesamtheit der Arbeitslosen auftraten, oder die Taktik, Parteianhänger in der Führungsriege spontan von Erwerbslosen gebildeten Gremien zu plazieren. Bereits 1926, als durch die

<sup>57</sup> Ebd; Rosenheimer Anzeiger 5. 1. 1932 (3). Vgl. den Aufruf der Vorstandschaft zu einer Protestversammlung am 27. 12. 1931, sowie zum Urteil Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 1. 5. 1932, StAM LRA 47090. Lt. Angaben der Gendarmerie war die Vorstandschaft des Mietervereins mit zwei Ausnahmen, Kassier und Revisor, die der SPD angehörten, „vollständig kommunistisch eingestellt“. Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 8. 1. 1931, ähnlich 8. 11. 1931, ebd. Der kommunistische Einfluß auf die örtliche Mieterbewegung hatte Tradition: Zu Jahresbeginn 1926 bestimmte der Gemeinderat mit knapper Mehrheit Thunig zum Vorsitzenden des Wohnungsamts, worauf das BA entrüstet forderte, den Beschluß rückgängig zu machen. HMB d. Regierungspräs. v. Oberbayern 20. 1. 1926 (155), BayHStA MA 102137.

<sup>58</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932, StAM LRA 47090. Am zum Propagandatag erklärten 1. 8. 1929 kamen in Kolbermoor 60, in Rosenheim 35 Parteianhänger zusammen. „Die stärkste Versammlung wäre wohl die in Raubling geworden, zu der 80 Personen erschienen sind, nur blieb der bestellte Redner aus. Ein anderer Redner, der für ihn hätte einspringen können, war nicht da und so sind die Leute wieder heim gegangen.“ HMB d. Regierungspräs. v. Oberbayern 20. 8. 1929 (1366), BayHStA MA 102137.

<sup>59</sup> S. z.B. Gendarmerie Aibling an BA Aibling zu KPD-Versammlung 12. 3. 1932: „Weber ist ein unbeholfener Redner und konnte deshalb die Zuhörer nicht befriedigen.“ StAM LRA 47090.

„Reinigungskrise“ der deutschen Wirtschaft als Folgeerscheinung der Inflation die Arbeitslosenzahl in die Höhe schnellte und allein in Rosenheim monatelang 3–400 Dauerarbeitslose gezählt wurden, bildete sich im Gewerkschaftshaus der Stadt ein Erwerbslosenausschuß, der Baumaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Unterstützungsleistungen durch Mietbeihilfen und Naturalien forderte sowie ein offizielles Mitspracherecht bei Stellenvergaben beanspruchte. Als der Stadtkommandant erfuhr, daß an der Spitze des Ausschusses der Rosenheimer KPD-Vorsitzende Benno Grandl stand, unterband er die geplante Protestveranstaltung, die mit einem Marsch zum Rathaus enden sollte<sup>60</sup>. Auch weitere Versuche, sich als Vertreter der Erwerbslosen zu profilieren, wurden von den Behörden unterdrückt. Die Beendigung des konjunkturellen Einbruchs und damit der hohen Arbeitslosenraten ließ das Interesse der Partei an der Erwerbslosenproblematik wieder erlahmen.

Nach Jahren, in denen relative Vollbeschäftigung das Thema Arbeitslosigkeit uninteressant für die Parteiagitation gemacht hatte, wandte sich die KPD im Winter 1928/29 erneut dem wieder aktuellen Problemkreis zu. Dieser Schwerpunkt der Parteiarbeit beruhte wohl nicht zuletzt auf der Erkenntnis, daß viele der KPD-Mitglieder zur Gruppe der ungelerten Arbeiter gehörten und somit als erste vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht waren, andererseits Erwerbslose, die der Partei bislang noch ferngestanden hatten, sich in zunehmenden Maße von den neuerdings ultralinken Parolen der KPD angesprochen fühlten. Der emporschnellende Erwerbslosenanteil innerhalb der Mitgliedschaft – 1931 ca. 80% nach einem Drittel im Vorjahr<sup>61</sup> – war Produkt beider Faktoren, dem es galt, von Seiten der Parteispitze Rechnung zu tragen, um „die Massenerwerbslosigkeit“ als „Reservoir revolutionärer Energie“ (Losowski)<sup>62</sup> in für die KPD genehme Bahnen zu lenken.

Auch in der altbayerischen Provinz äußerte sich dieses Bestreben in reger Agitation vor den Arbeitsamts-Außenstellen und Zahlstellen der Erwerbslosenunterstützungen sowie einer Flut von geplanten Veranstaltungen, die aber oft genug von den Polizeiorganen unterbunden wurden. Bei dem genehmigten Rest der Zusammenkünfte, die sich auf die Zentral- und Industrieorte beschränkten, versuchten die Referenten, die meist eher unpolitischen, allein an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation interessierten Zuhörer dazu zu bringen, einen Forderungskatalog zur wirtschaftlichen Besserstellung zu unterstützen und sich einem Erwerbslosenausschuß anzuschließen, der nicht selten in Konkurrenz zu Arbeitslosengremien der Gewerkschaften und Arbeitervereine trat, die manche Gemeinden zur Kanalisierung der Arbeitslosenforderungen als alleinige Vertreter der neuen Armen anerkannt hatten.

Greifbare Erfolge der kommunistisch gesteuerten Erwerbslosenausschüsse waren schon allein wegen der generell ablehnenden Haltung der bürgerlich-sozialdemokratisch dominierten Gemeindegremien gegen jede Art kommuni-

<sup>60</sup> Antrag des Erwerbslosenausschusses an Stadtrat Rosenheim 1.6.1926; Arbeitsamt Rosenheim an Rechtsrat Wander 12.6.1926; Verbot durch Stadtkommissar Roth 14.6.1926, StA Rosenheim IA 1/80/I.

<sup>61</sup> Polizeidirektion München N. 100 (10. 5. 1931), BayHStA 101 235/3. Vgl. Flechthelm, KPD, 209.

<sup>62</sup> Losowski, Inprekorr 18/1930, 415, zit. n. Huber – Koller, Erwerbslosenbewegung, 104.

stischer Vorstöße kaum zu erringen, doch war für die Partei auch die Zurückweisung ihrer oft realitätsfernen und aus den leeren Kassen der Kommunen auch beim besten Willen nicht finanzierbaren Ansprüche kein reiner Mißerfolg, half sie doch den potentiellen Wählern plastisch vor Augen zu führen, daß sich neben den bürgerlichen Gruppen auch die etablierten Arbeitervertreter der Sozialdemokratie zu wenig für die am Rande des Existenzminimums lebenden Ausgesteuerten einsetzten.

Bis zum Mai 1932 war es der KPD nach eigener, wohl etwas zu optimistischer Einschätzung auf diese Weise gelungen, in unserem Untersuchungsgebiet fünf Erwerbslosenausschüsse mit je vier bis sieben Mitgliedern in Rosenheim, Kolbermoor, Wasserburg, Stephanskirchen/Schloßberg und Redenfelden zu begründen, wovon der Verband Rosenheim-Stadt von sich behauptete, 270 Erwerbslose zu erfassen, was etwa ein Viertel der Wohlfahrtserwerbslosen, ein Sechstel der arbeitslosen Stadtbevölkerung bedeutet hätte<sup>63</sup>.

Begonnen hatten intensive Bemühungen der Rosenheimer KPD um die Erwerbslosen im Januar 1930, doch war das Interesse an ihren Veranstaltungen anfangs sehr gering<sup>64</sup>. Auch scheiterte der Versuch Thunigs und einiger Genossen, bei einer der wenigen ADGB-Arbeitslosenveranstaltungen am 7. 2. 1930 Einfluß auf die Versammelten zu gewinnen<sup>65</sup>. Die wochenlange Kampagne gipfelte in einer Veranstaltung zum „Internationalen Erwerbslosentag“ am 6. 3. 1930, die erste Fortschritte in der Mobilisierung der Arbeitslosen erkennen ließ. Trotz weitgehender Beschränkungen durch die Behörden versammelten sich 150–200 Erwerbslose aus Stadt und Land und erkannten in einer Resolution an den Stadtrat die KPD als alleinige Vertreterin der Arbeiterschaft an<sup>66</sup>. Ab diesem Tag, an dem neben der städtischen Gendarmerie ein größeres Landespolizeiaufgebot bereitstand und sogar der Heimatschutzverband „Chiemgau“ mobilgemacht hatte, um eventuelle Umsturzversuche durch die arbeitslose Bevölkerung abzuwehren<sup>67</sup>, unterband der Bezirksamtsvorstand in seiner Eigenschaft als Stadtkommissar bis zum Herbst des Jahres alle weiteren kommunistisch gelenkten Erwerbslosenversammlungen<sup>68</sup>.

Im November 1930 schien es, als gelinge es der Rosenheimer KPD, ihren Einfluß auf die steigende Zahl von Arbeitslosen zu verstärken. Plakative Anträge ihres Abgeordneten Peter Kopp im Stadtrat, die aber angesichts der Kräfteverhältnisse ohne jede reelle Chance waren<sup>69</sup>, und eine äußerst gutbesuchte Erwerbslosenversammlung am 21. 11. 1930<sup>70</sup> sollten den Auftakt zu der von der

<sup>63</sup> Unterbezirkskonferenz Rosenheim 22. 5. 1932, Polizeidirektion München an BA Aibling 30. 5. 1932 (PND 778), StAM LRA 47090.

<sup>64</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 25. 1. 1930; 1. 3. 1930; 29. 3. 1930; StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>65</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 8. 2. 1930, ebd. Rosenheimer Anzeiger 8./9. 2. 1930 (32).

<sup>66</sup> Resolution der Erwerbslosenversammlung 6. 3. 1930; Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 7. 3. 1930; StA Rosenheim IA 1/80, I. Vgl. Neue Zeitung 12. 3. 1930 (59).

<sup>67</sup> Rosenheimer Anzeiger 7./8. 3. 1930 (55).

<sup>68</sup> Versammlungsverbote 10. 4. 1930 u. 18. 6. 1930, StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>69</sup> Um Kopp's Forderungen Nachdruck zu verleihen und zugleich den Erwerbslosen zu demonstrieren, wer sich im Stadtrat für sie einsetze, waren bei der Behandlung der KPD-Anträge stets die Arbeitslosen aufgerufen, im Sitzungssaal zu erscheinen; Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 22. 11. 1930, StA Rosenheim IA 1/80, I.

<sup>70</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 22. 11. 1930, StA Rosenheim IA 1/80, II.

Bezirksleitung geforderten Massenmobilisierung bilden, doch wurden Stadtrat Kopp und der Ortgruppenvorsitzende Josef Straßer wenig später verhaftet<sup>71</sup> und die Kommunisten dadurch ihrer Anführer beraubt.

Die nächste größere Aktion der kommunistischen Erwerbslosenbewegung ließ daher ein Jahr auf sich warten. Am 18. 11. 1931 bildeten Notstandsarbeiter unter kommunistischer Leitung eine Delegation, die am nächsten Tag dem Stadtrat einen Forderungskatalog, verfaßt von einem aus München angereisten KPD-Mitglied, unterbreitete. Er zielte darauf hin, die unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Pflichtarbeiter bei der Stadtsee-Entschlammung zu verbessern. Eine Versammlung von rund 100 Notstandsarbeitern an ihrem Arbeitsplatz, die auf die Rückkehr ihrer Abgesandten warteten, wurde zwischenzeitlich von Landespolizeieinheiten gewaltsam aufgelöst. Zwar hatte die Stadtverwaltung damit ihre Haltung bekräftigt, sich durch die KPD nicht unter Druck setzen zu lassen und keinerlei Verhandlungsbereitschaft mit ihr zu zeigen, doch brachte die Initiative den Pflichtarbeitern dennoch spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Unter dem Druck der Straße und der öffentlichen Meinung verhandelten jetzt plötzlich die Christlichen und Freien Gewerkschaften mit dem Bürgermeister, der sich ihnen gegenüber durchaus konzessionsbereit zeigte<sup>72</sup>.

Nach Kräften unterbanden die Behörden nach dieser Erfahrung jede kommunistische Erwerbslosenagitation<sup>73</sup>. Nur zu Wahlzeiten war es dem Erwerbslosenausschuß noch möglich, ab und zu Propagandaveranstaltungen durchzuführen, die aber nicht zuletzt wegen ihrer Organisationsmängel ohne Breitenwirkung blieben<sup>74</sup>. Die Kommunistenjagd im Februar und März 1933 beendete schließlich die letzten Aktivitäten des Rosenheimer Erwerbslosenausschusses.

Ähnlich unbefriedigend für die Arbeitslosen war der kommunistische Einsatz für ihre Probleme in den am stärksten betroffenen Industrieorten des Gewerbegebiets an Inn und Mangfall, etwa Kolbermoor. Zwar hatte Bezirksleitungsmitglied Ewald Thunig bereits am 14. 1. 1928 100 Erwerbslose für das Programm der KPD interessieren können<sup>75</sup>, hatte nach Meldungen der „Neuen Zeitung“ am 18. 8. 1929 eine unter kommunistischer Regie abgehaltene Erwerbslosenversammlung in ihrer einstimmig angenommenen Resolution „gelobt, gemeinsam unter der Führung der KPD., der einzigen Arbeiterpartei zu kämpfen für Erhöhung der Unterstützungssätze, für Arbeit und Brot, für den Sieben-Stundentag, für die Herstellung der revolutionären Kampffront mit allen betriebstätigen

<sup>71</sup> Vgl. o. S. 228.

<sup>72</sup> S. o. S. 162f.

<sup>73</sup> Vgl. die Versammlungsverbote des Stadtkommissars 30. 5. 1932 u. 21. 9. 1932, StA Rosenheim IA 1/80, II.

<sup>74</sup> Der Polizeibericht über eine Erwerbslosenversammlung am 6. 7. 1932 läßt die Schwachstellen erkennen: Nachdem der Münchner Referent in Unkenntnis der Rosenheimer Verhältnisse z. T. Forderungen an den Stadtrat erhoben hatte, die bereits erfüllt waren, fand sich unter den rund 100 Besuchern keiner bereit, freiwillig als Delegationsmitglied zu fungieren. Nach einer Auseinandersetzung mit einigen anwesenden Sozialdemokraten mußte die erste genehmigte Versammlung seit Monaten ohne Ergebnis abgebrochen werden. Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 7. 7. 1932, StA Rosenheim IA 1/80, II. Die nächste Versammlung wurde erst zum 7. 10. 1932 genehmigt und hatte kaum größeren Erfolg; Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 8. 10. 1932, ebd. Vgl. Mitteilungsblatt 7. 7. 1932 (27).

<sup>75</sup> HMB d. Regierungsprärs. v. Oberbayern 253 (6. 2. 1928), BayHStA MA 102 137.

Arbeitern gegen die Aushungerungspolitik der Koalitionsregierung, gegen die Zuchthausmethoden des Ortsfürsorgeverbandes Kolbermoor“<sup>76</sup>, doch waren die konkreten Ergebnisse der lokalen Erwerbslosenpolitik der KPD auch hier höchst unbefriedigend. Zwei Versammlungen zur Bildung eines Erwerbslosenausschusses im Januar 1930 fanden, ähnlich wie in der Nachbarstadt Rosenheim, nur geringen Widerhall. Das dennoch gebildete Gremium nahm keine geregelte Tätigkeit auf<sup>77</sup>. Eine zum „Tag des internationalen Erwerbslosenprotestes“ für den 6. März 1930 angesetzte Erwerbslosenversammlung, zu der ein Trupp Parteianhänger aus Rosenheim anrückte, um das Desinteresse der Kolbermoorer zu kaschieren, scheiterte an der harten Linie der Behörden. Unter Einsatz des Gummiknüppels räumte die aus München angeforderte Landespolizei die Straße vor dem geplanten Versammlungslokal, wobei auch unbeteiligte Passanten und Spinnereiarbeiter, die von ihrer Schicht heimkehrten, in Mitleidenschaft gezogen wurden<sup>78</sup>.

Nachdem die Erwerbslosenagitation der Kolbermoorer KPD fast ein Jahr geruht hatte, rief der aus München abgesandte RGO-Funktionär Schwarzmüller bei einer Volksversammlung am 20. 2. 1931 auf, den „Internationalen Erwerbslosentag“ erneut mit Demonstrationen zu begehen. Von den etwa 110 Anwesenden ließen sich zwar 15 in die Partei einschreiben<sup>79</sup>, doch verlief der Aktionstag in der Industriegemeinde wie auch in den übrigen Orten des Bezirksamts im Sande, da die Polizeibehörde sämtliche Aufzüge und Versammlungen wiederum verboten hatte<sup>80</sup>. Obwohl an diesem Tag die Unterstützungsempfänger in Bad Aibling, Bruckmühl und Kolbermoor zusammenströmten, um ihre Unterhaltszahlungen entgegenzunehmen, ließen sie sich nicht vor den Karren der KPD spannen, zu unglaublich erschien wohl die Schilderungen Schwarzmüllers vom russischen Sowjetparadies, in dem alle Arbeit hätten, der Sechs- und Siebenstundentag eingeführt sei und kranke Arbeitnehmer zur Erholung in ehemalige Zarenschlösser am Schwarzen Meer verschickt würden<sup>81</sup>.

Die Münchner Zentrale rief ihre entmutigten Außenstellen dennoch auf, unverdrossen weiter Erwerbslosenpropaganda zu betreiben. Auch wenn die

<sup>76</sup> Neue Zeitung 22. 8. 1929 (193). Vgl. HMB. d. Regierungsprä. v. Oberbayern 1443 (5. 9. 1929), BayHStA MA 102 137.

<sup>77</sup> Polizeidirektion München N. 89 (7. 2. 1930), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>78</sup> Polizeidirektion München N. 90 (8. 4. 1930), ebd. Kolbermoorer Anzeiger 7. 3. 1930 (55); Kolbermoorer Volksblatt 7./8. 3. 1930 (55). Die sozialdemokratische Münchner Post, 8. 3. 1930 (56), kritisierte scharf den Polizeieinsatz und kommentierte: „Die seit einer Woche betriebene Propaganda der KPD, auch hier eine Kundgebung der Erwerbslosen zustande zu bringen, hat... zu Ereignissen geführt, die gar manchen Arbeiter und Erwerbslosen erst recht radikalisieren werden. Wir beneiden die Verantwortlichen nicht um diesen Erfolg.“

<sup>79</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 21. 2. 1931, StAM LRA 47 090.

<sup>80</sup> Verbot BA Aibling 22. 2. 1931, ebd.

<sup>81</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 21. 2. 1931, ebd. Vgl. den Lagebericht des BA Aibling an die Regierung v. Oberbayern 26. 2. 1931, ebd.: „In Kolbermoor hieß es, daß die Demonstration... nach dem Schichtwechsel in der Baumwollspinnerei stattfinde. Allein die Arbeiter, die von der Arbeit heimkehrten, gingen an den wenigen Gruppen, die sich an verschiedenen Plätzen versammelt hatten, achtlos vorüber und die Arbeitslosen, die von auswärts zur Empfangnahme der Unterstützung gekommen waren, kehrten fast durchweg sofort nach Hause zurück.“

Mehrzahl der Veranstaltungen verboten werde, gelinge es vielleicht doch einmal, eine Veranstaltung abzuhalten<sup>82</sup>. Ohne großen Elan folgte die Kolbermoorer Ortsgruppe den Vorgaben, handelte sich aber, wie zu erwarten, für eine am 3. 6. 1931 gegen den Abbau der Krisenunterstützung geplante Veranstaltung ein Verbot des Bezirksamts ein<sup>83</sup>. Ähnlich erging es einer Protestkundgebung gegen die zwanzigprozentige Kürzung der Fürsorgesätze am 30. 5. 1932, bei welcher die Wahl einer Delegation zum Bezirksamt geplant war<sup>84</sup>, sowie Versammlungsanträgen zum 7. und 14. 10. 1932<sup>85</sup>.

Die Organisation eines funktionierenden Erwerbslosenausschusses wurde daneben dadurch erschwert, daß sich bereits im Juni 1931 ein Gremium aus Mitgliedern der Christlichen und Freien Gewerkschaften gebildet hatte, das der Gemeinderat als offizielles Sprachrohr der Erwerbslosen anerkannte und bei Fragen hörte, die sich auf deren Situation bezogen. Ein Beratungs- und Vorschlags-, geschweige denn Stimmrecht in Gemeinderat oder kommunalem Fürsorgeausschuß wurde ihm jedoch nicht eingeräumt.

Als im Juli 1932 darüberhinaus der aus der KPD wegen seines Linkssektierertums ausgeschlossene Syndikalist Jakob Strasser<sup>86</sup> einen weiteren Zusammenschluß von Ausgesteuerten und Krisenunterstützungsempfängern ins Leben rief, der mit Schreiben vom 5. 7. 1932 den Gemeinderat aufforderte, den Mietzinsabzug und die Pflichtarbeit einzustellen und die Polizeiposten von den Stempel- und Auszahlungsstellen abzurufen<sup>87</sup>, geriet die KPD in Zugzwang. Bei einer für den 6. Juli angesetzten und ausnahmsweise genehmigten Erwerbslosenversammlung referierte unter Leitung des KPD-Ortsgruppenvorsitzenden Niederhuber ein Vertreter des Arbeitslosenausschusses des Gaues Südbayern vor 90 Anwesenden und rief zu einer Einheitsfront aller Betroffenen ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit auf. Per Zuruf wurde nun ein Komitee bestimmt<sup>88</sup>, das sich

<sup>82</sup> Unterbezirkskonferenz Pfraundorf 21. 3. 1931, Polizeidirektion München an BA Aibling 4. 4. 1931 (PND 729), ebd.

<sup>83</sup> Anmeldung 1. 6. 1931; Verbot BA Aibling 2. 6. 1931, ebd. Die Begründung des Bezirksamts lautete: „Bei der Einstellung des Redners und Einberufers der Versammlung und bei der unter einem Teile der erwerbslosen Bevölkerung in Kolbermoor infolge der langandauernden Erwerbslosigkeit und der dadurch bedingten Notlage herrschenden bedrückten und erregbaren Stimmung ist zu besorgen, daß es in der Versammlung und im Anschlusse daran zu politischen Ausschreitungen ... und insbesondere zur Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Anordnung der Behörden, zu Beschimpfungen von Organen und Behörden des Staates und zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kommen wird. Hierbei fällt der Umstand ins Gewicht, daß der Bezirk Aibling z. Zt. mit erheblichen öffentlichen Mitteln Notstandsarbeiten durchführt. Die beabsichtigte Versammlung verfolgt offensichtlich den Zweck in hetzerischer Weise, die diesbezüglichen Anordnungen des Bezirksamts zu durchkreuzen, weitere Unzufriedenheit in die Reihen der Erwerbslosen zu tragen und diese zu politischen Zwecken im kommunistischen Sinne in einer die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdenden Weise auszubenten.“

<sup>84</sup> Verbot BA Aibling 28. 5. 1932, ebd.

<sup>85</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 8. u. 10. 10. 1932; Verbote BA Aibling 6. u. 12. 10. 1932, ebd.

<sup>86</sup> Strasser war auf der Unterbezirkskonferenz v. 28. 12. 1930 aus der Partei ausgeschlossen worden, da er gegen ihren Willen eine Erwerbslosenversammlung abgehalten hatte. PND 720, Stadtarchiv Rosenheim IA 1/80, II.

<sup>87</sup> Erwerbslosenausschuß an Gemeinderat Kolbermoor 5. 7. 1932, StAM LRA 47090.

<sup>88</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 6. 7. 1932, ebd.

am 3. 8. 1932 beim Gemeinderat meldete und neben der Beibehaltung ungekürzter Unterstützungsleistungen forderte, zwei seiner Mitglieder zu den Beratungen des Gemeinderats und des Fürsorgeausschusses beizuziehen<sup>89</sup>. Dem „legalen“ Erwerbslosengremium der Gewerkschaften kreideten die „wilden“ Ausschüsse an, es bestehe nicht aus Arbeitslosen und vertrete die Interessen der Betroffenen zu wenig<sup>90</sup>.

Obwohl der am 6. Juli gegründete Ausschuß seine Zusammensetzung mit Sozialdemokraten, christlichen Vertretern, Kommunisten, Nationalsozialisten, Parteilosensowie Vertreterinnen der Frauen angab, stand für Bürgermeister Fleischmann außer Zweifel, daß es sich um einen Vorstoß der KPD handelte. Im Gemeinderat unterstützte der KPD-Vertreter als einziger die Antragsteller, die unter anderen eine tarifliche Entlohnung für Pflichtarbeiter zusätzlich zu den Unterstützungsleistungen und in den Wintermonaten wöchentliche Heizmateriallieferungen durch die Gemeinde für Bedürftige von einem Zentner Kohlen oder Torf pro Kopf vorsahen. Allein die Kohlelieferung würde die Gemeinde auf über 10 000 RM zu stehen kommen, berechnete der Bürgermeister. Diese „kommunistische(n) Agitationsanträge“ seien nicht mehr ungehörig, man könnte sie „richtig nur mit ‚unverschämt‘ bezeichnen.“ Der Gemeinderat wies am 13. 10. 1932 mit allen Stimmen mit Ausnahme des Kommunisten endgültig alle Versuche, einen Erwerbslosenausschuß außerhalb der Gewerkschaften zuzulassen, mit Entschiedenheit ab<sup>91</sup>. Das Bezirksamt unterband weitere öffentliche Zusammenkünfte der Arbeitslosengremien<sup>92</sup>. Der verspätete Versuch der KPD, sich in Kolbermoor und damit in einer ihrer bisherigen Hochburgen ein Instrument zur Erwerbslosenagitation zu schaffen, war damit gescheitert.

Dennoch darf man die Erwerbslosenpolitik der KPD im Umfeld der altbayerischen Provinzindustrie nicht als wirkungslos ansehen. Zu Recht betont Bahne, daß die Arbeitslosenagitation im Sinne Stalins, der in der Durchsetzung konkreter Reformen nur ein relativ bedeutungsloses Nebenprodukt des Hauptprogrammes, nämlich der revolutionären Arbeit zur Zersetzung des Kapitalismus und der Macht der Bourgeoisie sah, in erster Linie Mittel zum Zweck war<sup>93</sup>. Vor diesem Hintergrund waren Eingaben mit irrealen Forderungen im Namen der Erwerbslosen keineswegs sinnlos, auch trug die übertrieben harte Linie der Behörden gegen die Erwerbslosenarbeit der KPD dazu bei, die Partei in den Augen vieler in eine Märtyrerrolle zu manövrieren, die ihr, was das tatsächliche und konstruktive Engagement für die verelendeten Schichten betraf, in keiner Weise zustand. Der zufriedene Kommentar der Arbeiterkorrespondenz zum überzogenen Vorgehen der Behörden bei der versuchten Kolbermoorer Erwerbslosendemonstration im März 1930, „mehr wie Referate hat das Auftreten der grünen Polizei genutzt“<sup>94</sup>, verweist auf die wahren Erfolge der kommunistischen Erwerbslosenpolitik.

<sup>89</sup> Eingabe an Gemeinderat Kolbermoor 3. 8. 1932, ebd.

<sup>90</sup> Gendarmerie Kolbermoor an BA Aibling 10. 10. 1932, ebd.

<sup>91</sup> Eingaben der Erwerbslosenausschüsse 26. 9. 1932, 10. 12. 1932; Gemeinderatsbeschlüsse 7. 9. 1932, 13. 10. 1932; Fleischmann an BA Aibling 14. 10. 1932, ebd.

<sup>92</sup> Verbote 6. u. 12. 10. 1932, ebd.

<sup>93</sup> Bahne, Erwerbslosenpolitik, 494 f.

<sup>94</sup> Neue Zeitung 12. 3. 1930.

## 2. Die SPD

### a) Die Parteiorganisation

Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei war es der (M)SPD in den Jahren der Weimarer Republik gelungen, auch in der altbayerischen Provinz eine gewichtige politische Kraft zu werden. Im Bezirksamt Aibling und in der Stadt Rosenheim war sie von der Stabilisierung der Mark bis zum Aufstieg der Nationalsozialisten die zweitstärkste Partei und erreichte auch im Rosenheimer Bezirk beachtliche Wahlergebnisse. In den Verwaltungsbezirken Wasserburg und Griesbach kam sie dagegen in diesem Zeitraum über ein kümmerliches Schattendasein mit stets weniger als 10 Prozent der Stimmen bei Reichs- und Landtagswahlen nicht hinaus. Ihren größten Rückhalt hatte sie in der Fabrikarbeiterschaft der Stadt Rosenheim und der Industrieinseln, wo sie in engster Kooperation mit dem ADGB das politische Leben innerhalb der Unternehmen mit weitem Vorsprung vor den christlichen Arbeitnehmerverbänden bestimmte und auch alle Versuche der extremen Linken sowie der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), die verfestigte Stellung der Freien Gewerkschaften und mit ihnen der SPD zu unterminieren, bis 1933 erfolgreich abwehren konnte.

Die Betriebsratswahlergebnisse der Woldeckenfabrik Bruckmühl und der Kolbermoorer Baumwollspinnerei verdeutlichen, daß es der Deutsche Textilarbeiterverband im ADGB war, den die Arbeitnehmer mehrheitlich als ihren Vertreter ansahen:

Tab. 132: Ergebnisse der Betriebsratswahlen in der Spinnerei Kolbermoor 1930–1933:<sup>1</sup>

	1928	1929	1930	1931	1933
Deutscher Textilarbeiterverband	607	496	498	482	373
Zentralverband christl. Textilarbeiter	196	211	180	175	125
Rote Einheitsfront (KPD)	–	–	–	–	92
NSDAP	–	–	–	–	45

Ähnlich war die Situation in Bruckmühl, wo der sozialistische Textilarbeiterverband bei der Wahl vom 23. 4. 1931 mit 76,9% der Stimmen einen klaren Vorsprung vor der Christlichen Gewerkschaft erzielte<sup>2</sup>. Diese Voten waren zugleich deutliche Vertrauensbeweise für die SPD, waren doch in der Regel die örtlichen Funktionäre der Freien Gewerkschaften als SPD-Abgeordnete in den Gemeinde-

<sup>1</sup> Kolbermoorer Volksblatt 5./6. 3. 1929 (54); 4./5. 3. 1930 (52), 6./7. 3. 1931 (54), 3./4. 3. 1933 (52). Mit Berufung auf die 4. Notverordnung des Reichspräsidenten v. 8. 12. 1931 untersagte Reichsarbeitsminister Stegerwald am 14. 12. 1931 die Betriebsratswahlen 1932 und verlängerte die Dienstzeit der bestehenden Gremien um ein Jahr. Ausführungsbestimmungen in: Arbeitgeberverband Rosenheim-Aibling, Rundschreiben 84 (30. 12. 1931), StAM Saline Rosenheim 69.

<sup>2</sup> Kolbermoorer Volksblatt 11./12. 5. 1931 (107). Die Presse des katholischen Vereinskartells Kolbermoor wertete dieses Abschneiden der christlichen Gewerkschafter als „schöne(n) Erfolg, waren doch die Sozialisten jahrelang die alleinigen Beherrscher des Betriebes.“

und Stadträten vertreten, setzte doch die breite Öffentlichkeit ADGB und Sozialdemokraten gleich<sup>3</sup>.

Über Sozialstruktur der Mitgliedschaft, Organisation und lokale Tätigkeit der SPD sind wir weit weniger informiert als über die der radikalen Linken, hatten doch auch die Provinzbehörden ihren zunächst harten Kurs gegenüber den gemäßigten Sozialdemokraten, die trotz ihrer ausgleichenden Haltung in den Revolutionsmonaten mit den Kommunisten in einen Topf geworfen worden waren, später aufgegeben. Dieses harte Durchgreifen war daraus entstanden, daß sich die (M)SPD in den frühen zwanziger Jahren als betont republikanischer Gegenpol zu den vor allem in Rosenheim tonangebenden antidemokratischen Einwohnerwehrverbänden profiliert hatte<sup>4</sup>, doch führte die Entspannung der politischen Lage nach dem gescheiterten Hitlerputsch und die Erkenntnis des rechten Lagers, daß die Sozialdemokraten ein durchaus brauchbares und kooperationsbereites Sammelbecken der Arbeiterbewegung und zugleich ein Prellbock gegen die „bolschewistische Gefahr“ seien, zur Einschränkung von Bespitzelung und Polizeüberwachung. Mitgliederlisten und Berichte zur Parteitätigkeit sind daher in den amtlichen Akten sehr selten anzutreffen und erlauben keine statistische Auswertung<sup>5</sup>.

### *b) Die Tolerierungsstrategie in der Lokalpolitik*

Auf lokalpolitischer Ebene betrieb die SPD eine unideologische, praxisorientierte und wenig spektakuläre Opposition, ohne in führender Position tätig zu werden, da selbst in den Industrieinseln des Mangfalltales die bürgerlichen Gruppen und Wirtschaftslisten eine klare Mehrheit besaßen. In ihrer Selbsteinschätzung als der eigentlich staatstragenden Kraft der jungen Republik half sie aus pragmatischen Gesichtspunkten mit, die Brüning'sche Austeritätspolitik auf Gemeindeebene zu projizieren. Hand in Hand damit vollzog sie in den Gemeinde- und Stadtparlamenten weitgehend die im Reichstag vorexerzierte Tolerierungsstrategie der Partei, die darauf abzielte, das Überleben des parla-

<sup>3</sup> Vgl. Braunthal, *Socialist Labor*, 177. Zur Verknüpfung von SPD-Wählerschaft und den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften s. ebd., 116ff.

<sup>4</sup> Vgl. den Aufruf zu einem prompt verbotenen Umzug am 1. Mai 1920: „Kollegen, nie soll Rosenheim etwas derartiges gesehen haben, die Stärke des Zuges der Chiemgauwehren muß um ein Erhebliches übertroffen werden.“ Gewerkschaftsverein Rosenheim 23. 4. 1920, StA Rosenheim IA 1/72.

<sup>5</sup> Beste, wenn auch lückenhaft überlieferte Quellen zu SPD-Ortsvereinen sind Berichte über ihre Auflösung, die Beschlagnahme ihres Vermögens und die Überwachung ehemaliger Funktionäre in den Jahren 1933 ff., z. B. in StALa Rep. 164/6, 4532. Hier findet sich auch ein Bericht der Gendarmerie Griesbach v. 20. 8. 1935, der die geringe Bedeutung der SPD im ländlichen Milieu des Rottals widerspiegelt: Von 1919 bis 1922 habe eine SPD-Ortsgruppe mit Anfangs 70, dann 16 Mitgliedern bestanden, die sich dann aufgelöst habe. Der Beamte merkte an, er sei bereits seit 12 Jahren in Griesbach eingesetzt, habe aber „von einer Versammlungstätigkeit“ der Sozialdemokraten „nichts wahrgenommen“.

Im BA Aibling wurden 1933 folgende „marxistische“ Organisationen aufgelöst: 4 SPD-Ortsgruppen (Bad Aibling, Bruckmühl, Feldkirchen, Kolbermoor), 4 Reichsbannergruppen (Bad Aibling, Bruckmühl, Kolbermoor, Kreuzstraße), 4 Ortsgruppen des Radfahrervereins Solidarität, 3 Turn- u. Sportvereine, 2 Gesangsvereine sowie je eine Ortsgruppe des Arbeitersamariterbundes und der „Naturfreunde“. Aufstellung des BA Aibling 30. 11. 1933, StAM LRA 46961.

mentarischen Systems, selbst durch Konzessionen an der Grenze des Tragbaren, zu sichern und, wie es die Befürworter dieses Kurses erkannten, der geradezu existentiellen Bedrohung nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern der Demokratie insgesamt durch den Faschismus gegenzusteuern<sup>6</sup>. Das mußte mit Fortschreiten des wirtschaftlichen Desasters und drängender Not zu einer Identifikationskrise der Wählerschaft mit der Partei führen<sup>7</sup>.

War vielen Anhängern etwa das Eintreten der SPD im Frühjahr 1932 für den erklärten Antirepublikaner Hindenburg, die Verkörperung dessen, was die Arbeiterbewegung seit Kaisers Zeiten bekämpft hatte, und wenige Monate später die schwache Gegenwehr beim Preußen-Putsch des 20. Juli 1932 kaum plausibel zu machen, so vergraulte die zugleich verfolgte lokalpolitische Linie, offenkundig unsozial verteilte finanzielle Belastungen für die Bevölkerung mitzutragen, um die Finanzierung der Kommunaletats wenigstens notdürftig zu sichern und damit die gemeindliche Selbstverwaltung vor dem Diktat der vorgeetzten Stellen zu schützen, weitere Genossen. Die beispielsweise bei den Auseinandersetzungen um die Löhne der Kolbermoorer Spinnereiarbeiter vertretene Haltung der sozialistischen Gewerkschaften, die einseitige Unterminierung und Aufweichung des Tarifrechts durch Regierung und Unternehmer allein auf dem Verhandlungswege anzugehen und alle weitreichenderen Maßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitnehmerforderungen von vorneherein kategorisch abzulehnen, rief darüberhinaus Unverständnis bei bislang ADGB- und SPD-treuen Schichten hervor<sup>8</sup>. Ähnlich war die Reaktion der Torfarbeiter der Bezirksämter Aibling und Rosenheim, die im Frühjahr 1932 „schwere Bedenken“ gegen die Konzessionsbereitschaft der Gewerkschaftsvertreter erhoben, als die Arbeitgeber Zugeständnisse bei Lohn und Arbeitszeit weit über die Vorgaben des aufgrund der Notverordnung ohnehin drastisch geänderten Tarifvertrages verlangten und drohten, sonst die Sticksaison nicht zu beginnen. Man habe „sich zu diesem schweren Opfer entschlossen um einerseits die schwer bedrohten Gemeinden zu entlasten und andererseits den Arbeitgebern die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Betriebe zu eröffnen“, begründete die Gewerkschaft ihre nachgiebige Haltung<sup>9</sup>.

Völlig unattraktiv war die SPD-Politik schließlich für die Erwerbslosen, die angesichts ihrer drängenden Not auf eine schnelle Besserung der Lage hofften.

<sup>6</sup> Zur Tolerierungspolitik der SPD vgl. Fischer, Theoriediskussion, 195 ff.; Matthias, SPD, 103 ff. Die Gegenposition der Parteilinken zu diesem Kurs vertritt Abendroth, Aufstieg, 66, der der SPD-Führung vorwirft, ebensowenig eine Analyse des Faschismus wie der wirtschaftlichen Krisensituation besessen zu haben: „So ließ sie sich zur Tolerierungspolitik gegenüber den Notverordnungen Brünings verleiten und gab damit nicht nur Stück um Stück der Rechte und des Lebenshaltungsniveaus der Arbeitnehmer, sondern auch die Verteidigung der Verfassung praktisch auf.“ Die parteiinterne Auseinandersetzung um eine wirkungsvolle Antikrisenpolitik 1929–1932 und um den Grundsatz der ausgeglichenen Etatpolitik entwickelt Held, Sozialdemokratie, 109 ff.

<sup>7</sup> Bei einer Rosenheimer Funktionärsversammlung mit Wilhelm Hoegner am 27. 5. 1932 wurden Stimmen laut, endlich Schluß mit der Tolerierungspolitik im Reich zu machen: „Heute seien besonders die Nationalsozialisten viel stärker als es die Sozialdemokraten jemals gewesen sind.“ Man solle ihnen Gelegenheit geben „zu zeigen, ob es ihnen wirklich so ernst sei, dem Volke aus der ungeheueren Notlage... herauszuhelfen“. Mitteilungsblatt 2. 6. 1932 (22).

<sup>8</sup> Vgl. o. S. 146 ff.

<sup>9</sup> Mitteilungsblatt 14. 4. 1932 (15).

Das Vorgehen der SPD und sozialdemokratischen Gewerkschafter, in den Kommunalparlamenten zwar stets zu versuchen, im Rahmen des politisch und finanziell Möglichen weitere Verschlechterungen in der Arbeitslosenfürsorge abzublocken und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu unterstützen, daneben aber keinerlei eigene Vorstellungen und Initiativen zu entwickeln, um massiv gegen die neue Armut anzukämpfen, entzog ihr gerade außerhalb der gefestigten traditionell-sozialdemokratischen Arbeiterkreise viele Sympathien. Sporadische Aufklärungsversammlungen zu rechtlichen Fragen der Arbeitslosenversicherung und Erwerbslosenfürsorge waren kein adäquates Mittel, um der lärmenden Agitation der Radikalparteien Paroli bieten zu können.

Dieser, wie es Wolfgang Abendroth formuliert, insgesamt „selbstmörderische Kurs“ der SPD<sup>10</sup>, Verantwortung für Entscheidungen mitzutragen, die der im Grunde vertretenen Parteilinie diametral entgegenliefen, läßt sich auf kommunaler Ebene am Beispiel der sozialdemokratischen Rosenheimer Stadtratsfraktion nachvollziehen. Seit dem 8. Dezember 1929 stellte die SPD sieben von 30 Abgeordneten im Stadtparlament, da es ihr gelungen war, der zerstrittenen KPD eines ihrer beiden Mandate abspenstig zu machen<sup>11</sup>. Getreu dem Versprechen ihres Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Hans Geistaller, der nach einer programmatischen Rede des Landtagsabgeordneten Wilhelm Hoegner am 15. 11. 1929 „eine fruchtlose Opposition“ abgelehnt und den Willen zu einer konstruktiven Mitarbeit neben den die Stadtpolitik bestimmenden bürgerlichen Wirtschaftsgruppen angedeutet hatte<sup>12</sup>, verzichteten die neugewählten SPD-Stadträte darauf, publikumswirksame, wenn auch bei den bestehenden Macht- und Finanzverhältnissen nicht durchsetzbare Anträge nach Muster der KPD einzubringen.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die glanzlose Linie der Rosenheimer SPD, als am 24. 9. 1930 Bürgermeister Knorr zur Deckung fehlender Haushaltsmittel dem Stadtrat ein Steuerbukett vorlegte, das die Erhöhung der Bier- und Grundsteuer, Einführung einer Getränke- sowie einer Verwaltungskostenabgabe, der „Bürgersteuer“, umfaßte<sup>13</sup>. Zunächst weigerten sich alle Fraktionen, dem sofort zuzustimmen, und verlangten, die Entscheidung zu vertagen, bis der Reichstag Stellung zur neuesten Notverordnung des Reichspräsidenten bezogen habe. Nach kurzer Beratung änderte die Bürgerliche Wirtschaftsvereinigung jedoch ihre grundsätzlich ablehnende Haltung, worauf das Steuerpaket mit ihrer Mehrheit gegen die Stimmen der SPD, KPD und NSDAP/Kriegsopferfraktion verabschiedet wurde<sup>14</sup>.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich daraufhin in weiten Teilen der Bevölkerung. Bereits am folgenden Tag beriefen die Gastwirte der Stadt eine Protest-

<sup>10</sup> Abendroth, *Aufstieg*, 66.

<sup>11</sup> Ein ausführlicher Kommentar der Wahlergebnisse in *Rosenheimer Anzeiger* 9. 12. 1929 (284), 10. 12. 1929 (185). Zum Vergleich: In Bad Aibling stellte die SPD 4 von 16 Gemeinderäten, in Kirchdorf a. H. 5 von 14, in Götting 4 von 10, in Kolbermoor 6 von 18, in Kiefersfelden 6 von 20, in Wasserburg 3 von 12, in Pocking 1 von 12. *Aiblinger Wochenblatt* 10. 12. 1929 (146); *Kolbermoorer Volksblatt* 9./10. 12. 1929 (284); *Rosenheimer Anzeiger* 9. 12. 1929 (284); *Wasserburger Anzeiger* 10. 12. 1929 (286); *Pockinger Zeitung* 10. 12. 1929 (146). In der überwiegenden Mehrzahl der kleineren Gemeinden, wie auch in Griesbach, trat die SPD mit keinem eigenen Wahlvorschlag zur Gemeindewahl an.

<sup>12</sup> *Rosenheimer Anzeiger* 16./17. 11. 1929 (265).

<sup>13</sup> Vgl. o. S. 165 f.

<sup>14</sup> Stadtratssitzung v. 24. 9. 1930, *Rosenheimer Anzeiger* 25. 9. 1930 (222).

versammlung ein, zu der bei großem Publikumsandrang auch Vertreter der Stadtratsfraktionen erschienen. Während die NSDAP- und KPD-Politiker nach Kräften das bestehende „System“ für die hohe Belastung der Bürger verantwortlich machten und die Bürgerlichen versuchten, die Verantwortung für die Beschlüsse allein auf die Vorgaben der Regierung und eine Überrumpelung durch den Bürgermeister abzuwälzen, war Hans Geistaller von den Sozialdemokraten der einzige, der sich prinzipiell hinter die Steuererhöhungen stellte. Obwohl er bei der Beratung im Stadtrat betont hatte, „die Bürgersteuer in ihrer jetzigen Form sei für die sozialdemokratische Fraktion völlig unannehmbar“, außerdem könne ihm „eine Selbstverwaltung, die darauf fußt, daß sie den Städten die Erhebung unpopulärer und wenig einträglicher Steuern zumutet..., gestohlen werden“<sup>15</sup>, schwenkte er jetzt auf die Vorstellungen des Bürgermeisters um. Vor der Protestversammlung wandte er sich nicht gegen das Steuerpaket an sich, das um der Finanzen der Stadt willen einfach notwendig gewesen sei, sondern gegen die höchst undemokratischen Vorgaben durch die Notverordnungspraxis des Reichs<sup>16</sup>. Bezeugte diese Erklärung auch den ehrlichen Willen der SPD-Stadträte, konstruktiv für die Kommune zu arbeiten und Verantwortung selbst für unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, so bewies sie im Hinblick auf die stark emotional belastete Thematik einmal mehr die politische Instinkttlosigkeit, die sich der Partei durch alle Instanzen bemächtigt hatte. Ähnliche Vorgänge in benachbarten Gemeinden, etwa in Bad Aibling, wo die SPD-Fraktion an der Seite des Bürgermeisters für die Erhöhung der wohl unsozialsten und unbeliebtesten Gemeindeabgabe, der Bürgersteuer, eintrat, allerdings zunächst an der bürgerlichen Mehrheit scheiterte<sup>17</sup>, lassen den keineswegs singulären Charakter der Rosenheimer Ereignisse erkennen.

Wie beeinflusste die bis an die politische Basis durchgezogene pragmatische Linie der SPD, die auch in den Wahlveranstaltungen der Provinzorte zum Ausdruck kam, ihr Verhältnis zum politischen Gegner des bürgerlich-katholischen Lagers, mit dem sie bei der Reichspräsidentenwahl 1932 sogar auf der selben Seite stand? Wenn etwa das „Wasserburger Wochenblatt“, das mit dem „Anzeiger“ um die Gunst der BVP buhlte<sup>18</sup>, nach einer Wahlversammlung am 9. 4. 1932 mit Erhard Auer der SPD bescheinigte, man könne ihr „das Zeugnis einer wohl disziplinierten Partei nicht verweigern“<sup>19</sup>, so war das mehr an Entgegenkommen, als den sonst rundweg verdammten „Marxisten“ je entgegengebracht worden war. Kein Pardon gab es dagegen, versuchten sie bei aller Konzilianz auch einmal

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Rosenheimer Anzeiger 27./28. 9. 1930 (223).

<sup>17</sup> Gemeinderatssitzung v. 25. 9. 1931, Aiblinger Zeitung 27./28. 9. 1931 (222).

<sup>18</sup> Vgl. o. S. 203f.

<sup>19</sup> Wasserburger Wochenblatt 11. 4. 1932 (42). Vgl. den Bericht über eine Wasserburger SPD-Versammlung mit Wilhelm Hoegner am 25. 4. 1931: „Ein Mann, der Stoff und Wort beherrscht, sprach mit viel Sarkasmus, mit Geist und Erfahrung über Dinge, die uns alle berühren. Dem aufmerksamen Zuhörer wird es ebensowenig entgangen sein, daß sich bei der Sozialdemokratie hinsichtlich der Beurteilung politischer Fragen eine wesentliche Wandlung vollzogen hat, wie die Tatsache, daß sich hier zwischen zwei ‚sozialistischen Arbeiterparteien‘ ein Kampf um die Stimme des Arbeiters aufzeigt, wie er erbitterter wohl selten geführt wurde. In dieser schweren Zeit laste die Arbeit im Reichstag auf den Schultern der Sozialdemokratie und des politischen Katholizismus, eine Anmerkung für die numerisch schwachen katholischen Parteien aus dem Munde eines politischen Gegners, wie sie besser nicht zu wünschen ist.“ Ebd. 28. 4. 1931 (51).

eigene Vorstellungen gegenüber der bürgerlichen Seite durchzusetzen. Ein Beispiel aus dem Wasserburger Stadtrat verdeutlicht die harte Linie, die man auf Seiten der Bürgerlichen einzuschlagen gewillt war, um sozialdemokratische „Störenfriede“ auszubooten:

Als zu Beginn des Jahres 1930 sich Lücken im Stadtsäckel zeigten, welche die Einführung einer Bürgersteuer notwendig erscheinen ließen, geriet ein altes Vorrecht der Abgeordneten von BVP und Wirtschaftspartei, in der Mehrzahl selbständigen Gewerbetreibenden, in Gefahr. Bürgermeister Alfons Winter regte Einsparungen im Etat dadurch an, daß in Zukunft Aufträge der Stadt und städtischer Einrichtungen nicht mehr automatisch und ohne Ausschreibung oder Preisvergleich über den kaufmännischen Bezirksverein abgewickelt, sondern zu möglichst günstigen Preisen beschafft würden. Um in Zukunft die Verteilung von gemeindlichen Aufträgen unter den im Stadtrat vertretenen Geschäftsleuten und Handwerkern einzudämmen, verwies er auf die Gemeindeordnung, die es Stadträten untersage, an Verhandlungen teilzunehmen, die ihr eigenes finanzielles Interesse betreffen. Unterstützung gegen die aufgebrachte Reaktion der bürgerlichen Seite, wenn alle Stadträte mit wirtschaftlichen Vorteilen durch Lieferungen an die Stadt ausscheiden müßten, sei das Kollegium nicht mehr beschlußfähig, erhielt Winter von der SPD. Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Kaspar Gartenhof betonte, seine Partei habe schon früher verlangt, daß Stadtratsmitglieder nicht von Auftragsvergaben der Kommune profitieren dürften. Zuerst müßten alle erdenklichen Einsparungen bei den städtischen Ausgaben vorgenommen werden, bevor die Bürger durch neue Steuern belastet würden<sup>20</sup>.

Der Zorn der Wasserburger Wirtschaftsverbände und der mit ihnen eng verbundenen bürgerlichen Stadtratsfraktionen richtete sich gegen die Sozialdemokraten, da es allein schon aus finanziellen Gesichtspunkten unmöglich war, den schon seit längerer Zeit mißliebigen Bürgermeister bei nächster Gelegenheit seines Amtes zu entheben<sup>21</sup>. Nachdem der SPD-Fraktionsführer bei der Etatberatung für 1931 am 10. 7. 1930 erklärt hatte, die Einführung der „Kopfsteuer“ sei wohl unvermeidlich, doch stimme seine Partei der Erhöhung städtischer Gebühren nur zu, wenn gleichzeitig bei den Lieferungen an die städteigenen Anstalten gespart werde<sup>22</sup>, schritten BVP und WP unter Leitung ihrer Bezirksvorsitzenden Bäckermeister Köck und Zementwarenfabrikant Näbauer, beide selbst regelmäßige Nutznießer städtischer Aufträge, zur Tat. Ihre Stadtratsfraktionen beschwerten sich beim Bayerischen Kultusministerium über die „in religiöser Hinsicht sinnverwirrende ... Art des Unterrichts“ Gartenhofs an der Wasserburger Realschule<sup>23</sup>. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament, der bereits in der Rätezeit als Stadtkommandant auf Seiten der Regierung Hoffmann fungiert hatte<sup>24</sup> und seither die treibende Kraft innerhalb

<sup>20</sup> Stadtratssitzung 10. 4. 1930, Wasserburger Anzeiger 13./14. 4. 1930 (86).

<sup>21</sup> Vgl. Versammlung d. Gewerbevereins Wasserburg 24. 4. 1930, Wasserburger Anzeiger 27./28. 4. 1930 (96). Die Wirtschaftspartei hatte sich gegen die Wiederwahl Winters am 24. 10. 1929 ausgesprochen, die schließlich nur zustandekam, um der Stadt vertragliche finanzielle Ansprüche Winters zu ersparen. Hierzu Versammlung d. Grund- u. Hausbesitzervereins Wasserburg 7. 10. 1929, Wasserburger Anzeiger 9. 10. 1929 (234).

<sup>22</sup> Stadtratssitzung 10. 7. 1930, Wasserburger Anzeiger 13./14. 7. 1930 (159).

<sup>23</sup> Protokoll d. Stadtratssitzung v. 26. 3. 1931, StA Wasserburg II, Kasten 63, Fach 1, Nr. 63.

<sup>24</sup> Kögl, Revolutionskämpfe, 106 u. 191, Anm. 159.

des SPD-Ortsvereins gewesen war, erklärte am 26. 3. 1931 wegen des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens seinen Rücktritt<sup>25</sup> und wurde wenig später nach Würzburg versetzt<sup>26</sup>. Ihres Anführers beraubt, traten die mit rund einem Fünftel der Wählerstimmen nicht zahlenmäßig, sondern organisatorisch schwachen Wasserburger Sozialdemokraten in der Endphase der Weimarer Republik stadtpolitisch kaum mehr in Erscheinung.

### c) Reichsbanner und Eisene Front

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, eigentlich ein parteiungebundener republikanischer Schutzverband der „Weimarer“ Parteien SPD, DDP und Zentrum, war in unserem Untersuchungsraum aufs engste mit der SPD verknüpft. Stellten auf Reichsebene SPD-Mitglieder oder -Anhänger rund 90% der Mitglieder<sup>27</sup>, so brachte die politische Situation in der Provinz des östlichen Altbayern eine praktisch völlige Kongruenz mit der Sozialdemokratischen Partei mit sich: DDP bzw. die Deutsche Staatspartei waren hier in den späten Jahren der Republik ohne nennenswerte Anhängerschaft, die alles andere als begeistert republikanische BVP distanzierte sich weit vom Reichsbanner<sup>28</sup>, und auch die vom Landauer Zeitungsverleger Konrad Kübler vorexerzierte Praxis, den Bayerischen Bauernbund mit der Republikschutzformation zu verbinden<sup>29</sup>, fand außerhalb des Verbreitungsgebietes seines Blattes kaum Anklang.

Wenig spektakulär war zunächst die Tätigkeit des Reichsbanners. War im Bezirksamt Griesbach aufgrund der geringen SPD-Anhängerschaft und der skeptischen Haltung des Bauernbunds keine lokale Gliederung des Verbandes entstanden<sup>30</sup>, so hatten sich in den zwanziger Jahren in den Industrieorten an der Mangfall, zuerst im August 1924 in Kolbermoor<sup>31</sup>, etwas später in Rosenheim und Wasserburg Ortsgruppen der republikanischen Schutztruppe gebildet. Die „Bezirksmannschaft Rosenheim“ umfaßte schließlich im Mai 1932 Ortsvereine in Bruckmühl, Bad Aibling, Feilnbach (BA Aibling), Kolbermoor, Rosenheim, Prien, Wasserburg und Amerang (BA Wasserburg), die jedoch ein mehr geselliges als martialisches Glied in der Kette der sozialdemokratischen Vereine bildeten. Sie traten lediglich durch Feiern zum Verfassungstag<sup>32</sup> an die Öffent-

<sup>25</sup> Protokoll d. Stadtratssitzung v. 26. 3. 1931, StA Wasserburg II, Kasten 63, Fach 1, Nr. 63.

<sup>26</sup> Protokoll d. Stadtratssitzung v. 7. 5. 1931, ebd.

<sup>27</sup> Zur parteipolitischen Struktur s. Rohe, Reichsbanner, 266 f.

<sup>28</sup> CBV-Führer Georg Heim erklärte im Februar 1932 bei der Abgrenzung zum BBMB: „Die überwiegende Mehrheit der übrigen deutschen Bauern, einschließlich unseres Bauernvereins, lehnt das Reichsbanner ab. Der überwältigende Teil der bayerischen Bauern ist nicht republikanisch, sondern monarchisch gesinnt...“ Zit. n. Bergmann, Bauernbund, 347.

<sup>29</sup> Ebd., 313. Zu Kübler vgl. ebd., 21 f.

<sup>30</sup> BA Griesbach an Bayer. Innenministerium März 1933, StALa Rep. 164/6, 4531.

<sup>31</sup> Gendarmerie Kolbermoor an Polizeidirektion München 13. 12. 1924, StAM Pol.Dir. München 6888. Bei der Gründung traten 29 Personen bei. Bis Ende 1926 wuchs die Vereinigung kontinuierlich auf 51 Mitglieder an; Mitgliedsliste mit Nachträgen v. 31. 3. 1925, 31. 12. 1925, 31. 12. 1926, ebd.

<sup>32</sup> Zum Verfassungstag 1928 veranstaltete z. B. die Ortsgruppe Wasserburg einen Fakelzug mit Unterstützung eines Spielzuges aus München; Polizeidirektion München N. 69 (31. 8. 1928), BayHStA MA 101 235/2.

lichkeit oder beteiligten sich, wie das Wasserburger Reichsbanner, zusammen mit der örtlichen SPD in der Gruppe der „fahnentragenden Vereine“ neben Rauchklub, Metzger- und Trachtenverein an städtischen Feierlichkeiten<sup>53</sup>.

Die Verschärfung der politischen Gegensätze und die allmähliche Reorganisation des Reichsbanners als Reaktion auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 aktivierte zusehends auch die verschlafenen RB-Gruppen der Provinz. Als Ende des Jahres 1931 die „Eiserne Front“ zum „Kampf gegen den Nationalsozialismus für die Rettung der demokratischen Republik“<sup>54</sup> proklamiert wurde, entstand dadurch zwar keine neue Kräftekonstellation, war die enge Zusammenarbeit von SPD, ADGB, sozialdemokratischen Sportverbänden und Reichsbanner doch bereits seit Jahren praktiziert worden; es gelang auch jetzt kaum, Gruppen außerhalb des freigewerkschaftlich-sozialdemokratischen Dunstkreises, etwa, wie Konrad Kübler forderte, „das junge Bürgertum“<sup>55</sup> anzusprechen. Dennoch stellte sich eine grundlegende Wandlung ein. Die Werbekampagne des Frühjahr 1932, sich ins „Eiserne Buch“ einzutragen<sup>56</sup>, und die klare, im Präsidentschaftswahlkampf praktizierte Aufgabenstellung des neuen Zusammenschlusses, Saalschutzmaßnahmen für die SPD durchzuführen, Einrichtungen der Partei und des ADGB vor Übergriffen zu schützen und insgesamt einen Abwehrblock gegen die militanten SA-Trupps zu bilden, verschaffte den republikanischen Verbänden erstmals konkrete Einsatzmöglichkeiten. Reichsbannerangehörige übernahmen jetzt in der Wahlnacht des 12. 3. 1932 die Bewachung des Gewerkschaftshauses und der Bibliothek des Bildungskartells in Rosenheim, wobei sie auf dem Heimweg von Nationalsozialisten überfallen wurden. Dies war der Auftakt zu einer Serie von Plänkeleien und tätlichen Zusammenstößen<sup>57</sup>.

War die Eiserne Front anfangs zwar als Schutzorganisation gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Einrichtungen aufgetreten, hatte sie jedoch nach außen versucht, den Eindruck eines überparteilichen Sammelbeckens gegen die heraufdämmernde Hitlerdiktatur zu erwecken, so gaben die Funktionäre im Vorfeld der Reichstagswahl am 30. 7. 1932 diese Taktik auf. Aufrufe zum Beitritt in die Eiserne Front, die das Rosenheimer Gewerkschaftsorgan veröffentlichte, waren zugleich Wahlannoncen für die SPD<sup>58</sup>. Auch eine Großdemonstration, welche der Ortsausschuß Rosenheim mit den Bezirkskamerad-

<sup>53</sup> Teilnehmerliste bei der Einweihung der Wasserburger Innbrücke, Wasserburger Anzeiger 2. 8. 1929 (17).

<sup>54</sup> Zit. n. Rohe, Reichsbanner, 392.

<sup>55</sup> „Wie lange wollt ihr noch abseits stehen? Eine Mahnung an das junge Bürgertum“, Landauer Volksblatt 21./22. 2. 1932 (43).

<sup>56</sup> Mitteilungsblatt 10. 3. 1932 (10).

<sup>57</sup> Schutzmannschaft Rosenheim an Staatsanwaltschaft Traunstein 12. 3. 1932, StAM Pol. Dir. München 6898. Hier auch Polizeiberichte zu diversen anderen Auseinandersetzungen.

<sup>58</sup> „Die Eiserne Front ruft zur Sammlung! ... Arbeiter, Gewerkschafter und Parteigenossen! – Auf in den Kampf gegen Reaktion und volksfeindlichen Faschismus... Jetzt geht es nicht um links oder rechts, um radikal oder gemäßigt, jetzt geht es um den Bestand der Arbeiterbewegung und um die Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft... Sammelt Munition, kauft die Freiheitsmarken von unseren Funktionären, besucht die Massenkundgebungen, leistet die notwendige Parteiarbeit und rüttelt die Flauen und Säumigen unter uns auf für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft... Gegen Reaktion u. Faschismus, für die Sozialdemokratie! Liste 1.“ Mitteilungsblatt 7. 7. 1932 (27).

schaften Rosenheim, Aibling, Kolbermoor, Bruckmühl und Wasserburg am 17.7.1932 durchführte, um zu beweisen, „daß die Arbeiterschaft Rosenheims und Umgebung nicht gewillt ist, der braunen Maikäferarmee des Herrn Hitler die Straße allein zu überlassen“, wobei „alles, was Gegner des Faschismus ist“, sich zu beteiligen habe<sup>39</sup>, wurde zur SPD-Wahlveranstaltung umfunktioniert. Nach einem Zug durch die Stadt, an dem neben Spielmannszug, Schutzformationen und Reichsbanner die Wehrschaften der Arbeitersportler und Hammerschaften der Gewerkschaften sowie eine Deputation des österreichischen „Schutzbundes“ als geschlossene Gruppen mitwirkten, nahmen die Bezirksleiter der Eisernen Front, Pfaffl und Waldemar v. Knoeringen, den Vorbeimarsch ab. Eine Kundgebung von mehr als 1 000 Personen, bei der die Referenten, der Münchner Stadtrat Schmöger und v. Knoeringen, betonten, allein die Stimmabgabe für die SPD bei der Reichstagswahl biete eine Garantie gegen „das Schlangengezücht des Faschismus“, beendete die Veranstaltung<sup>40</sup>.

Nach diesem „Fest der Arbeit, wie es Rosenheim seit den Tagen des Rathenauermordes nicht mehr erlebt hat“<sup>41</sup>, wurde es still um die Eisernen Front, zu niederschmetternd war wohl der Ausgang der Wahl gewesen, um die SPD- und ADGB-Gefolgschaft weiter zu motivieren und für die aktive Bewegung gegen die erstarkte NSDAP zu begeistern. Teile der ehemaligen SPD-Anhänger hatten sich der KPD zugewandt, deren Versuche, sich der Eisernen Front anzuschließen und damit eine „rote Einheitsfront“ und „antifaschistische Aktion“ zu bilden, von der SPD auch auf der untersten Ebene strikt zurückgewiesen worden waren<sup>42</sup>. Noch schwerer wog, daß die republikanische Schutztruppe ihr Ziel verfehlt hatte, auch Nazigegeuer außerhalb des eigenen Parteilagers aufzurütteln und zu integrieren. Die Sozialdemokraten, enttäuscht und von den häufigen Wahlkampfschlächten des Jahres 1932 auch finanziell am Ende, verfielen wieder in Passivität und überließen „die Straße“ den Nationalsozialisten. Ein Propagandamarsch von 90 Reichsbannerleuten am 26.2.1933 nach Kolbermoor, denen sich 100 Kommunisten angeschlossen hatten, wurde von der Polizei aufgelöst<sup>43</sup>, ein demonstrativer Aufzug der Reichsbanner-Schutzformationen in Rosenheim am Vortag der letzten Reichstagswahl der Weimarer Republik war nichts als eine hilflose Geste und konnte die wahren Kräfteverhältnisse nicht mehr überdecken<sup>44</sup>. Für den Schutz der Republik hatten sich SPD und ihre Wehrformationen als zu schwach erwiesen.

<sup>39</sup> Mitteilungsblatt 14.7.1932 (28).

<sup>40</sup> Der Polizeibericht meldete 6–700, davon 90 uniformierte Demonstrationsteilnehmer und 1000–1100 Versammlungsbesucher, das gewerkschaftliche Mitteilungsblatt 2000 Teilnehmer. Kriminalpolizei Rosenheim an Stadtrat 18.7.1932, StA Rosenheim IA 1/76; Mitteilungsblatt 21.7.1932 (29). Vgl. Münchner Post 19.7.1932 (165); Rosenheimer Anzeiger 18.7.1932 (162).

<sup>41</sup> Mitteilungsblatt 21.7.1932 (29).

<sup>42</sup> Vgl. Weber, Hauptfeind, 49ff.

<sup>43</sup> Kriminalpolizei Rosenheim an Stadtrat 26.2.1933, StA Rosenheim IA 1/76; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 27./28.2.1933 (48).

<sup>44</sup> Kriminalpolizei Rosenheim an Stadtrat 5.3.1933, StA Rosenheim IA 1.

### 3. Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund

#### a) Zerfallserscheinungen

Einzig berufsständisch orientierte Regionalpartei der bäuerlichen Bevölkerung im altbayerischen Raum war der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund, dem es nie gelungen war, auch nennenswerte Teile des „Mittelstands“ zu erfassen, die sich, falls sie sich ebenfalls vom umfassenden Einfluß der BVP emanzipiert hatten, eher bürgerlich-liberalen Parteien, dem rechten Lager oder auch der standespolitisch ausgerichteten Reichspartei des deutschen Mittelstandes („Wirtschaftspartei“) zuwendeten<sup>1</sup>.

Nur schwach ausgebildet war die ländliche Organisationsstruktur des Bauernbunds. Ein im einzelnen nicht nachvollziehbares Netz von Obmannschaften und Vertrauensleuten überzog die Agrargebiete, um die gegenüber der Wählerschaft geringe Zahl von Parteimitgliedern zusammenzuhalten<sup>2</sup>. Neben der politischen Agitation war es Aufgabe der Bezirkssekretariate, durch Serviceleistungen wie regelmäßige Sprechtage zu landwirtschaftlichen, rechtlichen oder Steuerproblemen einen Anreiz zum Eintritt in eine Partei zu schaffen, die zugleich die Vorteile eines Berufsverbandes bot<sup>3</sup>.

Eines der größten Handicaps war für den Bauernbund, daß er als Kombination von politischer Partei und berufsständischer Vereinigung nicht wie andere Parteien über eine Anzahl von zuarbeitenden, auf politisch gleicher Linie liegenden Gruppen und Vereinen verfügen konnte, was etwa die Stärke der SPD, aber besonders der Bayerischen Volkspartei ausmachte. Um diesen gravierenden Nachteil auszugleichen, ging der Bauernbund daran, ab 1928 „Jungbauernfähnlein“ aufzustellen, um speziell die Landjugend für die Partei zu aktivieren. Eine rege Versammlungs- und Werbetätigkeit setzte jetzt in den Bezirksämtern Griesbach und Wasserburg ein, also den Landstrichen mit einem hohen Potential von Bauernbundwählern, während die Partei wohl angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse in den Bezirken am unmittelbaren Alpenrand zunächst danach strebte, überhaupt Obmannschaften des BBMB einzurichten<sup>4</sup>.

Bei einem Jungbauerntag in Griesbach am 17.3.1929 konnten dem anwesenden Initiator der Bewegung, dem Landtagsabgeordneten Fritz Scheifele, bereits

<sup>1</sup> Besonders deutlich wird das Desinteresse dieser Gruppen in der Stadt Wasserburg, einer Hochburg der Wirtschaftspartei, wo Ex-Landwirtschaftsminister Fehr bei einer Versammlung am 24. 7. 1932 bemerkte: „Wenn ... die Lücken durch den vollständig fehlenden Mittelstand, den Handel und das Gewerbe der Landstadt Wasserburg, die sicherlich mit dem Bauernstand eng verbunden ist, ausgefüllt worden wären, so hätte die Versammlung eine machtvolle Kundgebung werden können.“ Wasserburger Wochenblatt 25. 7. 1932 (87).

<sup>2</sup> Bergmann, Bauernbund, 30, nennt „über 700“ Obmannschaften und ab 1924 „ziemlich konstant“ 35 000 Mitglieder.

<sup>3</sup> Regelmäßige Auskunftstage, die meist an den Markttagen abgehalten wurden, lassen sich beispielsweise in Haag oder Rosenheim nachweisen. Daß es sich dabei in erster Linie um unpolitische Dienstleistungen handelte, zeigen Pressehinweise wie: „Kataster und Steuerbescheid mitbringen“ oder die Einladung, „die Bundesfreunde könn(t)en sich in allen Fragen des täglichen Lebens vertrauensvoll“ an den anwesenden Bundessekretär wenden. Haager Bote 12. 12. 1931 (146); Rosenheimer Anzeiger 2. 7. 1930 (149).

<sup>4</sup> Dies gelang z. B. in Au/Kematen (BA Aibling) am 21. 12. 1929. Die neue Obmannschaft hatte 18 Mitglieder; Aiblinger Wochenblatt 28. 12. 1929 (153).

acht „Fähnlein“ aus dem Bezirksamt vorgestellt werden<sup>5</sup>. Eine Großkundgebung in Schönburg bei Rothalmünster, zu der neben den Wahlkreis-Landtagsabgeordneten Albert Hölzl und Josef Lechner mit Karl Gandorfer, Georg Eisenberger und Konrad Kübler am 22.9.1929 fast die gesamte Parteiprominenz angetreten war, um die rund 1 500 Versammelten für die Jungbauernbewegung zu begeistern<sup>6</sup>, und eine Flut von Aufrufen in der Bauernbundpresse trugen dazu bei, daß bei einem weiteren Jungbauerntreffen in Birnbach am 6.4.1930 schon 15 Ortsgruppen aus dem Bezirksamt aufmarschierten und auch Grüße von der ebenfalls erfolgreichen Bewegung im Wasserburger Land übermittelt werden konnten<sup>7</sup>.

Im Amtsgericht Haag hatte eine Jungbauern-Tagung mit Fritz Scheifele am 21.5.1929<sup>8</sup> eine Werbekampagne eingeläutet, die ebenfalls zu mehreren Ortsgruppengründungen führte. Feierlich wurden den neuen „Fähnlein“ die Wimpel der Deutschen Jungbauernschaft überreicht, die auf grünem Grund Ähren und die aufgehende Sonne zeigten. Um die Attraktivität zu erhöhen, war diese Zeremonie in der Regel mit Gartenfesten oder Tanzveranstaltungen verbunden<sup>9</sup>.

Auf diese Weise gelang es, bis zum November 1929 in ganz Bayern 226 „grüne Fähnlein“ in drei Gauen aufzustellen<sup>10</sup>, doch erwiesen sie sich wenig hilfreich für die Partearbeit. Der Parteispitze glückte es nämlich nicht, die Jugendorganisation gezielt im politischen Tagesgeschehen einzusetzen und die durch junge Kräfte geplante Reorganisation und Belebung des Bundesgefüges einzuleiten. Die hochgesteckten Programmpunkte der in ihrer Konzeption nicht allein auf Bayern beschränkten Jungbauernbewegung, welche die Auslese und Heranbildung der „fähigsten Köpfe“ zu politischen und wirtschaftlichen Führern, die „Schaffung einer grünen, bäuerlich-mittelständischen Front zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, zur Abwehr von Unruhestiftern und Putschisten von links und rechts“ sowie „die endgültige Erzwingung der Bauereinigang“ umfaßten<sup>11</sup>, ließen sich auf der Basis der ineffektiven Bauernbundorganisation nicht verwirklichen. Schon 1930 war auch in der parteinahen Presse kaum noch etwas von der Nachwuchsbewegung des BBMB zu hören<sup>12</sup>.

Dieser Mißerfolg war symptomatisch für den zunächst langsamen, dann immer offenkundigeren Niedergang des Bundes seit 1928, der mit seinem Eintritt in die bayerische Regierungskoalition schwer an seinem Image einer Sammelbewegung der unzufriedenen Bauernschaft gelitten hatte. Die Regierungsbeteiligung dieser ausgesprochenen Oppositionspartei war aber nur ein Grund für das schlechte Abschneiden des Bundes in den Wahlen ab 1930. Weit schwerer wog, daß mit der NSDAP jetzt ein direkter Gegner auf der Bildfläche

<sup>5</sup> Bayer. Volksblatt 21.3.1929 (67); 23.3.1929 (69).

<sup>6</sup> Bayer. Volksblatt 25.9.1929 (222); 26.9.1929 (223).

<sup>7</sup> Bayer. Volksbote 8.4.1930 (81).

<sup>8</sup> Haager Bote 18.5.1929 (59).

<sup>9</sup> Etwa in Maithenbeth am 15.9.1929 und Schnaapping am 29.9.1929; Haager Bote 12.9.1929 (108); 26.9.1929 (114).

<sup>10</sup> Bergmann, Bauernbund, 29.

<sup>11</sup> Vorläufige Satzungen, veröffentlicht in Bayer. Volksblatt 20.9.1929 (218) u. 21.9.1929 (219).

<sup>12</sup> Die letzte feststellbare Wimpelübergabe in unserem Untersuchungsgebiet fand am 1.5.1930 in Albaching (BA Wasserburg) statt, wozu sich 70 Interessenten einfanden. Wasserburger Wochenblatt 5.6.1930 (41).

erschien, der sich daranmachte, wie vor ihm der Bauernbund ländliche, in Opposition gegen den von der BVP verkörperten politischen Katholizismus stehende, aber allein schon aus Furcht um ihren Grundbesitz nicht sozialistische Bevölkerungsssegmente anzusprechen und damit das Monopol der Bündler zu zerbrechen<sup>13</sup>. Zwar bot auch die Hitlerbewegung keine greifbaren Alternativen zur Phraseologie des Bauernbunds im Kampf um die Bewältigung der allgegenwärtigen Krise, doch schien sie vielen Bauernbundsymphathisanten wegen ihres dynamischeren Auftretens erfolversprechender für die Belange des angeschlagenen Bauernstandes.

Besonders erschwerend wirkte sich neben diesen Mißerfolgen und dem wachsenden Konkurrenzdruck aus, daß es den Referenten des Bauernbunds bei Propagandaveranstaltungen und der Wahlkampfagitation kaum mehr gelang, ihren Zuhörern ein deutlich von den gegnerischen Gruppen abgesetztes Alternativprogramm zu vermitteln. Die „Neue Bauernbewegung“, die besonders am Alpenrand von Ende 1930 bis 1932 regen Zulauf nicht zuletzt von Bauernbundanhängern erhielt, hatte einen Großteil ihrer Programmpunkte dem gängigen Vokabular des BBMB entliehen<sup>14</sup>, und auch die Christlichen Bauernvereine machten sich unter dem Druck ihrer unzufriedenen Mitglieder immer mehr die Sprache und das Gedankengut des Bauernbunds zueigen. Zwei Forderungskataloge, die der Oberbayerische Christliche Bauernverein bei einer „Notkundgebung“ unter Beteiligung seines Direktors Michael Melchner am 26. 3. 1928 und der BBMB bei einer Veranstaltung mit Anton Fehr am 28. 1. 1932 jeweils in Haag unter regem Zuspruch der versammelten Landwirte aufstellten, beinhalteten als Hauptanliegen den Schutz vor Auslandseinfuhren, den Ruf nach Steuersenkungen bzw. -stundungen und Preisnachlässe für Strom und andere produktionsnotwendige Güter. Mit der Forderung nach „Anpassung der Beamtenbesoldung an die Not aller Volksschichten“ und der Revision der Pensionsgesetzgebung griff der Bauernverein die traditionell antibürokratische Agitation des Bauernbunds und damit eines seiner zugkräftigsten Wahlkampfthemen auf. Beide Resolutionen beendete die Drohung, gegebenenfalls zur Selbsthilfe zu schreiten, wenn die einzelnen Punkte nicht umgehend erfüllt würden<sup>15</sup>.

Für die Zuhörer unterschieden sich die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Bauernorganisationen und damit das, was angesichts der drängenden Not des Agrarsektors am meisten interessierte, jetzt nur noch in Details, was zu Lasten des Bauernbunds gewertet werden mußte, dem ja bislang die Stimmen derer zugeflossen waren, die eine deutlich von der Politik des Bauernvereins abgesetzte, radikalere standesegoistische Linie unterstützen wollten. Für viele von ihnen war damit der Wechsel ins Lager derer, die gleich das gesamte „System“ mit Stumpf und Stiel verdammten, in greifbare Nähe gerückt.

Alarmierend mußten nun Pressemeldungen wie ein Bericht des Aiblinger Tagblatts wirken, das über die Auflösung der BBMB-Ortsgruppe Prien im Dezember

<sup>13</sup> Vgl. die Äußerung des BBMB-Vorstandsmitglieds Karl Simbeck am 24. 4. 1930 in Rosenheim: „Hätten die großen Parteien unsere Interessen vertreten, dann gäbe es wahrscheinlich keinen Bauernbund, aber auch keine Nationalsozialisten.“ Rosenheimer Anzeiger 25. 4. 1930 (94).

<sup>14</sup> Vgl. u. S. 260 ff.

<sup>15</sup> Haager Bote 24. 3. 1928 (34); 29. 3. 1928 (36); 30. 1. 1932 (11). Bergmann, Bauernbund, 288, mißt der antibürokratischen Agitation beispielsweise im Wahlkampf 1928 „eine entscheidende Rolle“ für das gute Abschneiden des Bauernbunds zu.

1931 berichtete. Obwohl erst zwei Wochen vorher Georg Eisenberger in dem Marktort am Chiemsee gesprochen hatte, löste sie sich auf, „weil sie sich keinen praktischen Nutzen oder Erfolg mehr erhofft(e)“<sup>16</sup>. Die Feststellung des Bezirksamts Griesbach in einem Bericht zum Auftritt Hitlers in Pocking am 12. 10. 1932, „daß treue Anhänger des Bauernbundes, die bei sonstigen Gelegenheiten auf ihre Parteizugehörigkeit pochen, den Rednern vielfach lebhaften Beifall“ gespendet hätten<sup>17</sup>, wies auf die Richtung der Abwanderungstendenzen hin.

Waren von Seiten einzelner Bauernbundfunktionäre, ähnlich wie in der Landwirtschaftsorganisation der BVP, bis 1930/31 durchaus anerkennende Worte für den italienischen Faschismus Mussolinis zu hören gewesen, welcher der Landwirtschaft hilfreich unter die Arme greife<sup>18</sup>, hatte Vorstandsmitglied Prof. Karl Simbeck noch am 29. 4. 1931 in Wasserburg nur einschränkend hervorgehoben, „auf kulturellem Gebiet könne der Bauernstand nicht mit dem Faschismus gehen“<sup>19</sup>, so war nun eine strikte Trennungslinie und Besinnung auf die republikanische Zielsetzung des BBMB vonnöten, um die Rolle des Nationalsozialismus als „Feind des Bauern- und Mittelstandes“<sup>20</sup> offenzulegen und einer massenhaften Abwanderung der Anhängerschaft entgegenzutreten.

### *b) Bauernbund und „Bauerneinigung“*

Eine Chance, dem schwindenden Einfluß des BBMB entgegenzuwirken, schien die Annäherung an die Christlichen Bauernvereine zu bieten, die mit mehreren Hintergedanken verbunden war. Sie sollte die enge Verbindung der Bauernvereine mit der BVP lockern, eine starke und auch für den bäuerlichen Wähler attraktive Vertretung der Landwirtschaftsinteressen ermöglichen und vor allem dem vielfach geäußerten Wunsch der Bevölkerung nach Einigung der Bauernvertreter publikumswirksam Rechnung tragen. Man sei bereit, „in jede dargebotene Bauernhand einzuschlagen“ und „selbst die eigene Partei aufzugeben, um den Weg frei zu machen“, verkündete dazu Fritz Scheifele in der Bauernbundpresse<sup>21</sup>.

<sup>16</sup> Aiblinger Tagblatt 18. 12. 1931 (245).

<sup>17</sup> BA Griesbach an Regierungsprärs. v. Niederbayern 13. 10. 1932, StALa Rep. 164/6, 4531.

<sup>18</sup> Der Reichstagsabgeordnete Fritz Kling bei einer Wahlversammlung in Wasserburg, 7. 9. 1930: Mussolini sei ein „Kopf“, Hitler aber nur ein „Maul“. Er stelle sich „im Gegensatz mit Mussolini nicht mit der päpstlichen Kurie in Eintracht und Frieden.“ Wasserburger Anzeiger 9. 9. 1930 (207); vgl. Wasserburger Wochenblatt 9. 9. 1930 (81). Zur fast wörtlich gleichen Argumentation Dr. Heims vgl. u. S. 276 f. Zur Bewunderung des Faschismus in Landwirtschaftskreisen vgl. auch die Zuschrift von Thaddeus Troller, Landwirt in Weng, an den Wasserburger Anzeiger, die dieser auf einer Sonderseite abdruckte: „Und in der Tat, hätte die deutsche Landwirtschaft eine ähnliche Hilfe wie die italienische in dem Diktator Mussolini, wäre es ein Leichtes, in kurzer Zeit die Produktion so zu steigern, daß im Notfalle das ganze Volk aus derselben zu leben hätte.“ Wasserburger Anzeiger 1. 2. 1929 (27). Zur Rezeption des Italo-Faschismus und Mussolini-Mythos in Deutschland s. Thamer, Marsch auf Rom, 251 ff.

<sup>19</sup> Wasserburger Anzeiger 29. 4. 1931 (97).

<sup>20</sup> Thema einer Veranstaltungsreihe mit MdR Kling, zu dem er am 17. u. 18. 5. 1931 in Gars, Isen und Rott sprach. Haager Bote 14. 5. 1931 (57).

<sup>21</sup> Landauer Volksblatt 23. 2. 1932 (44).

Tatsächlich hatte das Schlagwort „Bauerneinigung“ mit der Verschärfung der Agrarkrise eine ungeheure Popularität erlangt. Seit Georg Eisenberger und Dr. Heim sich am 3. 1. 1920 in Rosenheim unter dem Jubel ihrer Anhänger demonstrativ die Hände gereicht hatten<sup>22</sup>, ohne im Anschluß daran eine Zusammenarbeit oder gar Verschmelzung ihrer Organisationen zustandezubringen, hatte sich die Gegnerschaft der Führungsriege verfestigt, während an der Basis der Unmut über die unglückselige Zersplitterung der bayerischen Bauernorganisationen kein Ende fand. Vorstöße der Bezirksbauernkammern Traunstein (1928)<sup>23</sup> und Weilheim (1929)<sup>24</sup> dokumentierten den Willen zur Einigung. Daß eine Zusammenarbeit der zerstrittenen Organisationen durchaus realisierbar war, zeigten gemeinsame Listen von CBV und BBMB bei einzelnen Bezirksbauernkammerwahlen, etwa in Griesbach (1925)<sup>25</sup> oder Wasserburg (1930)<sup>26</sup>, mit deren Hilfe es gelungen war, ohne großes parteipolitisches Wahlgetöse die Ständesvertretungen zu besetzen. Um die Stimmung unter den Landwirten zu berücksichtigen, bemühte sich zwar auch der CBV pro forma um den Zusammenschluß der Bauernorganisationen, meldete der Rosenheimer Bezirksleiter Jakob Fischbacher allein im Geschäftsjahr 1929, er habe an „11 Sitzungen im Interesse der Bauerneinigung“ beigewohnt<sup>27</sup>; versöhnliche Töne waren aber in unserem Untersuchungsgebiet vor allem von Seiten des Bauernbunds zu hören.

<sup>22</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 3./4. 1. 1920 (3); Rosenheimer Anzeiger 4. 1. 1920 (3). Vgl. Bergmann, Bauernbund, 155 ff.

<sup>23</sup> Traunsteiner Tagblatt 12. 3. 1928 (60); 21. 3. 1928 (67); 10. 4. 1928 (82); 11. 4. 1928 (83). Der Kommentar Bergmanns, Bauernbund, 327, zum Traunsteiner Einigungsversuch, der Chiemgau sei schon zu Revolutionszeiten „eine der rechtsradikalsten südbayerischen Gegenden gewesen“, verbindet, zumindestens für diesen Zeitpunkt unzutreffend, die bäuerliche Einigungs- und Protestbewegung automatisch mit rechtsradikalen Umtrieben. Bezeichnend für die Zielsetzung der Veranstaltung war doch gerade, daß der Bauernbund-MdL. Mang als einziger Parteipolitiker an der Veranstaltung teilnahm, daß wirtschaftliche Probleme und die Hoffnung auf die Einigung der Bauernvertreter zu einer wirkungsvolleren Ständesvertretung die Themen der Kundgebung bestimmten. Obwohl sicher die Nachrichten von der Bauernbewegung in Schleswig-Holstein mit dazu beitrugen, daß nun auch in anderen Reichsteilen die Landwirte sich zu Wort meldeten, läßt dies nicht den Schluß zu, sie seien ebenfalls im rechtsbolschewistischen Fahrwasser geseget.

<sup>24</sup> Nach einer lokalen Einigungsabsprache am 2. 3. 1930 hatte die Bezirksbauernkammer Weilheim in München eine Konferenz organisiert, bei der Vertreter von rund 90 bayerischen Bezirksbauernkammern ein gemeinsames Vorgehen der landwirtschaftlichen Verbände forderten. Eine „Einigungskommission“ bei der Landesbauernkammer blieb jedoch ohne Erfolg. Oberländer Volksblatt 30. 1. 1929 (26), 7. 3. 1929 (56), 29. 3. 1929 (74), 25. 4. 1929 (95), 26. 4. 1929 (96). Dr. Heim äußerte sich verhalten positiv zu dem Weilheimer Vorstoß; Münchner Neueste Nachrichten 13. 3. 1929 (71).

<sup>25</sup> Liste „Einheit und Freiheit“. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kreisbauernkammerwahlen trat jedoch eine „unpolitische Wahlgemeinschaft“, hinter der sich der CBV verbarg, gegen den Bauernbund an und verbreitete Flugblätter gegen die Person Gandorfers und die „Radikalität“ des BBMB; StALa Rep. 164/6, 6123. 1930 marschierten BBMB und CBV unter den Listenbezeichnungen „Einigkeit“ und „Hallhuber“ wieder getrennt; ebd., 6132.

<sup>26</sup> Der BBMB/BVP-Wahlvorschlag folgte auf eine Sammeliste, die 1928 22 Mitglieder der BVP, 12 des BBMB, 3 der SPD, 1 der DNVP, 1 des Beamtenbundes und einer Parteilosen umfaßt hatte. Haager Bote 13. 3. 1928 (30); 8. 5. 1928 (52); 4. 3. 1930 (25).

<sup>27</sup> Jahresbericht 1929, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4./5. 1. 1930 (3).

Prof. Karl Simbeck gratulierte bei einer Rosenheimer Versammlung am 24. 4. 1930 Bauerndoktor Heim zum 65. Geburtstag, lobte seine Verdienste um die Schaffung der „Grünen Front“ und stellte den ehrlichen Kampf heraus, den sich die Gegner bislang geliefert hätten. Auch die Christlichen Bauernvereine hätten als Endziel „das Wohl der bayerischen und deutschen Landwirtschaft“ vor Augen. Leider seien die Hoffnungen, welche die Rosenheimer Bauerneinigung des Jahres 1920 hervorgerufen habe, nur teilweise erfüllt worden, doch „trenne die Christlichen und den Bauernbund ja nur die Methode, das Programm aber sei das gleiche“<sup>28</sup>.

Alle Anbiederungsversuche scheiterten aber letztlich an der starren Haltung Heims, der sich in Anbetracht der weit besseren Ausgangsposition der im Gegensatz zum BBMB nach wie vor stabilen Basis seiner Bauernverbände wohl bewußt war und deshalb bei den Verhandlungen wenig Konzessionsbereitschaft zeigte. Die im Dezember 1931 effektiv inszenierte Bauerneinigung Heims, Fehrs und des Landbundchefs und Landesbauernkammervorsitzenden Priege blieb unter diesen Umständen wirkungslos, auch verliefen Bestrebungen des Bauernbunds, zur Reichstagswahl des 30. 7. 1932 eine „föderalistische Front“ in einem „Bayernblock“ aus BVP und BBMB zu bilden, im Sande<sup>29</sup>.

Der Tod Karl Gandorfers am 20. 8. 1932<sup>30</sup> erleichterte einen weiteren Rechtsruck. Er äußerte sich in der Unterstützung der Papen'schen Politik des Sozialabbaus und mündete in einen verhängnisvollen Tolerierungskurs gegenüber der Regierung Hitler, der sich an den Stellungnahmen des Bayerischen Volksboten, des Organs der Griesbacher Bauernbündler, ablesen läßt. „In der neuen Reichsregierung sehen wir sowohl nach der wirtschaftlichen, sozialen als auch nach der kulturellen Seite viele Gefahrenkomplexe“, gab das Blatt am 2. 2. 1933 den Parteifreunden zu bedenken, doch habe man schon immer den Standpunkt vertreten, „daß der Name des Retters Deutschlands keine Rolle spielt“<sup>31</sup>. „Dem Landvolk kann es zum Teil ganz gleich sein, wer regiert... Herr Hitler, nun ans Werk!“ hieß es wenige Tage später<sup>32</sup>. In Verbindung mit den laschen Wahlkampfaktivitäten des Bauernbunds bedeuteten diese Töne in einem Kerngebiet der Partei wie dem Bezirk Griesbach die kampflöse Selbstaufgabe. Die grenzenlose Selbstüberschätzung Fehrs, der in einer programmatischen Rede in Passau am 24. 2. 1933 mit seinem maßgeblichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Entscheidungen der neuen Reichsregierung prahlte und für die Tolerierung Hitlers warb<sup>33</sup>, erhöhte die Hoffnungen der Landwirte auf den kommenden Kurs der

<sup>28</sup> Rosenheimer Anzeiger 25. 4. 1930 (94).

<sup>29</sup> Knapp zu den Verhandlungen: Bergmann, Bauernbund, 347. Der Briefwechsel Fehr-Heim vom Frühjahr 1932 ist abgedr. in Landauer Volksblatt 23. 4. 1932 (93), der Briefwechsel Fehr-Schäffer vom Juni 1932 und die Darstellung der Vorgänge aus Sicht der BVP finden sich in der Parteiinformation „Reichstagswahlen 1932!“, 30ff. Vgl. Kreisrat Greitmayr am 3. 2. 1932 in Wasserburg, der in einem überfüllten Saal einen „Block der Mitte“ forderte; Wasserburger Anzeiger 10. 2. 1932 (33). S. a. Pockinger Zeitung 23. 6. 1932 (73).

<sup>30</sup> Der Regierungspräsident v. Niederbayern/Oberpfalz kommentierte: „Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der in stetem Gegensatz zu allen Behörden stand und diesen Schwierigkeiten bereitete, wo immer er konnte.“ HMB 5. 9. 1932 (990), StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>31</sup> Bayer. Volksbote 2. 2. 1933 (27).

<sup>32</sup> Bayer. Volksbote 7. 2. 1933 (31).

<sup>33</sup> „Die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung werden nicht getroffen ohne mich zu hören. Ich bin in der letzten Woche in Berlin gewesen, um mit maßgebenden

Regierung der äußersten Rechten, unter deren Regime sich viele Landwirte endlich die Stellung für ihren Berufsstand erhofften, um die man seit Jahren vergeblich gekämpft hatte. Ausgerechnet der einst republikanische, ja ansatzweise linksrevolutionäre Bauernbund löste sich nach seinem voraussehbaren Wahldesaster als erste der einflußreichen politischen Gruppen Altbayerns schon im April 1933 auf. Ganze Obmannschaften und wohl insgesamt der Großteil der Mitglieder schlossen sich der NS-Bauernschaft an<sup>34</sup>.

#### 4. Die Neue Bauernbewegung

##### a) Gründung und Aufbau

Die seit 1928 vehement artikulierte Forderung nach einer überparteilichen Einigung des Bauernstandes war das Hauptanliegen der „Neuen Bauernbewegung“, die ab Dezember 1930 vom Rosenheimer Umland aus sich rasch über das gesamte südostbayerische Alpenrandgebiet verbreitete und erhebliches Gewicht bei der Landwirtschaft dieses besonders krisengeschädigten Gebietes erlangen sollte. Ein konkretes finanzielles Anliegen führte jedoch zu ihrer Gründung: Nachdem das vom Bezirk Rosenheim erworbene Schotterwerk Eschenlohe in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war, schließlich im Oktober 1931 die Zahlungen einstellte<sup>35</sup>, und daraufhin der Bezirk beabsichtigte, zur Deckung der enormen Verluste die Grundsteuerumlagen zu erhöhen, fand Anfang November 1930 in Brannenburg im oberen bayerischen Inntal eine Protestversammlung von Vertretern der umliegenden Gemeinden statt. Ein Ausschuß wurde gebildet, um sich gegen die Pläne des Bezirks zur Wehr zu setzen<sup>36</sup>. Diese „Bäuerliche Interessenvereinigung“ rief Reich, Länder und Kommunen zu äußerster Sparsamkeit bei der Haushaltsführung auf, pochte auf die in der Verfassung verankerte Förderung des Mittelstands<sup>37</sup> und rief bei mehreren kleinen Veranstaltungen im Umkreis der Stadt ein so lebhaftes Interesse hervor<sup>38</sup>, daß sie am 21. 12. 1930 in Rosenheim mit einer Großveranstaltung an die Öffentlichkeit trat<sup>39</sup>. Als

Kreisen über die Aktion auf milchwirtschaftlichem Gebiet zu sprechen. Daß in Berlin die Butter um vier Mark in die Höhe gegangen ist, das kommt nicht von ungefähr. In der Politik und Wirtschaft spielen immer die persönlichen Beziehungen und der politische Einfluß eine gewaltige Rolle.“

Obwohl Fehr die existenzbedrohenden Gefahren des neuen Kurses für die Demokratie wie die bayerische Eigenstaatlichkeit klar erkannte, sprach er sich für die Tolerierung Hitlers aus: „Ich habe die Auffassung, daß diese Wahl für lange Zeit die letzte Reichstagswahl ist. Ähnlich ist die Sache bei den Selbstverwaltungskörpern, anders wird es auch nicht bei den Länderparlamenten sein.“ Eine Regierung der nationalen Konzentration werde „sich nicht so schnell von der Machtstellung verdrängen lassen... Es bleibt das sehr fragwürdige ‚Verdienst‘ der gegenwärtig verantwortlichen Persönlichkeiten Bayerns, den Nachweis erbracht zu haben, daß Länderregierungen überflüssig sind.“ Bayer. Volksbote 1. 3. 1933 (50).

<sup>34</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, 350 f.

<sup>35</sup> Vgl den Schriftwechsel in StAM LRA 55 508.

<sup>36</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 18./19. 11. 1930 (266).

<sup>37</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 11. 1930 (267).

<sup>38</sup> Bei Versammlungen in Prutting und Leonhardspfunzen waren die Lokale überfüllt; Aiblinger Zeitung 19. 12. 1930 (293).

<sup>39</sup> Aufrufe hierzu unter dem Motto: „Kein Kampf anderen Berufsständen, aber Kampf

Führungsriege kristallisierten sich dabei drei Landwirte aus Degerndorf, Josef Altenburger, Dräxl und der Bürgermeister der Gemeinde, Martin Berger, heraus.

Unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden griff Altenburger in Rosenheim Bauernbund und Christlichen Bauernverein an, die sich gegenseitig bekämpften, anstatt endlich den Ernst der Lage zu erkennen und gemeinsam die Rettung des Bauernstandes zu betreiben. Nur durch die Zusammenarbeit beider Gruppen könne man „verhindern, daß auch der Bauer zum Bolschewist wird... Haben wir eine Bauernpartei und haben wir Bauern als Führer, dann werden wir nach dem Umsturz, der über kurz oder lang kommt, beim neuen Wiederaufbau mitreden können.“ Einstweilen sei das Vertrauen zu standesfremden Bauernführern erschöpft. Die Landwirte seien bereit, wie im Krieg um die „Scholle“ zu kämpfen: „Lieber als Bauer sterben als uns von Haus und Hof treiben lassen und als Feigling verderben!“<sup>40</sup>

Welch starkes Echo das Auftreten der Neuen Bauernbewegung unter den Landwirten des bayerischen Oberlandes auslöste, zeigte sich bei der Gründungsver-sammlung einer Obmannschaft für den „Mangfallgau“ in Bad Aibling, zu der am 6. 1. 1931 rund 700 Bauern zusammenströmten. Das Führungstrio Altenburger, Dräxl und Berger referierte und lehnte eine Annäherung an die „Grüne Front“ strikt ab. Sie skizzierten vorläufige Richtlinien, die eine Verminderung der direkten Umlagen, Kraft- und Lichtstrompreise, Sozillasten und Schuldzinsen vorsahen sowie forderten, die landwirtschaftlichen Berufsvertreter jederzeit abberufbar zu machen, wenn sie das Vertrauen ihrer Standesgenossen verloren hätten. Darauf sprach Bauernbundobmann Johann Wöstner aus Bergham bei Bruckmühl zu den Versammelten. Er erinnerte daran, daß er sich schon im Herbst 1929 mit Vertretern der Christlichen Bauernvereine und einiger Bezirksbauernkammern in Holzkirchen für eine „neue Bewegung“ zur Sammlung über den Parteien eingesetzt habe, was aber „durch Parlamentarier, die man unvorsichtigerweise in die damalige Versammlung einließ“, hintertrieben worden sei. Wöstner, schon seit den Tagen der Revolution einer der bekanntesten bäuerlichen Politiker des Bezirksamts Aibling, wurde daraufhin zum 1. Vorsitzenden der Bewegung im Mangfallgau bestimmt<sup>41</sup>.

Wenige Tage später bestätigte der Erfolg einer Großveranstaltung in Miesbach das Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung an einer Standesorganisation neben CBV und BBMB. Am 11. 1. 1931 konnten Altenburger, Dräxl und Berger 450–500 Zuhörer mit ihrer Notgemeinschaft vertraut machen. In der anschließenden Diskussion zeichnete sich deutlich die Haltung der Parteien zu der neuen Organisation ab. Nationalsozialisten forderten, die Bauern sollten sich Hitler anschließen, was aber zurückgewiesen wurde. Dagegen unterstrichen Redner

der Uneinigkeit“ in Aiblinger Zeitung 19. 12. 1930 (293); Wasserburger Anzeiger 20. 12. 1930 (294).

<sup>40</sup> Rosenheimer Anzeiger 22. 12. 1930 (293); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 22./23. 12. 1930 (294).

<sup>41</sup> Aiblinger Zeitung 8. 1. 1931 (5); Aiblinger Tagblatt 8. 1. 1931 (4); Rosenheimer Anzeiger 7. 1. 1931 (4); Bayerisches Bauernblatt 10. 2. 1931. Zur Versammlung in Holzkirchen am 17. 11. 1929 s. Oberländer Gebirgsbote 19. 11. 1929 (268). Wöstner war im November 1918 Mitglied des Volksrates Aibling und gelangte 1919 über eine „Liste Wöstner“ in den Bezirkstag; Gemeindecarchiv Bruckmühl Bd. 22 u. 23. Vgl. a. den Bildbericht „Der Schweizerbauer von Bergham“ in der ns. Sonntag-Morgenpost 22. 1. 1933 (4).

des Bauernbunds die Ausführungen der Referenten „von A bis Z“ und wünschten der Bauerneinigung ein gutes Gelingen. Der Dürnbacher Bürgermeister und BBMB-Bezirksobmann Alois Rummel übernahm den Vorsitz im provisorischen Ausschuß für das Miesbacher Gebiet<sup>42</sup>.

Abwartend und insgesamt wenig erfreut waren dagegen die Stellungnahmen von BVP und Christlichen Bauernvereinen zu ihrer neuen Konkurrenz. Der Miesbacher BVP-Bezirksobmann Rank, den die Versammlung zum Schriftführer gewählt hatte, erklärte in der Presse, er nehme die Wahl nicht an. Die Aussagen der NB über die Not der Bauern seien richtig, doch lasse sich keine konkrete Zielsetzung erkennen<sup>43</sup>. Der Bayerisch-patriotische Bauernverein Tuntenhausen warnte in einer Presseerklärung vor der Neuen Bauernbewegung<sup>44</sup>, doch waren aus seinen Reihen auch versöhnliche Worte zu hören. Die Angelegenheit werde „sich doch im Sande verlaufen“, erklärte etwa Vorstandsmitglied Dekan Dürnegger am 1. 3. 1931 in Törwang und sprach sich für den Verzicht auf Gegenaktionen aus<sup>45</sup>. Die generell ablehnende Haltung des CBV gab das Bayerische Bauernblatt bekannt. Das Bauernvereinsorgan begründete sie damit, daß die NB die Agrarlobby noch weiter zersplittere, um letztlich unter Führung ihrer meist aus Bauernbündlern bestehenden Vorstandschaft „im Pferch der Nazi-Sozi zu landen“<sup>46</sup>.

Als willkommene Foren für ihre Agitation versuchten die Radikalparteien die Versammlungen der unzufriedenen Landwirte zu nutzen. Im Zuge der reichsweit proklamierten kommunistischen Landpropaganda sah die südbayerische KPD-Bezirksleitung in der von ihren bisherigen Standesorganisationen losgelösten NB ein ideales Vehikel, um ihren Einfluß auf die ländliche Bevölkerung auszudehnen<sup>47</sup>. Daneben bemühte sich die NSDAP, die „mit einem groß aufgezogenen Apparat fast in jedem Bauerndorf“ die Notlage der Milchbauern des Alpenvorlands für ihre Zwecke auszunutzen suchte und dabei nach Meinung des OCBV-Direktors Michael Melchner wie die Kommunisten „einen guten Boden“ vorfand<sup>48</sup>, die Neue Bauernbewegung zum Kampf gegen die bestehende Ordnung einzuspannen. Regelmäßig traten nationalsozialistische Diskussionsredner in den NB-Versammlungen auf, doch wurde ihren Vorstellungen konsequent mit dem Hinweis auf den rein wirtschaftlichen, überparteilichen Charakter der Vereinigung eine Abfuhr erteilt<sup>49</sup>.

<sup>42</sup> Aiblinger Zeitung 13. 1. 1931 (9). Vgl. die Stellungnahme des Traunsteiner BBMB-Bezirksobmanns Schweiger: Man werde die NB nicht bekämpfen. „da die Forderungen der beiden Organisationen gleich seien.“ Rosenheimer Anzeiger 10./11. 1. 1931 (7).

<sup>43</sup> „In diesem Falle wird die neue Bauernbewegung über eine örtliche Bedeutung schwer hinauskommen, höchstens zersplitternd wirken und vielleicht zum Schlusse als Filiale einer politischen Partei enden.“ Aiblinger Zeitung 17. 1. 1931 (13).

<sup>44</sup> „Die ganze Tätigkeit der neuen Agitatoren erschöpft sich in einer hemmungslosen Kritik an den bestehenden Zuständen, den vorhandenen alten Organisationen und ihren bisherigen Führern... Wir fordern die Agitatoren der neuen Bewegung auf, die Namen der Männer zu nennen, die ihre Pflicht nicht getan haben.“ Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 16./17. 2. 1931 (38).

<sup>45</sup> Rosenheimer Anzeiger 3. 3. 1931 (51).

<sup>46</sup> Bayerisches Bauernblatt 10. 2. 1931 (7).

<sup>47</sup> Polizeidirektion München N. 100 (10. 5. 1931), BayHStA MA 101 135/3.

<sup>48</sup> Melchner an Innenminister Stützel 10. 6. 1931, BayHStA ML 3638.

<sup>49</sup> Polizeidirektion München N. 98 (12. 5. 1931), BayHStA MA 101 235/3. Vgl. Rosenheimer Anzeiger 22. 6. 1931 (140).

„Das eine muß man der Neuen Bauernbewegung lassen: Sie ist sehr rührig und beschämt mit ihrer Aktivität manche andere Partei“, urteilte das Rosenheimer BVP-Blatt im Herbst 1931 rückblickend über das erste Jahr der NB-Agitation<sup>50</sup>. In der Tat hatte die Vorstandschaft mit großem persönlichen Einsatz das südbayerische Alpen- und Voralpenland bereist und von Wolfratshausen bis Berchtesgaden, im Norden bis ins Rottal versucht, ihre bedrängten Kollegen zu aktivieren und unter ihrer Führung zu vereinen. Nach dem Beispiel der Bauernbundorganisation sollte ein Netz von Vertrauensleuten und Obmannschaften die Bauerneinigung vorbereiten. Als tragende Schicht an der Spitze der regionalen Gliederungen kristallisierten sich selbstbewußte Gutsbesitzer sowie Groß- und Mittelbauern heraus, die sich in ihrer gesellschaftlichen Führungsrolle innerhalb ihrer Gemeinden dazu berufen fühlten, als Sprecher der angeschlagenen Grünlandwirtschaft aufzutreten. Trotz großer Begeisterung in den Reihen der Zuhörer bei den Werbeveranstaltungen war es aber auf diese Weise nicht möglich, eine straff organisierte Interessenvertretung aufzubauen, zumal die Bewegung monatelang ein konkretes Programm vermissen ließ<sup>51</sup>.

Erst im Juni 1931 veröffentlichte der „Bayerische Landvolk- und Mittelstandsbote“, das ab dem 1. 5. 1931 in Rosenheim erscheinende Organ der Bauernbewegung, ein Programm, welches das Grundanliegen der NB formulierte. Sie wolle eine Massenorganisation „auf nationaler, positiv christlicher Grundlage“ schaffen, die als Dachverband die Einigung der bestehenden Bauernorganisationen betreibe. Ein Maßnahmenkatalog, der sich aus Standardforderungen des Bauernbunds und der Bauernkammern zusammensetzte, sollte die wirtschaftliche Lage der Voralpenbauern verbessern. Um die „Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe auf bescheidener Grundlage“ zu erreichen, regte das Programm die „Abkehr von der bisherigen Abgabepolitik“, eine Senkung von Verwaltungskosten, Soziallasten und Schuldzinsen sowie die Einführung von Importkontingentierungen und Mindestpreisen für Landwirtschaftsgüter an. Als Selbsthilfemaßnahmen sollten die Bauern die Produktionsvorschläge der „Grünen Front“ befolgen. Analog zum Bauernbund suchte auch die NB Anschluß an den ländlichen Mittelstand zu gewinnen, indem sie ihre Mitglieder aufrief, Kaufhäuser zu meiden und dadurch den Kleinhandel und das Landgewerbe zu unterstützen<sup>52</sup>.

Dennoch scheiterte der Versuch der Neuen Bauernbewegung, die sich inzwischen den Beinamen „Mittelständische Notgemeinschaft“ zugelegt hatte, „das einheimische Gewerbe, die untere und mittlere Beamtenschaft sowie vernünftigenkende Arbeiterschaft“ in die Bauernorganisation zu integrieren. Ungewohnt leere Reihen bei einer Werbeversammlung für diese Kreise in Rosenheim am 20. 6. 1931 zeigten der enttäuschten Vorstandschaft ihre geringe Wirkung auf außerbäuerliche Gruppen an<sup>53</sup>. Ansätze zu einer Zusammenarbeit wie mit dem Gewerbeverein Oberaudorf<sup>54</sup> bildeten die Ausnahme.

<sup>50</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29. 11. 1931 (275).

<sup>51</sup> Vgl. Polizeidirektion München N. 98 (12. 3. 1931) u. 100 (10. 5. 1931), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>52</sup> Bayer. Landvolk- u. Mittelstandsbote 12. 6. 1931 (7).

<sup>53</sup> Bayer. Landvolk- u. Mittelstandsbote 19. 6. 1931 (8); Rosenheimer Anzeiger 22. 6. 1931 (140).

<sup>54</sup> Anzeiger f. Oberaudorf u. Kiefersfelden 25. 12. 1931 (52).

Ein weiterer Rückschlag stellte sich für die NB bei dem Versuch ein, ein eigenes Pressewesen aufzuziehen. Nach zweimonatigem Erscheinen hatte man das Parteiblättchen voller Optimismus in eine Tageszeitung mit einer Startauflage von 700 Exemplaren umgewandelt<sup>55</sup>, doch erwies sie sich als wirtschaftlicher Fehlschlag und mußte schon Ende August nach Streitigkeiten mit dem Verleger aufgegeben werden<sup>56</sup>. Eine Wochenschrift im Selbstverlag, deren Titel „Kampf um Heimat und Scholle“ bereits eine wachsende Radikalisierung erkennen ließ, nahm ab Oktober ihre Stelle ein.

Eine härtere Gangart der Behörden gegen die Bauernbewegung, die sich bereits in einzelnen Versammlungsverboten bemerkbar gemacht hatte<sup>57</sup>, ließ sich nun auch an der Behandlung des Organs der „neuen Bauern“ ablesen. Schon die erste Nummer des „Kampf“ wurde vom Bezirksamt Rosenheim verboten. Beanstandet wurden neben der Titelgraphik, einer vom Hof gehenden Bauernfamilie, auch ein Artikel zum Thema „Bauern-Bonzen-Büttel“, der sich durchaus verständnisvoll mit dem Widerstand gegen Viehpfändungen und der Einäschung zwangsversteigerter Höfe beschäftigte<sup>58</sup>. Gleichzeitig untersagte die Aufsichtsbehörde eine für den 11. 10. 1931 in Oberaudorf geplante Versammlung, worauf die Interessenten kurzerhand über die Grenze ins nahe Kufstein zu einer Kundgebung des Tiroler Bauernbunds zogen, wo nach heftigen Tumulten Landwirtschaftsminister Dollfuß sprach. Altenburger meldete sich zu Wort und schilderte die Not der bayerischen Landwirte, welche die mißliche Lage ihrer Tiroler Berufskollegen noch übertreffe, da neben den wirtschaftlichen Sorgen ihre Freiheit durch die Notverordnungspraxis beschnitten werde<sup>59</sup>. Wiederholt berichtete die NB-Zeitung später begeistert von der Bauernbewegung „im Lande Hofers“, der man sich eng verbunden fühlte<sup>60</sup>.

#### *b) Programmatik und politische Orientierung*

Anregungen aus einer 10-Punkte-Liste, die der Tiroler Bauernbund bei seiner Kufsteiner Tagung bekanntgegeben hatte<sup>61</sup>, flossen auch in eine Resolution ein, die 600 Bauern bei der Hauptversammlung der NB am 8. 11. 1931 in Schloßberg bei Rosenheim verabschiedeten. Die ebenfalls in zehn Punkte gegliederten Forderungen umfaßten die Unterbindung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die auch im Inland erzeugt werden könnten, den Abbau von Diäten und hohen Beamtengehältern, die Niederschlagung aller Steuerrückstände und besonders der Schlachtsteuer, die Halbierung der Versicherungsbeiträge und die Kürzung von Arzt- und Anwaltshonoraren. Der Zinsfuß sei zu senken und Darlehenskündigungen zurückzunehmen, Zwangsversteigerungen einzustellen und Trusts und Kartelle aufzulösen. Darüberhinaus sollten die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Kunstdünger reduziert werden. Die Höhe der Zwischenhandelsspannen sowie des Strom- und Bierpreises wurden kritisiert und zur Verringerung der Soziallasten und Förderung der Arbeitsbeschaffung die

<sup>55</sup> Polizeidirektion München N. 104 (28. 9. 1931), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>56</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 9. 10. 1931 (1); vgl. o. S. 209f.

<sup>57</sup> Z. B. in Großhelfendorf 20. 9. 1931; Aiblinger Zeitung 17. 9. 1931 (213).

<sup>58</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 9. 10. 1931 (1); vgl. 16. 10. 1931 (2).

<sup>59</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 16. 10. 1931 (2).

<sup>60</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 30. 10. 1931 (4), 18. 12. 1931 (11).

<sup>61</sup> Abgedr. in Kampf um Heimat u. Scholle 16. 10. 1931 (2).

Abkehr vom starren Tarifsystem angeregt. Daneben wünsche man eine größere Transparenz der Gesetzgebung durch Vereinfachung und eine „Abfassung in allgemein verständlicher Form.“ Der Young-Plan sei als „Kernfrage der deutschen Wirtschaft“ zu annullieren.

Eine Deputation von Vertretern der Bezirke, in denen die NB Fuß gefaßt hatte, sollte der Bayerischen Staatsregierung die Forderungen vorlegen und ausdrücklich betonen, man rufe nicht zum Steuerstreik auf, sei aber nicht länger in der Lage, Abgaben aus der Substanz der Betriebe zu entrichten<sup>62</sup>.

Als die 13 Bauernvertreter aus den Bezirksämtern Berchtesgaden, Reichenhall, Traunstein, Rosenheim, Aibling, Miesbach, Tölz und Wolfratshausen aber am 21.11.1931 bei Ministerpräsident Held vorsprechen wollten, ließ er sich entschuldigen. Auch eine längere Unterredung mit Staatsrat Hänlein vom Landwirtschaftsministerium brachte keinen konkreten Erfolg<sup>63</sup>. Die Enttäuschung darüber äußerte sich in wachsender Gegnerschaft zum „parlamentarischen Bonzentum“ und dem bestehenden „System“ an sich: „Fort mit den politischen Parteien! Es lebe das Ständeparlament!“ lautete jetzt die Devise<sup>64</sup>.

Nach wie vor gaben aber die verworrenen, oft widersprüchlichen Stellungnahmen der NB-Führung den Polizeiorganen Rätsel auf, welcher politischen Richtung die Bauernorganisation zuzuordnen sei. Obwohl sich die NB als Glied einer landesweiten bäuerlichen Selbsthilfebewegung an der Seite anderer lokaler Landwirtschaftsgruppen wie des Allgäuer Bauernverbands sah<sup>65</sup>, gelang es ihr nicht, eine Zusammenarbeit anzubahnen. Von der Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung, die von der Gründung der NB befriedigt als Beweis dafür Kenntnis genommen hatte, daß bei den Bauern Süddeutschlands „instinktiv... die Erkenntnis für die bäuerliche Sendung erwacht“ sei und sie als „Herd des ersten Ausbruchs eines wahrhaften, ehrlichen Befreiungskampfes“ eingestuft hatte, trennte sie schon allein die zu große räumliche Distanz, um eine „große Front des Freiheitskampfes“ zu bilden und ihre Isolierung zu durchbrechen<sup>66</sup>. Dennoch warf die Zentrumspresse dem 1. Vorsitzenden und Rosenheimer Bezirksobmann Altenburger vor, er stehe unter dem Einfluß des schleswig-holsteinischen Landvolkführers Bodo Uhse, eines ehemaligen Nationalsozialisten

<sup>62</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 13.11.1931 (6); Rosenheimer Anzeiger 9.11.1931 (258).

<sup>63</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 27.11.1931 (8); Rosenheimer Anzeiger 25.11.1931 (272). Die undiplomatische Haltung der Regierungsstellen stieß auch bei der Rosenheimer BVP auf Kritik. Der Redakteur des Tagblatts Wendelstein, Bergmann, an den BVP-Landtagsabgeordneten Breitenbach 30.11.1931: „Meiner Ansicht nach war es ein taktischer Fehler, daß der Herr Ministerpräsident die Abordnung der Neuen Bauern nicht empfangen hat. König Ludwig hätte sich sicher sprechen lassen.“ Antwort Breitenbach 3.12.1931: „Wenn ich etwas gewußt hätte, ich würde die Vertreter der neuen Bauernbewegung schon zum Herrn Ministerpräsidenten hingebracht haben.“ StAM Staatsanwaltsch. 15730.

<sup>64</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 27.11.1931 (8).

<sup>65</sup> Ein auf dem 7. Allgäuer Bauerntag am 2.12.1931 in Kempten aufgestellter Forderungskatalog, BayHStA MWi 460, erreichte eine hohe Popularität und wurde auch in Niederbayern, etwa von der Bezirksbauernkammer Griesbach, zum Vorbild von Notresolutionsen genommen. Bayer. Volksbote 10.12.1931 (285); vgl. StA Landshut Rep. 164/6, 6117.

<sup>66</sup> Das Landvolk 2.1.1931 (1); vgl. Blut und Boden 1. Jan. 1931. Eine Zusammenstellung meist außerbayerischer Pressestimmen zur Gründung der NB findet sich im Zentralen Staatsarchiv Potsdam, RMdl 26029 u. 26030.

und jetzigen Kommunisten, der ihn bei einer Propagandareise durch Oberbayern auf seine Seite gezogen habe<sup>67</sup>.

Als Beweis für diese These wurde die Beteiligung Altenburgers als offizieller Vertreter der Neuen Bauernbewegung an einer oppositionellen Bauernkonferenz am 31. 5. 1931 in Fulda gesehen. Dort hatten sich Vertreter des linken Bauernbundflügels unter Führung des Chamer Reichstagsabgeordneten Johann Ederer, des schleswig-holsteinischen Landvolks, des Landbundes, der fränkischen Bauerngruppen um Vitus Heller und anderer lokaler Vereinigungen sowie der KPD versammelt, um einen Reichsbauernkongreß in Opposition zur Politik der „Grünen Front“ vorzubereiten. Die Delegierten der KPD erhielten zwar Gelegenheit, ihr erst kurz zuvor verabschiedetes „Bauernhilfsprogramm“ vorzutragen, waren aber von weiteren Beratungen und der Beschlußfassung ausgeschlossen<sup>68</sup>.

Die Führung der NB, der es gelungen war, in Fulda den Anschein einer bedeutenden Organisation zu erwecken<sup>69</sup>, bestritt zwar energisch nähere Kontakte zu Kommunisten in Fulda und entsandte auch keinen Vertreter zum Reichsbauernkongreß, der am 23./24. 1. 1932 in Berlin abgehalten wurde<sup>70</sup>. Anklänge aus dem Vokabular der KPD mit ihrer Grundforderung nach der Verbrüderung von Bauern und Arbeitern gegen die herrschende Klasse waren aber in der Folgezeit unüberhörbar. Die gegenrevolutionären Wehrverbände hätten ihr Ziel verfehlt, erklärte etwa der Degerndorfer Bürgermeister Berger vor Samerberger Bauern. Man müsse die Arbeiter unterstützen, anstatt gegen sie zu kämpfen<sup>71</sup>.

Da zugleich Kommunisten in Versammlungen der NB Redeverbot erteilt und antikommunistische Parolen ausgegeben wurden<sup>72</sup>, blieb die Zielrichtung der

<sup>67</sup> Germania 22. 7. 1931 (168); übernommen in Bayer. Kurier 23. 7. 1931 (204); Münchner Post 29. 7. 1931 (172).

<sup>68</sup> Zur Fuldaer Konferenz s. Dupeux, Nationalbolschewismus, 460ff. Der KPD-Vertreter Heinrich Rau urteilte später, Ederer, Altenburger und der deutschnationale Landbund-abgeordnete Gauger seien nur zusammengekommen, um „durch eine scheinradikale Oppositionsgeste die Massen zu beruhigen“, hätten aber „keinen ehrlichen revolutionären Kampfwillen bewiesen.“ Rau, Bauernpolitik, 460.

<sup>69</sup> Das KPD-Zentralorgan Die Rote Fahne meldete am 27. 5. 1931 (109), „zehntausende Bauern“ folgten der „neuen Bauernfront“, die „in schärfstem Kampf gegen die Nationalsozialisten“ diesen „besonders in der Miesbacher Gegend“ Anhänger entreiße. Diese Fehleinschätzung schlug sich auch in der DDR-Literatur nieder, wo die NB, etwa bei Rau, Bauernpolitik, 459f., als eine der führenden Gruppen bei der Fuldaer Konferenz erscheint, deutlich abgesetzt von „lokalen Bauernverbänden“. Vgl. auch die krasse Überbewertung bei Steigenberger/Graffunder/Herholz, Edwin Hoernle, 105f.: „Es handelte sich hierbei keineswegs um bedeutungslose Splitterorganisationen, sondern um oppositionelle Gruppierungen, die bei den deutschen Bauern in wachsendem Maße Anklang fanden. So organisierte z. B. die Neue Bauernbewegung im August 1931 Demonstrationen gegen die bauernfeindliche Agrarpolitik der Brüning-Regierung unter Beteiligung von etwa 10–12000 Bauern.“

<sup>70</sup> Der Kampf um Heimat u. Scholle 4. 2. 1932 (5) berichtete positiv über den Kongreß.

<sup>71</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29. 11. 1931 (275). Vgl. die Stellungnahmen des Kampf um Heimat u. Scholle 23. 10. 1931 (3): „Im Falle von politischen Weiterungen stehen wir Bauern nicht mehr mit der Waffe in der Hand gegen hungernde Arbeitslose...“ 8. 1. 1932 (1): „Bauern und Arbeiter kämpfen gemeinsam gegen Stickstoffpreise.“ 24. 3. 1932 (12): „Bauern und Arbeiter kämpfen für die Scholle.“

<sup>72</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 15. 1. 1932 (2). Vgl. das Redeverbot für den Traunsteiner Bauern Josef Reitthaler bei einer Versammlung am 2. 2. 1932 in Rosenheim, der an einer Studienreise in die UdSSR teilgenommen hatte; Rosenheimer Anzeiger 3. 2. 1932 (27).

Bauernbewegung für die Behörden weiterhin unklar. Als das Bezirksamt Aibling sich deshalb im Herbst 1931 bei Wöstner erkundigte, welche politische Partei seine Organisation favorisiere, erklärte er, es bestünde keinerlei Verbindung zu Kommunisten und Syndikalisten „und daß seine Partei den Nationalsozialisten noch am nächsten stünde“. In Wolfratshausen versicherte er dagegen den versammelten Landwirten am 16.11.1931, seine Bewegung werde die Bauern sowohl gegen Kommunisten als Nationalsozialisten in Schutz nehmen<sup>73</sup>. Wenig später durchsuchte die Polizei seinen Hof und beschlagnahmte 75 „im kommunistischen Sinne gehaltene Broschüren“<sup>74</sup>.

Bevor es endlich zur Klärung der politischen Zielsetzung der Bauernorganisation kam, brachten ihr im Winter 1931/32 zwei Aktionen einen neuerlichen Popularitätsschub. Am 18.12.1931 protestierten auf einen Aufruf des „Südbayerischen Stromerzeugerverbandes“ hin 800 Bauern aus 94 Gemeinden in Rosenheim gegen die Preispolitik der „Oberbayerischen Überland-Zentrale“ (OBÜZ), welche trotz der notverordneten umfassenden Lohn- und Preissenkungen ihre Elektrizitätstarife auf dem bisherigen Stand hielt. In Anwesenheit von Vertretern der Christlichen Bauernvereine und des BBMB forderte die Versammlung umgehend die überfällige Preisanpassung, sonst werde man zur Petroleumlampe zurückgreifen. Protestresolutionen gingen an Reichstag, Landtag und das Preissenkungskommissariat<sup>75</sup>. Die Neue Bauernbewegung, zu deren Zielen schon vorher die Verringerung der Strompreise gezählt hatte, nutzte die Chance, um in enger Zusammenarbeit mit dem Stromabnehmerverband, in dem neben Einzelpersonen ganze Gemeinden zusammengeschlossen waren, sich als Verfechterin der Landwirtschaftsinteressen zu profilieren. Sie organisierte eine Serie von Protestveranstaltungen, etwa am 2.2.1932 in Rosenheim, wo rund 1000 Stromkunden ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber den Elektrizitätsgesellschaften erklärten. Darin stimmte man mit dem Allgäuer Bauernverband überein, dessen Selbsthilfeprogramm Vorstandsmitglied Dräxl von der Kemptener Bauerntagung am 26.1.1932 mitgebracht hatte. Es sah vor, vorrangig laufende Kosten wie Dienstbotenlöhne, Lebens- und Betriebsmittel sowie Zinsen zu begleichen. Erst dann, wozu man kaum noch fähig sei, würden Steuern, Abgaben und Stromrechnungen bezahlt<sup>76</sup>.

Da die Stromproduzenten zunächst keine Konzessionsbereitschaft zeigten, drohte die NB, man werde einen Abnehmerstreik proklamieren, und Altenburger riet bei einer weiteren Protestkundgebung, notfalls die Leitungsmasten auf den Feldern zu fällen<sup>77</sup>. Am 21.3.1932 beschloß die Vorstandschaft, ihren Mitgliedern naheulegen, nur noch die Hälfte der von den Elektrizitätswerken geforderten Beträge zu begleichen<sup>78</sup>. Der Stromabnehmerverband warnte zwar vor Sachbeschädigungen und Übergriffen auf das Stromnetz, schloß sich aber dem finanziellen Druckmittel an<sup>79</sup>. Obwohl die OBÜZ eine einstweilige gerichtliche

<sup>73</sup> Polizeidirektion München N. 106 (26. 11. 1931), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>74</sup> Ebd. 108 (29. 1. 1932).

<sup>75</sup> Rosenheimer Anzeiger 18. 12. 1931 (290).

<sup>76</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 21. 1. 1932 (3); 28. 1. 1932 (4); 4. 2. 1932 (5); Aiblinger Zeitung 1./2. 2. 1932 (26); Rosenheimer Anzeiger 3. 2. 1932 (27).

<sup>77</sup> Rosenheimer Anzeiger 3. 3. 1932 (52).

<sup>78</sup> Rosenheimer Anzeiger 23. 3. 1932 (68).

<sup>79</sup> Rosenheimer Anzeiger 30. 3. 1932 (72).

Verfügung gegen diesen Aufruf erwirkte, ließen die Initiatoren nicht locker. Die Überland-Zentrale kam schließlich im Mai 1932 nach zähen Verhandlungen mit Kundenvertretern und dem Preisüberwachungskommissariat den Vorstellungen der Strombezieher weitgehend entgegen<sup>80</sup>.

Das positive Echo, das die Streikdrohung in weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufen hatte, ermutigte die NB zu dem Versuch, ein weiteres volkstümliches Ärgernis, den Bierpreis, anzugehen. Nachdem Unterredungen mit dem Bayerischen Brauerbund mit dem Ziel, eine erhebliche Bierpreissenkung herbeizuführen, gescheitert waren, rief die Neue Bauernbewegung zum Bierstreik auf. Ab dem 16. 12. 1932 solle man sich solange des Volksgetränks enthalten, bis das Reich seine Biersteuerpolitik revidiert habe. Dieser „Aufruf an den gesamten Bauern- und Mittelstand“<sup>81</sup> machte die NB auch überregional bekannt und führte dazu, daß sich neben der Landbevölkerung auch andere Gruppen angesprochen fühlten. So erklärte bei einer Versammlung mit Wöstner zur Bierpreisfrage am 4. 2. 1932 in Bruckmühl ein Gewerkschaftssprecher, „die Gesamtarbeiterschaft“ des Industrieortes schließe sich dem Streik an<sup>82</sup>. Bei einer Protestkundgebung, die im Gegenzug die Gastwirtevereinigung gegen den Bierstreik organisiert hatte, gab Altenburger bekannt, auch die Belegschaft der Papierfabrik Redenfelden sei der Streikbewegung beigetreten. Der Argumentation der Wirte, die ihre Existenz bedroht sahen, stellte er die Forderung entgegen, wie in Norddeutschland sollte sich auch hier das Gaststättengewerbe dem Ausstand anschließen<sup>83</sup>.

In einigen Gemeinden wurde die Parole der NB strikt befolgt, doch ließ sich der Bierboykott nicht flächendeckend oder längerfristig durchsetzen. Nach drei Wochen wurde der Streik abgeblasen<sup>84</sup>. Eine geringfügige Biersteuersenkung durch die Notverordnung vom 19. 3. 1932 beendete auch die Protestwelle im übrigen Reichsgebiet<sup>85</sup>.

Die von Heim, Prieger und Fehr im Dezember 1931 proklamierte Führereingung der bayerischen Landwirtschaftsverbände brachte die NB in Zugzwang, sich neben ihren wirtschaftlichen Aktivitäten erneut für die Bauermeinigung stark zu machen, um bei einem eventuellen Erfolg der Aktion nicht den Anschluß zu verlieren. Zum Jahresende berief man deshalb eine Obmännerversammlung nach Bad Aibling ein, zu der auch Vertreter der Christlichen Bauernvereine erschienen. Zwei gleichlautende Briefe gingen mit je vier Unterschriften von CBV- und BBMB-Mitgliedern an Heim und Fehr, worin die Bitte ausgesprochen

<sup>80</sup> Rosenheimer Anzeiger 7. 4. 1932 (79); 30. 5. 1932 (122). Dem selbstbewußten Siegesbericht der NB, Kampf um Heimat u. Scholle 3. 6. 1932 (22), folgte bald die Erkenntnis, daß das neue Tarifsysteem keineswegs so günstig wie erhofft war, und die Trennung vom Stromabnehmerverband; Kampf um Heimat u. Scholle 8. 7. 1932 (25).

<sup>81</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 18. 2. 1932 (7).

<sup>82</sup> Aiblinger Tagblatt 9. 2. 1932 (26).

<sup>83</sup> 18. 2. 1932 in Rosenheim; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 2. 1932 (41).

<sup>84</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 10. 3. 1932 (9). Vgl. Bayer. Bauernblatt 8. 3. 1932 (10): „In wenigen Gemeinden um Rosenheim wurde die Parole befolgt und in Wirtschaften statt Bier Wein getrunken. Der Altbayer, die Kraft des Weines nicht kennend, trinkt Wein wie Bier und es gab in einigen Wirtschaften blutige Köpfe. Heute kennt man auch in diesen Gemeinden nichts mehr vom Bierstreik.“

<sup>85</sup> Aiblinger Zeitung 10. 3. 1932 (58); 22. 3. 1932 (67); 24. 3. 1932 (69): Ab dem 26. 3. 1932 wurde die Maß Bier in Bayern um durchschnittlich 4 Pfg. billiger.

wurde, die politischen Gegensätze zu vergessen und einen gemeinsamen Block zu bilden. Man fürchte, die Führereinigung könnte wie 1920 nach kurzer Dauer wieder zerfallen<sup>86</sup>.

Auch am 28.2.1932 betonten Redner des Bauernbunds, der Christlichen Bauernvereine und der Neuen Bauernbewegung bei einer gemeinsamen Veranstaltung in Glonn bei Ebersberg ihren festen Willen zur Zusammenarbeit. In einer Resolution forderte die Versammlung die politische Kooperation ihrer Verbände, um bei den anstehenden Wahlentscheidungen geschlossen zum Wohl der Landwirtschaft antreten zu können<sup>87</sup>. Groß war aber die Enttäuschung, als die Hoffnungen auf die Vereinigung der Bauernverbände wieder einmal an der starren Haltung Heims zerbrachen<sup>88</sup>. Die Führereinigung sei „der Witz des Jahrhunderts“ gewesen, spottete bitter das NB-Organ<sup>89</sup>.

Da zu erkennen war, daß es den etablierten bayerischen Bauernvertretern am guten Willen fehlte, die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zu beenden, ließen sich auch in der NB Vorstöße einzelner Obmänner oder Vorstandsmitglieder nicht länger unterdrücken, sich in den aufreibenden Wahlkampfeschlachten des März und April 1932 für einen Präsidentschaftskandidaten oder eine Partei zu engagieren. Der stellvertretende Rosenheimer Vorsitzende Wiesheu rief die Bauern zur Wahl Duesterbergs auf<sup>90</sup>, während der Reichenhaller Jungbauernführer Paul Leitner, der wegen seiner scharfen Redeweise regelmäßig Tumulte und polizeiliche Verbote verursachte und deshalb zu einem der bekanntesten Wanderredner der NB aufgestiegen war, vor dem ersten Präsidentschaftswahlgang für Hindenburg warb, danach aber für Hitler eintrat und für den Anschluß der Neuen Bauernbewegung an die NSDAP plädierte<sup>91</sup>.

Damit war der erste Schritt zur Aufgabe der politischen Neutralität vollzogen. Vergeblich beschwor eine Führerversammlung am 28.3.1932 in Rosenheim die strikte Überparteilichkeit und die wirtschaftliche Ausrichtung der Bauernvereinigung<sup>92</sup>. Bereits am 7.4.1932 rief der „Kampf um Heimat und Scholle“ zur Wahl Hitlers auf, dessen „Freiheitsbewegung“ die Mitglieder der Bauernbewegung beitreten sollten<sup>93</sup>. Die Verfasser des Aufrufs, wohl die einflußreichsten „Gauführer“ Altenburger und Wöstner, begründeten diesen Schritt mit einer

<sup>86</sup> Zuschrift an Aiblinger Zeitung 1./2.1.1932(1): „Nun blitzen die müden Augen der Bauern auf, neue Hoffnung kehrt wieder, der Geist der neuen Bauernbewegung wird schützend seine Arme ausbreiten über die in Not geratenen fleißigen Bauerngeschlechter, und wird nicht eher rasten und ruhen, bis auch diesem Stande... wieder Existenzmöglichkeit gegeben ist, zum Wohle des Gewerbes und des Handwerks und somit des ganzen Landes.“

<sup>87</sup> Grafinger Zeitung 1.3.1932 (50); Die Front 5.3.1932 (10).

<sup>88</sup> Heim hatte Anfang Januar 1932 erklärt, er messe der Bauerneinigung allergrößte Bedeutung zu, sprach sich aber gegen die Gründung einer Standespartei aus. Die CBV-Obmannschaften wurden zurückgepöfiften: Vor Besprechungen mit anderen Bauernorganisationen müßten die Kreissekretariate konsultiert werden, um eigenmächtige Verbrüderungen zu verhindern. Aiblinger Zeitung 10./11.1.1932 (7).

<sup>89</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 1.4.1932 (13).

<sup>90</sup> Rosenheimer Anzeiger 29.2.1932 (49).

<sup>91</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 17.3.1932 (11); Rosenheimer Anzeiger 6.4.1932 (78). Vgl. die Angriffe des Jungbauernbund-Landesobmanns Härtl gegen den ehemaligen Parteifreund in Traunsteiner Wochenblatt 19.4.1932 (89); Leitners Erwiderung in Inntal-Bote 29.4.1932 (99).

<sup>92</sup> Rosenheimer Anzeiger 29.3.1932 (49).

<sup>93</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 7.4.1932 (14).

Entwaffnungsaktion, bei der Polizeieinheiten umfangreiche Waffenlager aus Einwohnerwehrbeständen ausgehoben hatten, um sie, wie die „Münchner Post“ mutmaßte, vor dem nationalsozialistisch unterwanderten „Bund Chiemgau“ und der Neuen Bauernbewegung in Sicherheit zu bringen<sup>94</sup>. Man müsse sich gegen eine Staatsauffassung stellen, die den Bauern „bei der Verteidigung der Scholle in den Arm“ falle, argumentierte das NB-Organ. Nur die Hitler-Bewegung komme „dem Programm der Neuen Bauernbewegung hinsichtlich der Bekämpfung des gegenwärtigen Systems und des Youngplanes sowie der Pflege des deutschen Wehr- und Ständegedankens ideell“ entgegen<sup>95</sup>. Andere Gründe sahen die Rosenheimer Sozialdemokraten. Wie das Mitteilungsblatt des ADGB mitteilte, habe die Vorstandschaft bei einer Fahrt ins Münchner „Braune Haus“ gebeten, die NSDAP möge die Schulden der Bauernbewegung in Höhe von 6000 RM übernehmen, die sich bei der Druckerei des Verbandsorgans angesammelt hatten. Die NSDAP habe dies zugesagt, wenn die NB sich noch vor der Landtagswahl für Hitler ausspreche<sup>96</sup>.

Obgleich die Münchner Polizeidirektion davon ausging, ein „großer Teil“ der NB-Anhänger werde sich nun der NSDAP anschließen<sup>97</sup>, läßt die enttäuschte Reaktion der Vorstandschaft<sup>98</sup> erkennen, daß sie ihren Einfluß überschätzt hatte. Ganze Bezirksobmannschaften wie die des Isarwinkels unter Leitung des Reichersbeurer Schloßherrn und Funktionärs des Bayerischen Heimatschutzes, Heinz v. Sigriz, distanzierten sich energisch von dieser Stellungnahme<sup>99</sup>, andere führende Mitglieder erklärten, damit sei die Bewegung, auf die die Landwirte so große Hoffnungen gesetzt hätten, gescheitert. Es seien die finanziellen Schwierigkeiten gewesen, die jetzt zum Anschluß an die NSDAP geführt hätten<sup>100</sup>.

In kürzester Zeit zerbrach der ohnehin labile Zusammenhalt dieser höchst heterogenen Gruppe, die allein die wirtschaftliche Not zusammengeführt hatte. Bei einer Wahlversammlung des Bauernbunds am 20.4.1932 in Rosenheim erklärte ein Sprecher im Namen der Neuen Bauernbewegung, Altenburger, Wöstner und Leitner seien „nur für ihre Person zur NSDAP übergegangen“. Die anwesenden NB-Mitglieder würden dem Bauernbund die Stimme geben<sup>101</sup>. Ein Wolfratshausener Bezirksvorsitzender kandidierte gar bei der Landtagswahl für die DNVP und warb dafür, trotz heftigen Protestes der Rosenheimer Zentrale, mit seinem Amt als Bauernvertreter<sup>102</sup>.

Auch wenn die verbliebene Vorstandschaft die Einheit ihrer zerfallenden Organisation beschwor und betonte, die NB werde „ihre Selbständigkeit und

<sup>94</sup> Münchner Post 30.3.1932 (73); 2./3.4.1932 (76). Vgl. u. S. 301.

<sup>95</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 7.4.1932 (14).

<sup>96</sup> Mitteilungsblatt 19.5.1932 (20).

<sup>97</sup> Polizeidirektion München N. 112a (20.10.1932), BayHStA MA i01 235/3.

<sup>98</sup> „Freunde in der Not“, Kampf um Heimat u. Scholle 21.4.1932 (16).

<sup>99</sup> Anzeige in Aiblinger Zeitung 9.4.1932 (82).

<sup>100</sup> Zuschrift d. Traunsteiner Bezirksvorsitzenden G. Wieser in Traunsteiner Zeitung 12.4.1932 (83).

<sup>101</sup> Wasserburger Wochenblatt 22.4.1932 (47). Vgl. Aiblinger Zeitung 22./23.4.1932 (92), die meldete, der Sprecher habe die Neutralität der NB betont.

<sup>102</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 7.4.1932 (14). Bürgermeister Seitz/ Kreuzpullach verteidigte sich, bei der Rosenheimer Vorstandssitzung sei beschlossen worden, Männer aus den Reihen der NB über Parteien, die der Landwirtschaft naheständen, in den Landtag zu bringen; Aiblinger Zeitung 7.4.1932 (80).

ihren Charakter als Standesbewegung nach wie vor bewahren<sup>103</sup>, so war damit nichts mehr zu retten. Wenn Wöstner andererseits die neue Rolle der NB als die einer landwirtschaftlichen Vereinigung der NSDAP und als eines Gegenstücks der Christlichen Bauernvereine der BVP sah<sup>104</sup>, machte er die Rechnung ohne den Wirt, da es allein im Sinne der Nationalsozialisten sein konnte, die NB ihrem bereits bestehenden Apparat einzuverleiben, ohne ihr einen eigenständigen Wirkungskreis zuzugestehen.

Daß die Nationalsozialisten in der NB nur ein willkommenes Mittel zum Zweck sahen, stellte sich bald heraus. Das Organ der NB wurde im Sommer 1932 in ein Kopfblatt von Adolf Wagners „Die Front“ umfunktionierte, aber schon im Oktober aufgegeben. Die NB beschränkte sich seit dem Frühsommer auf Wahlkündigungen zugunsten der NSDAP, die zusammen mit Parteirednern bestritten wurden, auch trat der „landwirtschaftliche Abschnittsfachberater“ der Partei, Johann Wöstner, an der Seite Walther Darrés am 24.7.1932 in Holzkirchen sowie am 28.2.1933 in Miesbach auf<sup>105</sup>. Das Interesse der Landwirte an der Bauernbewegung an sich war jedoch erloschen<sup>106</sup>.

Zum Jahresende 1932 meldete die Polizeidirektion München, nach ihrem nationalsozialistischen Abenteuer hätten die Bauernvertreter Gefallen an der Politik Papens gefunden und sich von Hitler abgewandt. Neuerdings verhandele man mit dem Christlichen Bauernverein, dem man sich anschließen wolle, falls er die Schulden der Organisation übernehme. Die Unterredungen seien noch nicht abgeschlossen, versprächen aber ein positives Ergebnis<sup>107</sup>. Ob diese Meldung den Tatsachen entsprach und ob der CBV wirklich als Retter der bankrotten NB auftrat, läßt sich nicht nachvollziehen. Die führenden Köpfe der Neuen Bauernbewegung, Josef Altenburger und Martin Berger, beide ab Mai 1933 als Bezirkstagsmitglieder im Vorstand der Rosenheimer Stadtparkasse<sup>108</sup>, und Johann Wöstner, der ab April 1933 das Amt des Bürgermeisters seiner Heimatgemeinde Kirchdorf am Haunpold bekleidete<sup>109</sup> und daneben als Abgeordneter im Kreistag vertreten war<sup>110</sup>, konnten aber ihre Rolle als Bauernführer auf lokaler Ebene behaupten. In der NS-Bauernschaft fanden sie als Funktionäre und Wanderredner ein neues Betätigungsfeld<sup>111</sup>.

## 5. Die Bayerische Volkspartei

### a) Parteiorganisation

Angesichts des übermächtigen politischen Gewichts, das die Bayerische Volkspartei als Nachfolgerin des Bayerischen Zentrums nun schon seit Jahrzehnten innehatte, war die Organisationsstruktur im Lande erstaunlich gering ent-

<sup>103</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 14.4.1932 (15).

<sup>104</sup> Kampf um Heimat u. Scholle 20.5.1932 (20).

<sup>105</sup> Oberbayer. Gebirgsbote 26.7.1932 (171); Aiblinger Zeitung 24.2.1933 (46).

<sup>106</sup> Im Gegensatz zur Holzkirchener NSDAP-Großkundgebung mit Darre' konnte eine NB-Veranstaltung im selben Ort zwei Monate später nur enttäuschend wenige Interessenten anlocken; Oberbayer. Gebirgsbote 20.9.1932 (218).

<sup>107</sup> Polizeidirektion München N. 113a (30.12.1932), BayHStA MA 101 235/3.

<sup>108</sup> Vorstandswahl 9.5.1933, StAM LRA 56 593.

<sup>109</sup> Aiblinger Zeitung 30.4.1933 (101).

<sup>110</sup> Kolbermoorer Volksblatt 22./23.4.1933 (93).

<sup>111</sup> Chiemgau-Zeitung 1.4.1933

wickelt, stellte sich die Trägerin des bayerischen politischen Katholizismus als Wähler-, nicht Mitgliederpartei dar. Ortsgruppen der BVP traten in Städten und Gemeinden praktisch kaum in Erscheinung, so daß vielerorts nicht einmal festzustellen ist, ob derartige lokale Parteigliederungen überhaupt bestanden<sup>1</sup>. Die Selbstverständlichkeit, mit der ein Großteil des bayerischen katholischen Kirchenvolks sich bei anstehenden Wahlentscheidungen zu der Partei ihrer Glaubensgemeinschaft bekannte<sup>2</sup>, schien eine straffere Organisation der Parteianhänger, aber lange Zeit auch eine intensive, von der Partei selbst betriebene Agitation in Wahlkampfzeiten überflüssig zu machen.

Unter diesen Umständen waren nicht die Ortsgruppen die eigentlichen Träger der BVP-Politik im Lande, erfaßten sie doch, mit 211 Mitgliedern in der Stadt Rosenheim (Mai 1930)<sup>3</sup> oder 110 eingeschriebenen Anhängern im Industrieort Kolbermoor (Mai 1929)<sup>4</sup>, dem wohl bestorganisierten Volksparteistützpunkt des Untersuchungsgebiets, nur einen verschwindenden Bruchteil der Wählerschaft. Die Fülle der katholischen Vereine und religiösen Verbände unter Leitung des Klerus<sup>5</sup> bildeten die eigentliche Stütze und die jederzeit verfügbaren Hilfstruppen der katholischen Einheitspartei, die nicht nur halben, Broschüren und Flugblätter unter das Wahlvolk zu bringen<sup>6</sup>, sondern auch selbsttätig in Wahlaufrufen und Veranstaltungen für die BVP agitierten<sup>7</sup> und die Meinungsbildung, ohnehin von den mehrheitlich katholisch ausgerichteten Erzeugnissen der Lokalpresse geprägt, beeinflussten. Ihre Mitglieder stufte man nicht selten automatisch als Parteizugehörige ein, was die spärlichen Zahlenangaben zur Mitgliederstärke der BVP auf Landesebene besonders problematisch macht<sup>8</sup>. Ein weiterer, keineswegs zu unterschätzender Pluspunkt für die BVP war daneben die sehr effektive Unterstützung durch den provinziellen Verwaltungsapparat. Fast jeder Berufsbürgermeister und Bezirksamtsmann der untersuchten Landstriche und damit die Spitzen der örtlichen Polizeibehörden war aus Überzeugung oder Opportunismus der stärksten Regierungspartei beigetreten, was dieser eine klare Bevorzugung bei allen Genehmigungsverfahren für Versammlungen und Plakate sicherte, gegnerischen Gruppen aber manche Erschwernisse bereitete<sup>9</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Schoenhoven, BVP, 53. Einen kurzen Abriss der Geschichte der Ortsgruppe Wasserburg bietet zu ihrem 10-jährigen Bestehen: Wasserburger Anzeiger 2./3.6.1929 (126).

<sup>2</sup> Vgl. Neumann, Parteien, 44.

<sup>3</sup> Rosenheimer Anzeiger 5.5.1930 (102).

<sup>4</sup> Kolbermoorer Volksblatt 13./14.5.1929 (109).

<sup>5</sup> Die Kritik Puhles, Agrarkrise, 31, Anm. 35, „die interessanten Folgewirkungen der teilweisen Austauschbarkeit der geistlichen Funktionäre zwischen Bauernvereinen, Volksverein, christl. Gewerkschaften, Kolpingvereinen etc. für die materielle Formulierung der Zentrumspolitik und den innerparteilichen Gruppenausgleich“ sei noch zu wenig untersucht, gilt ebenso für das BVP-nahe Vereinswesen.

<sup>6</sup> Allein vom Parteistützpunkt Rosenheim aus wurden während des Reichstagswahlkampfes 1930 35000 Broschüren verteilt; Rosenheimer Anzeiger 5.12.1930 (281).

<sup>7</sup> Vgl. die Wahlaufrufe katholischer Vereine zugunsten der BVP z. B. in Wasserburger Anzeiger 7./8.9.1930 (206); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 30./31.7.1932 (173). Der Gesellenverein Rosenheim dankte der Parteizeitung, dem Tagblatt Wendelstein, sogar für die geleistete Wahlhilfe; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 26./27.4.1932 (95).

<sup>8</sup> Z. B. die von Fricke, Lexikon, 177, zu Recht als illusorisch eingestufte Mitgliederzahl von 620000. Vgl. Stump, Geschichte, 115.

<sup>9</sup> Am 17.4.1932 beschwerte sich die NSDAP-Ortsgruppe Pocking beim BA Griesbach,

Obwohl die Parteiführung neidvoll auf den wohlorganisierten Apparat der Sozialdemokratie blickte<sup>10</sup> und auch in den Bezirksverbänden immer wieder der Wunsch nach einer besseren Erfassung der Landbevölkerung zur Sprache kam<sup>11</sup> waren ihre Bemühungen zu ineffektiv und halbherzig, um ein umfassendes Netz von Anlaufstellen der Partei zu erreichen oder die Diskrepanz zwischen Wähler- und Mitgliederzahl auch nur ansatzweise abzubauen. Immer wieder versuchten Parteifunktionäre, ganze Arbeiter-, Gesellen- oder Männervereine zum Parteieintritt zu animieren<sup>12</sup>. Es gelang aber nicht, den Vereinsmitgliedern, die sich ohnehin auf der Linie der BVP sahen und sie bei ihrer politischen Arbeit tatkräftig unterstützten, den Nutzen einer Parteimitgliedschaft, die zuallererst weitere Beitragszahlungen bedeutete, zu vermitteln.

Einen kleinen Schritt näher an eine erweiterte Bindung von Wählern in der Parteiorganisation brachte die BVP die Gründung eines eigenen Saalschutz- und Wehrverbands, der Bayernwacht, nachdem sich die Heimatschutzorganisationen Escherichs nicht gewillt gezeigt hatten, ihre politische Unabhängigkeit, die sie keiner der Parteien des rechten Spektrums verpflichtete, zugunsten der Bayerischen Volkspartei aufzugeben<sup>13</sup>. Wieder wandte sich die BVP an die katholischen Vereine<sup>14</sup> und hatte bei der Werbung für die Bayernwacht nun mehr Erfolg. Die Tatsache, daß der BW-Landesführer Hans Ritter v. Lex in Rosenheim geboren war und bei einer Einwohnerwehrübung des „Chiemgau“ eine schwere Körperbeschädigung erlitten hatte<sup>15</sup>, brachte dem neuen Verband gerade im Umkreis der Stadt große Sympathien und erleichterte die Mitgliederwerbung und Gründung von Ortsgruppen. Schon ein Jahr, bevor der landesweite Ausbau der

in Hartkirchen seien nicht unterzeichnete und damit gegen die Notverordnungen verstoßende NSDAP-Plakate polizeilich entfernt, ebenso ordnungswidrige BVP-Anschläge aber belassen worden. Man verlange aus Gleichheitsgrundsätzen auch deren Beschlagnahme. Bezirksamtmann Feldbauer ließ umgehend Erkundigungen durch die Gendarmerie Griesbach einziehen, wobei sich mehrere nicht unterschriebene NSDAP-Plakate fanden, und fragte darauf hin bei den Beschwerdeführern an, „ob Ihr Antrag auf Entfernung nicht unterzeichneter Plakate sich auch auf die Plakate ihrer eigenen Partei erstrecken“ solle. Zugleich wies er die Pockinger Gendarmerie vertraulich an, zu beanstandende BVP-Anschläge zu ermitteln, aber nicht zu entfernen, sondern nachträglich mit dem Namen des Verantwortlichen zu versehen. Dies wurde lt. Meldung v. 20. 4. bei 6 Plakaten vollzogen. StAla Rep. 164/6, 4531.

<sup>10</sup> Schoenhoven, BVP, 63.

<sup>11</sup> Vgl. den Rechenschaftsbericht des BVP-Bezirksverbandes Rosenheim v. 4. 12. 1930; Rosenheimer Anzeiger 5. 12. 1930 (281).

<sup>12</sup> Der Rosenheimer BVP-Ortsgruppenvorsitzende Breitenhuber rief im Kath. Arbeiterverein der Stadt am 23. 11. 1930 auf, sich neben Standes- und Gewerkschaftsorganisation „auch restlos der politischen Organisation anzuschließen.“ Anscheinend ohne durchschlagenden Erfolg, da das Thema bei der Generalversammlung am 22. 3. 1931 erneut angeschnitten werden mußte. Kolbermoorer Volksblatt 24./25. 11. 1930 (271); 23./24. 3. 1931 (67).

<sup>13</sup> Vgl. u. S. 295 ff.

<sup>14</sup> Bei der Fahnenweihe des Kath. Burschenvereins Isen am 21. 8. 1932 erweckte Pfarrer Bollenmiller aus St. Wolfgang „den Gedanken an die jetzt so sehr in Tätigkeit tretende ‚Bayernwacht‘. Er sieht seine Burschen als Apostel der Neuzeit und verglich sie mit den Sendlingerbauern, die bis zum letzten Mann kämpften um ihre Sache. Er stellte den Mitgliedern einen Schmied von Kochel zum Vorbild, wenn es darauf ankommen sollte, gegen Gottlosigkeit die Heimat zu verteidigen zu müssen.“ Haager Bote 13. 8. 1932 (95).

<sup>15</sup> Zorn, Geschichte, 342.

Bayernwacht ab Jahresbeginn 1932 verstärkt betrieben wurde, kam es im Anschluß an einen „Bayerntag“ in Prien am 18. 1. 1931 zur Gründung einer BW-Formation, die unter ihrem Anführer Stöttner zur aktivsten des Untersuchungsgebiets werden sollte<sup>16</sup>. Wenig später warb Lex bei einem „Jungbayerntag“ am 22. 1. 1931 in Rosenheim mit Erfolg für seine Truppe<sup>17</sup>.

An eine ernsthafte Konkurrenz oder gar ein Gleichziehen mit den straff geführten Heimatschutzbünden oder den nationalsozialistischen Parteitruppen war jedoch selbst hier nicht zu denken. Ebensowenig gelang es, ins personelle Reservoir der rechten Wehrverbände einzudringen und ihnen etwa wehrsportbegeisterte Mitglieder zu entziehen. Verhinderte dies in Bezug auf den BHS das von Schäffer und Escherich ausgehandelte, aber in der Praxis oft durchbrochene Abkommen, daß an Orten, in denen bereits Ortsgruppen des Heimatschutzes bestünden, keine Bayernwachtabteilungen gegründet werden sollten<sup>18</sup>, so war andererseits das wohl wenig martialische Auftreten der jungen Bayernwacht-Abteilungen, das von Seiten der Nationalsozialisten weidlich verspottet wurde<sup>19</sup>, kein Aushängeschild, das diese Organisation gegenüber anderen Gruppen besonders anziehend gemacht hätte. Eine über Spötteleien und belangloses Geplänkel hinausgehende Auseinandersetzung der NSDAP-Formationen mit der BVP-Schutztruppe verhinderte nicht zuletzt die Bekanntschaft Ritter v. Lex' mit Gauleiter Adolf Wagner, der sich in der NS-Presse vor Angriffe gegen die Person des Bayernwachtführers stellte<sup>20</sup>. Mit Ausnahme einzelner Schwerpunkte wie dem „Chiemseegau“ unter Federführung der Ortsgruppe Prien scheiterte so das Vorhaben, den Wehrverbänden des rechten Spektrums eine adäquate Hausmacht der BVP gegenüberzustellen.

#### *b) Klerus und katholisches Vereinswesen*

Bei der dezidierten Ausrichtung der Politik der Bayerischen Volkspartei auf das Gedankengut der katholischen Kirche und dem großen innerparteilichen Gewicht des Klerus war es nichts weniger als selbstverständlich, daß auch im Lande die Ortsgeistlichen als angesehenste ländlich-kleinstädtische Führungsschicht ihre Autorität dazu benutzten, um in der aufgeladenen Atmosphäre der wirtschaftlichen Krisenjahre die Politik „ihrer“ Parteirichtung zu unterstützen. Belieben es die meisten Geistlichen dabei, aus ihrer politischen Einstellung keinen Hehl zu machen und den Gläubigen nahezu legen, ihrem Beispiel zu folgen, so traten andere in Wahlkampfzeiten nicht nur in ihrer Funktion als Parteifunktionäre, sondern auch als Seelsorger offen für die BVP ein. Ein beliebtes Vehikel hierzu waren die Pfarrblätter und lokalen Kirchenanzeiger, die nun oft zu Werbebroschüren der Volkspartei umfunktioniert wurden. Sachlich gehaltene Hinweise auf die von der Glaubensgemeinschaft unterstützte Parteirichtung<sup>21</sup> fanden sich neben massiven Eingriffen in die Entscheidungsfreiheit des

<sup>16</sup> Chiemgau-Zeitung 22. 1. 1931 (10).

<sup>17</sup> Rosenheimer Anzeiger 23. 2. 1931 (44); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 23./24. 2. 1931 (44).

<sup>18</sup> Vgl. u. S. 296 f.

<sup>19</sup> Die Front 24. 9. 1932 (39).

<sup>20</sup> Chiemgau-Bote 14. 10. 1931 (199).

<sup>21</sup> Rosenheimer Kirchenzeitung, Beil. d. Illustr. Sonntagszeitung 14. 9. 1930 (27).

Kirchenvolks. Wenn der Haager Pfarrer und BVP-Funktionär Anton Weinsteiger seinen Gemeindeangehörigen eindringlich die „heilige Gewissenspflicht“ darlegte, für die BVP zu stimmen, und drohte: „Deine Wahl kommt auf Gottes Waage“<sup>22</sup>, so war strenggläubigen Katholiken ohnehin jede Alternative verwehrt.

War damit auch die politische Ausrichtung der katholischen Burschen-, Mädchen-, Gesellen- oder Arbeitervereine festgelegt, denen in der Regel die Ortsgeistlichen oder ihre Kooperatoren als Präses vorstanden, so stellt sich doch die Frage, welche konkret-politische Thematik, welche „Feindbilder“ die Aussprachen, Bildungs- und Vortragsveranstaltungen der Vereine beherrschten. Als alles andere überdeckender Gegenpart des katholischen Wesens wurde der Marxismus stalinistisch-bolschewistischer Prägung verstanden, der mit seinen antikirchlichen Initiativen, der Aufforderung zum Austritt aus den Glaubensgemeinschaften und der Verhöhnung der Glaubenssätze als moderner Antichrist die größte Gefahr für den Bestand des christlichen Glaubens darzustellen schien. Stets überaus gut besucht waren daher die vielen Vortragsabende, die sich mit den Greueln und Übergriffen auf Christen im Rußland Stalins beschäftigten und auch zu Seitenhieben auf andere Parteien, etwa den Bayerischen Bauernbund, genutzt wurden<sup>23</sup>. Die „Freidenkerbewegung“, die im Umfeld der provinziellen Industriestandorte Fuß gefaßt hatte, machte sich allmählich auch in davon bislang kaum berührten Landstrichen bemerkbar. Eine achtzigköpfige Kindergruppe, die aus der Rosenheimer Umgebung zu Fuß nach Wasserburg marschierte und dort bis zum Eingreifen der Polizei antikirchliche Heftchen an Gleichaltrige verteilte<sup>24</sup>, schreckte die katholische Bevölkerung auf, kommunistische Wanderkabaretts<sup>25</sup> und das Beispiel von der KPD organisierter demonstrativer Kirchenaustritte<sup>26</sup> schienen auch die traditionelle Glaubensgemeinschaft im provinziellen Milieu zu untergraben.

Die Antwort der katholischen Kirche war die Bildung einer „Abwehrfront gegen die Gottlosenbewegung“, die am 8. 5. 1932 mit Gottesdiensten und Veranstaltungen in allein 39 Orten der Diözese München-Freising an die Öffentlichkeit trat<sup>27</sup>. Neugegründete katholische Männervereine, die unter der Leitung des Münchner Jesuitenpaters Rupert Mayer wie in anderen bayerischen Gemeinden auch in Haag und Westerham (BA Aibling) Hunderte von Menschen in einer geschlossenen Front neuerwachter Frömmigkeit mobilisierten und dazu „alle Männer ohne Unterschied der Partei“ einluden, bekundeten den festen Willen,

<sup>22</sup> Kirchenanzeiger Nr. 31/1932, Beil. d. Haager Boten 30. 7. 1932 (86).

<sup>23</sup> Vgl. den Versammlungsbericht zu einem Lichtbildervortrag des Kath. Preßvereins Gars (BA Wasserburg) am 10. 1. 1932 über Untaten und Christenverfolgung durch das Sowjetregime: „Der Vortrag war besucht von einer überwiegenden Menge von Bauern und Mitgliedern des Mittelstandes. Erschütternd mußte für diese Leute wirken ein Lichtbild vor Augen zu bekommen, das die sogenannten Führer der Bauern- und Mittelstandspartei, Eisenberger, Gandorfer, Kübler, auf einem sowjetrussischen Kongreß zeigte.“ Haager Bote 16. 1. 1932 (5).

<sup>24</sup> Wasserburger Wochenblatt 26. 8. 1932 (101).

<sup>25</sup> Vgl. das Verbot des in Kolbermoor für den 2. 2. 1929 geplanten Auftritts der Revue „Die roten Funken“ wegen ihres Sketches: „Die verliebten Jesuiten“; Schriftwechsel in StAM RA Fasc. 3788, Nr. 57811.

<sup>26</sup> Vgl. Rosenheimer Anzeiger 4. 5. 1931 (101); Sta Rosenheim III A 2/18.

<sup>27</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 9./10. 5. 1932 (105).

eine Offensive gegen die Gefährdung ihres Glaubens zu beginnen<sup>28</sup>. Das Thema „Gottlosenabwehr“ füllte die Spalten der katholischen Provinzpresse und gab der im Kirchenvolk ohnehin vorhandenen antimarxistischen Grundhaltung neue Nahrung. Ein oftmals undifferenzierter, auf alles vorgeblich Linke projizierter Antikommunismus breitete sich aus, der, ganz auf der Linie der BVP, nicht selten den Blick für Gefahren aus der anderen Ecke des Parteienspektrums verstellte.

Lange Zeit zögerlich und unentschlossen war nämlich die Haltung des provinziellen volksparteilich-katholischen Lagers gegenüber dem erstarkenden Rechts-Extremismus. Unverhohlen zollten bei Zusammenkünften katholischer Vereine die Referenten dem Italo-Faschismus und seinem Führer Mussolini Bewunderung. Ihm sei es zu danken, erklärte der Industrielle Theodor Freiherr v. Cramer-Klett, Schloßherr zu Hohenaschau und mit engen Verbindungen zum Hause Wittelsbach wie dem päpstlichen Stuhl ausgestattet, bei einer Papstfeier im März 1929 in Prien, daß Italien wieder katholisch geworden sei. Zwar stamme das faschistische Regime „aus einem überspannten Nationalismus, mit dem die Kirche nicht gehen“ könne, doch bekunde es Ehrfurcht vor der Religion: „Man vergleiche damit das heutige Deutschland. Solche öffentliche Gottslästerung, wie sie bei uns geduldet wird, wäre heute in Italien unmöglich“.<sup>29</sup>

Besonders bei der Frage, wie es zu bewerkstelligen sei, die wirtschaftliche und politische Krise Deutschlands zu überwinden, wurde die Möglichkeit einer faschistischen Diktatur in Betracht gezogen. Berliner Mißwirtschaft und Partei-hader drohten das Reich zugrunde zu richten, legte Prälat Dr. Giglinger bei einem Vortrag im August 1930 über „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsverhältnisse in Amerika“ seinen Zuhörern im Katholischen Gesellenhaus Rosenheim dar. Seine Folgerung daraus lautete: „Deutschland braucht einen Mussolini.“ „Stürmischer Beifall“ dankte den Ausführungen des Referenten<sup>30</sup>.

Ab 1930, als sich faschistisches Gedankengut in Form des Nationalsozialismus in Deutschland allmählich zu einer höchst bedrohlichen politischen Kraft auswuchs, wurde jedoch von katholischer Seite eine deutliche Trennungslinie bei der Einschätzung der faschistischen Bewegungen gezogen. Mussolini sei ein Kopf, Hitler dagegen nur ein Maul, verkündete Dr. Georg Heim auf dem Bauern-tag des Bayerisch-patriotischen Bauernvereins Tuntenhausen im August 1930<sup>31</sup>

<sup>28</sup> Haager Bote 19.12.1931 (149), 22.12.1931 (150). Mayers Versammlungsreden waren dabei im ganzen ohne parteipolitische Anklänge, richteten sich aber gegen „Materialismus und Bolschewismus“; vgl. 1.3.1932 (24), 11.8.1932 (91). Geplant, aber nicht durchgeführt wurde eine große „Gottlosen-Abwehrveranstaltung“ mit Pater Mayer am 5.6.1932 in Kolbermoor; Kolbermoorer Volksblatt 19./20.5.1932 (113).

<sup>29</sup> Chiemgau-Zeitung 23.3.1929 (36). Zu Cramer-Kletts Vermengung des Gedankens einer monarchistischen Restauration mit einer faschistischen Revolution s. Hoepke, Rechte, 91 f. u. 116. Zur Faschismus-Interpretation des nicht zuletzt in Bayern beheimateten und mit ultramontan-faschistischen Ansätzen behafteten Rechtskatholizismus vgl. ebd., 67 ff. Zur Rezeption des Italo-Faschismus in Deutschland und dem Mussolini-Mythos s. Thamer, Marsch auf Rom, 251 ff.

<sup>30</sup> Rosenheimer Anzeiger 21.8.1930 (191). Vgl. die Ausführungen des Bauernvereins- und BVP-Funktionärs Sebastian Schlittenbauer bei einer CBV-Versammlung am 16.10.1928 in Dorfen (BA Erding): Zollschatz und Meliorationen brächten „die darniederliegende deutsche Landwirtschaft wieder in die Höhe“. Beweis hierfür sei Italien, wo Mussolini allen Widerständen zum Trotz sein erfolgreiches Meliorationsprogramm durchgeführt habe. Haager Bote 20.10.1928 (120).

<sup>31</sup> Rosenheimer Anzeiger 25.8.1930 (194). Von den bayerischen „Faschisten gelte im

und gab damit eine Richtlinie für das Parteivolk aus. Nachdem das Seniorat der Katholischen Gesellenvereine am 15./16. 1. 1931 in Kempten beschlossen hatte, die Mitgliedschaft von Nationalsozialisten in den Zweigvereinen sei nicht möglich, und auch vor einem Beitritt in die diversen Wehrformationen warnte<sup>32</sup>, zogen wenig später auch andere katholische Gruppierungen nach. Der Nationalsozialismus sei die Fortsetzung der Los-von-Rom-Bewegung der Kulturkampfezeit und schlimmer als der Marxismus, so daß ein gläubiger Katholik niemals Anhänger Hitlers sein könne, mahnte der Jesuitenpater Berthold Lang bei einer Monatsversammlung des Katholischen Casinos Rosenheim am 11. 1. 1931<sup>33</sup>, worauf bei der nächsten Zusammenkunft am 8. 2. 1931 der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, auch diesen Verein für Nationalsozialisten zu sperren<sup>34</sup>. Im März folgte die in München tagende Bezirksdelegiertenversammlung der Katholischen Männerbünde und Casinos der Praxis einzelner Ortsgruppen und kam überein, Nationalsozialisten gegebenenfalls auszuschließen: Katholische und völkische Weltanschauung seien „miteinander unvereinbar“<sup>35</sup>. Neben dem Kommunismus wurde nun der Nationalsozialismus als ein Aufleben von Liberalismus und Absolutismus zum Hauptgegner der katholischen Kirche erklärt<sup>36</sup>.

Von einem aktiven Ankämpfen gegen die Hitlerbewegung, das über die Wahlkampfunterstützung für die BVP, negativen vereinsinternen Stellungnahmen und Artikeln in katholisch orientierten Lokalzeitungen hinausgegangen wäre, war aber in unserem Untersuchungsgebiet von Seiten des Katholizismus nur wenig zu spüren. Ein Grund dafür war das im Gegensatz zu den KPD-Anhängern vorsichtige Auftreten der Nationalsozialisten, die in Anbetracht der fest verankerten Stellung von Kirche und Klerus nach Möglichkeit vermieden, neben den Streitpunkten wegen der programmatischen Zielsetzungen ihrer Partei auch auf den unteren Ebenen Angriffsflächen zu bieten, die zwar katholische, aber dennoch zur NSDAP tendierende Wählerschichten hätten abschrecken können. Doch auch die katholische Seite hielt sich zurück. Offene Streitigkeiten, wie sie in Reisach im Inntal zutage traten, als die Patres des Karmeliterklosters national-

Hinblick auf Mussolini nur das eine: „Wie er sich räuspert, wie er spuckt, das haben sie ihm abgeguckt! Sie öffnen den Faschistengruß nach, ziehen sich braune Hemden an und meinen, sie ziehen auch damit den Verstand an.“ Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 25./26. 8. 1930 (194). Vgl. Heims Rede in Tunttenhausen am 18. 9. 1932: Man brauche wieder ein Heer von 300000 Mann und Kolonien. „Mussolini habe immer gesagt, er verlange nur Raum und Brot für sein Volk.“ Ebd., 19./20. 9. 1932 (215). Zu Heims wohl vor allem taktisch-positiver Darstellung des italienischen Faschismus vgl. Hoepke, Rechte, 82f. Zur indifferenten, noch 1932 keineswegs ablehnenden Haltung von Teilen der Bayer. Christl. Bauernvereine zum Faschismus s. Bergmann, Bauernbund, 353f.

<sup>32</sup> Wasserburger Anzeiger 10. 3. 1931 (57).

<sup>33</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 12./13. 1. 1931 (8); vgl. Rosenheimer Anzeiger 12. 1. 1931 (8).

<sup>34</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 9./10. 2. 1931 (32).

<sup>35</sup> Wasserburger Anzeiger 10. 3. 1931 (57). Die Mitglieder des Kath. Müttervereins Riederding-Neukirchen (BA Rosenheim) mußten im März 1932 dem Ortsgeistlichen unterschriftlich bestätigen, weder „hitlerisch“ eingestellt zu sein noch NSDAP zu wählen, um nicht ausgeschlossen zu werden. StA Rosenheim Benutzerakt NSDAP Schloßberg.

<sup>36</sup> Vgl. die Stellungnahme des BVP-Kreisrats Wallenöfer bei einer Versammlung der kath. Arbeitervereine Bad Aibling und Maxlrain am 26. 4. 1931 in Miettraching. Aiblinger Zeitung 2. 5. 1931 (100).

sozialistisch eingestellten Bergbauern demonstrativ verwehrt, bei der Fronleichnamsprozession den „Himmel“ zu tragen<sup>37</sup>, blieben die Ausnahme.

Die Schaukelpolitik der BVP, die ab der Landtagswahl vom April 1932 mit einer schwarz-braunen Koalition liebäugelte, verunsicherte zudem die Parteianhänger<sup>38</sup>, so daß große Teile der katholischen Kreise ohne rechte Vorstellung von den Gefahren, die auch ihnen eine Regierung Hitler bringen könne, ins Jahr 1933 stolperten. Die Stellungnahme des Kreisvorsitzenden des Bundes Christlicher Arbeitsinvaliden in Kolbermoor am 25.2.1933, vom neuen Kabinett Hitler sei „nichts zu erwarten, solange ein Hugenberg und ein Papen mitregieren“<sup>39</sup>, unterstreicht diese Haltung.

Rasch kam aber auch für die katholischen Vereine die Ernüchterung. Nachdem man die Zerschlagung des konkurrierenden sozialdemokratischen Vereinswesens nicht ohne Genugtuung mitangesehen hatte, verstärkte sich auch der Druck auf das katholisch-volksparteiliche Vereinsgefüge. Die Auflösung des Christlichen Ortskartells Kolbermoor am 26.5.1933, das in seinem weitverzweigten Geflecht in achtundzwanzigjähriger Tätigkeit ein überraschend wirkungsvolles und politisch einflußreiches Gegengewicht zur linken Subkultur des Industrieortes gebildet hatte, und seine Umwandlung in eine deutlich verkleinerte und mit den gleichgeschalteten Gewerkschaftsverbänden auch seiner entscheidenden Mitgliedsvereine beraubten „Arbeitsgemeinschaft katholischer Vereine Kolbermoors“<sup>40</sup> markierten die Wende. Eine Kirche und kirchennahe Vereinigungen, die sich ausschließlich auf ihre religiösen und caritativen Aufgaben beschränken sollten, lösten nun den „politischen“ Katholizismus ab.

### *c) Die Christlichen Bauernvereine*

Die weitestverbreitete Bauernvereinigung Altbayerns waren die Christlichen Bauernvereine, die unter Führung des „Bauerndoktors“ Georg Heim ein erhebliches politisches Gewicht erreichten und die agrarisch-ländliche Massenbasis der BVP bildeten<sup>41</sup>. Gegründet, um den Abwanderungstendenzen der bäuerlichen Wählerschaft zum Bayerischen Bauernbund gegenzusteuern, war der CBV aufs engste mit der Partei verbunden und stellte, wie es Bergmann formuliert, im Gegensatz zum „emanzipierten“ Bauertum im Bauernbund die „Organisation des ‚integrierten‘ bäuerlichen Mittelstands“ dar<sup>42</sup>.

Ihm stand im südostbayerischen Alpenvorland der „Bayerisch-patriotische Bauernverein Tuntenhausen“ zur Seite, eine 1869 von Ludwig Graf Arco-Zinne-

<sup>37</sup> Inntal-Bote 12.8.1932 (185).

<sup>38</sup> Vgl. die Betuerung des BVP-Landtagsabg. Breitenbach am 9.10.1932 vor den offensichtlich verunsicherten Mitgliedern des Katholischen Kasinos Rosenheim, Verhandlungen seiner Partei mit den Nazis stünden in keinem Widerspruch zur katholischen Weltanschauung. „Man wolle lediglich den Hakenkreuzlern einen ihrer Größe und Bedeutung entsprechenden Einfluß in der Regierung mit der notwendigen Verantwortung geben.“ Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11.10.1932 (233).

<sup>39</sup> Kolbermoorer Volksblatt 27./28.2.1933 (48).

<sup>40</sup> Kolbermoorer Volksblatt 3./4.6.1933 (127).

<sup>41</sup> Fricke, Lexikon, 156f., nennt 120000 Bauernvereinsmitglieder gegenüber 50 bis 60000 BVP-Mitgliedern, Bergmann, Bauernbund, 43, rund 150000.

<sup>42</sup> Bergmann, Bauernbund, 32.

berg und Balthasar Daller gegründete Organisation ausgesprochen konservativ-katholischer Prägung, worauf allein schon die Wahl des Vereinskonzils, eines Marienwallfahrtsorts im Bezirksamt Aibling, hindeutete<sup>43</sup>. Hier fanden jeden Sommer die großaufgezogenen Bauerntage des Vereins statt, bei denen die Prominenz der BVP, in der Endphase der Weimarer Republik meist Held, Schäffer und Heim, zu den Tausenden sprachen, die diesem größten regelmäßigen politischen Ereignis des bayerischen Oberlandes immer wieder beiwohnten. Die politische Zielrichtung des Tuntenhausener Bauernvereins verlief parallel zu den Anschauungen des CBV, doch wehrte die Vorstandschaft hartnäckig die turnusmäßig vom Oberbayerischen Christlichen Bauernverein und auch der BVP angeregte Vereinigung der landwirtschaftlichen Organisationen, die schon allein aus finanziellen Gründen vorteilhaft sei, ab<sup>44</sup>. Besonders als Vorkämpfer für die Selbständigkeit Bayerns verstand sich der Tuntenhausener Verein, wie auch in einer Vertrauenskundgebung für die bayerische Regierung vom 30. 6. 1932 zum Ausdruck kam<sup>45</sup>.

Nur wenig läßt sich zu Aufbau, Struktur und Tätigkeit der Christlichen Bauernvereine bemerken. Im Bezirksamt Griesbach sind sie allein deshalb kaum greifbar, weil die informativste Quelle für die Vorgänge im Bezirk, das Bayerische Volksblatt bzw. ab 1930 der Bayerische Volksbote, auf die Politik des Bauernbunds eingeschworen war und daher nur in Ausnahmefällen Berichte über konkurrierende Organisationen einrückte. In den Verwaltungseinheiten des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim läßt sich dagegen eine rege Versammlungstätigkeit feststellen, die zumeist der beruflichen Fortbildung diente, also Lichtbildervorträge zu landwirtschaftlichen Themen oder Auskunftstage zu Steuerfragen umfaßte. Daneben waren es vor anstehenden Wahlterminen Versammlungen unter der Fahne der BVP, wobei als meistbeschäftigter Redner der stellvertretende Generalsekretär des CBV und ab 1932 BVP-Landtagsabgeordnete Alois Hundhammer in Erscheinung trat.

Sitz des zuständigen Bauernvereins-Sekretariats war Rosenheim, von wo aus Bezirkssekretär Dr. Jakob Fischbacher neben Aibling, Wasserburg und Rosenheim auch das östlich davon gelegene Gebiet mit Traunstein, Laufen, Reichenhall und Berchtesgaden mit zusammen 140 Obmannschaften (1929)<sup>46</sup> zu betreuen hatte. Bei regelmäßig in den Zentralorten durchgeführten Sprechtagen

<sup>43</sup> Zu Gründung, Statuten und Geschichte s. die Festschr. „60 Jahre Bayer.-Patriot. Bauernverein Tuntenhausen“, 4 ff.; Stäbler, Bayerisch-patriotischer Bauernverein, 263 ff. Das Arbeitsgebiet des Vereins umfaßte die Amtsgerichtsbezirke Miesbach, Aibling, Rosenheim, Prien, Wasserburg, Haag, Ebersberg und Teile der Bezirke Erding und Mühldorf.

<sup>44</sup> Vgl. den Antrag des BVP-Funktionärs Dr. Conrad Adlmaier zur Vereinigung beider Vereine bei einer Obmännerversammlung am 6. 2. 1930 in Rosenheim, was mit drei gegen alle Stimmen zurückgewiesen wurde. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 6./7. 2. 1930 (30); 7./8. 2. 1930 (31).

<sup>45</sup> „Der bayerisch-patriotische Bauernverein Tuntenhausen, gegründet in einer gleich sturmbelegten Zeit wie heute, spricht der Bayerischen Staatsregierung für ihr mannhaftes und entschlossenes Eintreten in der Verteidigung der Lebensrechte unseres Bayerischen Staates den herzlichsten Dank aus mit der Versicherung, daß der Verein den bewährten Männern der Regierung vereint mit allen treugesinnten Bayern auch für die Zukunft unbegrenztes Vertrauen entgegenbringt.“ Vollversammlung der Vorstandschaft 30. 6. 1932, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 1./2. 7. 1932 (148).

<sup>46</sup> Jahresbericht 1929, abgedr. in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4./5. 1. 1930 (3).

stand der Vereinssekretär den Mitgliedern zur Verfügung und organisierte und leitete daneben die Versammlungstätigkeit<sup>47</sup>.

Nicht ohne Auswirkungen blieb die wirtschaftliche wie politische Krisensituation aber auch auf dieses gutorganisierte Vereinswesen. Bereits im Geschäftsjahr 1929 waren Austritte von Mitgliedern zu beklagen, welche die Beiträge einsparen wollten, so daß die Neuaufnahmen derer, die sich Hilfe und Beratung bei ihren Schwierigkeiten erhofften, den Schwund kaum mehr wettmachen konnten<sup>48</sup>. Die wachsende Unzufriedenheit von bedeutenden Teilen der Landwirtschaft, die sich ein Ventil in einer steigenden Anfälligkeit für radikale Ideen oder Alternativorganisationen wie die Neue Bauernbewegung suchte und auch den CBV in die Defensive drängte<sup>49</sup>, zwang nun die Christlichen Bauernvereine, der allgemeinen Mißstimmung Rechnung zu tragen und oft lautere Töne anzuschlagen, als es im Interesse der innerparteilichen Einheit sein konnte<sup>50</sup>.

Das Feindbild der sozialistischen Arbeiterschaft und des Sozialismus schlechthin, dem es in der Revolution nicht gelungen sei, die Bauern zu vernichten, und der jetzt darangehe, sie durch Steuern und die Aufhebung aller Zollschranken zugrundezurichten<sup>51</sup>, erweiterte sich zunehmend um die Berliner Zentralregierung und die Republik an sich. Die Richtung wies hierbei wie immer Georg Heim, der beim Bauerntag am 18. 9. 1932 zu Tuntenhausen vor rund 4 000 Landwirten die Reichsverfassung als die „untauglichste der Weltgeschichte“ anprangerte und für eine umgehende Änderung durch ein Volksreferendum eintrat, die durchaus zur Monarchie führen könne<sup>52</sup>. Auf diese Weise unterminierte der

<sup>47</sup> Auskunftstage fanden im Untersuchungsgebiet zweimal wöchentlich in Rosenheim, zweimal monatlich in Wasserburg sowie monatlich in Bad Aibling und Oberaudorf im Inntal statt. Im gesamten Dienstbezirk wurden dabei 11 675 Auskünfte an 3 922 Mitglieder gegeben. Fischbacher leitete 1929 daneben 53 Versammlungen, 10 Obmännerversammlungen, 5 Vorstandssitzungen, 5 Jungbauerntage und nahm an „11 Sitzungen im Interesse der Bauerneinigung“ teil. Ebd. Im „Wahljahr“ 1932 waren es ebenfalls 53 öffentliche, aber 29 Obmännerversammlungen; Jahresbericht 1932, abgedr. in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 3./4. 5. 1933 (101).

<sup>48</sup> Jahresbericht 1929, abgedr. in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4./5. 1. 1930 (3).

<sup>49</sup> „Die Befürchtung... daß diese Not zur Radikalisierung der Bauernschaft führe, hat sich leider zu einem Teil bewahrheitet, wenn andererseits mit Genugtuung und Stolz auf unsere Obmänner festgestellt werden kann, daß sie der Organisation auch in den schwierigen Verhältnissen die Treue bewahrt haben und eine verlässige Stütze auch für die Arbeit des Sekretariats bildeten. Trotz der Abwehr der Angriffe gegen die Organisation konnte doch auch positive, fruchtbare Arbeit geleistet werden.“ Jahresbericht 1931, abgedr. in Rosenheimer Anzeiger 22. 4. 1932 (92).

<sup>50</sup> Vgl. den Stimmungsbericht Staatsrat Hänleins vom bayerischen Landwirtschaftsministerium an das Reichsministerium f. Ernährung u. Landwirtschaft v. 14. 12. 1931: „Die Stimmung unter den Gebirgsbauern ist zur Zeit außerordentlich unruhig; auf die alten Bauernführer hört man nicht mehr; wie in der Revolutionszeit kommen wieder Demagogen, die längst abgehaust hatten, an die Oberfläche, sie gewinnen das Ohr der Bauern, die nunmehr den falschen Propheten nachlaufen. Vertreter der Staatsregierung können sich in Versammlungen nur schwer durchsetzen, die Vertreter der alten Parteien erhalten nur dann Beifall, wenn sie in ihren Ausführungen den neuen Propheten gleichtun. Kurzum, die Lage... ist eine höchst unerquickliche.“ BayHStA ML 1888. Zur Annäherung des CBV an die Schlagworte des Bauernbunds vgl. o. S. 256.

<sup>51</sup> Bezirkssekretär Dr. Fischbacher in Gars 6. 1. 1928; Haager Bote 12. 1. 1928 (4).

<sup>52</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 9. 1932 (215); vgl. Rosenheimer Anzeiger 19. 9. 1932 (215).

CBV, der sich noch nie mit dem Faktum der republikanisch-demokratischen Staatsordnung hatte abfinden können, gerade in der entscheidenden Phase weiter das bestehende System und erleichterte es damit Wählern aus seinem Einflußbereich, den Schritt zu einer diktatorischen Parteirichtung zu vollziehen. Die Stärke der Glaubensbindung des einzelnen an den Katholizismus, der nach wie vor unbestritten die BVP favorisierte, wurde dadurch letztlich zum ausschlaggebenden Aspekt der Wahlentscheidung.

Hoffnungen der Bauernvereinsvertreter, im Staat Hitlers und im Rahmen der am 13. 5. 1933 gegründeten „Landesführung des deutschen Bauerntums“ aus Vertretern der NS-Bauernschaft, des CBV und des Landbunds ihren Platz weiter selbständig behaupten zu können, erwiesen sich trotz aller Anbiederungsversuche<sup>53</sup> bald als hinfällig. Schon der Bauerntag in Rott am Inn, am 21./22. 5. 1933 nur wenige Kilometer von Tuntenhausen abgehalten und bewußt als Nachfolgeveranstaltung deklariert<sup>54</sup>, zeigte die endgültige Wachablösung an. Am 27. 6. 1933, einen Tag, nachdem mit Alois Hundhammer, Michael Horlacher und Johann Stimmer die Führungsriege des CBV inhaftiert worden war, beschloß der Vorstand des stärksten Kreisvereins, den Oberbayerischen Christlichen Bauernverein mit sofortiger Wirkung und den Gesamtverein zum 1. Juli aufzulösen. Auch der Bayerisch-patriotische Bauernverein stellte auf Erlaß seines Vorsitzenden Josef Wieser am 2. 7. 1933 die Tätigkeit ein<sup>55</sup>. Bei seiner letzten Generalversammlung bestätigten am 27. 7. 1933 in Rosenheim 100 Mitglieder einstimmig die Auflösung. Das Vereinsvermögen fiel der Renovierung der Tuntenhausener Wallfahrtskirche, der „Förderung der nationalen Arbeit“ und caritativen Zwecken zu<sup>56</sup>.

#### *d) Innere Spannungen*

Bei dem großen Spektrum an Interessengruppen wirtschaftlicher Art, welche die BVP als Integrationspartei der katholischen Bevölkerung unter ihrem Dach vereinigte, blieben Spannungen zwischen den verschiedenen Standesangehörigen nicht aus. Sie traten besonders in den Kleinzentren und Industrieinseln zutage, wo eine zahlenmäßig starke und auch politisch selbstbewußte christliche Arbeitnehmerschaft versuchte, ihren innerparteilichen Einfluß auszubauen bzw.

<sup>53</sup> Vgl. den Aufruf Direktor Melchners an die Mitglieder des OCBV, wobei er die Freude über den Zusammenschluß aussprach, aber betonte, der CBV wolle, obwohl er das Regierungsprogramm unterstütze, selbständig bleiben: „Wenn der Völkische Beobachter in Nr. 17 1933 bestätigt, ‚das Programm der christlichen Bauernvereine ist das Programm Adolf Hitlers‘, dann ist das Beweis genug dafür, daß wir bisher auf dem richtigen Weg waren.“ Haager Bote 1. 6. 1933 (64).

<sup>54</sup> In Anlehnung an die Tuntenhausener Veranstaltung ging auch dem NS-Bauerntag ein gemeinsamer Kirchgang voraus. Danach wetterte Staatssekretär Luber gegen den Preiswucher im Zwischenhandel und erklärte: „Auch wenn Dachau überfüllt wird, dann kommen eben letzten Endes noch die Bauernfäuste zu ihrem Recht ... Möge der heutige Tag als Gegensatz zu Tuntenhausen beweisen, daß man wohl in öffentlichen Bauernversammlungen sprechen kann, ohne einer anderen Partei etwas am Zeug zu flicken.“ Haager Bote 25. 5. 1933 (61); vgl. Rosenheimer Anzeiger 22. 5. 1933 (117); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 22./23. 5. 1933 (111); „Ein neues Tuntenhausen in Rott“: Wasserburger Wochenblatt 24. 5. 1933 (80).

<sup>55</sup> Bergmann, Bauernbund, 363.

<sup>56</sup> Aiblinger Tagblatt 1. 8. 1933 (145).

einmal erreichte Zugeständnisse wenigstens zu halten. Treibende Kraft waren dabei die Verbände der Christlichen Gewerkschaften, welche bei ihren Bemühungen auch auf eine, wenngleich zaghafte Unterstützung der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine zählen konnten<sup>57</sup>.

Angesichts der unterentwickelten Parteiorganisation und der unzulänglichen Ständesvertretung anderer Berufsgruppen – erst im April 1929 wurde in Rosenheim eine Beamtengruppe der BVP<sup>58</sup>, im Juli des folgenden Jahres eine Mittelstandsgruppe ins Leben gerufen<sup>59</sup>, die aber beide zu keiner spürbaren Veränderung der parteiinternen Gewichtungen beitrugen und in erster Linie darauf abzielten, noch unentschlossene Wählerschichten der Partei zuzuführen – wog der Anspruch der organisierten Arbeitnehmerschaft doppelt schwer. Zwar verloren die Christlichen Gewerkschaften analog zu den Freien Gewerkschaftsverbänden während der Krisenjahre einen Teil ihrer Mitglieder, doch schmälerte dies nicht ihr Selbstbewußtsein.

Tab. 133: Mitgliederstand der Christlichen Gewerkschaften des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim (jeweils Stand zu Ende des Geschäftsjahres):<sup>60</sup>

	1928	1929	1930	1931	Schwund 1928–1931:
Bezirkkartell Rosenheim	1036	1047	968	927	10,7 %
Ortskartell Kolbermoor	250	254	225	203	18,8 %
zusammen	1286	1301	1193	1130	12,1 %

Dazu kamen die katholischen Arbeitervereine, von denen allein das „Volksbüro und Christliche Arbeitersekretariat“ Rosenheim unter der Leitung des

<sup>57</sup> Nicht zu Unrecht sieht Stump, *Geschichte*, 123 f., bei seiner Untersuchung der Düsseldorfer Zentrumspartei in den kath. Arbeitervereinen vor allem klerikal geleitete „Bildungsvereine mit apologetischer Tendenz“, die bewußt darauf hinarbeiteten, eine Emanzipation der Arbeiterschaft zu vermeiden und eine berufs- und geburtsständische Sozialordnung vorindustriellen Typs zu erhalten. Läßt sich dies auch auf die meisten Arbeitervereine unseres Untersuchungsgebiets übertragen, so dürfen doch einzelne Ansätze, den politischen Einfluß des Arbeitnehmerflügels zu verstärken, nicht übersehen werden. Am 3. 2. 1929 erklärte beispielsweise der Kolbermoorer Arbeitervereinsvorsitzende Hamberger, in Bayern sei für die katholische Arbeiterschaft nur die BVP wählbar. Allerdings müsse man danach trachten, ihr innerparteiliches Gewicht zu verstärken. Kolbermoorer Volksblatt 4./5. 2. 1929 (29).

<sup>58</sup> Rosenheimer Anzeiger 24. 4. 1929 (94).

<sup>59</sup> Inntal-Bote 5. 8. 1930 (97). Zwischen dem Beschluß, eine Mittelstandsgruppe zu gründen, und der Ausführung am 30. 7. 1930 lag über ein Jahr. Vgl. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 8./9. 6. 1929 (130).

<sup>60</sup> Jb. d. Christl. Gewerkschaften 1930, 178; 1932, 69 f. Ein Vergleich der Mitgliederbewegung auf Landesebene erschien wegen der zu weit auseinanderklaffenden Zahl der berichtenden Kartelle nicht sinnvoll (erfaßte Mitgliederzahl 1929: 60 446, 1930: 81 558). Im Arbeitsamtsbezirk Pfarrkirchen, dem Griesbach angehörte, fand sich Ende der zwanziger Jahre keine Christliche Gewerkschaftsorganisation. Erst 1931 wurde in Eggenfelden ein Kartell mit 152 Mitgliedern gegründet.

Gegenläufig zum Trend konnten einzelne Verbände beachtliche Steigerungen der Mitgliederzahl für sich verbuchen. Die Rosenheimer Ortsgruppe des Zentralverbandes christl. Nahrungs- u. Genußmittelindustriearbeiter meldete zum Ende des Geschäftsjahrs 1932 einen Zuwachs von 20 %; Kolbermoorer Volksblatt 9./10. 1. 1933 (6).

BVP-Ortsgruppenvorsitzenden Franz Breitenhuber 42 Arbeiter- und 12 Arbeiterinnenvereine mit 2075 Mitgliedern (1928) betreute<sup>61</sup>. Im Hinblick auf diese zahlenmäßige Stärke empfand es der Arbeitnehmerflügel der Bayerischen Volkspartei als höchst ungerechtfertigt, daß seine innerparteilichen Mitsprachemöglichkeiten auf allen politischen Ebenen sukzessive beschnitten wurden. Die Zusammensetzung des bayerischen Landtags spiegelt deutlich diese Entwicklung: Stellten die Gewerkschaftsvertreter 1919 noch 13 Abgeordnete und damit 19,7 % der BVP-Mandatsträger, so verringerte sich ihre Zahl nach der Landtagswahl 1928 auf 4 (8,7 %), um schließlich 1932 auf 3 und damit 6,7 % der Fraktionsmitglieder zu sinken<sup>62</sup>. Voller Entrüstung protestierte deshalb die katholische Arbeitnehmerschaft des Rosenheimer Bezirksverbandes am 15.6.1928 gegen die Ausgrenzungstaktik der Parteiführung, die es erreicht habe, daß verdiente Männer der katholischen Arbeiterbewegung wie Karl Schirmer, Heinrich Oswald oder Verbandspräses Lohr nicht mehr ins Parlament zurückkehren könnten. Auf ähnliche Weise habe Breitenhuber seinen Kreisratssitz eingebüßt. In einer Resolution kündigten die Versammelten der Parteispitze an, die Arbeiterschaft verlange die gleiche Behandlung wie andere Stände und werde sich weitere Benachteiligungen nicht länger gefallen lassen. Sollten ihre Wünsche nicht genügend berücksichtigt werden, sei man bereit, den Arbeiterführern „auf dem Wege der Selbsthilfe zu folgen“<sup>63</sup>.

Vor diesem Hintergrund stand die Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen am 9.12.1929 unter einem denkbar ungünstigen Stern. Wie weit die Entfremdung der Wirtschaftsgruppen des katholisch-volksparteilichen Lagers bereits fortgeschritten war, zeigten die Wahlvorbereitungen in der Stadt Wasserburg. Weil es nicht glückte, eine für alle Seiten akzeptable Kompromißliste zu bilden, trat die BVP mit zwei Wahlvorschlägen an und überließ es damit ihren Anhängern, welchem der Parteiflügel sie ihre Stimme gaben. Die Liste „BVP-Handwerk und Gewerbe“ trug die Namen von neun selbständigen Handwerksmeistern, zwei Kaufleuten und einem Gastwirt, während sich der Vorschlag „BVP-Arbeiter und Beamte“ mit sechs bzw. vier Angehörigen dieser Berufsgruppen zur Wahl stellte<sup>64</sup>. Mit drei zu zwei erfolgreichen Kandidaten zog schließlich der Gewerbeflügel als der stärkere Teil der BVP-Fraktion ins Rathaus ein<sup>65</sup>, was aber keineswegs eine einseitige Fixierung des Parteikurses im Stadtparlament bedeutete. Wiederholt stimmte in den folgenden Jahren der Arbeitnehmerflügel gegen die Vorstellungen der gewerblich orientierten Parteifreunde, was diese zwang, immer enger mit der Wirtschaftspartei zusammenzuarbeiten.

War es dagegen in der Stadt Rosenheim nach langwierigen, intensiven Bemühungen der Parteiführung auch gelungen, im BVP-nahen Sammelwahlvorschlag „Bürgerliche Wirtschaftsvereinigung“ (BWV) Angehörige unterschiedlichster Interessengruppen, Hausbesitzer neben Mietervertretern und Arbeitnehmer an der Seite von Arbeitgebern zu plazieren<sup>66</sup>, so zerbrach

<sup>61</sup> Tätigkeitsbericht 1928 in Aiblinger Zeitung 10.1.1929 (8).

<sup>62</sup> Errechnet nach Schoenhoven, BVP, 81.

<sup>63</sup> Kolbermoorer Anzeiger 18.6.1928 (138).

<sup>64</sup> Wasserburger Anzeiger 8.11.1929 (259); 1./2.12.1929 (279).

<sup>65</sup> Die Gewerbeliste erreichte 472 (24,9%), die der Arbeitnehmer 291 Stimmen (15,3%). Wasserburger Anzeiger 10.12.1929 (286).

<sup>66</sup> Die BVP-Ortsgruppe Rosenheim gab am 4.10.1929 bekannt, sie sei bereit, „mit den auf christlich-nationaler Grundlage stehenden bürgerlichen Parteien und Vereinigungen,

der von Anfang an labile Zusammenhalt bei Bekanntwerden des Wahlergebnisses. Es kam zum Eklat, weil durch gezieltes Streichen und Häufeln zwei bisher im Stadtrat vertretene Gewerkschaftsfunktionäre von ihren an sich sicheren Listenplätzen aus den Mandatsrängen fielen. Außer dem Arbeitersekretär und BVP-Ortsgruppenvorsitzenden Breitenhuber hatte kein Arbeiter oder Angestellter für die Sammelliste den Sprung ins Stadtparlament geschafft, da entgegen den Abmachungen der Interessengruppen lediglich 26,5 % der BWV-Wähler die Liste unverändert abgegeben hatten<sup>67</sup>.

Im Hintergrund dieser gezielten Streichaktion standen die verstärkten Emanzipationsbestrebungen der christlich orientierten Arbeiterschaft der Stadt, die sich schon im 1924 gewählten Vorgängerkollegium, gemessen an ihrer Wählerzahl und ihrer Arbeit für die BVP, unterrepräsentiert gefühlt hatte. Eine Kundgebung, zu der 115 Vertrauensleute aus den oberbayerischen Landbezirken am 14. 10. 1928 in Rosenheim zusammengekommen waren, hatte gezeigt, daß die Arbeitervertreter ein erweitertes Mitspracherecht auf Gemeindeebene verlangten. Unter „stürmischem Beifall“ hatte der BWV-Stadtrat und Gewerkschaftssekretär Eduard Gastinger provokant erklärt, „daß er den Saustall, wie er noch vor fünf Jahren herrschte, nicht mehr mitmache. Auch in Rosenheim könne man mit der Arbeiterschaft nicht mehr länger Schindluder treiben“.<sup>68</sup>

Als nun gerade Gastinger im Dezember 1929 seinen Stadtratssitz verlor, lag der Verdacht eines Komplotts nahe. Nachdem das Christliche Ortskartell schon kurz nach der Wahl der bürgerlichen Seite vorgeworfen hatte, ein „unehrliches Spiel“ und „Klassenkampf“ getrieben zu haben<sup>69</sup>, machten die Betroffenen, neben dem Gewerkschaftsvorsitzenden der Obmann des Bayerischen Eisenbahnverbandes, Josef Perschl, ihrem Ärger in einer Gewerkschaftsversammlung am 1. 2. 1930 dadurch Luft, indem sie der Rosenheimer Geschäftswelt vorwarfen, überhöhte Preise zu verlangen. Sie riefen alle Arbeitnehmer auf, ihre Einkäufe in Zukunft beim sozialdemokratischen Konsumverein zu tätigen. Ein gleichlautendes Flugblatt tat ein übriges, um eine Trennungslinie zwischen den Parteiflügeln zu ziehen<sup>70</sup>.

Gastinger rechtfertigte sein aufsehenerregendes Vorgehen damit, daß von Arbeitgeberseite die Wahl hintertrieben und das Abstimmungsergebnis verfälscht worden sei. Die Gewerkschafter besäßen „untrügliche Beweise“, daß Geschäftsleute zum Streichen der Arbeitnehmervertreter aufgefordert hätten. Ihr Dienstpersonal sei veranlaßt worden, vervielfältigte, bereits geänderte

ausgenommen die nationalsozialistische Arbeiterpartei, zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste, in der alle Berufsstände entsprechend ihrer Wählerzahl vertreten sein sollen, mitzuarbeiten.“ Sie verlange jedoch, daß Garantien gegeben würden, daß nicht wie bei den Wahlen 1924 die „Gemeinschaftsliste durch Ausgabe anders lautender Stimmzettel durchbrochen“ werde. Andernfalls werde sie „mit einer reinen, eigenen Parteiliste, gegliedert nach Berufsgruppen, in den Wahlkampf eintreten.“ Rosenheimer Anzeiger 7. 10. 1929 (231). Zum „Werdegang der Einheitsliste“ s. a. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 21./22. 11. 1929 (249).

<sup>67</sup> Zum Vergleich: Bei der SPD waren es 76,7 %, bei der KPD 75,1 %, bei der Liste „Kriegsopfer u. Frontsoldaten“ 45,9 % und der NSDAP 44,8 %. Rosenheimer Anzeiger 10. 12. 1929 (285).

<sup>68</sup> Kolbermoorer Volksblatt 15./16. 10. 1928 (238).

<sup>69</sup> Kolbermoorer Volksblatt 17./18. 12. 1929 (291).

<sup>70</sup> Rosenheimer Anzeiger 6. 2. 1930 (30).

Stimmzettel abzugeben. Darüberhinaus hätte sich nach der Wahl eine Flut von anonymen Briefen und Telefonanrufen, die „Wirtschaftskreisen“ zuzuschreiben seien, „mit derart unflätigem Inhalt, den man unter gesitteten Menschen nicht für möglich halten sollte“, über die beiden gescheiterten Kandidaten ergossen<sup>71</sup>.

Ohne auf diese Punkte konkret einzugehen, warf eine eiligst auf den 12. 2. 1930 anberaumte „Protest- und Aufklärungsversammlung“ der Rosenheimer Gewerbevereinigungen den Christlichen Gewerkschaften vor, „unter dem christlichen Deckmantel Boykottbestrebungen und Klassenkampfgedanken in das Volk“ zu tragen. Mit Anspielung auf eine Erklärung Breitenhubers, der sich vom Inhalt des Gewerkschaftsflugblatts distanziert hatte<sup>72</sup>, beruhigte der zu Rate gezogene Münchner Gewerbesyndikus Dr. Geiger die Anwesenden damit, „die große Mehrzahl der hiesigen christlichen Arbeiter, sowie der Klerus seien von den Verfassern und Verbreitern des Flugblattes in klarer und entschiedener Weise abgerückt“<sup>73</sup>.

Diesen Versuch, Gastinger und Perschl ins Abseits zu schieben, wollte wiederum die Gewerkschaftsseite nicht auf sich sitzen lassen. Bei einer Gegenkundgebung am 17. 2. 1930 erklärten sich Vertreter der sechs im Rosenheimer Kartell vereinigten Gewerkschaften mit ihren in die Schußlinie geratenen Führern solidarisch und sprachen ihnen das Vertrauen aus. Auch die Führung der süddeutschen Katholischen Arbeitervereine in Person ihres Verbandspräses Monsignore Walterbach habe das umstrittene Flugblatt gebilligt. Die Vorstandschaft solle sich auch weiterhin bemühen, „gegen jede Beschneidung von Arbeiterrechten einzuschreiten“<sup>74</sup>.

Nach diesem klaren Abstecken der Fronten waren die öffentlichen Auseinandersetzungen beendet. Hatte sich auch erwiesen, auf welch tönernen Füßen die Gemeinschaft der gegensätzlichen Wirtschaftsgruppen im katholischen Lager stand, so war doch die nach diesem derben Schlagabtausch zur Schau gestellte und auch durchgehaltene Einigkeit der Beweis dafür, welche Integrationskraft der politische Katholizismus und damit die Bayerische Volkspartei nach wie vor besaß. Der Tatsache, daß es für wesentliche Teile der gläubig-katholischen Bevölkerung einfach keine Alternative zu ihrer angestammten politischen Vertretung gab, war es zu danken, daß die BVP trotz aller gegenläufigen Interessen und inneren Spannungen bis zum Ende der Republik auf lokaler wie überregionaler Ebene die stabilste der politischen Kräfte blieb.

<sup>71</sup> Zuschrift Gastingers in Rosenheimer Anzeiger 7. 2. 1930 (31).

<sup>72</sup> Rosenheimer Anzeiger 6. 2. 1930 (30).

<sup>73</sup> Rosenheimer Anzeiger 13. 2. 1930 (36). Auch zwischen dem volksparteilichen Tagblatt Wendelstein, bei dem das Flugblatt gedruckt worden war und das Sanktionen durch die Geschäftswelt dadurch zu entgehen suchte, indem es den Verfassern „bolschewistische Klassenkampfmethoden“ vorwarf, und den sonst eng verbündeten Christl. Gewerkschaften kam es zum Streit. Nachdem das Christl. Gewerkschaftskartell geantwortet hatte, „ein Hugenbergblatt könnte nicht giftiger schreiben“, entschuldigte sich die Redaktion, das Flugblatt als Boykottaufruf gewertet zu haben. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 6./ 7. 2. 1930 (30), 7./8. 2. 1930 (31).

<sup>74</sup> Rosenheimer Anzeiger 19. 2. 1930 (30). Die Einzelgewerkschaften waren: Christl. Bau-, Berg-, Holz-, Fabrik- u. Transport-, Nahrungs- u. Genußmittelarbeiterverband sowie der Bayer. Eisenbahnerverband.

6. *Die Kleinparteien des bürgerlichen Lagers: DDP/Deutsche Staatspartei, DVP und Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei)*

Die liberalen Parteien DDP und DVP, die in ihrer Hochburg Rosenheim bei der Landtagswahl 1928 noch 10,0% der Stimmen auf sich vereinigen konnten<sup>1</sup>, sanken in den Jahren der Weltwirtschaftskrise bis zur Bedeutungslosigkeit ab. Waren sie in den ländlichen Gebieten ohnehin ohne Anhang gewesen, so ernteten die vereinzeltten Werbe- und Wahlveranstaltungen, welche die Liberalen im Zuge der Reichstagswahlkämpfe 1930 und 1932 noch abhielten, jetzt auch in der Kreisstadt ein derart geringes Publikumsinteresse, daß ihre Agitation gänzlich zum Erliegen kam<sup>2</sup>. Der rechtsbürgerlichen Reichspartei des deutschen Mittelstandes, kurz Wirtschaftspartei (WP), war in den meisten Teilen des Untersuchungsgebiets ein ähnlich geringes Echo beschieden, doch gelang es ihr, in der Stadt Wasserburg eine aktive Ortsgruppe unter Leitung des Baugeschäftsinhabers Heinrich Stumfall, der 1921 Mitbegründer der Wasserburger NSDAP gewesen war<sup>3</sup>, sowie des Zementwarenfabrikanten Johann Näbauer zu bilden, die im Bezirksamt und auch in Rosenheim Werbeveranstaltungen abhielt. Auch in den Märkten der Umgebung, vor allem Haag, fand die Mittelstandspartei großen Zulauf.

Die Wirtschaftspartei, die sich in Bayern als „Sammelbecken kleinbürgerlicher, völkischer Katholiken“ (Schumacher)<sup>4</sup> erwie und sich den Zeitgenossen mehr als ständische Gruppe denn als „echte Partei“ darstellte<sup>5</sup>, erfüllte in der lokalpolitischen Landschaft Wasserburgs die Funktion, die sonst vielerorts die „Unpolitischen“ oder die zwar in ihrer Grundtendenz liberalen bis konservativen, aber insgesamt parteiungebundenen „Wirtschaftslisten“ innehatten. Sie sammelte um sich selbständige Handwerker, Geschäftsleute und Kleinunternehmer, denen der Kurs der BVP zu arbeitnehmerfreundlich und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen zu wenig angepaßt erschien<sup>6</sup>, und bot sich damit gerade in den ersten Jahren der Krise als Auffangbecken des unzufriedenen Mittelstandes an.

Der WP, die bei der Landtagswahl 1928 mit 4,1% Stimmenanteil im Amtsgericht Haag und 3,0% im Amtsgerichtsbezirk Wasserburg zusammen-

<sup>1</sup> ZBSStL 60 (1928), 507.

<sup>2</sup> Bei einer Wahlversammlung der Dt. Staatspartei in Rosenheim am 26. 7. 1932 zum Thema „Volk im Fieber“ kamen ganze 10 Personen zusammen, Versammlungsleiter, Referent, Polizist und Pressevertreter eingeschlossen. Aiblinger Tagblatt 29. 7. 1932 (145); Rosenheimer Anzeiger 23./24. 7. 1932 (167). Zu einer ebenfalls schlecht besuchten DVP-Veranstaltung in Rosenheim am 12. 9. 1930 s. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 13./14. 9. 1930 (211).

<sup>3</sup> Frühgeschichte der Ortsgruppe, StAM NSDAP 597.

<sup>4</sup> Schumacher, Erinnerungen, 35.

<sup>5</sup> Neumann, Parteien, 67.

<sup>6</sup> Vgl. die Diskussion zwischen den Ortsgruppenvorsitzenden von WP und BVP, Näbauer und Köck, in der Gewerbevereinsversammlung 13. 12. 1932: Näbauer forderte die rigorose Durchsetzung von Gewerbeinteressen im Stadtrat. Auch die Arbeiterschaft würde bei der Verfolgung ihrer Ziele keine Rücksichten auf die Gesamtheit nehmen. Bei der BVP-Stadtratspolitik würden oft die Partei- die Gewerbeinteressen überlagern. Köck verteidigte sich, er habe im Stadtrat immer seine Pflicht als Gewerbevertreter getan. „Im übrigen seien die Stadträte im Interesse und zum Wohle der ganzen Stadt gewählt.“ Wasserburger Anzeiger 15. 12. 1932 (291).

gerechnet eines ihrer besten Ergebnisse in einem altbayerischen Bezirksamt erreicht hatte<sup>7</sup>, erzielte bei der Stadtratswahl 1929 27,4% und zog mit vier von 12 Bürgervertretern in das Wasserburger Stadtparlament ein. Die Kandidaten des Bauernbunds, mit denen sie analog zur Zusammenarbeit auf Reichstags-ebene die Liste „Wirtschaftspartei und Grundbesitz“ gebildet hatte, blieben dagegen auf der Strecke<sup>8</sup>. Obwohl die örtliche Parteileitung versuchte, sich als Sprachrohr der wirtschaftlichen Nöte des kleinstädtischen Gewerbes zu etablieren und es ihr auch gelang, etwa bei einer Protestversammlung gegen die Einführung einer gemeindlichen Bier- und Getränkesteuer am 9. 5. 1931 rund 100 Personen zum Widerstand gegen die Finanzierungspläne der BVP- und SPD-Stadtratsfraktionen zu aktivieren<sup>9</sup>, zeigte sich doch, daß es trotz der sich verschärfenden Krisensituation nicht möglich war, die Mehrheit der gewerblichen Mittelständler auf das wirtschaftsbezogene, ansonsten aber eher verworrene und den politischen Ansprüchen der Zeit keineswegs genügende Parteiprogramm festzulegen. Eine Versammlung am 21. 10. 1931, welche die Einigung des örtlichen Mittelstands bezweckte und bei der Nábauer an die Solidarität der Standesgenossen appellierte, führte nicht zu der erhofften Sammlung, sondern zeigte im Gegenteil sowohl die Differenzen der praktisch-wirtschaftlichen Anschauungen als auch die Gegensätzlichkeit der politischen Orientierungen im nach wie vor von der BVP beherrschten Kleinstadtmilieu auf<sup>10</sup>.

Waren schon 1930 Spannungen innerhalb der Wasserburger WP-Ortsgruppe aufgetreten<sup>11</sup>, so verstärkten sich die Richtungskämpfe, als die Wirtschaftspartei 1932 auf Reichsebene zu zerfallen begann. Der innerparteiliche Gärungsprozeß und der Einbruch der NSDAP in die Mittelstandsfront, den Schumacher konstatiert<sup>12</sup>, wirkten sich nun auch an der Parteibasis aus. Zwar rief der Münchner Rechtsanwalt Alfred Loritz, der das Gros der von der WP-Ortsgruppe organisierten und von Nábauer geleiteten Veranstaltungen als Referent bestritt, noch am 17. 2. 1932 in Wasserburg zur Wahl Hindenburgs auf und lehnte den Nationalsozialismus rundweg ab, dem jede „wirtschaftliche wie politische Qualifikation“ fehle<sup>13</sup>, doch war es auf die Dauer unmöglich, die Sympathien vieler Parteimitglieder für die Hitlerbewegung hintanzuhalten.

Als Nábauer in der Stadtratssitzung vom 4. 5. 1932 in Namen seiner Partei und des angeschlossenen Bauernbunds den Antrag verlas, das Kollegium solle

<sup>7</sup> Zum Vergleich: Stadt Rosenheim 4,1%, BA Aibling 2,0%, AG Rosenheim 1,1%, AG Prien 2,2%, AG Griesbach 1,2%, AG Rothalmünster 1,1%, Altbayern 2,2%, Bayern 3,2%; ZBSiL 60 (1928), 508 ff.

<sup>8</sup> Kandidatenliste in Wasserburger Anzeiger 19. 11. 1929 (268), Wahlergebnis ebd. 10. 12. 1929 (286). Die WP erreichte damit einen Sitz mehr als in der vorhergehenden Wahlperiode, was dadurch begünstigt wurde, daß die DNVP, die bislang ein Mandat innegehabt hatte, nicht mehr zur Wahl antrat. Das schlechte Abschneiden der Bauernbundkandidaten ergab sich aus dem gezielten Häufeln zugunsten der Wirtschaftsparteiler: 561 der abgegebenen 684 Stimmzettel für die Listenverbindung waren verändert worden.

<sup>9</sup> Wasserburger Wochenblatt 12. 5. 1931 (57); Wasserburger Anzeiger 13. 5. 1931 (109).

<sup>10</sup> Wasserburger Wochenblatt 24. 10. 1931 (128).

<sup>11</sup> Mitgliederversammlung 8. 11. 1930, Wasserburger Wochenblatt 13. 11. 1930 (109).

<sup>12</sup> Schumacher, Mittelstandsfront, 198; vgl. ebd., 161 ff.

<sup>13</sup> Wasserburger Wochenblatt 19. 2. 1932 (21). Vgl. Wasserburger Anzeiger 21./ 22. 2. 1932 (43) und die Auseinandersetzung Loritz' mit Nationalsozialisten in Rosenheim am 31. 9. 1931, Rosenheimer Anzeiger 1. 10. 1931 (225).

„im Hinblick auf das Ergebnis der Landtagswahl vom 24. April“ seine Auflösung beschließen, „da seine Zusammensetzung der heutigen Einstellung der Bevölkerung nicht mehr entspricht“<sup>14</sup>, bedeutete dies angesichts des katastrophalen Abschneidens beider Parteien den freiwilligen Rückzug zugunsten der Nationalsozialisten. Diese Wendung überraschte um so mehr, da Näbauer bei der Reichspräsidentenwahl noch als erster Vorsitzender des Hindenburg-Ausschusses fungiert hatte<sup>15</sup>. Mit diesem Votum hatte er aber den Rest an Einigkeit innerhalb seiner Fraktion zerbrochen. Nur ein Parteifreund stimmte im Stadtrat mit ihm, so daß der Vorstoß mit allen gegen zwei Stimmen abgewiesen wurde<sup>16</sup>.

Die Wasserburger Wirtschaftspartei trat nun außerhalb ihrer Stadtratsarbeit nicht mehr an die Öffentlichkeit. Im März 1933 war es wiederum Näbauer, der als Sprecher seiner Fraktion das Ehrenbürgerrecht der Stadt für Hitler und Hindenburg beantragte<sup>17</sup>, doch hatte die örtliche NSDAP trotz aller Annäherungsversuche die frühere Rivalität nicht vergessen. Bei der Umbildung des Stadtrats am 23. 4. 1933 verloren alle Repräsentanten der Mittelstandsguppe ihre Mandate. Von den Kandidaten der Liste „Wirtschaftspartei und Grundbesitz“ des Jahres 1929 zog allein der Bauernbundobmann Georg Gerer, jetzt für die NSDAP, ins gleichgeschaltete Kommunalparlament ein<sup>18</sup>.

### 7. Der Bayerische Heimat- und Königsbund

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war der Einfluß der antidemokratisch-antiparlamentarischen Kräfte monarchistischer Couleur auf das politische Leben der altbayerischen Provinz. Besonders in den Bezirken im Alpenvorland schwelgte ein Großteil der bäuerlich-bürgerlichen Bevölkerung in nostalgisch-verklärter Monarchieseligkeit, verkörperten doch gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression die zumindest in der Erinnerung „fetten“ Vorkriegsjahre unter wittelsbachischer Führung den Inbegriff zufriedenen, geordneten und bayerisch-selbstbewußten Lebens. Die monarchistische Idee als politische Grundanschauung einte Teile des rechten Bauernbundflügels mit der Mehrzahl der BVP-Anhänger<sup>19</sup> und stellte über die Brücke der Einwohnerwehren bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen im Bayerischen Heimatschutz die Verbindung zum antidemokratischen Parteienspektrum der äußersten Rechten mit Ausnahme der NSDAP dar.

Den betont bayerisch-wittelsbachischen Flügel repräsentierte der Bayerische Heimat- und Königsbund (HKB), der 1921 aus der gespaltenen Königspartei hervorgegangen war und von 1923 bis 1925 unter Leitung des Rosenheimer Ein-

<sup>14</sup> Wasserburger Anzeiger 7. 5. 1932 (105). In Kolbermoor wurde im Juni 1932 im Gemeinderat von einem Mitglied der Wirtschaftsliste derselbe – erfolglose – Antrag gestellt.

<sup>15</sup> Wasserburger Anzeiger 5. 3. 1932 (54).

<sup>16</sup> Stadtratssitzung v. 19. 5. 1932, Wasserburger Anzeiger 24. 5. 1932 (118).

<sup>17</sup> Stadtratssitzung v. 23. 3. 1933, Wasserburger Anzeiger 25. 3. 1933 (71).

<sup>18</sup> Wasserburger Anzeiger 25. 4. 1933 (96).

<sup>19</sup> Zur Haltung der BVP s. Schwendt, Bayern, 515. Vgl. die Stellungnahme Dr. Heims in den Münchner Neuesten Nachrichten 28. 6. 1932 (173): Er sei Monarchist und berechtigt zu sagen, daß die Mehrzahl seiner Parteifreunde diese Auffassung teilten. „75 % der bayerischen Bevölkerung wünschen im Herzen die Wiederkehr der Monarchie.“

wohnerwehrorganisators Rudolf Kanzler stand<sup>20</sup>. Die Forderung nach bayerischer Eigenstaatlichkeit verband sich im HKB mit der vorbehaltlosen Betonung des legitimistischen Prinzips.

„Bayerntage“ wie am 20. 1. 1929 in Rosenheim, die bei mehrtausendfacher Beteiligung eindrucksvolle Kundgebungen nicht nur gegen den „Berliner Zentralismus“ und zugunsten der Erhaltung und Ausweitung der Landeshoheit innerhalb der föderalistischen Reichsverfassung, sondern auch des monarchistischen Gedankens wurden<sup>21</sup>, dokumentierten die Begeisterungsfähigkeit der Bevölkerung für Ideen außerhalb der bestehenden parlamentarischen Staatsordnung, die allein schon deshalb abgelehnt wurde, da sie aus dem Zusammenbruch des Königtums hervorgegangen war. Dennoch verstand es der Heimat- und Königsbund lange Jahre nicht, sein Dasein als Honoratiorenklub, der in seinen Provinzortgruppen regelmäßig Gottesdienste an Todestagen bayerischer Könige und Geburtstagsfeiern für den erhofften zukünftigen Regenten, Kronprinz Rupprecht, abhielt, zu durchbrechen<sup>22</sup>. An der Basis verband der HKB zwar die monarchistisch gesinnten Anhänger verschiedenster Parteien, ohne aber eigene politische Initiativen zu entwickeln.

Schwierig gestaltete es sich in der politisch aufgeladenen Atmosphäre gegen Ende der Weimarer Republik, die Überparteilichkeit des Bundes zu wahren. Immer wieder preschten einzelne Ortsgruppen oder Vorstandsmitglieder vor und versuchten, die Bundesmitglieder im Sinne ihrer Parteirichtung zu beeinflussen. Bei einer Werbeversammlung am 29. 4. 1928 in Ramsau (BA Wasserburg) erklärte beispielsweise der Bad Aiblinger Ortsgruppenleiter Generalleutnant Schultes, von den Parteien komme die BVP für die Königstreuen am nächsten in Betracht, während der Bauernbund wegen seines radikal-revolutionären Gandorfer-Flügels abzulehnen sei<sup>23</sup>. Große Erregung und Verstimmung innerhalb der Mitgliedschaft erntete die Kolbermoorer HKB-Ortsgruppenleitung, die im April 1932 zur Wahl der DNVP aufrief, die allein die Interessen der Monarchisten vertrete; die BVP komme nicht in Frage<sup>24</sup>. Im Gegensatz dazu agitierte der

<sup>20</sup> Sendtner, Rupprecht v. Wittelsbach, 505. Die Angabe Donohues, Opponents, 106, Anm. 6, Kanzler sei bereits 1921 Leiter des HKB geworden, trifft nicht zu.

<sup>21</sup> 6000 Personen nahmen am Protestmarsch teil, in 13 parallel abgehaltenen Kundgebungen sprachen u. a. Fritz Schäffer, Georg Escherich und „Chiemgau“-Führer Hugo Jäger. „Besonders fiel auf, daß alle Schichten und Stände der Bevölkerung von Stadt und Land unter den Zugsteilnehmern waren. Der Beamte schritt neben dem Geschäftsmann und Handwerksmeister, der Arbeiter neben dem Bauern, der Jüngling neben dem Greis. Vor allem fielen die vielen Angehörigen des Arbeiterstandes aus den Gemeinden Aising und Pang, aus Kolbermoor und aus anderen Gemeinden mit Industriebevölkerung auf. So war der Zug ein Abbild einer wahren Volksgemeinschaft.“ Die Presse zeigte sich „überzeugt, daß dieser gute Anfang das Signal zu einer allgemeinen Bayernerhebung im Sinne der Rosenheimer föderalistischen Kundgebung sein wird.“ Rosenheimer Anzeiger 21. 1. 1929 (17); vgl. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 21./22. 1. 1929 (17). Zu ähnlichen Veranstaltungen in Bad Reichenhall und Bad Tölz s. Rosenheimer Anzeiger 4. 3. 1929 (53), 18. 3. 1929 (65).

<sup>22</sup> Vgl. die Messen zum 10. Todestag Ludwigs III. am 18. 10. 1931 z. B. in Rosenheim und Haag oder den im selben Jahr von der Rosenheimer Ortsgruppe gefeierten Gottesdienst mit anschließendem Frühschoppen anlässlich des 62. Geburtstags Rupprechts. Rosenheimer Anzeiger 18. 5. 1931 (112), 19. 10. 1931 (249); Haager Bote 16. 10. 1931 (238).

<sup>23</sup> Haager Bote 28. 4. 1928 (49).

<sup>24</sup> Kolbermoorer Volksblatt 23./24. 4. 1932 (93).

Oberaudorfer Königsbund-Redner Frh. v. Bissing bei monarchistischen Zusammenkünften für die NSDAP. Bereits im Dezember 1928 wettete er in Rosenheim gegen die Parteien, „die in unerhörter Weise“ die Republikschutzgesetze über das deutsche Volk verhängt hätten, und las aus einer Rede, die Hitler in München gehalten hatte, „eine Charakteristik des alten ehrlichen und auf sittlicher Grundlage ruhenden Staates“ vor<sup>25</sup>. Diese nationalsozialistischen Anklänge waren aber innerhalb der monarchistischen Kreise nicht durchsetzbar. Da die HKB-Landesleitung für die Reichstagswahl 1930 nicht eine Empfehlung speziell zugunsten der Anti-Youngplan-Koalition DNVP und NSDAP, sondern für BVP, DNVP oder die abgespaltene Konservative Volkspartei ausgesprochen hatte, verließ v. Bissing demonstrativ den Bund. Die Bayerische Volkspartei sei einer „der größten Nutznießer ... des Verbrechens von 1918“ geworden, der Schindluder mit den monarchistischen Gefühlen treibe, begründete er seinen Schritt. „Für einen Nationalsozialisten, wie für jeden überzeugten Monarchisten“ sei „der Austritt aus diesem im äußeren Ziele guten, im Wesen verkümmerten Bund“ unumgänglich<sup>26</sup>.

Unbestritten dominierten BVP und DNVP nun in der Vorstandschaft des Heimat- und Königsbundes Oberbayern-Ost. Bei der anlässlich der Kreistagung am 24. 4. 1931 in Rosenheim vorgenommenen Neuwahl der Kreisleitung wurden alle Posten ausschließlich mit Anhängern dieser Parteien besetzt. Die Vorstandschaft führte der ehemalige Rosenheimer Bürgermeister Dr. Bruno Kreuter an, der als einstiger Demokrat nach dem Krieg zur BVP und nach seiner schmählichen Abwahl im Herbst 1929 zur DNVP übergewechselt war und im „Chiemgau“ den Posten eines 2. Bundesführers bekleidete. Mit seinem Stellvertreter Johann Seidenbusch, dem Ortsgruppenvorsitzenden der Bad Aiblinger BVP, war auch die vorherrschende politische Richtung vertreten, doch war trotz scheinbarer Parität den Deutschnationalen insgesamt ein über ihr politisches Gewicht hinausgehender Einfluß auf den Bundeskreis eingeräumt<sup>27</sup>.

In Verbindung mit dem zu Wahlzeiten geübten Brauch, den Bundesmitgliedern freizustellen, für welche der Parteien des bürgerlich-rechtskonservativen Spektrums sie sich entschieden, sicherte diese Verteilung den Zusammenhalt, doch geriet die Einheit in ernste Schwierigkeiten, wenn beide Parteien, wie im Fall der Reichspräsidentenwahlen 1932, nicht nur konkurrierten, sondern als erbitterte Gegner aufeinandertrafen. Den Mehrheitsverhältnissen innerhalb des Bundes entsprechend entschlossen sich einzelne Ortsgruppen im Inn- und Chiemgau, aber schließlich auch die Bundesleitung, für Hindenburg Stellung zu beziehen<sup>28</sup>. Kreisleiter Kreuter sah sich dadurch gezwungen, im Namen des HKB zur Wiederwahl des Generalfeldmarschalls aufzurufen, andererseits in seiner Eigenschaft als DNVP-Bezirksvorsitzender bei Wahlversammlungen seiner Partei für Duesterberg zu agitieren, ein Vorgehen, das ihm Hohn und Spott von

<sup>25</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 4. 12. 1928 (280).

<sup>26</sup> Zuschrift in Inntal-Bote 3. 9. 1930 (121).

<sup>27</sup> Kreistagung Rosenheim 24. 4. 1931, Aiblinger Tagblatt 29. 4. 1931 (81). Kreuter war erstmals am 13. 4. 1930 vom stellvertretenden zum 1. Kreisleiter gewählt worden; Aiblinger Zeitung 15. 4. 1930 (87). Zu Kreuter s. Mitteilungsblatt 30. 8. 1928 (35), 10. 3. 1932 (10).

<sup>28</sup> Vgl. Aufruf der Ortsgruppe Sachsenkam, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 12./13. 3. 1932 (60).

Seiten der Linken einbrachte, aber eine tiefergehende Spaltung der Monarchistenbewegung verhinderte<sup>29</sup>.

Im östlichen Oberbayern war der Bayerische Heimat- und Königsbund in der Bevölkerung tief verankert, wobei Rosenheim im Kreis den größten Bezirksverband mit 33 Ortsgruppen und 3539 Mitgliedern zum Ende des Geschäftsjahrs 1930 stellte<sup>30</sup>, doch zeigte die stagnierende Mitgliederzahl, daß der monarchistische Gedanke etwas an Zugkraft eingebüßt hatte. Sie sank im Kreisgebiet ab Frühjahr 1930 binnen Jahresfrist von 13 685 auf 13 608 Personen, um sich im Laufe des folgenden Geschäftsjahrs wieder auf 13 684 zu erholen, was neben der Neugründung dreier Ortsvereine ein insgesamt befriedigendes Ergebnis darstellte<sup>31</sup>. Die Zerfallserscheinungen des parlamentarischen Systems gaben den bayerischen Monarchisten nun neuen Auftrieb. Der von „Bauern doktor“ Georg Heim kolportierte Satz, täglich könne man mit der Ausrufung eines bayerischen Königtums innerhalb des Reichsgefüges rechnen, da die republikanische Verfassung „tot“ sei und man „nur noch auf die Stunde ihrer Beerdigung“ warte<sup>32</sup>, umriß die Hoffnungen, die jetzt in der monarchistischen Bewegung aufkeimten.

Der HKB startete eine Welle von Werbeversammlungen, deren Erfolg sich besonders deutlich im bislang agitatorisch wie organisatorisch kaum erfaßten Rottal nachvollziehen läßt. Der Griesbacher Ortsgruppen- und Bezirksleiter Carl Pimpfinger bereiste im Zuge einer vom HKB initiierten Unterschriftenaktion zur Rückgewinnung der bayerischen Finanzhoheit, teilweise assistiert vom niederbayerischen Kreisleiter Rittmeister v. Chrambach, sein Bezirksamt und fand in diesem Kernland des Bauernbunds einen guten Boden für seine Ideen vor. Wettete auch das Landauer Volksblatt als Sprachrohr des linken BBMB-Flügels gegen die Bestrebungen der Königstreuen, die sich mit der Restaurierung des Königtums befaßten, statt „eine Abwehraktion größten Stiles durchzuführen gegen alle Übergriffe einer typisch saupreußischen Junkerregierung“<sup>33</sup>, so förderte die Griesbacher Bauernbundpresse nach Kräften die neuerwachte monarchistische Begeisterung<sup>34</sup>. Neben BVP-Sympathisanten und vereinzelt Deutschenationalen waren es daher wohl nicht zuletzt Bauernbündler, die zu den neuen Ortsgruppen zählten, die jetzt bei Werbeveranstaltungen, oft im Anschluß an Feiern der Veteranen- und Kriegervereine, wie Pilze aus dem Boden schossen. Allein vom 26. 5. bis zum 26. 6. 1932 gelang es auf diese Weise, von Griesbach aus neue Stützpunkte in Bayerbach (26 Mitglieder), Rainding (30 Mitglieder), Schmelzenholzham (18 Mitglieder), Haarbach und Johanniskirchen ins Leben zu rufen<sup>35</sup>.

<sup>29</sup> Mitteilungsblatt 10. 3. 1932 (10).

<sup>30</sup> Zum Zeitpunkt der Kreistagung am 14. 4. 1931 umfaßten die Bezirksverbände des Kreises Oberbayern-Ost folgende Ortsgruppenzahlen: Altötting 10, Bad Aibling 25, Ebersberg 16, Haag 12, Laufen 18, Miesbach 23, Mühldorf 20, Neumarkt a. d. Rott 4, Rosenheim 33, Traunstein 7, Wasserburg 17, Erding 3, München-Ost 4, insgesamt 194; Aiblinger Tagblatt 29. 4. 1931 (81).

<sup>31</sup> Ebd. u. Kreistagung Rosenheim 19. 6. 1932, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 20./21. 6. 1932 (139).

<sup>32</sup> Münchner Neueste Nachrichten 27. 6. 1932 (172).

<sup>33</sup> Landauer Volksblatt 26./27. 6. 1932 (145).

<sup>34</sup> S. z. B. den Aufruf im Bayerischen Volksboten v. 22. 10. 1932 (244) zur HKB-Unterschriftenaktion: „Versäume niemand, sich einzutragen!“

<sup>35</sup> Bayer. Volksbote 29. 5. 1932 (121); 31. 5. 1932 (122); 7. 6. 1932 (128); 15. 6. 1932 (135); 24. 6. 1932 (143); 29. 6. 1932 (147).

Zur Veränderung der politischen Verhältnisse im Bezirk vermochte diese sprunghafte Entwicklung aber nicht beizutragen. Obwohl sich der HKB nach dem Scheitern der Bemühungen, Kronprinz Rupprecht im Zuge der politischen Umwälzungen auf den bayerischen Thron zu heben, durchaus zur Kooperation mit der nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung bereit zeigte, war für ihn im neuen Staat kein Platz mehr vorhanden. Mit der ersten Versammlungslösung am 13. 3. 1933 im niederbayerischen Ortenburg, wo SA und Gendarmerie eine Rede Chrambachs „wegen möglicher Störung... von marxistischer Seite“ unterbanden<sup>36</sup>, begann auch für die bayerischen Monarchisten die Phase der politischen Unterdrückung.

## 8. *Bund Chiemgau und Isengau im Bayerischen Heimatschutz*

### a) *Reorganisation und Ausbau*

Nach der Konsolidierung der politischen Landschaft Bayerns nach dem gescheiterten Hitlerputsch war es merklich ruhig um die regionalen Wehrverbände geworden. Der „Isengau“, der neben seinem Kerngebiet im Amtsgericht Haag auch weite Teile der Bezirke Ebersberg, Erding und des Münchner Umlands bearbeitete, sowie der zahlenmäßig wie organisatorisch ungleich bedeutendere „Bund Chiemgau“ mit Zentrum im südlichen Teil des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim waren zwar nicht erloschen, doch fehlte ihnen eine konkrete Aufgabe oder Einsatzmöglichkeit. Die heillose Zerstrittenheit der konkurrierenden „vaterländischen“ Rechtsbünde tat ein übriges, um ihnen die frühere Schlagkraft und ihr politisches Gewicht zu rauben.

Um so überraschter reagierte die Öffentlichkeit deshalb auf die Meldung, daß Polizeieinheiten am 16. 3. 1928 Haussuchungen bei Chiemgau-Bundesführer Hugo Jäger in Aschau, dem ehemaligen Waffenmeister August Zimmerer in Rosenheim und den Bad Aiblinger Vorstandsmitgliedern Oberamtsrichter Dr. Maurer und Direktor Norgauer durchgeführt hatten. Die Aktion war von einem Berliner Staatsanwalt wohl im Zuge der Ermittlungen um die Wiking-Affäre angeordnet und wohlweislich ohne vorherige Verständigung der bayerischen Behörden durchgeführt worden. Das Bekanntwerden des Polizeieinsatzes rief, wie das Kolbermoorer Volksblatt betonte, „beträchtlichen Unwillen“ bei der Bevölkerung hervor, offenbarte sich doch „die politische Ohnmacht Bayerns gegenüber dem Reich“<sup>37</sup>. Daß von einem geharnischten Protest der Chiemgau-Leitung oder gar einem Vorstelligwerden bayerischer Regierungskreise in Berlin

<sup>36</sup> Bayer. Volksbote 18. 3. 1933 (65). Vgl. Pockinger Zeitung 18. 3. 1933 (33): „Wegen der daraus zu besorgenden großen Erbitterung der königstreuen Niederbayern, die Tausende von nationalsozialistischen Wählern zu den ihrigen zählen“, erfolgte telegraphische Beschwerde bei Reichsstatthalter v. Epp, der die vorgeblich keineswegs generell ablehnende Haltung der neuen Machthaber zum HKB betonte. Vgl. auch Bayer. Volksbote 21. 3. 1933 (67); 6. 4. 1933 (81); 8. 4. 1933 (83); 12. 4. 1933 (86). Der Bundesvorsitzende Enoch v. Guttenberg löste den HKB mit Rundschreiben vom 6. 7. 1933 auf: Nach 12 Jahren Kampf „gegen Parteienstaat und Parlamentswirtschaft, gegen Pacifismus und undeutsche Gesinnung“ sehe man nun die Gegner geschlagen. Im neuen Staat bleibe kein Platz mehr für den HKB. BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) Stahlhelm Bd. 87.

<sup>37</sup> Kolbermoorer Volksblatt 22./23. 3. 1928 (68); vgl. Haager Bote 27. 3. 1928 (35).

nichts zu hören war, ließ erkennen, wie weit der Einfluß des Chiemgaubundes inzwischen abgesunken war.

Erst im Herbst 1928 kam wieder Bewegung in die Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehrverbände. Chiemgau-Führer Forstmeister Jäger gab bei einer Versammlung der Ortsgruppe Kolbermoor am 17. 11. 1928 seiner Hoffnung Ausdruck, bald „die Heimatwehr im Chiemgau wie früher aufleben zu lassen.“ Vorbild sei die österreichische Heimwehrbewegung, die ja von Rosenheim aus aufgebaut und ausgerüstet worden war<sup>38</sup>.

Durch solche Ankündigungen waren die Bundesmitglieder also schon vorbereitet, als am 2. 12. 1928 beim Isengautag in München am 2. 12. 1928 die Gründung des Bayerischen Heimatschutzes bekanntgegeben wurde, dessen wichtigste Bausteine der Chiemgaubund und der Isengau unter Leitung des Ebersberger, später nach Dachau versetzten Amtsrichters Dr. Hans Essel waren<sup>39</sup>. Rudolf Kanzler, der Chiemgauführer der Einwohnerwehrzeit und Rivale Escherichs, blieb von den Verhandlungen zur Neuorganisation der Verbände ausgeschlossen<sup>40</sup>.

Eine rege Werbe- und Bautätigkeit setzte nun ein. Mit dem Rosenheimer „Bayerntag“ am 20. 1. 1929, zu dessen Hauptorganisatoren der „Chiemgau“ gehörte und an dem auch der „Isengau“ teilnahm, war die Gelegenheit gegeben, den ohnehin engen Kontakt zu anderen bayerisch-föderalistischen Gruppen und dem rechtsbürgerlichen Lager zu vertiefen<sup>41</sup>. Der überwältigende Erfolg der Veranstaltung – nach Schätzung der Chiemgauführung beteiligten sich, inclusive Musikkapellen, 9200 Personen am Demonstrationszug<sup>42</sup> – warb für die Heimatschutzbewegung Escherichs, der neben Fritz Schäffer und Chiemgauführer Jäger als vielumjubelter Redner aufgetreten war und „eine starke Volksbewegung, eine starke Volksgemeinschaft... wie in den Zeiten der Einwohnerwehr“<sup>43</sup> gefordert hatte. Auch in den folgenden Jahren dienten feierlich abgehaltene Heimatschutztage, etwa am 17. 5. 1931 in Bad Aibling, an dem allein 23 Ortsgruppen aus dem Bezirksamt Rosenheim teilnahmen<sup>44</sup>, sowohl der Machtdemonstration als der Werbung neuer Mitglieder<sup>45</sup>.

<sup>38</sup> Kolbermoorer Anzeiger 19. 11. 1928 (267); vgl. o. S. 258.

<sup>39</sup> Zu Vorbereitung der Gründung und organisatorischem Aufbau vgl. Nußer, Wehrverbände I, 297 ff. Ein Thesenpapier v. 26. 2. 1930 des Escherich-Adjutanten v. Reichert zur Abgrenzung vom Stahlhelm betont dagegen, Escherich sei „durch die Gründung völlig überrascht worden: „Die Ausrufung des B. H. Sch. geschah spontan und von unten heraus durch den Führer des Chiemgaus; die alten E. W.-Gau-e Isengau und Isarwinkel-Mangfallgau, ebenso der Dt. Frontkämpferbund schlossen sich spontan an.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/I, Akt 3.

<sup>40</sup> Escherich an Krazer 25. 9. 1929: Es seien „aus maßgebenden Kreisen Münchens Bedenken gegen die Person Kanzlers erhoben worden.“ Ebd., Akt 2.

<sup>41</sup> Zu den personellen Überschneidungen in Bünden und Rechtsparteien vgl. o. S. 224, Anm. 226.

<sup>42</sup> Führersitzung Rosenheim 21. 2. 1929, Aiblinger Zeitung 23. 2. 1929 (46). Der Rosenheimer Anzeiger, 21. 1. 1929 (17), schätzte 6000 Teilnehmer.

<sup>43</sup> Rosenheimer Anzeiger 21. 1. 1929 (17).

<sup>44</sup> Rundschreiben „Quartiereinteilung“, BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW 7/I, Akt 4.

<sup>45</sup> Escherich, Essel und Adlmaier referierten, ein Vorbeimarsch am „Obersten Führer“ wurde abgehalten. Beim Kirchgang betonte H. H. Hörmann in seiner Festpredigt: „Heimatfeinde sind Gottes Feinde! ... Heimatschutz ist Gottes Wille!“ Aiblinger Zeitung 17. 5. 1931 (113).

Zunächst galt es, die Wehrverbände wieder zahlenmäßig aufzustocken. Bei einer Sitzung der Chiemgauleiter am 16. 10. 1930 beklagten sich jedoch die Unterführer, sie sähen „keine Ziele, womit sie die Mitglieder begeistern könnten.“ Gerade die Jugend wende sich dorthin, „wo sich was rührt“, doch sei die Oberleitung zu inaktiv<sup>46</sup>. Die verstärkte Gründung von Kleinkaliberschützenabteilungen und regelmäßig abgehaltene Schießabende und -wettbewerbe sollten nun dazu beitragen, neue Mitglieder anzulocken. Um die Bünde zu verjüngen, wurden besonders „unbescholtene, vaterländisch gesinnte Jungmänner vom 18. Lebensjahr an“ hierfür geworben<sup>47</sup>. Kontinuierlich erweiterte der Bayerische Heimatschutz trotz finanzieller Engpässe das Netz seiner Schießplätze, so daß der Isengau mit der Eröffnung seiner „Gauschießstätte“ im „Isengauheim“ zu Zinneberg (BA Ebersberg) am 18. 9. 1932 über 29 Schießplätze verfügte<sup>48</sup>.

Die Werbekampagnen blieben nicht ohne Wirkung. Der Chiemgauführer konnte zum Jahresbeginn 1931 Escherich mitteilen, rund 15 Ortsgruppen mit Jugendabteilungen seien in den letzten Monaten neu organisiert worden<sup>49</sup>. „Die Chiemgaujugend drängt direkt zum Heimatschutz“, meldete er ein Jahr später. In vielen Landgemeinden gäbe es jeweils über 100 junge Leute, die mehrmals wöchentlich im Schießen, Exerzieren und Felddienst ausgebildet würden<sup>50</sup>. Im Bundesschießplatz Schweinsteig würde außerdem jedem Mitglied ermöglicht, „mindestens einmal scharf auf 200 Meter mit zu Wehrmannsgewehren abgeänderten Militärgewehren“ zu üben. Die militärische Ausbildung stehe jetzt im Vordergrund der Bestrebungen<sup>51</sup>.

Immer skeptischer beobachteten jetzt auch die Vertreter der gemäßigten Rechten die Aktivitäten der Heimatschutztruppen. Als in Wildenwart Chiemgauverbände „zum Schutz des Schlosses und der Mitglieder der königlichen Familie“ bewaffnete Felddienstübungen abhielten, beschwerte sich der Rosenheimer BVP-Landtagsabgeordnete Breitenbach im Februar 1932 beim Bezirksamt<sup>52</sup>. Da andererseits die lokale Agitation der NSDAP gegen die „Nachtwächterdienste im Chiemgau“ auf ein unerhörtes Maß anwuchs und sie mit allen Mitteln versuchte, vor allem die Jugendgruppen für die SA zu begeistern<sup>53</sup>, geriet die Heimatschutzbewegung in die Zwickmühle. Es war ihr unmöglich, zugleich den staatlichen Stellen harmloses Wohlverhalten zu demonstrieren und anderer-

<sup>46</sup> Mitglied Heliel zit. n. Kögl, *Revolutionskämpfe*, 288.

<sup>47</sup> Aufruf der Chiemgau-Ortsgruppe Bad Aibling, *Aiblinger Wochenblatt* 26. 10. 1929 (127).

<sup>48</sup> *Haager Bote* 15. 9. 1932 (106). Die Schätzung Nußers, Wehrverbände I, 344, der BHS habe insgesamt über 3000 eigene Schießplätze verfügt, scheint in diesem Zusammenhang weit überhöht. Ein flächendeckender Ausbau der Schießplätze scheiterte, wie Briefe Jägers (24. 9. 1931, BayHStA Abt. Kriegsarchiv, EW. Bd. 7/I, Akt 4) und des Aiblinger Bezirksführers Oppenrieder (26. 2. 1932, ebd., Akt 5) erkennen lassen, an finanziellen Schwierigkeiten.

<sup>49</sup> Jäger an Escherich 10. 1. 1931, BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/I, Akt 4.

<sup>50</sup> Jäger an Escherich 8. 2. 1932, ebd., Akt 5.

<sup>51</sup> Jäger an Escherich 23. 9. 1931, ebd., Akt 4.

<sup>52</sup> Jäger an Escherich 8. 2. 1932, ebd., Akt 5.

<sup>53</sup> „Die Kampfweise der Nationalsozialisten gegen den Heimatschutz überschreitet in letzter Zeit jedes Maß. Sie sagen in Versammlungen: ‚Wer für sein Vaterland eintreten wolle gehe zu den Nazis, wer Nachtwächterdienste im Chiemgau verrichten wolle, bleibe beim Heimatschutz‘, ferner: Wir würden nur auf hungernde Leute schießen, unsere Leute seien gut, aber die Führer taugen nichts etc.“ Ebd.

seits ein aktives, selbstbewußtes Auftreten an den Tag zu legen, um nicht noch mehr Mitglieder an die extreme Rechte zu verlieren. Die politische Isolierung des Bayerischen Heimatschutzes ab dem Frühjahr 1932 war es, die schon vor Hitlers Machtergreifung Stagnation und Verfall einleitete.

### *b) Die Wehrverbände im politischen Spannungsfeld*

Enge Beziehungen hatte Forstrat Escherich seit 1929 zur monarchistischen Bewegung geknüpft. Mit Billigung Kronprinz Rupprechts brachte er einen von ihm besoldeten Strohmann in die Führung des Heimat- und Königbundes ein, was ihm direkten Einfluß auf die Monarchistenvereinigung gestattete, die praktisch in den BHS integriert wurde<sup>54</sup>. Heimatschutztrupps traten in HKB-Veranstaltungen als Saalschutz auf<sup>55</sup>, Großveranstaltungen, wie die „Bayerntage“ oder ein „weiß-blauer Tag“ mit Eisner-Mörder Anton Graf Arco-Valley am 5. 10. 1930 in Höhenrain (BA Aibling)<sup>56</sup> wurden in enger Zusammenarbeit abgewickelt.

Um die Heimatschutzbewegung weiter zu konsolidieren, nahm Escherich Verhandlungen mit dem Bayerischen Stahlhelm auf, die sich bis 1931 hinzogen, aber schließlich an der Rivalität der Führungsriege scheiterten<sup>57</sup>. Chiemgau-Führer Jäger, der geäußert hatte, wegen der Schwäche des Stahlhelms in seinem Gebiet sei ein Zusammenschluß ohnehin wenig attraktiv<sup>58</sup>, brachte den Gegenvorschlag, die oberste Leitung solle mit dem Gandorfer-Flügel des Bauernbunds Kontakt aufnehmen, doch lehnte Escherich ab. Aus grundsätzlichen Erwägungen müßte „die Verbindung mit dem Bauernbund von unten“ geschlagen werden, wozu etwa der Vogtareuther Obmann Bartholomäus Großmann, der 1919 in der gegenrevolutionären Bewegung engagiert gewesen war<sup>59</sup>, als Verbindungsmann geeignet sei. Spätestens seit der Rede Konrad Küblers beim Südbayerischen Reichsbannertag am 26. 5. 1929 in München hätten sich die linken Bauernbundführer „jenseits des Striches gestellt, den wir als trennend bezeichnen müssen“<sup>60</sup>.

Trotz dieser Distanzierung bahnten sich Kontakte mit dem Bayerischen Bauernbund an, der zu Jahresbeginn 1930 seinerseits eine Annäherung an die erfolgversprechende Heimatschutzbewegung suchte, um nicht ins Abseits gedrängt zu werden. Nachdem auf Einladung des Landwirtschaftsministers Fehr Escherich und Isengau-Führer Essel am 25. 1. 1930 in einer Sitzung des geschäftsführenden BBMB-Ausschusses aufgetreten waren<sup>61</sup>, unterstützten Fehr

<sup>54</sup> Vgl. Nußer, Wehrverbände I, 312.

<sup>55</sup> Vgl. Dankschreiben Enoch v. Guttenbergs an Escherich 18. 5. 1931, BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 4.

<sup>56</sup> Aiblinger Zeitung 8. 10. 1932 (232).

<sup>57</sup> Briefwechsel in BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 2–5. Vgl. Nußer, Wehrverbände I, 310 ff.

<sup>58</sup> Jäger an Escherich 16. 5. 1929: „Der Stahlhelm hat außerhalb Münchens in den bayerischen Provinzstädten nur kleine Gruppen und Grüppchen, auf dem Lande so gut wie nichts, sodaß er in keiner Weise als die führende Bewegung in Bayern angesehen werden kann.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 2.

<sup>59</sup> Zu Großmann s. Kögl, Revolutionskämpfe, 248 ff.

<sup>60</sup> Escherich an Jäger 27. 5. 1929, BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 2.

<sup>61</sup> Fehr an Escherich 14. 1. 1930; dessen Antwort 22. 1. 1930, ebd., Akt 3.

und Vorstandsmitglied Prof. Karl Simbeck die Gründung eines „Gau München“, doch meldete Simbeck trotz grundsätzlicher Kooperationsbereitschaft Bedenken an. Angesichts seiner Verantwortung gegenüber dem Parteivolk und der Tatsache, daß die Einwohnerwehr Escherichs in der Endphase nicht mehr den ursprünglich verfolgten Zielen entsprochen habe, verlange er zuerst völlige Klarheit über die Zielsetzung des BHS<sup>62</sup>. Ein Gespräch, das ihm Escherich daraufhin zur Klärung strittiger Punkte anbot<sup>63</sup>, räumte Simbecks Bedenken aus, der nun seine „treue Gefolgschaft“ versicherte, wenig später berichtete, er habe „schon fast alle einflußreichen Männer“ des Bauernbunds, die er inzwischen gesprochen habe, für die Bewegung Escherichs gewonnen, und versprach, bei Versammlungen des BBMB und seiner „Jungbauernfähnlein“ für den Heimatschutz zu werben<sup>64</sup>.

Der BHS war jedoch nicht gewillt, sich einseitig für die Belange der Landwirtschaft einspannen zu lassen. Dies zeigte sich, als Paul Leitner, Jungbauernführer im Bezirk Reichenhall und leitendes Mitglied der Neuen Bauernbewegung, im November 1931 seinen Heimatschutzführern im Rupertigau den Vorschlag machte, er werde den Jungbauernbund dem Heimatschutz eingliedern, wenn sich dieser mit seinem Einfluß gegen Pfändungen, Zwangsversteigerungen sowie für Zinssenkungen und -stundungen im landwirtschaftlichen Bereich stark mache. Die rechtsgerichteten Verbände Bayerns sollten sich außerdem zu einer „nationalen Front“ zusammenschließen. Würde sich die BHS-Führung nicht sofort entschließen, „diese Punkte aufzugreifen und mit aller Activität in die Wirklichkeit umzusetzen“, werde die „gesamte Bauernbewegung in ganz andere Hände übergehen“<sup>65</sup>. Dies seien reine Tagesfragen, notierte Escherich, die den Heimatschutz nicht betreffen. Überdies empfand er es als „Frechheit“, aus der Organisationsbasis ultimative Forderungen an die Oberleitung zu stellen. Sein ablehnendes Antwortschreiben ließ an Schärfe nichts zu wünschen übrig<sup>66</sup>.

Seit August Zimmerer vom Rosenheimer Chiemgaubund sich als Gesandter Escherichs im Mai 1929 mit Bauernvereinschef Dr. Heim, dem mächtigsten Mann im Lager der BVP, in Verbindung gesetzt und die Zusage erhalten hatte, Heim werde dem Bayerischen Heimatschutz „alle Unterstützung“ gewähren und seine Ziele „in jeder Beziehung fördern“<sup>67</sup>, stand die Heimatschutzführung auch in ständigem Kontakt mit der Leitung der Bayerischen Volkspartei. Mit Hilfe des Bauernvereinsapparates bereitete Heim das Ausgreifen des Heimatschutzes auf die Oberpfalz vor, vermied aber mit Hinweis auf seine angegriffene Gesundheit, persönlich in Veranstaltungen als Werber aufzutreten<sup>68</sup>.

Verbindungsmann zum rechten Flügel der BVP wurde Dr. Conrad Adlmaier, der Schriftleiter der Blätter des „Bayerischen Zeitungsblocks“, der das BHS-Organ „Heimatschutz“ redaktionell leitete und daneben als Referent einen Großteil der Versammlungsarbeit des Bayerischen Heimatschutzes im Chiemgau und

<sup>62</sup> Simbeck an Escherich 8. 5. 1930, ebd.

<sup>63</sup> Antwort Escherichs 13. 5. 1930, ebd.

<sup>64</sup> Simbeck an Escherich 19. 5. 1930, ebd.

<sup>65</sup> Bezirksführung Rupertigau an Escherich 7. 11. 1931, ebd., Akt 4.

<sup>66</sup> Antwort 10. 11. 1931, ebd.

<sup>67</sup> Zimmerer an Escherich 27. 5. 1929, ebd., Akt 2.

<sup>68</sup> Escherich an Heim 28. 12. 1930; dessen Antwort 30. 12. 1930, ebd., Akt 3. Heim unterstützte den BHS auch beim Ausgreifen nach Franken; Heim an Escherich 26. 2. 1931, ebd., Akt 4.

bayerischen Oberland bestritt. An der Heimatschutzbewegung interessiert Anteil nahm auch der BVP-Parteivorsitzende Fritz Schäffer, der mit Escherich einen regen Meinungsaustausch pflegte und gemeinsam mit MdR Eugen Graf v. Quadt-Isny bemüht war, die Reibereien, welche die Konkurrenz von Bayernwacht und BHS an der Basis erzeugten, abzuschwächen. Am 17. 11. 1930 von Schäffer und Escherich unterzeichnete Richtlinien sollten die Agitationsgebiete entflechten und dazu beitragen, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Sie sahen vor, daß in Gegenden, in denen der BHS bereits Stützpunkte gegründet habe und aktiv arbeite, keine Werbung für die Bayernwacht betrieben werden solle. Auch sollten Schießstände oder andere Verbandsanlagen gemeinsam genutzt werden<sup>69</sup>. Der Tatendrang einzelner Repräsentanten, wie des Bayernwachtführers Ritter v. Lex in Rosenheim<sup>70</sup>, untergrub jedoch alle guten Vorsätze und ließ immer wieder Spannungen zwischen der Parteitruppe und dem offiziell überparteilichen Heimatschutz entstehen<sup>71</sup>.

In der Hoffnung auf tätige Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung präsentierten sich die Bayerischen Heimatschutzbünde als Retter vor der nationalsozialistischen Gefahr. Mit Einverständnis Escherichs entwickelte sein Chefideologe Karl Krazer in einem Brief an den BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer vom 12. 6. 1930, für die Bayerischen Regierungsparteien sei es angesichts der nahezu tödlichen Propaganda und der Erfolge der NSDAP zu spät, mit konventionellen Mitteln den offenen Kampf aufzunehmen. Wie im Nachbarland Österreich werde es auch in Bayern den Wehrverbänden gelingen, Kräfte zu absorbieren und damit an die bestehende Staatsordnung zu binden, die sonst den Nationalsozialisten zufließen würden. Die „begriffliche Furcht“ von Teilen des BBMB und der BVP vor Putschgelüsten des Heimatschutzes tat er als unberechtigt ab, ohne sich jedoch prinzipiell von antiparlamentarischen Aktionen zu distanzieren<sup>72</sup>:

„Es ist verständlich, wenn die durch die nationalsozialistische Propaganda in ihrem Bestand bedrohten Parteien alle Mittel in Bewegung setzen, um dieser für sie nahezu tödlichen Propaganda Abbruch zu tun. Es fragt sich nur, ob dies das richtige Mittel ist. Ich fürchte, daß es sowohl für die Bayerische Volkspartei wie für den Bauernbund zu spät ist, den Kampf offen aufzunehmen, selbst wenn man ihn mit Mitteln der Staatsregierung unterstützen kann. Ich habe gerade in letzter Zeit bei meinen allsonntäglichen Werbereisen folgendes Bild öfters angetroffen: Der Bürgermeister an der Spitze und ganze Gemeinden sind nationalsozialistisch geworden, ganz gleich, ob wir uns in einem Interessengebiet der Bayerischen Volkspartei oder im Interessengebiet des Bauernbundes befanden und so und so oft habe ich hören müssen: ‚Ja, wenn Sie früher gekommen wären, noch vor einem halben Jahre, da hätten wir uns dem Heimatschutz angeschlossen, aber es ist niemand zu uns gekommen und wir müssen etwas tun, um die derzeitigen Zustände unter allen Umständen zu beseitigen.‘ Mit Variationen können Sie diese Rede öfter hören und selbst bei den

<sup>69</sup> „Richtlinien“ 17. 11. 1930, ebd. Zum Verhältnis der Bayernwacht zum BHS vgl. Schäffer an Escherich 23. 5. 1930, ebd., Akt 3; Escherich an Schäffer 19. 2. 1931; dessen Antwort 25. 2. 1931, ebd., Akt 4; Quadt-Isny an Escherich 4. 5. 1931. Er schlug vor, der BHS sollte bei Versammlungen sowohl von BVP als DNVP als Saalschutz auftreten; Escherichs ablehnende Antwort 7. 5. 1931, ebd.

<sup>70</sup> Vgl. Chiemgau-Funktionär Gallwitzer an Schäffer (Abschr. o. Dat.), StA Rosenheim IA 1 / 74.

<sup>71</sup> Vgl. die Beschwerdeschrift Major Breitungs o. Dat., BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW 7 / I, Akt 5.

<sup>72</sup> Krazer an Schäffer 12. 6. 1930, ebd., Akt 3.

getreuesten Anhängern klingt der Neid, die Anerkennung und manchmal der geheime Wunsch durch, ebenfalls bei der Bewegung mitzumachen, welche den Willen hat, mit den derzeitigen Regimen restlos aufzuräumen.

Ich bereise das Land nun seit Dezember 1929 regelmäßig. Während ich früher, bis Anfang 1930 einen wesentlichen Einfluß Hitlers auf dem Lande fast nirgends feststellen konnte, beginnt er nunmehr, nicht nur sich bemerkbar zu machen, sondern ist auch mit derartiger Ausbreitung vorhanden, daß manche Gegenden nicht mehr auf uns hören... Wie alle Welt weiß, ist in unserem Nachbarland Österreich der Nationalsozialismus eine kleine Bewegung geblieben, weil eben die Heimwehr diejenige Bewegung war, welche dem verzweifelten Staatsbürger als die Rettung erschien. Auch bei uns würde sich genau derselbe Vorgang abspielen... Das Land hat das Gefühl, daß es so nicht weiter geht. Der Haß gegen das Parlament, die Abneigung gegen die Parteien sind gegebene Faktoren und der Grund für die Leute irgendeiner Organisation anzugehören. Eine Organisation, wie die österreichische Heimatwehr würde unserem bäuerlichen und kleinstädtischen Volk am besten passen. Die Großstädte scheiden aus anderen Faktoren zunächst aus. Schafft es aber der Heimatschutz nicht, dann müssen die Leute unbedingt der Fahne des Nationalsozialismus folgen...

In den Reihen der maßgebenden Parteien, Bauernbund und Bayerische Volkspartei sind weite Kreise, insbesondere die parlamentarischen Vertreter, wenn nicht gegen den Heimatschutz so doch recht vorsichtig ihm gegenüber, in der berechtigten Furcht, es könne der Heimatschutz der parlamentarischen Regierung eines Tages den Garaus machen... Ob der parlamentarische Gedanke und damit das Parlament leben oder sterben wird, hängt von ganz anderen Faktoren als einer Gewaltaktion eines Verbandes ab. Ich glaube, daß Sie mit mir einig sind in der Auffassung, daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Verfassung zu ändern, daß wir aber für den Augenblick gerüstet sein müssen, wenn diese Verfassung von selbst stirbt oder gewaltsam von anderer Seite zum Sterben gebracht wird.“

Diese Selbstdarstellung schien von Erfolg gekrönt, als viele Gemeinden im Jahre 1931 angesichts der zunehmenden politischen Spannungen mit wohlwollender Duldung der Regierungsbehörden dazu übergingen, Notpolizei-einheiten aufzustellen, die sich meist aus Mitgliedern der Heimatschutzverbände rekrutierten. Wie in den frühen zwanziger Jahren mobilisierte der Rosenheimer Bürgermeister zum KPD-Erwerbslosentag 1930 den Wehrverband, obwohl ausreichende Landespolizeieinheiten nahe der Stadt zusammengezogen worden waren<sup>73</sup>. Dies schien dem Bayerischen Heimatschutz eine halboffizielle Stellung zu eröffnen, doch scheiterte sein geregelter Einsatz an Vorbehalten beider Seiten. Der Rosenheimer „Chiemgau“-Unterführer Hans Gallwitzer wies das Ansinnen Bürgermeister Knorrs zurück, eine ständig einsatzbereite, dreißigköpfige Ortswehr zu bilden. Zum einen seien keine geeigneten Leute in der Stadt vorhanden, zum anderen 30 Mann zu wenig, um erfolgreich gegen die Kommunisten antreten zu können. Außerdem lasse sich gegebenenfalls niemand gerne gegen rechtsstehende Gruppen, also die Nationalsozialisten, einsetzen<sup>74</sup>. Jäger beklagte sich dagegen bei Escherich, der Aiblinger Bezirksamtschef Wagner hintertreibe den mit der Chiemgauleitung vereinbarten Einsatz von Heimatschutzmitgliedern als Notpolizei<sup>75</sup>. Er unterstützte die Meinung seines „Werkzeug-

<sup>73</sup> Rosenheimer Anzeiger 7./8. 3. 1930 (55).

<sup>74</sup> Gallwitzer an Schäffer (Abschr. o. Dat.), StA Rosenheim IA 1/74.

<sup>75</sup> Besonders wurde Wagner der Ausspruch verübelt, „es gäbe im Bezirk noch einen verfassungstreuen Verband, nämlich das Reichsbanner!“ Jäger an Escherich 2. 1. 1932, BayHStA (Abt. Kriegsarch.) EW 7/1, Akt 5. Vgl die Beschwerde Escherichs bei Ministerpräsident Held 20. 1. 1931, immer wieder würden Notpolizeieinheiten aus Bayernwacht, Feuerwehr und Veteranenvereinen gebildet, obwohl die Bezirksamtsvorsteher „allgemein... offenbar“ angewiesen seien, sie aus dem BHS zu rekrutieren; ebd., Akt 5.

referenten“ (= Waffenwart, d. Verf.) Hermann Trittermann<sup>76</sup>, der Chiemgau solle bei einem eventuellen Einsatz nur geschlossen, also ohne durch Behörden beschränkte Mannschaftszahl, auftreten<sup>77</sup>.

Das Lavieren der Heimatschutzführung zwischen den Parteien und Rechtsgruppen und vor allem das Faktum, daß die Nationalsozialisten, offiziell zum Gegner des Heimatschutzes erklärt, vor allem im „Chiemgau“ nach wie vor unübersichtbar stark vertreten waren, gab den Bedenken gegenüber der Zuverlässigkeit des Heimatschutzes neue Nahrung. Zwar wurden regelmäßig bei Versammlungen auftretende nationalsozialistische Diskussionsredner mit Hinweis auf die Überparteilichkeit des föderalistisch-rechten Sammelbeckens abgefertigt, doch waren die internen parteipolitischen Spannungen kaum zu übersehen. Bei einem Heimatabend der „Chiemgau“-Ortsgruppe Kolbermoor am 21.2.1931 kam es schließlich zum Eklat, als nach einer Rede Jägers mehrere Nationalsozialisten, unter ihnen der örtliche militärische Bundesführer, gegen Ministerpräsident Held und die BVP zu Felde zogen. Im Interesse der parteipolitischen Ungebundenheit des „Chiemgau“ sei es endlich an der Zeit, die nationalsozialistischen „Radikalinskis“ aus der Organisation zu entfernen, protestierte daraufhin das Blatt des Christlichen Ortskartells<sup>78</sup>.

Da nun auch die BVP-Spitze sich sorgte, der „Chiemgau“ könne wieder wie in den frühen zwanziger Jahren weitgehend nationalsozialistisch unterwandert werden und damit zum Gegenteil dessen umschlagen, was sie von ihm erwartete, fragte Parteichef Schäffer vertraulich bei seinem Freund Hans Gallwitzer, Lehrer am Rosenheimer Gymnasium und einem der gemäßigeren „Chiemgau“-Führungsmitglieder an, wie sich der Wehrverband zur NSDAP stelle. Gallwitzers Antwort spiegelt die enge Verknüpfung der rechten politischen Szene im kleinstädtischen Milieu wider:

„Zur Haltung des Heimatschutzes! Oberforstmeister Graßmann gab als Weisung Escherichs bekannt: Der BH. nimmt jederzeit den Kampf gegen Links auf; bei einem Gegensatz zwischen der Regierung und Nat. Soz. behält er sich freie Hand vor... Es sollte wohl ein Druck auf die Regierung sein, soweit als möglich mit allen rechtsstehenden Kreisen zusammenzuarbeiten. Denn jeder Kampf unter uns, hier also mit den Nat. Soz., würde den Linksstehenden die größte Freude machen.

... Wie sieht es nun mit der Haltung des Chiemgaues aus? Wir waren nie Nat. Soz. und werden es nie. Chiemgau und Nat. Soz. Abteilungen stehen einander vollkommen fremd gegenüber. Aktivere Elemente aus unserer Jungmannschaft freilich sind uns schon öfter weggekeilt worden, weil auf sie das aktivere Programm der NS. eine Anziehung ausübt. Aber Du mußt Dir die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse vorstellen. Von den etwa 20 Ärzten z. B. sind 6 Nat. Soz. ... Wir haben alle in unserem Bekanntenkreise manchen Nat. Soz. Es ist hier wie überall. Sie kennen die Schwäche ihres Parteiprogramms, aber sie bleiben der Partei treu, weil sie radikaler denken und von ihr eine kräftigere Außenpolitik erhoffen. Jeder sogenannte starke Mann hat ihre Stimme. Im Chiemgau sind natürlich auch Deutsche nationale wie Herr von Bippen. Diese treten natürlich immer für die Nat. Soz. ein...

Ich stelle mich jederzeit zur Verfügung und würde – auch wenn es mir nicht leicht fiel – auch gegen die Nat. Soz. kämpfen.“<sup>79</sup>.

<sup>76</sup> Zu Trittermann s. Nußer, Wehrverbände I, 331, Anm. 129.

<sup>77</sup> Trittermann an Jäger 17.2.1931; Jäger an Escherich 19.2.1931; BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 4.

<sup>78</sup> Kolbermoorer Volksblatt 23./24.2.1932 (44).

<sup>79</sup> Gallwitzer an Schäffer (Abschr. o. Dat.), StA Rosenheim IA 1/74.

„Jedenfalls gibt der Brief dahingehend Auskunft, daß vom Chiemgau, solange Leute wie Graßmann und Gallwitzer die Führung haben, unbedingte Staatstreue zu erwarten ist“. teilte Schäffer daraufhin beruhigend dem Rosenheimer Bürgermeister Dr. Knorr mit<sup>80</sup>. Allerdings verschoben sich schon nach kurzer Zeit die Gewichtungen innerhalb der „Chiemgau“-Leitung, als der angesprochene Ehrenvorsitzende Peter Graßmann, der Vorstand des Rosenheimer Forstamts, der schon zu Zeiten des Hitlerputsches mäßigend auf den Bund eingewirkt hatte, im August 1931 verstarb<sup>81</sup>. Da durch den Selbstmord des ehemals stellvertretenden Bundesvorsitzenden Zimmerer wenige Wochen zuvor ein weiteres leitendes Mitglied aus dem Leben geschieden war<sup>82</sup>, konzentrierte sich die Bundesführung noch mehr als bisher auf Hugo Jäger.

Daß aber Escherich den Chiemgaubund und seinen Führer schon vorher nicht als absolut zuverlässig angesehen hatte, bewies seine Reaktion auf die empörten Meldungen Graßmanns und Jägers, am 13. 2. 1931 sei von Beamten der Münchner Polizeidirektion unter Mitwirkung eines Reichswehroffiziers im Schloß Brannenburg ein Waffenlager ausgehoben worden, das Forstwart Trittermann unterstand. Förderte die Waffensuche hierbei auch nur einige alte Militärgewehre und vier leichte MG's zutage, so fanden sich im Schulhaus der Gemeinde Söchtenau 116 auf Gemeindekosten instandgehaltene Gewehre nebst Munition vor<sup>83</sup>. Escherich beließ es ganz gegen seine sonstigen Gepflogenheiten dabei, Ministerpräsident Held eine Abschrift von Graßmanns Schreiben zu übermitteln, auf die verbitterte Stimmung im „Chiemgau“ hinzuweisen und ihn zu bitten, nicht durch solche Aktionen auch „die noch bisher vernünftig gebliebenen Bevölkerungsschichten unweigerlich in die Reihen der Radikalen zu treiben“<sup>84</sup>. Vorschläge seines Stellvertreters Oberstleutnant v. Reichert, einen scharfen Protest abzugeben, lehnte er ab.

Chiemgauführer Hugo Jäger, den Forstmann im Dienste des Freiherrn v. Cramer-Klett, verband mit Escherich schon seit einiger Zeit ein eher gespanntes Verhältnis. Im Herbst 1930 hatte er sich den Unmut des selbstherrlichen und unbedingten Gehorsam fordernden obersten Heimatschutzführers zugezogen, als er angeregt hatte, einer der Gauführer müsse neben Escherich und dessen Stellvertreter Mitglied der Oberleitung des BHS sein<sup>85</sup>. Seine indifferente Haltung zur NSDAP trug überdies dazu bei, daß sich für die Bayerische Volkspartei immer deutlicher herauskristallisierte, daß ihr Plan, den BHS mehr oder weniger der Partei als Stütze gegen die Gefahr des Nationalsozialismus anzugliedern, fehlgeschlagen war. Innenminister Stützel monierte Anfang Januar 1932 bei Escherich,

<sup>80</sup> Schäffer an Knorr 14. 4. 1931, ebd. Schäffer fügte an, Escherich habe, was den Vorbehalt gegen Rechts betreffe, den auch Gallwitzer für „unklug“ einstufte, ihm gegenüber „immer eine andere Stellung eingenommen“.

<sup>81</sup> Kurzbiographie in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 1./2. 8. 1931 (174); vgl. 6./ 7. 8. 1931 (178); 10./1. 8. 1931 (181).

<sup>82</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 3./4. 6. 1931 (125); Aiblinger Tagblatt 6. 6. 1931 (106).

<sup>83</sup> Trittermann an Jäger 17. 2. 1931; Graßmann an Escherich 19. 2. 1931; Jäger an Escherich 19. 2. 1931; BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/I, Akt 4.

<sup>84</sup> Escherich an Held 21. 2. 1931, ebd.

<sup>85</sup> Mit Schreiben an Escherich v. 9. 10. 1930 schränkte er entschuldigend ein, er habe nur an eine „beratende Stimme“ gedacht. „Die Entscheidung fällt ausschließlich und allein der Oberste Führer.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/I, Akt 4.

Jäger habe am 25. 11. 1931 in Tuntenhäusern zur Haltung seiner Organisation geäußert, „darüber, wie sich der Chiemgau bei einem Putsch der NSDAP. stellen werde, könne er keine Auskunft geben, vielmehr müsse er erst bei der obersten Leitung anfragen“<sup>86</sup>. Zwar stellte sich Escherich vor seinen Gauführer<sup>87</sup>, doch konnte er das neuerwachte, schon vorher latent vorhandene Mißtrauen von BVP und Regierung nicht mehr ausräumen. Die unnachgiebige Haltung Escherichs, der seine Person als Zentrum aller Aktivitäten der Heimatschutzverbände sah und keine Bereitschaft zu Konzessionen zeigte, führte ihn jetzt beschleunigt in die Isolation. Als ihm Bauernvereinschef Dr. Heim am 18. 3. 1932 vorwarf, der BHS dulde selbst in dieser Phase politischer Hochspannung Nationalsozialisten in seinen Reihen und habe keinen Finger gerührt, um Wahlveranstaltungen zugunsten Hindenburgs zu schützen, und ihm deshalb schroff jede weitere Unterstützung aufkündigte<sup>88</sup>, verlor der Heimatschutz seinen wertvollsten Verbündeten.

Am selben Tag verhafteten Polizeieinheiten Chiemgau-Waffenwart Trittermann und nahmen im Inntal Haussuchungen vor, bei denen, nach Angaben der „Münchener Post“, allein im Brannenburger Schloß vier Wagenladungen von Waffen und Munition beschlagnahmt wurden<sup>89</sup>. Escherich bezeichnete zwar alle Berichte als absurd, denenzufolge er Drahtzieher der Aktion gewesen sei, da er den „Chiemgau“ für nationalsozialistisch unterwandert ansehe<sup>90</sup>, doch war dieser Verdacht nicht aus der Luft gegriffen. Wieder kam er der dringenden Bitte Jägers, „schärfsten Protest“ gegen die Haussuchungen einzulegen<sup>91</sup>, nicht nach. Es sei ihm völlig unmöglich, für den „Chiemgau“ einzutreten, antwortete er dem Chiemgauführer, zumal er erst klar sehen müsse, ob sich der Wehrverband noch unter der Kontrolle des BHS befinde<sup>92</sup>.

<sup>86</sup> Stützel an Escherich 9. 1. 1932, ebd., Akt 5.

<sup>87</sup> Escherich an Stützel, Schäffer u. Staatsrat Bleyer 14. 1. 1932, ebd.

<sup>88</sup> Heim an Escherich 18. 3. 1932, ebd. Bereits am 18. 3. 1931 hatte Heim nach Gerüchten, der „Chiemgau“ beherberge viele Nazis, Escherich mitgeteilt, man sei „mißtrauisch“; ebd., Akt 4. Ein Vermittlungsversuch des Frontkämpferbund-Führers Breitung, dem Bauernvereinssekretär Hundhammer versprach, sich bei Heim zugunsten des BHS zu verwenden, verlief im Sande. Niederschrift Breitung 26. 3. 1932, ebd., Akt 6. Vgl. Nußer, Wehrverbände II, Dok. 13. u. 14.

<sup>89</sup> Münchener Post 30. 3. 1932 (73); 2./3. 4. 1932 (76). Das Blatt brachte die Waffenlager mit der Brannenburger Industriellenfamilie Steinbeis in Verbindung. Vgl. Jägers Bericht, 24. 3. 1932, BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) Bd. 7/I, Akt 5. Auch die Nationalsozialisten bezeichneten in einem Flugblatt Escherich als Auslöser der Aktion; Nußer, Wehrverbände I, 349.

<sup>90</sup> Escherich telefonisch an Telegraphen-Union (Aktennotiz 5. 4. 1932), BayHStA (Abt. Kriegsarchiv), EW Bd. 7/I, Akt 5.

<sup>91</sup> Jäger an Escherich 24. 3. 1932. Escherich beließ es bei einer allgemein gehaltenen Stellungnahme zur Bewaffnungsfrage an Innenminister Stützel, 4. 4. 1932, ebd.

<sup>92</sup> Escherich an Jäger 1. 4. 1932. Weit schärfer als dieses Schreiben war ein – nicht ausgeführter – Entwurf abgefaßt, der die wirkliche Einschätzung der Lage zeigt: Die Polizeiaktion habe sich nicht gegen den Heimatschutz gerichtet, „sondern rein gegen die Nat. Soz., deren Partei ja bei ihrem jetzigen Auftreten eine Gefahr für den Staat bedeutet und überall mit ihren Drohungen die größte Beunruhigung hervorgerufen haben. Ihre Alarmbereitschaft und die Absicht, überall bei der Wahl Hitlers die Macht an sich reißen zu wollen, werden Dir ja auch bekannt sein.

Ich habe den Eindruck, daß sich die Nationalsozialisten im Chiemgau durch den Heimatschutz bewaffnen... Es ist auch tatsächlich so, daß nicht nur im Chiemgau, sondern auch

Zu dieser Entfremdung trug eine Stellungnahme des „Chiemgau“ im Rosenheimer Anzeiger bei, die einen Wahlauftritt Escherichs zugunsten Hindenburgs<sup>93</sup> als rein persönliche Meinungsäußerung interpretierte und betonte, der „Chiemgau“ stelle seinen Mitgliedern frei, für welchen der Kandidaten sie sich entschieden<sup>94</sup>. Zur Rede gestellt entschuldigte sich Jäger damit, führende Mitglieder wie der 2. Bundesführer Kreuter von der DNVP wären bei einem einseitigen Wahlauftritt verprellt, die Einheit ernstlich gefährdet worden<sup>95</sup>. Auch sein Bericht, er habe eine „Säuberung“ innerhalb der 70 Mann starken Führerriege des Bundes durchgeführt, wobei einige Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP ausgeschieden seien bzw. die Partei verlassen hätten, um weiterhin beim „Chiemgau“ zu bleiben<sup>96</sup>, erhielt die Billigung des „Obersten Führers“. Eine Aussprache in Isen am 8. 4. 1932 stellte schließlich den Konsens wieder notdürftig her<sup>97</sup>.

Nach dem Bruch mit Heim und den inneren Zerwürfnissen des Frühjahrs 1932 hatte jedoch die Bayerische Heimatschutzbewegung den Höhepunkt ihres Einflusses überschritten. Escherich hatte die integrierende Kraft seiner Person überschätzt und mußte bei dem Versuch, ohne Rücksichten auf nahestehende Parteien oder Gruppen seine unabhängige Linie durchzusetzen, zwangsläufig scheitern. Sein schwammiges, von ihm selbst immer wieder durchbrochenes Programm der überparteilichen, aber dennoch keineswegs parteifreien Staatserhaltung und seine auseinanderdriftenden, von ständigen Finanznöten geplagten Verbände waren zu unattraktiv, um dem Nationalsozialismus wie geplant Kräfte zu entziehen, aber andererseits zu unzuverlässig, um von Seiten der bayerischen Regierung Unterstützung zu erhalten. Nach dem schnellen Aufbau seiner Organisation begann der Heimatschutz schon im dritten Jahr seines Bestehens zu stagnieren und zugunsten parteigebundener Verbände auseinanderzubrechen.

Noch bevor SA-Sonderkommissar Röhm am 23. 3. 1933 Escherich lapidar mitteilte, es habe sich als undurchführbar erwiesen, neben SA, SS und Stahlhelm weitere Wehrverbände bestehen zu lassen, und Escherich befahl, den Bayeri-

in anderen Gauen, Waffen, die vom Heimatschutz aus einzelnen anverträgt worden sind, bei deren Schwenkung zu den Nat. Soz. einfach in dieses Lager mit hinübergewandert sind, und wir damit indirekt einen drohenden Umsturz unterstützt haben...

Trittermann ist im Polizeibericht als ‚forstwissenschaftlicher Gaufachberater der N.S.D.A.P.‘ genannt, wenn er nun gleichzeitig Werkzeugreferent des Chiemgau ist, dann wird die Polizei schwer davon zu überzeugen sein, daß Trittermann nicht die ganzen Waffen auch an die Nat. Soz. ausliefern würde...

Aus Gerüchten... habe ich den Eindruck gewinnen müssen, daß große Teile des Gaus im Begriffe sind, dem Führer aus der Hand zu kommen und mit ihren Waffen zu den nat. Soz. überzugehen. Es ist tatsächlich so, daß die Polizei, die ... den Nat. Sozialisten die Waffen nehmen wollte, nunmehr den Chiemgau getroffen hat, da offenbar kaum mehr ein Unterschied zwischen Nat. Soz. und Heimatschutzkameraden zu bestehen scheint.“ Ebd.

<sup>93</sup> „Das System der Pflichttreue: Hindenburg“, z.B. in Wasserburger Anzeiger 11. 3. 1932 (59).

<sup>94</sup> Rosenheimer Anzeiger 21. 3. 1932 (66).

<sup>95</sup> Escherich an Jäger 23. 3. 1932; dessen Antwort 24. 3. 1932. Escherich notierte: „In gegenwärtiger Lage kein Führerwechsel möglich. Jäger große Verdienste und viele Anhänger.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) EW Bd. 7/1, Akt 5.

<sup>96</sup> Jäger an Escherich 5. 4. 1932, ebd.

<sup>97</sup> Vgl. Jäger an Escherich 12. 4. 1932, ebd.

schen Heimatschutz aufzulösen<sup>98</sup>, zerfiel der BHS. Dem Beispiel des Rupertigau-Führers Josef Fischer folgend, der bereits kurz vor der letzten halbwegs demokratischen Reichstagswahl mit seinen Anhängern in die „Nationale Front“ eingetreten war<sup>99</sup>, beschloß am 11. 3. 1933 die „Chiemgau“-Führervollversammlung von 50 Ortsgruppen, sich ebenfalls der Regierung Hitler zur Verfügung zu stellen<sup>100</sup>. Eine Delegation erhielt von Reichsstatthalter v. Epp die Zusicherung, er werde für das Weiterbestehen des Bundes im neuen Reich eintreten<sup>101</sup>, doch waren auch die Tage des „Chiemgau“ gezählt. In einer überraschenden Aktion wurden Jäger und einige Unterführer am 22. März vorübergehend in Schutzhaft genommen, die restlichen Waffenlager der SA übergeben<sup>102</sup>. Bei einer letzten Ortsgruppenversammlung in Rosenheim am 28. 3. 1933 traten 18 der erschienenen ehemaligen Bundesmitglieder dem Stahlhelm bei, rund 40 dagegen SA und SS, was die politischen Präferenzen erkennen ließ<sup>103</sup>. „Mit gläubigem Herzen“ zog, wie es Jäger bei einer Werbeveranstaltung der SA formulierte, „der Bund Chiemgau ein durch die großen Tore der NSDAP, das höchste Gut aller Chiemgauer, den geschlossenen Wehrwillen für Volk und Vaterland, in die Hände Adolf Hitlers zu legen“<sup>104</sup>.

### 9. Die Deutschnationale Volkspartei

„Auf dem Lande ist für die DNVP kein besonders günstiger Boden“, kommentierte das Wasserburger Wochenblatt den geringen Widerhall einer zum 23. 4. 1932 nach Alteiselfing (BA Wasserburg) einberufenen Parteiversammlung, die wieder einmal nur wenige Interessenten angelockt hatte<sup>105</sup>. Nur durch besonders prominente Referenten wie dem bayerischen Justizminister Gürtner gelang es der DNVP in der altbayerischen Provinz, eine größere Zahl Neugieriger zu mobilisieren, doch blieb ihr Auftritt für die lokale Position der Partei ohne bleibende Wirkung<sup>106</sup>.

In der Tat war es der DNVP in unserem Untersuchungsgebiet nicht geglückt, außerhalb der Bezirksamtssitze Bad Aibling, Rosenheim und Wasserburg und einzelnen Fremdenverkehrsarten wie Prien am Chiemsee überhaupt Fuß zu

<sup>98</sup> Röhm an Escherich 23. 3. 1933, ebd., Akt 7.

<sup>99</sup> Resolution der Bezirksführungen Bad Reichenhall u. Traunstein-Stadt 2. u. 3. 3. 1933, ebd., Akt 6.

<sup>100</sup> Jäger an Escherich 11. 3. 1933, ebd., Akt 7; abgedr. in Nußer, Wehrverbände II, 34 f.

<sup>101</sup> Aiblinger Zeitung 24. 3. 1933 (70).

<sup>102</sup> Rosenheimer Anzeiger 24. 3. 1933 (70); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 24./25. 3. 1933 (70).

<sup>103</sup> Rosenheimer Anzeiger 29. 3. 1933 (74). Vgl. Kögl, Revolutionskämpfe, 289.

<sup>104</sup> Jäger in Vagen (BA Aibling) 19. 4. 1933; Aiblinger Zeitung 21. 4. 1933 (93).

<sup>105</sup> Wasserburger Wochenblatt 25. 4. 1932 (48).

<sup>106</sup> Zur Rede Gürtners am 15. 4. 1932 in Rosenheim zum Thema „Bayern als selbständiger Staat oder Berliner Provinz“ war der Saal des Flötzingerbräus wenigstens zu einem Drittel gefüllt, während die DNVP sonst „nur 10 Tische“ an Zuhörern mobilisieren konnte. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 16./17. 4. 1932 (87); Rosenheimer Anzeiger 16. 4. 1932 (87). Der abgespaltenen KVP war es am 3. 9. 1930 sogar gelungen, durch die Person des „Ostafrika-Helden“ General v. Lettow-Vorbeck den größten Saal der Stadt zu füllen. Seine Partei konnte daraus bei der nächsten Wahl aber keinen erkennbaren Nutzen ziehen. Rosenheimer Anzeiger 4. 9. 1930 (203).

fassen. Doch selbst in diesen wenigen Stützpunkten war es um die Parteidisziplin schlecht bestellt. Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Rosenheim am 2. 3. 1929 mit anschließendem Vortrag des Führers der Vereinigten vaterländischen Verbände, Prof. Hermann Bauer, zog zwar Anhänger des Bayerischen Heimat- und Königsbundes und der NSDAP an, jedoch so wenige DNVP-Mitglieder, daß die vorgesehene Neuwahl der Vorstandschaft unterbleiben mußte<sup>107</sup>. Um die damit de facto zerfallene Ortsgruppe zu reaktivieren, hielt die Partei am 17. 1. 1931 unter Leitung des Kiefersfeldener Gutsbesitzers Oskar v. Bippen eine „Inngautagung“ in der Stadt ab, welche die Neugründung der Parteigruppe erklärte. Als neues Zugpferd rückte der Rosenheimer Ex-Bürgermeister Dr. Bruno Kreuter in den Vorstand ein, der als ehemaliger Demokrat und späteres BVP-Mitglied nach seiner Abwahl im Herbst 1929 die Fronten gewechselt hatte. In seiner Funktion als Bezirksleiter des HKB und eines stellvertretenden Bundesführers im „Chiemgau“ schien er dazu prädestiniert, das Bindeglied zwischen den monarchistisch-antidemokratischen Gruppen des rechten Spektrums zu bilden<sup>108</sup>.

Obwohl sich die Redner der Partei bei ihren Veranstaltungen in der Provinz alle Mühe gaben, das Image abzuschütteln, die DNVP sei ein „preußisches Gewächs“, immer wieder den Antizentralismus der Partei herausstellten und die Möglichkeit einer bayerischen Monarchie bejahten<sup>109</sup>, konnten sie doch diese Vorbehalte bei einem Großteil der Wähler nicht ausräumen, zumal die meisten ihrer örtlichen Repräsentanten, neben Beamten zugezogene Gutsbesitzer und ehemalige hohe Militärs, diesen Eindruck bestätigten. Doch auch als die DNVP zur Landtagswahl 1932 als Kandidaten den langjährigen Bürgermeister von Hochstätt (BA Rosenheim), der als Bezirkstags- und Bezirksbauernkammermitglied einen gewissen Bekanntheitsgrad für sich verbuchen konnte, präsentierte und demonstrativ damit warb, als einzige der Parteien einen Kandidaten aus dem Bezirk und darüberhinaus einen Vertreter des Bauernstandes zur Wahl zu stellen<sup>110</sup>, erweiterte dies die Massenbasis der Partei kaum. Ein jeder wisse, daß es allein zugezogene Norddeutsche seien, welche die DNVP wählten, urteilte schließlich auch der Priener Stahlhelmführer. Sie habe bei der „bodenständigen Bevölkerung“ keine Chance<sup>111</sup>.

Kleine Erfolge, welche die DNVP bei den weiblichen Wählern des Untersuchungsgebiets erzielte, denen sie mit speziellen Frauenwahlversammlungen ihre Ziele nahezubringen suchte<sup>112</sup>, konnten nicht darüber hinwegtäuschen.

<sup>107</sup> Rosenheimer Anzeiger 4. 3. 1929 (53).

<sup>108</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 19./20. 1. 1931 (14). Vgl. o. S. 290.

<sup>109</sup> Z. B. Ing. Roßhaupter/München bei einer Versammlung in Leonhardspfunzen (BA Rosenheim) 6. 1. 1932; Rosenheimer Anzeiger 9./10. 2. 1932 (6).

<sup>110</sup> Wahlannonce in Rosenheimer Anzeiger 22. 4. 1932 (92).

<sup>111</sup> Oberstleutnant Willmer, Stahlhelm-Bezirksführer West d. Grenzgaus Oberbayern an Landesführung München 25. 2. 1933: Es sei ein vergeblicher Aufwand, in kleinen Orten wie Rimsting am Chiemsee überhaupt Versammlungen abzuhalten. „An derartigen Orten, die so wenige deutschnationale Stimmen aufbringen, von denen auch jedes Kind weiß, daß es die Stimmen der zugezogenen Norddeutschen sind, Versammlungen anzusetzen und abzuhalten, ist m. E. falsch. Man zeigt der Öffentlichkeit, daß die Partei keinerlei Rückhalt in der bodenständigen Bevölkerung hat und auch nicht findet, denn die Wählerzahl bleibt sich in den 6 Jahren, die ich in Rimsting wähle, stets annähernd gleich.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) Stahlhelm Bd. 87.

<sup>112</sup> Z. B. zum Thema „Was muß die Frau von ihrer Wahlpflicht wissen?“ mit der Sees-

daß die Deutschnationalen selbst in den ehemaligen Zentren der Bayerischen Mittelpartei wie der Stadt Rosenheim auf das Niveau einer Splittergruppe herabgesunken waren, das sie bis zum Ende der Weimarer Republik beibehielten.

### 10. Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten

Der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ hatte im altbayerischen Raum einen schweren Stand, zu groß war die Überlegenheit der trotz gelegentlicher Zusammenarbeit mit ihm rivalisierenden, betont bayerisch-heimattreuen Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehren aus den Revolutionstagen, aber auch anderer Krieger- und Frontkämpferbünde. Das endgültige Zerwürfnis zwischen Heimatschutzführer Georg Escherich und Stahlhelm-Landesleiter Hermann v. Lenz im Frühjahr 1931 beendete überdies die lockere Zusammenarbeit der rechten Wehrverbände und erschwerte die Arbeit des zahlenmäßig weit unterlegenen Stahlhelms, der erst 1929 damit begonnen hatte, die zerfallenen Ortsverbände des „Bund Bayern und Reich im Stahlhelm“ zu reaktivieren.

Eine Werbekampagne in den Kleinzentren der Provinz erbrachte sehr unterschiedliche Ergebnisse. Gelang es, am 18. 6. 1929 die Wasserburger Ortsgruppe neuzugründen<sup>113</sup> und von diesem Stützpunkt aus wenig später im nahen Griesstätt sowie in Edling neue Kameradschaften aufzuziehen<sup>114</sup>, so scheiterte dieses Vorhaben in Prien trotz mehrfacher Presseankündigungen zunächst am Desinteresse der Bevölkerung und konnte erst im Frühjahr 1931 nach dem persönlichen Auftreten des „Grenzgauführers“ Etzel nachgeholt werden<sup>115</sup>. Auch in der Stadt Rosenheim waren die Vorzeichen für die Ausbreitung des Wehrverbandes wenig günstig, bestanden hier doch neben dem übermächtigen Chiemgau-Bund auch Ortsvereine des „Deutschen Frontkrieger-“ und „Deutschen Frontkämpferbundes“, wovon allein letzterer mehr als 200 Mitglieder zählte<sup>116</sup>. Bei der Gründung einer Stahlhelm-Ortsgruppe am 13. 6. 1929 konnte der Wehrverband deshalb lediglich sechs Neuaufnahmen vermelden, doch schätzte man die Aussichten für eine Zusammenarbeit und eventuelle Einflußnahme auf die bestehenden Kriegervereinigungen als nicht ungünstig ein<sup>117</sup>. Eine Stahlhelmkundgebung am 22. 10. 1929 in Rosenheim lockte 500 Personen an<sup>118</sup>, doch gelang es der kleinen Ortsgruppe nicht, angesichts der beginnenden Reaktivierung des Chiemgau-Bundes ein größeres Gewicht zu erlangen.

haupte Gemeinderätin Kemmeter am 20./21. 4. 1932 in Kiefersfelden, Hochstätt und Leonhardspfunzen oder mit Ria Jansen („als Frau zu Frauen“) in Niedernburg; Rosenheimer Anzeiger 11. 3. 1932 (59); 19. 4. 1932 (89). Die Versammlungsorte deckten sich mit den Wohnorten der führenden DNVP-Mitglieder des Bezirksamts.

<sup>113</sup> Wasserburger Anzeiger 14. 6. 1929 (136).

<sup>114</sup> Wasserburger Anzeiger 29. 8. 1929 (199); 1./2. 9. 1929 (202).

<sup>115</sup> Chiemgau-Zeitung 4. 7. 1929 (78); 5. 7. 1929 (79); 9. 7. 1929 (80); 16. 5. 1931 (58); 11. 6. 1931 (68).

<sup>116</sup> Bei der Generalversammlung der Ortsgruppe Rosenheim am 6. 2. 1932 meldete der Frontkämpferbund nach 31 Neuaufnahmen einen Stand von 247 Mitgliedern; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 8./9. 2. 1932 (31).

<sup>117</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 14./15. 6. 1929 (135).

<sup>118</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 23. 10. 1929, StA Rosenheim IA 1/74.

Als sich nun im Frühjahr 1932 Stahlhelm und DNVP darauf einigten, den stellvertretenden Stahlhelm-Bundesführer Theodor Duesterberg als eigenen Kandidaten gegen das Ehrenmitglied des Frontsoldatenbundes, Hindenburg, auf den Schild zu heben, führte dies zu einer weiteren Zersplitterung im rechtskonservativen Lager, da nicht wenige Mitglieder schon allein wegen der offenkundigen Aussichtslosigkeit Duesterbergs ihre Stimme Hindenburg oder Hitler gaben. In den meisten der deutschnationalen Hochburgen, die auch Stahlhelm-Kameradschaften besaßen, blieb Duesterberg trotz der Verbindung der DNVP mit dem bislang als „unpolitisch“ geltenden Frontsoldatenbund weit hinter dem Ergebnis zurück, das die örtliche, sich allerdings weitgehend überlappende Klientel beider Gruppen hätte erwarten lassen:

Tab. 134: DNVP- und Reichspräsidentenwahlergebnisse 1932 in deutschnationalen Hochburgen mit Stahlhelmortsguppen im Vergleich:<sup>119</sup>

	DNVP 14. 9. 1930	Duesterberg	DNVP 24. 4. 1932
Bad Aibling	66 $\hat{=}$ 2,5 %	27 $\hat{=}$ 1,0 %	69 $\hat{=}$ 2,7 %
Prien	87 $\hat{=}$ 5,2 %	37 $\hat{=}$ 2,2 %	59 $\hat{=}$ 2,8 %
Stadt Rosenheim	216 $\hat{=}$ 2,0 %	139 $\hat{=}$ 1,2 %	221 $\hat{=}$ 2,0 %
Stadt Wasserburg	68 $\hat{=}$ 2,8 %	83 $\hat{=}$ 3,3 %	79 $\hat{=}$ 3,2 %

Am besten war damit das Abschneiden des schwarzweißroten Rechtsblocks in der Stadt Wasserburg, wofür allein die straff geführte Stahlhelmortsguppe verantwortlich zeichnete, und auch die Außenstelle Edling, wo 20 der 458 Wähler für Duesterberg stimmten, schnitt befriedigend ab. Manche anderen Wahlergebnisse bewiesen aber die geringe Akzeptanz der Kameradschaften gegenüber der Linie der Bundesführung. Die oft verschwindend wenigen Duesterbergstimmen selbst in Gemeinden mit neugegründeten Ortsguppen – z. B. in Griesstätt eine von 646<sup>120</sup> – waren eine eindeutige Absage an die politische Bindung des Frontsoldatenbundes.

Zerbrach das Bündnis mit der DNVP auch nach diesem Desaster, so fand sich der Stahlhelm zum Jahresbeginn 1933 erneut Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen Hugenbergs, um die Position der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ im Kabinett Hitlers, dem auch Stahlhelmführer Franz Seldte angehörte, bei der Reichstagswahl des 5. 3. 1933 zu stärken. Eher widerwillig erfüllten viele Stahlhelmer ihren Auftrag, geschlossen in den schlechtbesuchten Provinzveranstaltungen des konservativen Rechtsblocks die Rolle des Lückenbüßers zu übernehmen<sup>121</sup>, doch bescherte der Wahlausgang dem Bund der

<sup>119</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 15./16. 9. 1930 (212), 14./15. 3. 1932 (61), 25./26. 4. 1932 (94); Aiblinger Zeitung 16. 9. 1930 (213), 26. 4. 1932 (96); Wasserburger Anzeiger 16. 9. 1930 (213), 26. 4. 1932 (96)

<sup>120</sup> Wasserburger Anzeiger 15. 3. 1932 (62).

<sup>121</sup> Vgl. die Beschwerde des Priener Stahlhelmführers und Bezirksführers West des Grenzgaus Oberbayern, Willmer, an die Landesführung in München wegen einer Versammlung der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ in Prien am 25. 2. 1933: Vom freiwilligen Arbeitslager des Stahlhelm in Aschau seien 37 Mann aufmarschiert, dazu 10 Kameraden aus Prien; ansonsten seien nur ein Austräger der „München-Augsburger Abendzeitung“, 11 Männer, 9 Frauen und die obligatorischen 2 Gendarmen erschienen. „Ich möchte es der Erwägung anheimgeben, ob es nicht besser ist, es den örtlichen Führern zu überlassen.

Frontsoldaten einen ungeahnten Aufschwung. In den meisten größeren Gemeinden des Untersuchungsgebiets, auch im Bezirksamt Griesbach, das bislang ohne eigene Stahlhelmkameradschaft gewesen war, bildeten sich schon wenige Wochen nach der Wahl Ortsverbände, die jetzt das Sammelbecken aller „nationalen“ Kräfte darstellten, die nicht willens waren, der parteigebundenen SA beizutreten. Vom Deutschnationalen bis zum Bauernbündler und ehemaligen „Marxisten“ reichte nun die Bandbreite der politischen Anschauungen innerhalb des Bundes<sup>122</sup>, der nicht zuletzt deshalb im Herbst 1935 aufgelöst wurde.

## 11. Die NSDAP

### a) Der Aufbau der Ortsgruppen

In der Stadt Rosenheim, der altbayerischen Provinzhochburg der völkisch-nationalsozialistischen Bewegung, hatte sich nach der erniedrigenden Schlappe des Novemberputsches bereits am 6. 3. 1925 erneut eine Ortsgruppe der Partei Hitlers etabliert<sup>1</sup>. Die Begeisterung für den Nationalsozialismus war jedoch merklich abgekühlt: Bei der Landtagswahl am 6. 4. 1924 hatte der Völkische Block im Stadtgebiet noch 1955 Stimmen (22,9%) erhalten, bei der Reichstagswahl vom 7. 12. 1924 waren es nur noch 545 (6,3%)<sup>2</sup>. Entsprechend klein war das Häuflein der Aktivisten, die nun unter Leitung des mittelständischen Möbelfabrikanten Josef Riggauer erneut begannen, für ihre Ideen zu werben. Mit einer Versammlung am 25. 7. 1925, zu der auch der Nürnberger Gauleiter Julius Streicher und Hitler selbst angereist waren und eine Münchner SA-Formation der Rosenheimer Bevölkerung erstmals ihre neuen braunen Uniformen präsentierte,

ob derartige Versammlungen mit einem so kläglichen Besuch überhaupt offiziell vom Stahlhelm beschickt werden sollten. Wären nicht die Kam. vom freiw. Arbeitslager so zahlreich erschienen und wären wir Priener St. Her allein da gewesen, dann wäre unseren Gegnern geradezu ad oculos demonstriert worden, welch' geringen Rückhalt die gemeinsame Kampffront in der hiesigen Bevölkerung besitzt.“ BayHStA (Abt. Kriegsarchiv) Stahlhelm Bd. 87.

<sup>122</sup> Nach einer Erhebung bei den Gendarmeriestationen meldete das BA Griesbach am 14. 8. 1935 der Bayerischen Politischen Polizei, es bestünden noch vier Ortsgruppen mit insgesamt 46 Mitgliedern (Bayerbach 5, Griesbach 11, Pocking 8, Weng 12). Davon seien ehemalige Mitglieder von folgenden Parteien bzw. Verbänden:

BVP	18
Bauernbund	12
SPD	2
Christl. Bauernverein	3
Heimat- u. Königsbund	5

Außerdem sympathisierten 1 mit der BVP, 6 mit dem BBMB und 2 mit der KPD. Mit Sicherheit seien noch 7 gegen den NS-Staat eingestellt. StaLa Rep 164/6, 4532. Zur Aufnahme von „Marxisten“ vgl. Berghahn, Stahlhelm, 264.

<sup>1</sup> Die Daten zur Neuorganisation der NSDAP Rosenheim folgen den im wesentlichen identischen Angaben in den Zeitungsbeilagen „Treu dem Führer. Die Geschichte der Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP“, Rosenheimer Anzeiger 9. 8. 1935 (182) und „15 Jahre Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP“, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11. 8. 1935 (184).

<sup>2</sup> StJB 16 (1924), XX, b; 17 (1926), XX, b.

trat die rund fünfzig Köpfe zählende Ortsgruppe wieder an die Öffentlichkeit. Wie vor dem gescheiterten Putsch setzte, von München aus gesteuert, eine rege Propagandatätigkeit ein. Allein der Parteireferent Hans Dauser reiste in den Jahren 1926 und 1927 einunddreißigmal aus der Landeshauptstadt an, um die regelmäßigen Vortragsabende des Parteistützpunkts zu bestreiten und die Werbeveranstaltungen der wiedererwachten Ortsgruppe zu unterstützen.

Der Zuständigkeitsbereich der Ortsgruppe umfaßte den gesamten Arbeitsamtsbezirk Rosenheim sowie das Bezirksamt Ebersberg, ein Raum, der wegen der geringen Mitgliederzahl kaum flächendeckend bearbeitet werden konnte. Deshalb war die NSDAP in erster Linie bestrebt, in diesem Gebiet weitere Stützpunkte zu errichten, welche die Propagandatätigkeit in ihrer Gemeinde und ihrem Umland übernehmen sollten. Um bei Werbeveranstaltungen wenigstens einigermaßen eindrucksvoll aufzutreten, mußten regelmäßig die Sympathisanten des gesamten Bezirks und oft zusätzlich Münchner Nazis zusammengekartet werden, um die Versammlungslokale zu füllen und den Eindruck eines großen Publikumsandrangs zu erregen. Auf diese Weise glückte am 15. 5. 1926 die Gründung einer Ortsgruppe Bad Aibling, zu der sich am 21. 6. 1928 ein Stützpunkt in Flintsbach im oberen Inntal gesellte. Diese Aktivitäten konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Interesse der Bevölkerung an der „Hitlerbewegung“ nach wie vor äußerst gering war. Mit 553 Stimmen (6,0 %) bei der Reichstagswahl und 455 Wählern (5,0 %) bei der Landtagswahl des Jahres 1928<sup>3</sup> blieb die NSDAP im Parteizentrum Rosenheim-Stadt noch unter dem schlechtesten Ergebnis von 1924.

Der einsetzende wirtschaftliche Niedergang, der erstmals im „Notwinter“ 1928/29 für die breite Öffentlichkeit spürbar wurde, spornte die NSDAP zu neuen Anstrengungen an, hatte sich doch am Beispiel der Inflationsjahre gezeigt, daß die Chancen der Partei in Zeiten wirtschaftlicher Krisensituationen stiegen. Wie wichtig der Partei in ihrem Bemühen, nun auch die Provinzgebiete besser organisatorisch zu erfassen, wie schon in den Anfangsjahren der „Bewegung“ auch jetzt noch die Stadt Rosenheim erschien, unterstreicht ihre Wahl, hier den ersten Oberbayerischen Gautag abzuhalten. Zunächst auf Anfang Mai 1929 angesetzt<sup>4</sup>, dann aber auf den 31. August/1. September verschoben, sollte die Großveranstaltung die Bevölkerung auf die NSDAP aufmerksam machen und der lokalen Parteiorganisation den Rücken stärken. Das Programm umfaßte neben Auftritten des Gauleiters Fritz Reinhardt und des Reichstagsabgeordneten Dr. Frick Standkonzerte der SA-Kapelle München, einen „Deutschen Abend“, Vorführungen der Hitlerjugend, eine Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal sowie uniformierte Aufmärsche von SA-Verbänden. Trotz dieses reichhaltigen Programms und guten Besuchs des Vortragsabends zeigte die Bevölkerung nach Einschätzung des Rosenheimer Bezirksamtsvorstands aber insgesamt „wenig Interesse“, wozu ein reger Ausflugsverkehr wegen des schönen Wetters,

<sup>3</sup> StJB 18 (1928), XX, 1 b u. 2 b.

<sup>4</sup> Das Rosenheimer BVP-Blatt kommentierte: „Da in Rosenheim Hitlers Nobelgarde in den letzten Jahren zu einem kleinen Häufchen zusammengeschmolzen ist, will man die Hakenkreuzler aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes zusammentrommeln, um in Rosenheim mit Pauken und Trompeten paradiere zu können. Wir lassen den lieben Hakenkreuzlern diese unschuldige Freude. Theaterspielen war ja von jeher der Lieblingssport des schönen Adolf.“ Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 27./28. 4. 1929 (97).

ein Schwimmsportfest und die Installation eines neuen Expositus im Stadtteil Fürstätt beitrugen. Auch wurden statt des vorhergesagten Aufmarsches von 1 500 uniformierten auswärtigen Parteigenossen nicht mehr als 600, „darunter sehr viele Norddeutsche“, gezählt, die zumeist auf Lastwagen aus München angereist waren. Die Kommunisten, welche die Münchnerstraße mit „Tod dem Faschismus“ bemalt und am Ortseingang ein gleichlautendes Transparent über die Fahrbahn gespannt hatten, hielten sich angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses zurück. Zwar drang ein Trupp Nationalsozialisten ins Gewerkschaftshaus ein und versuchte dort, eine Schlägerei zu provozieren, doch wurden die Unruhestifter noch rechtzeitig von Angehörigen der SS entfernt<sup>5</sup>.

Obwohl die Veranstaltung damit nicht alle Erwartungen erfüllt hatte, trug sie doch dazu bei, die Aufbauarbeit der NSDAP zu unterstützen und die Parteigenossen an der Basis aufzumuntern, welche schon seit Jahresbeginn emsig bemüht waren, Schritt für Schritt ein Netz von Parteistützpunkten in den Zentralorten und Industrieinseln sowie schließlich auch in den Agrargemeinden zu errichten. Nach einer Propagandaveranstaltung mit Gauleiter Reinhardt am 17. 3. 1929 hatte sich am 3. Juli des Jahres in Schloßberg/Stephanskirchen eine eigene Ortsgruppe gebildet<sup>6</sup>, nach mehreren Anläufen folgte am 10. 1. 1930 eine Parteiniederlassung in Kolbermoor. Im Juni 1929 wurde eine Ortsgruppe Kiefersfelden genannt<sup>7</sup>, im Februar ein Stützpunkt im wenige Kilometer innabwärts gelegenen Nußdorf<sup>8</sup>. Im Bezirksamt Aibling lassen sich ab Herbst 1930 in Feilnbach<sup>9</sup> sowie im November 1931 in Feldkirchen weitere Stützpunkte nachweisen<sup>10</sup>. Ab März 1930 ist darüberhinaus eine reaktivierte Ortsgruppe Wasserburg feststellbar, die den Großteil des Bezirksamts betreute, in einigen Orten Untergruppen ins Leben rief<sup>11</sup> und schließlich in Amerang einen selbständigen Parteiposten aufziehen konnte. Ab dem Frühjahr 1931 bearbeitete daneben eine Ortsgruppe in Rott am Inn den Süden des Wasserburger Bezirks<sup>12</sup>. Im Osten des Bezirksamts Rosenheim besorgte ab 1929 die Ortsgruppe Prien die Propaganda und die Sammlung der Parteigenossen<sup>13</sup>.

Im unteren Rottal konnte die NSDAP nicht auf die Reste alter Parteiposten aus der Zeit vor dem Hitlerputsch zurückgreifen. Relativ spät traten deshalb hier die ersten Ortsgruppen in Erscheinung. Erst ab 1929/30 kristallisierten sich Birnbach, der Wohnort des NSDAP-Bezirksleiters, des Arztes Dr. Max Hartmann, und das wirtschaftliche Zentrum Pocking als Ausgangspunkte der nationalsozia-

<sup>5</sup> Wochenbericht d. BA Rosenheim an Regierungspräsidium v. Obb. 2. 9. 1929, StA Rosenheim IA1/77. Vgl. Rosenheimer Anzeiger 2. 9. 1929 (201); Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 2./3. 9. 1929 (201).

<sup>6</sup> Vgl. StA Rosenheim Benutzakt „NSDAP Schloßberg“.

<sup>7</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11. 6. 1929 (131).

<sup>8</sup> Gendarmerie Neubauern 12. 2. 1932, StA Rosenheim IA1/77.

<sup>9</sup> Eine Versammlung der Ortsgruppe Feilnbach ist erstmals am 25. 10. 1930 nachweisbar, nachdem Parteiveranstaltungen am Ort zunächst von den Ortsgruppen Bad Aibling und Kolbermoor organisiert worden waren; Aiblinger Zeitung 29. 10. 1930 (250).

<sup>10</sup> Aiblinger Zeitung 4. 11. 1931 (254).

<sup>11</sup> Z. B. in Maithenbeth; Haager Bote 19. 7. 1932 (81).

<sup>12</sup> Vgl. Versammlung in Ramerberg 26. 4. 1931, Wasserburger Anzeiger 29. 4. 1931 (97).

<sup>13</sup> Vgl. ihre Aufrufe zum Youngplan-Volksentscheid, Chiemgau-Zeitung 17. 12. 1929 (149); 19. 12. 1929 (150).

listischen Agitation heraus<sup>14</sup>. Besonderen Aufschwung nahm die Pockinger Parteigruppe, als Ferdinand Erbersdobler, der Bruder des Gauhauptamtsleiters von Niederbayern, im Herbst 1931 den Vorsitz der Ortsgruppe übernahm<sup>15</sup>. Die engen Beziehungen zur Gauleitung gestatteten es jetzt, in höherem Maße überregionale Propagandamittel in Anspruch zu nehmen.

Die Anstrengungen der Partei wurden reich belohnt. Im Februar 1932 wurde in Ruhstorf eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet, der ein Landwirt vorstand<sup>16</sup>. Anfang 1933 veranstalteten neben den Hauptstützpunkten Pocking und Birnbach auch Ortsgruppen in Tettenweis, Roththalmünster, Kühnham und Malching Wahlversammlungen<sup>17</sup>, was für einen fast rein agrarischen Bezirk Altbayerns eine ungewöhnliche Organisationsdichte bedeutete.

### *b) Mitglieder und Sozialstruktur*

Nur bruchstückhaft sind wir über die Stärke und Sozialstruktur der NSDAP auf Ortsgruppenebene informiert, da zum einen die bayerischen Behörden der rechtsextremen Szene eine weit geringere Aufmerksamkeit als der Linken schenkten und daher polizeiliche Mitgliedslisten mit detaillierten Personendaten, die bei der KPD genaue Rückschlüsse auf die personelle Zusammensetzung und Parteistärke liefern, fehlen; andererseits haben nur wenige parteinterne Akten der Ortsgruppen die Säuberungsaktionen gegen Ende des Dritten Reichs überstanden. Daß die NSDAP aber, gemessen an ihrem Stimmenerfolg, eine im Vergleich zu anderen Parteien hohe Mitgliederzahl aufwies, zeigt die Gegenüberstellung zufällig erhaltener Einzelzahlen mit ungefähr gleichzeitigen Wahlergebnissen.

Die Ortsgruppe Kolbermoor war bis Ende Januar 1932 auf 59 Köpfe angewachsen und hatte damit ihren Mitgliederstand binnen zwei Jahren verfünffacht<sup>18</sup>. Bei 815 Hitler-Stimmen in der Gemeinde im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl<sup>19</sup> war somit rund jeder 14. NSDAP-Wähler auch eingeschriebenes Parteimitglied. In Stephanskirchen/Schloßberg wurden zur selben Zeit 490 Hitlerstimmen bei 42 Parteigenossen abgegeben, denen damit jede zwölfte Stimme zuzuschreiben ist<sup>20</sup>. Eine höhere Quote wies die Gemeinde Prien

<sup>14</sup> Vgl. HMB d. Regierungspräsi. v. Niederbayern 3.2.1930 (80): „In dem nördlich der Rott gelegenen Teil des Amtsbezirks Griesbach sollen verschiedene Bauernbündler zu den Nationalsozialisten übergetreten sein und in einigen ländlichen Gemeinden sich auch nationalsozialistische Ortsgruppen gebildet haben.“ StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>15</sup> Als Ortsgruppenleiter erstmals genannt bei einem Versammlungsverbot d. BA Griesbach 7.10.1931, StALa Rep. 164/6, 4581.

<sup>16</sup> HMB d. Regierungspräsi. v. Niederbayern/Oberpfalz 4.3.1932 (207), StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>17</sup> Versammlungsberichte, ebd.

<sup>18</sup> Jahresversammlung 9.12.1932. Die Ortsgruppe hielt 1931 10 Versammlungen und 18 Sprech- und Leseabende ab; Aiblinger Zeitung 12.1.1932 (8). Stärkemeldung der Ortsgruppe Kolbermoor 12.2.1932, StAM NSDAP 566.

<sup>19</sup> Rosenheimer Anzeiger 14.3.1932 (61). Bei den folgenden Berechnungen handelt es sich nur um Anhaltspunkte, da weder Stimmscheinwähler noch Ortsgruppenmitglieder, die außerhalb der Gemeindegebiete wohnten und wählten, ausgeschlossen werden konnten.

<sup>20</sup> „Versammlungs-Tätigkeit“, StA Rosenheim, Benutzerakt NSDAP Schloßberg. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 14./15.3.1932 (61).

auf. Ihre NSDAP-Ortsgruppe hatte von Januar (56 Mitglieder) bis Dezember 1931 (79, davon 15 Frauen) kräftig zugelegt, so daß wohl jeder neunte der 694 Hitler-Wähler auch Parteigenosse war<sup>21</sup>. Beide ohnehin hohen Werte übertraf aber Amerang, dessen Ortsgruppe nicht zuletzt aufgrund des tatkräftigen Engagements des Schloßherrn Frh. Krafft v. Craillsheim bis zum Herbst 1932 auf 56 Personen, davon 23 SA-Männer und eine Frau, angewachsen war, was für den Parteistützpunkt im katholisch-konservativen, agrarisch dominierten Umfeld Wasserburgs eine höchst beachtliche Stärke darstellte. Setzt man die Mitgliederzahl der Ortsgruppe mit dem Ergebnis der Reichstagswahl am 6. 11. 1932 (155 NSDAP-Wähler) in Relation, so traf hier auf 2,8 NSDAP-Stimmen ein eingeschriebenes Parteimitglied<sup>22</sup>.

Aus welchem Personenkreis setzten sich nun die Ortsgruppen zusammen, welche Berufsgruppen fühlten sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von der NSDAP so überzeugt, daß sie in der „Bewegung“ Hitlers beitraten? Die Parteistatistik gibt darüber für die Gaue München-Oberbayern, zu dem der Arbeitsamtsbezirk Rosenheim gehörte, und Bayerische Ostmark, in deren südlichem Zipfel sich das Bezirksamt Griesbach befand, folgende Auskunft:

Tab. 135: NSDAP-Sozialschichtung: Von der Gesamtzahl der Parteimitglieder des Jahres 1935 waren eingetreten:<sup>23</sup>

- a) München-Oberbayern
- b) Bayerische Ostmark
- c) Deutsches Reich

Berufsgruppe	Parteimitglieder 14. 9. 1930		Parteimitglieder 30. 1. 1933		davon: eingetreten ab dem 15. 9. 1930		
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	c)
Arbeiter	917	1819	3714	5289	75,3 %	65,6 %	85,5 %
Angestellte	1048	1249	2972	2223	64,7 %	43,8 %	79,0 %
Beamte	630	866	1182	1384	46,7 %	37,4 %	78,7 %
Selbständige	1210	1454	3376	2831	64,2 %	48,6 %	80,3 %
davon:							
Handwerker	425	715	1090	1452	61,0 %	50,8 %	80,2 %
Kaufleute	485	564	1291	1080	62,4 %	47,8 %	79,7 %
Freie Berufe	300	175	995	299	69,8 %	41,5 %	81,9 %
Bauern	108	321	521	1388	79,3 %	76,9 %	80,9 %
Rentner/Pensionisten	209	117	439	192	52,4 %	39,1 %	79,0 %
Hausfrauen	454	241	789	386	42,5 %	37,6 %	83,9 %

<sup>21</sup> Beitragsabrechnung 1931, StAM NSDAP 558; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 14./15. 3. 1932 (61).

<sup>22</sup> Mitgliederverzeichnis 12. 11. 1932, StAM NSDAP 597. Wasserburger Anzeiger 8. 11. 1932 (259).

<sup>23</sup> Errechnet aus NSDAP-Parteistatistik 1935, I, 86 ff. Die Tabelle berücksichtigt nur die relevantesten Berufssparten. Zu Aussagekraft und Rezeption der Parteistatistik s. Manstein, Mitglieder, 143 ff.

Die größten Zuwachsraten konnte die NSDAP damit in den Wirtschaftskrisenjahre bei den Landwirten erzielen, die bislang kaum für die Partei hatten gewonnen werden können. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil blieben sie jedoch auch 1933 weit unterrepräsentiert. Ebenfalls sehr anfällig für die nationalsozialistischen Ideen erwiesen sich die Arbeiter, während die Partei nur unterdurchschnittlich durch Beamte, Ruheständler und Hausfrauen Zulauf erhielt. Nach wie vor engagierten sich viele Selbständige in der NSDAP. Ihre Berufsgruppe wurde zwar bis 1933 von den Arbeitern als zahlenmäßig stärkste Berufsabteilung abgelöst, was aber nichts an ihrer nach wie vor dominanten Stellung innerhalb der Parteiorganisation änderte.

Einen fast durchweg höheren Anstieg der Mitgliederzahlen als im ostbayerischen Grenzland konnte von September 1930 bis Januar 1933 die oberbayerische NSDAP verbuchen, die über eine weit weniger gefestigte Parteibasis als vor allem die fränkischen Ostmark-Gebiete verfügte. Selbst die oberbayerischen Zuwachsraten blieben jedoch quer durch die Berufsgruppen klar hinter dem Erfolg der nationalsozialistischen Werbekampagnen in den übrigen Reichsteilen zurück.

Obwohl die freien Berufe innerhalb der Sparte „Selbständige“ die kleinste Untergruppe darstellten, waren sie doch, soweit die lückenhaften Quellen diesen Schluß zulassen, auffallend häufig in leitenden Positionen innerhalb der Ortsgruppen anzutreffen. Besonders Mediziner taten sich dabei hervor. Im Bezirksamt Griesbach war mit Dr. Hartmann ein praktischer Arzt Bezirksleiter der Partei, in Amerang führte Dr. med. Franz Poellein die Ortsgruppe, seine Frau stand der örtlichen NS-Frauenschaft vor<sup>24</sup>. In Rott am Inn leitete der Tierarzt Dr. Ruhdorffer die Parteiorganisation, in Rosenheim Zahnarzt Dr. Reiter den SA-Verband und fungierte als Koordinator für die SA-Trupps der Umgebung<sup>25</sup>. Im Rosenheimer Stadtrat war es schließlich Dr. med. Ernst Klein, der nach dem Ausscheiden des Notars Adam als Sprecher der NSDAP/Kriegsopferfraktion auftrat. Die Einschätzung des Rosenheimer „Chiemgau“-Führers Hans Gallwitzer vom Frühjahr 1931, sechs der 20 Ärzte der Stadt seien Nationalsozialisten<sup>26</sup>, scheint daher nicht nur singulär für die speziellen Rosenheimer Verhältnisse zuzutreffen. Auch mittelständische Gewerbetreibende stellten vielerorts die lokalen Parteieliten. Sie waren, wie in Pocking Drogeriebesitzer Ferdinand Erbersdobler, in Kolbermoor Malermeister Piro und Schreinermeister Andreas Huber oder in Feilnbach und Rosenheim die mittelständischen Möbelfabrikanten Hans Priller<sup>27</sup> und Josef Riggauer, am öftesten als Ortsgruppenleiter anzutreffen.

Waren es damit, wie Allen in seiner Lokalstudie für die Stadt „Thalburg“ am Beispiel eines Buchhändlers feststellt<sup>28</sup>, allseits als integer anerkannte Honoratioren und Führungsgestalten des ländlich-kleinstädtischen Milieus, die sich für die Partei Hitlers exponierten und durch ihr Vorbild viele noch schwankende Mitbürger auf die Seite der NSDAP zogen? Diese Frage, die genaue Detailkenntnisse der örtlichen Verhältnisse erfordert, muß aufgrund der unzulänglichen Quellen-

<sup>24</sup> Mitgliederverzeichnis der Ortsgruppe Amerang 12. 11. 1932, StAM NSDAP 597.

<sup>25</sup> „Belegungsstärken“, StAM LRA 47 157.

<sup>26</sup> Gallwitzer an Fritz Schäffer o. Dat., StA Rosenheim IA1/74. Vgl. o.S. 299.

<sup>27</sup> Vgl. Aiblinger Zeitung 15. 7. 1931 (159).

<sup>28</sup> Allen, Das haben wir nicht gewollt, 34f.

lage für den größten Teil unseres Untersuchungsgebiets offen bleiben. Im bedeutendsten Zentrum der Partei aber, der Stadt Rosenheim, scheinen die lokalen Repräsentanten der NSDAP für die Wahlentscheidung der Bürger ohne ausschlaggebende Bedeutung gewesen zu sein, wie die Untersuchung von vier der führenden Parteigenossen der Stadt vermuten läßt.

Notar Heinrich Adam war bei der Stadtratswahl 1929 mit der höchsten Stimmenzahl der nationalsozialistischen Bewerber in den Magistrat eingerückt und fungierte als Sprecher der vierköpfigen NSDAP/Kriegsopferfraktion. Im Stadtrat wie bei Parteiversammlungen wandte er sich vehement gegen jede Art von Korruptionswirtschaft und trat für ein „sauberes Beamtentum“ ein<sup>29</sup>, doch geriet er selbst in Verdacht, über Jahre hinweg im Amt Gelder unterschlagen zu haben. Er trat daraufhin im April 1931 von seinem Stadtratsamt zurück. In einem langwierigen Prozeß, über den im Winter 1932/33 die bürgerliche wie die sozialdemokratische Presse genüßlich berichteten, wurde er schließlich im Februar 1933 wegen Betrugs und Untreue zu einer Haftstrafe verurteilt, ein Vorgang, der für die Rosenheimer NSDAP im Hinblick auf die Reichstagswahlen an Peinlichkeit kaum zu überbieten war<sup>30</sup>.

Nachfolger Adams als Fraktionssprecher wurde der Arzt Dr. Ernst Klein, einer der profiliertesten Parteivertreter, der schon an der Spitze der Rosenheimer SA versucht hatte, im November 1923 zugunsten Hitlers in München einzugreifen<sup>31</sup>. Als NSDAP-Mitglied 1925 für die „Unpolitische Liste“ in den Stadtrat eingerückt, war er bereits nach wenigen Monaten zum Rücktritt gezwungen worden, da er wegen eines Abtreibungsvergehens eine Gefängnisstrafe antreten mußte<sup>32</sup>. Obwohl sein Prozeß vor dem Rosenheimer Schöffengericht weit über die Grenzen der katholischen Stadt hinaus Aufsehen erregt hatte, gelang es ihm, bei der nächsten Wahl für die Liste „Kriegsopfer und Frontsoldaten“ erneut in den Stadtrat einzurücken und diese der NSDAP anzugliedern. Keineswegs dem auf allen Ebenen propagierten Ideal „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ schien schließlich der im Falle eines Putsches im Frühjahr 1932 als Leiter der Polizei vorgesehene Dr. Oskar Metzger zu entsprechen, der ein städtisches Gut gepachtet hatte und den die Stadtverwaltung in jahrelangen Prozessen vergeblich zu zwingen suchte, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen<sup>33</sup>.

Waren diese drei Parteirepräsentanten in der Sicht vieler Bürger damit ins Zwielficht geraten, so war die Person Hans Langeneggers, des Rosenheimer NSBO-Gruppenwarts, für die Mehrzahl der Bevölkerung und quer durch alle Parteilager geradezu ein rotes Tuch. Langenegger hatte als Führer der USPD-Ortsgruppe in den Rätewirren als tragikomischer Wohnungskommissar gewirkt und war nach „König Kopp“ der bekannteste der örtlichen Revolutio-

<sup>29</sup> Z. B. bei einer NSBO-Versammlung 4. 12. 1931; Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 5. 12. 1931, StA Rosenheim IA 1/77.

<sup>30</sup> Rosenheimer Anzeiger 7. 2. 1933 (31), 8. 2. 1933 (32). Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil wurde als unbegründet verworfen; ebd., 30. 3. 1933 (75).

<sup>31</sup> Vgl. o. S. 221.

<sup>32</sup> Er wurde am 17. 3. 1926 auf Anmahnung der Regierung v. Oberbayern zum Rücktritt gezwungen; Schriftwechsel in StA Rosenheim 1528.

<sup>33</sup> StAM AG Rosenheim 45961. Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und Metzgers Bestellung zum SA-Sonderkommissar wurde die 8 Jahre umstrittene Einigung erzielt; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 28./29. 3. 1933 (73); 31. 3./1. 4. 1933 (76).

näre. Nach verbüßter Festungshaft war er 1925 für die KPD in den Stadtrat und den oberbayerischen Kreistag eingezogen, hatte sich aber im Juni 1929 nach innerparteilichen Querelen von ihr getrennt und versucht, bei der SPD Anschluß zu finden. Als dies gescheitert war, trat er ab dem Herbst 1930 für die NSDAP ein und wurde am 1. Juni 1931 Parteigenosse<sup>34</sup>. Vergeblich protestierte die Rosenheimer NSDAP-Ortsgruppe entsetzt gegen diesen Neuzugang und verbreitete in Presseerklärungen, sie habe Langenegger nicht aufgenommen und werde es auch nie tun. Man werde sofort Erhebungen anstellen, wie es zu seinem Parteieintritt habe kommen können und seine „sofortige Entfernung... veranlassen“<sup>35</sup>. Zu wichtig erschien aber der Gauleitung der vom „Revolutionsschneider“ mitgebrachte Kreisratssitz, für den sie riskierte, ihre Rosenheimer Anhängerschaft vor den Kopf zu stoßen und das Ansehen der Ortsgruppe schwer zu schädigen. Schließlich blieb der lokalen Parteiorganisation nichts anderes übrig, als Langenegger als Aushängeschild für Teile der Arbeiterschaft einzusetzen, die für seinen undifferenzierten Extremismus zu begeistern waren, ihn aber sonst möglichst weit dem öffentlichen Blickfeld zu entziehen und damit auch sein Arbeitsgebiet, den Aufbau einer Betriebszellenorganisation, nur auf Sparflamme zu betreiben<sup>36</sup>.

Es wäre müßig zu spekulieren, ob es der NSDAP in der Stadt Rosenheim ohne die Affären um ihre führenden Mitglieder möglich gewesen wäre, eine noch größere Anhängerschaft zu gewinnen und mehr Stimmen auf sich zu vereinen. Daß es ihr aber im März 1933 und damit zu einem Zeitpunkt, als der „Adam-Prozeß“ noch in aller Munde war, gelang, mit Abstand die stärkste Partei der Stadt zu werden, läßt doch den Schluß zu, daß für die Wähler gegenüber dem Gesamtbild, das sie von der NSDAP gewonnen hatten, und der Akzeptanz ihrer reichweiten Politik der negative Eindruck, den die lokale Parteiprominenz erwecken mußte, verblaßte. Selbst wenn die Wähler in ihrer engsten Umgebung sahen, daß die Partei, die sich in Bayern mit ihrem verbalen Kampf gegen den „Berliner Sumpf“ große Sympathien erworben hatte, selbst nicht frei von Skandalen und Postenjägern war, reichte das nicht aus, um ihr Ansehen tiefgreifend zu schädigen und ihre Rolle als Zufluchtsort der Unzufriedenen und Protestierenden gegen das „verrottete“ parlamentarische System zu untergraben.

### *c) Finanzbedarf und Sponsoren*

Die relativ hohen Mitgliederzahlen einiger Ortsgruppen überraschen angesichts der – gemessen an der Not der Zeit – hohen Parteibeiträge, welche die NSDAP einforderte. Nach Entrichtung einer Aufnahmegebühr von 2 RM hatte ein Parteigenosse ab September 1930 jährlich 18 RM an die Ortsgruppenkasse abzuführen. Der Monatsbeitrag setzte sich aus 1 RM Mitgliedsbeitrag, 30 Pfg. Versicherungsgebühr und 20 Pfg. SA-Abgabe zusammen. Erwerbslose unter-

<sup>34</sup> Vgl. die ausführliche Biographie Langeneggers in Kögl, *Revolutionskämpfe*, 264 ff. *Aiblinger Zeitung* 9.7.1931 (154); *Rosenheimer Tagblatt Wendelstein* 9./10.7.1931 (154).

<sup>35</sup> *Aiblinger Zeitung* 12./13.7.1931 (157); vgl. *Rosenheimer Tagblatt Wendelstein* 10./11.7.1931 (155).

<sup>36</sup> Die *Gewerkschaftszeitung* meldete im Herbst 1932, Langenegger habe die NSDAP wieder verlassen; *Mitteilungsblatt* 22.9.1932 (38).

lagen zwar einem um 20 Pfg. verminderten Beitragssatz, doch bedeutete für sie der Jahresbeitrag im Extremfall immer noch mehr als die gemeindliche Unterstützung für einen ganzen Monat. Da die Partei aber konsequent jeden säumigen Zahler nach einer Dreimonatsfrist ausschloß, sah sie sich gezwungen, den Erwerbslosen weitere Sonderkonditionen einzuräumen. Zahlungsunfähigen wurden demnach die fälligen Beiträge gestundet, doch waren sie ohne Abzüge nachzuzahlen, sobald der Parteigenosse wieder Arbeit gefunden hatte<sup>37</sup>.

Neben den Mitgliedsbeiträgen lagen auch Eintrittspreise in Kundgebungen der NSDAP weit über den Unkostenbeteiligungen, welche andere Parteien erhoben. Angesichts des großen Finanzbedarfs der Ortsgruppen waren sie jedoch nicht aus der Luft gegriffen. Die nationalsozialistische Propaganda mit ihrer Vielzahl von Veranstaltungen, die oft mit hauptberuflichen Parteireferenten besetzt wurden, sowie Handzettel, Broschüren und LKW-Werbefahrten der SA-Abteilungen verschlangen enorme Mittel, die angesichts der angespannten Wirtschaftslage nur schwer zu beschaffen waren. Auch waren großzügige Gönner in der altbayerischen Provinz dünn gesät. Besonders wichtig war es deshalb für die finanzielle Situation der Ortsgruppen, von der Gauleitung zugkräftige Referenten zugeteilt zu bekommen, die neben dem politischen Erfolg auch entsprechende Einnahmen garantierten<sup>38</sup>. Auch aus diesem Grund war daher ein Auftritt Hitlers für ländliche Ortsgruppen oberstes Ziel, wie das Beispiel der Schloßberger NSDAP beweist. 1150 Eintrittskarten, die zu dem spektakulären Ereignis am 17. 4. 1932 abgesetzt wurden, bescherten der Parteikasse eine Einnahme von 1075 RM, welcher Unkosten von 428,55 RM gegenüberstanden<sup>39</sup>. Der Gewinn reichte aus, um wieder eine Anzahl defizitärer Parteikundgebungen zu subventionieren.

Eine Abrechnung der Kosten, welche die Ortsgruppe Schloßberg in den Wahlkämpfen vor der Reichspräsidenten- und Landtagswahl 1932 aufzubringen hatte, gibt einen Einblick in den enormen finanziellen Aufwand dieses nur aus 42 Mitgliedern bestehenden Parteistützpunkts. 31 Wahlversammlungen zwischen dem 20. 2. und dem 23. 4. 1932 verursachten Ausgaben von 1885 RM (Tab. 136).

Trotz der gewinnbringenden Hitlerrede wäre der Aufwand der Schloßberger NSDAP damit ohne die Rückendeckung finanzkräftiger Hintermänner kaum möglich gewesen. Entscheidend für den Aufschwung und finanziellen Handlungsspielraum der Ortsgruppe waren die Industrierwerke Hamberger, deren Besitzer die Schloßberger NSDAP nach Kräften förderten, sich aber selbst bis 1933 parteipolitisch im Hintergrund hielten. Bereits nach dem gescheiterten Hitlerputsch hatten die Ziegelberger Zündholz-, Ton- und Holzwarenfabriken SA-Leute aufgenommen, die bei Rosenheimer Firmen aus politischen Gründen

<sup>37</sup> Ortsgruppe Rosenheim, Rundschreiben 4 (Sept. 1930). StA Rosenheim IA 1/77.

<sup>38</sup> Die Referenten waren nach ihrem Vortrag von der veranstaltenden Ortsgruppe bar zu bezahlen. Vgl. Gauleitung Oberbayern an Ortsgruppe Schloßberg 5. 3. 1930 mit der Ankündigung, am 23. 3. 1930 werde der Straubinger Wanderredner Oberlindobler zum Thema „Organisierter Volksbetrug“ in Schloßberg sprechen: „Pauschalentschädigung (für Vortrag, Fahrt, Übernachtung und Verpflegung) an den Redner 20 + ca. 5 RM. Dieser Betrag ist dem Redner nach Schluß der Versammlung in geschlossenem Briefumschlag unauffällig durch den Versammlungsleiter zu übergeben.“ StA Rosenheim, Benutzerakt NSDAP Schloßberg.

<sup>39</sup> „Versammlungs-Tätigkeit ab 20. 11. 1932“, ebd.

Tab. 136: Versammlungskostenabrechnung der NSDAP-Ortsgruppe Schloßberg  
20. 2. – 23. 4. 1932:<sup>40</sup>

Redner	642.–
Saalmiete	375.–
Plakate und Flugblätter	135.–
Inserate	157.–
Druckereikosten	190.–
Musik	50.–
Telefon	21.–
Diverses	75.–
Gauleitung	<u>200.–</u>
	1885.–

ihre Stellung verloren hatten. Bei ihrer Gründung im Jahr 1929 setzte sich die Ortsgruppe unter Führung des Buchhalters und Gemeinderats Michael Lang, der gegenüber den Gewerkschaften als Sprachrohr der Firmenleitung auftrat<sup>41</sup>, schließlich ausnahmslos aus Betriebsangehörigen zusammen, die ihre ersten Parteiveranstaltungen in der Werkskantine abhielten<sup>42</sup>. Die Gebrüder Hamberger unterstützten die junge Ortsgruppe finanziell und bürotechnisch und stellten ihr Kraftfahrzeuge zu Propagandafahrten zur Verfügung<sup>43</sup>. Die Schloßberger SA rüsteten die Industriellen 1931 mit Waffen aus, die wohl seit Einwohnerwehrzeiten im Werksgelände versteckt waren, so daß die Firmenleitung neben der in direkter Abhängigkeit stehenden Parteigruppe auch über einen bewaffneten Schutzverband verfügen konnte<sup>44</sup>.

Diese gezielte Förderung von NSDAP-Ortsgruppen durch einen Industriebetrieb war jedoch die Ausnahme. Zwar war der Brannenburger Hans Cramer neben seiner hauptberuflichen Position als leitender Angestellter des Steinbeis-Konzerns zugleich einer der meistbeschäftigten nationalsozialistischen Agitatoren im Mangfall-, Inn- und Chiemgau<sup>45</sup>, auch rekrutierte sich die Kiefersfeldener Ortsgruppe, wie die Rosenheimer BVP-Zeitung meldete, „hauptsächlich aus Arbeitern der Zementfabrik“<sup>46</sup>; mehr als wohlwollende Duldung durch die Firmenleitungen läßt sich hier jedoch nicht feststellen. Öfter waren es mittelständische Gewerbetreibende, die, wie ein Rosenheimer Milchhändler, der NSDAP regelmäßig Fahrzeuge zur Verfügung stellten<sup>47</sup> oder ihr im bescheidenen Rahmen mit anderen Sachzuwendungen unter die Arme griffen.

<sup>40</sup> Ebd. Gesamteinnahmen von 2 140,56 RM seit dem 6. 1. 1932 standen 2 189,55 RM Ausgaben gegenüber.

<sup>41</sup> Vgl. sein Schreiben an den Rosenheimer Fabrikarbeiterverband 12. 5. 1925, ebd.

<sup>42</sup> Div. Versammlungsplakate etc., ebd.

<sup>43</sup> Zur Unterstützung der NSDAP seit 1922 s. Sozialbericht d. Industrierwerke Hamberger 1941/42, StAM NSDAP 913.

<sup>44</sup> DAF Kreiswaltung Rosenheim an DAF Gauwaltung 30. 11. 1942, ebd. Die der Ortsgruppe angegliederte SA verfügte im Frühjahr 1932 über Trupps in Riedering (10 SA-Männer), Schloßberg (7), Stephanskirchen (9) und Zaisering (10). „Versammlungs-Tätigkeit ab 20. 11. 1932“, Stadtarchiv Rosenheim, Benutzerakt NSDAP Schloßberg.

<sup>45</sup> Das Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 6./7. 9. 1930 (205) bezeichnete ihn als „kleine(n) Steinbeis-Generaldirektor“.

<sup>46</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11. 6. 1929 (131).

<sup>47</sup> Schutzmannschaft an Stadtrat Rosenheim 18. 3. 1931, StA Rosenheim IA 1/77.

#### d) Die Untergliederungen der NSDAP

Die SA, die wichtigste Untergliederung der NSDAP war, wie die Partei selbst, nach dem Münchner Putschversuch verboten worden, doch war es dem Rosenheimer Verband gelungen, beim „Chiemgau“ als geschlossener Zug unterzuschlüpfen<sup>48</sup>. Dennoch konnte sich die Partei bei ihrer Reaktivierung ab Mitte der Zwanziger Jahre auch hier auf keine funktionierende Wehrformation stützen. Hatte allein die SA Rosenheim-Stadt im Spätsommer 1923 noch 70 aktive Mitglieder gezählt, so waren es Anfang 1928 im gesamten Gebiet, das die NSDAP-Ortsgruppe zu betreuen hatte, nur noch 20 Mann. Mit wachsendem Zulauf in die Partei konnte aber auch ihre Schutztruppe neue Mitglieder gewinnen. Noch im Jahr 1928 gelang es, in Flintsbach und Brannenburg im Inntal sowie in Bad Aibling SA-Trupps aufzustellen<sup>49</sup>.

Da die SA-Standartengrenzen sich nicht mit den Grenzen der Verwaltungsbezirke deckten, läßt sich nur ansatzweise die Stärke der Parteitruppe in einzelnen Bezirksamtern feststellen. Wie eine Übersichtskarte aus dem Besitz der Standarte VI Chiemgau zeigt, umfaßte z. B. Sturm 16 nach der Neueinteilung vom 30. 8. 1930 im wesentlichen Stadt und Bezirksamt Rosenheim und den Bezirk Aibling, aber auch Teile der Bezirksamter Traunstein und Wasserburg; der letztgenannte Verwaltungsbezirk zerfiel in das Arbeitsgebiet von zwei Standarten und vier Stürmen. Im Chiemgauer Standartenbereich, den Major v. Rakobrandt von Kiefersfelden aus leitete und dessen Einsatzbereich sich über das Land südlich der Linie Ebersberg-Mühldorf-Altötting erstreckte, bildeten das Mangfall- und das obere Inntal mit ihrem Schnittpunkt Rosenheim das bestorganisierte Teilgebiet des Wehrverbandes<sup>50</sup>.

Nach einer 1930 angelegten, mehrfach ergänzten Stärketabelle, die wohl den Stand des Jahres 1931 wiedergibt, war die Kolbermoorer SA-Formation die größte des gesamten Standartengebiets, doch konnten auch Fischbach/Flintsbach im Inntal ansehnliche Verbände aufweisen. Die Zahl der SA-Männer der Stadt Rosenheim fiel dagegen vergleichsweise gering aus (Tab. 137).

Eine SA-Reserve, im April 1931 vom späteren Rosenheimer Oberbürgermeister Georg Zahler gegründet, wuchs daneben schon nach kurzer Zeit auf 45 Mann an und leistete wertvolle Dienste bei Propagandaaktionen und organisatorischen Arbeiten. Ein SA-Motorsturm unter Leitung des Kolbermoorer Schreinermeisters Hans Keller faßte bis Mai 1931 die verstreuten motorisierten SA-Einheiten zusammen, so daß der Partei eine zwar zahlenmäßig zunächst noch vergleichsweise kleine, aber gutorganisierte Hilfstruppe zur Verfügung stand<sup>51</sup>.

Gegenüber der SA-Organisation im Mangfall-, Inn- und Chiemgau steckte die Parteitruppe im unteren Rottal noch in den Kinderschuhen. Als am 13. 4. 1932 SA und SS verboten wurden und die Polizeibehörden Haussuchungen nach Waffen und Ausrüstungsgegenständen bei bekannten nationalsozialistischen

<sup>48</sup> Vgl. o. S. 220f.

<sup>49</sup> „15 Jahre Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP“, Beilage in Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 10./11. 8. 1935 (184). Hieraus auch, wenn nicht anders vermerkt, die folgenden Angaben zu den Parteiorganisationen von Rosenheim und Umgebung.

<sup>50</sup> Übersichtskarte der Standarte VI, StAM LRA 47157.

<sup>51</sup> Wie S. 307, Anm. 1.

Tab. 137: SA-Formationen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim: <sup>52</sup>

Ortsverband	Truppstärke	LKW	PKW	Motorrad
Stadt Rosenheim	29	1	2	2
BA Rosenheim:				
Fischbach/ Flintsbach	28	–	–	1
Kiefersfelden	10	–	–	1
Pang	10	–	–	–
Schloßberg	9	–	–	–
BA Aibling:				
Bad Aibling	20	–	–	3
Bruckmühl	8	–	–	1
Feilnbach	13	–	1	2
Kolbermoor	38	–	–	5
BA Wasserburg:				
Wasserburg	21	–	–	1
Rott	8	–	–	–

Aktivisten durchführten, kamen in den Stützpunkten Griesbach, Pocking, Kößlarn, St.Salvator und Rothalmünster zusammen nur 25 Uniformen zu Tage<sup>53</sup>. Die Gendarmeriestation Haarbach begründete das schlechte Ergebnis damit, daß nur die wenigsten Parteianhänger im Stande wären, den Preis von rund 19 RM pro Uniform auszugeben<sup>54</sup>.

Verbote, Haussuchungen und Beschlagnahmen waren die Reaktion auf Putschpläne, die für den Fall der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten geschmiedet worden waren. Den SA-Posten war der Sturmbefehl vom 3. 3. 1932 zugegangen, daß alle verfügbaren Einheiten am Wahltag in Alarmbereitschaft zu stehen hätten. Im Falle eines Sieges Hitlers sollte die SA binnen zwei Stunden fahrbereit sein<sup>55</sup>. Wie die Amtliche Bayerische Pressestelle meldete, hatten die lokalen Parteiverbände in der Hoffnung auf den Umsturz bereits die Verwaltungsposten unter ihren Mitgliedern aufgeteilt. Als Rosenheimer Bezirksamtsvorstand war den Berichten zufolge der Niedernburger Gutsbesitzer Hans Maul vorgesehen, den Bürgermeister der Stadt sollte Stadtrat Dr. Ernst Klein ablösen. Noch weitere Stellenanwärter waren namentlich aufgeführt<sup>56</sup>. In Kolbermoor sollten Orts-

<sup>52</sup> „Belegungsstärken“, StAM LRA 47 157. Bei den Hausdurchsuchungen im Zuge des SA-Verbots im April 1932 wurden im BA Wasserburg bei SA-Trupps in Isen, Wasserburg, Amerang, Pfaffing und Rott Ausrüstungsgegenstände beschlagnahmt; Wasserburger Anzeiger 15. 4. 1932 (87).

<sup>53</sup> Berichte d. Gendarmeriestationen 14. 4. 1932 an BA Griesbach, StALa Rep. 164/6, 3607. Allerdings meldete das BA am selben Tag dem Bayer. Innenministerium, die Haussuchungen seien relativ erfolglos verlaufen, da sie bei den Nationalsozialisten schon einen Tag vor ihrer Durchführung bekannt gewesen seien.

<sup>54</sup> Vgl. die Meldung der Griesbacher Polizei: Von vier Uniformen, welche die örtliche SA von der Landshuter Feldzeugmeisterei erhalten habe, sei eine zurückgegeben worden, da sie der Besteller nicht bezahlen konnte; ebd.

<sup>55</sup> In Rothalmünster beschlagnahmter Sturmbefehl, ebd. Nach Zorn, Geschichte, 338, war es Hitler selbst, der die Umsturzpläne seiner Anhänger unterdrückte.

<sup>56</sup> Bayer. Staatszeitung 9. 4. 1932 (81).

gruppenleiter Piro und SA-Führer Keller Bürgermeisteramt und Gendarmeriekommando übernehmen. Neubesetzungen waren auch in Bad Aibling und Wasserburg vorgesehen<sup>57</sup>. Wie das Regierungspräsidium von Niederbayern/Oberpfalz dem Bayerischen Innenministerium berichtete, hatte auch der Griesbacher NSDAP-Bezirksleiter Dr. Hartmann „allen Nationalsozialisten gut bezahlte Stellen in Aussicht gestellt“<sup>58</sup>.

Die Betroffenen bestritten energische jede Postenjägeri<sup>59</sup>, doch war damit der Verdacht des Umsturzversuchs nicht aus der Welt geräumt, zu auffällig waren die hektischen Versuche der SA seit dem Herbst 1931 gewesen, sich Waffen zu beschaffen, um für eine Auseinandersetzung mit politischen Gegnern oder den Sicherheitsorganen gewappnet zu sein. Begünstigt wurden sie dabei von der bayerischen Justiz, die Waffenvergehen der Linken als Hochverrat, die der extremen Rechten dagegen als Kavaliersdelikt behandelte.

Am 13. 10. 1931 waren zwei Rosenheimer SA-Männer in die Obstlagerhalle Feilnbach eingedrungen und hatten zwei Maschinengewehre mit Zubehör sowie zehn Infanteriegewehre entwendet und sie nahe der Stadt bei Gesinnungsgenossen deponiert. Den Vorfall, der denselben Tatbestand wie ein 1930 begangener Waffendiebstahl Rosenheimer und Wasserburger Kommunisten erfüllte, die dafür vom Reichsgericht Leipzig zu ein- bis dreijährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren<sup>60</sup>, bewerteten die Justizbehörden in diesem Fall nicht als Hochverratsversuch<sup>61</sup>. Als sich die Angeklagten vor dem Rosenheimer Schöffengericht am 12. 1. 1932 verantworten mußten, brachte Rädelsführer Ludwig Kuchler vor, man habe im staatlichen Interesse gehandelt, da man allein bestrebt gewesen sei, die Waffen vor Kommunisten in Sicherheit zu bringen. Das Gericht schloß sich dieser Argumentation an, erkannte als mildernd, daß die Tat aus parteipolitischer, nicht krimineller Überzeugung begangen worden sei, und verurteilte die beiden Hauptangeklagten zu je drei Monaten Freiheitsentzug mit Bewährung. Einer ihrer Helfer erhielt eine Geldstrafe von 50 RM, der zweite wurde freigesprochen<sup>62</sup>. Bei der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Traunstein wurde Kuchlers Gefängnisstrafe um einen Monat reduziert; die beiden übrigen Verurteilten kamen mit Geldbußen davon<sup>63</sup>.

Kuchler war jedoch im Zusammenhang mit einer neuerlichen Waffenaffäre inzwischen wieder festgenommen worden. Am 12. 3. 1932, dem Tag vor dem

<sup>57</sup> Bayer. Staatszeitung 5. 4. 1932 (77).

<sup>58</sup> Bericht d. Regierungspräsi. v. Niederbayern/Oberpfalz 10. 6. 1932, StALa Rep. 168/1, Fasc. 2599, Nr. 6799.

<sup>59</sup> Preseeklärungen in Rosenheimer Anzeiger 8. 4. 1932 (80), 9./10. 4. 1932 (81); Aiblinger Tagblatt 8. 4. 1932 (68); Wasserburger Anzeiger 20. 4. 1932 (91).

<sup>60</sup> Vgl. o. S. 228.

<sup>61</sup> Am 31. 10. 1931 hatte der Rosenheimer Bürgermeister Knorr der Regierung v. Oberbayern gemeldet, wegen des Diebstahls sei ein Verfahren wegen Hochverratsversuchs anhängig: „Die Regierung möge aus diesem Anlaß wieder ersehen, daß die polizeiliche und politische Lage hier nicht gerade erfreulich ist, wenn auch die gegen die kommunistischen Waffenschieber bereits verhängten hohen Strafen und die nunmehr Angehörigen der rechtsradikalen Gruppe drohende Aburteilung ernüchternd wirken werden.“ StA Rosenheim IA 1/77. Das Reichsgericht Leipzig fand keine Anhaltspunkte für einen versuchten Hochverrat; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 16./17. 11. 1932 (264).

<sup>62</sup> Rosenheimer Anzeiger 12. 1. 1932 (8), 13. 1. 1932 (9); Mitteilungsblatt 14. 1. 1932 (2), 21. 1. 1932 (3).

<sup>63</sup> Rosenheimer Anzeiger 9./10. 4. 1932 (81).

ersten Durchgang der Reichspräsidentenwahl, hatte laut Presseberichten ein Parteigenosse, wohl Kuchler, ein MG, drei Gewehre und „eine Menge Leuchtpistolen und Munition“ in den Gutshof Dr. Metzgers am Stadtrand verbracht, wo sie die Polizei sicherstellte<sup>64</sup>. Noch in der Nacht des Wahltages hoben die Sicherheitsorgane die 30–40 Mann starke Alarmbereitschaft von SA und NSDAP aus und beschlagnahmten eine Schreckschuß- und eine Flobertpistole sowie verschiedene Schlaginstrumente<sup>65</sup>.

Angesichts der offenkundigen Bedrohung der Staatsautorität und einer Serie tätlicher Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten, Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten im Stadtgebiet und in den Industriegemeinden der Umgebung sahen sich die Behörden nun gezwungen, ihren nachsichtigen Kurs gegen die NSDAP einzustellen. Hausdurchsuchungen und Waffenbeschlagnahmen richteten sich jetzt gegen einzelne Verbände wie die der besonders aktiven Schloßberger Ortsgruppe<sup>66</sup> oder bekannt militante Parteianhänger wie den Bürgermeister Kirchhams (BA Griesbach), bei dem die Polizei am 9. 4. 1932 ein MG nebst sieben Kisten Munition, eine weitere Waffe sowie Ausrüstungsgegenstände aushob<sup>67</sup>. Die aufsehenerregende Entwaffnungsaktion gegen den Chiemgau-Bund am 18. 3. 1932 sollte den Nachschub unterbinden, da ständig Waffenlager der Heimatschutzorganisation an SA und NSDAP ausgeliefert oder von diesen entwendet wurden<sup>68</sup>. Das Verbot der nationalsozialistischen Kampfverbände von April bis Juni 1932 dämpfte darüberhinaus ihre Aktivitäten, bis sich die angespannte politische Lage des Frühjahrs 1932 etwas entschärft hatte.

Neben der SA trat ab Herbst 1932 in Rosenheim eine SS-Formation an die Öffentlichkeit, die, rund 20 Mann stark, in den Innauen Übungen abhielt<sup>69</sup>. Die SA übte in der Stadt in aller Öffentlichkeit, was die Behörden tolerierten, weil es sich bei ihrem Exerzierplatz um ein Privatgelände handelte<sup>70</sup>. Was den nationalsozialistischen Kampfverbänden aber nach wie vor fehlte, war die Anerkennung als Schutztruppe vor der „kommunistischen Gefahr“, wie sie etwa der ‚Chiemgau-Bund‘ für sich in Anspruch nehmen konnte. Bei einem Erwerbslosentag der KPD am 6. 3. 1930 hatte sich die Kolbermoorer SA zwar bereitgehalten, um gegebenenfalls als Notpolizei einzugreifen, doch wartete sie vergebens auf einen Hilferuf des Bürgermeisters<sup>71</sup>.

<sup>64</sup> Rosenheimer Anzeiger 14. 3. 1932 (61). Vgl. die Stellungnahme Metzgers zu den Putschgerüchten: Seit der Waffenbeschlagnahme sei er aus der NSDAP ausgeschlossen; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 9./10. 4. 1932 (81).

<sup>65</sup> Ebenso wurde die 20 Mann starke Wache der Eisernen Front polizeilich aufgelöst; Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 15. 3. 1932, Stadtarchiv Rosenheim IA 1/77.

<sup>66</sup> Aiblinger Tagblatt 22. 3. 1932 (56).

<sup>67</sup> „Die Milchner waren bisher kommunistisch eingestellt und sind jetzt zur nationalsozialistischen Partei übergetreten. Es ist daher möglich, daß sie das M. G. von dieser Partei im Falle Hitler siegt, zur Verfügung gestellt erhielten, um die dortige Bevölkerung in Schach zu halten.“ Gendarmerie Würding an BA Griesbach 28. 3. 1932, StALa Rep. 164/6, 4597.

<sup>68</sup> Vgl. o. S. 300f.

<sup>69</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 7. 12. 1932, StA Rosenheim IA 1/77. Vgl. Treu dem Führer. Die Gesch. d. Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP, Beil. d. Rosenheimer Anzeiger 9. 8. 1935 (182).

<sup>70</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 5. 9. 1932, StA Rosenheim IA 1/77.

<sup>71</sup> Bürgermeister Fleischmann dementierte den Bericht des Völkischen Beobachters v. 16./17. 3. 1930 (63), er habe die 25 Mann starke SA gebeten, sich als Notpolizei zur Ver-

Die Gelegenheit, sich der bürgerlichen Bevölkerung als wirksame Kampfverbände gegen die extreme Linke zu präsentieren, ergab sich für SA und SS erst am 6. 2. 1933. Als sie in Rosenheim einen Aufmarsch mit 100 Teilnehmern, darunter „auffallend vielen Bauern“ veranstalteten, störten Anhänger der KPD den Zug durch Zurufe. Sofort begannen, wie der Rosenheimer Anzeiger berichtete, „die SA und SS mit Unterstützung der Gendarmerie planmäßig die Straßen zu räumen. Während die Polizei mit ihren Gummiknüppeln voring, schlugen die Nationalsozialisten mit ihren Schulterriemen, die sie zu Peitschen zusammengedreht hatten, und anderen Hieb Waffen auf die Kommunisten ein, die johlend und schreiend die Flucht ergriffen. Verschiedene Demonstranten wurden blutig geschlagen... In kleineren Trupps marschierten die SA und SS Leute mit ihrem verwundeten Führer immer wieder durch die aufgeregten Menschen und schwärmten sofort aus, wenn sie durch Schmährufe der Kommunisten herausgefordert wurden.“ Daneben gingen sie dazu über, verdächtige Wohnungen zu durchsuchen<sup>72</sup>. In einer Annonce lobten die die Nationalsozialisten das „mustergültige“ Verhalten der Polizei und sprachen ihr kameradschaftlich die Anerkennung aus<sup>73</sup>. Obwohl die städtische Pressestelle eine gezielte Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane mit der Partei des neuen Reichskanzlers dementierte<sup>74</sup>, waren damit doch die „Schutzverbände“ der NSDAP in den Augen vieler Bürger von Gegnern zu gern gesehene Helfern der Staatsgewalt aufgerückt.

Von wesentlich geringerer innerparteilicher wie propagandistischer Bedeutung als die militanten Verbände waren Unterabteilungen der NSDAP, die zum Ziele hatten, bestimmte Bevölkerungssegmente oder Berufsgruppen für die NSDAP zu gewinnen. Am 27. 3. 1929 war in Rosenheim die Ortsgruppe der Hitlerjugend wiedergegründet worden. Am 26. 11. 1930 folgte eine Frauen- und Mädchengruppe mit rund 20 Mitgliedern, meist Frauen und Töchtern von Parteigenossen, von der sich im April 1932 eine BDM-Abteilung mit 10 Mädchen abtrennte<sup>75</sup>. Auch in einigen der übrigen NSDAP-Ortsverbänden bildeten sich Frauengruppen, so in Wasserburg<sup>76</sup> oder in Prien, wo die „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Frauen“ Stadtkindern kostenlose Ferienaufenthalte bei Parteigenossen vermittelte und auch bei der Durchführung von Jugendlagern

fügung zu stellen „und daß die gesamte SA vollzählig befehlsgemäß den öffentlichen Sicherheitsdienst im Verein mit der Ortspolizei übernommen habe.“ Kolbermoorer Volksblatt 21./21. 3. 1930 (65).

<sup>72</sup> Rosenheimer Anzeiger 7. 2. 1933 (31). Das Blatt kommentierte: „Die Vorgänge von 1918/19 dürfen sich nicht wiederholen!... Da auch die auswärtige Presse bereits ausgiebige Schilderungen von den Zuständen in Rosenheim bringt, sind wir auf dem besten Wege, unseren mühsam errungenen guten Ruf wieder zu verlieren. Mit diesem System muß Schluß gemacht werden! Wir fragen daher mit aller Entschiedenheit: Ist die bayerische Regierung gewillt, diesem Treiben ein Ende zu bereiten? Wir verlangen einen ausgiebigen Schutz, damit sich derartige Vorfälle nicht mehr wiederholen können.“ Vgl. Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 7./8. 2. 1933 (31); Mitteilungsblatt 9. 2. 1933 (6).

<sup>73</sup> Rosenheimer Anzeiger 8. 2. 1933 (32).

<sup>74</sup> Polizeiberichte an Stadtrat und BA Rosenheim, BayHStA MInn 73686. Rosenheimer Anzeiger 9. 2. 1933 (33).

<sup>75</sup> S. o. S. 307. Anm. 1. Vgl. „Erlebnisse eines Hitlerjungen“ in „Jugend im Dritten Reich, HJ-Beilage für den Bann B 28 Chiemgau“, in Rosenheimer Anzeiger 12. 8. 1935 (184).

<sup>76</sup> Bei der Tagung des Kreises 14 (Wasserburg) am 18. 12. 1932 wurde „die Gründung zweier starker Frauenschäften“ im Rahmen des letzten Einmonatsplanes bekanntgegeben. Sonntag-Morgenpost 1. 1. 1933 (1).

half<sup>77</sup>. Die Frauenverbände spielten aber im Partegefüge nur die Rolle einer karitativ engagierten Alibigruppe. Größere Selbständigkeit oder ein konkret politisches Auftreten lief den martialisch-chauvinistischen Grundtendenzen der NSDAP zuwider.

Auch die Betriebszellenorganisation, Mittelstands-, Bauern- und Kriegsgeschädigtenverbände der NSDAP, die in der Provinz meist erst im Jahr 1932 als Ableger der größeren Ortsgruppen Fuß faßten<sup>78</sup>, waren auf lokaler Ebene nur einflußlose Parteanhängsel, welche den jeweiligen Standesangehörigen suggerieren sollten, daß gerade ihre Berufs- oder Interessengruppe im Dritten Reich auf eine eigene, im Parteiapparat verwurzelte Lobby zählen könnte. Ihr Aufschwung zu Massenorganisationen mit dem Ziel, standesegoistische Aktivitäten zu kontrollieren und im Sinne der politischen Führung zu kanalisieren, erfolgte erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme.

### *e) Die Lokalpolitik*

Erst spät wandte sich das Interesse der NSDAP der Kommunalpolitik zu, die sie von eher untergeordneter Bedeutung für ihr Vorwärtskommen ansah und es mehr oder weniger den Ortsgruppen überließ, sich isoliert und ohne klare Direktiven kommunalpolitisch zu profilieren<sup>79</sup>. Nur in den wenigsten Gemeinderäten war sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik mit eigenen Kandidaten vertreten. 1929 hatte sie es zumeist nicht einmal versucht, eine Liste für die Kommunalwahlen zu präsentieren, zu schwach waren trotz der gleichzeitigen, vehementen Parteipropaganda zum Volksbegehren gegen den Youngplan immer noch die örtlichen Parteistützpunkte. Lediglich in Bad Aibling, Achenmühle, Kiefersfelden, Rosenheim und Stephanskirchen trat die NSDAP zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen an und erreichte tatsächlich jeweils ein bis drei Mandate<sup>80</sup>. Das bedeutete aber nicht, daß andernorts keine Nationalsozialisten den Sprung in die Bürgervertretungen geschafft hätten. Wie bei den Wahlen des Jahres 1925 waren die „unpolitischen“ oder „wirtschaftlich“ ausgerichteten Wahlvorschläge mit nationalsozialistischen Kandidaten durchsetzt, die von den Parteanhängern gezielt nach vorne gehäufelt wurden. Listenverbindungen und Mittelstandsblöcke trugen dazu bei, auch NSDAP-Vertreter in die Gemeindeparlamente zu befördern, die nur unter der Fahne ihrer Partei kaum eine Chance gehabt hätten, eine ausreichende Stimmenzahl zu erlangen.

Eine Konstellation, die der NSDAP in Gemeinden, in denen sie sich keine großen Chancen für ein selbständiges Auftreten einräumte, besonders entgegenkam, traf sie im Markt Prien an. Neben BVP und SPD kandidierten fünf bürgerlich-bäuerliche Listen, die zu einem Block verbunden waren, um Reststimmen besser ausnützen zu können. Neben Bauern-, Beamten- und Pensionistenbund, Hausbesitzern und Mietern stellte sich die Anti-Youngplan-Koalition DNVP und NSDAP im Vorschlag „Gemeindewohl“ zur Wahl, doch war auch die Liste

<sup>77</sup> Chiemgau-Zeitung 14. 7. 1931 (82), 19. 5. 1932 (57).

<sup>78</sup> Vgl. Kreistagung Wasserburg 18. 12. 1932, Sonntag-Morgenpost 1. 1. 1933 (1).

<sup>79</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus, 33 ff.

<sup>80</sup> Bad Aibling 3, Achenmühle 3, Kiefersfelden 1, Rosenheim 2; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 9./10. 12. 1929 (284); Aiblinger Wochenblatt 10. 12. 1929 (146).

„Handwerk und Gewerbe“ mit Nationalsozialisten durchsetzt<sup>81</sup>. Auch wenn die Partei schließlich nur über einzelne Förderer im Gemeinderat verfügen konnte, waren damit doch die Anfänge für eine aktive Beteiligung am politischen Tagesgeschehen gemacht. Die enge Einbindung in den großen bürgerlichen Interessenblock half den Bürgern vor Augen zu führen, daß es sich bei den Nationalsozialisten um keine revolutionäre Gruppe handele, sondern um zu durchaus pragmatischer Arbeit für die Gemeinschaft gewillten Mitbürgern.

Auf eine andere Taktik setzte die NSDAP in Rosenheim. Obwohl sie sich mit einer eigenen Vorschlagsliste der Entscheidung der Wähler stellte, fanden sich auch im Wahlvorschlag „Interessengemeinschaft der Kriegsoffer und Frontsoldaten“ längjährige Parteimitglieder und Sympathisanten. Vor der Wahl waren beide Gruppen eine Listenverbindung eingegangen, doch betonten die „Kriegsoffer“ auf Handzetteln und Plakaten, sie würden eine eigenständige, von der NSDAP völlig unabhängige Interessenpolitik betreiben<sup>82</sup>. Schon wenige Tage nach dem Wahlgang, welcher der NSDAP wie der Veteranenvereinigung je zwei Sitze beschert hatte, änderte sich das Bild. Dr. Klein von der Kriegsofferliste, ohnehin NSDAP-Mitglied, wechselte ungeachtet heftiger Proteste des Frontkriegerbundes, der ihn nominiert hatte, zu seinen Parteifreunden über<sup>83</sup>. Damit glückte es der NSDAP, die zur Fraktionsbildung nötige Zahl an Abgeordneten zu erzielen und somit Sitz und Stimme in den diversen Ausschüssen beanspruchen zu können. Hans Bayer, der Vorsitzende der Rosenheimer Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, eines an sich republikanischen Verbandes, dem die SPD schon vor der Wahl in einem offenen Brief vorgeworfen hatte, als ehemaliger Sozialdemokrat verkaufe er sich für „den Judaslohn eines Stadtmandats“ an die Nationalsozialisten<sup>84</sup>, war als zweiter „Kriegsoffer“-Vertreter in den Stadtrat gelangt. Zunächst verhielt er sich abwartend gegenüber der NSDAP und wies Presseberichte, in denen er als Nationalsozialist bezeichnet worden war, entschieden zurück<sup>85</sup>, doch geriet er zunehmend unter den Einfluß der Nationalsozialisten, die damit de facto ihre Stimmenzahl im Stadtparlament verdoppelten.

Zerfallserscheinungen bei anderen Parteien trugen darüberhinaus dazu bei, daß die NSDAP im Verlauf der Wahlperiode plötzlich über den einen oder anderen Vertreter in den Kommunalparlamenten verfügte. Die Haltung der Wasserburger Wirtschaftspartei war hierbei keine Ausnahmeerscheinung<sup>86</sup>. Das Beispiel des Kolbermoorer Wirtschaftsparteilers Hans Legath, der sich im Frühsommer 1932 ebenfalls auf die Seite der Hitleranhänger im Gemeinderat schlug<sup>87</sup>, unterstreicht diese Tendenz.

Verfügte die NSDAP damit auch über ein steigendes, wenn auch zahlenmäßig vergleichsweise noch immer beschränktes Potential von gemeindlichen Volks-

<sup>81</sup> Chiemgau-Zeitung 23. 11. 1929 (139), 3. 12. 1929 (143), 12. 12. 1929 (147). Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 9./10. 12. 1929 (284).

<sup>82</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 30. 11./1. 12. 1929 (277), 14./15. 12. 1929 (289).

<sup>83</sup> Generalversammlung d. Frontkriegerbundes, Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 13./14. 1. 1930 (9).

<sup>84</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 30. 11./1. 12. 1929 (277).

<sup>85</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 14./15. 2. 1930 (37).

<sup>86</sup> Vgl. o. S. 286 ff.

<sup>87</sup> Kolbermoorer Volksblatt 9./10. 6. 1932 (130); Aiblinger Tagblatt 10. 6. 1932 (110); vgl. Mitteilungsblatt 21. 4. 1932 (16), 16. 6. 1932 (24).

vertretern, so gelang es ihr dennoch nicht, eine eigenständige kommunalpolitische Linie zu entwickeln, die über die eines alles verweigernden, destruktiven Neinsagerklubs hinausgegangen wäre. Dies hatte sie aber auch ihren Wählern angekündigt. Man mache keinerlei Versprechungen, vermeldete ein Wahlkampf-  
flugblatt der Rosenheimer NSDAP. Das einzige Programm der zukünftigen Stadträte laute: „Sparen, sparen und wieder sparen.“ Kosten müßten gedämpft werden, jede unnötige Ausgabe, die eine Erhöhung der städtischen Gebühren nach sich ziehen könne, unterbleiben<sup>88</sup>. Die Rosenheimer Nationalsozialisten blieben diesem Grundsatz bis zum Ende der Weimarer Republik treu, indem sie, zusammen mit dem Stadtrat der Kommunisten, fast gegen jeden Etatvorschlag opponierten und jede Gebühren- oder Abgabenerhöhung mit Ausnahme der Filialsteuereinhebung für auswärtige Firmen ablehnten<sup>89</sup>, ohne auch nur ein einziges Mal darzulegen, wie aus ihrer Sicht die Finanzierung der Haushaltslücken, die vor allem die ins unermessliche steigenden Fürsorgelasten verursachten, zu bewerkstelligen sei. Der Stadtrat sei ohnehin macht- und daher nutzlos, solange die Reichsregierung eine „uferlose Erfüllungspolitik“ betreibe und die „Young-tribute“ jede Gesundung des Wirtschaftslebens verhinderten, lautete ihr stereotypes Argument<sup>90</sup>.

Daneben versprach die Wahlkampfwerbung, den Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ im kommunalen Bereich zu verwirklichen und als politischer Saubermann aufzutreten. Mit der Forderung, kein Stadtrat dürfe sich an Lieferungen an die Gemeinde beteiligen, griff sie ein seit langem von der Linken immer wieder vorgetragenes Thema auf, mit der Forderung, alle Volksvertreter müßten „reine Westen haben“, berührte sie einen Punkt, den, wie das Rosenheimer Beispiel zeigte, sie selbst am allerwenigsten erfüllen konnte<sup>91</sup>. Effekthaschende Anträge wie die Vorschläge, die Stadt- bzw. Gemeinderäte sollten auf die Aufwandsentschädigungen für die Sitzungen verzichten oder auf die Quittungen zur Abrechnung erhöhter Werkgebühren „Young-Versklavungssteuer“ aufzudrucken<sup>92</sup>, zielten darauf hin, die Vertreter der anderen Parteien vor der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Konsequenter verfolgte die NSDAP wie in Reichs- und Landtag auch auf kommunaler Ebene ihre permanente Verweigerungslinie: Alles zu vermeiden, etwa selbst durch produktive Mitarbeit als Vertreter des „Systems“ angesehen zu werden und ständig zu demonstrieren, daß es das Gemeinwesen für das sie in den Volksvertretungen eigentlich arbeiten sollten, nicht wert sei, erhalten zu werden.

### *f) Parteipropaganda und Selbstdarstellung*

„Da die Partei von der Erwägung ausgeht, daß durch ihre jahrelange Werbetätigkeit in den Städten das Mögliche an Propagandaerfolgen bereits geleistet

<sup>88</sup> Flugblatt „Wahlaufruf“. Stadtarchiv Rosenheim 1529. Zum kommunalpolitischen Programm der NSDAP, in dem ebenfalls die Sparsamkeit der Verwaltung im Vordergrund stand, s. Blüher, Parteien, 44 f.

<sup>89</sup> Stadtratssitzung 29. 12. 1930, Rosenheimer Anzeiger 29. 12. 1930 (298).

<sup>90</sup> Stadtratssitzung 16. 9. 1931, Rosenheimer Anzeiger 17. 9. 1931 (213).

<sup>91</sup> Flugblatt „Wahlaufruf“, StA Rosenheim 1529; vgl. o. S. 313 f.

<sup>92</sup> Stadtratssitzung Rosenheim 16. 9. 1930, Rosenheimer Anzeiger 17. 9. 1930 (213); Gemeinderatssitzung Bad Aibling 16. 5. 1930, Aiblingler Zeitung 18./19. 5. 1930 (114). Vgl. die Situation im Stadtrat München bei Steinborn, Grundlagen, 494 ff.

wurde, daß dagegen auf dem flachen Lande noch viel größere Erfolgsmöglichkeiten bestehen, hat sie in letzter Zeit das Schwergewicht ihrer propagandistischen Arbeit in die Provinz verlegt“, meldete im Februar 1932 die Münchner Polizeidirektion<sup>93</sup>. In der Tat war die NSDAP seit 1930 gezielt dazu übergegangen, neben Städten und Märkten auch ländliche Gemeinden zu bearbeiten, die bislang kaum von den Auseinandersetzungen der politischen Gruppen erfaßt worden waren. Umso größer war hier aber der Zulauf zu politischen Sprechabenden und Vorträgen der vielberedeten Partei, da allein schon die Neugierde in diesem sonst ereignisarmen Umfeld viele Interessenten anlockte.

Einen Eindruck von den geradezu hektischen Anstrengungen der NSDAP seit Beginn der dreißiger Jahre in abgelegenen, sonst von tagespolitischen Auseinandersetzungen nur am Rande berührten Gebieten vermittelt die Untersuchung ihrer Propagandatätigkeit im Bezirksamt Griesbach. Seit Jahren bestimmte hier das Duell zwischen dem übermächtigen Bauernbund und der Bayerischen Volkspartei die politische Szene, die mit wechselndem Erfolg versuchten, sich gegenseitig Wähler abspenstig zu machen. Den Gipfelpunkt politischer Erregung hatte gebildet, wenn sich, wie nach einer Bauernbund-Großveranstaltung in Schönburg am 22.9.1929, BBMB- und BVP-Anhänger einige Tage nicht mehr grüßten<sup>94</sup>. In diese in sich verfestigte, behäbige Konstellation brach die NSDAP am 1.12.1929 mit einer Großveranstaltung im Markt Griesbach ein. Rund 700 Zuhörer drängten sich bei einer Rede des niederbayerischen Gauhauptamtsleiters Otto Erbersdobler, mindestens 100 weitere mußten abgewiesen werden. Geschickt hatte die Partei auf Handzetteln und Plakaten den Passauer Bauernbundsekretär Oskar Kainz aufgerufen, als Diskussionsredner die ablehnende Haltung des BBMB zum Nationalsozialismus zu vertreten, und es dabei nicht versäumt, eine genügende Anzahl ihrer Anhänger im Saal zu plazieren. Als Kainz nach einer dreiviertelstündigen Erwiderung auf die Ausführungen der nationalsozialistischen Referenten die Anwesenden aufforderte, mit ihm den Saal zu verlassen, folgten ihm nicht mehr als 150–200 Personen. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, eine Massenschlägerei zu verhindern<sup>95</sup>.

Damit war im Griesbacher Umland auch die Aufmerksamkeit bisher politisch nur wenig Interessierter geweckt. Eine wahre Flut von nationalsozialistischen Sprechabenden und Versammlungen ergoß sich nun über das untere Rottal und erntete regen Zuspruch. Eine Liste der angemeldeten politischen Veranstaltungen, die das Bezirksamt Griesbach von April 1931 bis März 1933 führte, läßt die drückende Übermacht der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber den etablierten Parteien erkennen, die derart aufwendigen Werbefeldzügen nicht gewachsen waren (Tab. 138).

Die NSDAP hielt danach im Amtsbezirk Griesbach weit mehr als die Hälfte aller parteipolitischen Veranstaltungen ab. Wie die zeitliche Aufschlüsselung

<sup>93</sup> Polizeidirektion München N. 109 (22.2.1932), BayHStA MA 101235/3.

<sup>94</sup> HMB d. Regierungsprärs. v. Niederbayern 706 (4.10.1929), StALa Rep. 168/5, 560.

<sup>95</sup> Gendarmerie Griesbach 2.12.1929 an BA Griesbach, StALa Rep. 164/6, 4581. Vgl. Rottaler Zeitung 3.12.1929 (279). Das Bayer. Volksblatt 3.12.1929 (280). Organ des BBMB, sah im Gegensatz zum Polizeibericht die NSDAP als Verlierer des Schlagabtauschs.

Tab. 138: Öffentliche Parteiveranstaltungen im BA Griesbach  
19. 4. 1931 – 14. 3. 1933:<sup>96</sup>

NSDAP	158
BVP	55
BBMB	33
KPD	23
SPD	17
DNVP	<u>3</u>
	289

zeigt, betrieben die einzelnen Parteien nicht jeden Wahlkampf mit der gleichen Intensität. Von Ende April bis zum Jahresende 1931 führte die NSDAP 41 Versammlungen durch, 13 zusätzlich beantragte Termine unterband die Aufsichtsbehörde. Dieser flächendeckenden Agitation auch zu Zeiten, wenn keine Wahlen unmittelbar bevorstanden, hatten die übrigen Parteien nichts entgegenzusetzen. Am aktivsten zeigte sich noch die spärlich vertretene Linke. Mit fünf Versammlungsanträgen, von denen zwei abgewiesen wurden, traten die Sozialdemokraten an die Polizeibehörde heran. Diese beschied auch drei Gesuche der KPD abschlägig. Von den beiden führenden Parteien, die bei den Wahlen des Jahres 1930 zusammen 75 % der Wählerstimmen erzielt hatten, war dagegen nicht einmal der Ansatz einer Reaktion auf die nationalsozialistische Kampagne zu verspüren. Der Bauernbund präsentierte sich mit einer einzigen öffentlichen Versammlung, die BVP verzichtete ganz auf Kundgebungen. Auch im unmittelbaren Vorfeld der Reichspräsidentenwahl änderte sich daran wenig. Vom Jahresbeginn 1932 bis zum 12. 3. 1932 warb die NSDAP achtunddreißigmal um die Gunst der Wähler, dreimal die KPD. Nur je zweimal waren es Bauernbund, SPD und DNVP. Die BVP blieb nach wie vor stumm und sammelte ihre Griesbacher Anhänger erst am Abend des Wahltages.

Nach dem Ausgang des ersten Wahlganges, bei dem im Bezirk ähnlich dem Ergebnis der Reichstagswahl 1930 rund ein Drittel der Stimmen auf Hitler entfallen war, wurde den bislang unumstrittenen Parteien die Gefahr bewußt, aus ihrer als sicher erachteten Rolle gedrängt zu werden. Die Angst um ihre Landtagssitze ließ nun die lokalen BBMB- und BVP-Führer aktiv werden. Vom Ende des Osterfriedens am 3. 4. 1932 bis zur Landtagswahl 1932 hielt die BVP 22 Versammlungen ab, während es die ausgelaugte, vorübergehend demoralisierte NSDAP lediglich auf 13 Kundgebungen brachte. Ihr folgten BBMB (12), KPD (7), SPD (5) und DNVP (1).

Schon nach einer kurzen Erholungsphase bewies aber die NSDAP erneut, daß sie nicht gewillt war, das Feld in diesem vielversprechenden Wahlbezirk wieder dem politischen Gegner zu überlassen. Vom Mai bis zur Reichstagswahl am 31. 7. 1932 dominierte sie erneut mit 27 Veranstaltungen. Nach wie vor aktiv zeigte sich die BVP (10), während sich beim Bauernbund schon der beginnende Zerfall abzeichnete. Mit zwei Werbeveranstaltungen lag die 1928 noch mit absoluter Mehrheit dominierende, inzwischen auf den dritten Platz zurückgefallene Partei noch hinter den hier unbedeutenden Linksparteien KPD (4) und SPD (3). Ähnlich verhielt es sich bei den letzten beiden Wahlen in der Weimarer Republik. Mit 14 Veranstaltungen im Herbstwahlkampf warb die NSDAP wiederum am

<sup>96</sup> Versammlungsverzeichnis des BA Griesbach, StALa Rep. 164/6, 4531.

intensivsten und steigerte sich zur Frühjahrswahl 1933 auf 24 Wahlkampftermine. Sie stellte damit BVP (9 und 14) und BBMB (5 und 12) weit in den Schatten. Kaum ins Gewicht fiel die Versammlungstätigkeit von SPD (2 und 2) und der zum Schluß in ihrer Agitation bereits weitgehend eingeschränkten KPD (5 und 1)<sup>97</sup>.

Nicht allein die Zahl der Veranstaltungen war jedoch entscheidend. Wichtiger war, wieviele Wähler auf diese Weise mit den Zielen der Parteien vertraut gemacht werden konnten. Wie polizeiliche Überwachungsberichte von 41 politischen Versammlungen im Bezirksamt Griesbach im Vorfeld der Reichstagswahl am 5. 3. 1933 beweisen, hatten die ohnehin zahlenmäßig überlegenen NSDAP-Veranstaltungen mit Abstand den besten Besuch:

Tab. 139: Durchschnittlicher Besuch parteipolitischer Veranstaltungen im  
BA Griesbach 11. 2. – 4. 3. 1933:<sup>98</sup>

Partei	Zahl der erfaßten Versammlungen	Zuhörer je
NSDAP	19	100
BBMB	11	60
BVP	8	50
KPD	1	40
SPD	2	30

Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß nach Einschätzung der Gendarmerie bei manchen Versammlungen gegnerischer Parteien oft die Hälfte der Anwesenden aus Nationalsozialisten bestand, die versuchten, in der Diskussion die Thesen ihrer Partei zu verbreiten und Andersdenkende einzuschüchtern<sup>99</sup>.

Obwohl die NSDAP damit im Bezirksamt Griesbach den weitaus besten Durchschnittsbesuch aufwies, war die Größe ihrer Versammlungen gegenüber den Veranstaltungen in den größeren Provinzstädten immer noch als bescheiden anzusehen. Aus 34 Versammlungsberichten, in denen die wachhabenden Kriminalbeamten die Zahl der Besucher bei NSDAP-Veranstaltungen in Rosenheim vom 22. 2. 1930 bis zum 1. 3. 1933 vermerkten, geht hervor, daß die Sprechabende und öffentlichen Versammlungen der Partei im Stadtgebiet durchschnittlich 500 Personen anzogen<sup>100</sup>, ein Ergebnis, von dem andere politische Gruppen nur träumen konnten.

Zu diesem Erfolg trug der gezielte Einsatz neuer Medien bei, welche die Parteiveranstaltungen auflockerten und zusätzliche Besucher anzogen. Die Übertragung von Rundfunkansprachen oder die Vorführung von Film-, sogar Tonfilmaufnahmen diente als Beweis der Ausführungen der Referenten, von deren Wahrheitsgehalt sich die Anwesenden nun quasi mit eigenen Augen und Ohren

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Errechnet aus Versammlungsberichten der Gendarmerieposten, StaLa Rep. 164/6, 4581.

<sup>99</sup> Versammlungsbericht zu BBMB-Veranstaltung Weihmörting 18. 2. 1933, Gendarmerie Rothalmünster an BA Griesbach 19. 2. 1933, StALa Rep. 164/6, 4581.

<sup>100</sup> Versammlungsberichte der Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim, StA Rosenheim IA 1/77.

überzeugen konnten<sup>101</sup>. Als Publikumsmagnet erwiesen sich auch Veranstaltungen, zu denen prominente Andersdenkende unter der Zusicherung eingeladen worden waren, volle Redefreiheit zu erhalten. Der Gewinn für die Veranstalter war vorprogrammiert: Erschienen der Geladene, wurde er nach seinem Diskussionsbeitrag von einem geschulten, eloquenten Parteiredner „widerlegt“, blieb er der Versammlung fern, wurde dies zum Schuldeingeständnis erklärt<sup>102</sup>. „Kulturelle“ Veranstaltungen wie der Auftritt eines „Nationalsozialistischen Symphonieorchesters“<sup>103</sup> oder „Vaterländische Abende“ einer „braunen Spielschar“<sup>104</sup> sollten die NSDAP als Vertreterin einer rein deutschen, konservativen Gesinnung präsentieren.

Alles in den Schatten stellten aber Kundgebungen, bei denen der charismatische „Führer“ selbst sich Parteivolk und Schaulustigen präsentierte. Da die Säle Rosenheims nach Einschätzung der Ortsgruppe zu klein waren, um den erwarteten Andrang bei Hitlers Auftritt am 17.4.1932 aufnehmen zu können, beantragte sie beim Stadtrat, ein Zelt mit einem Fassungsvermögen von 6000 Personen errichten zu dürfen<sup>105</sup>. Kaum hatte das Stadtparlament seine Zustimmung erteilt, begannen 50 SA-Leute mit dem Aufbau, doch widersetzte sich das Innenministerium den Plänen. Mindestens zwei Hundertschaften Landespolizei mußten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit aufgeboten werden, was unvertretbar hohe Kosten verursachte und wegen der hohen Inanspruchnahme der Bereitschaftspolizei während des Wahlkampfes unmöglich sei, begründete es das Verbot. Zum Leidwesen der Rosenheimer Nationalsozialisten mußte das halbfertige Zelt wieder abgebaut werden, was die NSDAP zu einer Beschwerde beim Reichsinnenminister und einer Interpellation im bayerischen Landtag veranlaßte<sup>106</sup>.

Als Ersatz mietete die Partei den größten Saal der Stadt, den des Hotels „Deutscher Kaiser“ an. Eine zweite Versammlung im nahen Schloßberg sollte die restlichen Interessenten aufnehmen. Beide Säle waren trotz stolzer Eintrittspreise von bis zu 2 RM überfüllt. Allein in Rosenheim lauschten 2000 Besucher den nur

<sup>101</sup> Nach einer Vorführung des Reichsparteitag-Filmes „Der Aufmarsch von 70 Hitler-Regimentern“ am 27.9.1930 notierte der Schloßberger Ortsgruppenleiter: „Dieser Film wurde von vielen Außenstehenden besucht. Man hatte in der feindlichen Presse gelesen, daß die ganze SA nur auf dem Papier stehe. Als der Film lief, sah man deutlich, daß die SA ein machtvolles Instrument in Hitlers Händen war.“ StA Rosenheim, Benutzerakt NSDAP Schloßberg.

<sup>102</sup> Am 2.4.1932 lud die Ortsgruppe Schloßberg den Riederinger Pfarrer Jakob Zeitler „höflichst“ ein, bei einer Versammlung am 8.4. mit dem Münchner Rechtsanwalt Mössmer seine Vorbehalte gegenüber der NSDAP zu erläutern. Um ihn in Zugzwang zu bringen, verteilten die Nationalsozialisten Handzettel, die darauf hinwiesen, daß der Pfarrer geladen sei und Gelegenheit habe, Stellung zu beziehen. Zeitler lehnte entrüstet ab: „Ich werde Ihnen nie einen Hanswürsten in einer Nationalsozialistischen Versammlung abgeben, dafür bin ich mir viel zu gut.“ Ebd.

<sup>103</sup> Aiblinger Zeitung 26.4.1932 (96).

<sup>104</sup> Z. B. Pocking 11.12.1931; Pockinger Zeitung 13.12.1931 (147).

<sup>105</sup> Antrag 6.4.1932, StA Rosenheim IA 1/77. Hermann Esser sprach später im Landtag am 16.6.1932 von einem Zelt für 12–15000 Personen, die Parteichronik nannte ein Fassungsvermögen von 20000 Menschen; Verh. d. Bayer. Landtags 1932/33, Stenograph. Berichte, 40ff.: „Treu dem Führer“. Die Geschichte der Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP, Beil. d. Rosenheimer Anzeiger 9.8.1935 (181).

<sup>106</sup> Ebenso war ein Zeltbau in Weilheim verboten worden; Hermann Esser im Landtag 16.6.1932; Innenminister Stützel's Antwort 17.6.1932; Verh. d. Bayer. Landtags 1932/33, Stenograph. Berichte, 40ff.

halbstündigen Ausführungen Hitlers, in Schloßberg waren es 1 150<sup>107</sup>. Die Straßen vor dem Rosenheimer Versammlungslokal waren hoffnungslos verstopft, drei Propagandaflugzeuge kreisten über der Stadt, Tausende von Menschen, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, drängten sich, um wenigstens einen Blick auf den „Führer“ zu werfen und seine über Lautsprecher nach außen übertragene Rede zu hören<sup>108</sup>.

Ein noch größerer Publikumsandrang stellte sich ein, als Hitler am 12. 10. 1932 in Pocking im Rottal sprach. Nach Schätzungen der Polizei lauschten 8000 Personen seiner kurzen Rede. Der Besuch übertraf damit bei weitem alle bisherigen Parteiveranstaltungen im Bezirk Griesbach, lag aber trotz des Einsatzes von Sonderzügen deutlich unter der erwarteten Zahl von 10–15000 Besuchern. Daß es vor allem die Person Hitlers war, welche die Teilnehmer anlockte, ergab sich aus der Beobachtung der überwachenden Polizeibeamten, daß sich noch während der Rede Hermann Essers, der nach Hitler sprach, die Halle zu leeren begann<sup>109</sup>. Selbst wenn damit bei vielen der Anwesenden die Neugierde ein konkretes Interesse an der Partei überwog, so gelang es der NSDAP mit diesen zirkusartigen Großveranstaltungen doch, auch Menschen zu erreichen, die einer „normalen“ Parteiversammlung ferngeblieben wären. Die Feststellung des Bezirksamts Griesbach, „daß treue Anhänger des Bauernbundes, die bei sonstigen Gelegenheiten auf ihre Parteizugehörigkeit pochen, den Rednern vielfach lebhaften Beifall spendeten“<sup>110</sup>, unterstreicht die Erfolge dieser Taktik.

Die Inhalte der Referate waren deshalb auch darauf zugeschnitten, mit eingängigen, das „Volksempfinden“ artikulierenden und stereotyp wiederholten Phrasen auch diese Neugierigen und parteipolitisch an der nationalsozialistischen „Bewegung“ eigentlich Uninteressierten zu erreichen. Die Schuld an der politischen und wirtschaftlichen Krise Deutschlands wurde eingängig in personifizierenden Topoi dargestellt: Die Novemberverbrecher, der Versailler Vertrag, der Youngplan, die „Börsenjuden“, die Berliner Korruptionswirtschaft und vor allem das „System“ schlechthin, das unter dem Oberbegriff der parlamentarischen Demokratie als Urgrund aller Mißstände herhalten mußte, waren es, welche in allen Veranstaltungen zur Sprache kamen. Wie die Polizeirapporte und Versammlungsberichte der Lokalzeitungen beleuchten, stellte dieses Anklagepaket auch in den Bauern-, Mittelstands- und Betriebszellenversammlungen der NSDAP das Grundgerüst der Ausführungen dar. Getreu der Devise, möglichst unverbindlich in größter Vieldeutigkeit und „ideologischer ‚Elastizität‘“ (Sontheimer)<sup>111</sup> den Anliegen aller Interessengruppen entgegenzukommen, ohne dabei die Position als Sammlungspartei der unzufriedenen Massen aufs Spiel zu setzen, wurden konkrete Sachfragen weitestgehend ausgeklammert. Von konstruktiver Opposition mit dem Ziel, einen Ausweg aus der politischen und wirtschaftlichen Talsohle zu finden, war somit nichts zu spüren. Jedem Unzufriedenen gleich welcher Berufsgruppe oder Gesellschaftsschicht war es daher

<sup>107</sup> Vgl. o. S. 315.

<sup>108</sup> Rosenheimer Anzeiger 18. 4. 1932 (88).

<sup>109</sup> BA Griesbach an Regierungspräsidium v. Niederbayern 13. 10. 1932, StALa Rep. 164/6, 4531. Hier auch eine Zusammenstellung verschiedenster Presseberichte über das Ereignis.

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> Sontheimer, Antidemokratisches Denken, 135.

möglich, in der nationalsozialistischen Anklagelitanee die Punkte vorzufinden, die ihn selbst am meisten belasteten. „Der Nationalsozialismus ist ein Chamäleon, das in allen Farben schillert, je nachdem man es braucht“, kommentierte der Haager Bote treffend die Agitationsweise der NSDAP<sup>112</sup>.

Obwohl damit allgemeine politische Themen im Vordergrund der Parteipropaganda standen, konnte es sich die NSDAP nicht leisten, ganz auf eine interessenspezifische Propaganda für die wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Einzelgruppen zu verzichten. Von 108 NSDAP-Versammlungen im Bezirksamt Griesbach, zu denen die Polizeibehörde das angemeldete Thema vermerkte, waren 87 allgemeinen Themen aus dem Repertoire der Partei gewidmet, 18 sprachen die Landwirte, drei die Arbeiterschaft an<sup>113</sup>. Auch in den Städten und Märkten versuchte sich die Partei an Markttagen mit speziellen Bauernkundgebungen, erntete damit aber, wie am 10. 5. 1931 und 25. 10. 1931 in Rosenheim, oft nur geringen Erfolg<sup>114</sup>. Nur wenige Landwirte verließen sich auch zu einer Bauernversammlung, welche die NSDAP zum 8. 9. 1930 provokativ in Tuntenhäusern, dem Zentrum der katholischen Bauernbewegung, angesetzt hatte<sup>115</sup>. Die dezentralisierte Agitationsoffensive besonders des Jahres 1932 führte jedoch dazu, daß auch die mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufriedene bäuerliche Bevölkerung immer häufiger mit den alles versprechenden Phrasen der Parteiredner in Berührung kam<sup>116</sup>.

War die Not der Landwirtschaft ein unverfängliches Thema, das zumindest in der Provinz weiteste Anerkennung fand, so erforderte es besonderes Fingerspitzengefühl, Berufsgruppen mit divergierenden Wirtschaftsinteressen wie Kleinhandel, Beamte und Arbeiterschaft, die sich spätestens seit den Auseinandersetzungen um die Lohn- und Preissenkungsaktion des Reichs einander ent-

<sup>112</sup> Versammlungsbericht Gars 20. 4. 1932, Haager Bote 23. 4. 1932 (46).

<sup>113</sup> Versammlungsverzeichnis BA Griesbach, StAla Rep. 164/6, 4531.

<sup>114</sup> Bei der „Bauern- und Mittelstandsversammlung“ am 10. 5. 1931, bei der ursprünglich Heinrich Himmler sprechen sollte, war nur ein Viertel der 6–700 Besucher Landwirte, am 25. 10. waren „etwas Bauern“ unter den 200 Anwesenden. Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 11. 5. u. 26. 10. 1931, StA Rosenheim IA 1 / 77.

<sup>115</sup> Aiblinger Zeitung 10. 9. 1930 (208).

<sup>116</sup> Zur Thematik der Bauernversammlungen vgl. OCBV-Direktor Melchner an Innenminister Stützel 10. 6. 1932: „Die Nationalsozialisten arbeiten mit einem groß aufgezogenen Apparat fast in jedem Bauerndorf in der Weise, daß sie sagen, das Agrarprogramm brachte den Bauern keine Hilfe, die Käsestützungsaktion des Ministers Schiele sollte Hilfe bringen, hat sie aber nicht gebracht.

Dann wird auch noch behauptet, daß das Stickstoffsyndikat einen großen Schwindel treibe, den Stickstoff um 9–10 M an die Bauern verkaufe, während die Herstellung nur M 1.80 kostet und daß man Stickstoff für 5 M frachtfrei nach Frankreich liefere und das alles unter Aufsicht der Behörden.

Die Not, die wir in der Landwirtschaft haben, besonders dort, wo Milchwirtschaft und auch wo Viehwirtschaft getrieben wird, ist ein guter Nährboden für die nat.-sozialistischen und kommunistischen Agitationsmethoden. Den Nat. Sozialisten ist jede Gegenäußerung unbequem und deshalb wird jeder Gegenredner durch die uniformierte Staffage einfach niedergeschrien und mit allen möglichen Schimpfworten belegt. Die dritte Notverordnung wird von den Nat. Sozialisten ganz besonders ausgebeutet. Auf dem Lande reden sie von den hohen Gehältern und Pensionen der Beamten, die nach der nat. sozialistischen Darstellung ohne Vorbildung durch die politischen Machthaber in ihre Stellung hineingeschoben werden. In den Städten aber hetzen sie die Beamten auf gegen die durch die Notverordnung veranlaßten Abzüge.“ BayHStA ML 3638.

fremdet hatten, anzusprechen, ohne ihnen dabei Zusicherungen zu Lasten ihrer Widersacher zu machen und desintegrierend die Interessenvielfalt in der zur Massenpartei angewachsenen „Bewegung“ anzuheizen. Bewußt wurde daher eine Beamtenversammlung der NSDAP am 20.7.1932 mit 50 Teilnehmern, davon rund 40 Beamten, meist Reichsbahnangehörigen, nur im kleinen Kreis abgehalten<sup>117</sup>. Auch vier Werbeabende für die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) fanden in der Stadt, gemessen am sonstigen Versammlungsstil der NSDAP, nur im kleinen Rahmen statt<sup>118</sup>. Sie bezweckten, der extremen Linken Anhänger abzuwerben, wozu der Rosenheimer Gruppenwart Hans Langenegger, der im Juni 1931, zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus der KPD, der NSDAP beigetreten war<sup>119</sup>, das Bindeglied darstellen sollte. Seine Person bedeutete jedoch für die bürgerliche Seite, die die führende Rolle des „Revolutionsschneiders“ in den Tagen der Räteherrschaft noch nicht vergessen hatte, eine gefährliche Provokation. Eine Ausweitung der NSBO-Agitation in der Stadt Rosenheim schien aus diesem Grund nicht ratsam, was bei der Vorreiterstellung dieses Zentralortes auch eine hemmende Wirkung auf die Betriebszellenentwicklung in den Industrieinseln der Umgebung hatte.

Kleingewerbetreibende und Kaufleute versuchte die NSDAP mit Hilfe der „Kampfgemeinschaft gegen Konsumvereine, Warenhäuser und Großfilialen“ anzusprechen. Nach dem parteiamtlichen Befehl, jede Ortsgruppe habe zwingend eine Mittelstandversammlung anzusetzen und einen Obmann des Kampfbundes als Ansprechpartner des kleinen und mittleren Gewerbes zu benennen<sup>120</sup>, hielt der Gauvorsitzende Georg Sturm in den meisten größeren Marktflecken und Städten Oberbayerns, darunter Rosenheim, Kolbermoor, Wasserburg und Haag, Versammlungen ab. Für den flüchtigen Betrachter stellten sie sich oft als überparteiliche Notkundgebungen des Mittelstands dar, über deren wahre Zielsetzung nur die Person des lokalen Einberufers Auskunft gab. Damit wurden nicht nur die Behörden hinters Licht geführt, sondern auch Gewerbetreibende aller Parteischattierungen angelockt, denen der Referent dann vorgaukelte, nur die Partei Hitlers biete den in ihrer Existenz bedrohten Mittelschichten einen zuverlässigen Schutz vor der Konkurrenz der Kaufhäuser und Versandgeschäfte<sup>121</sup>.

<sup>117</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 21. 7. 1932, StA Rosenheim I A 1/77.

<sup>118</sup> Die Teilnehmerzahlen schwankten zwischen 80 und 250 Personen. Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 5. 12. 1931, 23. 1. 1932, 27. 2. 1932, 4. 10. 1932, ebd.

<sup>119</sup> Vgl. o. S. 313f.

<sup>120</sup> Rundschr. v. 29. 4. 1931, Völkischer Beobachter 1./2. 6. 1931 (152/153).

<sup>121</sup> Eine Versammlungsanmeldung des Rosenheimer Obmanns Hans Huber v. 18. 9. 1931, versehen mit dem Briefkopf seiner Nahrungsmittelfirma, erwähnte mit keinem Wort, welche Partei hinter der geplanten Zusammenkunft stehe. Da sich aber in der Unterschrift des vorgesehenen Plakats die „Kampfgemeinschaft“ als Organisation der NSDAP zu erkennen gab, untersagte Stadtkommissar Roth am 23. 9. 1931 die Durchführung, da zu besorgen sei, „daß durch Erörterung der wirtschaftlichen Lage... die Unruhe in der Bevölkerung noch erhöht und dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet wird.“ StA Rosenheim I A 1/77. Vgl. den Pressebericht zur Kolbermoorer Kampfbund-Versammlung v. 18. 9. 1931, der mit keinem Wort die NSDAP erwähnt; Aiblinger Zeitung 20./21. 9. 1931 (216). Die Versammlungen Sturms nach Aufhebung der restriktiven Genehmigungspolitik, etwa am 22. 10. 1932 zusammen mit Gauleiter Wagner in Wasserburg und am 24. 10. 1932 in Haag waren dagegen eindeutig als Parteiveranstaltungen erkennbar; Wasserburger Anzeiger 21. 10. 1932 (245); Haager Bote 22. 10. 1932 (121).

Doch auch Kundgebungen, die ohne parteipolitischen Hintergrund von Handel und Gewerbe einberufen worden waren, wurden nicht selten von nationalsozialistischen Agitatoren geschickt in Werbeabende für ihre Partei umfunktioniert. Eine überfüllte Protestversammlung der Rosenheimer Gastwirte gegen ein vom Stadtrat am 24. 9. 1930 verabschiedetes Steuerpaket, das auch die drastische Erhöhung der Getränkeabgaben vorsah, nutzte NSDAP-Fraktionsprecher Adam, um gegen die Notverordnungspraxis des Reichs, die „Katastrophenpolitik“ der bürgerlichen Stadtratsmehrheit und das „Affentheater“ der neugegründeten BVP-Mittelstandsorganisation zu Felde zu ziehen. Der Hauptreferent des Abends, der aus München angereiste Vorsitzende des Bayerischen Gastwirteverbandes Lober, erklärte sich mit Adams Ausführungen „voll und ganz... einverstanden“, was angesichts der Verärgerung der meisten Bürger über die unpopulären Maßnahmen des Stadtrats einen enormen Werbeerfolg für die NSDAP bedeutete<sup>122</sup>.

Um eine weitere Radikalisierung des gewerblichen Mittelstandes zu verhindern, untersagte das Bezirksamt Rosenheim eine Protestversammlung, die sich am 12. 12. 1930 gegen die Finanzpolitik des Bezirks im Zusammenhang mit dem Kauf des angeschlagenen Hartsteinwerks Eschenlohe richtete, dessen Zahlungsunfähigkeit auch die Einlagen der Bezirkssparkasse gefährdete<sup>123</sup>. Eine Kundgebung in Prien am 29. 11. 1931 belegte, daß die Bedenken der Aufsichtsbehörde, der gewerbliche Mittelstand könne in ein zunehmend radikales Fahrwasser geraten, nicht aus der Luft gegriffen waren. Ein „unheimlicher, in Prien noch nie gesehener Massenbesuch“ zeigte das Interesse der Bevölkerung an den Problemen der Gewerbetreibenden, doch waren von mehreren geladenen Abgeordneten und Behördenvertretern nur Georg Eisenberger vom Bauernbund und Bezirksamtsvorstand Roth erschienen. Nachdem sich in der ausführlichen Diskussion, an der auch Vertreter der Neuen Bauernbewegung teilnahmen, die Verdrossenheit der Versammelten gegenüber dem wirtschaftlichen Vorgehen von Regierung und Bezirk offenbart hatte, wurde ein Dreiergremium unter Mitwirkung des NSDAP-Ortsgruppenleiters Karl Sturm bestimmt, um die Finanzpolitik des Bezirks zu prüfen und zu überwachen. Eine Protestresolution wurde auf Antrag von nationalsozialistischer Seite verworfen, welche im Gegenzug den Rücktritt der Regierung forderte<sup>124</sup>. Prompt verbot das Bezirksamt eine Folgeveranstaltung, welche am 20. 3. 1932 die Ergebnisse der Untersuchungen des Ausschusses darlegen sollte<sup>125</sup>, doch war es den Priener Nationalsozialisten zumindest geglückt, sich als Mittelstandsvertreter einzuführen, wozu auch die Person des Gewerbevereinsvorsitzenden Melchior Jaud, eines Parteigenossen, beitrug. Indem nationalsozialistische Diskussionsredner das gesamte „System“ für Mißgriffe unterer Behörden und politischer Instanzen verantwortlich machten, förderten sie die Staatsverdrossenheit und die Bereitschaft, den Unmut mit dem Stimmzettel auszudrücken. Die Bezirksverwaltung habe wegen der Stein-

<sup>122</sup> Rosenheimer Anzeiger 26./27. 9. 1930 (223); Inntal-Bote 1. 10. 1930 (145). Vgl. o. S. 165 f.

<sup>123</sup> Chiemgau-Zeitung 12. 12. 1930 (147). Auch der Protest der Einberufer, die sich auf den unpolitischen Charakter der Veranstaltung beriefen, bei der Regierung v. Oberbayern blieb erfolglos. Ebd., 15. 12. 1930 (148), 19. 12. 1930 (150).

<sup>124</sup> Chiemgau-Zeitung 1. 12. 1931 (142).

<sup>125</sup> Chiemgau-Zeitung 17. 3. 1932 (32), 22. 5. 1932 (54).

werks-Affäre das Vertrauen der Steuerzahler verloren, die „bei den nächsten Wahlen... gründlich Wandel schaffen“ wollten, war das Fazit einer Schloßberger Bürgerversammlung im Januar 1933<sup>126</sup>, das darauf hindeutete, auf welchem Weg sich der Protest der Bürger Bahn brechen würde.

Einer der wichtigsten Schwerpunkte der nationalsozialistischen Propaganda war ab 1930 der „Sympathiefeldzug gegenüber den Kirchen“ (Röhm/Thierfelder)<sup>127</sup>, der sich in der altbayerischen Provinz auf das Bemühen konzentrierte, die katholische Bevölkerung zu überzeugen, daß ihr Glaube und die Weltanschauung der NSDAP entgegen den Stellungnahmen von kirchlicher Seite durchaus vereinbar seien. Gerade in den ländlichen Gebieten stand diese Thematik immer wieder im Vordergrund der Ausführungen der Parteireferenten, war es doch offenkundig, daß die Partei nur dann eine Chance hatte, zur bestimmenden politischen Kraft Altbayerns aufzusteigen, wenn es ihr gelang, ihren Einfluß auf Teile der fest im katholischen Glauben verwurzelten Bevölkerung auszudehnen, die bislang vor allem die Klientel der BVP darstellte. Durch seine radikale Bekämpfung von Marxismus und Kommunismus sei der Nationalsozialismus „Beschützer des katholischen Christentums“, behaupteten die NSDAP-Redner<sup>128</sup> und waren bestrebt, sich damit an die kirchliche Propagandawelle zur „Gottlosenabwehr“ anzuschließen. Auftritte ehemaliger Geistlicher wie des amtsenthobenen Borkumer Pfarrers Münchmayer am 8. 7. 1929 in Rosenheim, der über „Hakenkreuz und Christenkreuz“ referierte<sup>129</sup>, sollten den Eindruck erwecken, die Glaubensgemeinschaften stünden dem Nationalsozialismus keineswegs geschlossen ablehnend gegenüber.

Wirklich war das Verhältnis der evangelisch-lutherischen Kirche zur NSDAP keinesfalls so skeptisch-distanziert wie das des katholischen Klerus. Beim Oberbayerischen Gautag 1929 in Rosenheim war es den katholischen Teilnehmern am demonstrativ-geschlossenen Kirchgang von SA, SS und HJ verwehrt, Fahnen und Standarten ins Gotteshaus mitzunehmen, was in der protestantischen Kirche gestattet war<sup>130</sup>, wo Stadtpfarrer Schott „eine ergreifende Predigt über Deutschlands Erneuerung“ hielt<sup>131</sup>. Da die katholische Kirche mit dem Erstarren der NSDAP immer deutlicher von ihrem anfangs noch etwas indifferenten Kurs gegenüber dem Nationalsozialismus abrückte und in offene Gegnerschaft zu dieser in ihren Augen neuen Form des kulturkämpferischen Liberalismus trat<sup>132</sup>, war für die Partei die tiefe Kluft zur Glaubensgemeinschaft der Bevölkerungsmehrheit kaum noch zu kaschieren. Trotz aller anderslautenden Lippenbekenntnisse wurde sie offenkundig, als bei einer Rosenheimer Kriegerehrung am 13. 11. 1932 die nationalsozialistischen Teilnehmer, 130–150 uniformierte SA- und SS-Männer, vor der Kranzniederlegung geschlossen einen protestantischen Gottesdienst besuchten<sup>133</sup>.

<sup>126</sup> Chiemgau-Zeitung 2. 2. 1933 (14).

<sup>127</sup> Röhm/Thierfelder, Evangelische Kirche, 170.

<sup>128</sup> Z. B. in Gars 22. 11. 1931; Haager Bote 3. 12. 1931 (142).

<sup>129</sup> Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 8./9. 7. 1929 (154); Rosenheimer Anzeiger 9. 7. 1929 (155).

<sup>130</sup> „Fahnen können nur in die protestantische Kirche mitgenommen werden.“ Programm des Gautags, StA Rosenheim IA 1/77.

<sup>131</sup> Rosenheimer Anzeiger 2. 9. 1929 (201).

<sup>132</sup> Vgl. o. S. 217 f.; Maier, Katholische Kirche, 153 f.

<sup>133</sup> Kriminalpolizei an Stadtrat Rosenheim 14. 11. 1932, StA Rosenheim IA 1/77.

In dieser heiklen Situation war für die südbayerische NSDAP die Person des Benediktinermönchs Alban Schachleiter von unschätzbarem Wert. Den ehemaligen Abt des Prager Emaus-Klosters hatte es nach dem Krieg nach München verschlagen, von wo er sich nach Querelen wegen seines Engagements für Stahlhelm und NSDAP nach Bad Aibling und schließlich 1928 nach Feilnbach zurückzog. Die Auseinandersetzungen dieses „Kämpfers im Mönchskleide“, wie ihn die NS-Propaganda bezeichnete, mit den Kirchenoberen erreichten ihren Höhepunkt, als über ihn am 24.6.1932 ein Zelebrationsverbot im Gebiet der Erzdiözese München und Freising verhängt wurde. Schachleiter griff daraufhin mit Stellungnahmen im Völkischen Beobachter in die Wahlkampfauseinandersetzungen ein. Scharf trat er dem Hirtenbrief des Linzer Bischofs Dr. Gföller vom 21.1.1933 entgegen, der dem Nationalsozialismus vorgeworfen hatte, er kranke an „unchristlichem Rassenwahn“ und „bloßem Scheinchristentum“, so daß ihn jeder überzeugte Katholik verurteilen müsse<sup>134</sup>. Die Entgegnung des zum Märtyrer gestempelten Priesters, „ein Wort zur Beruhigung für strenggläubige Katholiken“, die im Völkischen Beobachter und auf Flugblättern verbreitet wurde<sup>135</sup>, diente der NSDAP nicht nur im Bezirk Aibling, sondern im gesamten katholischen Bayern als höchst effektive Wahlkampfmunition im Vorfeld der entscheidenden Abstimmung des 5. März.

In der letzten Phase der Weimarer Republik war es der durch die Kanzlerschaft Hitlers gewonnene Legitimitätsanspruch, der das Auftreten der NSDAP bestimmte. Zwar dauerten die auch in der Provinz teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Gruppen an, doch erschienen Zusammenstöße mit der extremen Linken jetzt nicht mehr als Gefährdung der Ordnung und reiner Parteilichkeit, sondern als Einsätze, die der gesamten „ordnungsliebenden“ Bevölkerung zur Abwehr der kommunistischen Gefahr für Nation, Kirche und Besitz zugute kamen. Sie paßten sich nahtlos ins Bild der verstärkten, von den Sicherheitsorganen durchgeführten Kommunistenverfolgungen ab Januar 1933 ein und verliehen den nationalsozialistischen Parteitruppen, wie bei ihrem gemeinsamen Vorgehen mit der Polizei in Rosenheim<sup>136</sup>, einen halboffiziellen Anstrich.

Geschickt auf den Vorabend des letzten Wahltages in der Weimarer Demokratie angesetzte Fackelzüge und Aufmärsche zum „Tag der erwachenden Nation“ sollten nicht allein Stärke demonstrieren, sondern die Bevölkerung in eine Aufbruchstimmung versetzen und ihr suggerieren, der Ausgang der Wahl sei

<sup>134</sup> Aiblinger Anzeiger 7./8.2.1933 (31).

<sup>135</sup> Völkischer Beobachter 1.2.1933 (32); Aiblinger Anzeiger 4./5.3.1933 (53). Da Schachleiter der Weisung, bis zum 15.3.1933 in ein Kloster der Beuroner Kongregation einzutreten, nicht Folge leistete, wurde er suspendiert. Am 21.3., als rund 2000 Personen ihm mit einem Fackelzug huldigten, betonte der Aiblinger SA-Sonderkommissar Bierling, Schachleiter habe Gewissenskonflikte, die für Katholiken von kirchlicher Seite errichtet worden seien, beseitigt und „Hunderttausende aus der Seelenbeklemmung befreit und erneut dem katholischen... Glauben zugeführt“. Der ehemalige Abt wurde zum Ehrenbürger Feilnbachs ernannt, Hitler gratulierte ihm am 13.5.1933 persönlich zum 50. Ordensjubiläum. Aiblinger Tagblatt 14.3.1933 (51), 23.3.1933 (58), 25.3.1933 (61), 31.3.1933 (64), 11.4.1933 (71), 17.5.1933 (95), 30.5.1933 (103). Aiblinger Zeitung 24.3.1933 (70). Vgl. Volk, Episkopat, 53ff.

<sup>136</sup> Vgl. o.S. 321.

unzweifelhaft. Wenn, wie in Rothalmünster, bereits am 4.3.1933 am Marktplatz feierlich die Hakenkreuzfahne gehißt wurde, NSDAP-Ortsgruppe, Veteranen- und Turnverein mit Musik durch den Ort zur Lautsprecherübertragung der Rede Hitlers und schließlich mit einer großen, begeisterten Menschenmenge auf eine Anhöhe zogen, wo „zum Zeichen der Freiheit“ eine Hitler-Eiche gepflanzt, ein Feuer entfacht und 60 Böllerschüsse abgegeben wurden<sup>137</sup>, so war dies für die Wähler der Gemeinde der augenscheinliche Beweis dafür, wem die Zukunft gehörte. Die Stimmabgabe für die NSDAP am folgenden Tag bedeutete hier nicht mehr die Entscheidung für eine Partei unter vielen, sondern für den Sieger und den bereits angebrochenen Neubeginn.

#### IV. Der politische Wandel im Spiegel der Wahlentscheidungen

##### 1. Die Wahlergebnisse im Überblick

Die Parteienvielfalt und die politische Zersplitterung in den Jahren der Weimarer Republik fanden ihre Stütze im städtischen Umfeld. Da es in den dünnbesiedelten Agrargebieten den Kleinparteien kaum möglich war, flächendeckend Werbeveranstaltungen abzuhalten oder gar Ortsgruppen zur Weiterverbreitung ihrer Programme ins Leben zu rufen, konzentrierten sie sich in ihrer Agitation auf die Zentralorte, um mit geringen Mitteln möglichst viele potentielle Wähler zu erfassen. Darüberhinaus waren die meisten Kleinparteien und Splittergruppen rechtsbürgerlich bis liberal ausgerichtet und rekrutierten damit ihre Wählerschaft traditionsgemäß aus dem städtischen Bürgertum. So war auch in der Stadt Rosenheim die politische Meinung breit gefächert. Bei der Reichstagswahl 1928 erreichten hier acht Parteien mehr als 4 % der Stimmen, während die führenden politischen Kräfte BVP und SPD zusammen gerade 58,5% der Wähler vertraten (Tab. 140).

Bereits 1930 änderte sich die Situation grundlegend. Eine Konzentrationsbewegung setzte ein, die in erster Linie der NSDAP zugute kam, welche 1932 die SPD von der Position der zweitstärksten Partei verdrängte. Die ehemals starken liberalen Parteien verloren sukzessive ihren Rückhalt. Abgesehen von einem kurzen Höhenflug Anfang 1932 blieb die BVP langfristig konstant und hielt stets rund 10 % über dem Durchschnitt der oberbayerischen kreisfreien Städte, und auch die Linke konnte ihre Stellung bis zum Ende der Weimarer Republik behaupten. SPD und KPD erreichten mit Ausnahme der Schwächeperiode der Sozialdemokraten im Frühjahr 1932 zusammen stets ein knappes Drittel der Stimmen<sup>1</sup>.

Deutlich wich davon die Wählerentscheidung in den Bezirksamtern ab. In Aibling verlor die BVP, 1928 mit 46,7 % die führende politische Kraft und über

<sup>137</sup> Gendarmerie Rothalmünster an BA Griesbach 6. 3. 1933, StaLa Rep. 164/6, 4581; Rothalmünsterer Tagblatt 4. 3. 1933 (53).

<sup>1</sup> Zur Wahlentwicklung in der Stadt Rosenheim entsteht derzeit eine Dissertation an der Universität Passau.

Tab. 140: Wahlergebnisse in Rosenheim-Stadt 1928–1933 in %  
(in Klammern: Durchschnitt der oberbayerischen kreisfreien Städte):<sup>2</sup>

	RT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932/1	RT 1932/2	RT 1933
Wahlbet.:	79,9 (74,7)	87,7 (86,4)	75,8 (76,2)	77,7 (79,8)	73,9 (73,9)	89,6 (89,2)
NSDAP:	6,0 (10,5)	20,0 (21,6)	25,6 (28,7)	27,9 (28,3)	23,2 (24,8)	36,2 (37,7)
DNVP:	6,1 ( 8,7)	2,0 ( 2,4)	2,1 ( 3,2)	2,1 ( 3,3)	4,2 ( 6,5)	3,5 ( 6,0)
KVP:	–	3,1 ( 5,8)	–	–	–	–
DVP:	4,8 ( 5,3)	1,0 ( 1,6)	1,4 ( 2,4)	1,1 ( 0,8)	1,5 ( 0,9)	0,5 ( 0,5)
DDP:	5,0 ( 3,5)	1,0 ( 2,2)	–	0,2 ( 0,5)	0,3 ( 0,4)	0,1 ( 0,4)
WP:	4,0 ( 3,4)	3,9 ( 2,3)	–	0,3 ( 0,5)	0,3 ( 0,4)	–
BVP:	33,9 (24,2)	33,3 (24,0)	41,2 (29,5)	38,9 (26,1)	37,9 (26,1)	32,4 (22,9)
BBMB:	1,9 ( 0,9)	2,1 ( 0,6)	1,1 ( 1,9)	0,2 ( 0,3)	0,4 ( 0,3)	0,2 ( 0,2)
SPD:	24,6 (32,0)	22,1 (28,0)	15,5 (20,3)	19,6 (21,8)	17,9 (20,4)	19,0 (20,3)
KPD:	7,3 ( 8,2)	9,4 ( 9,9)	9,5 (12,4)	10,7 (14,8)	13,3 (19,0)	7,8 (11,4)
sonst.:	7,1 ( 3,2)	2,1 ( 1,6)	1,3 ( 2,0)	1,3 ( 1,4)	1,0 ( 1,2)	0,3 ( 0,6)

dem Schnitt der oberbayerischen Bezirksämter gelegen, kontinuierlich an Einfluß und sackte schließlich 1933 auf 28,2 % ab. Ähnlich erging es der SPD, die bis zur letzten halbwegs freien Wahl mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils einbüßte, was zuletzt nicht mehr zugunsten der radikalen Linken geschah. Neben dem Zerfall des Bauernbundes und der ohnehin schwach vertretenen Kleinparteien kam der Einbruch in das Wählerreservoir von BVP und teilweise der Linken, die von 1932/2 bis 1933 10,9 % ihrer absoluten Stimmen einbüßte, der NSDAP bei ihrem überdurchschnittlichen Aufstieg zugute.

Tab. 141: Wahlergebnisse im BA Aibling 1928–1933 in %  
(in Klammern: Durchschnitt der oberbayerischen Bezirksämter):<sup>3</sup>

	RT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932/1	RT 1932/2	RT 1933
Wahlbet.:	74,0 (72,1)	83,3 (81,7)	79,0 (77,5)	78,1 (77,1)	76,4 (74,1)	85,7 (84,9)
NSDAP:	3,3 ( 3,9)	18,1 (13,1)	30,5 (21,1)	28,1 (23,3)	28,5 (19,6)	47,6 (39,9)
DNVP:	2,5 ( 3,8)	0,9 ( 1,8)	1,9 ( 1,9)	2,1 ( 3,6)	1,9 ( 2,9)	1,5 ( 3,1)
KVP:	–	1,2 ( 2,2)	–	–	–	–
DVP:	1,5 ( 2,2)	0,7 ( 1,2)	0,6 ( 1,0)	0,9 ( 1,4)	0,8 ( 0,7)	0,3 ( 0,4)
DDP:	1,8 ( 1,9)	0,7 ( 1,0)	–	0,3 ( 0,6)	0,2 ( 0,2)	0,1 ( 0,2)
WP:	2,1 ( 1,9)	1,9 ( 2,3)	–	0,3 ( 0,4)	0,2 ( 0,3)	–
BVP:	46,7 (39,6)	39,9 (41,2)	39,5 (44,6)	39,1 (43,4)	38,3 (44,1)	28,2 (34,5)
BBMB:	11,8 (24,4)	9,7 (17,4)	5,3 (14,9)	3,3 ( 8,3)	3,1 (10,6)	1,5 ( 6,4)
SPD:	22,3 (17,4)	20,3 (14,7)	15,6 (10,3)	18,2 (11,7)	16,7 (11,8)	10,4 (15,9)
KPD:	3,2 ( 2,6)	5,3 ( 4,2)	6,0 ( 4,5)	7,0 ( 6,5)	9,8 ( 9,0)	4,8 ( 5,0)
sonst.:	4,8 ( 2,3)	1,3 ( 0,9)	0,6 ( 0,7)	0,7 ( 0,8)	0,5 ( 0,8)	0,6 ( 0,1)

<sup>2</sup> ZBStL 60 (1928), 456 ff.; 63 (1931), 75 ff.; 64 (1932), 451 ff. u. 377 ff.; 65 (1933), 85 ff. u. 315 ff. Zur Interpretation der Wahlergebnisse auf Landesebene s. v. a. Thränhardt, Wahlen, 125 ff. Beste Materialzusammenstellung auf Reichsebene: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen. Zu Recht weisen sie, 122 f., darauf hin, daß die Berechnung der Stimmenanteile auf Basis der Wahlberechtigten statt wie bisher üblich der gültigen Stimmen Interpretationsfehler, die durch scheinbar konstante Stimmenanteile bei schwankender Wahlbeteiligung entstehen können, ausgrenzen hilft. In der folgenden Untersuchung wurde trotzdem der „konventionellen“ Berechnungsart der Vorzug gegeben, um Vergleiche mit anderen regionalen oder lokalen Untersuchungen nicht unnötig zu erschweren. Die Wahlbeteiligung wurde stets vermerkt und ist bei allen Deutungsversuchen zu beachten.

<sup>3</sup> Ebd.

Auch im Bezirk Rosenheim hatten die Kleinparteien wenig Anhänger gewonnen. Die BVP, jeweils auf Höhe des oberbayerischen Durchschnittsniveaus angesiedelt, dominierte bis Ende 1932 mit weitem Vorsprung die politische Landschaft. Der Bauernbund, der 1928 mit 26,2% einen beachtlichen Erfolg erzielt hatte, erlebte einen dem oberbayerischen Mittelwert vergleichbaren Schwund an Wählergunst, von dem aber die Bayerische Volkspartei nur am Rande profitieren konnte. Hauptnutznießer war die NSDAP, der daneben die Stimmen der Liberalen und der kleinen bürgerlichen Gruppen zuflossen. Relativ stabil zeigten sich die Linksparteien, die bei wechselseitigen Fluktuationen bis zum Ende der Demokratie zwischen 12 und 17,2% der Wählerstimmen behaupteten.

Tab. 142: Wahlergebnisse im BA Rosenheim 1928–1933 in %  
(in Klammern: Durchschnitt der oberbayerischen Bezirksämter): <sup>4</sup>

	RT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932/1	RT 1932/2	RT 1933
Wahlbet.:	69,8 (72,1)	84,4 (81,7)	76,8 (77,5)	75,5 (77,1)	71,6 (74,1)	83,1 (84,9)
NSDAP:	3,1 ( 3,9)	16,5 (13,1)	26,1 (21,1)	27,4 (23,3)	22,6 (19,6)	45,9 (39,9)
DNVP:	3,8 ( 3,8)	2,3 ( 1,8)	3,5 ( 1,9)	4,7 ( 3,6)	3,3 ( 2,9)	3,4 ( 3,1)
KVP:	–	2,3 ( 2,2)	–	–	–	–
DVP:	2,2 ( 2,2)	1,1 ( 1,2)	0,5 ( 1,0)	1,3 ( 1,4)	1,2 ( 0,7)	0,4 ( 0,4)
DDP:	1,9 ( 1,9)	0,8 ( 1,0)	–	0,7 ( 0,6)	0,1 ( 0,2)	0,1 ( 0,2)
WP:	1,7 ( 1,9)	1,5 ( 2,3)	–	0,2 ( 0,4)	0,3 ( 0,3)	–
BVP:	41,4 (39,6)	40,2 (41,2)	45,9 (44,6)	43,7 (43,4)	45,0 (44,1)	34,2 (34,5)
BBMB:	26,2 (24,4)	19,3 (17,4)	11,3 (14,9)	6,8 ( 8,3)	9,4 (10,6)	3,9 ( 6,4)
SPD:	11,3 (17,4)	10,1 (14,7)	7,1 (10,3)	9,3 (11,4)	8,9 (11,8)	7,4 (10,4)
KPD:	3,4 ( 2,6)	4,8 ( 4,2)	5,1 ( 5,4)	4,8 ( 6,5)	8,3 ( 9,0)	4,6 ( 5,0)
sonst.:	5,0 ( 2,3)	1,1 ( 0,9)	0,5 ( 0,7)	1,1 ( 0,8)	0,9 ( 0,8)	0,1 ( 0,1)

Ein völlig anderes Bild ergibt sich im Bezirksamt Wasserburg: Hier war die politische Landschaft vor 1933 geprägt vom Dualismus der beiden „bayerischen“ Parteien. Sie hatten 1928 zusammen 80,4% der Stimmen erreicht und konnten sie, im Gegensatz zu den übrigen Bezirken unseres Untersuchungsgebiets, mit geringen Abstrichen bis Ende 1932 halten. Dem BBMB gelang es, sich überdurchschnittlich gut gegen die überregionale Abwanderungstendenz zu behaupten. Zwar büßte er am 7. 11. 1932 mehr als die Hälfte des Stimmenanteils von 1928 ein, doch wanderten seine Wähler in erster Linie zur BVP ab, die dadurch 1932 die absolute Mehrheit erhielt. BVP und BBMB umfaßten bis Ende 1932 drei Viertel aller Wählerstimmen, bis der NSDAP im Frühjahr 1933 auch ein Einbruch in die vorher nur untereinander mobile Wählerschaft der B-Parteien gelang<sup>5</sup>. Nachdem sie bislang weit unterrepräsentiert gewesen war, näherte sich die NSDAP nun mit einem gewaltigen Sprung dem oberbayerischen Durchschnittswert, ohne aber damit die führende Stellung der Bayerischen Volkspartei zu brechen.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Zu den Wechselbeziehungen zwischen BVP und BBMB s. Thränhardt, Wahlen, 142 ff.

Tab. 143: Wahlergebnisse im BA Wasserburg 1928–1933 in %  
(in Klammern: Durchschnitt der oberbayerischen Bezirksämter):<sup>6</sup>

	RT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932/1	RT 1932/2	RT 1933
Wahlbet.:	76,5 (72,1)	83,8 (81,7)	81,8 (77,5)	80,6 (77,1)	77,0 (74,1)	86,7 (84,9)
NSDAP:	1,5 ( 3,9)	7,6 (13,1)	13,0 (21,1)	13,9 (23,3)	13,0 (19,6)	38,4 (39,9)
DNVP:	1,3 ( 3,8)	0,7 ( 1,8)	1,2 ( 1,9)	0,9 ( 3,6)	1,4 ( 2,9)	1,2 ( 3,1)
KVP:	–	0,5 ( 2,2)	–	–	–	–
DVP:	0,7 ( 2,2)	0,5 ( 1,2)	1,4 ( 1,0)	0,9 ( 1,4)	0,6 ( 0,7)	0,3 ( 0,4)
DDP:	1,6 ( 1,9)	0,5 ( 1,0)	–	0,2 ( 0,6)	0,2 ( 0,2)	0,1 ( 0,2)
WP:	3,6 ( 1,9)	4,4 ( 2,3)	–	0,7 ( 0,4)	0,5 ( 0,3)	–
BVP:	41,6 (39,6)	47,8 (41,2)	54,1 (44,6)	59,5 (43,4)	55,2 (43,4)	43,6 (34,5)
BBMB:	38,8 (24,4)	29,3 (17,4)	23,9 (14,9)	14,7 ( 8,3)	18,8 (10,6)	10,4 ( 6,4)
SPD:	8,6 (17,4)	6,9 (14,7)	5,2 (10,3)	6,7 (11,7)	6,6 (11,8)	4,6 (10,4)
KPD:	0,5 ( 2,6)	1,2 ( 4,2)	0,8 ( 5,4)	1,7 ( 6,5)	2,8 ( 9,0)	0,3 ( 5,0)
sonst.:	1,8 ( 2,3)	0,6 ( 0,9)	0,4 ( 0,7)	0,8 ( 0,8)	0,9 ( 0,8)	0,1 ( 0,1)

Ähnlich präsentierte sich die Ausgangssituation im Bezirksamt Griesbach. 1928 entschieden sich 83,1 % der Wähler für Bauernbund und Bayerische Volkspartei. Zusammen mit der SPD erhielten sie 91,3 % der Stimmen, eine Konstellation, die wie in Wasserburg für die übrigen Parteien keinen Platz zu lassen schien, erreichte die NSDAP als stärkster der Konkurrenten doch nur 1,7 %. Bei der Reichstagswahl 1930 verschoben sich aber die Gewichtungen. Erstmals seit Bestehen der Weimarer Republik konnte sich mit der NSDAP eine vierte politische Kraft etablieren, die sich auf Kosten des Bauernbunds bei ansonsten kaum veränderten Werten noch vor die Sozialdemokraten schob. Ihre Entwicklung setzte sich 1932 beschleunigt fort. Bei der Landtagswahl 1932 trennten nur wenige Zehntelprozente die NSDAP davon, stärkste Partei des Bezirksamts zu werden. Sie erhielt auch bei den folgenden Abstimmungen jeweils den höchsten Stimmenanteil der niederbayerischen Bezirksämter, um schließlich 1933 mit 62,2 % ihr bestes Ergebnis ganz Altbayerns zu erzielen. Der Zerfall des Bauernbunds, der zunächst auch der BVP zugute gekommen war, begünstigte diese Entwicklung. Neben der Mobilisierung früherer Nichtwähler, die in diesem Bezirk mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung umso stärker ins Gewicht fiel, trugen wohl auch ehemalige Wähler von BVP und der Linken zu diesem Erdrutschsieg bei (Tab. 144).

## 2. Einzelaspekte der Wahlentscheidung

### a) Die Konfession

In der homogenen Glaubenslandschaft der altbayerischen Provinz, in der nur in den Zentralorten, Industrieinseln und Fremdenverkehrsgemeinden nennenswerte nichtkatholische Bevölkerungsanteile anzutreffen waren, stellte die Gemeinde Großkarolinenfeld (BA Aibling) einen Sonderfall dar. Im Jahre 1804 hatte hier Max IV. Joseph Pfälzer Protestanten angesiedelt, welche die Kultivierung der ausgedehnten Moorgebiete in Angriff nahmen. Als Folge davon waren

<sup>6</sup> Wie S. 336, Anm. 2.

Tab. 144: Wahlergebnisse im BA Griesbach 1928–1933 in %  
(in Klammern: Durchschnitt der niederbayerischen Bezirksämter):<sup>7</sup>

	RT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932/1	RT 1932/2	RT 1933
Wahlbet.:	69,7 (68,3)	70,0 (69,0)	66,9 (66,7)	62,0 (65,5)	60,4 (61,1)	79,1 (77,9)
NSDAP:	1,7 ( 2,5)	11,7 ( 9,7)	31,2 (20,4)	31,9 (20,5)	28,9 (18,5)	62,2 (44,9)
DNVP:	0,7 ( 1,3)	0,7 ( 0,9)	1,5 ( 1,2)	1,1 ( 1,1)	1,1 ( 1,3)	0,9 ( 1,1)
KVP:	–	0,6 ( 0,5)	–	–	–	–
DVP:	0,8 ( 1,0)	0,8 ( 1,2)	0,5 ( 0,5)	1,2 ( 1,2)	0,9 ( 1,0)	0,3 ( 0,4)
DDP:	1,1 ( 0,9)	0,4 ( 0,5)	–	0,2 ( 0,3)	0,2 ( 0,2)	0,1 ( 0,1)
WP:	0,9 ( 1,7)	0,9 ( 1,1)	in DVP	0,5 ( 0,4)	0,4 ( 0,3)	–
BVP:	25,9 (36,2)	28,1 (38,4)	28,1 (40,3)	33,3 (43,6)	31,0 (41,2)	19,2 (31,2)
BBMB:	57,2 (40,3)	46,9 (33,5)	31,5 (26,0)	21,7 (16,7)	24,9 (19,6)	11,8 (10,9)
SPD:	8,2 (12,2)	7,1 ( 9,9)	4,8 ( 6,6)	5,1 ( 7,4)	4,8 ( 7,4)	3,2 ( 6,3)
KPD:	1,1 ( 1,6)	2,1 ( 3,5)	2,4 ( 5,0)	4,4 ( 8,1)	7,1 ( 9,7)	2,2 ( 5,0)
sonst.:	2,4 ( 2,3)	0,7 ( 0,8)	–	0,6 ( 0,7)	0,7 ( 0,8)	0,1 ( 0,1)

1925 noch 15,5 % der Einwohner inmitten eines zu 96 % katholischen Bezirks evangelischer Konfession<sup>8</sup>.

Die natürlichen Gegebenheiten bestimmten das Wirtschaftsleben der Gemeinde: Neben kleinräumiger, insgesamt wenig ertragreicher Landbewirtschaftung, die rund die Hälfte (1933: 50,4 %)<sup>9</sup> der Bevölkerung ernährte, bestanden Verdienstmöglichkeiten in Torfstichen und einer kleinen Ziegelei, die von der Absatzkrise und Kartellierungsdruck seit den späten zwanziger Jahren allerdings arg in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

Die besondere konfessionelle Struktur Großkarolinenfelds fand 1928 in einem für eine ländliche Gemeinde ohne Fremdenverkehr vergleichsweise hohen Stimmenaufkommen für die bürgerlichen Kleinparteien ihren Niederschlag. Die Wählerschaft der Evangelischen Volksgemeinschaft (EV) bestand aber, wie in den folgenden Jahren die des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSV), nur aus einer Handvoll Menschen. Klar führte die BVP vor der starken Linken<sup>10</sup>. Auffallend war neben der bei weitem unter dem Niveau des Bezirks liegenden Wahlbeteiligung vor allem das Abschneiden der NSDAP. Die vier Wähler, die ihr 1928 die Stimme gegeben hatten, wechselten 1930 zu einer anderen Partei oder ins Lager der Nichtwähler, so daß zu einem Zeitpunkt, an dem im Bezirk bereits 18,1 % für die Hitlerbewegung votierten, in der Moorgemeinde keine einzige Stimme auf die NSDAP entfiel, was die überregional nachgewiesene höhere Anfälligkeit von Protestanten für den Rechtsradikalismus ins Gegenteil zu verkehren scheint<sup>11</sup>. Die Verluste von Wählerstimmen bei DNVP, DVP und

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Vgl. o. S. 17.

<sup>9</sup> StDR 456, H. 28.

<sup>10</sup> Da exakte soziostrukturelle Daten auf Gemeindeebene fehlen, ist nicht zu ermitteln, ob die relativ hohe SPD-Wählerzahl von der wirtschaftlichen oder konfessionellen Struktur der Gemeinde beeinflusst wurde. Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, 191, die für evangelische Landregionen einen SPD-Wählerstamm von 25 % (1928), für katholische dagegen nur von 9 % errechnen.

<sup>11</sup> Reichsweit tendierten 1928–1933 Protestanten in höherem Maße zur NSDAP und stellten zugleich weniger Nichtwähler als Katholiken. S. die Korrelationen und Kontrastgruppenvergleiche ebd., 161 ff. und 200 ff.

Bauernbund gingen in dieser Phase auf Wahlverweigerer zurück oder kamen der BVP zugute, die sich damit auch im gemischtkonfessionellen Milieu als Integrationspartei erwies. Der Vorstoß der NSDAP trat erst 1932 und dafür mit überdurchschnittlicher Vehemenz ein. 1932/2 lagen die NSDAP-Stimmanteile schon über dem Bezirksamtslevel, 1933 erreichte sie bei höherer Wahlbeteiligung und realen Verlusten aller übrigen Parteilager mit Ausnahme der Deutschnationalen das mit Abstand beste Ergebnis des Bezirksamts Aibling:

Tab. 145: Wahlergebnisse in Großkarolinenfeld bei den Reichstagswahlen 1928–1933 (in %):<sup>12</sup>

	1928	1930	1932/1	1932/2	1933
Wahlbet.:	54,7	69,7	62,2	64,9	70,7
NSDAP:	1,4	–	27,5	32,2	56,6
DNVP:	2,8	0,3	0,8	0,8	2,1
KVP:	–	1,1	–	–	–
EV:	2,4	–	–	–	–
CSV:	–	2,6	0,6	0,5	–
DVP:	4,1	0,8	1,1	2,6	0,4
DDP:	1,7	1,1	–	–	–
VP:	3,1	2,9	–	–	–
WP:	3,4	1,8	1,1	0,3	–
BVP:	40,3	47,3	44,6	39,0	27,2
BBMB:	16,2	10,6	2,3	3,2	2,1
SPD:	16,2	18,5	13,6	9,8	6,4
KPD:	9,0	4,5	7,4	10,8	5,2

Mit dieser Feststellung der Fakten müssen wir es bewenden lassen. Aussagen darüber, inwieweit das politische Verhalten der Großkarolinenfelder Wähler von den konfessionellen Besonderheiten determiniert wurde, wären angesichts fehlender Vergleichswerte nur Spekulation. Erst die Erschließung und Untersuchung anderer protestantischer Inseln im Diasporagebiet der Glaubensgemeinschaft könnte hier Klarheit schaffen.

#### b) Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten

Von der Möglichkeit, nach Geschlechtern getrennte Wahlergebnisse zu ermitteln, machten nur wenige bayerische Gemeinden Gebrauch, war es doch nötig, separate Wählerlisten anzulegen und getrennte Wahllokale zur Verfügung zu stellen. In unserem Untersuchungsgebiet gehörte die Stadt Rosenheim zu den

<sup>12</sup> Errechnet aus Aiblinger Zeitung 22. 5. 1928 (117), 16. 9. 1930 (213), 2. 8. 1932 (177), 8. 11. 1932 (259), 7. 3. 1933 (55). Da das Statistische Landesamt nur die Wahlergebnisse auf Bezirksamtsebene veröffentlichte und lediglich für das BA Griesbach Urwahllisten und amtliche Zusammenstellungen existieren, mußten die übrigen Gemeindegewahleregebnisse der Lokalpresse entnommen werden. Offensichtliche Ungenauigkeiten durch Druckfehler konnten auch durch den Vergleich mehrerer Blätter nicht immer beseitigt werden, auch unterschieden die Zeitungsmeldungen oft nicht zwischen abgegebenen und gültigen Stimmen.

Kommunen, die von 1919 bis 1933 dem Statistischen Landesamt Daten zur geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung und -entscheidung lieferten. Von 1919 bis 1928 stimmten auch in der Gemeinde Stephanskirchen Frauen und Männer getrennt ab, während in Kiefersfelden nur einmal, am 20.5.1928, eine getrennte Abstimmung durchgeführt wurde.

Tab.146: Die Wahlausübung durch Frauen in Rosenheim, Stephanskirchen (Ortsteil Schloßberg) und Kiefersfelden bei den Reichstagswahlen 1928–1933:<sup>15</sup>

- a) Absolut höhere (+) oder niedrigere (–) Wahlbeteiligung der Frauen (in %)  
 b) Frauenanteil an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen (in %)

	Rosenheim		Stephanskirchen/ Schloßberg	Kiefersfelden
	a)	b)	b)	b)
1928:	– 8,4	50,9	47,0	42,2
1930:	– 6,6	52,9	–	–
1932/1:	– 5,6	51,9	–	–
1932/2:	– 6,6	51,7	–	–
1933:	+ 0,3	53,7	–	–

Die Wahlbeteiligung der Frauen war damit in Rosenheim, zumindest im Jahr 1928, höher als in den ländlichen Industrieorten Stephanskirchen/Schloßberg und Kiefersfelden, lag aber auch in der Kleinstadt deutlich unter der Wahlbeteiligung der Männer. Erst 1933 trat darin eine Änderung ein, als sich die Frauen Rosenheims durch die Bemühungen der Parteien, bisherige Nichtwähler zu aktivieren, besonders angesprochen fühlten. Schon in den Jahren zuvor hatten aber weibliche Wähler aufgrund ihres Bevölkerungsanteils knapp über die Hälfte der Stimmen in der Stadt abgegeben und damit die Abstimmungsergebnisse entscheidend geprägt. Gab es dabei besondere weibliche Parteipräferenzen?

Wie die Zusammenstellung zeigt, verliefen Schwankungen in der Parteiakzeptanz und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in beiden Geschlechtsgruppen in groben Zügen in gleicher Richtung, doch unterlag die Höhe des Wahlerfolgs der einzelnen Parteien geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen. Als die Frauenpartei schlechthin erwies sich die BVP, die stets die überwiegende Zahl ihrer Stimmen von weiblichen Wählern erhielt. Bei den konservativen bis linksliberalen Parteien hielt sich die Unterstützung durch Frauen mit leichten Abstrichen die Waage zu ihrem Erfolg bei der männlichen Wählerschaft,

<sup>15</sup> ZBSiL 60 (1928), 474f.; 63 (1931), 92; 64 (1932), 470; 65 (1933), 102 u. 327. Rosenheimer Anzeiger 21. 5. 1928 (116), 15. 9. 1930 (212), 1. 8. 1932 (174), 7. 11. 1932 (456), 6. 3. 1933 (54). Da für die Abstimmungen 1932/2 und 1933 keine geschlechtsgetrennten Wahlbeteiligungswerte nach der Wählerliste vorliegen, wurde a) aus der Gesamtzahl der Abstimmenden in Bezug auf die Wahlberechtigten errechnet, wobei die Stimmscheinwähler als Unsicherheitsfaktor nicht ausgeschlossen werden können. Für Schloßberg und Kiefersfelden wurden keine getrennten Wahlberechtigtenzahlen veröffentlicht. Wegen der zufälligen, keineswegs repräsentativen und zahlenmäßig schwankenden Zusammensetzung der Gruppen der bayerischen Gemeinden mit geschlechtsgetrennter Abstimmung wird auf den Vergleich mit den landesweiten Ergebnissen verzichtet.

Tab. 147: Geschlechtsspezifische Parteipräferenzen in den Gemeinden Kiefersfelden, Stephanskirchen/Schloßberg und der Stadt Rosenheim bei den Reichstagswahlen 1928–1933 (in %):<sup>14</sup>

m = gültige Stimmen männlicher Wähler  
w = gültige Stimmen weiblicher Wähler

		NSDAP	DNVP	DVP	DDP	WP	BVP	BBMB	SPD	KPD
Kiefersfelden	1928 m:	7,3	9,5	4,7	2,8	3,8	31,9	2,0	28,8	4,5
	w:	5,0	11,7	5,3	4,6	3,4	40,8	2,1	21,8	1,4
Stephanskir- chen/Schloßberg	1928 m:	8,3	2,8	2,3	2,1	1,6	19,0	12,3	37,5	8,8
	w:	5,7	3,6	2,6	2,1	1,3	35,2	9,9	28,2	5,4
Rosenheim	1928 m:	7,4	6,7	4,9	4,9	4,0	24,2	2,3	28,4	10,0
	w:	4,7	5,6	4,7	5,1	3,9	42,4	1,6	20,5	4,8
	1930 m:	23,1	1,8	0,9	1,0	3,9	24,4	2,4	24,2	12,9
	w:	17,3	2,1	1,0	0,9	3,8	41,3	1,9	20,2	6,3
	1932/1 m:	28,5	2,4	0,7	0,2	0,3	29,5	0,4	22,0	14,5
	w:	22,7	1,8	1,3	0,2	0,3	47,7	0,1	17,4	7,2
	1932/2 m:	25,5	4,5	1,3	0,3	0,3	28,3	0,3	20,0	18,3
	w:	21,1	3,9	1,6	0,3	0,2	46,8	0,3	16,0	8,6
	1933 m:	37,8	3,9	0,3	0,1	–	24,9	0,2	21,8	10,6
	w:	34,9	3,1	0,6	0,1	–	38,8	0,2	16,5	5,4

während auf Seiten der Linken die SPD durchweg bei Frauen einen geringeren Rückhalt als bei Männern fand.

Wie stellten sich die Frauen zu den Radikalparteien? Sehr gering war der Einfluß der KPD auf die weibliche Wählerschaft. In der Stadt Rosenheim erhielten die Kommunisten von Frauen jeweils nur etwa die Hälfte des prozentualen Stimmenanteils, den sie von ihren männlichen Anhängern bekamen. In Kombination mit der hohen weiblichen Wählerschaft der BVP als der Partei des politischen Katholizismus liegt die Hypothese nahe, daß es die engere Beziehung der Wählerinnen zu ihrer Glaubensgemeinschaft war, die sie davon abhielt, der KPD als dem Inbegriff der „Gottlosigkeit“ die Stimme zu geben. Die Radikalisierung von Teilen der Wählerinnen äußerte sich mehr in der Zuwendung zur NSDAP, ohne aber auch hier den Unterstützungsgrad durch Männer zu erreichen. Beachtenswert ist dabei vor allem die Tatsache, daß ab 1928 die weibliche NSDAP-Wählerschaft kontinuierlich stärker anstieg als die männliche, so daß 1933 nur noch wenige Prozentpunkte die Geschlechter trennten. Die besonders auffälligen Gewinne der NSDAP bei der weiblichen Wählerschaft am 5. März 1933 bei deren gleichzeitiger überproportionaler Abwanderung von der BVP lassen in Verbindung mit der Feststellung, daß sich besonders viele Frauen unter den mobilisierten ehemaligen Nichtwählern befanden, den Schluß zu, daß nicht zuletzt ein Stimmungsumschwung bei den weiblichen Wahlberechtigten und ihr Votum den Ausschlag gaben, die NSDAP zur stärksten Partei anwachsen zu lassen.

<sup>14</sup> Ebd.

c) Wirtschaftsstruktur

aa) Die Agrargemeinden:

Wie schlug sich der Wandel der politischen Meinung gegen Ende der Weimarer Republik im Wahlverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung nieder? Beeinflußten die Auswirkungen der Agrarkrise die politische Einstellung der bäuerlichen Bevölkerung, der größten Wirtschaftsgruppe unseres Untersuchungsgebiets? Die Untersuchung der Wahlergebnisse von 44 Agrargemeinden, d.h. Verwaltungseinheiten, in denen mehr als 80 % der Bevölkerung von Land- und Forstwirtschaft lebten, läßt regional höchst differierende politische Verhaltensweisen erkennen.

Nach seinem landesweiten Wahlerfolg im Jahr 1928 war der Bayerische Bauernbund in den Agrargemeinden des Bezirksamts Griesbach, einer seiner niederbayerischen Hochburgen, mit weitem Abstand führende Partei und konnte auch in den Bezirken Wasserburg und Rosenheim beachtliche Erfolge erringen; im Bezirksamt Aibling war er von nachgeordneter Bedeutung. Die unterschiedliche Intensität seines Niedergangs in den folgenden Jahren bestimmte die politische Entwicklung im bäuerlichen Milieu:

Tab. 148: Reichstags- Wahlergebnisse der stärksten Parteien in Gemeinden mit mehr als 80 % land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung 1928–1933 (in %):<sup>15</sup>

		1928	1930	1932/1	1932/2	1933
BA Aibling: (4 Gemeinden)	Wahlbet.:	80,7	82,6	80,0	72,1	89,5
	NSDAP:	2,1	9,4	26,4	28,2	55,9
	BVP:	69,0	58,1	58,4	57,3	37,1
	BBMB:	23,1	27,0	8,2	8,5	4,6
	SPD:	1,5	2,2	1,9	1,2	1,0
	KPD:	0,2	0,5	1,5	1,2	0,5
BA Rosenheim: (6 Gemeinden)	Wahlbet.:	80,9	87,9	81,6	76,7	89,4
	NSDAP:	1,3	15,3	21,5	21,3	44,1
	BVP:	50,2	50,3	58,9	54,8	44,9
	BBMB:	41,0	27,5	13,8	16,5	7,8
	SPD:	1,9	1,4	2,1	1,0	0,6
	KPD:	0,2	0,1	1,2	2,3	0,8
BA Wasserburg: (26 Gemeinden)	Wahlbet.:	81,4	86,0	86,6	80,9	89,0
	NSDAP:	0,8	2,8	7,1	7,2	33,0
	BVP:	44,8	51,1	67,3	59,7	48,4
	BBMB:	49,9	41,6	21,5	25,6	16,6
	SPD:	1,7	1,8	1,8	1,4	0,8
	KPD:	0,2	0,3	0,9	1,1	0,5
BA Griesbach: (8 Gemeinden)	Wahlbet.:	73,3	70,0	58,2	53,3	76,3
	NSDAP:	0,9	4,3	33,6	25,5	62,7
	BVP:	22,5	16,9	26,7	22,4	12,6
	BBMB:	72,2	69,9	33,0	37,8	19,6
	SPD:	3,5	3,7	2,4	2,1	1,3
	KPD:	0,4	0,6	2,1	4,8	0,8

<sup>15</sup> Errechnet aus StDR 456, H. 28; StALa Rep. 164/6, 3032, 3159h, 3163, 3165; Rosenheimer Tagblatt Wendelstein 15./16.9.1930(212); Rosenheimer Anzeiger 1.8.1932(176),

Geradezu dramatische Formen nahm die Abwanderung vom Bauernbund in vielen Gemeinden vor allem am unmittelbaren Alpenrand an. In Roßholzen (BA Rosenheim) hatten 1928 noch 55 Wahlberechtigte für den BBMB gestimmt und ihm 40,1 % eingebracht, 1930 erhielt er keine einzige Stimme mehr. Dafür war die NSDAP von 2 auf 55 Stimmen angewachsen und konnte bei den folgenden Wahlgängen ihren Stimmenanteil noch zu Lasten der BVP ausbauen, so daß hier 1933 59,2% der Wähler die Regierung Hitler unterstützten. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Dettendorf (BA Aibling) ab. Wie es scheint, wechselten auch hier die örtlichen Bauernbundanhänger fast geschlossen zu den Nationalsozialisten über. Nach 119 Stimmen (1930) erzielte der BBMB im Juli 1932 noch 5 Stimmen, wogegen die NSDAP von 58 auf 139 emporschnellte. Weit resistenter erwies sich der Bauernbund dagegen im Bezirk Wasserburg, wo er noch 1933 in acht der 26 ausgewerteten Gemeinden mehr als 20% und in zwei über ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Nicht allein der NSDAP kam aber der Sympathieverlust des Bauernbunds zugute. Auch die BVP profitierte davon, wenngleich in geringerem Maße. Sie vermochte in allen Bezirksämtern ihre Stimmenzahl von 1930 bis 1932 deutlich zu steigern und sie bis Ende des Jahres mit meist unerheblichen Abstrichen zu bewahren. Anfang 1933 endete jedoch auch die Resistenz der bäuerlichen BVP-Wähler gegenüber der NSDAP. Nicht nur die höhere Wahlbeteiligung war es, die nun den Nationalsozialisten neue Stimmen zuführte, sondern vor allem die Abwanderung ehemaliger Wähler des Bauernbunds, für die die BVP nur einen Zwischenwirt dargestellt hatte, aber auch treuen Volksparteiwählern, wie sich am Beispiel von Agrargemeinden mit traditionell hoher Wahlbeteiligung im Vergleich der Reichstagswahlergebnisse 1932 und 1933 ablesen läßt:

Tab. 149: BBMB, BVP und NSDAP in Agrargemeinden mit traditionell hoher Wahlbeteiligung:<sup>16</sup>

		Wahlbeteiligung	BBMB	BVP	NSDAP
Steinkirchen (BA Rosenheim)	1932/1:	90,0	1,9	74,3	16,0
	1932/2:	89,1	3,5	81,9	12,9
	1933:	90,9	3,0	63,9	31,9
Elsbeth (BA Wasserburg)	1932/1:	93,4	23,5	70,0	3,5
	1932/2:	88,5	42,2	46,6	5,0
	1933:	94,1	25,4	42,9	30,5
Gatterberg (BA Wasserburg)	1932/1:	98,0	3,3	94,0	0,7
	1932/2:	96,8	12,4	85,6	2,0
	1933:	92,0	4,7	78,0	15,3
Schönbrunn (BA Wasserburg)	1932/1:	97,2	4,8	89,8	3,6
	1932/2:	91,5	10,8	83,1	2,3
	1933:	90,8	9,4	64,8	23,4

2. 8. 1932 (177), 7. 11. 1932 (256), 6. 3. 1933 (Extrablatt); Aiblinger Zeitung 22. 5. 1928 (117), 16. 9. 1930 (213), 2. 8. 1932 (177), 8. 11. 1932 (259), 7. 3. 1933 (55); Wasserburger Anzeiger 23. 5. 1928 (118), 16. 9. 1930 (213), 2. 8. 1932 (177), 8. 11. 1932 (259), 7. 3. 1933 (55).

<sup>16</sup> Ebd.

Das politische Interesse der bäuerlichen Bevölkerung Oberbayerns war außerordentlich groß, was sich an der durchgehend höheren Wahlbeteiligung in den Agrargemeinden als im Bezirksdurchschnitt ablesen läßt. Die „Partei der Nichtwähler“ war ohne ausschlaggebende Bedeutung, Verschiebungen in den Wahlergebnissen daher weit weniger der Mobilisierung ehemals Uninteressierter oder Wahlverweigerer anzulasten als im Bezirksamt Griesbach, wo der Übergang von ausgeprägtem politischen Desinteresse noch 1932 zu reger Wahlbeteiligung 1933 der NSDAP den größten Auftrieb vermittelte.

Eine hohe Wahlbeteiligung automatisch als einen günstigen Boden für die Radikalparteien einzustufen, wäre damit verfehlt. Die Agrargemeinden des Bezirksamts Wasserburg, die vor 1933 konstant die höchste Wahlbeteiligung aufwiesen, waren zugleich die politisch stabilsten des Untersuchungsgebiets mit dem größten Potential volksparteilicher Stammwähler. Die aktivste Wählerschaft wiesen dabei die Gemeinden in besonders abgelegenen Bezirksteilen auf, was gegen eine Wahlmotivation durch Parteiveranstaltungen spricht, die hier weit seltener als in den Kleinzentren oder Industrieinseln durchgeführt wurden. Hier war die NSDAP bis Ende 1932 ein unbedeutender Außenseiter, der noch bei der Reichstagswahl 1932/2 in 11 der 26 untersuchten Gemeinden des Wasserburger Bezirks mit weniger als 3 % der Stimmen vorlieb nehmen mußte, zu einem Zeitpunkt, als die Partei es in den Alpenrandgebieten und im unteren Rottal mit 21,5 % (Rosenheim) bis 28,2 % (Aibling) geschafft hatte, zu einer der tonangebenden Parteien zu werden. Ein Blick auf die Bodennutzungskarte<sup>17</sup> legt den Schluß nahe, daß neben der politischen Tradition und einer fest im katholischen Glauben verwurzelten Bevölkerung die vergleichsweise bessere wirtschaftliche Situation dazu beitrug, die Wasserburger Bauern davon abzuhalten, ihr Heil bei radikalen Gruppen zu suchen: Die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden mit mehr als 80 % landwirtschaftlicher Bevölkerung lag in den Teilen des Bezirksamts, in denen im Gegensatz zu den Viehzucht- und Milchwirtschaftsgebieten der Vergleichsbezirke der Ackerbau die Haupteinnahmequelle darstellte<sup>18</sup>.

Dennoch wäre es unzutreffend, daraus eine weitreichende Abhängigkeit der politischen Entscheidung der bäuerlichen Bevölkerung von ihrer konkreten wirtschaftlichen Situation zu konstruieren. Ein Beispiel dafür sind die vier Samerberg-Gemeinden Grainbach, Törwang, Steinkirchen und Roßholzen (BA Rosenheim), deren Erwerbsquelle aufgrund ihrer Höhenlage fast ausnahmslos aus Viehzucht, Milch- und Holzwirtschaft bestand und somit aus den landwirtschaftlichen Teilbereichen, die 1928 bis 1933 unter dem größten Preisverfall zu leiden hatten. Mehrfache verheerende Hagelschläge und Unwetter taten ein übriges, die Lage der Samerberger Bauern existenzbedrohend zu verschärfen, so daß viele Höfe akut von der Vergantung bedroht waren<sup>19</sup>. Die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse beweist jedoch, daß gleiche strukturelle Gegebenheiten und ein ausgeprägter Krisendruck nicht zwangsläufig ähnliche Wahlentscheidungen oder eine Hinwendung zu den Radikalparteien determinierten:

<sup>17</sup> Stegmüller, Arbeitsamtsbezirk, 88/89.

<sup>18</sup> Vgl. Heberle, Landbevölkerung, 133, der in Schleswig-Holstein offensichtliche, wenn auch „schwache Korrelationen“ zwischen Viehzuchtgebieten mit erhöhtem Schuldenstand und einem guten Abschneiden der NSDAP konstatiert.

<sup>19</sup> Vgl. o. S. 71 f.

Tab. 150: Reichstagswahlergebnisse der führenden Parteien in den Gemeinden des Samerbergs 1928–1933 (in %):<sup>20</sup>

		Wahlbet.:	BVP:	BBMB:	NSDAP:
Grainbach	1928:	84,6	22,1	59,7	–
	1930:	91,9	28,8	54,7	9,4
	1932/1:	83,0	37,0	4,0	52,5
	1932/2:	82,7	32,9	9,5	43,7
	1933:	109,1	13,3	1,9	78,3
Törwang	1928:	83,4	47,1	32,5	1,9
	1930:	94,9	43,8	20,7	21,1
	1932/1:	91,8	54,0	2,1	30,7
	1932/2:	85,7	62,8	5,0	23,0
	1933:	105,5	33,2	0,3	62,3
Steinkirchen	1928:	97,2	71,8	16,1	1,1
	1930:	96,9	68,1	14,9	6,4
	1932/1:	90,0	74,3	1,9	16,0
	1932/2:	89,1	81,9	3,5	12,9
	1933:	90,9	63,9	3,0	31,9
Roßholzen	1928:	84,0	54,0	40,1	1,4
	1930:	90,1	52,2	–	35,7
	1932/1:	87,0	45,2	5,0	46,0
	1932/2:	85,2	41,0	3,5	47,2
	1933:	92,1	35,5	–	59,2

Wird auch das Wahlergebnis 1933 in den Gemeinden Grainbach und Törwang durch die hohe Zahl Wintersport treibender Stimmscheinwähler verfälscht, so läßt sich doch eine Linie ablesen, die auch in den übrigen Agrargemeinden immer wieder zutage tritt: In den überwiegend bäuerlichen Stimmbezirken, die ein großes Reservoir nicht an den politischen Katholizismus gebundener Wähler aufzuweisen hatten, gelang es der NSDAP rasch, in die Phalanx der etablierten Parteien einzubrechen und, wie in Grainbach und Roßholzen, nach kurzer Zeit sogar stärkste politische Kraft zu werden. Auf die geradezu katastrophale Wirtschaftslage der Samerberg-Bauern in der Endphase der Weimarer Republik reagierten die Bauernbundwähler frühzeitig und oft fast geschlossen mit einem Schwenk zur NSDAP, während sich die BVP-Anhänger weitgehend resistent gegen die neue, allesversprechende Partei erwiesen.

Die Entwicklung im unteren Rottal unterstreicht die Priorität der politischen Tradition für die politische Entscheidung. Das Bezirksamt Griesbach besaß zwar vor Eggenfelden und Pfarrkirchen die wohlhabendste Landwirtschaft des Rottals, erreichte aber zugleich von der Basis eines außergewöhnlich hohen Bauernbund-Stimmenanteils ausgehend schließlich 1933 den höchsten Prozentsatz an NSDAP-Wählern in ganz Altbayern, während die Nachbarbezirke, von denen besonders Eggenfelden allerdings auch mehr vom Ackerbau bestimmt war, einen geringeren Radikalisierungsgrad aufwiesen. Selbst im notleidenden „Patenzbezirk“ Wegscheid, für den die Griesbacher Bauern in den Notjahren Geld und

<sup>20</sup> Wie S. 343, Anm. 15.

Nahrungsmittel spendeten, blieben die Radikalwähler hinter ihrem prozentualen Anteil im unteren Rottal zurück.

Dabei darf aber ein Aspekt nicht außer acht gelassen werden: Die objektiven Kriterien der Krisenbetroffenheit traten oft hinter dem subjektiven Empfinden zurück. Wie die Untersuchungen der Viehbestandszahlen zeigten, war im Bezirksamt Griesbach der Aufschwung seit dem späten 19. Jahrhundert einer Phase der Stagnation gewichen. Die im Zeichen fortschreitender Mechanisierung sinkenden Absatzchancen für die Pferdezucht sowie die viehzüchterischen Fortschritte in verkehrsgünstiger gelegenen Landesteilen taten ein übriges, die Ertrags- und Zukunftsperspektiven zu trüben und die Befürchtung zu nähren, das bisher vergleichsweise aufwendige Lebensführungsniveau besonders der bäuerlichen Oberschicht einzubüßen und damit an Prestige zu verlieren. Das Krisenempfinden der wohlhabenden Viehzüchter war damit wohl ausgeprägter als das von Landwirten, die vom wirtschaftlichen Erfolg ihrer Arbeit noch nie verwöhnt worden waren. Das Zusammenspiel dieser Faktoren trug neben der lockeren Bindung zum Katholizismus und einem gewissen Hang zum Radikalismus<sup>21</sup> dazu bei, die Griesbacher Landwirte für die aufwendige Werbekampagne der Nationalsozialisten so empfänglich zu machen und den in Altbayern beispiellosen Wahlerfolg der NSDAP im März 1933 hervorzurufen.

#### *bb) Die Bevölkerung der Marktorte und Kleinzentren:*

Kleingewerbliche Betriebe, ob Handwerk oder Handel, konzentrierten sich auf die Landstädte, Marktorte und Kleinzentren inmitten der agrarischen Umgebung. Da diese Gemeinden weder Industriearbeiterschaft aufzuweisen hatten, noch, wie die Stadt Rosenheim, über eine größere Beamten- und Angestelltenschaft in Verwaltung und den Dienstleistungsberufen verfügten, sind sie am besten geeignet, Anhaltspunkte für die Wahlentscheidungen des Kleingewerbes, das die örtliche Elite darstellte, zu finden (Tab. 151).

In den kleingewerblich strukturierten ländlichen Zentralorten dominierte 1928 die BVP als Partei der örtlichen Honoratioren, der Handwerker und Geschäftsbesitzer. Ausgehend von unterschiedlich hohen Ausgangspositionen verteidigte sie ihren Stimmenanteil in Bad Aibling, Prien, Wasserburg, Haag und Griesbach vor allem in absoluten Zahlen auffallend gut. In Griesbach verfügte sie beispielsweise über einen festen Stamm von rund 200 Wählern, der durch den Rückgang des BBMB, der von 1930 bis 1932/1 48,5% seiner Stimmen verlor, zunächst um ein knappes Drittel aufgestockt wurde, doch kehrten diese Zuwanderer 1933 der BVP wieder den Rücken. Sie erzielte im März 1933 dennoch 214 Stimmen und damit 15 mehr als im Mai 1928. Von ähnlicher Stabilität war die BVP im Markt Haag, wo sie 1932 sowohl Bauernbundstimmen absorbieren als auch zur Wirtschaftspartei abgewanderte Wähler zurückgewinnen konnte. Ihre Verluste von 17,3 Prozentpunkten 1933 gegenüber 1932/2 standen absoluten Stimmenverlusten von 10,2% gegenüber, was den Schluß nahelegt, daß es in erster Linie die sprunghaft steigende Wahlbeteiligung war, die den Nationalsozialisten 1933 zu ihrem Erfolg verhalf.

<sup>21</sup> Vgl. Haushofer/Kapfinger, Rottal, 29 f.

Tab. 151: Die Wahlentscheidung in den Kleinzentren und Markorten 1928–1933  
(Reichstagswahlergebnisse in %):<sup>22</sup>

		Wahlbet.	NSDAP	DNVP	WP	DVP	DDP	BVP	BBMB	SPD	KPD
Bad Aibling	1928:	81,1	9,5	5,9	3,4	3,0	4,2	36,6	4,6	19,5	2,5
	1930:	89,4	32,5	2,5	2,8	1,1	2,1	25,4	2,8	16,1	5,2
	1932/1:	91,0	41,3	5,0	0,1	1,0	0,4	30,7	0,4	13,9	5,9
	1932/2:	81,6	41,0	3,9	0,1	0,7	0,5	31,0	0,5	14,4	7,0
	1933:	92,0	52,3	3,4	–	0,3	0,2	25,1	0,5	15,0	5,5
Prien	1928:	54,5	5,4	9,5	7,0	5,3	3,7	38,2	12,1	11,8	1,8
	1930:	81,3	35,5	5,2	3,0	2,4	2,0	32,6	5,4	7,5	1,8
	1932/1:	82,0	40,2	7,9	0,4	1,6	0,8	36,7	2,5	6,4	2,9
	1932/2:	72,2	36,4	5,9	0,5	0,9	0,2	39,4	2,3	7,0	6,3
	1933:	83,6	50,7	5,6	–	0,4	0,3	34,1	1,4	5,2	2,2
Wasserburg	1928:	79,8	3,4	5,4	9,1	1,6	4,4	37,0	5,4	29,5	0,8
	1930:	89,9	16,0	3,5	11,4	0,7	0,6	39,0	4,5	19,7	3,7
	1932/1:	86,8	23,3	2,8	2,6	0,9	0,4	42,6	1,6	20,6	4,2
	1932/2:	86,0	23,8	4,5	1,4	0,5	0,3	42,1	1,4	18,2	6,8
	1933:	91,7	34,7	4,9	–	0,1	0,1	37,1	1,1	17,7	3,9
Haag	1928:	74,3	–	2,9	10,9	1,8	3,0	38,9	5,2	7,1	0,8
	1930:	80,3	4,1	1,1	28,1	–	0,7	46,3	5,9	8,4	1,9
	1932/1:	81,6	19,2	1,3	1,3	1,1	–	64,1	5,0	6,2	1,1
	1932/2:	76,5	12,3	2,1	1,5	0,6	–	67,1	4,5	8,5	1,5
	1933:	92,2	40,6	2,6	–	–	–	49,8	1,5	4,1	1,5
Griesbach	1928:	85,5	7,1	5,6	1,2	1,0	4,2	34,7	32,9	8,5	2,5
	1930:	80,2	4,3	1,3	0,7	0,2	0,2	24,0	54,7	10,8	2,2
	1932/1:	81,7	31,9	5,9	0,1	1,3	–	43,1	6,2	4,7	5,7
	1932/2:	76,6	31,5	5,2	–	0,9	–	42,0	5,3	5,2	9,0
	1933:	89,3	55,8	4,4	–	–	–	27,6	5,5	4,4	2,8
Rotthal- münster	1928:	66,2	6,9	4,3	1,4	1,2	0,7	53,9	14,8	11,4	1,4
	1930:	68,8	23,8	0,8	3,2	1,2	0,6	39,6	13,9	9,0	0,6
	1932/1:	86,5	58,5	3,8	–	1,6	0,4	27,1	1,1	5,4	0,9
	1932/2:	84,1	55,3	2,5	0,1	0,9	0,3	31,2	2,0	4,1	2,7
	1933:	91,9	74,6	2,3	–	–	0,1	17,5	1,0	4,1	0,3

Die Wirtschaftspartei, die in der Stadt Wasserburg und vor allem im Markt Haag 1928 und 1930 außerordentlich gut abgeschnitten hatte, rutschte 1932 in die Bedeutungslosigkeit ab. Wie das Zahlenmaterial vermuten läßt, kam das freigewordene Stimmenpotential in Haag in erster Linie der BVP, in Wasserburg dagegen der NSDAP zugute. Die WP als Partei des gewerblich-mittelständischen Bürgertums pauschal als Stimmenlieferant der Nationalsozialisten einzustufen, wäre damit verfehlt. Der Einfluß ihrer lokalen Repräsentanten und ihre Haltung zum Nationalsozialismus waren nicht zu unterschätzende Faktoren bei der Meinungsbildung der abwandernden Parteianhänger.

In Prien und Bad Aibling beeinflussten Fremdenverkehr und zugezogene Bürger die politische Situation. Wie in anderen, vom Fremdenverkehr geprägten

<sup>22</sup> Wie S. 343, Anm. 15.

Gemeinden am Alpenrand, fanden sich hier überdurchschnittlich viele Wähler der Deutschnationalen, aber auch der liberalen Parteien. Besonders früh und ausgeprägt trat auch die NSDAP in Erscheinung, die beispielsweise in Prien ihre Stimmzahl binnen zweier Jahre von 64 (1928) auf 596 (1930) vervielfachen konnte. Im Vergleich zum Durchschnittswert der Bezirksämter war die BVP zwar unterrepräsentiert, war jedoch besonders gefestigt und im Stande, ihre Position zu verteidigen. In Rothalmünster dagegen erwies sich die BVP keineswegs als stabilisierender Faktor des politischen Gefüges. Sie verlor von 1928 bis 1933 48,4 % ihrer absoluten Stimmzahl. Von der BVP abwandernde Wähler waren es wohl, welche der NSDAP, 1930 noch über den Umweg über den Bauernbund, der daher 1928/30 mit 86 bzw. 88 Stimmen gut behauptet abschloß, dazu verhalfen, schon 1932 die absolute Mehrheit in der Gemeinde zu erringen.

Ein wichtiger Ausgangspunkt für Fluktuationen zur NSDAP war auch in den ländlichen Gewerbezentren der Bayerische Bauernbund, dessen Mittelstandsprogramm besonders in Griesbach, das sich zudem mit 19,3% (1933) den höchsten Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung der Vergleichsorte bewahrt hatte, viele Anhänger besaß<sup>23</sup>. Wie die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse Griesbachs und Rothalmünsters zeigt, kam aber sein schlechtes Abschneiden ab 1930 nicht automatisch den Nationalsozialisten zugute, genausowenig wie ein hoher Ausgangswert an Volkspartei-Stimmen einen sicheren Schutz vor dem Aufschwung der NSDAP bot. Insgesamt läßt sich jedoch erkennen, daß die ländlichen Zentralorte, die mit ihrer kleinbürgerlich-kleingewerblichen Struktur viele der „idealen“ Voraussetzungen für eine überdurchschnittlich hohe Hinwendung zur NSDAP erwarten ließen, die Agrargemeinden ihrer Umgebung an NSDAP-Wählerschaft nicht oder nur unwesentlich übertrafen. Die Bürger der Kleinzentren, die bisher der BVP die Stimme gegeben hatten, erwiesen sich auch in der Krisensituation überwiegend resistent gegen die nationalsozialistischen Trommler, während Wähler, die den Bauernbund, die Wirtschaftspartei oder die bürgerlichen Kleinparteien unterstützt hatten oder denen die BVP nur als Zwischenwirt gedient hatte, neben mobilisierten ehemaligen Nichtwählern im wesentlichen das Potential bildeten, aus dem die NSDAP schließlich ihre Wählerschaft schöpfte.

#### *cc) Die Industrieinseln:*

Um die Frage zu klären, wie die provinzielle Industriearbeiterschaft auf den Krisendruck reagierte, der ihr Lohnneinbußen, Kurzarbeit und Arbeitsplatzverluste bescherte, soll die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse in den Industrieinseln Bruckmühl, das seine Arbeiter- und Wählerschaft aus den Gemeinden Kirchdorf am Haunpold und Götting bezog, Kolbermoor, Stephanskirchen und Kirchdorf am Inn mit seiner Zellstoff- und Papierfabrik im Ortsteil Redenfelden dienen. Ihnen zur Seite gestellt wurde die Wahlentwicklung in den Gemeinden Isen und Ruhstorf, die zwar keine vergleichbaren großindustriellen Betriebe aufzuweisen hatten, aber die bedeutendsten Industriestandorte der Bezirksämter Wasserburg und Griesbach darstellten<sup>24</sup>.

<sup>23</sup> Zum Vergleich: Bad Aibling 7,5 %, Prien 16,5 %, Wasserburg 6,4 %, Haag 9,5 %, Rothalmünster 10,7 %; StDR 456, H. 28.

<sup>24</sup> Zu Größe und Wirtschaftslage der Industriebetriebe sowie den örtlich unter-

Tab. 152: Reichstagswahlergebnisse in den Industrieinseln 1928–1933 (in %):<sup>25</sup>

		Wahlbet.	KPD	SPD	BBMB	BVP	DNVP	NSDAP
Kirchdorf a. H.: (BA Aibling)	1928:	73,4	0,9	44,3	7,9	33,0	2,2	1,4
	1930:	82,7	6,1	34,4	5,1	32,5	0,8	15,8
	1932/1:	83,5	8,0	34,9	1,0	28,2	1,1	19,6
	1932/2:	76,6	12,6	31,8	1,6	31,7	1,2	19,7
	1933:	82,3	7,0	31,6	0,2	23,2	0,7	36,6
Götting: (BA Aibling)	1928:	75,4	0,6	43,0	5,6	44,3	0,3	0,8
	1930:	79,6	5,4	39,4	6,6	32,7	–	12,7
	1932/1:	76,5	4,1	43,1	4,4	29,2	0,2	18,0
	1932/2:	74,7	9,1	36,3	3,5	30,0	0,2	19,6
	1933:	80,6	6,3	30,7	2,0	22,8	0,1	37,5
Kolbermoor: (BA Aibling)	1928:	?	12,1	39,5	2,1	32,6	1,8	2,9
	1930:	81,4	13,9	35,9	1,8	23,9	0,7	16,3
	1932/1:	84,7	18,2	29,3	0,4	23,6	1,9	24,3
	1932/2:	79,8	24,3	26,0	0,4	21,6	2,0	24,2
	1933:	87,2	12,6	29,1	0,4	18,6	2,0	36,6
Kirchdorf a. l.: (BA Rosenheim)	1928:	70,0	18,1	17,0	10,5	38,4	3,0	1,5
	1930:	85,1	29,1	10,0	11,2	35,9	0,3	8,8
	1932/1:	76,8	24,1	12,3	4,2	42,9	1,5	15,1
	1932/2:	74,3	33,0	8,8	2,8	37,9	2,2	13,1
	1933:	100,9	19,2	9,1	1,6	26,4	0,8	23,8
Stephanskirchen: (BA Rosenheim)	1928:	63,6	3,3	20,9	17,6	36,0	2,3	4,3
	1930:	81,9	12,2	18,0	15,3	28,4	0,7	19,9
	1932/1:	75,1	16,0	19,8	3,2	29,2	1,3	27,7
	1932/2:	73,5	18,0	20,7	5,2	25,5	3,0	24,6
	1933:	85,8	11,3	20,3	2,5	24,5	1,5	39,2
Isen: (BA Wasserburg)	1928:	70,3	1,3	17,9	26,1	26,7	3,2	0,4
	1930:	77,8	2,8	15,6	14,5	31,9	2,5	22,0
	1932/1:	79,7	3,1	11,6	5,3	42,0	4,2	29,8
	1932/2:	78,6	4,7	19,9	8,7	38,5	5,2	19,6
	1933:	89,9	1,4	10,1	1,8	30,6	3,4	51,8
Ruhstorf: (BA Griesbach)	1928:	62,4	0,6	18,2	41,9	30,5	0,4	0,4
	1930:	54,3	2,5	10,1	25,2	45,0	1,1	12,6
	1932/1:	47,3	7,3	4,6	13,7	44,4	1,2	25,2
	1932/2:	43,9	10,6	8,8	21,0	39,9	1,3	16,1
	1933:	67,3	6,3	5,7	4,9	23,0	2,5	57,2

Der Industriestandort Bruckmühl war mit seinem traditionsreichen, gefestigten Geflecht sozialdemokratischen Partei- und Vereinslebens der bestausgebauteste Stützpunkt der SPD. Noch 1928 war sie die fast alleinige Vertreterin der

schiedlichen Krisenfolgen für die Arbeitnehmerschaft sei auf die vorangegangenen Kapitel verwiesen. Der Industriestandort Rosenheim wurde aufgrund seiner grundlegend andersgearteten Erwerbsstrukturen nicht in diesem Vergleich berücksichtigt, ebenso wie die Grenzgemeinde Kiefersfelden, wo der „Wahltourismus“ in Österreich lebender Reichsbürger die Resultate verfälscht.

<sup>25</sup> Wie S. 545, Anm. 15.

linksgerichteten Arbeiterschaft, bis es der KPD gelang, durch die Gründung einer Ortsgruppe von München und Kolbermoor aus auch hier Fuß zu fassen. Während ihr Stimmenaufkommen selbst 1932/2 ein Drittel der SPD-Stimmen nicht überstieg, wurde die KPD in Kolbermoor und Stephanskirchen mit Verschärfung der Krise zu einer nahezu ebenbürtigen Konkurrenz der Sozialdemokratie. In Kirchdorf am Inn sah sogar die Mehrheit der Fabrik- und Torfarbeiterschaft die KPD als politische Heimat an. 1928 war es ihr nur knapp gelungen, die SPD zu überrunden, doch weitete sie ihren Vorsprung in den folgenden Jahren kräftig aus, um schließlich im November 1932 mit 33,0 % der Stimmen fast mit der stärksten Partei in der Gemeinde, der BVP, gleichzuziehen. Von naturgemäß geringerer Bedeutung war die Linke in Ruhstorf, wo noch knapp die Hälfte der Einwohner von der Landwirtschaft lebte. Eine unzulängliche Parteiarbeit und Organisation war wohl in Isen trotz des relativ hohen Arbeiterpotentials – auf weniger als 800 Stimmberechtigte trafen 200 Arbeitsplätze in der Ziegelei – ausschlaggebend für die vergleichsweise schwache Position der Linksparteien.

SPD und KPD waren nicht die alleinigen Vertreter der Industriearbeiterschaft. Nicht nur Gewerbetreibende und Landwirte, welche sich überdies, wie vor allem in Ruhstorf, Stephanskirchen und Kirchdorf am Inn dem BBMB oder in Isen der Wirtschaftspartei zugewandt hatten, unterstützten die BVP. Die Betriebsratswahlen in der Kolbermoorer Spinnerei, bei denen der Zentralverband christlicher Textilarbeiter von 1928 bis 1930 rund ein Viertel, 1933 noch ein Fünftel der Sitze errang<sup>26</sup>, belegen, daß die BVP nicht zuletzt aus der Industriearbeiterschaft des Ortes, der mit seinem katholischen Vereinskartell die bestorganisierte volksparteiliche Basisorganisation besaß, ihren Rückhalt bezog. Die katholische Arbeiterschaft stellte ab 1931 nach jahrelanger unumschränkter Vorherrschaft der Sozialdemokraten auch in der Bruckmühler Wolldeckenfabrik ein Viertel der Betriebsräte<sup>27</sup>, so daß damit Spekulationen über eine weitreichende Radikalisierung der Industriearbeiterschaft in den entbehnungsreichen Krisenjahren entkräftet sind. Bezeichnend für die gemäßigte Einstellung der Kolbermoorer Fabrikarbeiter trotz der jahrelangen Kurzarbeit sind die Ergebnisse der Betriebsratswahl am 1. 3. 1933: 373 Spinnereiarbeiter unterstützten den Deutschen Textilarbeiterverband im ADGB, 125 den Zentralverband christlicher Textilarbeiter. Von den erstmals kandidierenden Extremparteien erhielt die KPD 92 Stimmen, während die NSDAP-Betriebszellenorganisation weit abgeschlagen nur 45 der Wähler für sich begeistern konnte<sup>28</sup>.

Wie stand es aber mit den Arbeitslosen? Von 1928 bis 1933 war die Zahl der Wahlberechtigten bei den internen Abstimmungen der Spinnerei immerhin von 803 auf 635 Personen gesunken. War es auch ein finanziell kaum mehr einschneidender Schritt vom Kurzarbeiter mit drei- bis viertägiger Beschäftigung pro Woche bei zugleich drastisch reduzierten Löhnen zum Bezieher von Arbeitslosengeld, so darf doch die psychologische Komponente des Arbeitsplatzverlustes nicht außer acht gelassen werden. Die längere Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit bei forciertem Sozialabbau drängte darüberhinaus einen immer größeren, letztlich den überwiegenden Teil der Erwerbslosen in die Rolle gemeindlicher Almosenempfänger. Berücksichtigt man die intensiven, wenn

<sup>26</sup> 1928: 24,4 %, 1929: 29,8 %, 1930: 26,5 %, 1933: 19,7 %; vgl. o. S. 245, Tab. 132.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Ebd.

auch mit wechselndem Erfolg betriebenen Bemühungen der KPD gerade um die Indoktrinierung der Wohlfahrtserwerbslosen und das Anschwellen ihrer Wählerschaft bis zur Reichstagswahl 1932/2 bei gleichzeitigen Verlusten der SPD, so dürfte ein direkter Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen sein.

Die These von Frey und Weck, die einen direkten Zusammenhang zwischen hohen Arbeitslosen- und NSDAP-Wählerzahlen konstruieren<sup>29</sup>, ist auf Reichsebene längst widerlegt. Falter und andere weisen sogar positive Korrelationen zwischen einem hohen Grad an Erwerbslosigkeit und geringen Erfolgen der NSDAP nach<sup>30</sup>. Auch in unserem Untersuchungsgebiet zeigt sich mit vereinzelten Ausnahmen, daß die Anhängerschaft der NSDAP in den Industrieinseln und damit in den Gemeinden mit den potentiell höchsten Arbeitslosenanteilen weit unter dem Durchschnitt des jeweiligen Bezirksamts lag. Lediglich der Markt Isen sowie Stephanskirchen bilden hier eine Ausnahme. Berichtet auch die Chronik der Rosenheimer NSDAP, im Frühjahr 1932 habe sich der SA-Sturm mehrheitlich aus Arbeitslosen rekrutiert<sup>31</sup>, so ist doch das ungleiche Größenverhältnis von Arbeitslosenzahl und den Mitgliedern der Parteitruppe – 1931 zählte die Rosenheimer SA bei je nach Jahreszeit 1 000–1 500 Arbeitslosen im Stadtgebiet rund 30 Mann – Beweis genug, daß sich nur ein verschwindend geringer Teil für die Sache des Nationalsozialismus engagierte.

Auch Zahlen zur Wahlentscheidung im Großholzhausener Ortsteil Nicklheim, dessen Bevölkerung sich fast ausschließlich aus Torfarbeitern zusammensetzte, die neben dem saisonalen Arbeitsplatzverlust im Winter seit Ende der zwanziger Jahre auch im Sommer nur noch sporadisch Beschäftigung fanden und von der wenig zahlungskräftigen Gemeinde minimale Unterstützungen erhielten, erhärtet die These, daß Arbeitslosigkeit zwar durchaus die politische Radikalität fördern konnte, in erster Linie aber die KPD Nutznießer dieser Entwicklung war<sup>32</sup>:

Tab. 153: Reichstagswahlergebnisse in Nicklheim 1932/33 (absolute Zahlen):<sup>33</sup>

	1932/1	1932/2	1933
Wahlberechtigte:	165	163	153
gültige Stimmen:	144	139	142
KPD:	60	75	62
SPD:	55	39	49
BVP:	23	21	18
NSDAP:	5	2	12
sonstige:	1	2	1

<sup>29</sup> Frey/Weck, Arbeitslosigkeit, 1 ff. Vorsichtiger Kaltefleiter, Wirtschaft, 41, der einschränkt, die Arbeitslosigkeit sei „generell ein Ausdruck für die Schärfe der Krise“ gewesen.

<sup>30</sup> Falter/Link/Lohmöller/de Rijke, Arbeitslosigkeit, 121 ff.; dies./Schumann, Arbeitslosigkeit, 525 ff.; Falter, Konsequenzen, 275 ff.

<sup>31</sup> Treu dem Führer. Die Geschichte der Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP, Beil. d. Rosenheimer Anzeiger 9. 8. 1935 (182).

<sup>32</sup> Vgl. Lohmöller/Falter/Link/de Rijke, Unemployment, 367.

<sup>33</sup> Rosenheimer Anzeiger 1. 8. 1932 (174), 7. 11. 1932 (256), 6. 3. 1933 (54).

In der Zusammenschau stellt sich die Wählerschaft der NSDAP in unserem Untersuchungsgebiet somit weit komplexer dar, als dies in vielen, oft monokausalen Erklärungsversuchen, die in erster Linie den von der Proletarisierung bedrohten Mittelstand, hochverschuldete Bauern oder gar die Arbeitslosen als Träger des Aufstiegs des Nationalsozialismus sehen<sup>34</sup>, zugestanden wird. Es gelang der NSDAP, quer durch die Bevölkerungsschichten und Konfessionen Unterstützung zu finden, wobei allein eine traditionell feste Bindung an den politischen Katholizismus oder an die Linke einen überdurchschnittlichen Grad an Resistenz mit sich brachte. Die NSDAP erreichte in dem Augenblick ihr Ziel, die bestimmende politische Kraft zu werden, als es ihr gelang, sich zu einer integrationsfähigen Massenpartei zu wandeln, in der Katholiken wie Protestanten, Frauen wie Männer, Bauern, Mittelständler und in geringerem Umfang auch die Arbeiterschaft die gemeinsame Hoffnung für eine bessere Zukunft sahen.

<sup>34</sup> Einen Überblick vermittelt Weber, Merkmale, 53 ff.



## E. Zusammenfassung

Die altbayerische „Provinz“ war in den Jahren der Weimarer Republik ein weder wirtschaftlich noch politisch homogenes Gebilde. Industrielle Großbetriebe fanden sich in unmittelbarer Nachbarschaft ausgeprägter Agrarzonen, aufstrebende Verwaltungssitze und Handelszentren wechselten sich mit verschlafenen Kleinstädten ab. Entsprechend differenziert waren die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf die jeweiligen Landstriche, ihr Wirtschaftsleben, ihre Kommunen, ihre Bewohner und letztlich auf die politische Entwicklung.

Die Zollpolitik des Reichs für Getreide garantierte der in unserem Untersuchungsgebiet verhältnismäßig geringen Zahl von Ackerbauern zufriedenstellende Erlöse, während Grünland- und Veredelungswirtschaft dem Preisverfall ohne nennenswerte staatliche Schutzmaßnahmen ausgesetzt waren. Von der Preisentwicklung besonders betroffen waren die Bauern am Alpenrand, die der Kampagne seit den frühen zwanziger Jahren gefolgt und zu einer intensiven Milchwirtschaft übergegangen waren. Sie sahen nicht nur die Erwartungen enttäuscht, damit höhere Einnahmen zu erzielen, sondern erlöstes für ihre Produkte ab 1932 kaum mehr die Gesteungskosten. Dagegen schufen moderne Verwertungsmethoden in bislang milchwirtschaftlich rückständigen Gebieten wie Teilen des Bezirksamts Wasserburg selbst in Zeiten des Preisverfalls durchaus lukrative neue Einnahmequellen.

Zwar versuchten die Bauern, ihren Viehbestand möglichst lange zu halten, doch trugen letztlich Notverkäufe neben kaufkraftbedingten Absatzstockungen dazu bei, den Schlacht- wie Zuchtviehpreis auf ein kaum mehr akzeptables Niveau abrutschen zu lassen. Da der Holzmarkt wegen sinkender Nachfrage bei gleichzeitigen, umfangreichen Billigimporten nahezu zusammenbrach, war den Landwirten der Rückgriff auf ihre Waldungen, die „Sparkasse des Bauern“ in Notzeiten, verwehrt. Die Überschuldung der Landwirtschaft, die nach den Erfahrungen der Inflationsjahre oft unrentable Investitionen getätigt hatten, heizte die Agrarkrise weiter an. Wie die Statistiken belegen, war aber die Zahl der Bauern, die in den Jahren 1928 bis 1933 tatsächlich ihren Hof verloren, insgesamt weit niedriger, als die Schreckensmeldungen der Berufsorganisationen vermuten lassen. Mittlere Betriebsgrößen erwiesen sich dem Krisendruck insgesamt am besten gewachsen, doch drohte auch vielen Mittelbauern bei einer Aufhebung des staatlichen Vergantungsschutzes die Versteigerung.

Ähnlich unterschiedlich waren die Krisenauswirkungen auf Industrie, Handwerk und Handel. Die Bauwirtschaft, die besonders sensibel auf konjunkturelle Schwankungen reagierte, riß mit ihrem Auftragstief die Zulieferbetriebe, die einschließlich der Holzwirtschaft und Sägewerke in Altbayern einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren darstellten, mit in den Krisenstrudel. Daß aufgrund der Anspannung der kommunalen und staatlichen Finanzen der soziale Wohnungsbau, sonst ein bewährtes Regulans zum Ausgleich der konjunkturellen Phasen,

praktisch zum Erliegen kam, verlieh der Krise der Bauwirtschaft eine neue Dimension. Konnten flexible mittelständische Baustoffproduzenten dennoch mit einem guten Absatz rechnen, so sahen sich die Branchenfürer in der Zementindustrie zu Betriebseinschränkungen gezwungen, die zuerst auf Kosten ihrer dezentralen Produktionsstätten an der Peripherie des Reiches gingen.

Die Beschränkungen des Versailler Vertrages wirkten sich höchst ungünstig auf die Sprengstoffindustrie im Rosenheimer Raum aus, da auch hier die Konzerne zuallererst die kleinen Zweigbetriebe schlossen. Der Heufelder Chemiebetrieb, der Substanzen zur Margarineerzeugung produzierte, mußte dagegen wegen des Runns auf den billigen Butterersatz in den Krisenjahren sogar sein Personal aufstocken. Im Textilsektor schließlich litt besonders die Kolbermoorer Baumwollspinnerei unter dem Verfall der Weltmarktpreise, konnte aber durch jahrelange Kurzarbeit eine Betriebsstillegung umgehen. Handel und Dienstleistungsunternehmen bekamen die Krise in erster Linie über den Kaufkraftschwund ihrer Kunden und wachsenden Konkurrenzdruck zu spüren.

Die Arbeitslosigkeit wuchs mit Verschärfung der Wirtschaftskrise über die Ballungsräume und Industrieinseln hinaus und verlagerte sich zunehmend ins ländliche Umfeld, ohne hier allerdings eine zahlenmäßig vergleichbare Bedeutung zu erlangen. Die schrittweise Auflösung des Arbeitslosenversicherungsschutzes bürdete den Kommunen die Hauptlast des Unterhalts der Erwerbslosen auf, die damit gleichzeitig zu gemeindlichen Almosenbeziehern wurden. Da die Gemeinden unter dem Druck der Kostenlawine zusammenzubrechen drohten, waren Kürzungen der Unterstützungssätze und zugleich die Einhebung neuer Abgaben unvermeidlich, was die Staatsverdrossenheit der Bevölkerung verschärfte. Hilfsmaßnahmen wie Garküchen und Weiterbildungsprogramme wurden nur in den Städten oder Gemeinden mit hoher Dichte an Industriearbeiterschaft durchgeführt, während die Erwerbslosen in gemischtstrukturierten oder überwiegend bäuerlichen Gemeinden kaum Verständnis für ihre Lage erfuhren. Die Lohn- und Preissenkungsaktionen der Reichsregierung förderten die Unzufriedenheit und die sozialen Spannungen.

In der Stadt Rosenheim und ihrer näheren Umgebung hatten die Vorgänge in den Tagen der Räteherrschaft eine tiefsitzende Furcht vor der „kommunistischen Gefahr“ hinterlassen, die sich in einer ausgeprägten Vorliebe für Wehrverbände und andere rechtsstehende Gruppen äußerte. Ab 1920 wurde die Stadt ein wichtiger Ausgangspunkt für die nationalsozialistische „Bewegung“ in der südostbayerischen Provinz. Am gesamten Alpenrand und vor allem im Bezirksamt Wasserburg stellte aber die BVP die dominierende politische Kraft dar, während der Bayerische Bauernbund im Bezirk Griesbach eine seiner Hochburgen besaß. Die Sozialdemokraten hatten in einigen Industriegemeinden an der Mangfall ein gut funktionierendes Vereinsgeflecht errichtet, während sie in den ländlichen Bezirken nur über wenige Anhänger und Stützpunkte verfügten.

Der wirtschaftliche Niedergang ab 1928/29 beeinflusste in wesentlichen Teilen auch das politische Geschehen. Auf der Linken versuchte die KPD mit wechselndem Erfolg die Indoktrination der Arbeitslosen. Die Sozialdemokraten, in den Stadt- und Gemeinderäten bestrebt, die auf Reichsebene vorexerzierte pragmatische Tolerierungspolitik nachzuvollziehen, büßten deutlich an Zugkraft ein. Sie ließen an Engagement für die Belange der Arbeitslosen vermissen, verloren sich in Vereinsmeierei und waren, wie die gescheiterten Versuche belegen, in der Eisernen Front ein wirksames antifaschistisches Gegengewicht aufzubauen,

selbst in ihren Hochburgen nicht in der Lage, hemmend auf die verhängnisvollen Entwicklungen einzuwirken.

In der Bauernschaft erreichte der Vertrauensschwund zu den etablierten, untereinander zerstrittenen Standesvertretern zeitgleich mit dem Krisendruck seinen Höhepunkt. Der Ruf nach einer Einigung der Landwirtschaftsorganisationen führte zur Gründung der Neuen Bauernbewegung, die ohne klare Linie agierte und schließlich bei den Nationalsozialisten landete. Die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit ihren Vertretern wirkte sich besonders negativ für den Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund aus, der seine Rolle als bäuerliche Oppositionspartei sukzessive einbüßte und Mühe hatte, dem Druck der nationalsozialistischen Landpropaganda, aber auch der Konkurrenz der BVP zu widerstehen. Die Bayerische Volkspartei als Vertreterin des politischen Katholizismus bezog ihren Rückhalt aus dem katholischen Vereinswesen und der integrierenden Kraft der Religionsgemeinschaft, die selbst ausgeprägte Spannungen innerhalb ihrer vielschichtigen Mitgliedschaft ausglich. In ihrer unverhohlenen Distanz zur Weimarer Demokratie war sie die stärkste Stütze eines Systems, mit dem sie sich selbst nur teilweise identifizierte.

Als Bindeglied unterschiedlichster Gruppierungen von der Mitte bis zum äußersten rechten Spektrum waren die Wehrverbände des Alpenvorlands von großem politischen Gewicht, doch scheiterte der Bayerische Heimatschutz im Bemühen, eine bayerisch-föderalistische Wehrorganisation zum Schutz gegen Extremisten beider Lager zu schaffen, an Escherichs selbstherrlichem Führungsstil und Abwanderungstendenzen zu den Nationalsozialisten, die mit einem zuvor unbekanntem Aufwand auch das „flache Land“ agitatorisch bearbeiteten. Sie boten den Wählern weder eine attraktive Kommunalpolitik noch konkrete wirtschaftliche Vorstellungen zur Krisenbewältigung, hatten es aber gerade deshalb am leichtesten, die Auswirkungen der Depression pauschal dem „System“ anzulasten. Die „unberechenbare Größe Mentalität“ (Heinacher)<sup>1</sup> trug wohl neben allen anderen Faktoren zu dem außerordentlichen NSDAP-Erfolg im unteren Rottal bei.

War nun auch in der Provinz die Weltwirtschaftskrise, wie es Hermens formuliert, „die große Wende, die alles Antidemokratische davor rettete, in die drohende Vergessenheit zu geraten und es statt dessen prophetisch erscheinen ließ“?<sup>2</sup> Wie die Untersuchung gezeigt hat, war die Krise, die alle Bevölkerungsteile, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, betraf, ein Faktor, der das politische Leben gegen Ende der Weimarer Republik tiefgreifend beeinflusste. Nur allzugern wurden Schwächen in privater und kommunaler Wirtschaftsführung nun der Regierung oder der Staatsform angelastet, äußerte sich die Angst um den landwirtschaftlichen Besitz in Kritik an den bisherigen Standesorganisationen. Eine vorsichtige Interpretation der Wahlergebnisse, die das statistische Material nicht nur dazu benutzt, um vorgefaßte Meinungen zu untermauern, führt aber zu dem Schluß, daß es nicht die objektive Krisenbetroffenheit an sich war, die Automatismen in Bewegung setzte, die den Radikalgruppen zugutekamen. Überlagernder Faktor gerade im katholischen Milieu war die politische Tradition. Neben der Agrarkrise ließ in erster Linie die Konzeptionslosigkeit des zwischen

<sup>1</sup> Heinacher, Aufstieg, 378; vgl. Haushofer/Kapfinger, Rottal, 29f.

<sup>2</sup> In Kaltefleiter, Wirtschaft, 9.

Oppositions- und Regierungspartei schwankenden Bauernbunds seine Wähler zu BVP und NSDAP abwandern, neben der drückenden Not führte die scheinbare Untätigkeit der angepaßten, selbstzufriedenen SPD manchen Erwerbslosen ins Lager der Kommunisten. Nicht ihre Politik oder eine geringere Krisenbetroffenheit ihrer Anhänger waren es schließlich auch, die der BVP verhalfen, ihre Stammwählerschaft in groben Zügen bis zum Ende der Republik zu halten, sondern die enorme Integrationsfähigkeit und innere Stabilität der Glaubensgemeinschaft, die sie vertrat. Die wirtschaftliche Situation war damit keine unerbittliche Determinante des politischen Entscheidungsprozesses, der Wähler kein willenloser Spielball ökonomischer Sachzwänge. Die Nationalsozialisten wurden Nutznießer der Schwächen ihrer Gegner und der schon lange vorher schwelenden Staats- und Demokratieverdrossenheit, welche, durch den wirtschaftlichen Druck potenziert, nun offen zum Ausbruch kam und ihnen auch in der altbayerischen Provinz den Vormarsch erleichterte.

## QUELLEN UND LITERATUR

### A. Ungedruckte Quellen

#### 1. Zentrales Staatsarchiv Potsdam

Reichsministerium d. Innern:

RdI 26 029–26 030 Neue Bauernbewegung 1930–1932

#### 2. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

##### a) Staatsministerium des Äußern:

MA 100 631 Notlage der Landwirtschaft 1928

MA 100 632 Notlage der Landwirtschaft 1929–1932

MA 101 235/1-3 Nachrichtenblätter d. Polizeidirektion München 1924–1932

MA 102 136 Halbmonatsberichte d. Regierungspräsidiums v. Oberbayern 1921–1926

MA 102 137 Halbmonatsberichte... 1926–1930

MA 102 138 Halbmonatsberichte... 1930–1932

##### b) Staatsministerium des Innern:

MIInn 73 733 Bayer. Bauern- u. Mittelstandsbund 1922–1932

MIInn 73 734 Rechtsradikale Agitation in der Bauernschaft 1928–1932

MIInn 73 452 Notkundgebungen der Bauernschaft 1929

MIInn 73 483 Der Bayerisch-Patriotische Bauernverein Tuntenhausen 1876–1942

MIInn 71 712 Politische Unruhen in Oberbayern 1923–1932

##### c) Staatsministerium für Wirtschaft:

MWi 460/461 Landwirtschaftliches Hilfsprogramm 1928–1931

MWi 462 Zahlungs-Stockungen 1931–1933

MWi 1769 Handwerks-Statistik 1919–1937

MWi 3001 Betriebsstillegungen 1926–1936

MWi 3074 Preisbildung und Lebenshaltung 1924–1933

MWi 3120 Arbeitslosenversicherung 1932–1933

MWi 3122 Errichtung eines Landesamts f. Arbeitsvermittlung 1921–1943

MWi 3129 Erwerbslosen- u. Krisenfürsorge, Notstandsarbeiten 1932–1938

MWi 3152 Mieterschutz, Wohnungsbau 1930–1935

MWi 5586 Schädigende Beeinflussung d. Geschäftslebens durch polit. Ausschreitungen 1924–1932

MWi 5637 Wirtschaftliche Lage 1928–1935

MWi 5966 Chemische Fabrik Heufeld 1925–1939  
 MWi 6709 Schriften über Industrie u. Gewerbe 1930–1939  
 MWi 7165 Baumwoll-Industrie 1926–1937  
 MWi 7241 Steinbeis u. Cons., Holzindustrie u. Papierfabrik 1919–1942  
 MWi 7311 Zementfabrik Kiefersfelden 1921–1943  
 MWi 7714 Marmorindustrie Kiefersfelden 1908–1943

*d) Staatsministerium für Landwirtschaft:*

ML 1888 Notlage der Landwirtschaft 1929–1932  
 ML 2196/97 Landwirtschaftliches Notprogramm 1928–1931  
 ML 2208 Kreissachverständiger f. Milchwirtschaft Oberbayern 1932  
 ML 3263 Innere Unruhen 1928–1938  
 ML 3637 Kommunistische Bewegung auf dem Land 1920–1933  
 ML 3638 Christliche Bauernvereine 1920–1939  
 ML 3942 Wirtschaftskataster-Auszüge 1920–1933  
 ML 5121 Notlage der bayerischen Gebirgsgegenden 1932–1933

*e) Kriegsarchiv:*

Einwohnerwehren (EW) Bd. 7: Bayerischer Heimatschutz 1928–1933  
 Einwohnerwehren Bd. 14, Akt 4: Geschichte der Einwohnerwehren Inngau  
 Stahlhelm (Sta) Bd. 87: Schriftverkehr Oberbayern  
 Offizierspersonalakt (OP) 49 045: Heinrich Schneider

3. *Staatsarchiv f. Oberbayern, München*

*a) Regierung von Oberbayern:*

RA Fasc. 3788, 57 811 Revue der Roten Funke, Kolbermoor 1929  
 RA Fasc. 3783, 57 784 Bekämpfung polit. Ausschreitungen/Generalia  
 RA Fasc. 3790, 57 828 Wochenberichte, Bekämpfung polit. Ausschreitungen 1931  
 RA Fasc. 3790, 57 830 Bekämpfung polit. Ausschreitungen 1931–1932

*b) Polizeidirektion München:*

Pol. Dir. M. 6880 SPD 1922–1933  
 Pol. Dir. M. 6888 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933  
 Pol. Dir. M. 6898 Verhalten der Kommunisten außerhalb Münchens 1932

*c) Landratsamt Aibling:*

LRA 46 954 Politische Vereine 1869–1945  
 LRA 46 961 Einziehung volksfeindlichen Vermögens 1933–1964  
 LRA 47 039 Presse  
 LRA 47 089 Kommunismus 1933–1935  
 LRA 47 090 Kommunistische Bewegung 1929–1933  
 LRA 47 103 Polit. Organisationen u. ihre Auflösung 1933–1938

- LRA 47 146 Polit. Persönlichkeiten 1924– 1927
- LRA 47 147 Polit. Vereine 1923– 1929
- LRA 47 148 Staatsfeindliche Personen 1919– 1927
- LRA 47 149 Linksgerichtete polit. Vereine 1923– 1927
- LRA 47 150 Rechtsgerichtete polit. Organisationen 1924– 1925
- LRA 47 152 Polit. Organisationen 1925– 1931
- LRA 47 152 NSDAP 1933
- LRA 47 157 SA-Standarte VI 1930– 1934
- LRA 47 185 Bekämpfung polit. Ausschreitungen 1931– 1932
- LRA 47 184 Beschlagnahmen v. Druckschriften 1931– 1933
- LRA 57 811 Revue der Roten Funke, Kolbermoor 1929
- LRA 181 664 Entwaffnung 1933– 1946

*d) Landratsamt Rosenheim:*

- LRA 55 508 Hartsteinwerk Werdenfels 1931– 1951
- LRA 55 630–55 638 Bezirksetat 1925– 1933/34
- LRA 55 735– 55 743 Etat d. Bezirksfürsorgeverbandes 1925– 1933/34
- LRA 56 536 Viehmarkt Niederaschau 1930– 1934
- LRA 56 553 Zweckverbände der Stromabnehmer 1920– 1938
- LRA 56 554 Oberbayerische Überlandzentrale 1910– 1933
- LRA 56 593 Kreis- u. Stadtparkasse Rosenheim 1928– 1950
- LRA 56 757 Amtsbevölkerungstabelle 1900 ff.
- LRA 56 790 Verschuldung Stephanskirchen 1920– 1936
- LRA 57 954 Molkereien 1914– 1945
- LRA 110 530 Pulverfabrik Thansau 1915– 1927
- LRA 110 528 Marmorwerk Kiefer AG 1770– 1937

*e) Landratsamt Wasserburg:*

- LRA 47 231 Kommunistische Bewegung 1918– 1931
- LRA 47 229 Versammlungen und Aufzüge 1921– 1929
- LRA 111 195 Verbot polit. Organisationen 1933
- LRA 111 198 Aufruhrschäden 1919– 1941

*f) Staatsanwaltschaften:*

- 14 290 NSDAP-Versammlung Tattenhausen 1931
- 14 291 Brüning fährt durch Rosenheim 1931
- 15 649 Schlägerei Chiemgau-Bund 1923
- 15 672 F. X. Zahnbrecher 1929– 1930
- 15 674 Heinrich u. Sigmund Adam 1931
- 15 730 Heinrich Bergmann 1933– 1935

*g) Amtsgericht Rosenheim:*

- AG 45 961 Stadt Rosenheim gegen O. F. Metzger 1926– 1933
- AG 52 558 Vergleichsverfahren Gastinger u. Bergmann 1933– 1934

*h) Arbeitsamt Rosenheim:*

- 2 Wohlfahrtserwerbslose 1930–1932
- 3 Statistiken 1931–1944
- 4 Jahresberichte d. Gewerbeaufsichtsbeamten 1932–1935
- 5 Einwohnerzahlen 1932

*i) NSDAP:*

- NSDAP 1 Ortsgruppenverzeichnis ca. 1920–1923
- NSDAP 558 Korrespondenz OG Prien-Kreisleitung Rosenheim 1931ff.
- NSDAP 566 Korrespondenz OG Kolbermoor-Kreisleitung Rosenheim 1932ff.
- NSDAP 597 OG Wasserburg und Amerang 1932ff.

*k) Saline Rosenheim:*

- 12 Bekanntmachungen 1919–1936
- 13 Betriebsberichte 1920–1925
- 14 Geschäftsberichte 1923–1933/34
- 67 Französisches Salz 1932
- 68 Arbeitgeberverband Rosenheim-Aibling 1925–1931
- 69 Arbeitgeberverband... 1931–1935
- 92 Monatsstatistik 1908–1940
- 861 Errichtung Landestorfwerke München 1920–1921
- 988 Betriebsstatistik 1925–1937
- 1348 Spinnerei Kolbermoor 1860–1873

*4. Staatsarchiv für Niederbayern, Landshut*

*a) Regierung von Niederbayern:*

Rep. 168/1:

Fasc. 2532, 4829 Landwirtsch. Notprogramm 1928–1932

Fasc. 2599, 6788 Jungbauernorganisation d. BBMB 1930

Fasc. 2599, 6790 Bekämpfung polit. Ausschreitungen 1931 ff.

Fasc. 2622, 8419 Berichte d. Landesarbeitsamts 1931–1932

Rep. 168/5:

513 Unruhekalender 1920ff.

560 Halbmonatsberichte d. Regierungspräses. v. Niederbayern 1929–1933

*b) Landratsamt Griesbach:*

Rep. 164/6:

3019 Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ 1928

3032 Reichstagswahl 31. 7. 1932

3036 Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ 22. 12. 1929

3037 Festlichkeiten, Reisen 1930–1942

3114 Wahl d. Reichspräsidenten 10. 4. 1932

3161–3162 Wahl d. Reichspräsidenten 13. 3. 1932

- 3163 Reichstagswahl 6. 11. 1932  
3165 Reichstagswahl 5. 3. 1933  
3171–3173 Bezirkstagsverhandlungen 1929/30  
3174 Bezirkstagsverhandlungen 1930/31  
3177 Bezirkstagsverhandlungen 1931/32  
3180 Bezirkstagsverhandlungen 1933/34  
3601 Bezirkstagsverhandlungen 1932/33  
3602 Bezirksumlagen 1930/31  
3607 SA, SS, HJ u. NSKK 1932 ff.  
3614 Bezirkstagsverhandlungen 1928/29  
3631 Landtagswahl 20. 5. 1928  
3632 Landtagswahl 24. 4. 1932  
3624 Bezirksumlagen 1931/32  
4340 Finanzlage der Gemeinden 1930  
4430 Neubildung der Gemeinderäte 1933  
4431 Gemeindliche Notsteuern 1930 ff.  
4439 Gebühren und Abgaben d. Gemeinden 1920 ff.  
4450 Gemeindebiersteuer 1930 ff.  
4451 Gemeindegetränkesteuer 1930 ff.  
4452 Bürgersteuer 1930 ff.  
4508 Finanzwirtschaft d. Gemeinden 1922 ff.  
4523 Gemeindeangelegenheiten 1929 ff.  
4530 Kommunismus 1920–1939  
4531 Bekämpfung polit. Ausschreitungen 1931 ff.  
4532 Verbotene Organisationen 1933 ff.  
4539 Einziehung staatsfeindlichen Vermögens 1933  
4566 Sozialdemokratische Vereine 1919–1933  
4579 Schutzhaft u. Auflösung polit. Gruppen 1933 ff.  
4581 Öffentliche Versammlungen 1929–1938  
4597 Waffen und Waffenscheine 1910 ff.  
4600 Vollzug d. Entwaffnungsgesetzes 1920 ff.  
4639 Notpolizei / Hilfspolizei 1933  
5118 Bezirkssparkassen Griesbach / Rothalmünster 1911 ff.  
5157 Preissenkungsaktionen 1910 ff.  
5159 Bildung der Ortsfürsorgeausschüsse 1925 ff.  
5170 Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge 1931 ff.  
5171 Wohlfahrtshilfen an die Gemeinden 1932 ff.  
5175 Verbilligungsmaßnahmen f. Bedürftige 1931 ff.  
5178 Fürsorgeakten 1931–1938  
5181 Verbilligungsaktionen 1931 ff.  
5182 Unterstützungsgesuche 1932 ff.  
5274 Stiftungen u. Spenden 1932 ff.  
5285 Bayerische Ostmark 1933 ff.  
5287 Staatliche Notstandskredite 1929 ff.  
5438 Kredithilfe f. industrielle u. gewerbliche Betriebe 1932 ff.  
5460 Schwarzarbeit 1930 ff.

- 5474 Notstandsarbeiten 1930 ff.
- 5628 Versteigerungen, Konkurse, Pfändungen 1929 ff.
- 6079 Arbeitsbeschaffung 1932 ff.
- 6091 Gewerbeaufsichtskataster 1920–1923
- 6113 Berichte d. Landwirtschaftsstelle Pfarrkirchen 1930–1931
- 6124 Arbeitermangel in der Landwirtschaft 1923 ff.
- 6132 Bezirks- u. Kreisbauernkammerwahlen 1930
- 6163 Landwirtsch. Umschuldung 1928 ff.
- 6280 Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Anwesen 1880 ff.
- 6282 Statistik der Güterzertrümmerung 1912 ff.

#### *5. Stadtarchiv Bad Aibling*

- 000/1 Reichspräsidentenwahlen 1925–1933
- 004/6 Volksbegehren, Landtagswahl 1928–1929
- 004/7 Reichstagswahlen 1930–1933
- 024/8 Gemeinderatswahl 8. 12. 1929
- 401 Fürsorgewesen 1927–1933
- 903/1 Finanzverhältnisse Bad Aibling 1932
- 924/9 Wohlfahrtsabgabe 1932–1935

#### *6. Stadtarchiv Kolbermoor*

- Fleischmann, Josef, „Bewegte Vergangenheit“, ein Zeitbild als Beitrag zur Heimatkunde 1928–1945, Masch.
- Kalhammer, Otto, Chronik der Marktgemeinde Kolbermoor 1857–1945, Masch.
- Diverse unsignierte Bestände

#### *7. Stadtarchiv Rosenheim*

- IA 1/72 Maifeiern 1920–1932
- IA 1/73 Großdeutsche Jugend / Kampfbund gegen den Faschismus 1925–1932
- IA 1/74 Rechtsstehende Verbände 1920–1933
- IA 1/76 (M)SPD 1920–1933
- IA 1/77 NSDAP 1920–1933
- IA 1/78 Roter Frontkämpferbund u. Antifa 1928–1932
- IA 1/79 Rote Hilfe 1927–1932
- IA 1/80, I u. II Kommunistische Bewegung 1921–1933
- III A 2/17 Antisemitismus 1920 ff.
- III A 2/18 Gottlosenbewegung 1925–1932
- IV A 4/99 Bayer. Volkspartei 1932–1933
- IV A 4/100 Bayernwacht 1931–1932
- IV A 4/101 Bayer. Bauern- u. Mittelstandsbund 1932–1933
- VIA 1/99 Plakate 1927–1932
- VIA 4/5 Liberaler Verein 1869–1910
- VIA 4/90 USPD 1919 ff.
- VIA 4/88 SPD 1890–1928

VI A 4/91           KPD 1920–1925  
 VI A 4/94           Bayer. Mittelpartei/DNVP 1921–1933  
 VI A 4/97           DDP 1921  
 VI A 4/98           Deutschvölkischer Schutz- u. Trutzbund 1920  
 VI H 1/48           Preisabbau 1931  
 VI Qu 2/184        Amerika-Spende 1920  
 VI Qu 2/186, II    Arbeitsamt Rosenheim 1928  
 VIP 5/39           Betriebsabbrüche und Stilllegungen 1928–1933  
 1526                Bürgermeisterwahl 1919  
 1528                Stadtratswahlen 1925/1929  
 1529                Wahlbekanntmachungen 1929  
 Benützerakt        „Bürgermeister“  
                       „Nationalsozialismus“  
                       „NSDAP Schloßberg“  
 Sitzungsprotokolle d. Stadtrats Rosenheim 1928–1933  
 Verwaltungsbericht d. Stadt Rosenheim 1926/28  
 Einwohnermeldeamt-Personalakt Dr. Ernst Klein

#### *8. Stadtarchiv Wasserburg II*

Kasten 63, Fach 1 Sitzungsprotokolle d. Stadtrats Wasserburg 1928–1933  
 Kasten 63, Fach 3 Protokolle der Ortsfürsorge Wasserburg 1930–1933

#### *9. Gemeindearchiv Bruckmühl*

Diverse ungeordnete Bestände

#### *10. Gemeinde Raubling*

Protokoll- und Rechnungsbücher der Gemeinderäte Großholzhausen, Kirchdorf a. Inn,  
 Pfraundorf und Reischenhart

#### *11. Firmenarchive*

Geschäftsberichte und firmenhistorisches Material der Unternehmen:

Bayerische u. Tiroler Sensenunion Mühlbach AG  
     darin: Einmayr, Werner, Die Entstehung und Entwicklung des Sensenwerkes Mühl-  
     bach aus technologischer und betriebswirtschaftlicher Sicht, Masch.  
 Marmorindustrie Kiefer AG, Kiefersfelden  
 Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Werk Redenfelden  
 Portlandzementwerke Heidelberg AG, Werk Kiefersfelden  
 Steinbeis Vermögensverwaltung, Brannenburg  
     darin: Chronik von Steinbeis u. Cons. 1863–1963  
 Südbayerisches Portlandzementwerk Gebr. Wiesböck, Rohrdorf  
 Südchemie AG München  
     darin: Wirzmüller, Anton, Beiträge zur Geschichte Heufelds, Masch.  
 Ziegelei Meindl, Isen

## B. Gedruckte Quellen

- Deuerlein, E., Der Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Quellen u. Darstellungen z. Zeitgesch. 9, Stuttgart 1962.
- Franz, G. (Hg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes in der Neuzeit, Ausgewählte Quellen z. dt. Gesch. d. Neuzeit XI, München - Wien 1963.
- Mauerer, I. / Wengst, U. / Heideking, J. (Hg.), Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, Quellen z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 3. Reihe, Bd. 4/1 u. II, Düsseldorf 1980.
- Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1929–1933 (Stenographische Berichte, Übersichten, Beilagen), München 1929–1933.

## C. Statistiken

- Beiträge zur Statistik Bayerns.
- Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches.
- Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse von Bayern für die Wirtschaftsjahre 1926/27–1933, Schriftenr. d. landwirtsch. Buchstellen Bayerns 1–8, München 1928–1934.
- NSDAP Partei-Statistik 1935, 3 Bde., Berlin 1935.
- Statistik des Deutschen Reichs.
- Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich.
- Statistische Jahrbücher für den Freistaat Bayern.
- Wagemann, E. (Hg.), Kurven und Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland, Berlin 1935.
- Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin 1928–1933.
- Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts.

## D. Bibliographien

- Diederich, N. / Fuchs, N. / Kullach, I. / Schmollinger, H. W., Wahlstatistik in Deutschland. Bibliographie der deutschen Wahlstatistik 1848–1975, Berichte und Materialien f. sozialwiss. Forsch. d. FU Berlin 4, München 1976.
- Haushofer, H., Bayerische Agrarbibliographie, München 1954.
- Huber, L., Schrifttum über Rosenheim, Das bayerische Inn-Oberland 19 (1934), 81–106, 20 (1935), 71–116.
- Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945, Hilfsmittel:
- III: Bibliographie bayerischer Zeitungen aus der Zeit des Nationalsozialismus mit Fundortnachweis, München 1975.
  - VI: Schriften zur Statistik in Bayern 1918–1945, Spezialbibliographie, München 1975.
- Schumacher, M., Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zu Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976.
- Stachura, P. D., The Weimar Era and Hitler 1918–1933. A Critical Bibliography, Oxford 1977.
- The Weimar Republik. A Historical Bibliography, Santa Barbara-Denver-Oxford 1984.

## E. Hilfsmittel

- Der große Brockhaus, 20 Bde., Leipzig 1928–1935.  
Esenwein-Rothe, I., Einführung in die Demographie. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozeß aus der Sicht der Statistik, Statist. Studien 10, Wiesbaden 1982.  
Handbuch der deutschen Tagespresse 4 (1932), Berlin 1932.  
Horkenbach, C., Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930.  
Jahrbuch der Tagespresse 1 (1928)–3 (1930), Berlin 1928–1930.  
Keyser, E./Stoob, H. (Hg.), Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Bd. V, Teil 2, Stuttgart u. a. 1974.  
Bayerisches Landes-Adreßbuch für Industrie/Handel und Gewerbe, München 1929–1932.  
Bayerisches Landesvermessungsamt, Bodengütekarte von Bayern, München 1960.  
Münichsdorfer, F., Bodenkarte Bayerns, München 1929.  
Neubauer, F. (Hg.), Engelhaafs historisch-politische Jahresübersicht 25 (1928)–30 (1933), Stuttgart 1929–1934.  
Schwarz, M., MDR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.  
Thür auf, U. (Hg.), Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 69 (1928)–74 (1933), München 1929–1934.

## F. Zeitungen

- Aiblinger Tagblatt  
Aiblinger Wochenblatt  
Aiblinger Zeitung  
Anzeiger für Oberaudorf und Kiefersfelden  
Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger  
Bayerisches Bauernblatt  
Bayerisches Genossenschaftsblatt  
Bayerischer Landvolk- und Mittelstandsbote  
Bayerisches Volksblatt  
Bayerischer Volksbote  
Chiemgau-Bote  
Chiemgau-Zeitung  
Der Erwerbslose  
Die Front  
Grafinger Zeitung  
Haager Bote  
Heimat und Scholle  
Illustrierte Sonntagszeitung  
Inntal-Bote  
Jugend  
Kampf um Heimat und Scholle  
Landauer Volksblatt  
Mitteilungsblatt des ADGB Rosenheim und Umgebung  
Münchner Neueste Nachrichten  
Münchner Post  
Neue Zeitung  
Oberbayerischer Gebirgsbote

Oberländer Volksblatt  
 Pockinger Zeitung  
 Rosenheimer Anzeiger  
 Rosenheimer Mieterzeitung  
 Rosenheimer Tagblatt Wendelstein  
 Rottaler Zeitung  
 Rottaler Beobachter  
 Rothalmünsterer Tagblatt  
 Sonntag-Morgenpost  
 Süddeutsche Molkereizeitung  
 Traunsteiner Tagblatt  
 Traunsteiner Wochenblatt  
 Wasserburger Anzeiger  
 Wasserburger Wochenblatt

### G. Zeitgenössisches Schrifttum

- Albus, P., Die Finanzierung des Wohnungsbaues in Deutschland in der Zeitperiode 1924 bis 1931 unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierung durch die Kreditinstitute, Würzburg 1936.
- Alzheimer, A., Der Rottgau, Bayern das Bauernland 2, Freising-München <1929>.
- Aschl, A. (Hg.), 600 Jahre Rosenheim. Festschr. z. Feier d. 600jährigen Marktfreiheit 1328–1928, Rosenheim 1928.
- Baade, F., Das System der agrarpolitischen Mittel, in: Beckmann, F. u. a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil II: Die deutsche Agrarpolitik im Rahmen einer organischen Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft, Veröff. d. Friedr. List-Gesellschaft 6, Berlin 1932, 218–296.
- Ders., Schicksalsjahre der deutschen Landwirtschaft, Nowawes 1933.
- Deutscher Baugewerksbund (Hg.), Das Baugewerbe in der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1925, Berlin 1930.
- 60 Jahre Bayerischer, patriotischer Bauernverein Tuntenhausen. Ein Gedenk-Blatt, seinen Mitgliedern u. Freunden gewidmet, o. O. o. J.
- Bayern im ersten Vierjahresplan. Denkschrift d. bayer. Landesregierung zum 9. März 1937, München 1937.
- Bertkau, F., Die deutschen Zeitungen, in: Handbuch der deutschen Tagespresse 4, Berlin 1932, 9–16.
- Bendel, K./Gentner, (o. V.), Von der Rinder- und Pferdezzucht im Bezirk Aibling, Das Bayerland 43 (1932), Nr. 10, Beilage.
- Bergmüller, G., Das bayerische Baugewerbe, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 381–389.
- Beyer, H., Die Frau in der politischen Entscheidung, Soziolog. Gegenwartsfragen 2, Stuttgart 1932.
- Bierling, L., Rottaler Kaltblutzucht, Das Bayerland 36 (1925), 544–545.
- Blüher, B., Die politischen Parteien und die Kommunalpolitik, Kommunales Jahrbuch N. F. III (1932), 44–48.
- Blumschein, M., Die bayerische Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 675–689.

- Borsdorff, K., Landwirtschaft und Presse. Das landwirtschaftliche Presse- und Nachrichtenwesen, Berlin 1928.
- Bremicker, E., Der Industriebezirk Rosenheim, in: Rosenheim und sein Industriebezirk, Augsburg 1931, 19–43.
- Bründl, G., Bilanzen der bayerischen Wirtschaft, abgeschlossen bzw. nachgetragen bis 4. November 1925, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 414–425.
- Deutschvölkischer Katechismus, 3 Bde., Leipzig 1929–1932.
- Dix, A., Die deutschen Reichstagswahlen 1871–1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Recht u. Staat in Geschichte u. Gegenwart 77, Tübingen 1930.
- Dorner, J., Bauernstand und Nationalsozialismus, NS-Bibliothek 15, München 1930.
- Dürnegger, J., 40 Jahre Bezirksverband der Genossenschaften um Rosenheim, Aibling und Prien 1894–1934, Törwang 1935.
- Dürschinger, G., Das Rottaler Kutschpferd, Das Bayerland 36 (1925), 543–544.
- Ebbinghaus, W., Die Steuerbelastung der deutschen Landwirtschaft, in: Beckmann, F. u. a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik II, Veröff. d. Friedr. List-Gesellschaft 6, Berlin 1932, 297–310.
- Eppner, K., Die bayerische Torfwirtschaft, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 156–163.
- Ders., Die bayerische Torfwirtschaft im Jahre 1925, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 230–240.
  - Ders., Die Moore um Rosenheim, Das bayerische Inn-Oberland 20 (1935), 59–69.
- Faaß, F./Hofer, M./Kwasnik, W., Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt, in: Beckmann, F. u. a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen, Veröff. d. Friedr. List-Gesellschaft 5, Berlin 1932, 494–528.
- Fehn, H., Das Siedlungsbild des niederbayerischen Tertiärhügellandes zwischen Isar und Inn, Landeskundl. Forsch. 30, München 1932.
- Ders., Niederbayerisches Bauernland, Das Bayerland 46 (1925), 577–593.
- Fischer, W., Holzhandel und Holzindustrie in Bayern, deren Entwicklung bis heute, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 371–378.
- Ders., Die bayerische Holzindustrie im Jahre 1925, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 697–702.
- Fried, F., <Zimmermann, F.>, Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931.
- Frost, J., Die aktuellen Fragen der Agrarpolitik, München-Leipzig 1932.
- Fuerth, F. u. K., Lebenshaltung unter Krisendruck, Wirtschaftskurve 11 (1933), 321–326.
- Gasteiger, M., Wohnungsfrage und Wohnungsbau in der Gegenwart, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 18–27.
- Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei (Hg.), Kampf um die Führung im Reichstag, <München> 1930.
- Dass., Arbeiter weg vom Radikalismus. Staats- und sozialpolitische Gesichtspunkte für die christliche Arbeiterschaft vor großen Entscheidungen, München 1932.
  - Dass., Der Kampf um die Staatsführung! München 1932.
  - Dass., Bereit zur Verantwortung! Eine Gedankenreihe für Ausführungen im bayerischen Landtagswahlkampf 1932, München 1932.
  - Dass., Recht und Freiheit! Die Kampfziele der Bayerischen Volkspartei bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, München 1932.
  - Dass., Reichstagswahlen 1932! Materialien für die politische Erörterung im Wahlkampf, München 1932.

- Dass., Bayern ist gegen jede Diktatur! Bayern kämpft für Recht und Freiheit! Der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei für die Reichstagswahlen am 5. März 1933, München 1933.
- Georgii, E., Zur Statistik der deutschen Zeitungen, Handbuch der deutschen Tagespresse 4, Berlin 1932, 17–24.
- Göbl, A., Vagen und das Leitzachwerk, Das Bayerland 43 (1932), 304–305.
- Groth, O., Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde, Bd. II, Mannheim 1929.
- Günther, A., Südbayern und Westösterreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Schriften d. Inst. f. Sozialforsch. in den Alpenländern an der Univ. Innsbruck 10, Innsbruck 1933.
- Heim, G., Im Kampf um die Wahrheit, Regensburg 1932.
- Ders./Hundhammer, A., Umstellung der deutschen Landwirtschaft, Regensburg 1930.
- Heinz, F. W., Die Nation greift an. Geschichte u. Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933.
- Helfrich, H., Das katholische Sonntagsblatt, in: Naumann, J. W. (Hg.), Die Presse und der Katholik, Anklage und Rechtfertigung, Augsburg 1932, 279–284.
- Hemmer, W., Die „unsichtbaren“ Arbeitslosen. Statistische Methoden-soziale Tatsachen, Zeulenroda 1935.
- Hermens, F.A., Der Staat und die Weltwirtschaftskrise, Volkswirtschaft N.F. 3, Berlin-Wien-Zürich 1936.
- Herold, F., Die Viehzucht im Rottal, Das Bayerland 36 (1925), 540–543.
- Hettlage, K.M., Der Einfluß öffentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf den Gemeindehaushalt, Jahrbuch f. Kommunalwissenschaft 2 (1935), 113–128.
- Hofbauer, J., Entwicklung der oberbayerischen Milchwirtschaft, in: Festschr. f. d. 35. Wanderausstellung der D.L.G. 4. – 9. Juni München 1929 (Sonderdr. d. Süddt. Molkezeitung), 49–52.
- Holt, J. B., German Agricultural Policy 1918–1934. The Development of a National Philosophy Toward Agriculture in Postwar Germany, Chapel Hill 1936.
- Huber, L., Studien über soziale und wirtschaftliche Verhältnisse der Gegend um Rosenheim, Bd. I: Die Bevölkerung und die öffentliche Fürsorge, Bd. II: Die Landwirtschaft der Gegend um Rosenheim umfassend die Bezirke Rosenheim, Aibling und Prien sowie die unmittelbare Stadt Rosenheim, Rosenheim 1908/ 1909.
- Hundhammer, A., Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924.
- Industrielle Welt, Sonderwerk: Deutsche Brauereien in Wort und Bild, Ausg. A, München 1930.
- Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften, Berlin 1928–1932.
- Jahresberichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1928–1933, München 1929–1935.
- Kanzler, R., Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931.
- Kapfinger, H., Die katholischen Zeitungen Deutschlands, in: Naumann, J. W. (Hg.), Die Presse und der Katholik, Anklage und Rechtfertigung, Augsburg 1932, 315–330.
- Kaub, A., Kommunalpolitik und Presse, Diss. Heidelberg 1933.
- Kempf, R., Die Frau in der bäuerlichen Landwirtschaft Bayerns, Annalen d. Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1913, München-Berlin-Leipzig 1913, 50–68.
- Dies., Die deutsche Frau nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1925, Mannheim-Berlin-Leipzig 1925.
- Kern, F., Die Kampfpresse der NSDAP im Gau Bayerische Ostmark 1923–1933, Diss. München 1941.

- Klebe, H., Die Entwicklung von Industrie und Gewerbe in Bayern, Sonderdr. aus: Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht in Bayern mit einem Rückblick auf die gewerbliche Entwicklung des Landes, München 1930.
- Knoblauch, (o. V.), Das bayerische Handwerk und seine Organisation, Jahrbuch der bayerischen Wirtschaft 1926, 280–287.
- Köttgen, A., Die Krise der kommunalen Selbstverwaltung, Tübingen 1931.
- Krischer, K., Kommt die rote Scholle? Eine Abrechnung mit dem sogenannten „Bauernhilfsprogramm“ der KPD, Berlin <1932>.
- Kuczynski, J., Löhne und Konjunktur in Deutschland 1887–1932, Berlin 1932.
- Külbl, (o. V.), Der bayerische Fremdenverkehr, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 84–87.
- Kuhlo, R., Die bayerische Industrie, München 1928.
- Kunkel, J., Die Tagespresse in Bayern, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 689–696.
- Landesausschuß der SPD (Hg.), Handbuch für Kommunalpolitik. Erläuterungen zu den kommunalpolitischen Richtlinien und zum Agrarprogramm der SPD. Leitfaden für sozialdemokratische Kommunalvertreter und Funktionäre in Bayern, München 1929.
- Die Landwirtschaft im Regierungsbezirk Oberbayern. Denkschrift gewidmet den Teilnehmern an der XXVI. Wanderversammlung bayerischer Landwirthe im Jahre 1885 zu Tölz von dem Kreiscomite des landwirthschaftlichen Vereins von Oberbayern, München 1885.
- Die Landwirtschaft im Regierungsbezirk Oberbayern. gewidmet den Theilnehmern an der XXXIV. Wanderversammlung bayerischer Landwirthe im Jahre 1898 zu Rosenheim als Nachtrag zur Denkschrift vom Jahre 1885, herausgegeben vom landwirthschaftlichen Kreisausschuß von Oberbayern, München 1898.
- Lang, H., Der Haushaltsplan im Deutschen Reich und im Freistaat Bayern, Görres – Ges. z. Pflege d. Wissenschaft im kath. Deutschland, Veröff. d. Sektion f. Rechts- u. Staatswissenschaft 55, Paderborn 1930.
- Laschinger, F., Die Struktur der bayerischen Presse am 3. Juni 1934, Zeitung und Leben XXI, München 1936.
- Ludwig, F., Deutschlands höchste Bergbahn, Jahrbuch der bayerischen Wirtschaft 1925, 109–111.
- Ders., Deutscher Marmor, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 202–203.
  - Ders., Der Rosenheimer Industriebezirk, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 482–487.
  - Ders., Die Industrie des Inn- und Mangfalltales, Das Bayerland 36 (1925), 729-748.
- Mackh, O., Die Textilindustrie in Schwaben, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 659–669.
- Matare', F., Die Lage der oberbayerischen Industrie, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 409–413.
- Ders., Die Entwicklung der Löhne in der bayerischen Wirtschaft, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 432–439.
- Mayer, J., Die bayerischen Fürsorgeverbände in der Krisenzeit, Zeitschr. f. d. Heimatwesen 38 (1933), 49–55 u. 65–69.
- Meier, J., Vergleichende Darstellung der Haushaltspläne des bayerischen Staates für die Jahre 1914, 1925 und 1926, Berlin 1927.
- Meyer, (o. V.), Die bayerische Kraftwagen-, Kraftrad-, Motorboot-, Segel- und Faltbootindustrie, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 240–247.
- Mitteilungen für die Vertrauensleute der BVP, 6 (1929)– 10 (1933).

- Morgenroth, M./Wertheimer, K. (Hg.), Osthilfe. Ein Kommentar für die Praxis, Berlin 1931.
- Münchsdorfer, F., Bayerns Boden. Die natürlichen Grundlagen der Siedlung, Teil I: Südbayern, München 1932.
- Mulert, O., Finanzausgleich, Kommunales Jahrbuch N.F. III (1932), 48–69.
- Naumann, J. W., Arten der Tageszeitung nach ihrer Verbreitung, in: ders., Die Presse und der Katholik, Anklage und Rechtfertigung, Augsburg 1932, 126–152.
- Die Nazis auf dem Lande, Material über die zwiespältige Tätigkeit der Nationalsozialisten auf dem Lande, Schriften d. Dt. Landarbeiterverbandes 33, Berlin 1932.
- Neuburger, O., Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 425–430.
- Neuss, O., Bayerns chemische Industrie, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 186–193.
- Ders., Die bayerische chemische Industrie, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 628–635.
  - Ders., Die bayerische Bleicherdeindustrie, Jahrbuch der bayerischen Wirtschaft 1926, 641–642.
- Niklas, W., Bayerns Rinderzucht, Das Bayerland 41 (1930), 39–46.
- Noll, J., Bad Aibling, Das Bayerland 43 (1932), 291–297.
- Oberbayerischer Christlicher Bauernverein, Das Bauernhofsterben im oberbayerischen Oberland. Eine Denkschrift zur Lage der Landwirtschaft im oberbayerischen Alpen- und Alpenvorland, München 1933.
- Pfaffinger, F., Feilnbach am Wendelstein, Das Bayerland 43 (1932), 301–303.
- Pirner, H., Die Milchwirtschaft und das Molkereiwesen in Bayern, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 190–199.
- Ders., Die Struktur der bayerischen Milchwirtschaft, in: Festschr. f. d. 35. Wanderausstellung der D.L.G. 4.–9. Juni 1929 in München (Sonderdr. d. Süddt. Molkereizeitung), 22–28.
  - Ders., Die Entwicklung der bayerischen Milchwirtschaft, Das Bayerland 41 (1930), 47–51.
- Reichold, K., Einkommen, Verbrauch und Sparung in Deutschland 1929–1932–1936, in: Reichswirtschaftskammer (Hg.), Die Entwicklung der deutschen Ernährungslage seit der Vorkriegszeit, Berlin 1937, 9–47.
- Reismann, O., Die Leistungsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft, Tatsachen und Hoffnungen zur Jahreswende, Bayer. Industrie- u. Handelszeitung 63 (1933), 1/2, 1–4.
- Ruland, W., Die Entwicklung von Bad Aibling, Wirtschafts- u. Verwaltungsstudien XCV, Leipzig 1928.
- Saß, J., Die 27 deutschen Parteien 1930 und ihre Ziele, Hamburg 1930.
- Schmitt, F. A., 25 Jahre landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in Bayern, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 123–131.
- ⟨Schneider, H.⟩, Geschichte der Einwohnerwehren des Inngaues, 22. April 1919 bis 30. Juni 1921, ⟨Wasserburg 1921⟩.
- Schrankenmiller, (o. V.), Der Obstbau im Bezirk Aibling, Das Bayerland 43 (1932), Nr. 10, Beilage.
- Schuldenregelung und Zinssenkung für die Landwirtschaft, Sammlung deutscher Gesetze 150, Mannheim-Berlin-Leipzig 1932.
- Settele, S., Bayerns Pferdezucht, Das Bayerland 41 (1930), 33–38.
- Souci, S. W., Die Heilwirkung des Aiblinger Bademoores, Das Bayerland 43 (1932), 298–301.

- Stegmüller, L., Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim, Rosenheim 1939.
- Steinbeisser, J., Wirtschaftliche Entwicklung Niederbayerns seit 1870, 2 Bd., Diss. München 1939.
- Stiegler, C., Die bayerische Landwirtschaft, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1925, 287–297.
- Ders., Die bayerischen Bauernkammern, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 119–122.
- Troll, E., Das Siedlungsbild des Inn-Chiemsee-Vorlandes, Landeskundl. Forsch. 29, München 1932.
- Troll, K., Der diluviale Inn-Chiemsee-Gletscher, Forsch. z. dt. Landeskunde 23, H. 1, Stuttgart 1924.
- Trometer, H., Die Moorwirtschaft in Bayern, Jahrbuch d. bayerischen Wirtschaft 1926, 240–252.
- Weber, W., Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914–1932, in: Beckmann, F. u. a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil II: Die deutsche Agrarpolitik im Rahmen einer organischen Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft, Veröff. d. Friedr. List-Gesellschaft 6, Berlin 1932, 93–135.
- Das Wirtschafts- und Geschäftsjahr 1929–1933, Berichte der Industrie- und Handelskammer München, München 1930–1934.
- Woytinsky, W., Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929, 2 Bde., Berlin 1930.
- Zahnbrecher, F., Wahrheit, Freiheit und Recht? München <1932>.
- Zentralkomitee der KPD, Dringt tiefer ins Dorf, Kampf um die Massen 12, o. O. <1931>.

## H. Darstellungen

- Abelshäuser, W., Die Weimarer Republik – ein Wohlfahrtsstaat?, in: Ders. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987, 9–31.
- Abendroth, W., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/M. 1964.
- Ders., Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, Das Argument 56 (1970), 251–257.
- Adamy, W./Steffen, J., „Arbeitsmarktpolitik“ in der Depression. Sanierungsstrategien in der Arbeitslosenversicherung 1927–1933, Mitt. aus d. Arbeitsmarkt- u. Berufsforsch. 15 (1983), 276–291.
- Albrecht, J., Bad Aibling in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 21963.
- Allen, W. S., „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, Gütersloh 1966.
- Allgeier, R., Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928–1933, in: Schnabel, Th. (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Schr. z. polit. Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart u. a. 1982, 150–183.
- Althaus, H.-J. u. a., Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, Berlin 1982.

- Ambrosius, G., Aspekte kommunaler Unternehmenspolitik in der Weimarer Republik. AfK 19 (1980), 239–261.
- Andrelang, F., Landgericht Aibling und Herrschaft Hohenwaldeck, Hist. Atlas v. Bayern A 17, München 1967.
- Aretin, K. O. v., Der bayerische Adel. Von der Monarchie zum Dritten Reich, in: Broszat, M./Fröhlich, E./Grossmann, A. (Hg.), Bayern in der NS-Zeit III, München-Wien 1981, 513–567.
- Arns, D. E., Grass-Roots in the Weimar Republik: Long-Term Structural Change and Electoral Behavior in Hessen-Darmstadt to 1930, Diss. Buffalo 1979.
- Bahne, S., Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt/M.-New York 1976.
- Ders., Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Mommsen, H./Schulze, W. (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Geschichte u. Gesellschaft 24, Stuttgart 1981, 477–496.
- Bald, A., Der Aufstieg des Nationalsozialismus in einem punktuell industrialisierten Raum Nordostoberfrankens. Die NSDAP im Bezirksamt Rehau und der kreisfreien Stadt Selb 1919–1933, Archiv f. Gesch. v. Oberfranken 67 (1987), 373–444.
- Balderston, Th., Links between Inflation and Depression: German Capital and Labor Markets, 1924–31, in: Feldman, G. D. (Hg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte, Schr. d. Hist. Kollegs, Kolloquien 6, München 1985, 157–185.
- Balle, H., Die propagandistische Auseinandersetzung des Nationalsozialismus mit der Weimarer Republik und ihre Bedeutung für den Aufstieg der NSDAP, Diss. Erlangen-Nürnberg 1963.
- Barmeyer, H., Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, Quellen u. Forsch. z. Agrargesch. XXIV, Stuttgart 1971.
- Berghahn, V. R., Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 33, Düsseldorf 1966.
- Bergmaier, P., 150 Jahre Großkarolinenfeld. Entstehung und Kulturgeschichte 1802–1952, Schloß Birkeneck 1952.
- Ders., Das ehemalige Kohlenbergwerk Au bei Aibling, Der Mangfallgau 9 (1964), 111–121.
- Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919–1928, Schriftenr. z. bayerischen Landesgesch. 81, München 1986.
- Bergmann, Heinrich, Meine Verfolgung durch das Nazi-Regime, Bad Trißl 1949.
- Beyer, H., Die Agrarkrise und die Landvolkbewegung in den Jahren 1928–1932. Ein Beitrag zur Geschichte „revolutionärer“ Bauernbewegungen zwischen den beiden Weltkriegen, Itzehoe 1962.
- Ders., Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik, ZAA 13 (1965), 62–92.
- Bichler, J., 50 Jahre Landwirtschaftsschule Rosenheim 1922/23–1972/73, Rosenheim 1973.
- Blaich, F., Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ludwigshafen am Rhein, AfK 9 (1970), 92–108.
- Ders., Der Einfluß der Eisenbahnpolitik auf die Struktur der Absatzmärkte im Zeitalter der Industrialisierung, in: Kellenbenz, H. (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Bericht über die 4. Arbeitstagung der Ges. f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Wien am 14. und 15. April 1974, Sozial- u. wirtschaftsgesch. Studien, München 1974, 86–109.
- Ders., Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München 1985.

- Blümel, S., Beiträge zur Geschichte von Großkarolinenfeld, Das bayerische Inn-Oberland 40 (1976), 129–215.
- Boelke, W. A., Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983.
- Bomhard, A. v., Die Geschichte von Prien ab 16. Jahrhundert, in: Ders., Prien am Chiemsee. Ein Heimatbuch, Prien 1958, 94–155.
- Borchardt, K., Wachstum und Wechsellagen 1914–1970, in: Aubin, H./Zorn, W. (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 2, Stuttgart 1976, 685–740.
- Ders., Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, Bayerische Akademie d. Wissenschaften, Jahrb. 1979, München 1979, 87–132.
  - Ders., Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: Erdmann, K. D./Schulze, H. (Hg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Kölner Kolloquien d. Fritz-Thyssen-Stiftung, Juni 1979, Düsseldorf 1980, 211–250.
  - Ders., Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: Feldman, G. D. (Hg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, Schriften d. Hist. Kolloqs, Kolloquien 6, München 1985, 233–160.
- Born, K. E., Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.
- Bracher, K. D., Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Schriften d. Inst. f. polit. Wiss. 4, Villingen 1960.
- Ders., Probleme der Wahlentwicklung in der Weimarer Republik (1964), in: Büsch, O./Wölk, M. u. W. (Hg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Einzelveröff. d. Hist. Kommission zu Berlin 20, Berlin 1978, 627–648.
  - Ders., Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1980.
  - Ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, München 1985.
- Braßler, K., Aibling als Sitz staatlicher Verwaltungsbehörden. Ein historischer Rückblick vom keltischen „carro“ bis zum Landratsamt, Der Mangfallgau 3 (1958/59), 5–41.
- Ders., Geschichtlicher Abriß der Reformation, der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges im Gebiet des ehemaligen Gerichts Aibling sowie der späteren protestantischen Diaspora, Der Mangfallgau 5 (1960), 38–66.
- Braunthal, G., Socialist Labor and Politics in Weimar Germany. The General Federation of German Trade Unions, Hamden 1978.
- Bremme, G., Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Schriftenreihe d. Unesco-Inst. f. Sozialwiss. Köln 4, Göttingen 1956.
- Breuer, W. M., Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932, Hefte z. Geschichts- u. Sozialkundeunterricht 8, Köln 1974.
- Broszat, M., Grundzüge der gesellschaftlichen Verfassung des Dritten Reiches, in: Ders./Möller, H. (Hg.), Das Dritte Reich, Herrschaftsstruktur und Geschichte. Vorträge aus dem Institut f. Zeitgeschichte, München 1983, 38–63.
- Buchstab, G./Kaff, B./Kleinmann, H.-O. (Hg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933, Berlin 1984.
- Burkhardt, B., Eine Stadt wird braun. Die nationalsozialistische Machtergreifung in der schwäbischen Provinz, Hist. Perspektiven 15, Hamburg 1980.

- Büttner, U., Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, *Hamburger Beitr. z. Sozial- u. Zeitgesch.* XVI, Hamburg 1982.
- Clemens, G., Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, *Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch.* B 37, Mainz 1983.
- Conze, W., Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Ders./Rau-pach, H. (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933, Industrielle Welt* 8, Stuttgart 1967.
- Daycock, D. W., *The KPD and the NSDAP: A Study of the Relationship between Political Extremes in Weimar Germany, 1923–1933*, Diss. London 1980.
- Deuerlein, E. (Hg.), *Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten*, München 1980.
- Donohue, J., *Hitler's Conservative Opponents in Bavaria 1930–1945, A Study of Catholic, Monarchist, and Separatist Anti-Nazi Activities*, Leiden 1961.
- Drupp, M., *Gemeinnützige Bauvereine im Wohnungswesen der Weimarer Republik*, in: Abelshauser, W. (Hg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987.
- Dupeux, L., „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. *Kommunistische Strategie und konservative Dynamik*, München 1985.
- Eder, E., *Pfarrkirchen und die Nachkriegswirren von 1919 (Erlebnis- und Zeitungsberichte)*. *Heimat an Rott und Inn* 14 (1979), 79–98.
- Ehrenreich, L., *Nicklheim – Das Dorf im Moor*, München 1978.
- Erickson, E. A., *The Great Crash of October, 1929*, in: van der Wee, H. (Hg.), *The Great Depression Revisited, Essays on the Economics of the Thirties*, Den Haag 1972. 3–12.
- Falter, J. W., *Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour M. Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research*, *Social Science Information* 20 (1981), 389–430.
- Ders./Link, A./Lohmöller, J.-B./de Rijke, J./Schumann, S., *Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Beitrags der Massenerwerbslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933*, *Kölner Zeitschr. f. Soziologie u. Sozialpsychologie* 35 (1983), 525–554.
  - Ders./Lohmöller, J.-B./Link, A./de Rijke, J., *Hat Arbeitslosigkeit tatsächlich den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? Eine Überprüfung der Analyse von Frey und Weck*, *Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik* 200 (1985), 121–136.
  - Ders./Lindenberger, Th./Schumann, S., *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, *Statist. Arbeitsbücher z. neueren deutschen Gesch.*, München 1986.
  - Ders./Hänisch, D., *Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933*, *Archiv f. Sozialgesch.* XXVI (1986), 179–216.
  - Ders./Zintl, R., *The Economic Crisis of the 1930s and the Nazi Vote*, *Journal of Interdisciplinary History* XIX (1988), 55–85.
- Faust, A., *Von der Fürsorge zur Arbeitsmarktpolitik: Die Errichtung der Arbeitslosenversicherung*, in: Abelshauser, W. (Hg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987, 260–279.
- Feldman, G. D., *Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932*, *Krit. Studien z. Geschichtswiss.* 60, Göttingen 1984.
- Fischer, B., *Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik*, *Europ. Hochschulschr.* R. XXXI, 93, Frankfurt/M.-Bern-New York 1987.
- Fischer, W., *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, Opladen 1968.

- Flechtheim, O. K., Die kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.
- Franke, V., Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987.
- Franz-Willing, G., Ursprung der Hitlerbewegung 1919–1922, Preußisch-Oldendorf 21974.
- Frei, N., Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Studien z. Zeitgesch. 17, Stuttgart 1980.
- Freundl, St., Salz und Saline, dargestellt am Beispiel der ehemaligen Saline Rosenheim, Quellen u. Darstellungen zur Gesch. d. Stadt u. d. Landkreises Rosenheim IX, Rosenheim 1978.
- Ders., Die Dampfschiffahrt auf dem Inn, Wasserburg 1984.
  - Ders., Der Bahnhof am Wegekreuz Rosenheim. Eisenbahngeschichte und Stadtentwicklung, Wasserburg 1985.
- Frey, B./Weck, H., Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? Jb. f. Nationalökonomie u. Statistik 196 (1981), 1–31.
- Fricke, D. (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde. Leipzig 1968–1970.
- Ders. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde. Leipzig 1983–1986.
- Friedel, H., Die Machtergreifung in Kaiserslautern, deren Vorgeschichte und ein Vergleich zu Neustadt/Weinstraße, Stadtarchiv Kaiserslautern, Stadtgesch. Manuskript 4, Kaiserslautern 1980.
- Fülberth, G., Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933. Ein Anfang, Schriftenr. d. Studiengesellschaft f. Sozialgesch. u. Arbeiterbewegung 47, Marburg 1984.
- Gebhart, L., Von der Mühle bis zum Markt. Aus der Geschichte von Bruckmühl, Der Mangfallgau 15 (1970), 226–250; 16/17 (1971/72), 100–126.
- Gessner, D., Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.
- Ders., Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930–1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.
  - Ders., Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung, Ertr. d. Forsch. 97, Darmstadt 1978.
- Gibson, P. R., Tradition and Change: Local Level Politics in Bavaria, Diss. Santa Barbara 1984.
- Gies, H., NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, VjZ 15 (1967), 341–376.
- Glaser, H., Spießier-Ideologie. Von der Zerstörung deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 1964.
- Ders., Kleinstadt-Ideologie. Zwischen Furchenglück und Sphärenflug, Freiburg 21971.
- Goller, Th., Griesbach im Rottal im Wandel der Zeit. Ein Griesbacher Heimatbuch. Streifzug durch die Vergangenheit von Griesbach, Karpfham, Reutern, St. Salvator, Weng, Griesbach 1973.
- Gollwitzer, H., Bayern 1918–1933, VjZ 3 (1955), 363–387.
- Gotschlich, H., Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin/Ost 1987.

- Greifenstein, F., *Das Schreinerhandwerk in und um Rosenheim mit den ehemaligen Innungen Bad Aibling und Wasserburg, masch.* 1978.
- Grill, J.H., *Local and Regional Studies on National Socialism: A Review*, *Journal of Contemporary History* 21 (1986), 253–294.
- Hambrecht, R., *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, *Nürnberg-berger Werkstücke z. Stadt- u. Landesgesch.* 17, Nürnberg 1976.
- Hamilton, R. F., *Who voted for Hitler?* Princeton 1982.
- Hansmeyer, K.-H. (Hg.), *Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik*, *Schriftenr. d. Vereins f. Kommunalwiss. e.V. Berlin* 36, Stuttgart u. a. 1973.
- Harrer, J., *Die Sozialdemokratie in Novemberrevolution und Weimarer Republik 1918–1933*, in: Freyberg, J. v. u. a. (Hg.), *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975*, Köln 1975, 65–179.
- Haupt, H.-G., *Die radikale Mitte. Lebensweise und Politik von Handwerkern in Deutschland seit 1848*. München 1985.
- Hauser, J./Schmalzl, P., *2000 Jahre Gars am Inn, Wasserburg* 1955.
- Haushofer, H., *Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Deutsche Agrargeschichte V*, Stuttgart 1963.
- Ders., *Ein halbes Jahrhundert im Dienste der bayerischen Landwirtschaft und der Volksernährung. Zur Geschichte des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bayer. Landwirtsch. Jb.* 46 (1969), Sdh. 5.
  - Ders., *Martin Steiner von Eggldham, 1864–1950. Rottaler Bauer-Agrarexperte-Staatsminister, Heimat an Rott und Inn* 1971, 211–230.
  - Ders., *Bäuerliche Führungsschichten in Bayern im 19.–20. Jahrhundert*, in: Franz, G. (Hg.), *Bauernschaft und Bauernstand 1500–1970*, *Dt. Führungsschichten in d. Neuzeit* 8, Limburg 1975, 225–243.
  - Ders., *Der Bayerische Bauernbund (1893–1933)*, in: Gollwitzer, H. (Hg.), *Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert*, *Qu. u. Forsch. z. Agrargesch.* 29, Stuttgart-New York 1977, 562–586.
- Haushofer, J./Kapfinger, H., *Rottal. Land der Bauern, Rösser, Bäder, Pasau* 1981.
- Heberle, R., *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*, *Schriftenr. d. VjZ* 6, Stuttgart 1963.
- Heinacher, P., *Der Aufstieg der NSDAP in Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933)*, *Schr. d. Ges. f. Flensburger Stadtgesch.* 38, 2 Bde. Flensburg 1986.
- Held, M., *Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm*, *Campus Forsch.* 279, Frankfurt/M. - New York 1982.
- Helms, H. G., *Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners „Einziges“ und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik*, Köln 1966.
- Hennig, E., *Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „mikroanalytische Studien“ zur Erforschung der NSDAP*, *Polit. Vierteljahresschr.* 21 (1980), 152–173.
- Henning, F.-W., *Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland*, Bd. 2 (1750–1976), Paderborn 1978.
- Herrmann, G. u. E., *Nationalsozialistische Agitationspraxis in der Provinz. Das Beispiel Bayreuth*, *ZBLG* 39 (1976), 201–250.
- Herzfeld, H., *Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften*, *AfK* 1 (1962), 27–40.
- 100 Jahre Werk Heufeld, *Südchemie-Zeitung* 73 (1958), Nr. 6, Sonderh.

- Hiller v. Gaertringen, F. Frh. v., Die deutschnationale Volkspartei, in: Matthias, E./Morsey, R. (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, 543–652.
- Hillmayr, H., Roter und weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, München 1974.
- Hoegner, W., Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines bayerischen Sozialdemokraten, Hof<sup>2</sup>1975.
- Höhn, Ch./Mackensen, R. (Hg.), Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined, Lüttich 1980.
- Hoepke, K.-P., Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 38, Düsseldorf 1968.
- Hoffmann, H., Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische „Macht ergreifung“ in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935, Sonderveröff. d. Stadtarchiv Mannheim 9, Frankfurt/M. - Bern - New York 1985.
- Hoffmann, W. G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Enzyklopädie d. Rechts- u. Staatswiss., Berlin - Heidelberg - New York 1965.
- Hofmann, H. H., Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924, München 1961.
- Hofmann, S., Märkte und Dörfer in Oberbayern, in: Barthel, L. F./Braun, W./Hofmann, S./Hoh, J./Mundigl, J., Markt und Dorf in Bayern, Bayern Land und Volk 13, München 1955, 44–59.
- Holmes, K. R., The NSDAP and the Crisis of Agrarian Conservatism in Lower Bavaria: National Socialism and the Peasants Road to Modernity, Diss. Georgetown 1982.
- Holzappel, G., Vom Wochenblatt bis zum Mangfall-Boten. Über die Entwicklung der Aiblinger Heimatzeitungen, Der Mangfallgau 13 (1968), 141–148.
- Huber-Koller, R.-M., Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beitr. z. Marxschen Theorie 10, Frankfurt/M. 1977, 89–140.
- Hüllbusch, U., Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Conze, W./Raupach, H., Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933, Industrielle Welt 8, Stuttgart 1967, 126–154.
- Hüttenberger, P., Zur Technik der zeitgeschichtlichen Befragung, Der Archivar 22 (1969), 167–176.
- James, H., Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Darmstadt 1988.
- Jarusch, K. H., Die Not der geistigen Arbeiter: Akademiker in der Berufskrise 1918–1933, in: Abels Hauser, W. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987, 280–299.
- Jobst, E., Über die Beziehungen zwischen Land- und Forstwirtschaft im oberbayerischen Bergbauerngebiet, Mitt. aus d. Staatsforstverwaltung Bayerns 32, München 1962.
- Jobst, G., Geschichte des Bahnhofs Rosenheim, Das bayerische Inn-Oberland 29 (1958), 5–74.
- Jung, K. H., Die Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871 bis 1980 in den sechs Dörfern der Gemeinde Pohlheim in Oberhessen. Eine soziologisch-politologische Gemeinde-studie, Materialien z. Wirtsch.- u. Regionalsoziologie aus d. Arbeiten d. Inst. f. Agrarsoziologie d. Justus Liebig- Univ. Gießen 6, Gießen 1982.
- Kalhammer, O., Die Entwicklung Kolbermoors, Der Mangfallgau 13 (1968), 97–128; 14 (1969), 113–149; 15 (1970), 168–189.
- Kaelble, H., Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert, Erträge d. Forsch 85, Darmstadt 1978.

- Kaltefleiter, W., *Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Demokratie u. Frieden 2*, Köln-Opladen <sup>2</sup>1968.
- Karl, H./Kücklich, E. (Hg.), *Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933*, Berlin/Ost 1965.
- Kater, M. H., *Zur Soziographie der frühen NSDAP*, VjZ 19 (1971), 124–159.
- Ders., *Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: Schieder, W. (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, Göttingen <sup>2</sup>1983, 25–67.
  - Ders., *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945*, Cambridge 1983.
- Kaufmann, D., *Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume*, *Düsseldorfer Schr. z. neueren Landesgesch. u. z. Gesch. Nordrhein-Westfalens 14*, Düsseldorf 1984.
- Keese, D., *Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936*, in: Conze, W./Raupach, H. (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933*, *Industrielle Welt 8*, Stuttgart 1967, 35–81.
- Kindleberger, Ch. P., *Die Weltwirtschaftskrise. Gesch. d. Weltwirtschaft im 20. Jh. 4*, München 1973.
- Kirmayer, S., *Der „Miesbacher Anzeiger“ – Heimat- und Kampfblatt 1874–1950. Ein Beitrag zur Geschichte der bayerischen Presse*, Diss. masch. München 1957.
- Klein, W./Schäfer, H., *Die politische Radikalisierung im Bezirk Kusel während der Jahre 1924 und 1933*, *Westricher Heimatblätter 11* (1980), 41–100.
- Knapp, U., *Frauenarbeit in Deutschland, Bd. 2: Hausarbeit und geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt im deutschen Industrialisierungsprozeß. Frauenpolitik und proletarischer Frauenalltag zwischen 1800 und 1933*, München <sup>2</sup>1986.
- Kögl, O., *Revolutionskämpfe im südostbayerischen Raum*, Rosenheim 1969.
- Köllmann, W., *Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands*, *Krit. Studien z. Geschichtswiss. 12*, Göttingen 1974.
- Ders., *Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen*, *Archiv f. Sozialgesch. 15* (1975), 43–50.
- Kraus, A., *Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1983.
- Kraus, E./Ebers, E., *Die Landschaft um Rosenheim, Qu. u. Darst. z. Gesch. d. Stadt u. d. Landkreises Rosenheim IV*, Rosenheim 1965.
- Kraus, U., *Von der Zentrums-Hochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935*, 2 Bde., Tübingen 1986.
- Krummhardt, K., *Ein Kleinstadtarchiv und der national-sozialistische Alltag*, *Medium 12/3* (1982), 14–16.
- Kuhn, O., *Geologie von Bayern*, München-Basel-Wien 1964.
- Kuppelmayr, L., *Die Tageszeitungen in Bayern (1849–1972)*, in: Spindler, M. (Hg.), *Handbuch der Bayerischen Geschichte IV/2*, München <sup>2</sup>1979, 1146–1173.
- Laböck, K., *Bad Aibling hat Geburtstag. Vor 50 Jahren zur Stadt erhoben*, *Der Mangfallgau 18* (1983), 5–12.
- Landgrebe, Ch., *Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor*, *ZBLG Beih. (Reihe B) 13*, München 1980.
- Landkreis Rosenheim, *Unser Landkreis 95*, München 1972.
- Lebovics, H., *Social Conservatism and the Middle Classes in Germany, 1914–1933*, Princeton 1969.
- Leiberich, L., *Strukturelle Entwicklungslinien der bayerischen Wirtschaft*, *ZBStL 87* (1955), 59–70.

- Lehmann, K.-A., Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930–1933, Die Ortenau, Veröff. d. Hist. Vereins f. Mittelbaden 6 (1980), 220–251.
- Lehnert, D., Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Frankfurt/M. 1983.
- Lenk, L., Die Bauern im bayerischen Landtag (1819–1970), in: Franz, G. (Hg.), Bauernschaft und Bauernstand 1500–1970, Dt. Führungsschichten in der Neuzeit 8, Limburg 1975, 245–264.
- Lepsius, M.R., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Veröff. d. Wirtschaftshochschule Mannheim 15, Stuttgart u. a. 1966.
- Lindenlaub, D., Die Anpassung an die Beschäftigungsentwicklung bei deutschen Maschinenbauunternehmen in der Weltwirtschaftskrise 1928–1932. Unternehmenshistorische Untersuchungen zu Schmalenbachs Theorie der Fixkostenwirkungen, in: Kellenbenz, H. (Hg.), Wachstumsschwankungen. Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen (Spätmittelalter bis 20. Jahrhundert), Beitr. z. Wirtschaftsgesch. 13, Stuttgart 1981, 273–311.
- Lindner, G., Die Landwirtschaft im Landkreis Wasserburg a. Inn, in: Stadt- und Landkreis Wasserburg a. Inn. Vergangenheit und Gegenwart, Pörsdorf 1962, 82–92.
- Lohalm, U., Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburger Beiträge z. Zeitgesch. VI, Hamburg 1970.
- Lohmöller, J.-B./Falter, J. W. F./de Rijke, J./Link, A., Der Einfluß der Weltwirtschaftskrise auf den NSDAP-Aufstieg, in: Falter, J. W. F./Fenner, Ch./ Greven, M. (Hg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Verhandlungen d. Fachtagung der DVPW v. 11.–13. Oktober 1983 in Mannheim, Opladen 1984, 391–401.
- Dies., Unemployment and the Rise of National Socialism: Contradicting Results from Different Regional Aggregations, in: Nijkamp, P./Leitner, H./Wrigley, N. (Hg.), Measuring the Unmeasurable, NATO ASI Series D 22, Dordrecht-Boston-Lancaster 1985.
- Loomis, CH. P./Beegle, J. A., The Spread of German Nazism in Rural Areas, American Sociological Review 11 (1946), 724–734.
- Lötzen, W.S. v., Bayerns Königstreue im Widerstand, Erinnerungen 1933–1964, Feldafling <1978>.
- Lubos, G., Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Ingolstadt zwischen 1929 und 1931, Reuchlin-Gymnasium Ingolstadt, Jahresbericht 1977/78, Ingolstadt 1978, 95–104.
- Ludwig, E., Die Entwicklung des Raumes von Ruhpolding zum Fremdenverkehrsgebiet. Ein Beitrag zur Problemstellung der Fremdenverkehrsgeographie, Diss. Frankfurt/M. 1958.
- Lutz, J. L., Die Böden des Lkr. Bad Aibling, Der Mangfallgau 4 (1959), 99–118.
- Mader, E. T., Braune Flecken auf der schwarzen Seele. Ein Allgäuer Dorf von den zwanziger Jahren in die fünfziger, Heimatkunde II, Blöcktach 1983.
- Maier, J., Die katholische Kirche und die Machtergreifung, in: Michalka, W., Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, 152–167.
- Malaise', V. v., Die Landwirtschaft des Landkreises Rosenheim im allgemeinen, die Landwirtschaft im besonderen und die Maßnahmen zu ihrer Förderung, Diss. München 1951.
- Mammach, E., Der Kampf der KPD um die Einbeziehung der Bauern in die antiimperialistische, antimilitaristische Kampffront (Zum Europäischen Bauernkongreß im März 1930 in Berlin), Beitr. z. Gesch. d. dt. Arbeiterbewegung 2 (1960), 455–465.
- Manstein, P., Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Europ. Hochschulschr. III, 344, Frankfurt-Bern-New York-Paris 1988.

- Marschalk, P., Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1984.
- Maršolek, I./Ott, R./Steinberg, H.-J., Auch eine historische Verspätung. Zum Problem der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heute, in: Arbeiterbewegung und Faschismus, Soziale Bewegungen-Geschichte u. Theorie 1, Frankfurt/M.-New York 1984, 21–37.
- Maser, W., Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt/M. 1981.
- Matern, H., Deutschland in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Gefahr des Faschismus und des Krieges, Schriftenr. Lektionen d. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin/Ost 1956.
- Matthias, E., Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ders./Morsey, R. (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, 101–278.
- Matzerath, H., Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Schriftenr. d. Vereins f. Kommunalwiss. 29, Berlin 1970.
- Mauerer, R., Entwicklung und Funktionswandel der Märkte in Altbayern seit 1800, MBM 30, München 1971.
- Megerle, K., Die nationalsozialistische Machtergreifung, Berlin 1982.
- Meinzer, L., Stationen der nationalsozialistischen Machtergreifung: Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Veröff. d. Stadtarchiv Ludwigshafen a. Rhein 9, Ludwigshafen 1983.
- Memming, R. F., The Bavarian Governmental District Unterfranken and the City Burgstadt 1922–1939: A Study of the National Socialist Movement and Party State Affairs, Diss. Lincoln/Nebraska 1974.
- Mennekes, F., Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918–1925), Beitr. z. e. hist. Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 8, Berlin 1972.
- Miesbeck, P., Gründung, Mitgliedschaft und Organisation der Ortsgruppe Rosenheim der NSDAP 1920–1925, Seminararb. masch. 1983.
- Milatz, A., Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933, in: Matthias, E./Morsey, R. (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, 743–793.
- Möller, H., Das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution 1933, in: Broszat, M./Möller, H. (Hg.), Das Dritte Reich. Herrschaftsstrukturen und Geschichte, Vorträge aus dem Institut f. Zeitgeschichte, München 1983, 9–37.
- Mommsen, H., Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Schieder, W. (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Göttingen 1983, 157–181.
- Morsey, R., Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33, Stuttgart-Zürich 1977.
- Moser, H., Chronik von Kiefersfelden, Quellen u. Darst. z. Gesch. d. Stadt u. d. Landkreises Rosenheim III, Rosenheim 1959.
- Müller, H., Parteien- oder Verwaltungsvorherrschaft? Die Kommunalpolitik der Stadt Kempten (Allgäu) zwischen 1929 und 1953, Schr. d. Philosoph. Fakultäten d. Univ. Augsburg 35, München 1988.
- Müller, W./Willms, A./Handl, J. (Hg.), Strukturwandel der Frauenarbeit, Frankfurt/M.-New York 1983.
- Muth, H., Agrarpolitik und Parteienpolitik im Frühjahr 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschr. f. Heinrich Brüning, Berlin 1969, 317–160.

- Neebe, R., Konflikt und Kooperation 1930–1933: Anmerkungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Weltwirtschaftskrise, in: Abelshauser, W. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987, 226–237.
- Neuhäuser-Wespy, U., Die KPD in Nordbayern 1919–1933. Ein Beitrag zur Regional- und Lokalgeschichte des deutschen Kommunismus, Nürnberger Werkstücke z. Stadt- und Landesgesch. 32, Nürnberg 1981.
- Neumann, S., Die Parteien der Weimarer Republik (1932), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz <sup>5</sup>1986.
- Neweklowsky, E., Rosenheim und die Innenschiffahrt, Das bayerische Inn-Oberland 30 (1960), 101–148.
- Nilson, St. S., Wahlsoziologische Probleme des Nationalsozialismus, Zs.f.d. gesamte Staatswissenschaft 110 (1954), 279–311.
- Nolte, E., Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, dtv-Weltgesch. d. 20. Jh. 4, München <sup>6</sup>1977.
- Nußner, H.G.W., Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933, 2 Bde. München 1973.
- Ophir, B.Z./Wiesemann, F.(Hg.), Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung, München 1979.
- Paesler, R., Urbanisierung als sozialgeographischer Prozeß – dargestellt am Beispiel südbayerischer Regionen, Münchner Stud. z. Sozial- u. Wirtschaftsgeographie 12, Kallmünz 1976.
- Panzer, A., Parteipolitische Ansätze der deutschen Bauernbewegung bis 1933, in: Gollwitzer, H. (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Qu. u. Forsch. z. Agrargesch. 29, Stuttgart-New York 1977, 524–561.
- Parsons, T., Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus (1942), in: Ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied-Berlin <sup>2</sup>1968, 256–281.
- Petzina, D., Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, VjZ 15 (1967), 18–55.
- Ders., Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918 bis 1945, in: Inst. f. Zeitgeschichte (Hg.), Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 2, Stuttgart 1973, 663–784.
  - Ders., Zum Problem des Verlaufs und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich-Materialien und Interpretationen, in: Henning, F.-W. (Hg.), Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, Schr. d. Vereins f. Socialpolitik N. F. 89, Berlin 1976, 9–42.
  - Ders., Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiss. Paperbacks Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 11, Wiesbaden 1977.
  - Ders., Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik, in: Abelshauser, W. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987, 239–259.
- Pfarr, K., Geschichte der Bauwirtschaft, Essen 1983.
- Pfeifer, E., Das Hitlerbild im Spiegel einiger rechtsgerichteter Tageszeitungen in den Jahren 1929–1933, München <sup>2</sup>1968.
- Pfest, Z., Die Marktgemeinde Isen, in: Stadt- und Landkreis Wasserburg a. Inn. Geschichte-Kunst-Wirtschaft, Aßling-München 1970, 68–71.
- Piepenstock, K., Die Münchner Tagespresse 1918–1933. Ein Beitrag zur Physiognomie einer Stadt und zur Presse und öffentlichen Meinung in der Weimarer Republik, Diss. München 1955.

- Pietrusky, U., Raumdifferenzierende bevölkerungs- und sozialgeographische Strukturen und Prozesse im ländlichen Raum Ostniederbayerns seit dem frühen 19. Jahrhundert, *Münchner Geograph. Abh.* 21, München 1977.
- Pfest, Z., Marktgemeinde Isen, in: *Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn, Vergangenheit und Gegenwart*, Pörsdorf 1962, 129–132.
- Pletschacher, G., Kastenamt, Rentamt, Finanzamt, *Das bayerische Inn-Oberland* 42 (1980), 9–62.
- Plössl, E., Weibliche Arbeit in Familie und Betrieb. *Bayerische Arbeiterfrauen 1870–1914*, MBM 119, München 1983.
- Plum, G., Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen, Stuttgart 1972.
- Die Stadt Pocking. Festschrift zur Stadterhebung und zum Gemeindegemeinschaftsschluß 1971*, Pocking 1971.
- Pohl, H., Kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern zur Zeit der Weimarer Republik. Dargestellt am Beispiel der Wirtschaftsregion Ingolstadt, Regensburg 1985.
- Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Ndr. Düsseldorf 1978.
- Priesner, C., Bayerisches Messing. Der Rosenheimer Messinghammer – eine Fabrik und ihre Erzeugnisse im vorindustriellen Bayern, in: *Das bayerische Inn-Oberland* 49 (1989), 25–48.
- Puhle, H.-J., Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, *Inst. f. Europ. Gesch. Mainz, Vorträge* 54, Wiesbaden 1972.
- Ders., Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, *Krit. Studien z. Geschichtswiss.* 16, Göttingen 1975.
- Rau, H., Die Bauernpolitik der KPD unter Führung Ernst Thälmanns, in: *Beitr. z. Gesch. d. dt. Arbeiterbewegung* 2 (1960), 455–465.
- Raupach, H., Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Deutschen Reichs, in: Conze, W./Raupach, H. (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933*, *Industrielle Welt* 8, Stuttgart 1967, 13–34.
- Rebentisch, D., Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Morsey, R. (Hg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, *Schriftenr. d. Hochschule Speyer* 66, Berlin 1977, 107–157.
- Ders., Lokalgeschichte und Nationalsozialismus. Erfahrungen bei der Erstellung einer ortsgeschichtlichen Dokumentation, *Der Archivar* 33 (1980), 409–412.
- Reulecke, J., Der Wohlfahrtsstaat in der Provinz. Das Beispiel der Rheinprovinz, in: Abelshauser, W. (Hg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, *VSWG Beih.* 81, Stuttgart 1987.
- Röhm, E./Thierfelder, J., Die evangelische Kirche und die Machtergreifung, in: Michalka, W. (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn 1984, 168–181.
- Roepke, C. J., *Die Protestanten in Bayern*, München 1972.
- Roeske, H. R., Faschismus: Soziale Herkunft und soziale Funktion. Untersuchung am Beispiel des Nationalsozialismus, *Soziolog. Arbeitshefte* 14, Berlin 1974.
- Rohe, K., Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, *Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien* 34, Düsseldorf 1966.
- Roloff, E. A., Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933, *Braunschweigs Weg ins Dritte Reich*, Hannover 1961.
- Ders., Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918–1933, *Braunschweiger Werkstücke* 31, Braunschweig 1964.
- Rosenheim 100 Jahre Stadt. Jubiläumsausgabe des Oberbayerischen Volksblatts, Rosenheim 1964.

- Rosenheim in den 20er Jahren. Kleinstadtleben in Politik, Wirtschaft und Kultur, Ausstellungskatalog, Rosenheim 1986.
- Rosenheim im Dritten Reich. Beiträge zur Stadtgeschichte, Rosenheim <sup>2</sup>1989.
- Ruck, M., Der Wohnungsbau-Schnittpunkt von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Probleme der öffentlichen Wohnungspolitik in der Hauszinssteuerära 1924/25–1930/31, in: Abelshäuser, W. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987.
- Rumpf, M. R., Die lebensalterliche Verteilung des Mitgliederzugangs zur NSDAP vor 1933, aufgezeigt an einer Großstadt und einem Landkreis. Ein Beitrag zum Generationsproblem, Diss. Heidelberg 1951.
- Rutte, E., Bayerns Erdgeschichte, München 1981.
- Sanmann, H., Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, Hamburger Jb. f. Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik 10 (1965), 109–140.
- Schäfer, W., NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Schriften. d. Inst. f. wissenschaftl. Politik in Marburg/ Lahn 3, Hannover-Frankfurt/M. 1957.
- Schauff, J., Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (1928), Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch. A 18, Mainz 1975.
- Schlögl, A. (Hg.), Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954.
- Schmid, H. D., Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kreisstadt. Ein Lokalmodell zur Zeitgeschichte, Frankfurt/M. 1980.
- Schmidt, E., Siedlungsgeographische Untersuchungen im Bereich der westlichen Chiemgauer Berge (Oberbayern), Diss. München 1945.
- Schmitt, L., Landwirtschaftsgeographische Untersuchungen im Inn- und Chiemseevorland unter besonderer Berücksichtigung des Acker- Grünlandverhältnisses seit 1800, Mitt. d. Geograph. Ges. München 42 (1957), 79–157.
- Schnabel, Th., „Warum geht es in Schwaben besser?“ Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933, in: Ders. (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Schr. z. polit. Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart u. a. 1982, 184–28.
- Ders. (Hg.), Lokalmodelle nationalsozialistischer Machtergreifung, Dokumente-Bilder-Unterrichtsmodelle, MTM 19, Heidelberg 1983.
- Schneider, M., Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Zum Verhältnis von Christlichen und Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Abelshäuser, W. (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, VSWG Beih. 81, Stuttgart 1987.
- Schönhoven, K., Die bayerische Volkspartei 1924–1932, Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 46, Düsseldorf 1972.
- Schremmer, E., Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elements in einer Region. Fragen und Probleme – auch zum Thema der Werturteile, in: Kellenbenz, H. (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Forsch. z. Agrar- u. Wirtschaftsgesch. 21, Stuttgart 1975, 1–28.
- Ders., Gewerbe und Handel. Zweiter Teil: Die Epoche des Merkantilismus, in: Spindler, M. (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 2, München <sup>2</sup>1988, 776–801.

- Schüddekopf, O.-E., Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt - Berlin - Wien 1972.
- Schulz, G., Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. - Berlin - Wien 1975.
- Ders., Inflationstrauma; Finanzpolitik und Krisenbekämpfung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, 1930–1933, in: Feldman, G. D. (Hg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte, Schr. d. Hist. Kollegs, Kolloquien 6, München 1985, 261–296.
- Schulze, H., Weimar. Deutschland 1917–1933, Die Deutschen und ihre Nation IV, Berlin 1982.
- Schumacher, M., Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei-Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 44, Düsseldorf 1972.
- Schwabe, K. (Hg.), Oberbürgermeister. Büdinger Forsch. z. Sozialgesch. 1979, Dt. Führungsschichten in der Neuzeit 13, Boppard 1981.
- Schwarz, A., Die Zeit von 1918 bis 1933, in: Spindler, M. (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte IV/1, Ndr. München 1979, 387–517.
- Schweitzer, A., Die Nazifizierung des Mittelstandes, Bonner Beitr. z. Soziologie 9, Stuttgart 1970.
- Schwend, K., Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.
- Ders., Die Bayerische Volkspartei, in: Matthias, E./ Morsey, R. (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, 457–519.
- Sendtner, K., Rupprecht von Bayern, München 1954.
- Sonthheimer, K., Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 21983.
- Spilker, E. M., Bayerns Gewerbe 1815–1965, Volkswirtsch. Beitr. 2, München 1985.
- Stäbler, W., Der Bayerisch-Patriotische Bauernverein und der Katholische Männerverein Tuntenthausen, in: Kramer, F. (Hg.), Tuntenthausen. Vom Herrenhof zum Wallfahrtsdorf. Geschichtliche Grundlagen seiner Entwicklung, Weißenhorn 1991, 263–272.
- Starkulla, H., Zur Geschichte der Presse in Bayern, in: 50 Jahre Verband Bayerischer Zeitungsverleger 1913–1963, München 1963, 7–47.
- Steigenberger, N./Graffunder, S./Herholz, K., Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung. Das Wirken Edwin Hoernles als Agrarpolitiker und eine Auswahl seiner agrarpolitischen Schriften. Berlin (Ost) 1965.
- Steinbach, P., Historische Wahlforschung und regionalspezifische Politikrezeption. Diskussionsbeiträge über einen Forschungsansatz, in: Büsch, O. (Hg.), Wählerbewegung in der Europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Einzelveröff. d. Hist. Kommission zu Berlin 25, Berlin 1980, 23–39.
- Steinbeis, A., Aufzeichnungen, o. O., o. J. <1970>.
- Steinbeisser, A., Seit 1833 Rosenheimer Presse, in: Steinkohl, L. (Hg.), Rosenheim. Aufschwung einer Stadt, Rosenheim 1971, 126–127.
- Steinborn, P., Grundlagen und Grundzüge Münchner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, MBM 5, München 1968.
- Steinkohl, L. (Hg.), Rosenheim. Aufschwung einer Stadt, Rosenheim 1971.
- Stoltenberg, G., Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien 24, Düsseldorf 1962.
- Strauß, H., Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928–1933, Nürnberger Werkstücke z. Stadt- u. Landesgesch. 29, Nürnberg 1980.

- Stuckenberger, J., Die Existenzbedingungen und der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter in Bruckmühl vor dem Ersten Weltkrieg, *Der Mangfallgau* 18 (1983), 92–119.
- Stump, W., Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917–1933, *Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien* 43, Düsseldorf 1971.
- Sturm, R., Faschismusauffassungen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: Saage, R. (Hg.), *Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen*, Frankfurt/M. 1986, 302–330.
- Tenfelde, K., *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945*, München-Wien 1982.
- Thamer, H.-U., Der Marsch auf Rom – ein Modell für die nationalsozialistische Machtergreifung, in: Michalka, W. (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn 1984, 245–260.
- Thränhardt, D., Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, *Beitr. z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien*, Düsseldorf<sup>2</sup>1981.
- Ders., Regionale historische Wahlanalysen: Erkenntnisinteressen und Validität, in: Büsch, O. (Hg.), *Wählerbewegung in der Europäischen Geschichte, Ergebnisse einer Konferenz*, Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin 25, Berlin 1980, 485–511.
- Trueu, W., Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928 bis 1933, in: Conze, W./Raupach, H. (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933, Industrielle Welt* 8, Stuttgart 1967, 82–125.
- Ders., *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise*, München 1976.
- Tyrell, A., Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Düsseldorf 1969.
- Ders., Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.
- Ullrich, K.-H., Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen auf die Stadt Görlitz, *Schriftenr. d. Ratsarchivs der Stadt Görlitz* 1, *Beitr. z. Gesch. d. Görlitzer Arbeiterbewegung* I, Görlitz 1963, 81–128.
- Ullrich, S., Die bayerische Landbevölkerung zwischen Revolution und Inflation 1918–1924: Provinzgeschichte am Beispiel Rosenheim, *Magisterarb. masch.* 1987.
- Unser Landkreis Griesbach im Rottal, *Schriftenr. d. Landeszentr. f. polit. Bildungsarbeit* 73, München 1969.
- Unsere Stadt Rosenheim, *Schriftenr. d. Bayer. Landeszentrale f. polit. Bildungsarbeit* 102, München o. J.
- Vierhaus, R., Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: Conze, W./Raupach, H. (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933, Industrielle Welt* 8, Stuttgart 1967, 155–175.
- Volk, L., Der Bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930–1934, *Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch.* B/1, Mainz 1965.
- Volkert, W. (Hg.), Ludwig Thoma, Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“ 1920/21, München-Zürich 1989.
- Vollert, B., Chronik der Stadt Bad Aibling für die Zeit von März 1916 bis 31. Dezember 1940, *Der Mangfallgau* 5 (1960), 5–37.
- Wagenführ, R./Voss, W., Trade Unions and the World Economic Crisis, in: van der Wee, H. (Hg.), *The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties*, Den Haag 1972, 258–168.
- Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn. *Vergangenheit und Gegenwart*, Pörsdorf 1962.
- Weber, A., Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen, *Diss. Freiburg/Br.* 1969.
- Weber, H., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde. Frankfurt/M. 1969.

- Weber, H., Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933. Düsseldorf 1982.
- Ders., Kommunismus in Deutschland 1918–1945. Erträge d. Forsch. 198, Darmstadt 1983.
- Wenninger-Richter, M., The National Socialist Electoral Breakthrough: Opportunities and Limits in the Weimar Party System. A Regional Case Study of Franconia, Diss. New York 1982.
- Werner, K.-G., Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Untersuchungen über Gruppen und Verbände 9, Berlin 1968.
- Wiesemann, F., Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33, Beitr. z. e. hist. Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 12, Berlin 1975.
- Wieszts, J., KPD-Politik in der Krise 1928–1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismustheorie und RGO-Politik zu führen, Frankfurt/M. 1976.
- Willi, A., Die Stadt Rosenheim. Ihre Erscheinung und Raumbeziehung, Forsch. z. dt. Landeskunde 51, Landshut 1951.
- Willms, A., Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschen Reich. Eine historisch-soziologische Studie, Beitr. z. Arbeitsmarkt- u. Berufsforsch. 50, Nürnberg 1980.
- Willms-Herget, A., Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Campus Forsch. 468, Frankfurt/M. - New York 1985.
- Winkler, H. A., Extremismus der Mitte. Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, VjZ 20 (1972), 175–191.
- Ders., Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Schieder, W. (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Göttingen 1983, 97–118.
- Witt, P.-Ch., Die Auswirkungen der Inflation auf die Finanzpolitik des Deutschen Reichs 1924–1935, in: Feldman, G. D. (Hg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, Schr. d. Hist. Kollegs, Kolloquien 6, München 1985, 43–95.
- Wunderlich, V., Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.
- Wunderer, H., Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beitr. z. Marxschen Theorie 5, Frankfurt/M. 1975, 257–281.
- Wurstbauer, H., Lizenzzeiten und Heimatpresse in Bayern, Diss. München 1952.
- Wysocki, J., Landwirtschaftlicher Nebenerwerb und soziale Sicherheit, in: Kellenbenz, H. (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und im 19./20. Jahrhundert, Forsch. z. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 21, 125–139.
- Zimmermann-Buhr, B., Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in den Jahren 1930–1933, Campus Forsch. 256, Frankfurt/M. - New York 1982.
- Zofka, Z., Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936, MBM 87, München 1979.
- Zorn, W., Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806–1933, Bayer. Heimatforsch. 14, München 1962.
- Ders., Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.
- Zunkel, F., Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, Zeitschr. f. Unternehmensgesch. 26 (1981), 104–128.

## ORTS- UND PERSONENREGISTER

Seitenzahlen *kursiv*: Ort oder Person sind nur in der Fußnote genannt.

- Achenmühle, BA Rosenheim 322  
 Adam, Heinrich, Notar, Vors. d. NSDAP-/Kriegsopferfraktion im Stadtrat Rosenheim 162, 312–314, 332  
 Adlmaier, Dr. Conrad, Chefredakteur d. Bayer. Zeitungsblocks, BVP-Funktionär 195 f., 201, 279, 293, 296  
 Aibling, AG 279  
 –, BA 2, 7–13, 15–40, 45 f., 48 f., 54 f., 57, 60 f., 63, 69–74, 76, 78, 81, 83 f., 95–98, 100, 103, 105, 107, 109, 110–114, 116–118, 127–129, 131–136, 139–142, 170, 174, 177, 196, 224–226, 243, 245, 246, 247, 251, 254, 261, 265, 267, 275, 279, 287, 291, 294, 295, 303, 317 f., 318, 334–336, 338, 340, 343–345, 350  
 –, LG 7, 10, 25, 39  
 Aiblinger Anzeiger 192, 202  
 Aiblinger Wochen- bzw. Tagblatt 193, 196, 206, 256  
 Aiblinger Zeitung 192 f., 196, 206  
 Aising, BA Rosenheim 127, 289  
 Albaching, BA Wasserburg 255  
 Alteiselfing, Gem. Aham, BA Wasserburg 303  
 Altenburger, Josef, Landwirt, 1. Vors. d. NB, Eiblwies, Gem. Degerndorf 74, 261, 266–271  
 Altötting 317  
 –, BA 291  
 Altöttinger Liebfrauenbote 201  
 Amerang, BA Wasserburg 251, 309, 311 f, 318  
 Ankirchner, Albert, Soldatenrat u. SA-Zugführer, Rosenheim 223  
 Arco-Valley, Anton Graf v., Mörder von Ministerpräs. Eisner 295  
 Arco-Zinneberg, Ludwig Graf v., Gründer d. Bayer.-Patriot. Bauernvereins Tuntenhausen 278 f.  
 Aretin, Erwein Frh. v., Schriftleiter d. Münchner Neuesten Nachrichten, Vors. d. HKB 205  
 Asbach, BA Griesbach 35  
 Aschaffenburg 102  
 Asenham, BA Pfarrkirchen 7, 26  
 Aßling, BA Ebersberg 8  
 Attel, BA Wasserburg 18, 23  
 Au a. Inn, BA Wasserburg 128  
 Au b. Aibling, BA Aibling 23, 39, 80, 105, 254  
 Auer, Erhard, MdL (SPD) 249  
 Augsburg 203, 235  
 Bad Aibling 15, 17, 35, 40, 43, 47, 49, 90, 97, 117, 127, 164, 191, 192, 196, 202, 212, 216, 223, 226 f., 233–235, 238, 242, 246, 248, 249, 251, 253, 261, 268, 277, 280, 289, 293, 294, 303, 306, 308, 317–319, 322, 324, 334, 347 f., 349  
 –, Finanzamtsbezirk 8, 29, 120–124  
 Bad Kissingen 14  
 Bad Reichenhall 39, 214, 289, 303  
 Bad Tölz 18, 289  
 Baiern, BA Ebersberg 8  
 Ballerstedt, Otto, Vors. d. Bayernbundes 218  
 Bauer, Hermann, Leiter d. Vereinigten Vaterländischen Verbände, MdL (DNVP) 304  
 Bauhuber, Josef, KPD-Ortsgruppenvors., Pocking 229  
 Baumgartner, Dr., Mitarbeiter d. Rosenheimer Tagblatts Wendelstein 202  
 Bayer, Hans, Vors. d. Ortsgr. d. Reichsbundes d. Kriegsbeschädigten, Stadtrat d. NSDAP-/Kriegsopferfraktion, Rosenheim 323  
 Bayerbach, BA Griesbach 291, 307  
 Berchtesgaden 198, 263  
 –, BA 265, 279  
 Berchtesgadener Tagblatt 200  
 Bergen, BA Traunstein 39  
 Berger, Martin, Bürgermeister d. Gem. Degerndorf, Gründungsmitglied d. NB 261, 266, 271  
 Bergmann, Heinrich, Redakteur d. Rosenheimer Tagblatts Wendelstein 198–203, 213, 265

- Berlin 16, 72, 74f., 118, 204, 220, 260, 266, 276, 280, 289, 292, 303, 314, 329
- Bernau, BA Rosenheim 43, 117, 127, 217
- Bierling, Ludwig, Bezirkstierarzt, SA-Sonderkommissar im BA Aibling 334
- v. Bippen, Waldemar, Spinnereidirektor, Kolbermoor 222
- , Oskar, Gutsbesitzer, DNVP-Funktionär, Kiefersfelden 299, 304
- Birling, Hans, Redakteur d. Rosenheimer Anzeigers 197
- Birnbach, BA Griesbach 93, 183f., 255, 309f.
- Bissing, Frh. v., Funktionär d. HKB, Oberaudorf 290
- Bleyer, Dr. Joseph, Staatsrat im Bayer. Staatsmin. d. Äußern 301
- Bollenmiller, Josef, Pfarrer, St. Wolfgang 273
- Brandl, Otto, Schriftleiter d. Bayer. Landvolk- u. Mittelstandsboten, Rosenheim 209
- Brannenburg, BA Rosenheim 40, 43, 47, 104, 117, 260, 300f., 317
- Breitbrunn, BA Rosenheim 7, 21
- Breitenbach, Franz X., MdL (BVP) 73, 86, 89, 198, 199, 200f., 205, 265, 273, 278, 294
- Breitenhuber, Franz, Arbeitersekretär, BVP-Ortsgruppenvors., Rosenheim 283–285
- Breitung, Major, Leiter d. Dt. Frontkämpferbundes 301
- Bruckmühl, Gem. Götting u. Kirchdorf a. H., BA Aibling 20, 40, 43f., 47, 100–102, 104f., 108f., 127, 140, 143, 186, 226f., 230, 233f., 242, 245, 246, 251, 253, 268, 318, 349f.
- Brüning, Heinrich, Reichskanzler 148, 155, 246, 247, 266
- Buchmann, Albert, MdR (KPD) 226
- Burghausen, BA 18
- Cham 266
- Chiemsee (Gemeinde), BA Rosenheim 7, 21
- Chrambach, v., Rittmeister, Kreisleiter d. HKB Niederbayern 291f.
- Crailsheim, Krafft Frh. v., Schloßherr in Amerang 311
- Cramer, Hans, NSDAP-Funktionär, Brannenburg 316
- Cramer-Klett, Theodor Frh. v., MAN-Aufsichtsratsvors. u. Großgrundbesitzer, Hohenaschau 219, 276, 300
- Dachau 293
- , BA 19
- , KZ 203, 281
- Daller, Balthasar Ritter v., Fraktionsvors. d. Bayer. Patrioten- bzw. Zentrumsparterie im Bayer. Landtag, Mitbegründer d. Bayer.-Patriot. Bauernvereins Tuntenhausen 279
- Darré, Walther, Leiter d. agrarpolit. Abteilung d. NSDAP 271
- Dauser, Hans, Reichsredner d. NSDAP, MdL 308
- Degerndorf, BA Rosenheim 112, 261, 266
- Dettendorf, BA Aibling 344
- Diernreiter, Sebastian, MdR (BVP) 196, 203f.
- Dollfuß, Dr. Engelbert, österr. Minister f. Land- und Forstwirtschaft 264
- Dorfen, BA Erding 276
- Dräxl, Joseph, Vorstandsmitglied d. NB, Degerndorf 261, 267
- Drexler, Anton, Gründer d. (NS)DAP 218
- Dürnbach, BA Miesbach 262
- Dürnegger, Josef, Dekan, Vorstandsmitgl. d. Bayer.-Patriot. Bauernvereins Tuntenhausen, Törwang 201, 262
- Duesterberg, Theodor, stellv. Stahlhelm-Bundesführer 269, 290, 306
- Düsseldorf 105, 237, 282
- Ebersberg 200, 202, 269, 293, 317
- , AG 279
- , BA 291, 292, 308
- Ebersberger Tagblatt 202
- Ebert, Friedrich, Reichspräsident 205
- Eck, Klaus, Schriftleiter d. Bayer. Zeitungsblocks 195
- Eckardt, Dietrich, Chefredakteur d. Völkischen Beobachters 195
- Ederer, Johann, MdR (BBMB) 266
- Edling, BA Wasserburg 305f.
- Eggenfelden 282
- , BA 14, 35, 346
- Eggstätt, BA Rosenheim 7, 21, 23, 128
- Ehrhardt, Hermann, Korvettenkapitän, Freikorpsführer 195
- Eisenberger, Georg, MdR (BBMB) 255, 257, 275, 332
- Eisner, Kurt, bayer. Ministerpräsident 295
- Elsbeth, BA Wasserburg 344
- Endorf, BA Rosenheim 216f.
- Epp, Franz X. Ritter v., Reichsstatthalter 292, 303

- Erbersdobler, Ferdinand, Drogist, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Pocking 207, 310, 312
- , Otto, NSDAP-Gauhauptamtsleiter v. Niederbayern, Fürstenzell 325
- Erding 198
- , BA 18, 276, 279, 291, 292
- Erlangen 14
- Eschenlohe, BA Garmisch 260, 332
- Escherich, Georg, Einwohnerwehrführer 218 f., 274, 289, 293–297, 299–302, 305, 357
- Essel, Dr. Hans, Amtsrichter, Leiter d. Bund Isengau, Ebersberg u. Dachau 293, 295
- Esser, Hermann, MdL (NSDAP) 328, 329
- Estermann, Ludwig, Brauereiarbeiter, KPD-Ortsgruppenleiter, Wasserburg 228
- Etzel, Grenzgau-Führer d. Stahlhelm 305
- Faulhaber, Michael v., Erzbischof d. Diözese München u. Freising 180
- Fehr, Anton, bayer. Landwirtschaftsminister 256, 259, 260, 268, 295
- Feilnbach, BA Aibling 21, 24, 42, 49, 69, 80, 105, 117, 127, 251, 309, 312, 318 f., 334
- Feldbauer, Bezirksamtsvorstand, Griesbach 273
- Feldkirchen, BA Aibling 246, 309
- Fischbach, BA Rosenheim 43, 92, 177, 317 f.
- Fischbacher, Dr. Jakob, Bezirkssekretär d. CBV, Rosenheim 258, 279, 280
- Fischer, Josef, BHS-Führer im Rupertigau 303
- Fleischmann, Josef, Bürgermeister, Kolbermoor 86, 169 f., 171 f., 244, 320
- Flintsbach, BA Rosenheim 308, 317 f.
- Frankfurt/M. 43
- Franz, August, Redakteur d. Berchtesgadener Tagblatts 200
- Freising 138, 334
- Freisinger Beobachter 213
- Frick, Dr. Wilhelm, MdR (NSDAP) 308
- Fulda 266
- Fürstätt, Stadt Rosenheim 7, 25, 309
- Fürth 194
- Gallwitzer, Hans, Gymnasiallehrer, Unterführer d. Chiemgau-Bundes, Rosenheim 298–300, 312
- Gandorfer, Karl, MdR (BBMB) 255, 258, 259, 275, 289, 295
- Garmisch, BA 70
- Gars, BA Wasserburg 47, 204, 216, 257, 275, 280, 330
- Gartenhof, Dr. Kaspar, SPD-Fraktionsvors. im Stadtrat Wasserburg 250
- Gasteiger, Peter, MdL (BVP) 73
- Gastinger, Eduard, Sekretär d. Christl. Gewerkschaften, Stadtrat d. Bürgerl. Wirtschaftsvereinigung, Rosenheim 284 f.
- Gatterberg, BA Wasserburg 344
- Gauger, Landbundführer 266
- Geiger, Dr. Roman, Gewerbesyndikus, München 285
- Geistaller, Hans, Fraktionsvors. d. SPD im Stadtrat Rosenheim 248 f.
- Gerlich, Dr. Fritz, Herausgeber der Zeitschr. „Der Gerade Weg“ 202
- Gerer, Georg, BBMB-Obmann u. Stadtrat, Wasserburg 288
- Gföllner, Dr. Johannes Maria, Bischof d. Diözese Linz 334
- Giglinger, Dr., Prälat 276
- Gladbach 141
- Glonn, BA Ebersberg 269
- Golling, Dr. Josef, Vorstand d. Kath. Casinos, Rosenheim 187
- Götting, BA Aibling 127, 177, 248, 349 f.
- Gradl, Georg, Hafnermeister, Gewerberat, Rosenheim 153
- Graf, Franz X., Herausgeber d. Aiblinger Wochen- bzw. Tagblatts 206
- Grafenau, BA 12, 14
- Grafing, BA Ebersberg 200
- Grainbach, BA Rosenheim 345 f.
- Grandl, Benno, KPD-Ortsgruppenvors., Rosenheim 239
- Grassau, BA Rosenheim 59
- Graßmann, Peter, Forstamtsleiter, Ehrenvors. d. Chiemgau-Bundes, Rosenheim 219 f., 299 f.
- Greitmayr, Kreisrat (BBMB), Wasserburg 259
- Griesbach 15, 47, 52, 71, 187, 192, 208 f., 216, 217, 224, 229, 246, 248, 254, 259, 273, 291, 307, 318, 325, 347–349
- , AG 7–9, 19, 127, 287
- , BA 2, 7–39, 45 f., 48, 53–55, 57 f., 60–63, 66, 68 f., 75, 78 f., 81, 84, 93, 95, 97 f., 100, 103, 107, 110 f., 113 f., 117 f., 123, 126 f., 129 f., 132, 135 f., 139–142, 153, 164, 181, 183, 187 f., 192, 208, 220 f., 225, 226, 229, 232, 245, 251, 254, 257 f., 259, 265, 279, 282, 307, 310, 311 f., 318, 319 f., 325–327, 329 f., 338 f., 340, 343, 345–347, 349 f., 356

- , Finanzamtsbezirk 29, 121–124  
 Griesstätt, BA Wasserburg 305 f.  
 Großholzhausen, BA Rosenheim 3, 42, 174–178, 182, 352  
 Großkarolinenfeld, BA Aibling 17, 43, 81, 93, 338–340  
 Großmann, Bartholomäus, Obmann d. BBMB, Vogtareuth 295  
 Gstadt, BA Rosenheim 7  
 Gürtner, Dr. Franz, bayer. Justizminister 303  
 Guttenberg, Enoch Frh. v., Vorsitzender d. HKB 292, 295
- Haag, BA Wasserburg 47, 151, 186, 205, 233, 254, 256, 275, 286, 289, 331, 347 f.  
 –, AG 7–9, 19, 24, 47, 58, 127 f., 204, 255, 279, 286, 291, 292  
 –, Grafschaft 23  
 Haager Bote 193, 200, 204, 330  
 Haarbach, BA Griesbach 291, 318  
 Haas, Bürgermeister, Markt Schwaben 200  
 Hamberger, Franz, Max u. Rudolf, Industrielle, Ziegelberg/Stephanskirchen 315 f.  
 –, Josef, Spinnereiarbeiter, Gemeinderat (BVP), Vors. d. Christl. Arbeitervereine Kolbermoor 282
- Hänlein, Dr. Albrecht, Staatsrat im Bayer. Staatsmin. f. Landwirtschaft u. Arbeit 265, 280
- Happing, BA Rosenheim 127  
 Hartkirchen, BA Griesbach 47, 273  
 Härtl, Anton, Landesobmann d. Jungbauernbundes 269  
 Hartmann, Dr. Max, Arzt, NSDAP-Bezirksleiter, Birnbach 309, 311, 319  
 Hausham, BA Miesbach 39, 202, 223  
 Haushamer Volksblatt 202  
 Hebertsfelden, BA Eggenfelden 93, 95  
 Heim, Dr. Georg, Bauernführer, BVP-Politiker 72, 91, 251, 257, 258 f., 268 f., 276, 277, 278 f., 280, 288, 291, 296, 301 f.
- Held, Heinrich, bayer. Ministerpräsident 97, 148, 199, 204, 265, 279, 298, 300
- Helfendorf, BA Aibling 7  
 Heliel, Josef, Mitglied d. BHS, Rosenheim 294  
 Heller, Vitus, fränk. Bauernführer 266  
 Heufeld, Gem. Kirchdorf a. H., BA Aibling 40, 47, 98 f., 140, 226, 356  
 Himmler, Heinrich, Reichsführer SS 330
- Hindenburg, Paul v., Reichspräsident 195, 197, 205–207, 247, 269, 287 f., 290, 301 f., 306  
 Hindringer, Dr. Rudolf, Prälat, Generalvikar d. Erzdiozese München u. Freising 201  
 Hirsch, Baron Rudolf v., Vors. d. BVP Oberbayern 195  
 Hitler, Adolf 195, 203, 204 f., 207, 208 f., 211–213, 217, 218, 220, 221, 246, 252 f., 256 f., 259, 260, 261, 269–271, 276–278, 281, 287 f., 290, 292, 295, 298, 300, 301, 303, 306–313, 315, 318, 320, 321, 323, 326, 328 f., 331, 334 f., 339, 344  
 Hochstätt, BA Rosenheim 304, 305  
 Hoegner, Wilhelm, MdL (SPD) 247, 248 f.  
 Hof 218  
 Hofer, Andreas, tiroler Freiheitskämpfer 264  
 Hoffmann, Johannes, bayer. Ministerpräsident 250  
 Hofmiller, Dr. Josef, Oberstudienrat u. Schriftsteller, Rosenheim 195  
 Högner, Wilhelm, Herausgeber d. Rosenheimer Anzeigers 197, 201  
 Hohenaschau, BA Rosenheim 21, 39, 49, 117, 128, 189, 219, 306  
 Höhenrain, BA Aibling 295  
 Holper, Dr. Erich, Rechtsanwalt, SA-Sonderkommissar, Rosenheim 202  
 Holzkirchen, BA Miesbach 198, 201 f., 261, 271  
 Holzkirchener Tagblatt 202  
 Hölzl, Albert, MdL (BBMB) 207 f., 255  
 Holzmayr, J., NSDAP-Mitglied, Rosenheim 202  
 Horlacher, Dr. Michael, geschäftsführender Direktor d. Bayer. Landesbauernkammer 281  
 Hörmann, Josef, Pfarrprediger, Bad Aibling 293  
 Huber, Andreas, Schreinermeister, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Kolbermoor 312  
 –, Hans, Kaufmann, Obmann d. Kampfgemeinschaft gg. Konsumvereine, Warenhäuser u. Großfilialen, Mitgl. d. Dt.-Völk. Schutz- u. Trutzbundes u. d. NSDAP, Rosenheim 217, 331  
 –, Leonhard, Gemeinderat (KPD), Kolbermoor 238  
 –, Stefan, Fürsorgearbeiter, Kolbermoor 170  
 Hugenberg, Dr. Alfred, Vors. d. DNVP 278, 285, 306

- Hundhammer, Alois, stellv. Generalsekretär d. CBV, MdL (BVP) 72f., 204, 206, 279, 281, 301
- Inngolstadt 14, 138, 224  
Innsbruck 229  
Irl, Martin, MdL (BVP) 196, 204  
Isen 45, 47, 68, 93f., 145, 198, 218, 257, 273, 302, 318, 349–352
- Jäger, Georg, Molkereibesitzer u. Bürgermeister, Haag 151  
–, Hugo, Chiemgau-Bundesführer, Hohenaschau 219f., 289, 292f., 295, 298–303  
Jansen, Ria, DNVP-Politikerin 305  
Jaud, Melchior, Autohändler, Vors. d. Gewerbevereins Prien 332  
Jenbach (Tirol) 44  
Johanniskirchen, BA Eggenfelden 291
- Kaas, Dr. Ludwig, Prälat, Vors. d. Zentrumspartei, MdR 208  
Kahr, Gustav Ritter v., bayer. Ministerpräsident 199, 218, 220  
Kainz, Oskar, BBMB-Sekretär, Passau 325  
Kaiserslautern 20  
Kanzler, Rudolf, Obergeometer, Einwohnerwehr-Führer, Rosenheim 218f., 289, 293  
Kapfhammer, Arthur, Direktor, BVP-Ortsgruppenvors., Prien 201, 205  
Kapp, Wolfgang, Generallandschaftsdirektor 218  
Keller, Fridolin, Redakteur d. Wasserburger Anzeigers 196f., 204  
–, Hans, Schreinermeister, SA-Motorsturmführer, Kolbermoor 317, 319  
Kemmeter, Gemeinderätin (DNVP), Seeshaupt 305  
Kempten 265, 267, 277  
Keppler, Johannes, MdL (Nat. Front) 91  
Kiefersfelden, BA Rosenheim 8, 18, 20, 39f., 43f., 47, 49, 90–93, 96, 117, 188, 212f., 229, 248, 305, 309, 316–318, 322, 341f., 350  
Kirchdorf a. Haunpold, BA Aibling 17, 21, 40, 90, 127, 177, 248, 271, 349f.  
Kirchdorf a. Inn, BA Rosenheim 3, 15, 20f., 42, 90, 128, 231, 349–351  
Kirchham, BA Griesbach 24, 320  
Klein, Dr. Ernst, Arzt, Sprecher der NSDAP-/Kriegsopferfraktion im Stadtrat Rosenheim 221, 312f., 318, 323
- Kling, Fritz, MdR (BBMB) 237  
Klopfer, Georg, Herausgeber d. Inntal-Boten, Traunstein 215  
Klüber, Franz, Vors. d. Kampfbundes gg. d. Faschismus, Rosenheim 236  
Knoeringen, Waldemar v., Bezirksleiter d. Eisernen Front, Leiter d. Freien Bildungskartells Rosenheim 210, 253  
Knözinger, Ludwig Ritter v., Regierungspräsident v. Oberbayern 74  
Knorr, Dr. Hans, rechtskund. Bürgermeister, Rosenheim 151, 163f., 166–168, 248, 298, 300, 319  
Kochel, BA Tölz 224, 273  
Köck, Franz X., Obermeister d. Bäckerinnung, BVP-Bezirksvors. u. Stadtrat, Wasserburg 151, 204, 250, 286  
Köhler, NSDAP-Mitglied, München 218  
Kolbermoor 15–17, 19–21, 40–44, 47, 76, 81, 84–88, 90, 94f., 107, 127, 135f., 140, 141, 142, 146–149, 151, 163, 169–174, 177, 180, 182, 192, 199, 201, 210–212, 216–218, 222f., 225f., 230, 232–238, 240–245, 246, 247, 248, 251, 253, 272, 275, 278, 282, 288, 289, 293, 299, 309f., 312, 317f., 320, 323, 331, 349–351, 356  
Kolbermoorer Anzeiger 193, 196, 197  
– Volksblatt 146, 192f., 196, 199, 292  
König, Dr. Ludwig, Redakteur d. Wasserburger Anzeigers 197  
Kopp, Guido, Räteführer, Rosenheim 216, 313  
–, Peter, KPD-Sektionschef im Chiemgau, Stadtrat, Rosenheim 227f., 240f.  
Kößlarn, BA Griesbach 47, 318  
Kral, Josef, Druckereibesitzer u. Verleger, Herausgeber d. Rottaler Beobachters, Abensberg 208, 209  
Krämer, Schriftleiter d. Pockinger Zeitung 207, 208  
Krazer, Karl, Vorstandsmitglied im BHS 293, 297  
Kreuter, Dr. Bruno, rechtskund. Bürgermeister, Rosenheim 184, 217, 290, 302, 304  
Kreuzstraße/Torfwerk Feilnbach, Gem. Feilnbach, BA Aibling 246  
Kröner, Rudolf, Direktor d. Marmorindustrie Kiefer AG, Kiefersfelden 93  
Kübler, Konrad, Redakteur, BBMB-Politiker, Landau a. d. Isar 203, 251f., 255, 275, 295  
Kuchler, Ludwig, NSDAP-Mitglied, Rosenheim 319f.

- Kufstein (Tirol) 39, 229, 264  
 Kühnham, BA Griesbach 310
- Lampferding, BA Ebersberg 8  
 Landau a. d. Isar 203, 251  
 Landauer Volksblatt 207, 291  
 Landsberg a. Lech 138  
 Landshut 318  
 Lang, Berthold, Jesuit 277  
 Lang, Leonhard, SPD-Fraktionsvors. im Stadtrat Rosenheim 161  
 —, Michael, Buchhalter, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Stephanskirchen-Schloßberg 316  
 Langenegger, Hans, Schneidermeister, Funktionär d. USPD u. KPD, Kreisrat, NSBO-Gruppenwart, Rosenheim 313 f., 331  
 Laufen, BA 279, 291  
 Lechner, Josef, MdL (BBMB) 208, 255  
 Legath, Hans, Kaufmann, Gemeinderat (WP/NSDAP), Kolbermoor 323  
 Lehner, Andreas, Herausgeber d. Haager Boten 204 f.  
 Leipzig 228, 319  
 Leitner, Paul, Jungbauernführer d. BBMB, NB-Funktionär 269 f., 296  
 Lenz, Hermann v., bayer. Stahlhelm-Landesleiter 305  
 Leonhardspfutzen, BA Rosenheim 260, 304 f.  
 Lettow-Vorbeck, Paul v., General (KVP) 303  
 Lex, Hans Ritter v., Landesführer d. Bayernwacht 273 f., 297  
 Liebig, Justus Frh. v., Chemiker 40  
 Linz 334  
 Litzldorf, BA Aibling 175  
 Lober, Wilhelm, Vors. d. Bayer. Gastwirteverbandes, München 332  
 Lohr, Johann Baptist, Diözesanpräses d. Kath. Arbeitervereine, MdL (BVP) 283  
 Loitersdorf, BA Ebersberg 8  
 Loritz, Dr. Alfred, Rechtsanwalt, WP-Politiker 287  
 Luber, Georg, Staatssekretär f. d. Abt. Landwirtschaft im Bayer. Wirtschaftsministerium 281  
 Ludwigshafen 20  
 Ludwig III., König v. Bayern 265, 289  
 Luft, Jakob, Herausgeber d. Bayer. Volksblatts, Griesbach 208 f.
- Maithenbeth, BA Wasserburg 8, 255, 309  
 Malching, BA Griesbach 8, 310
- Mang, Johann, MdL (BBMB) 196, 258  
 Marklseder, Franz, Herausgeber d. Anzeigers f. Oberaudorf u. Kiefersfelden 207  
 Markt Schwaben, BA Ebersberg 198, 200  
 Mattes, Jakob, MdL (BVP) 158  
 Mauerkirchen, BA Rosenheim 59  
 Maul, Hans, Gutsbesitzer, Niedernburg 318  
 Maurer, Dr. Emil, Amtsrichter, Vorstandsmitgl. d. Chiemgau-Bundes, Bad Aibling 292  
 Max IV. Joseph, bayer. Kurfürst 17  
 Maxrain, BA Aibling 277  
 Mayer, Rupert, Jesuit, München 275 f.  
 Melchner, Michael, Direktor d. OCBV 73, 256, 262, 281, 330  
 Mettmann (Nordrhein-Westfalen) 237  
 Metzger, Dr. Oskar, Gutspächter. SA-Sonderkommissar, Rosenheim 313, 320  
 Miesbach 102, 261, 271  
 —, AG 279  
 —, BA 70, 73, 223, 262, 265, 266, 291  
 Miesbacher Anzeiger 195  
 — Volksblatt 202  
 Milchner, Bürgermeister, Kirchham, BA Griesbach 320  
 Mittl, Hans, Hauptschriftleiter d. Rosenheimer Anzeigers 197  
 Moskau 230  
 Mössmer, Rechtsanwalt, NSDAP-Agitator, München 328  
 Mühlbach, Gem. Kiefersfelden, BA Rosenheim 21, 39, 44, 47, 96, 188  
 Mühlendorf 45, 317  
 —, BA 18, 279, 291  
 Müller, M., Besitzer d. Münchner Zeitungsblocks 194 f.  
 München 14, 17 f., 20, 33, 35, 39, 42–44, 48, 58 f., 66, 74, 102, 104, 119, 138, 162, 194 f., 197, 200, 203, 211 f., 215, 217, 220, 226–228, 230 f., 235, 237, 238, 241 f., 251, 258, 270 f., 277, 290, 291, 293, 295, 300, 304, 307–309, 311, 313, 324, 325, 328, 332, 334, 351  
 —, BA 9, 292  
 —, Landesfinanzamtsbezirk 29, 119–124, 126  
 München-Augsburger Abendzeitung 306  
 München u. Freising, Erzdiözese 275  
 München-Perlach 198  
 Münchmayer, ehem. Pfarrer in Borkum, NSDAP-Agitator 333  
 Münchner Neueste Nachrichten 72, 205  
 — Post 80, 207, 210, 242, 270, 301  
 Mussolini, Benito, ital. Diktator 257, 276, 277

- Näbauer, Johann, Zementwarenfabrikant, WP-Bezirksvors. u. Stadtrat, Wasserburg 250, 286–288
- Neubeuern, BA Rosenheim 47, 309
- Neukirchen, BA Rosenheim 277
- Neumarkt a. d. Rott, BA Mühldorf 291
- Neu-Ulm 14
- New York 75f.
- Nickl, Joseph, Torfwerksleiter, Nicklheim 43
- Nicklheim, Gem. Großholzhausen, BA Rosenheim 43, 80, 174, 176, 352
- Niedererschau, BA Rosenheim 49, 117
- Niederaudorf, BA Rosenheim 21, 117
- Niedernburg, Gem. Prutting, BA Rosenheim 395, 318
- Noll, Dr. Josef, Bürgermeister, Bad Aibling 164
- Norgauer, Ludwig, Direktor, Vorstandsmitglied d. Chiemgau-Bundes, Bad Aibling 292
- Noske, Gustav, Reichswehrminister 205
- Nürnberg 14, 20, 42, 307
- Nußdorf, BA Rosenheim 309
- Oberaudorf, BA Rosenheim 21, 44, 49, 117, 188, 213, 263f., 280
- , Anzeiger f. O. u. Kiefersfelden 193, 206f., 213
- Oberlindobler, NSDAP-Agitator, Straubing 315
- Oberschwärzenbach, BA Griesbach 128
- Obpacher, Karl, KPD-Ortsgruppenvors., Redenfelden 231
- Oppenrieder, Peter, Redakteur d. Aiblinger Zeitung, Bezirksführer d. Chiemgau-Bundes 196, 294
- Ortenburg, BA Vilshofen 292
- Östreicher, Ludwig, Leiter d. Bundes Oberland 220
- Oswald, Heinrich, bayer. Minister f. soziale Fürsorge 283
- Pang, BA Rosenheim 42f., 174, 176–178, 318
- Papen, Franz v., Reichskanzler 259, 271, 278
- Pasing, BA München 224
- Passau 35, 208, 259, 325
- , KPD-Unterbezirk 224f.
- , LG 8
- Perkthold, Karl, Schriftleiter d. Traunsteiner Wochenblatts 214
- Penzberg, BA Weilheim 224
- Perschl, Josef, Obmann d. Bayer. Eisenbahnerverbandes, Stadtrat d. Bürgerl. Wirtschaftsvereinigung, Rosenheim 284f.
- Pfaffing, BA Wasserburg 228, 318
- Pfaffl, Bezirksleiter d. Eisernen Front, Bad Aibling 253
- Pfarrkirchen 30, 207f., 218
- , AAB 8, 130, 282
- , BA 7, 14, 26, 35, 62, 123, 346
- , Landwirtschaftsschule 56, 62, 66
- Pfraundorf, BA Rosenheim 3, 228, 231, 243
- Pimpfinger, Carl, Ortsgruppen- u. Bezirksleiter d. HKB, Griesbach 291
- Pirmasens 20
- Piro, Adam, Malermeister, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Kolbermoor 312, 319
- Pittinger, Dr. Otto, Vors. d. Bundes Bayern u. Reich 220
- Pletschacher, Andreas, KPD-Mitglied, Rosenheim 212
- Pocking, BA Griesbach 23, 24, 34, 46, 48, 59, 67, 90, 116, 164, 180–182, 187, 216, 223f., 229, 248, 257, 272f., 307, 309f., 312, 318, 329
- Pockinger Zeitung 191, 193, 207f.
- Poellein, Dr. Franz, Arzt, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Amerang 312
- Pollwein, Michael, Verlagsdirektor d. Rottaler Boten, Pfarrkirchen 207
- Posch, Johann, Kaufmann u. Bürgermeister, Großholzhausen 175
- Prieger, Karl, Vors. d. bayer. Landesbauernkammer (Landbund) 259, 268
- Prien, BA Rosenheim 17, 21, 47, 49, 90, 117, 187, 201, 205, 216f., 223, 251, 256, 274, 276, 303–305, 307, 309f., 321f., 332, 347–349
- , AG 7–9, 19, 23, 71, 127f., 279, 287, 306
- Priller, Hans, Möbelfabrikant, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Feilnbach 312
- Prutting, BA Rosenheim 260
- Quadt-Isny, Eugen Graf v., Mdr (BVP) 297
- Rainding, Gem. Sachsenham, BA Griesbach 291
- Rakobrandt, Arthur v., Major, SA-Standardenführer, Kiefersfelden 317
- Ramerberg, BA Wasserburg 309
- Ramsau, BA Wasserburg 289

- Rank, BVP-Bezirksvors., Miesbach 262
- Rathenau, Dr. Walther, Reichsaußenminister 253
- Rau, Heinrich, Landwirtschaftspolitiker d. KPD 266
- Raubling, Gem. Kirchdorf a. Inn, BA Rosenheim 3, 42f., 80, 178, 212, 223, 225, 229, 232–236, 238
- Redenfelden, Gem. Kirchdorf a. Inn, BA Rosenheim 20, 40, 42, 47, 102, 127, 212, 223, 224, 225, 229, 231–236, 240, 268, 349
- Regen, BA 12, 14
- Regensburg 72
- Reichenhall, BA 73, 265, 269, 279
- Reichenhaller Alpenbote 200  
– Morgenpost 200
- Reichersbeuern, BA Tölz 270
- Reichert, Julius v., Oberstlt., Stellvertreter Escherichs im BHS 293, 300
- Reinhardt, Fritz, NSDAP-Gauleiter v. Oberbayern 308f.
- Reisach, Gem. Niederaudorf, BA Rosenheim 277
- Reischenhart, BA Rosenheim 3
- Reiter, Dr. Kurt, Zahnarzt, SA-Führer, Rosenheim 312
- Reitthaler, Josef, Landwirt, BA Traunstein 266
- Reutern, BA Griesbach 229
- Riedering, BA Rosenheim 277, 316, 328
- Riggauer, Josef, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Rosenheim 307, 312
- Rimsting, BA Rosenheim 21, 304
- Röhm, Ernst, Stabschef d. SA 302
- Rohrdorf, BA Rosenheim 92, 229
- Rosenheim 2–4, 7–22, 25, 27–49, 54f., 57–61, 63f., 68, 70, 72, 74, 76, 78–84, 87–90, 93, 95f., 98, 100, 102–104, 106f., 110–115, 117f., 120, 127–137, 139–142, 149–152, 160–168, 175f., 179f., 180, 182, 184–187, 189, 192, 197f., 200, 202, 209f., 212f., 215–223, 224, 225–228, 231, 232, 234–242, 245f., 248f., 251–253, 254, 256, 258–261, 263–265, 266, 267, 269f., 272–277, 278, 279, 280, 281–286, 287, 288–291, 293, 296–300, 303–308, 312–324, 329–336, 340–342, 347, 350, 352, 356
- , AAB 2, 67, 76f., 128, 130–132, 187, 192, 212, 279, 282, 292, 308, 311, 318
- , AG 7–9, 19, 71, 127f., 279, 287
- , BA 2, 7–11, 13–25, 25–39, 45–49, 53–55, 57, 60f., 62, 65f., 65f., 70–74, 76, 78f., 81, 85f., 89, 95–98, 100, 103, 105, 107, 110–114, 117f., 120, 127–129, 131–136, 139–142, 159, 174, 178, 180, 188, 219, 225f., 228, 231, 245, 247, 258, 260, 264, 273, 279, 282f., 291, 293f., 304, 309, 317, 332, 337, 343–345, 350, 355
- , Finanzamtsbezirk 29, 120–124
- , KPD-Unterbezirk 211f., 223, 225, 227–230
- , LG 52
- , Mitteilungsblatt d. ADGB R. 193, 210f.
- Rosenheimer Anzeiger 77, 166, 193, 197f., 201, 203, 211, 213, 302, 321
- Mieterzeitung 192
- Tagblatt Wendelstein 75f., 193, 196, 198f., 201, 203, 213, 265, 272, 285
- Roßbach, Gerhard, Freikorpsführer 270
- Roßhauer, Ingenieur, DNVP-Funktionär, München 304
- Roßholzen, BA Rosenheim 344–246
- Roth, Wilhelm, Oberregierungsrat, Bezirksamtsvorstand, Rosenheim 64, 74, 89, 219, 239, 331, 332
- Rothl. Verbandssekretär d. Christl. Textilarbeiterverbands 148
- Rott a. Inn, BA Wasserburg 28, 257, 281, 309, 312, 318
- Rotthalmünster, BA Griesbach 46f., 181, 187, 255, 310, 318, 327, 335, 348f.
- , AG 7–9, 19, 62, 127, 287
- Rotthalmünsterer Tagblatt 193, 208
- Ruhdorffer, Dr., Tierarzt, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Rott a. Inn 312
- Ruhstorf, BA Griesbach 46, 97, 229, 310, 349–351
- Ruhwandl, Albert, Ökonomierat, Leiter d. Landwirtschaftsschule Pfarrkirchen 62
- Rummel, Alois, BBMB-Bezirksobmann Miesbach, Bürgermeister d. Gem. Dürnbach 262
- Rupprecht, bayer. Kronprinz 205, 289, 292, 295
- Sachsenham, BA Griesbach 290
- Salzburg 39
- Sankt Salvator, BA Griesbach 318
- Sankt Wolfgang, BA Wasserburg 204, 273
- Schachleiter, Alban, ehem. Abt d. Emausklosters Prag, Feilnbach 334

- Schäffer, Fritz, Staatsrat, Leiter d. bayer. Finanzministeriums, BVP-Vors. 172, 204, 259, 274, 279, 289, 293, 297, 299f., 301, 312
- Schalldorf, BA Ebersberg 8
- Scharnagl, Karl, Münchner Oberbürgermeister, MdL (BVP) 105
- Scheifele, Fritz, MdL (BBMB) 254f., 257
- Schiele, Martin, Reichslandwirtschaftsminister 330
- Schild, Michael, Kaufmann, HKB-Bezirksleiter, Unterführer d. Chiemgau-Bundes, Schriftführer d. BVP-Ortsgruppe, Bad Aibling 224
- Schirmer, Karl, MdR (BVP) 283
- Schleefeld, BA Wasserburg 223, 227
- Schleicher, Kurt v., Reichskanzler 208
- Schliersee, BA Miesbach 202
- Schlierseer Tagblatt 202
- Schlittenbauer, Sebastian, Generalsekr. d. Christl. Bauernverb., MdL (BVP) 276
- Schloßberg, Gem. Stephanskirchen, BA Rosenheim 89, 179, 180, 212, 229, 240, 264, 309f., 315f., 318, 320, 328f., 333, 341f.
- Schmelzenholzham, Gem. Uttlau, BA Griesbach 291
- Schmelzle, Dr. Hans, bayer. Finanzminister 105
- Schmid, Josef, Zimmerermeister u. Bürgermeister, Stephanskirchen 178, 180
- Schmid, W., Betriebsratsvors. der Mannheim-Heidelberg-Stuttgart AG 91f.
- Schmidham, BA Griesbach 229
- Schmöger, Wendelin, Stadtrat (SPD), München 253
- Schnauppig, BA Wasserburg 255
- Schned, Johann, KPD-Ortsgruppenvors., Schmidham 229
- Schneider, Heinrich, Einwohnerwehr-Führer, Wasserburg 216, 218
- Schönbrunn, BA Wasserburg 344
- Schönburg, Gem. Kühnham 224, 225, 325
- Schonstett, BA Wasserburg 203
- Schott, Adolf, evang. Pfarrer, Rosenheim 333
- Schultes, Franz v., Generallt., HKB-Ortsgruppenleiter, Bad Aibling 289
- Schwarz Müller, Xaver, Maurer, RGO-Funktionär, München 162, 242
- Schweiger, BBMB-Bezirksobmann, Traunstein 262
- Schweinsteig, Gem. Brannenburg, BA Rosenheim 294
- Seeshaupt, BA Weilheim 305
- Seidenbusch, Johann, BVP-Ortsgruppenvors., stellv. HKB-Kreisleiter, Bad Aibling 290
- Seitz, Bezirksvors. d. NB, Bürgermeister v. Kreuzpullach, BA Wolfratshausen 270
- Seldte, Franz, Stahlhelm-Führer 306
- Senfft, Rudolf, Herausgeber d. Inntal-Boten, Traunstein 215
- Siegsdorf, BA Traunstein 39
- Sigriz, Heinz v., Funktionär d. HKB u. d. NB, Reichersbeuern 270
- Simbeck, Karl, Gymnasiallehrer, Vorstandsmitgl. d. BBMB 256, 257, 259, 296
- Söchtenau, BA Rosenheim 300
- Stadel, BA Wasserburg 128
- Stalin 209, 244, 275
- Stapfer, Michael, MdL (BVP) 207
- Stegerwald, Adam, Reichsarbeitsminister 245
- Steinbeis, Ferdinand, Industrieller, Brannenburg 105, 301, 316
- , Otto v., Industrieller, Brannenburg 40, 43
- Steinkirchen, BA Rosenheim 344–346
- Stemmer, G., BVP-Mitglied, Schonstett 203
- Stemplinger, Eduard, Oberstudiendirektor u. Schriftsteller, Rosenheim 195
- Stenzer, Franz, KPD-Funktionär, Redakteur d. Neuen Zeitung, München 211, 231
- Stephanskirchen, BA Rosenheim 15, 42, 45, 89f., 100, 128, 178–180, 182, 189, 229, 240, 309f., 316, 322, 341f., 349–352
- Stimmer, Johann, MdR (BVP) 203, 281
- Stöttner, Bayernwachtführer, Prien 274
- Stranders, Vivian, NSDAP-Agitator 197
- Strasser, Jakob, KPD-Mitglied u. Syndikalist, Kolbermoor 243
- Straßer, Josef, KPD-Ortsgruppenvors., Rosenheim 228, 241
- Straubing 315
- , BA 14
- Streicher, Julius, NSDAP-Führer v. Nordbayern, Nürnberg 307
- Stumfall, Heinrich, WP-Ortsgruppenvors. u. Stadtrat, Wasserburg 286
- Sturm, Georg, obb. Gauvors. d. Kampfgemeinschaft gg. Konsumvereine, Warenhäuser u. Großfilialen 331
- , Karl, NSDAP-Ortsgruppenleiter, Prien 332
- Stützel, Dr. Karl, bayer. Innenminister 73f., 300, 301, 328, 330

- Taschkent (UdSSR) 228  
Tegernsee (Gemeinde), BA Miesbach 202  
Tegernseer Tagblatt 202  
Tettenweis, BA Griesbach 229, 310  
Thansau, Gem. Rohrdorf, BA Rosenheim 42, 100  
Thoma, Ludwig, Schriftsteller 195  
Thunig, Ewald, Schreiner, KPD-Funktionär, Kolbermoor 211, 230f., 237f., 240f.  
Tölz, BA 265  
Törwang, BA Rosenheim 71, 201, 345f.  
Traunstein 14, 138, 213f., 219, 235, 303, 319  
–, BA 70, 73, 258, 262, 265, 270, 279, 291, 317  
–, LG 8  
Traunsteiner Tagblatt 196, 214  
– Wochenblatt 214  
Trittermann, Hermann, Waffenwart d. Chiemgau-Bundes, Brannenburg 299–301, 302  
Troller, Thaddäus, Landwirt, Weng (BA Wasserburg) 257  
Tuntenhausen, BA Aibling 213, 277, 280f., 301, 330  
–, Bayer.-Patriot. Bauernverein T. 201, 221, 262, 276, 278f., 281  
  
Uhse, Bodo, Schleswig-Holst. Landvolkführer 265  
  
Vagen, BA Aibling 303  
Vilshofen 52  
Vogler, Albert, Herausg. d. Chiemgau-Zeitung, Prien 205f.  
  
Wagner, Adolf, NSDAP-Gauleiter v. Groß-München u. Oberbayern, bayer. Innenminister 207, 210, 271, 274, 331  
–, Josef, Bezirksamtsvorstand, Bad Aibling 237, 298  
Waldinger, Josef, Arbeitersekretär d. ADGB, Gemeinderat (SPD), Kolbermoor 210  
Wallenöfer, Kreisrat (BVP), BA Aibling 277  
Walterbach, Karl, Monsignore, Verbandspräses d. süddt. Kath. Arbeitervereine 285  
Wander, Adam, Rechtsrat, Rosenheim 239  
Wasserburg 15, 18, 35, 39f., 45, 47, 65, 81, 90, 113, 165, 187f., 192, 202–204, 216–218, 223, 227f., 235, 240, 248, 250–253, 257, 272, 275, 280, 283, 286f., 303, 305f., 309, 318, 321, 322, 323, 331, 347f., 349  
–, BA 2, 7–23, 25–39, 45–48, 53–55, 57f., 60f., 63f., 67, 71, 75, 78f., 81, 84, 93, 95–98, 100, 103, 105, 107, 110f., 113f., 117f., 126–129, 131–136, 139, 141f., 145, 153, 197, 200, 203f., 217, 221, 225–228, 245, 251, 254f., 258, 275, 279, 286, 289, 291, 303, 309, 317–318, 337f., 343–345, 349f., 355f.  
–, AG 7–9, 19, 127, 279, 286  
–, Finanzamtsbezirk 29, 121–124  
–, LG 32  
Wasserburger Anzeiger 193, 196, 203f., 249  
– Volksblatt 192, 202  
– Wochen- bzw. Tagblatt 192f., 203f., 249, 303  
Weber, Alfons, Schriftleiter d. Chiemgau-Zeitung, Traunstein 213f.  
Weber, KPD-Agitator 238  
Wegscheid, BA 75, 346  
Weiden 20  
Weihmörting, BA Griesbach 327  
Weilheim 258  
Weinsteiger, Anton, Pfarrer, Haag 205, 275  
Weng, BA Griesbach 307  
–, BA Wasserburg 257  
Werr, Franz, Herausgeber d. Inntal-Boten, Kiefersfelden u. Traunstein 213–215  
Westerham, BA Aibling 275  
Westerndorf St. Peter, BA Rosenheim 93, 127  
Wieser, G., NB-Bezirksvors., Traunstein 270  
–, Josef, Vors. d. Bayer.-Patriot. Bauernvereins Tuntenhausen 281  
Wiesheu, Michael, stellvertr. Bezirksvors. d. NB im BA Rosenheim, Kleinholzen, Gem. Stephanskirchen 269  
Wildenwart, BA Rosenheim 21, 294  
Wilhelm II., Dt. Kaiser 172  
Willmer, Stahlhelm-Bezirksführer West d. Grenzgaus Obb. und -Ortsgruppenleiter, Prien 304, 306  
Winter, Alfons, Bürgermeister, Wasserburg 250  
Wirzmüller, Dr. A., Werksleiter d. Chem. Werke Heufeld 76, 98f.  
Wolfpratshausen, BA 70, 265, 263, 267, 270

Wöstner, Johann, BBMB-Obmann, Mitgl.  
d. Bezirkstags Aibling, Vors. d. NB im  
Mangfallgau, Bürgermeister, Berg-  
ham, Gem. Bruckmühl 74, 261, 267–  
271  
Würding, BA Griesbach 226  
Würzburg 251  
Zahler, Georg, SA-Führer, Rosenheim 317  
Zahnbrecher, Dr. Franz X., MdL (BVP)  
199  
Zaisering, BA Rosenheim 316  
Zech, Franz J., Redakteur d. Wasserburger  
Wochen- bzw. Tagblatts 203  
Zeitler, Jakob, Pfarrer, Riedering 328  
Ziegelberg, Gem. Stephanskirchen, BA  
Rosenheim 42, 47  
Zimmerer, August, Waffenmeister u.  
stellv. Vors. d. Chiemgau-Bundes,  
Rosenheim 292, 296, 300  
Zinneberg, BA Ebersberg 294